
Birgit Glorius
FLUCHT, ANKOMMEN UND SOZIALER WANDEL
Perspektiven für Geflüchtete in der deutschen Aufnahmegesellschaft
[transcript] Kultur und soziale Praxis

Birgit Glorius
Flucht, Ankommen und sozialer Wandel

Kultur und soziale Praxis

Editorial

Die Reihe **Kultur und soziale Praxis** präsentiert sozial- und kulturwissenschaftliche Studien, die zwischen empirischer Forschung, theoretischer Reflexion/Konzeption und textueller Praxis neue Zugänge zu Kultur und sozialer Praxis entwickeln. Im Rahmen dieses Programms werden soziale Differenzen und identitäre Prozesse auf verschiedenen Ebenen und entlang verschiedener raumzeitlicher Achsen – etwa als (trans-)lokale oder (trans-)nationale Prozesse – untersucht.

Birgit Glorius (Dr.), geb. 1970, ist Professorin für Humangeographie mit dem Schwerpunkt Europäische Migrationsforschung an der Technischen Universität Chemnitz und Mitglied des Sachverständigenrats für Integration und Migration.

Birgit Glorius

Flucht, Ankommen und sozialer Wandel

Perspektiven für Geflüchtete in der deutschen Aufnahmegesellschaft

[transcript]

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über https://dnb.dnb.de/ abrufbar.



Dieses Werk ist unter der Creative-Commons-Lizenz BY 4.0 lizenziert. Für die ausformulierten Lizenzbedingungen besuchen Sie bitte die URL https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/. Die Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z.B. Schaubilder, Abbildungen, Fotos und Textauszüge erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.

2025 © Birgit Glorius

transcript Verlag | Hermannstraße 26 | D-33602 Bielefeld | live@transcript-verlag.de

Umschlaggestaltung: Maria Arndt
Umschlagabbildung: Birgit Glorius
Druck: Majuskel Medienproduktion GmbH, Wetzlar
https://doi.org/10.14361/9783839410264
Print-ISBN: 978-3-8376-7795-9 | PDF-ISBN: 978-3-8394-1026-4
Buchreihen-ISSN: 2703-0024 | Buchreihen-eISSN: 2703-0032

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier mit chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

Inhalt

Kapitel 1 – Vorgeschichte 9
1.1 Der Begriff und die Figur des Flüchtlings 14
1.2 Zur konzeptionellen Idee und Struktur dieses Buchs 17
1.3 Zeitliche, regionale und biographische Einbettung 19
1.4 Datenbasis, Methodik und Lesehinweise 21
1.5 Nicht jeden Stein umdrehen – zur thematischen Auswahl und Validität der Forschungsdaten . 24

Teil I
Fliehen und Ankommen

Kapitel 2 – Auf der Flucht 29
2.1 Europas Rolle im weltweiten Fluchtgeschehen 30
2.1.1 Wege nach Europa 31
2.1.2 Zwischen Mitgefühl und Kontrolle 34
2.1.3 Das europäische Grenzregime 36
2.2 Die Fluchtentscheidung und das Erleben der Flucht 39
2.2.1 Der Ort der Träume – wie Entscheidungen über das Zielland zustande kommen 42
2.2.2 Navigation durch den Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts 45
2.3 »Wir dachten, wir müssen sterben« – Vulnerable Gruppen auf der Flucht 46
2.4 Die Selektivität der Flucht nach Europa: Ein Zwischenfazit 50

Kapitel 3 – Ankommen 53
3.1 Gelenkte Mobilität: Ankommen und Weiterverteilung 54
3.2 Rahmenbedingungen der Flüchtlingsaufnahme und Unterbringung in Deutschland 57
3.3 Erstaufnahmeeinrichtungen, Lager, Ankerzentren 60
3.3.1 Besuch im AnkER-Zentrum 63
3.3.2 Leben im Lager 66
3.3.3 Aufnahme in den Kommunen 70
3.3.4 »Das Leben ist in einer langen Pause« 74
3.4 Rückblende: Ankommen in Oberfranken 77

3.5 Zwischenfazit 80

Kapitel 4 – Neu Anfangen 81
4.1 Geschichten vom Neuanfangen 81
4.1.1 Ramin Jafari* und Sahar Mahmoudi*: »Im Flüchtlingsleben kann man nicht heiraten« 82
4.1.2 Familie Salloum*: »Jeden Tag kommt jemand, klopft an und sagt ›Ich hab' was für Euch‹« 85
4.1.3 Adila und Mohammed Aboud*: »Wir haben ein Ziel. Wir müssen weitermachen!« 88
4.2 Das Asylverfahren und die ›Bleibeperspektive‹ 90
4.3 Fortsetzung von Bildungsbiographien 96
4.4 Die Herausforderung des Deutsch-Lernens 100
4.4.1 Deutsch-Lernen im Erwachsenenalter 101
4.4.2 Verteilung und Zugang zu Lerninfrastrukturen 102
4.4.3 Spracherwerb und Elternschaft 103
4.4.4 Gesundheit als Ressource 104

Kapitel 5 – Autonomie und Beschränkung: Geflüchtete und der Arbeitsmarkt 107
5.1 Was ist anders an der Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten? 108
5.2 Rückblende: Neustart in Oberfranken 110
5.3 »Ich habe nur eine Frage: Warum kann ich nicht in der Schule arbeiten?« – Erfahrungen Geflüchteter mit dem Arbeitsmarktzugang in Deutschland 113
5.4 »Wer arbeiten will, der findet auch Arbeit« – »Aber so einfach ist es dann doch nicht« 117
5.5 Geflüchtete Frauen auf dem Arbeitsmarkt 125
5.6 »Ich trage Hut!« – Frauen mit Hijab auf dem deutschen Arbeitsmarkt 130
5.7 Zwischenfazit 133

Teil II
Aufnehmen und Teilhaben lassen

Kapitel 6 – Perspektiven auf die Aufnahmegesellschaft 137
6.1 Das Ereignis der Massenankunft 138
6.1.1 Auf der Suche nach Unterbringungsmöglichkeiten 140
6.1.2 Nur der Konflikt um Unterbringung? 142
6.1.3 Wer engagiert sich, wie und warum? 145
6.2 Was macht eigentlich Aufnahmebereitschaft aus? 147
6.2.1 Berglach*: »das ist relativ ruhig und gelassen gelaufen« 148
6.2.2 Hornsdorf*: »das Experiment hat bis jetzt funktioniert« 149
6.3 Wie erforscht man die Aufnahme von Geflüchteten in ihrer sozialräumlichen Verankerung? 152
6.3.1 Von der Chicagoer Schule zum Integrationsparadigma 152
6.3.2 Was wir aus der Forschung zu *New Immigrant Destinations* lernen können 155
6.3.3 Erkenntnisse der Einstellungsforschung 157

6.3.4 ›Wir‹ und ›die Anderen‹: Von individuellen Einstellungsmustern zu kollektiven Handlungsorientierungen 160

Kapitel 7 – Identitätsformationen der Aufnahmegesellschaft 163
7.1 »Ihr seid ja auch alles Flüchtlinge!« Eine Außenperspektive auf die imaginierte Gemeinschaft 163
7.1.1 Salzgitter: ›Turm der Arbeit‹ – ein kollektives Gedächtnis mit Lücken 164
7.1.2 Die Herausbildung einer vorgestellten Gemeinschaft 167
7.2 Lokale Migrationsbiographien 167
7.2.1 »Das waren ja Deutsche, die aus dem Osten gekommen sind«: Kriegsflüchtlinge und Vertriebene nach dem Zweiten Weltkrieg 168
7.2.2 Ostdeutsche Erinnerungslücken an die Ankunft der Vertriebenen 172
7.2.3 »Die sind ja gekommen, um hier zu arbeiten« – Erinnerungen an die ›Gastarbeiter‹ 173
7.2.4 »Das lief eher im Verborgenen ab« – Erinnerung an die Arbeitsmigration in die DDR 176
7.2.5 Einwanderung in eine Welt im Umbruch – Erinnerungen an die Ankünfte der 1990er Jahre in Ost und West 179
7.2.6 Die neue Unübersichtlichkeit – Migrationen der 2000er Jahre 185
7.3 Von der Störung der Ordnung zur Unsichtbarkeit – Einwanderergruppen im kollektiven Gedächtnis 188

Kapitel 8 – Begegnung und Kontakt zwischen Einheimischen und Fremden 193
8.1 Sehen und gesehen werden 194
8.1.1 »Wo sind wir denn hier gelandet?« Befremdung und erste Begegnungen 196
8.1.2 Störung der lokalen Ordnung 198
8.1.3 Riskante Begegnungen 201
8.1.4 Vielfaltsakzeptanz und Urbanität 203
8.2 Offenheit für Begegnung? Die Kontakthypothese 205
8.2.1 Begegnungsort Nachbarschaft 206
8.2.2 Ehrenamtliche als Türöffner 211
8.3 Von *everyday otherness* zu *everyday sameness*: Im Anderen das Eigene erkennen 214
8.3.1 Das Kopftuch als Symbol des Anders-Seins 215
8.3.2 »Everyday sameness« und »transversal enablers« 218
8.3.3 Das Waldschwimmbad 220
8.4 Etablierte und Außenseiter: wirkmächtige Zuordnungen 223

Kapitel 9 – Integration vor Ort gestalten 227
9.1 Was verstehen Sie unter Integration? 227
9.2 Wer ist zuständig? Die Perspektive der Bürgermeister:innen 231
9.3 Integration und Teilhabe gestalten: Drei Gemeindeporträts 235
9.3.1 Trabsen*: Offenheit als Grundvoraussetzung 242
9.3.2 Ehrsfeld*: »Es ist eine Herausforderung, die Menschen zu integrieren« 248
9.3.3 Friedenau*: »Kann das überhaupt funktionieren?« 253
9.3.4 Integration vor Ort im Vergleich 261

Teil III
Land in Sicht

Kapitel 10 – Nach der Flucht 271
10.1 Nach dem ›Langen Sommer der Migration‹ 272
10.1.1 Enttäuschte Erwartungen 272
10.1.2 Die Radikalisierung der ›stillen Mitte‹ 277
10.2 »Corona hat alles ruiniert!« – eine Gesundheitskrise wird zur Integrationskrise 281
10.3 Flucht aus der Ukraine 284
10.3.1 Was ist 2022 anders als 2015? 286
10.3.2 Techniken der Selbstbehauptung 288
10.3.3 In Deutschland leben lernen 291
10.3.4 Zwischen Hier und Dort – ambivalente Entwicklungen 294
10.3 Eskalationen des Migrationsdiskurses 297
10.3.1 Die Erzeugung von ›Moralpanik‹ 298
10.3.2 Historische Kontinuitäten des Migrationsdiskurses 300
10.4 Schließung oder Öffnung? 301

Kapitel 11 – Migration als soziale Transformation 307
11.1 Aufbrüche: Transformationen in individuellen Biographien 309
11.1.1 »Ich wollte genauso werden wie sie!« 309
11.1.2 »Die Generation ist halt schon anders« 314
11.1.3 Flucht, Migration und Resilienz 317
11.2 Flucht, Ankommen und Sozialer Wandel 320
11.2.1 Soziale Innovationen vor Ort und Solidarität Weltweit 321
11.2.2 Ostmigrantische Perspektiven auf sozialen Wandel 327
11.2.3 Migration als soziale Transformation 332
11.3 Was jetzt zu tun ist – ein Ausblick 341
11.3.1 Intersektionale Perspektive auf Geflüchtete und ihre Bedürfnisse 342
11.3.2 Die Frage des Tempos: Integration als Langstrecke 343
11.3.3 Integration durch Bildung 346
11.3.4 Lokale Rezeptivität versus überlastete Kommunen 348
11.3.5 Rassismus in der Mitte der Gesellschaft bekämpfen 350
11.3.6 Gemeinsam Geschichte schreiben, gemeinsam Zukunft definieren 355
11.4 Nachbetrachtung 358

Abbildungsverzeichnis 361

Tabellenverzeichnis 363

Literaturverzeichnis 365

Kapitel 1 – Vorgeschichte

Mein Ausgangspunkt für dieses Buches ist ein heißer Spätsommertag im August 2015. Ich befinde mich auf einer Konferenz in Budapest, als Meldungen über einen Flüchtlingstreck durch die Medien gehen, der am Budapester Keleti Bahnhof gestrandet ist. Innerhalb weniger Tage sollen dort tausende Menschen angekommen sein und damit die ersten Bilder von dem vermitteln, was später wahlweise als ›Flüchtlingskrise‹, ›Migrationskrise‹, ›Unterbringungskrise‹ oder einfach als ›Langer Sommer der Migration‹ bezeichnet und erinnert wird (vgl. Hess et al. 2016). Ich beschließe, mir selbst ein Bild von der Situation zu machen. Als ich mit der Metro im Untergeschoss des Keleti Bahnhofs ankomme, schlägt mir am Fuß der Rolltreppe ein muffiger Geruch entgegen, nach Schweiß und ungewaschener Kleidung. Im halb überdachten Untergeschoss unter dem Bahnhofsvorplatz stehen unzählige Iglu-Zelte, daneben lagern ganze Familien, vom Kleinkind bis zu den Großeltern, auf Holzpaletten, Kartonpappe oder Isomatten. Es ist in diesen Tagen über 35 Grad heiß in Budapest, und die Menschen im Untergeschoss suchen Schatten. Viele der Älteren wirken apathisch und liegen regungs- und teilnahmslos in dem Gewimmel. Was mir auffällt, ist die Abwesenheit von helfender Infrastruktur. Keine Hilfsorganisation ist vor Ort, es gibt keine Stationen, an denen Wasser, Essen oder Hygieneartikel ausgereicht werden. Einzig oben auf dem Bahnhofsvorplatz sind einige mobile Toiletten aufgestellt und eine Wasserleitung mit einem darunterliegenden Trog installiert. Hier kann man wohl in aller Öffentlichkeit seinen hygienischen Verrichtungen nachgehen.

Oben auf dem Bahnhofsvorplatz ist der Rest der Gruppe versammelt. Hier stehen überwiegend Männer, und das ist auch das Bild, das die TV-Kameras in die Welt transportieren werden: Viele dunkelhaarige Männer, die einen konsternierten bis wütenden Eindruck machen. Sie wurden daran gehindert, mit ihren Familien Züge Richtung Österreich zu besteigen, obwohl sie gültige Fahrkarten haben. Was ich jetzt hier sehen kann, ist ein raum-zeitlicher Augenblick innerhalb eines hochdynamischen Migrationsprozesses, der Deutschland und Europa in den folgenden Monaten und Jahren stark beschäftigen wird. Er wird eine intensive und emotionale Debatte über die Grenzen der Humanität auslösen, über die Legitimität von Flucht, darüber, wie man die Aufnahme von so vielen Menschen ganz konkret schaffen kann, und über die Folgen dieses Migrationsereignisses für die Gesellschaft als Ganzes. Das Thema wird wort- und bildreich

über Monate hinweg die mediale Berichterstattung dominieren, hohe politische Wellen schlagen und die Gesellschaft polarisieren. In Deutschland wird die ›Migrationskrise‹ einer rechtsextremen Partei, der AfD, den Weg in den Bundestag ebnen. Viele politische Diskurse, nicht nur über die Aufnahme von Geflüchteten, sondern über Einwanderung im Allgemeinen und die eigene kollektive Identität wie auch verschiedenste gesellschaftliche Polarisierungsprozesse werden fortan mit diesem ›Langen Sommer der Migration‹ verkoppelt sein.

Den Menschen vom Keleti-Bahnhof wird später ein Sonderzug bereitgestellt, der sie nach Österreich bringen soll, der dann allerdings in ein ungarisches Auffanglager gelenkt wird. Als diese Information die Runde macht, möchte keiner der Geflüchteten mehr in einen Zug der ungarischen Staatsbahn einsteigen. Sie machen sich zu Fuß auf den Weg, und auch diese Bilder von endlosen Menschenmassen, die ganze Fahrspuren von Autobahnen füllend Richtung Österreich und Deutschland marschieren, werden in diesen letzten Sommerwochen des Jahres 2015 um die Welt gehen.

Meine Konferenz ist wenige Tage später beendet und ich steige in ein Flugzeug, um die Heimreise anzutreten. Die Ausweiskontrolle verläuft unspektakulär, der Flieger hebt ab, und bald bin ich zuhause. Zurückdenkend an die Menschen vom Keleti-Bahnhof wird mir bewusst, wie einfach meine Reisewege ablaufen, ausgestattet mit allen Mobilitätsrechten der EU-Bürgerin, ganz im Gegensatz zu den prekären Formen der Mobilität von Menschen auf der Flucht. Ich beschließe, mich mit der Mobilität von Geflüchteten und ihrem Ankommen in Deutschland wissenschaftlich zu beschäftigen. Als Geographin und Migrationsforscherin hatte ich bislang vorwiegend zur EU-Binnenmobilität gearbeitet, vor allem zwischen Ost- und Westeuropa. Ich erforschte die Motive für Migrationen, wie Migrationen den Lebenslauf der Migrant:innen formen, wie diese durch multiple Mobilität transnationale und translokale Verbindungen zwischen verschiedenen Orten aufbauen, und wie sie über diese Verbindungen Kapital, Wissen, Erfahrungen und Innovationen transportieren und damit auch gesellschaftliche Transformationsprozesse anschieben. Diesen forschenden Blick lenkte ich ab dem Jahr 2015 auf Menschen, die im Rahmen von Fluchtmigration nach Deutschland gekommen sind. Zunächst in einer universitären Arbeitsgruppe zusammen mit Studierenden und Kolleg:innen[1] an der TU Chemnitz, dann in verschiedenen, international vergleichend angelegten Forschungsprojekten, beschäftigte ich mich mit der Ankunft und der Aufnahme von Geflüchteten. Dabei zoomte ich so weit wie möglich in die Ankunftssituationen hinein und bearbeitete eine Vielzahl von lokalen Fallstudien, in denen ich die Perspektiven unterschiedlicher Akteursgruppen, aber auch die Perspektive der lokalen Bevölkerung und natürlich die Perspektive der Geflüchteten untersuchte und einander gegenüberstellte.

Die Ergebnisse meiner Forschung flossen in unzählige wissenschaftliche Aufsätze und Vorträge. Da das Thema im gesellschaftlichen und politischen Alltag virulent war

1 Die Arbeitsgruppe bestand von 2015 bis 2017. Ich bedanke mich an dieser Stelle sehr herzlich bei meiner damaligen Kollegin Prof. Dr. Anne-Christin Schondelmayer, die die Gruppe mit mir zusammen leitete und die mich neben vieler anderer Inspirationen in die Dokumentarische Methode einführte, die ich seither nicht mehr missen möchte. Arbeiten aus dieser Gruppe sind z.B. Glorius/Schondelmayer 2018a/b; 2020a/b sowie Glorius/Schondelmayer/Dörfel 2018.

und ist, bespiele ich auch eine Vielzahl von praxisorientierten Transferformaten und öffentlichen Veranstaltungen. Die öffentlichen Reaktionen auf das Thema, wie auch die persönlichen Reaktionen aus dem Publikum auf mich als Forscherin, spiegelten die gesamte Breite der öffentlichen Diskurspositionen wider: von blind empathischen über pragmatisch-problemlösungsorientierten bis hin zu skeptischen, kritischen, aber auch offen feindseligen und rassistischen Haltungen gegenüber Menschen mit Fluchtbiographie bzw. Migrant:innen oder als ›Fremde‹ wahrgenommenen Menschen im Allgemeinen. Ich erlebte eine heftige Debattierlust um die Deutungshoheit auf das ›Fluchtereignis‹ von 2015. Nicht immer war die jeweils präsentierte Haltung von einer fundierten und faktenbasierten Beschäftigung mit der Thematik geprägt. Vielmehr beobachtete ich, wie sich durch die Einlassungen zu dem Thema persönliche Haltungen und auch biographische Prägungen auf eine teils sehr emotionale Art und Weise mitteilten. Beispielhaft sei hier die Einlassung eines älteren Herrn während einer Podiumsdiskussion in einer sächsischen Kleinstadt genannt, der vor dem Hintergrund seiner eigenen Biographie als DDR-Bürger und seines Erinnerns an die so genannte friedliche Revolution von 1989 syrische Männer dafür kritisierte, dass sie nicht in ihrem Land blieben, um zu kämpfen und es anschließend wieder aufzubauen. Implizit zog er einen Vergleich zwischen der Flucht vor einem Bürgerkrieg und der großen Ausreisewelle zum Ende des DDR-Regimes und meinte:

> Wenn ich das höre, die Asylbewerber sind politisch verfolgt, und wenn alle, die politisch verfolgt [sind], ihr Land einfach verlassen, anstatt in ihrem Land zu bleiben, um zu helfen das es dort besser wird in diesem Land, und ich nehme nur mal das Beispiel DDR – BRD: Wenn alle damals aus der DDR [ausgereist wären], die verfolgt gewesen wären, dann wäre die Region leer gewesen, da wäre niemand mehr hier, aber es hat Leute gegeben, die sind hiergeblieben, haben gekämpft, und siehe da wir haben was erreicht. Und wir haben weiß Gott andere Probleme im eigenen Land als mit diesen Asylbewerbern.[2]

Auch wenn die gedankliche Gleichstellung dieser beiden Fluchtereignisse fragwürdig ist, so zeigt das Zitat dennoch beispielhaft, wie das aktuelle Ereignis vor dem eigenen Erfahrungshintergrund reflektiert wird. Auch die konkrete Handlungspraxis wird durch eigene Erfahrungen und Erlebnisse beeinflusst, die mit dem Ereignis der Geflüchtetenankunft von 2015 in Verbindung gebracht wird. Mit Blick auf die Fernsehbilder von flüchtenden Frauen und Kindern sahen sich viele, die selbst nach dem Zweiten Weltkrieg Flucht und Vertreibung erlebt haben, an ihre eigene Geschichte erinnert, und wandten sich voller Empathie den Geflüchteten zu.

Inspiriert von diesen Erlebnissen lenkte ich nach und nach meine wissenschaftliche Aufmerksamkeit auf die so genannte ›Aufnahmegesellschaft‹, um dem Phänomen kollektiver Einstellungen zum Thema Geflüchtetenaufnahme auf den Grund zu gehen. Und da ich als Humangeographin stets an den Verbindungen zwischen menschlichem Tun

2 Wortmeldung Rentner Harold Wittlich* (Pseudonym) während einer Bürgerversammlung am 19.03.2015 in Schkeitau* (Pseudonym), vgl. Glorius/Schondelmayer/Dörfel 2018: 127. Die Textpassagen in eckigen Klammern sind meine Ergänzungen, mit denen ich lückenhafte Zitate glätte und damit lesbarer gestalte.

und raum-zeitlicher Einbettung dieses Tuns interessiert bin, konzentrierte ich mich auf die lokale Perspektive und machte mich daran, konkrete Orte – häufig kleinere Städte – als Ankunftsorte zum Gegenstand meiner Forschung zu machen.

Und damit sind wir bei einem Szenenwechsel, der einen weiteren Aspekt meines Selbstverständnisses in Bezug auf das Thema Flucht, Ankunft und das Weiterleben nach der Flucht andeutet: Winter 2021, im Haus meiner Eltern, die in einem Dorf in Bayern leben: Ich sehe mir mit meiner Mutter Fotos aus ihrer Kindheit an. Sie besitzt nur wenige Bilder aus dieser Zeit. Eines ist ein Klassenfoto; es muss Ende der 1940er Jahre entstanden sein. Darauf ihre Volksschulklasse zusammen mit dem Lehrer. Rund 50 Kinder im Alter von etwa zehn Jahren, die Jungen vorn, die Mädchen hinten. Der Lehrer sieht sehr jung aus. Ich entdecke gleich meine Mutter auf dem Bild, sie steht in der vorletzten Reihe. Ich frage sie, wie viele Kinder außer ihr noch aus einer Flüchtlingsfamilie stammten. Sie überlegt einen Moment und meint dann, es sei einfacher, jene Kinder zu benennen, die nicht aus Flüchtlingsfamilien kamen. Sie deutet auf einzelne Kinder und kommt auf etwa zehn einheimische Kinder. Zehn von 50! Ich denke mir: was für eine Transformation dieser kleine Ort wohl erlebt haben muss!

Abb. 1.1: Klassenfoto, ca. 1949



Quelle: Persönliches Bildarchiv der Autorin

Meine Mutter wurde 1937 in einer Kleinstadt im tschechischen Südmähren geboren, nahe der Grenze zu Österreich. Der Ort war Teil eines von der deutschsprachigen Minderheit bewohnten landwirtschaftlich geprägten Gebietes. Die Eltern meiner Mutter bewirtschafteten einen Bauernhof, ihre Angehörigen waren seit Generationen in der Region ansässig. Das nationalsozialistische Hitler-Regime und der Zweite Weltkrieg beendeten die deutsch-tschechische Koexistenz in Südmähren und damit auch die Lebensperspektiven meiner Großeltern in dieser Region. Während nach Kriegsende zunächst

eine Zeit der Unsicherheit und der Repressalien gegen die deutsche Bevölkerung in der Region einsetzte, zogen die Beneš-Dekrete[3] und ihre gewaltsame Umsetzung den endgültigen Schlussstrich. Im Alter von acht Jahren wurde meine Mutter im April 1946 zusammen mit den verbliebenen deutschen Dorfbewohner:innen in einem verschlossenen Viehwaggon nach Deutschland deportiert. Nach einer dreiwöchigen Reise erreichten sie ein Auffanglager in der Nähe von Bayreuth; von dort wurden die Menschen in verschiedene Regionen Süddeutschlands weitergeleitet. Die Familie meiner Mutter verschlug es in eine kleine Stadt in Oberfranken, wo sie – zusammen mit zwei anderen Vertriebenen-Familien – in das Haus einer ansässigen Familie einquartiert wurde. In diesem Ort verbrachte meine Mutter den Großteil ihrer Kindheit und Jugend und absolvierte die Volksschule. Ihren Eltern gelang ein Neuanfang in der Region, unter den bescheidenen Rahmenbedingungen, die sich ihnen boten. Mein handwerklich geschickter Großvater schulte zum Maurer um und bestand mit Ende 40 seine Gesellenprüfung. Meine Großmutter ging zunächst Putzen und erledigte Näharbeiten, um Geld für die Familie zu verdienen. Später führte sie den Haushalt und bewirtschaftete den Garten eines kleinen Häuschens, das sie einige Jahre nach der Ankunft kauften. In diesen Garten flossen all ihre bäuerlichen Fähigkeiten. Die Erde war immer frisch geharkt, die Möhren standen in Reih und Glied, kein Unkraut verlor sich zwischen den Feldfrüchten. Sie produzierte weit über den eigenen Bedarf, so dass viele Früchte und Gemüse eingeweckt wurden und im Keller auf langen Regalen aufgereiht wurden. So war immer vorgesorgt, falls die Zeiten einmal wieder schlechter würden. Noch im Alter von 90 Jahren bestellte sie ihren Garten.

Meine Mutter verließ bereits als 15-Jährige die Region, um auf einem Internat die Mittlere Reife zu absolvieren. Anschließend lernte sie den Beruf der Kinderkrankenschwester, der sie sehr erfüllte. Daneben interessierte sie sich für Kunstgeschichte und Religion und stillte ihren Wissensdurst als Gasthörerin an Universität und Volkshochschule. Mein Großvater starb früh. Meine Großmutter blieb allein zurück. Zeitlebens haderte sie mit dem Verlust der Heimat. Oft erzählte sie von ihrer südmährischen Heimat und zeigte dabei die wenigen verbliebenen Fotos. Schnell rollten dann auch die Tränen. Sie wurde nie so richtig warm mit der Region, in die es sie verschlagen hatte, und war sehr empfindlich gegenüber Zurückweisungen, die sie in den Jahren nach der Ankunft in ihrer Rolle als mittellose Vertriebene erleben musste. Lieber erinnerte sie sich an den florierenden landwirtschaftlichen Betrieb und das dörfliche Leben in Südmähren, das geprägt war von Dorffesten, katholischen Feiertagen und einem engen Familienverbund. Mit diesen Geschichten bin ich aufgewachsen. Jahrzehnte später finde ich hier einen Anknüpfungspunkt und sehe aus meiner wissenschaftlichen Perspektive Parallelen des Erlebens ›nach der Flucht‹, selbst wenn Gruppenmerkmale und

3 Bei den sog. Beneš-Dekreten handelt es sich um eine Reihe von Verordnungen, die bereits von den Exilregierungen während der Zeit der deutschen Besatzung entwickelt wurden. Sie waren auf die Regelung des öffentlichen Lebens innerhalb des nach Kriegsende wieder zu errichtenden tschechoslowakischen Staates ausgerichtet. Teile dieser Dekrete betrafen Regelung zur Enteignung, Ausbürgerung und Abschiebung der deutschen Minderheit. In den Jahren 1945 und 1946 wurden rund drei Millionen Deutsche nach Deutschland und Österreich abgeschoben (Benz 1985, Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte 1957).

Kontextfaktoren so unterschiedlich erscheinen. In diesem Buch will ich versuchen, diese Gemeinsamkeiten herauszudestillieren, die Flucht, Ankunft und Neuanfang gruppen- und epochenübergreifend ausmachen.

Das oben erwähnte Klassenfoto weist darauf hin, dass das individuelle Schicksal von Flucht und Vertreibung zugleich ein kollektives Schicksal ist, das sich nicht nur in ein kollektives Gedächtnis, sondern auch in konkrete Orte einschreibt. Denn es hört nicht bei den Geflüchteten und Vertriebenen auf, sondern wirkt auch auf die sesshafte Bevölkerung an den Zielorten ein. Sie sind es, die an der Aufnahme der Vertriebenen direkt – und meist unfreiwillig – beteiligt werden. Sie erleben, wie Geflüchtete und Vertriebene plötzlich durch ihre pure Anwesenheit Platz beanspruchen. Doch diese benötigen nicht nur physischen Raum, sondern auch einen Platz in der Gesellschaft, in die sie – ebenfalls unfreiwillig – gekommen sind. Sie erscheinen als Fremde, als Eindringlinge, und während sie selbst noch mit der Verarbeitung des Erlebten zu tun haben und sich in den neuen Strukturen zurechtzufinden versuchen, hat die aufnehmende Gesellschaft bereits ein vorgefertigtes Bild hinsichtlich ihrer kulturellen Eigenarten und leitet daraus die mögliche Anpassungsfähigkeit an die vorherrschenden sozialen Normen ab. Ein aktuelles Beispiel für diese Haltung ist die Fluchtbewegung aus der Ukraine nach Deutschland infolge des russischen Überfalls vom 24. Februar 2022. Obgleich die logistischen Herausforderungen der Geflüchtetenaufnahme keineswegs geringer sind als 2015/16, geraten die öffentlichen Diskurse wesentlich milder. Die kollektiv empfundene Legitimität der Flucht aus der Ukraine, die demographische Struktur der Flüchtenden, bei denen es sich im Wesentlichen um Frauen und Kinder handelt, sowie die Annahme, Menschen aus der Ukraine seien den Deutschen kulturell ähnlich, bilden den allgemein akzeptierten Erklärungshorizont und rahmen die Aufnahme dieser Geflüchteten. Von vornherein scheinen sie weniger Konfliktpotenzial und eine leichtere Eingliederung zu versprechen als die Geflüchteten der Jahre 2015/16, unter denen ein großer Teil allein einreisender Männer sowie Muslim:innen waren. Wie diese Vorannahmen entstehen und welche Effekte sie auf die Organisation der Geflüchtetenaufnahme und die Begegnungen zwischen Geflüchteten und Einheimischen haben, soll eines der Themen dieses Buches sein.

1.1 Der Begriff und die Figur des Flüchtlings

Eine Publikation über Flucht und die Aufnahme von Geflüchteten kommt natürlich nicht darum herum, zu definieren, was unter diesem Begriff konkret verstanden wird und wie er sich von anderen Begriffen abgrenzt. Im juristischen Sinne scheint die Zuordnung klar zu sein. Das deutsche Asylrecht basiert zunächst auf dem Artikel 16a Grundgesetz (»Politisch Verfolgte genießen Asylrecht«) und hat damit Verfassungsrang. Es wird ergänzt durch die Genfer Flüchtlingskonvention mit ihrem Zusatzprotokoll, welche auf EU-Ebene in die EU-Anerkennungsrichtlinie (Richtlinie 2011/95/EU) Eingang gefunden hat. Die Genfer Konvention gewährt Menschen Schutz, die sich

> aus begründeter Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, politischen Überzeugung oder Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe außerhalb des Herkunftslandes befinden, dessen Staatsangehörigkeit sie haben oder in

> dem sie als Staatenlose gelebt haben und dessen Schutz vor dieser Verfolgung sie nicht in Anspruch nehmen können oder wegen der Furcht vor Verfolgung nicht in Anspruch nehmen wollen (Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28. Juli 1951, §1(2)).

Die Feststellung von Asylgründen erfolgt in der Bundesrepublik Deutschland als Individualverfahren, in dem die Fluchtgründe durch den Geflüchteten vorgetragen und von den Asylbehörden hinsichtlich der Glaubwürdigkeit und Nachvollziehbarkeit eingestuft werden. Im Ergebnis kann ein Schutzstatus ausgesprochen werden, der entweder auf der Grundlage von §16a Grundgesetz oder auf Basis der Genfer Flüchtlingskonvention Schutz gewährt. Obgleich diese Paragrafen eindeutig erscheinen, bleibt in der Praxis noch erheblicher Spielraum bei der Prüfung von Asylgründen, beispielsweise ob die vorgetragene Furcht vor Verfolgung tatsächlich begründet ist.

Viele politische Debatten über Flucht und Geflüchtete ranken sich um die konkrete Definition von Flüchtlingsschutz und Asyl und erfinden in diesem Zusammenhang immer neue Wortungetüme, die darauf abzielen, die Legitimität von Flucht infrage zu stellen. Die seit 2015 sich wieder verstärkende Debatte über ›Flüchtlinge‹ und ›Wirtschaftsflüchtlinge‹ bzw. die Umdeutung des an sich neutralen Begriffs der ›Migrant:innen‹ als temporär nicht-sesshaften Personen zum potenziell negativ konnotierten Begriff des ›Flüchtlings‹ sind dafür beredte Beispiele.[4] Ein Blick zurück in die Migrationsgeschichte der Bundesrepublik zeigt zudem die Kontinuität dieser Debatten, denn bereits in den Asyldiskursen der 1980er Jahre wurden Begriffe wie die des ›Scheinasylanten‹ kreiert, um die Legitimität von Flucht für spezifische Personengruppen aufgrund ihrer Herkunft oder anderer soziodemographischer Merkmale anzuzweifeln (vgl. Link 1988, Beer 1997).

Und auch die Eigendefinition der Geflüchteten ist vielfältig und kann nur kontextbezogen verstanden werden: »Flüchtling sein ist kein Beruf« betont einer meiner Gesprächspartner und bringt damit seinen Wunsch zum Ausdruck, dass sein biographisches Schicksal der Flucht nicht dauerhaft zum singulären Referenzrahmen für die Charakterisierung seiner Person wird. Denn dieses ist nicht unbedingt ein Kompliment, wie die Linguistin Marlene Rummel ausführt. Durch den verkleinernden Charakter des Suffixes ›-ling‹ weckt der Begriff des ›Flüchtlings‹ Assoziationen der Passivität und Hilflosigkeit und wandelt diese zugleich zum Echtheitskriterium für die öffentliche Wahrnehmung. ›Echte‹ Geflüchtete als Leidende und Erduldende müssen also auf die Hilfe und Fürsorge anderer angewiesen sein und diese demütig annehmen. Eigene Stärke oder Handlungsmacht zu zeigen, steht dieser Konnotation diametral gegenüber, während paradoxerweise im Kontext des Integrationsprozesses dann aber keine passive Duldsamkeit, sondern Leistungsbereitschaft gefordert wird.[5]

---

4 Da es in den angesprochenen Debatten nicht üblich war und ist, zu gendern, nutze ich die entsprechenden Begriffe in der maskulinen Form, insofern sie aus dem beschriebenen Diskursfeld stammen.

5 vgl. den sehr instruktiven Band »Das Fluchtparadox« von Judith Kohlenberger (2022), die sich ausführlich zu diesem und anderen Paradoxien im Kontext von Flucht und Vertreibung äußert.

Auch die 2022 in Deutschland ankommenden Ukrainer:innen betonten häufig, keine Flüchtlinge zu sein. Damit weisen sie auf die Tatsache hin, dass sie keinesfalls freiwillig, sondern durch staatliche Gewalt aus ihrem eigentlichen Lebensumfeld verdrängt wurden. Zudem mag mit der Aussage der Wunsch nach einer diskursiven Abgrenzung von jenen Menschen einhergehen, die als Asylsuchende in den Aufnahmeländern häufig nur noch als Kollektivkategorie betrachtet werden und deren Anwesenheit und das Recht auf Anwesenheit im öffentlichen Diskurs umstritten ist.[6] Wer möchte sich schon in solch eine Perspektive einordnen? Das Ablehnen des ›Flüchtlings‹-Etiketts betont die Aufrechterhaltung der eigenen Handlungsautonomie.

»Wir sind keine Flüchtlinge, wir sind nicht geflohen, wir sind rausgeschmissen worden!«, betonte meine Großmutter – genauso wie viele andere Vertriebene – ein ums andere Mal, um den Zwangscharakter ihrer Migration zu verdeutlichen. Niemals, so der Subtext, hätte sie freiwillig Haus und Hof verlassen, um sich in die territorialen Realitäten nach dem Ende des Nazi-Regimes und des Zweiten Weltkrieges zu ergeben. Ihrer Vertreibung unmittelbar vorgelagert war die zwanghafte Verdrängung der Familie aus ihrem bisherigen Wohnbereich nach »hinten wo die Knechte und Mägde waren« und die Einquartierung einer ebenfalls nicht freiwillig mobilisierten tschechischen Familie in das Hauptgebäude des Bauernhofs. Diese sollte fortan den Hof bewirtschaften, ohne jegliche landwirtschaftlichen Kenntnisse zu haben. Solange es ging, blieben meine Großeltern auf dem Hof, um die neuen Besitzer:innen zumindest in den Umgang mit den Nutztieren und Ackergeräten einzuweisen. Doch schließlich mussten auch sie den Hof verlassen und per Viehwaggon die Reise nach Deutschland antreten. Das Datum der Abreise, das nach dem kirchlichen Kalender auf den sog. »schmerzhaften Freitag«, eine Woche vor Karfreitag fiel, hatte sich bei meiner Großmutter tief eingebrannt und wurde an die nachfolgende Generation weitergereicht. Denn auch für meine Mutter war der Jahrestag der Vertreibung »immer ein Schrecken«, denn »an dem Tag war sie [*meine Großmutter, B.G.*] schlimm, da war sie immer traurig«.

In der bundesrepublikanischen Erinnerungskultur wurden nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges Menschen wie meine Großmutter mit dem Begriff der ›Heimatvertriebenen‹ bezeichnet, definiert als »Menschen, die durch Androhung und Anwendung massiver Gewalt ohne Handlungsalternativen unschuldig und unter Zurücklassung allen Hab und Guts und unter zahlreichen Todesopfern« aus den infolge des Kriegsausgangs verlorenen Territorien im Osten des ehemaligen Deutschen Reichs in den »Westen« gelangten (Oltmer 2023a: 278, unter Verweis auf Beer 1997: 154ff.). Die Verwendung des Heimatbegriffs sollte dabei markieren, dass die Betroffenen »weiterhin Eigentumsrechte und Zugehörigkeitsansprüche jenseits des ›Eisernen Vorhangs‹« haben sollten, so der Historiker Jochen Oltmer (ebd.).

»Meine Eltern sind nicht umgesiedelt, sie sind vertrieben worden«, sagte eine meiner ostdeutschen Interviewpartnerinnen im Rahmen meines Dissertationsprojekts zur Migration zwischen Polen und Deutschland. Sie sagte das mit einer gewissen Schärfe im Ton, und der Satz war nicht an mich als Interviewerin gerichtet, sondern an ihren

6 Vgl. zu der Begriffsdebatte Oltmer 2023a, Rummel 2023; zur Kontinuität der Abwertungsdebatte vgl. Link 1988.

polnischen Ehepartner, der – über die deutsch-polnische Familiengeschichte des Paares berichtend – die Herkunft seiner Schwiegereltern als ›Umsiedler‹ erklärt hatte und dabei die in der DDR übliche offizielle Bezeichnung für das Massenschicksal der Vertreibung wählte. Mit diesem an sowjetische Politik- und Sprachregelungen angelehnten verharmlosenden Begriff wurde der gewaltvolle Kontext dieser Migrationsform ausgeblendet und etwaige Vergehen der ›sozialistischen Bruderstaaten‹ beim Prozess der Vertreibung negiert, wie die Kulturwissenschaftlerin Uta Bretschneider ausführt (vgl. Bretschneider 2013). Zugleich hob sich der Begriff der ›Umsiedler‹ deutlich vom westdeutschen Begriff der ›Heimatvertriebenen‹ ab, dessen Rückbezug auf eventuelle Besitzansprüche in der ›alten Heimat‹ man als revanchistisch empfand. Öffentliche Debatten über Flucht und Vertreibung sollten auf diese Weise unterbunden werden. Eine weitere Umetikettierung der ›Umsiedler‹ in ›Neubürger‹ sollte den Blick kollektiv nach vorne richten auf den Aufbau eines sozialistischen Staates, in dem Fragen der Herkunft und des materiellen Besitzes ohnehin eine nachgeordnete Rolle spielten.

Diese wenigen Beispiele zeigen, dass Begriffe und ihre Verwendung immer auch Teile von diskursiven Systemen sind, die sich ständig wandeln. Gerade in öffentlich umkämpften Themenfeldern, und zu diesen gehören Flucht, Ankunft und die Aufnahme von Geflüchteten, lohnt es sich, nicht nur präzise mit den verwendeten Begrifflichkeiten umzugehen, sondern diese auch zu kontextualisieren, ihren Wandel nachzuzeichnen und die Intentionen, die mit spezifischen Begriffsverwendungen einhergehen, aufzudecken. Auch dieses Unterfangen möchte die vorliegende Publikation angehen.

1.2 Zur konzeptionellen Idee und Struktur dieses Buchs

Die Ankunft von Geflüchteten und die Annäherungsprozesse zwischen Geflüchteten und Ansässigen können grundlegende Veränderungen von sozialen Systemen auslösen oder beschleunigen. Diese Veränderungen können innerhalb der verschiedenen sozialen Teilsysteme und an den verschiedenen Aufnahmeorten sehr unterschiedlich ausfallen. Anhand einer Vielzahl an lokalen Fallstudien und biographischen Erzählungen von Geflüchteten möchte ich in diesem Buch die Situation des Ankommens und der Annäherung zwischen Ankommenden und Ansässigen mit Hilfe des Arbeitsbegriffs der Transformation betrachten. Transformation definiere ich aus gesellschaftswissenschaftlicher Perspektive als substanziellen Wandel von Sozialsystemen, der meist infolge von Krisen oder epochalen Ereignissen eintritt (vgl. Kollmorgen/Merkel/Wagener 2015: 14). Die konkrete Betrachtung dieser epochalen Ereignisse weist zugleich darauf hin, dass es mannigfaltige Ausdifferenzierungen gibt, die auf kleinräumig unterschiedliche Rahmenbedingungen, aber auch auf unterschiedliche Akteurs-Konstellationen und deren Entscheidungen zurückzuführen sind. Dabei ist stets die Kontingenz von Entscheidungen und Entwicklungen zu berücksichtigen, d.h. die grundsätzliche Möglichkeit, dass sich Dinge in unterschiedliche Richtungen entwickeln oder sich unterschiedlich darstellen können (vgl. Luhmann 1984). Vor diesem Hintergrund frage ich also: Was verändert sich, was bleibt? Wie werden Veränderungen wahrgenommen und eingeordnet? In welchem Zusammenhang stehen die durch Flucht und Ankunft ausgelösten Veränderungsprozesse zu anderen Prozessen der Veränderung oder Beharrung vor Ort?

Anders als in der gesellschaftswissenschaftlichen Perspektive, die ja vor allem Gesellschaften und ihre (Teil)Systeme im Blick hat, erweitere ich den Begriff der Transformation auch auf die individuelle Ebene der Geflüchteten und behandle damit in diesem Buch drei Schwerpunkte: Erstens befasse ich mich mit individuellen und familiären Biographien und untersuche die Folgen von Flucht und Vertreibung für den weiteren Lebensverlauf. Flucht und Vertreibung sind existenzielle Lebenserfahrungen und prägen den weiteren Lebensweg, oft über mehrere Generationen hinweg. Wie der Neuanfang gelingt, hängt nicht nur von den strukturellen Rahmenbedingungen der Aufnahme von Geflüchteten ab, sondern auch von ihren individuellen Ressourcen, wie z. B. der physischen und psychischen Gesundheit, bildungsbezogenen und alltagspraktischen Kenntnissen und Fähigkeiten sowie der Fähigkeit, soziale Beziehungen aufzubauen. Angesichts der meist traumatischen Erfahrungen der Flucht und der oft lang andauernden Unsicherheit und strukturellen Widrigkeiten nach der Flucht ist zudem die individuelle Widerstandkraft von Bedeutung, mit der es gelingt, entsprechende Erlebnisse zu bewältigen und sich an neue Gegebenheiten anzupassen.[7] Diese individuellen Ressourcen sind die Basis für die eigene Handlungsfähigkeit, in der Fluchtforschung meist als ›*agency*‹ bezeichnet, also die Fähigkeit, strukturelle Beschränkungen durch selbstbewusstes Handeln zu überwinden. Mit der Betonung der Handlungsmacht wird das häufig vorherrschende Bild von Geflüchteten als hilfebedürftigen, passiven und defizitären Wesen herausgefordert. Zugleich betont der ›*agency*‹ Begriff die Vielfältigkeit von individuellen Handlungsstrategien, die durch vorherige Erfahrungen und Lebensereignisse und deren Reflexion geformt werden (Spengler/Kordel 2023). Mit einem vertiefenden Blick in individuelle Lebensgeschichten möchte ich vor allem die häufig homogenisierende Perspektive auf Geflüchtete aufbohren und das Bewusstsein für die Vielfalt an Lebensverläufen und die Unterschiedlichkeit von *agency* fördern.

In einem zweiten Schwerpunkt richte ich meinen forschenden Blick auf die aufnehmende Gesellschaft und ihren Umgang mit Geflüchteten, der eingebettet ist in individuelle, aber auch kollektive Vorannahmen, strukturelle Umstände und zeitgeschichtliche Prägungen. Ich zeige die Vielfalt von Reaktionen und analysiere deren Zustandekommen. In der Begegnung mit ›dem Fremden‹ wird stets auch ›das Eigene‹ infrage gestellt, so dass insbesondere in der Rückschau auf die Erfahrungen und Ergebnisse mit der Geflüchtetenaufnahme von 2015/16 sichtbar wird, was als ›das Eigene‹ verstanden wird. Divergierende Sichtweisen, Diskurse und Konflikte zur Frage der Aufnahme von Geflüchteten, des Zusammenlebens mit ›dem Fremden‹ und Integrationsstrategien offenbaren bei genauerem Hinsehen die grundsätzlichen gesellschaftlichen Konfliktlinien und ihre Einbettung in strukturelle Umstände und gelebte bzw. erlebte Geschichte. Die oben zitierte Einlassung des älteren Herrn zur Frage der Legitimität von Flucht und die Rahmung seiner Aussage mit Erfahrungen aus der DDR- und Wendezeit sind ein gutes Beispiel dafür, wie sich entlang des Diskurses über aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen grundsätzlichere gesellschaftliche Konfliktlinien herauspräparieren lassen.

Dies gilt umso mehr, wenn wir uns – als dritten Schwerpunkt – konkreten Orten zuwenden. Gesellschaftliches Handeln ist eingebettet in räumliche Strukturen, und so er-

7 Diese Widerstandskraft wird in der Fluchtforschung meist als Resilienz bezeichnet (vgl. Krause 2023).

möglichen Einblicke in verschiedene Fallstudienorte einen sehr konkreten und genauen Einblick in verschachtelte Zusammenhänge. Gleichsam wie durch ein Brennglas können wir nachvollziehen, wie Geflüchtete, die meist durch administrative Verteilungslogik an bestimmten Orten angesiedelt werden, dort die soziale Ordnung herausfordern. In der lokalen kollektiven Wahrnehmung erscheint die Ankunft der Geflüchteten von 2015 häufig wie eine Naturgewalt. Plötzlich sind sie einfach da und die lokale Bevölkerung genauso wie Bürgermeister:innen, lokale Verwaltungen, Schulen, Arbeitgeber:innen oder zivilgesellschaftliche Unterstützer:innen müssen sich mit ihnen auseinandersetzen. Sie tun dies nicht nur anhand einer individuellen, sondern auch auf Basis einer kollektiven Logik, gebündelt durch gesellschaftliche Institutionen wie Vereine, Kirchengemeinden oder Helferkreise, und fundiert durch normative Ordnungen des Ankommens wie Gesetzen oder Leitlinien. An den Orten des Ankommens entwickelt sich ein Diskurs über das Neue und seine Bedeutung für die weitere Entwicklung. Denn, diese Erkenntnis schält sich nach und nach heraus, auch für die aufnehmenden Gemeinden und Gesellschaften bedeutet die Aufnahme von Geflüchteten Veränderung, und häufig ist diese Veränderung bei genauerer Betrachtung Teil eines größeren Transformationsprozesses. Anders ausgedrückt: Die Ansiedlung von Geflüchteten und die Art und Weise, wie ihre Aufnahme bewältigt wird, legen Stärken und Schwächen der aufnehmenden Gesellschaft auf lokaler Ebene offen und zeigen grundlegende Problemstellungen und Veränderungsnotwendigkeiten an. Und, so die optimistische Sicht auf Transformationen, diese Veränderungsnotwendigkeiten können zu positivem Wandel führen, etwa durch die Beschleunigung von Modernisierungsprozessen, die ohnehin bereits in der Pipeline waren. Immer wieder werde ich also die Blickrichtung der Leser:innen auf konkrete Regionen und Orte lenken, die ja das Kerngebiet des geographischen Forschens ausmachen. Ich möchte darstellen, wie die Ankunft und das Zusammenleben mit Geflüchteten die Orte verändert haben und wie unterschiedlich sich das Ankommen und die Annäherung an die lokale Bevölkerung aus der Perspektive von Geflüchteten darstellen. Dabei liegen meine Betrachtungsschwerpunkte auf Regionen jenseits der großen Metropolen, nämlich auf ländlichen Regionen sowie Klein- und Mittelstädten.

1.3 Zeitliche, regionale und biographische Einbettung

Die Erzählungen dieses Buches entwickeln sich im Wesentlichen auf der Basis von Forschungsmaterial, das ich zusammen mit meinem Team nach der Ankunft von knapp 900.000 Geflüchteten im Jahr 2015 und in den Folgejahren erhoben habe. Anhand dieses Materials beschreibe ich Formen von Annäherung, Aushandlung und Konflikt im Zeitverlauf und diskutiere variierende kontextuelle Rahmungen der Geflüchtetenaufnahme und die Konsequenzen für gesellschaftliche Transformationsprozesse. Dabei werde ich auch die Kontinuität des Umgangs mit Geflüchteten und die strukturelle Einbettung dieses Umgangs ausleuchten. Hierzu blicke ich immer wieder vergleichend zurück auf die Aufnahme von Vertriebenen nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und auf deren Integrationspfade. Zudem werde ich Vergleiche ziehen zu der Aufnahme ukrainischer Geflüchteter ab 2022, wo immer mein Material das anbietet.

Hinsichtlich der regionalen Einbettung konzentriere ich mich zunächst einmal auf Deutschland als Ankunftsland, und innerhalb Deutschlands vorrangig auf non-metropolitane Regionen. Während in größeren Städten die Aufnahme und Integration von Geflüchteten vielfach Teil eines etablierteren Umgangs mit Integrationsbedarfen ist, haben kleinere Städte und ländliche Regionen demgegenüber einen viel geringeren Diversitätsgrad und kaum spezialisierte Akteure oder Institutionen, die sich auf die Aufnahme und Integration von Geflüchteten oder auf das Management von gesellschaftlicher Diversität verstehen. An diesen Orten, an denen der Staat mit seinen Institutionen ohnehin etwas spärlicher in Erscheinung tritt, kommt es umso mehr auf die Zivilgesellschaft an, also auf jene aktiven Teile der lokalen Wohnbevölkerung, die sich für (oder auch gegen) ein Thema oder eine Gruppe engagieren. Die Art und Weise, wie das geschieht, das werde ich im weiteren Verlauf dieses Buches zeigen, ist in ihrer Verschiedenheit nur zu verstehen, wenn wir die Verschiedenheit der lokalen Rahmenbedingungen berücksichtigen. Neben der Migrationsgeschichte und dem mehr oder weniger routinierten Umgang mit Diversität, der sich anhand der Hilfskategorie des ›Ausländeranteils‹ erahnen lässt, ist es auch die wirtschafts- und sozialpolitische Geschichte der Ankunftsorte, die diese Divergenz auslöst. Und damit ist meine Betrachtung bei aller kleinräumiger Varianz natürlich auch eine Geschichte von Ost und West: der Westen, der auf über 75 Jahren in relativer politischer Kontinuität zurückblickt und in dieser Zeit stetig an Wirtschaftsstärke und an gesellschaftlicher Diversität durch Einwanderung gewann, und der Osten, der 40 Jahre Teil des sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems war und anschließend einen revolutionären Umbruch erlebte, gefolgt von einer tiefgreifenden krisenhaften Transformation. Nicht nur während, sondern auch nach der Zeit der DDR hat der Osten Deutschlands eine ganz eigene Migrationsgeschichte entwickelt, in die die Aufnahme von Geflüchteten und der Umgang mit ihnen dementsprechend anders eingebettet sind als im Westen der Republik.

Dies spiegeln auch die teils sehr unterschiedlichen Erfahrungen von Geflüchteten mit der aufnehmenden Gesellschaft in Ost und West wider. Ich werde diese teils konvergierenden und häufig divergierenden Erfahrungen aufzeigen und diskutieren, ohne mir anzumaßen, abschließende Urteile zu fällen. Denn in der Ost-West-Betrachtung spielt natürlich auch meine eigene Positionalität eine Rolle, die ich nicht ablegen kann wie eine Jacke: geboren und aufgewachsen in der alten Bundesrepublik, habe ich den überwiegenden Teil meines Erwachsenen- und Wissenschaftlerinnen-Lebens im Osten Deutschlands zugebracht, eine Familie gegründet und mich auf die ostdeutsche Gesellschaft eingelassen. Während mein forschender Blick zunächst noch aus dem Westen in den Osten gerichtet war, konnte ich mich zunehmend in die ostdeutsche Eigenperspektive hineinversetzen und war in der Lage, diese in ihren Nuancen wahrzunehmen. Gleichzeit wandelte sich mein Blick auf den Westen mehr und mehr in eine Außenperspektive. Hinzu kommt – sowohl bei privaten Aktivitäten aber auch bei meinen öffentlichen Kommunikationseinsätzen als Wissenschaftlerin – die Rolle einer ›Übersetzerin‹, die mir abfordert, Ost- und West-Perspektiven aufeinander zu beziehen und Divergenzen zu kontextualisieren.

Meine Rolle als im Osten verwurzelte westdeutsche Forscherin prägt auch meine Begegnung mit den Subjekten meiner Forschung, insbesondere wenn es um in Deutschland aufgewachsene Gesprächspartner:innen geht. An Fallstudienorten in Ostdeutsch-

land folgt auf meine persönliche Vorstellung als Wissenschaftlerin von der TU Chemnitz die Feststellung meines Gegenübers, ich sei aber doch nicht von hier, was mir implizit unterstellt, die ostdeutsche Lebenswirklichkeit und die dadurch geformte Perspektive auf das Thema nicht nachvollziehen zu können und mich zu weiteren Erklärungen in Bezug auf meine Herkunft nötigt. An westdeutschen Fallstudienorten kommt es weniger zu diesem persönlichen Zuordnen, sondern eher zu der erstaunten Nachfrage, was Forscherinnen der TU Chemnitz an den entsprechenden Standorten in Westdeutschland interessieren könnte, bzw. die manchmal schon beinahe voyeuristische Nachfrage, ob denn die Lage in Bezug auf Geflüchtetenaufnahme und Zusammenleben im Osten wirklich so desaströs sei, wie es medial dargestellt würde.

Auf einen weiteren Aspekt meiner biographischen Einbettung in die Thematik von Flucht, Ankunft und Neuanfang bin ich bereits eingegangen. Zwar steht meine eigene Familiengeschichte und die darin eingewobene Biographie von Flucht und Vertreibung hier keinesfalls im Mittelpunkt. Doch ich nutze sie an geeigneter Stelle als Referenzrahmen, um Gemeinsamkeiten und Unterschiede im Erleben von Flucht und Vertreibung sowie im Umgang mit Geflüchteten über die verschiedenen zeitlichen Betrachtungsebenen plastischer werden zu lassen. Hierzu nutze ich vorwiegend aufgezeichnete biographische Gespräche, die ich mit meiner Mutter geführt habe, eigene Erinnerungen an lange zurückliegende Erlebnisse mit meiner Großmutter sowie Ergebnisse aus Literaturstudien und Dokumentenanalysen mit einem Fokus auf die ländliche Region in Oberfranken, in der die Familie meiner Mutter einen Neuanfang nach der Vertreibung machte.

1.4 Datenbasis, Methodik und Lesehinweise

Abgesehen von den Materialien meiner Familienbiographie schöpft dieses Buch aus Forschungsdaten, die ich gemeinsam mit meiner Arbeitsgruppe an der TU Chemnitz während der Jahre 2015–2024 gesammelt habe. Diese Daten wurden in verschiedenen Forschungszusammenhängen erhoben: In den Jahren 2015–2017 war ich Mitinitiatorin der inneruniversitären Arbeitsgruppe »Geflüchtete in Sachsen« an der TU Chemnitz, die vorwiegend im sächsischen Nahbereich Prozesse der Geflüchtetenaufnahme und Reaktionen der Bevölkerung erforschte. Zum Einsatz kamen hier Techniken der ethnographischen Beobachtung sowie qualitative Interviews, die transkribiert und mit Hilfe der Dokumentarischen Methode ausgewertet wurden. Alle Mitglieder der zwischen fünf und acht Personen umfassenden Arbeitsgruppe hatten eigene kleine Forschungsprojekte, die sie individuell verfolgten. In unseren regelmäßigen Treffen besprachen wir den Projektfortschritt, diskutierten ausgewählte Passagen des erhobenen Materials und planten Veranstaltungen für den Ergebnistransfer. Dieser fand insbesondere in Form einer Posterausstellung und eines gemeinsamen Working Papers (Glorius/Schondelmayer 2018a) statt. Daneben verfassten etliche Gruppenmitglieder auf Grundlage der erhobenen Daten ihre akademische Abschlussarbeit.

Von 2015 bis 2016 erarbeitete ich zusammen mit meiner Kollegin Prof. Dr. Anne-Christin Schondelmayer ein Gutachten für das Sächsische Staatsministerium für Kultus, in dem wir die Praxis des Deutschunterrichts für geflüchtete Jugendliche an berufs-

bildenden Schulen untersuchten. Zur damaligen Zeit war die Einrichtung so genannter DaZ-Klassen[8] an berufsbildenden Schulen ein Novum, das maßgeblich durch die hohe Zahl von Geflüchteten im Alter zwischen 16 und 18 Jahren bedingt war, für die eine Integration in das allgemeinbildende Schulsystem mit seinen Willkommensklassen nicht zielführend erschien. Unsere Studie sollte die Übertragbarkeit der aus dem Primar- und Sekundarbereich übernommenen Unterrichtsmodelle für den Deutschunterricht evaluieren und Handlungserfordernisse herausarbeiten, die die Entwicklung bildungssprachlicher Kompetenzen als Voraussetzung zur erfolgreichen Fortführung bisheriger Bildungslaufbahnen unterstützen. Als Fallstudienorte wurden zwei berufliche Schulzentren im Landkreis Erzgebirgskreis ausgewählt. Die erhobenen Daten und die Beobachtungen, die wir während der Arbeit an diesem Gutachten machen konnten, bilden ebenfalls einen wichtigen Hintergrund für diese Buchpublikation.[9]

In den Jahren 2017 bis 2019 koordinierte ich ein durch die Europäische Kommission finanziertes Forschungsprojekt in der Programmlinie »Horizont 2020« zur Evaluierung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems.[10] Das Projekt, in dem 14 wissenschaftliche und politikberatende Institutionen aus verschiedenen EU-Ländern, der Türkei und dem Vereinigten Königreich zusammenarbeiteten, untersuchte die Aufnahme, Verteilung und Integration von Asylsuchenden im Rahmen des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems und entwickelte auf dieser Basis Reformvorschläge. Zusammen mit meinem Projektteam, bestehend aus Jana Beinhorn, Simone Gasch, Dr. Melanie Kintz und Hanne Schneider, analysierte ich sog. Graue Literatur und führte qualitative Interviews mit verschiedenen politischen Akteur:innen, mit Geflüchteten und mit Vertreter:innen der Zivilgesellschaft durch. In Bezug auf Deutschland als Ankunftsland liegen insgesamt 54 Interviewtranskripte vor, die teilweise in die vorliegende Publikation eingearbeitet wurden.[11]

In den Jahren 2018 bis 2021 war meine Arbeitsgruppe Teil eines Forschungskonsortiums, das die Aufnahme und den Integrationsprozess von Geflüchteten in insgesamt 32 kleineren Städten und ländlichen Regionen in Deutschland untersuchte. Finanziert durch das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft forschte ich zusammen mit meinen wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen Miriam Bürer, Simone Gasch und Hanne Schneider nach möglichen Synergieeffekten, die die Aufnahme von Geflüchteten

8 Das Kürzel bedeutet in der Langform »Deutsch als Zweitsprache« und bezeichnet die separate Beschulung von Schüler:innen ohne Deutschkenntnisse. Der Schwerpunkt des Unterrichts liegt auf der Vermittlung von Sprachkenntnissen, wobei auch Inhalte des allgemeinen Lehrplans integriert werden können. Häufig ist eine zumindest teilweise Integration in den Regelunterricht vorgesehen, bzw. fließende Übergänge zwischen der Teilnahme am DaZ-Unterricht und dem Regelunterricht.

9 Teilauswertungen dieses Projekts sind zudem nachzulesen unter Glorius/Schondelmayer 2019, 2020a/b.

10 »Evaluation of the Common European Asylum System under Pressure and Recommendations for further development (CEASEVAL)«, Forschungsprojekt im Rahmenprogramm H2020: Migration and Asylum Systems, Grant Agreement Nr. 770037.

11 Aus dem Projekt ging unter anderem eine Working Paper Serie hervor, die unter folgendem Link verfügbar ist: https://www.tu-chemnitz.de/phil/iesg/professuren/geographie/Publikationen/CEASEVAL/ceaseval_wp.php

für die Entwicklung dieser Standorte haben könnte.[12] Dabei gingen wir multiperspektivisch vor und berücksichtigten Aussagen von Geflüchteten, der lokalen Bevölkerung, hauptamtlichen Akteur:innen im Feld wie etwa Verwaltungsmitarbeiter:innen oder Bürgermeister:innen und von zivilgesellschaftlich Engagierten. In Bezug auf die Geflüchteten interessierte uns, wie sie mit der ländlichen Lebensumgebung zurechtkamen und ob sie Zukunftsperspektiven an diesen Orten entwickeln konnten. Von den haupt- und ehrenamtlich Aktiven erfragten wir Erfahrungen und Einschätzungen zur Geflüchtetenaufnahme, zum Integrationsmanagement und zur langfristigen Perspektive der Geflüchteten an den ländlichen Ankunftsorten. Insgesamt 373 Interviews kamen auf diese Weise zustande und wurden mit Hilfe der Qualitativen Inhaltsanalyse ausgewertet. Um die Perspektiven der lokalen Bevölkerung zu erfassen, führten wir eine Repräsentativbefragung von rund 900 Haushalten in den ländlichen Untersuchungsregionen durch, in der wir Fragen zur Lebenszufriedenheit an dem ländlichen Wohnstandort, zur Qualität der Nachbarschaftsbeziehungen, zu Einstellungen zu Migrant:innen und Geflüchteten und zu Reaktionen auf Umbrüche und Veränderungen im eigenen Wohnumfeld stellten.[13] Um auch die lokale Diskurslandschaft in die Untersuchung einzubeziehen, analysierte ich rund 1.300 Zeitungsartikel aus Lokalzeitungen in unseren Untersuchungsregionen (vgl. Glorius 2022).

Einen ähnlichen Betrachtungsfokus hatte ein weiteres EU-finanziertes Projekt mit Laufzeit 2021–2024. Das Projekt mit dem Akronym WholeCOMM richtete seinen Fokus wieder auf kleinere Städte und ländliche Regionen als Orte der Geflüchtetenaufnahme, nicht nur in Deutschland, sondern in insgesamt zehn europäischen und außereuropäischen Ländern. Der international vergleichende Zuschnitt des Projekts ermöglicht es, den Einfluss von spezifischen strukturellen und normativen Rahmenbedingungen auf den Integrationsverlauf von Geflüchteten zu identifizieren und zugleich nachzuforschen, welche (positiven/negativen/transformativen) Effekte die Geflüchtetenaufnahme auf die untersuchten Orte hat. Im Zentrum der empirischen Erhebungen, die ich zusammen mit meinen wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen Dr. Friederike Enßle-Reinhardt und Hanne Schneider sowie der wissenschaftlichen Hilfskraft Edgar Zschoche durchführte, standen die Perspektiven der Geflüchteten auf ihre neue Lebensrealität. Diese Perspektive wird gespiegelt durch die Erfahrungen, Einschätzungen und Handlungsorientierungen von Akteur:innen aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft sowie aus dem Bereich Bildung und Arbeit. Im Rahmen von WholeCOMM führten wir in den Jahren 2021 und 2022 empirische Erhebungen in sechs Städten bzw. ländlichen Regionen in Deutschland durch, drei im Osten und drei im Westen der Republik. Mitten in diesen Studienarbeiten, die ja vor allem die Aufnahme der im Jahre 2015 bzw. 2016 eingereisten Asylsuchenden im Blick hatte, erreichte die nächste große Fluchtbewegung Deutschland: rund eine Million Ukrainer:innen, überwiegend Frauen und Kinder, die Schutz in Deutschland suchten. In zwei derzeit (2025) laufenden Projekten kann auch die Perspektive der ukrainischen Geflüchteten und der Aufnahmekommunen abgebildet werden,

12 Zu dem Projekt ist neben verschiedenen wissenschaftlichen Aufsätzen auch eine umfassende Buchpublikation entstanden, die online kostenfrei verfügbar ist (Mehl et al. 2023).

13 Eine ausführliche Erläuterung der Vorgehensweise und der wesentlichen Ergebnisse finden sich in Schneider/Bürer/Glorius 2021.

wenngleich diese Forschungsdaten noch nicht abschließend erhoben und ausgewertet sind.[14]

Das in den oben beschriebenen Forschungsprojekten gesammelte Interviewmaterial ist überwiegend qualitativer Art, d.h. es handelt sich um aufgezeichnete mündliche Interviews, die anschließend in Schriftform gebracht und analysiert wurden. Die Erlebnisse und Erfahrungen, die in diesen Interviews berichtet werden, erheben nicht den Anspruch auf Repräsentativität im statistischen Sinne. Sie ermöglichen vielmehr, gelebte Erfahrungen, Einstellungsmuster und Handlungsorientierungen aus der individuellen Biographie heraus zu verstehen. Zu diesem Zweck arbeite ich in diesem Buch mit biographischen Beschreibungen und mit vielen direkten Zitaten aus den geführten Interviews. Die zitierten Passagen wurden sprachlich leicht geglättet, um die Lesbarkeit zu erleichtern. In einigen Fällen sind biographische oder geographische Informationen zu den Interviewten leicht verfremdet, um ihre Anonymität zu gewährleisten. Bei den Namen der Interviewten handelt es sich um Pseudonyme, und auch die Namen kleinerer Orte wurden aus Gründen der Wahrung von Anonymität durch Pseudonyme ersetzt. Meine eigenen Forschungsdaten verknüpfe ich zum Zweck der Validierung mit umfangreichen Sekundärdaten und Forschungsliteratur.

1.5 Nicht jeden Stein umdrehen – zur thematischen Auswahl und Validität der Forschungsdaten

In einem öffentlichen Vortrag bin ich einmal von einer älteren Dame gefragt worden, ob ich denn glaube, dass die Geflüchteten mir die Wahrheit erzählen. Es ging dabei gerade um die Fluchtwege nach Europa und die teils erschütternden Erlebnisse auf der Flucht und im Kontakt mit Schleppern. Aus methodischer Perspektive ist das eine wichtige und aufschlussreiche Frage. In den Interviews, die wir mit Geflüchteten und Akteur:innen der Geflüchtetenaufnahme durchgeführt haben, geht es nie um absolute Wahrheit, sondern um subjektive Perspektiven, die insofern Gewicht haben, als sie für die betreffenden Personen handlungsleitend sind. Die Aufgabe der Forscherin in einem qualitativen Forschungszusammenhang ist es, die Bedeutung nachzuvollziehen, die die Erzähler:innen bestimmten Erlebnissen, Empfindungen oder Einstellungen beimessen. Damit ist ›Wahrheit‹ nicht im Sinne einer faktenorientierten, objektivierbaren Wahrheit zu verstehen, sondern als Erkenntnis, die sich aus der jeweiligen Perspektive der Interviewpartner:innen ableitet.

Zudem muss das Vergessen oder lückenhaftes Erinnern berücksichtigt werden. Aus methodischer Sicht geht es hier also nicht darum, ob die Benennung eines Aufenthaltstitels und die damit zusammenhängenden Rechte und Pflichten korrekt wiedergegeben

14 Bei diesen aktuell laufenden Projekten handelt es sich um das Kooperationsprojekt »Rahmungen des Ankommens. Transnationale Perspektiven auf Wahrnehmungen, Politikansätze und migrantische Praktiken von Geflüchteten 2015/16 und 2022/23 im Vergleich« (REFRAME), das von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert wird, sowie »Migration in Klein- und Mittelstädten: Lokale Narrative und ihre Bedeutung für den Zugang zum Arbeitsmarkt« (NaMik), da vom Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V. (vhw) gefördert wird. Forschende in diesen Projekten sind Denis Zeković, Friederike Enßle-Reinhardt und Janek von Stebut.

wurden oder ob die Etappen des Fluchtweges exakt genauso lange gedauert haben, wie es von den Geflüchteten erzählt wurde. Vielmehr geht es um das Nachvollziehen von Vorstellungen, Erfahrungen und Zukunftsperspektiven, die im Rahmen der biographischen Narration authentisch erzählt werden. Wir halten unsere Interviews bewusst sehr offen und fragen beispielsweise nie direkt nach dem Fluchtweg oder den Gründen der Flucht. Trotzdem beginnen praktisch alle Gesprächspartner:innen mit ihrer Fluchtgeschichte. Denn diese ist ein integraler Bestandteil des jetzigen Daseins am Zufluchtsort. Die oftmals traumatischen Erlebnisse resultieren vielfach in sehr praktischen Konsequenzen, z.B. dem Zurücklassen von Familienangehörigen oder nachhaltigen gesundheitlichen Beeinträchtigungen durch die äußerlichen Bedingungen der Flucht, welche den Neuanfang erschweren. Wir lassen bewusst an dieser Stelle Nachfragen sachlicher Art aus, bedienen also nicht jene Informationsbedürfnisse, die für Asylbehörden oder misstrauische Leser:innen von Bedeutung sind. An dieser Stelle überwiegt in meiner Rolle als Forscherin der Respekt vor Menschen, die mir Teile ihrer Lebensgeschichte freiwillig offerieren und mir dabei auch Einblicke in ihr Seelenleben geben. Ich halte es an dieser Stelle so, wie es die Anthropologin Liisa Malkki (1995: 51) mit ihrer Empfehlung »not to turn over every stone«, sehr treffend beschrieben hat: Wir müssen nicht jeden Stein umdrehen, um die Authentizität eines Lebensereignisses zu prüfen. Die mit dem Erzählen verbundene starke Emotion ist ein deutliches Zeichen für die Validität der Erzählung. Zudem können wir sachliche Informationen wie etwa die Kosten von Menschenschmugglern durch Konsultation anderer Quellen oder Expertenmeinungen nachprüfen. Und natürlich sind auch die Gründe für unterschiedliche Detaillierungsgrade in den Erzählungen Bestandteil von Interpretationsprozessen. Beispielsweise können – möglicherweise entgegen den Erwartungen der Leser:innen – viele Geflüchtete nicht die administrativ exakte Bezeichnung ihres Aufenthaltsstatus benennen. Die meisten sprechen einfach von »Aufenthalt«. Hingegen nennen beinahe alle, die ihre Fluchtgeschichte erzählen, das exakte Datum ihrer Ankunft in Deutschland. Ganz offensichtlich hat sich dieses Datum eingebrannt, als ein Moment, der gleichzeitig ein Ende und einen Neuanfang beziffert. Diesem Neuanfang widme ich dieses Buch.

Teil I
Fliehen und Ankommen

Kapitel 2 – Auf der Flucht

> Jeder möchte in seinem Land bleiben. In seinem Heimatland, mit seiner Familie. Das ist natürlich viel besser. Die Sprachen kennen, Kulturen kennen. Alles viel, viel besser.
> *Nila Ahmadi**

Nila Ahmadi* stammt aus Afghanistan und ist Angehörige der ethnischen Minderheit der Hazara. Seit 2016 lebt sie in Deutschland. Sie ist verheiratet und hat drei Kinder, die zum Zeitpunkt des Interviews im Jahr 2022 neun, sieben und fünf Jahre alt sind. Hier erinnert sie sich an die Geschichte ihrer Flucht.

Wenn ich erkläre, wie ich hier nach Deutschland gekommen bin, dann muss ich weinen. Ich bin vom Iran in die Türkei. Alles zu Fuß, mit zwei kleinen Kindern. An der Grenze zwischen Iran und Türkei wurden wir beschossen, und Menschen wurden verletzt. Ältere Menschen wurden zurückgelassen. Oft träume ich nachts von dem, was ich gesehen habe. Mein Sohn bekommt manchmal nachts Schüttelfrost, ich frage ihn: »Was ist mit Dir, ist Dir kalt oder was ist los?« Er sagt: »Nein. Ich habe Angst.« Dabei war er damals noch so klein. Wir sind über das Meer nach Griechenland gefahren, in einem Schlauchboot. Das war ein schreckliches Erlebnis. Das Schlauchboot war für 30 Personen ausgelegt, aber der Schlepper hat 40 Personen reingesetzt, und zusätzlich die Kinder. Als wir auf dem Meer waren, konnte das Boot kaum manövrieren, wir waren zu schwer. Da hat der Schlepper gesagt, wenn Ihr Eurer Leben retten wollt, müsst ihr all Euer Gepäck über Bord werfen. Und wir haben alle unsere Rucksäcke ins Meer geworfen. Meine Tochter war knapp ein Jahr alt, oder acht Monate. Wir haben alle Schwimmwesten getragen, und ich hatte sie vorne in meine Schwimmweste gesteckt. Es ist so viel Wasser hineingelaufen, das sie nicht mehr atmen konnte, also habe ich [die Weste] ausgezogen, damit das Wasser abfließen kann. Und da stand einer der Passagiere, ein großer Mann, der dachte, das ist mein Rucksack, weil es in der Nacht so dunkel war. Er hat nicht gesehen, dass er nach der Weste mit meiner Tochter gegriffen hatte. Ich habe gerade noch den Fuß meiner Tochter zu fassen bekommen, und habe gerufen: »Nein, das ist meine Tochter. Das ist meine Tochter.« Wenn ich das nicht geschafft hätte, wäre meine Tochter weg gewesen. Ich habe geweint, geweint und ich habe gesagt, wenn ich gewusst hätte, wie gefährlich das alles ist, wäre ich nicht gegangen. Drei Stunden oder

> vier Stunden sind wir auf dem Wasser getrieben. Wir konnten den Weg nicht finden. Als wir am Ende den Weg gefunden hatten und in Griechenland an Land angekommen waren, hatten drei aus dem Boot ihren Verstand verloren. Und alle anderen standen auch unter Schock. Mein Sohn konnte nicht mehr sprechen danach. Wir mussten hier viele Therapien machen. Er war noch so klein, aber bis jetzt erinnert er sich daran.[1]

Nila Ahmadis* Geschichte ist mit allen ihr innewohnender Schrecken kein Einzelfall, sondern eher typisch für Menschen, die sich als Flüchtende im Jahr 2015 auf den Weg nach Europa gemacht haben. Typisch ist das Erleben von Entbehrungen und Gewalt auf dem Fluchtweg. Typisch ist die Erfahrung, Schleppern ausgeliefert zu sein, die die Flüchtenden durch untaugliche Transportmittel in Lebensgefahr bringen. Typisch ist die Situation, eine unfreiwillige Schicksalsgemeinschaft mit anderen Flüchtenden zu bilden, die man kaum kennt und auf deren Verantwortungsbewusstsein und Solidarität man nur hoffen kann. Und typisch ist auch die langanhaltende Traumatisierung, die sich noch Jahre nach dem Fluchterlebnis in die Träume der Menschen stiehlt und ihre Lebensenergie beeinträchtigt.

Jenseits der häufig sehr technokratischen Debatte um die Durchsetzung der Europäischen Asyl- und Abschottungspolitik, die meist in einer »das Boot ist voll«-Feststellung einmündet und in der Folge eine Verschärfung des Grenzregimes ansteuert, lohnt es sich, auf die lebensweltliche Perspektive von Geflüchteten zu blicken, um die Konsequenzen politischer Entscheidungen, für die wir alle als EU-Bürger:innen mit Verantwortung tragen, besser verstehen zu können.

2.1 Europas Rolle im weltweiten Fluchtgeschehen

In Deutschland und in weiten Teilen Europas war das Thema Flucht und Asyl lange Zeit unter dem Radar der Öffentlichkeit. Dies änderte sich erst mit den stetig steigenden Zugangszahlen ab 2013/14, bis dann das Jahr 2015 als großer Einschnitt erlebt wurde. Die Ankunft von rund 890.000 Geflüchteten überwiegend aus Syrien, Afghanistan und Irak wurde von den einen als Fest der Willkommenskultur gefeiert und von den anderen als politischer Kontrollverlust problematisiert. Allerdings offenbart diese Einhegung einen sehr verkürzten, nämlich allein auf die Perspektive eines Aufnahmelandes bezogenen Blick auf ein komplexes, nachhaltiges und für die Betroffenen lebensbedrohliches Ereignis.

Im Jahr 2022 sind über 100 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht, mehr als doppelt so viele wie zehn Jahre zuvor. Die meisten Flüchtenden verbleiben als Binnenflüchtlinge innerhalb des eigenen Landes oder fliehen in die unmittelbaren Nachbarländer, weil sie gar nicht die Ressourcen haben, um größere Distanzen zu überwinden, oder weil sie hoffen, nach einer baldigen Beendigung des Konflikts wieder in ihre Heimat

1 Interview mit Nila Ahmadi* (Pseudonym) aus Afghanistan, Juli 2022.

zurückkehren zu können.[2] Der Jahresbericht 2022 des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen UNHCR verdeutlicht die ungleiche Verteilung von Flüchtenden auf die verschiedenen Aufnahmeländer: Spitzenreiter bei der Aufnahme sind 2022 die Türkei (3,6 Mio.), Iran (3,4 Mio.), Kolumbien (2,5 Mio.), Deutschland (2,1 Mio.) und Pakistan (1,7 Mio.). Bedeutende Ausgangsländer von Fluchtbewegungen sind Syrien (6,5 Mio.), Ukraine (5,7 Mio.) und Afghanistan (5,7 Mio.) (UNHCR 2023). In der längerfristigen Betrachtung sticht insbesondere der afrikanische Kontinent als Ursprung aber auch als Aufnahmeregion für Geflüchtete und Vertriebene hervor: Zwischen 1975 und 2022 hatte Subsahara-Afrika 27,2 Millionen Geflüchtete zu verzeichnen, von denen 25,3 Millionen innerhalb der Region verblieben. Europa registrierte im gleichen Zeitraum 17,3 Millionen aufgenommene Geflüchtete, von denen 9,1 Millionen aus einem Europäischen Land kamen (ebd.). Diese Zahlen weisen auf die globale Ungleichverteilung von Vertreibung und Geflüchtetenaufnahme hin, wobei die einkommensärmeren Länder des Globalen Südens die weitaus größte Last tragen.

Der UNHCR-Report betont die Bedeutung der internationalen Solidarität, um den Druck von den aufnehmenden Ländern zu nehmen und den Geflüchteten rasch die Möglichkeit eines eigenständigen Lebens zurückzugeben. Dies kann vor allem durch die Unterstützung der lokalen Integration erreicht werden, aber auch durch eine Umsiedlung (*Resettlement*) von Geflüchteten in aufnahmebereite Drittländer. Kanada, die USA und Australien sind dabei führend, allerdings bleibt die Anzahl der angebotenen Plätze weltweit stark hinter dem tatsächlichen Bedarf zurück: Im Jahr 2022 wurden über entsprechende Aufnahmeprogramme 114.300 Geflüchtete umgesiedelt, gleichzeitig kalkulierte das UNHCR einen Bedarf von 1.5 Millionen Personen, darunter rund 400.000 der vier Millionen Geflüchteten, mehrheitlich Syrer:innen, die sich in der Türkei aufhalten (UNHCR 2022b: 74, 2023: 39). Die Abwesenheit von ausreichenden nachhaltigen Lösungen für die betroffenen Personengruppen erklärt die seit vielen Jahren zu beobachtenden Trends, Länder, von denen man sich Schutz und die Möglichkeit eines würdigen Lebens erhofft, auf eigene Faust zu erreichen.

2.1.1 Wege nach Europa

Deutschland, mehr noch Europa als Kontinent, ist eine dieser Regionen, die von Flüchtenden angesteuert werden. Allerdings mangelt es den Menschen in der Regel an legalen Zugangsmöglichkeiten wie z.B. einem humanitären Visum, so dass sie gezwungen sind, irreguläre Einreisewege zu wählen. Da es sich bei den meisten EU-Außengrenzen um Seegrenzen handelt, die schwer zu überwachen und zu kontrollieren sind, fungieren gerade die Routen über das Mittelmeer seit langem als meist genutzte Zugangswege für Migrant:innen ohne formale Zugangsberechtigung nach Europa. Drei Hauptrouten über das Mittelmeer sind bekannt: Die zentrale Mittelmeerroute von Tunesien oder Libyen nach Italien, die Westliche Mittelmeerroute von Marokko über die Straße von Gibraltar nach Spanien bzw. von der westafrikanischen Küste auf die Kanarischen Inseln, sowie

2 Ende 2021 waren 89,3 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht, mit dem Einsetzen des russischen Krieges in der Ukraine stiegen die Zahlen 2022 auf über 100 Millionen. Bis Mitte 2024 stieg die Zahl auf 122 Millionen (UNHCR 2022a, 2025b).

die östliche Mittelmeerroute von der Türkei über das ägäische Meer nach Griechenland. Die weitaus gefährlichste Reise ist jene über die zentrale Mittelmeerroute, weil hier die längste Seepassage zu überwinden ist. Allein zwischen Januar 2015 und Dezember 2022 wurden auf dieser Route 16.382 Todes- und Vermisstenfälle dokumentiert, für das Mittelmeer insgesamt waren es in diesem Zeitraum über 23.000.[3]

Verbunden mit dem gefährlichen Fluchtweg ist die Abhängigkeit von Schleppern. Vor allem die Flucht über den Seeweg ist ohne die Bezahlung von Schleppern schlicht nicht möglich. Die von uns befragten Geflüchteten, die 2015 per Schlauchboot aus der Türkei nach Griechenland gekommen sind, haben im Schnitt 1.000 Euro pro Person für diese Passage bezahlt. Heute dürften die Tarife deutlich höher sein. Kombiniert mit der Weiterreise über die Balkanroute kostete damals die Schlepper-Dienstleistung mehrere tausend Euro, teils bis zu 20.000 Euro pro Person.[4] Setzt man diese Preise ins Verhältnis mit dem durchschnittlichen Jahreseinkommen in Hauptherkunftsländern von Geflüchteten wie Syrien (4.000 US-Dollar), Afghanistan (7.000 US-Dollar) oder Irak (12.000 US-Dollar), so wird deutlich, dass nicht die Vulnerabilität von Flüchtenden, sondern ihre verfügbaren Ressourcen entscheiden, ob sich die Fluchtmigration nach Europa überhaupt realisieren lässt.[5]

Entlang der Küste Libyens, Tunesiens und Ägyptens floriert das Schleppergeschäft, meist mit Booten, die untauglich für die Überfahrt und damit lebensgefährlich für ihre Insassen sind. Einer unserer Gesprächspartner, Fawad Hussein*, wagt die Überfahrt über die zentrale Mittelmeerroute von Tunesien aus. Zusammen mit vielen weiteren Menschen besteigt er eines von zwei Booten, die am Ende mit rund 600 Passagieren völlig überladen sind. Nach kurzer Fahrt zeigt sich, dass beide Boote leck sind: »Da gab es Probleme. Sowohl auf meinem Boot als auch auf dem anderen kam Wasser ins Bootsinnere. Wir haben irgendwie versucht, das Wasser rauszubekommen. Das Boot war sehr kaputt und hatte ein großes Loch.« Fawad Hussein* wählt den Seenotruf: »Da habe ich angerufen und eine Person verlangt, die Arabisch spricht. Ich habe ihr gesagt, dass 600 Leute in zehn Minuten ertrunken sein können und sie uns helfen sollen.« Doch lange Zeit kam niemand: »Wir waren in der Nähe Tunesiens. Nach fünf oder sechs Stunden habe ich Leute ertrinken sehen. Einer Person habe ich eine Schwimmweste zugeworfen.« Schließlich kommt ein Boot der italienischen Küstenwache, dass sie jedoch nicht aufnimmt: Erst einen Tag später »ist dann ein großes Boot gekommen – vielleicht von der UN – mit Essen und Saft. Die Leute konnten dann trinken und dann sind wir nach Sizilien gefahren und sind da 14 Tage geblieben.«[6]

---

3 Die Zahlen stammen vom *Missing Migrants Project* der IOM, in dem seit 2014 versucht wird, durch die Zusammenführung verschiedenster Datenquellen eine valide Längsschnittbeobachtung von fluchtbedingten Todesfällen weltweit zu dokumentieren. Dennoch handelt es sich auch bei diesen Daten um Schätzwerte, die realen Zahlen dürften weit höher liegen (vgl. Migration Data Portal 2022, IOM 2022).

4 Die Angaben stammen aus persönlichen Interviews mit Geflüchteten sowie aus einer systematischen Auswertung von TV-Reportagen über die Fluchtbewegungen nach Europa, z.B. die 2015 veröffentlichte ZDF-Reportage: »An der Grenze« (vgl. Beinhorn/Gasch/Glorius 2019).

5 Vgl. https://www.averagesalarysurvey.com/

6 Interview mit Fawad Hussein* (Pseudonym), 46 Jahre, aus Syrien, April 2019.

Fawad Hussein* hatte das Glück, aus der Seenot gerettet zu werden. Viele andere haben weniger Glück, insbesondere nachdem die offizielle Seenotrettungsmission ›Mare Nostrum‹ 2014 eingestellt worden war. Zwar sind seither eine Vielzahl ziviler Seenotretter im Einsatz, doch diese beklagen unisono eine Behinderung ihrer Tätigkeit durch die nationalen Behörden. Seit vielen Jahren gibt es eine erbitterte politische Debatte um die Funktionen von Seenotrettung, der immer wieder unterstellt wird, sie würde als Pull-Faktor wirken, da sich Migrant:innen erst durch das Wissen um Rettungsmissionen zur Überfahrt entschließen würden. Was in dieser Argumentation außer Acht gelassen wird, ist die Komplexität und Multikausalität von Fluchtgründen, ebenso wie die Tatsache, dass die meisten Flüchtenden bereits einen langen Fluchtweg hinter sich haben, wenn sie die Passage über das Mittelmeer antreten.[7]

Die riskanten Reisen nach Europa beginnen weit außerhalb des europäischen Blickwinkels. Viele Menschen sterben bereits beim Versuch, Wüsten zu durchqueren oder Gebirge zu überwinden, ohne ausreichend Nahrung oder Wasser und ohne Orientierung (vgl. Textbox 2.1). Nur diejenigen, die gerettet werden oder die es bis in ein Land schaffen, das ihnen Schutz bietet, können überhaupt über diese schrecklichen Erfahrungen Zeugnis ablegen.

Textbox 2.1: Eine tödliche Reise

Wir begannen die gefährliche Reise durch die Wüste Afar, wo uns einige Plünderer angriffen, uns schwer verprügelten und unser Geld mitnahmen. Nach etwa einer Woche Fußmarsch durch die Wüste, in der einige Menschen verhungerten, erreichten wir den Berg Tajoor, wo wir anhielten, um eine Pause zu machen. Ich sah mich um und entdeckte einige sterbende Menschen, einige schliefen, andere weinten und baten um Wasser oder Essen. Ich ging zwischen den Menschen hindurch, die am Boden lagen […] sie starrten mich an, aber es kam keine Antwort von ihrer Seite, dann wurde mir klar, dass sie tot waren! Dort wurde mir klar, dass ich eine Reise des Todes durchmachte. Einige Menschen starben während der Wüstendurchquerung, andere beim Erklimmen des Berges und wieder andere auf dem Gipfel des Berges. (Bericht eines 15jährigen Jungen, der zu Fuß aus Äthiopien nach Jemen geflohen ist) (DRC/RMMS 2012: 23.)

Viele leben über Jahre hinweg in Ländern auf der Transitstrecke, weil sie Geld für die nächste Etappe verdienen müssen oder auf eine günstige Gelegenheit warten, um weiterzukommen. Die Bemühungen der EU, zum Zweck der Migrationsabwehr Partnerschaftsabkommen mit Transitländern wie Libyen oder Tunesien zu schließen, hat vielfach zu einer Verschärfung der Lebensbedingungen von Migrant:innen in den Transitländer geführt. Hierzu gehören rassistische Übergriffe, Push-Backs und Ausweisungen. Ein im August 2023 dokumentierter Fall betrifft eine junge Familie aus Kamerun, die jahrelang in Tunesien lebte, bis sie im Kontext der migrationsfeindlichen Mobilisierungskampagnen zusammen mit anderen afrikanischen Migrant:innen an die libysch-tune-

7 Eine aktuelle Studie widerlegt die Bedeutung von Pull-Faktoren für die Flucht über das Mittelmeer durch eine ausführliche und multiperspektivische Längsschnittmodellierung (Rodríguez Sánchez et al. 2023).

sische Grenze deportiert und in der Wüste ausgesetzt wurden. Bei Temperaturen bis 50 Grad verdursteten viele Migrant:innen, unter ihnen die Ehefrau und die sechsjährige Tochter des Zeugen Mbengue Nyimbilo Crepin, der seinerseits nur knapp überlebte (Keilberth 2023).

2.1.2 Zwischen Mitgefühl und Kontrolle

Ähnlich wie Nila Ahmadi* und Fawad Hussein* begeben sich viele Flüchtende während der Flucht in Lebensgefahr; sie sitzen in seeuntauglichen Booten, erleben Gewalt durch Schlepper und Grenzbehörden, oder müssen tagelang ohne ausreichend Nahrung und Trinkwasser zu Fuß gehen oder sich verstecken. In den meisten unserer Interviews mit Geflüchteten fragen wir nicht dezidiert nach den Einzelheiten des Fluchtweges, teils, weil das nicht im Zentrum unseres Forschungsinteresses steht, teils, weil wir eine erneute Traumatisierung unserer Gesprächspartner:innen vermeiden wollen. Immer wieder sind wir erstaunt, dass und wie sie von sich aus von diesen Erlebnissen berichten. Sie tun dies sehr sachlich, was angesichts der erschütternden Erfahrungen, von denen sie berichten, oft schon beim Zuhören schwer zu ertragen ist. Eigentlich möchte man in solchen Momenten Trost spenden. Doch unsere Gesprächspartner:innen wollen das gar nicht. Sie erzählen ihre Fluchtgeschichte, weil diese maßgeblich für alle nachfolgenden Lebensetappen ist. Sie wollen, dass wir verstehen, was sie hinter sich haben, um besser einschätzen zu können, wie es ihnen mit den Herausforderungen geht, die im Aufnahmeland vor ihnen liegen.

Nila Ahmadi*s traumatisierende Erfahrung, in einem überfüllten und tendenziell seeuntauglichen Schlauchboot zu sitzen, das zu kentern droht, wird von vielen Gesprächspartner:innen geteilt. Manche haben sich zunächst geweigert, einzusteigen, als sie die Überladung des Bootes bemerkten. Teils wurden sie dann von den Schleppern, die Angst vor der Entdeckung durch die türkischen Grenzschützer hatten, mit vorgehaltener Pistole zum Einsteigen gezwungen. Praktisch alle wurden genötigt, ihre Habseligkeiten zurückzulassen, so dass sie mit leeren Händen in Europa ankamen. Teils wurden die letzten Besitztümer, die oftmals nicht nur materiellen, sondern vor allem einen hohen emotionalen Wert haben, erst unterwegs über Bord geworfen, um das überladene Boot vor dem Untergang zu bewahren.

In einer Ausstellung des jüdischen Museums Hohenems zu Flucht und Grenzen entdeckte ich eine Videoinstallation der Künstlerin Pinar Öğrenci, die mich emotional sehr berührte. Man sieht eine Oud, eine traditionelle persische Laute, die im Meer treibt. Die Kamera fängt den Bauch der Oud von unten ein, eine weitere Kameraeinstellung zeigt das Instrument aus großer Höhe, sehr klein und verloren, in den Wellen schaukeln. Zum Geräusch des plätschernden Wassers wird die Geschichte nacherzählt, die man in englischen Untertiteln nachlesen kann: Man erfährt, dass der Besitzer diese Laute bekam, als er sich in Bagdad an der Musikhochschule bewarb. Sie begleitete ihn überall hin, auch auf die Flucht. Doch beim Besteigen des Bootes, in das – wie in den Erzählungen unserer Interviewpartner:innen – möglichst viele Geflüchtete gepresst werden, um den Profit zu maximieren, soll er all seine Habseligkeiten zurücklassen, auch seine Oud.

> Das war der Moment, als mein Leben zum Stillstand zu kommen schien. Ich hatte die Wahl, die Überfahrt anzutreten und mein Leben zu retten, oder bei meinem langjährigen Begleiter zu bleiben. Die Zeit war zu kurz, um darüber nachzudenken, also waren dies meine letzten Momente mit meiner Oud. Ich erinnere mich, dass ich den Schmuggler anflehte, dass ich meine Oud nicht im Meer zurücklassen wolle, aber ohne Erfolg. Er bestand darauf, uns auf grausame und unmenschliche Weise zu behandeln. Also übergab ich ihm meine Oud und bat ihn, sie für mich zu behalten. Das war ein sehr schwieriger Moment für mich. Ich weinte und warf alle meine Habseligkeiten ins Meer.[8]

In der letzten Bildeinstellung der Installation schaukelt die Oud auf den Wellen davon. Man kann den Schmerz nachempfinden, die sein Besitzer beim Verlust dieses Musikinstruments verspürte, an das er seine Vergangenheit und zugleich seine Zukunft geknüpft hatte. Im Begleitband zur Ausstellung erzählt Pinar Öğrenci von ihrer Zufallsbegegnung mit dem Musiker Ahmet Shaquaqi, der zu diesem Zeitpunkt als Flüchtling in Wien lebte und dessen Fluchterfahrung sie mit diesem Video rekonstruiert. Anstatt die Geschichte mit den immer gleichen Bildern von Flucht und Vertreibung zu unterlegen, wählte sie die Oud auf dem Meer: »Dieses Bild von der Oud im Meer war so kraftvoll, wissen Sie? Und ich wollte einfach nicht die Kriegsbilder reproduzieren.«[9] Die umfassende Verlusterfahrung, die Flucht und Vertreibung bedeuten, das Gefühl, nur das blanke Leben retten zu können, wird durch diese künstlerische Aufarbeitung auch für Nicht-Betroffene nachvollziehbar.

Pinar Öğrenci spricht ein Phänomen an, das in der Berichterstattung über die Fluchtbewegung von 2015 sehr deutlich wurde, nämlich dass direkte Bilder von Krieg und Flucht zwar zunächst einen sehr starken Effekt auf den Betrachter haben, dass es aber durch die Häufigkeit der Konfrontation zu einem Abnutzungseffekt kommt. In der Konsequenz können die Bilder kaum mehr berühren, und die Katastrophe von Krieg und Flucht normalisiert sich. Damit versiegt auch das durch die öffentliche Bestürzung geförderte Momentum zum politischen Handeln. Beispielhaft lässt sich dieser Effekt am weit geteilten Bild des syrischen Flüchtlingskindes Alan Kurdi demonstrieren, das während der Überfahrt über die Ägäis ertrank und am 2. September 2015 am türkischen Festland angespült wurde. Das Foto seines Leichnams, mit blauer Hose und rotem Shirt, auf dem Bauch liegend, unverkennbar der tote Körper eines Kleinkindes, ging um die Welt. Die Verbreitung dieses Bildes, wenngleich aus ethischen Gründen umstritten, erzeugte eine rasant steigende öffentliche Anteilnahme, aus der verschiedene politische Forderungen zum stärkeren Engagement bei der Aufnahme von Geflüchteten hervorgingen. Beispielweise initiierte die britische Zeitung *The Independent* noch am Todestag des kleinen Jungen eine Online-Petition, um ein verstärktes Engagement des Vereinigten Königreichs bei der Aufnahme von Geflüchteten zu erreichen. Die Petition, die das Bild des toten Kindes nutzte, erzielte über 384.000 Unterschriften, viele davon

8 Aus der übersetzten Transkription der Videountertitel des Werks von Pinar Öğrenci: A gentle breeze passed over us. http://pinarogrenci.com/2017/the-air-breezed-upon-us/

9 Anmerkung der Künstlerin, aus dem Englischen übersetzt durch die Autorin (Jüdisches Museum Hohenems 2018: 231).

mit emotionalen Kommentaren versehen (Change.org). Auch der damalige Premierminister des Vereinigten Königreiches, David Cameron, zeigte sich emotional berührt und versprach eine Neuausrichtung der britischen Flüchtlingspolitik. Ein Jahr später war er nicht mehr im Amt, sechs Jahre später war das Vereinigte Königreich nicht mehr in der EU. Der BREXIT war maßgeblich deshalb vollzogen worden, weil man mit der europäischen Migrations- und Asylpolitik nicht einverstanden war. Doch anstatt größeres Engagement bei der Aufnahme syrischer Geflüchteter direkt aus Flüchtlingslagern an der syrischen Grenze zu zeigen, so wie Cameron noch 2015 plädierte, entwickelte sein Nachfolger Boris Johnson 2022 den Plan, Asylsuchende nach Ruanda auszufliegen, wo sie auf ihre Asylentscheidung warten und sich möglichst auch ansiedeln sollen (vgl. Tagesschau 14.04.2022). Auch bei der Aufnahme von Flüchtenden aus der Ukraine 2022 verhielt sich das Vereinigte Königreich betont hartleibig, indem es eine umständliche Visa-Prozedur implementierte und vor allem zu Beginn des Fluchtgeschehens sehr wenige Menschen aufnahm. Es zeigt sich, dass im politischen Prozess der Wunsch nach Kontrolle überwiegt. Globale Solidarität oder gar Mitgefühl mit den geflüchteten Menschen sind an dieser Stelle keine relevanten Größen.

2.1.3 Das europäische Grenzregime

Die Tatsache, dass Flüchtende auf dem Weg nach Europa praktisch zwangsläufig mit gefährlichen Fluchtrouten konfrontiert sind und auf die Unterstützung von Schleppern zurückgreifen müssen, hängt mit dem Konstrukt der Europäischen Union zusammen und birgt zugleich wieder eines der vielen Paradoxe, die wir im Kontext von Fluchtmigration und Asylpolitik erleben: In diesem Fall ist es die Bewegungsfreiheit im Inneren der Europäischen Union mit ihren Mitgliedsstaaten, die eine immer hermetischere Sicherung der Außengrenzen notwendig macht. Das Schengener Abkommen vom 14. Juni 1985 markiert den Startpunkt für die Bewegungsfreiheit im Inneren der EU und zugleich für die zunehmende Befestigung der EU-Außengrenzen. Es wurde ein gemeinsames Visum für den Schengen-Raum eingeführt, kombiniert mit einem elektronischen Kontrollsystem, um die Identifizierung und Zurückweisung von Personen zu ermöglichen, die nicht zur Einreise und zum Aufenthalt in einem der Schengen-Mitgliedstaaten berechtigt sind. Seit 2004 ist die Europäische Grenzschutzagentur FRONTEX für die Harmonisierung der Kontrollstandards an den EU-Außengrenzen zuständig. Ihr Ziel ist es, das europäische Grenzmanagement im Einklang mit der EU-Grundrechtecharta und dem Konzept des integrierten Grenzschutzes zu fördern, zu koordinieren und weiterzuentwickeln. Im Jahr 2016 wurde sie als ›Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache‹ neu gegründet, verbunden mit einer noch stärkeren Betonung der Aufgabe, die EU-Außengrenze gegen irreguläre Migration zu sichern (Baumann 2016).

Die zunehmende Freizügigkeit innerhalb des Schengen-Raums machte eine verstärkte Kooperation mit benachbarten Drittstaaten nötig, um die irreguläre Einreise in die Europäische Union zu bekämpfen. So wurden seit Inkrafttreten des Amsterdamer Vertrags eine Vielzahl von Rückübernahme-Abkommen zwischen der EU und benachbarten Drittstaaten bzw. bilaterale Verträge geschlossen, und auch in den breiter

gefassten Kooperationsabkommen sind Vereinbarungen »über die Rückübernahme von Personen mit unbefugtem Aufenthalt« stets ein wichtiger Bestandteil.[10]

Seit dem Bestehen der Europäischen Union haben wechselnde Migrationsaufkommen und -routen das EU-Grenzregime immer wieder herausgefordert. Der rasche Anstieg irregulärer Migration während des häufig so genannten ›Langen Sommers der Migration 2015‹ führte zu einer Verstärkung stationärer Grenzkontrollen und auch zu einer Befestigung von EU-Binnengrenzen durch kilometerlange Grenzzäune (vgl. Tab. 2.1).[11] Ein starker, sogar plötzlicher Rückgang der Ankunftszahlen aus der Türkei nach Griechenland war jedoch erst nach Inkrafttreten des EU-Türkei-Abkommens im März 2016 zu verzeichnen. Das Abkommen sieht vor, dass die Türkei die irregulären Ausreisen in Richtung EU aktiv unterbindet und zurückgeschobene Asylsuchende aus Griechenland aufnimmt. Zum Ausgleich für die Übernahme dieser Aufgabe sollte die EU für alle Asylsuchenden aus Syrien, die auf diesem Weg in die Türkei zurückgeführt werden, die gleiche Anzahl schutzberechtigter Syrer:innen aus der Türkei aufnehmen. Eine in mehreren Tranchen auszuzahlende Finanzhilfe der EU in Höhe von sechs Milliarden Euro sollte die Türkei bei der Versorgung der fast vier Millionen Syrer:innen im Land unterstützen.[12]

Tab. 2.1: Chronologie der Grenzschließungen auf der Balkanroute 2015

Januar 2015	Beschluss der Bulgarischen Regierung, einen Grenzzaun entlang der bulgarisch-türkischen Grenze zu errichten
15. September 2015	Einführung von Grenzkontrollen an der Österreichisch-Deutschen Grenze
16. September 2015	Ungarn errichtet einen Zaun und schließt die Grenze zu Serbien; die Migrationsbewegung weicht nach Kroatien aus
16/17. Oktober 2015	Ungarn errichtet einen Zaun entlang der Grenze zu Kroatien; die Migrationsbewegung weicht nach Slowenien aus
11. November 2015	Slowenien baut einen Grenzzaun entlang der Grenze zu Kroatien

10 Zitiert aus dem Rückübernahmeabkommen des Rates der Europäischen Union mit Albanien aus dem Jahr 2005. Weitere Rückübernahmeabkommen existieren z.B. mit Bosnien und Herzegowina (2007), Georgien (2011), Mazedonien (2007), Moldau (2007), Montenegro (2007), Serbien (2007), Sri Lanka (2005), Russland (2007) und der Ukraine (2007) (https://www.migrationsrecht.net/visa-und-rueckuebernahmeabkommen/download.html).

11 In den Jahren nach 2015 wurden die Kontroll-Infrastrukturen sukzessive ausgebaut. Während es zu Beginn der 1990er Jahre gar keine Grenzzäune in Europa gab, sind die physischen Barrieren entlang der EU-Außengrenze zwischen 2014 und 2022 von 315 km auf 2.048 km gestiegen (LNOB-News 2023). Nach den Befestigungen entlang der Balkanroute wurde in Folge der russischen Aggression auf die Ukraine und seiner hybriden Aggressionen auf die EU vor allem die Ostgrenze der EU durch Zäune gesichert, beispielsweise in Belarus, Polen, Finnland und Litauen.

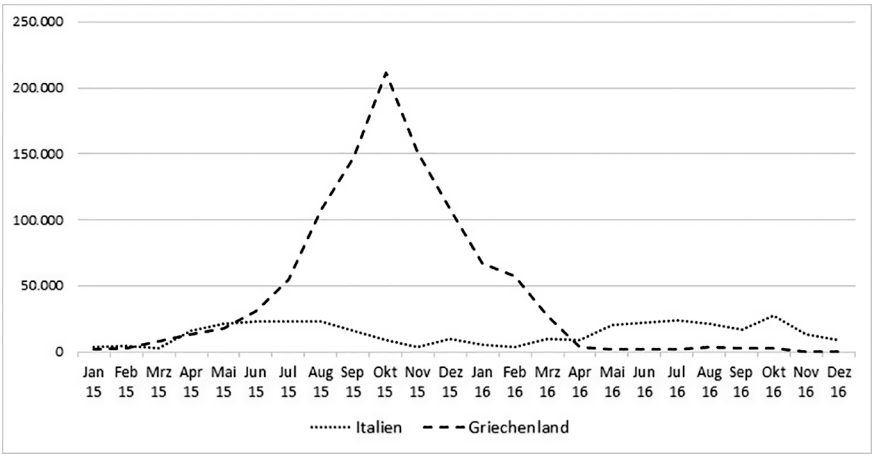
12 Das Abkommen enthielt weitere Anreize für die Türkei, z.B. wurde visafreies Reisen für ihre Staatsbürger:innen in Aussicht gestellt. In einer Presseerklärung der Bundesregierung vom März 2021 werden verschiedene Effekte der Finanzhilfen für syrische Geflüchtete in der Türkei aufgezählt. Zudem wird eine Zahl von 28.000 Syrer:innen genannt, die im Ergebnis des EU-Türkei-Deals in EU-Länder umgesiedelt wurden. Indes harrt das Versprechen des visafreien Reisens für Türk:innen weiterhin der Realisierung (Die Bundesregierung 2021).

18. November 2015	Mazedonien (FYROM) schließt seine Grenze für sogenannte ›Wirtschaftsflüchtlinge‹; lediglich Menschen aus Syrien, dem Irak und Afghanistan dürfen die Grenze passieren
November 2015	Österreich errichtet einen Grenzzaun entlang der Grenze zu Slowenien

Quelle: Eigene Zusammenstellung, basierend auf Informationen der IOM und Medienberichten

Die Maßnahmen zeigten rasch Wirkung, aber auch Nebenwirkungen: Während zwischen Januar und März 2016 – trotz widriger nautischer Bedingungen – rund 150.000 Menschen über die östliche Mittelmeerroute in Griechenland ankamen, waren es zwischen April und Juni 2016 nur noch knapp 7.000 und von Juli bis Dezember 2016 rund 11.000. Stattdessen verlagerten sich die Fluchtbewegungen auf die zentrale Mittelmeerroute: zwischen Januar und März 2016 wurden dort knapp 20.000 Ankünfte registriert, zwischen April und Juni bereits über 50.000; von Juli bis Dezember 2016 waren über 100.000 Ankünfte zu verzeichnen (Abb. 2.1).

Abb. 2.1: Monatliche Ankünfte über die zentrale (Italien) und östliche (Griechenland) Mittelmeerroute, 2015–2016

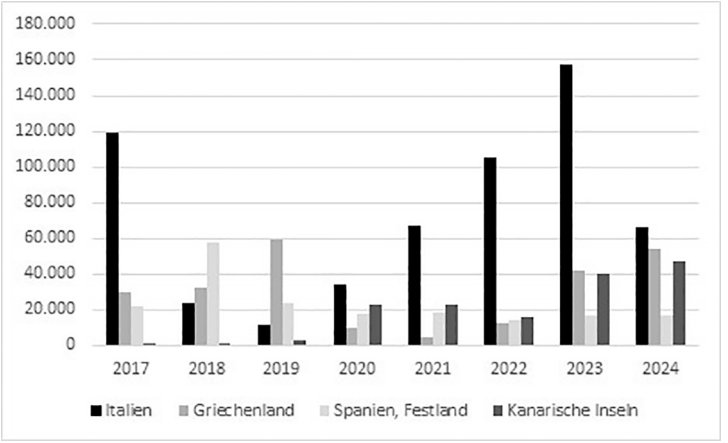


Datenquelle: UNHCR 2025a, eigene Bearbeitung

In den Folgejahren schwankten die Ankünfte über die ›Blaue Grenze‹ mit wechselnden regionalen Ankunftsschwerpunkten. Besonders ins Auge stechen dabei die Pandemiejahre 2020 und 2021, als vor allem die Ankunftszahlen auf der östlichen Mittelmeerroute stark zurückgingen, während gleichzeitig die Ankünfte über die zentrale und westliche Mittelmeerroute stark zunahmen. Dies dürfte mit pandemiebedingten Grenzschließungen in den Ländern auf der Balkanroute zusammenhängen. Die parallel steigenden Zahlen auf den anderen beiden Hauptrouten zeigen aber auch, dass sich Migrant:innen auf veränderliche Grenzregime einstellen und im Falle einer

Grenzschließung auf andere Routen ausweichen. Gleiches gilt für die Aktivitäten von Schleppern. Die verstärkten Kooperationen einzelner EU-Staaten und der Europäischen Kommission mit den afrikanischen Mittelmeeranrainern zur Reduzierung irregulärer Weiterreisen in die EU (vgl. IRC Deutschland 2023, Kipp/Koch 2024) führen seit 2023 erneut zu einer starken Verlagerung der Migrationsrouten. Mehr und mehr Migrant:innen versuchen nun, von der westafrikanischen Küste aus auf die Kanarischen Inseln zu gelangen. Die UNHCR-Statistiken verzeichnen einen rapiden Rückgang der Ankunftszahlen über die zentrale Mittelmeerroute nach Italien, gepaart mit einem starken Anstieg der Ankünfte auf den Kanarischen Inseln (Abb. 2.2). Dieser Trend setzt sich 2024 fort. Im ersten Quartal 2025 sind die Ankünfte auf den Kanarischen Inseln gleichauf mit den Ankünften an den italienischen Küsten. Zugleich steigen die registrierten Todesfälle auf den Überfahrten, denn die Route zu den Kanaren ist die weitaus Gefährlichste unter allen mediterranen Fluchtrouten.

Abb. 2.2: Ankünfte über die Haupt-Mittelmeerrouten 2017–2024



Datenquelle: UNHCR 2025a, eigene Bearbeitung

2.2 Die Fluchtentscheidung und das Erleben der Flucht

Wie und wann entscheiden sich Menschen zur Flucht, und wie planen sie ihren Fluchtweg? Warum entscheiden sich unter den gleichen Umgebungsbedingungen manche Menschen für die Flucht und andere für das Bleiben? Wie organisieren Flüchtende ihren Fluchtweg, und wie und wann fällt die Entscheidung für ein bestimmtes Zielland? Häufig kommt eine Vielzahl von Motiven und Schlüsselerlebnissen zusammen, bis Menschen tatsächlich aufbrechen und sich auf den Weg machen. Je nach ihren individuellen Möglichkeiten und den geltenden Rahmenbedingungen gestaltet sich dann ihr weiterer Fluchtweg.

Anhand unserer Forschungsdaten können wir die Fluchtmotivation am besten anhand von syrischen Geflüchteten nachzeichnen, die ab 2015 in großer Zahl aus der Tür-

kei, dem Land ihrer ersten Zuflucht, nach Europa weiterzogen. Seit dem Ausbruch des syrischen Bürgerkrieges im Jahr 2011 waren bis Oktober 2014 über 3,2 Millionen Syrer:innen außer Landes geflohen, davon 1,7 Millionen in die Türkei (Amnesty International 2014). Während sie dort zunächst solidarische Aufnahme fanden, realisierten über die Jahre mehr und mehr Geflüchtete, dass es kein schnelles Ende des Konflikts in Syrien geben würde und dass die Türkei keine langfristigen Niederlassungs- und Integrationsmöglichkeiten bot. Unter anderem erhalten syrische Geflüchteten in der Türkei lediglich einen temporären Schutzstatus, der sie nicht für eine dauerhafte Niederlassung qualifiziert, und sie erleben trotz formaler Rechte erhebliche Hindernisse beim Zugang zu Schulbildung oder in den Arbeitsmarkt. Nur ein kleiner Teil der syrischen Geflüchteten kam in den Flüchtlingslagern unter, die die Türkei nahe der Grenze im Südosten des Landes errichtete und wo eine gewisse Basisversorgung bereitgestellt wird. Die Mehrheit lebte in Städten und erfuhr dort eine zunehmende materielle, aber auch gesellschaftliche Marginalisierung. Viele fanden nur im informellen Arbeitsmarkt eine schlechte Beschäftigung und waren mit hohen Mieten, Substandardwohnungen und zunehmenden Anfeindungen seitens der türkischen Bevölkerung konfrontiert, die Konkurrenz auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt befürchteten (vgl. Akar/Erdoğdu 2018, Erdoğan 2019). Die von uns befragten Syrer:innen trafen die Entscheidung zur Weiterwanderung, als klar wurde, dass die Kriegssituation länger andauern würde. Die Lebensbedingungen in den Ländern der ersten Zuflucht, die für einen vorübergehenden Aufenthalt akzeptiert wurden, schienen nicht geeignet, um dort längerfristig ein eigenständiges Leben aufzubauen. So berichtet Karim Mousa*, ein Tierarzt aus Syrien, dass er in der Türkei keine Berufszulassung bekommen hatte und daher unter Tarif und häufig auch gar nicht bezahlt wurde: »Das war nicht so leicht. […] War schwierig mit dem Umgehen mit den Türken oder einfach wegen Geld. Manche von denen bezahlten nicht. […] Und als Tierarzt durfte ich nie offiziell [arbeiten] oder eine Erlaubnis haben.«[13]

Jalil Samaan* aus Syrien arbeitete in der Türkei in einer Schneiderei und lebte zur Untermiete in einem völlig überteuerten Zimmer. Er machte die Erfahrung, dass Araber auf dem Wohnungsmarkt diskriminiert werden und sah für sich keine Zukunft in der Türkei: »Ich habe dort keine Zukunft gesehen. Ich hatte keinen Kontakt zu den Türken. Ich musste zusammen mit 10 bis 20 Menschen in einem Zimmer schlafen. Wir waren alle zur Untermiete. Der Mieter der Wohnung hat uns ausgenutzt.«[14]

Viele syrische Familien sorgten sich um die Zukunft ihrer Kinder, von denen im Schuljahr 2014/15 lediglich ein Viertel in der Türkei eine Schule besuchten (Human Rights Watch 2015). Die Gründe waren vielfältig: manchen Familien fehlte die lokale Aufenthaltserlaubnis, manche wussten nicht um die Möglichkeit des Schulbesuchs, die Mehrheit aber konnte entweder die Kosten für Unterrichtsmaterial nicht aufbringen oder war darauf angewiesen, dass die Kinder arbeiten, um zum spärlichen Familieneinkommen beizutragen (vgl. Textbox 2.2).

Aus diesem Gefühl der Ausweglosigkeit heraus trafen viele die Entscheidung, den Weg nach Europa zu wagen. Der Weg dorthin führte meist über die Ägäis. Im Jahr 2015 kamen 885.400 Personen über die östliche Mittelmeerroute in Griechenland an – mehr

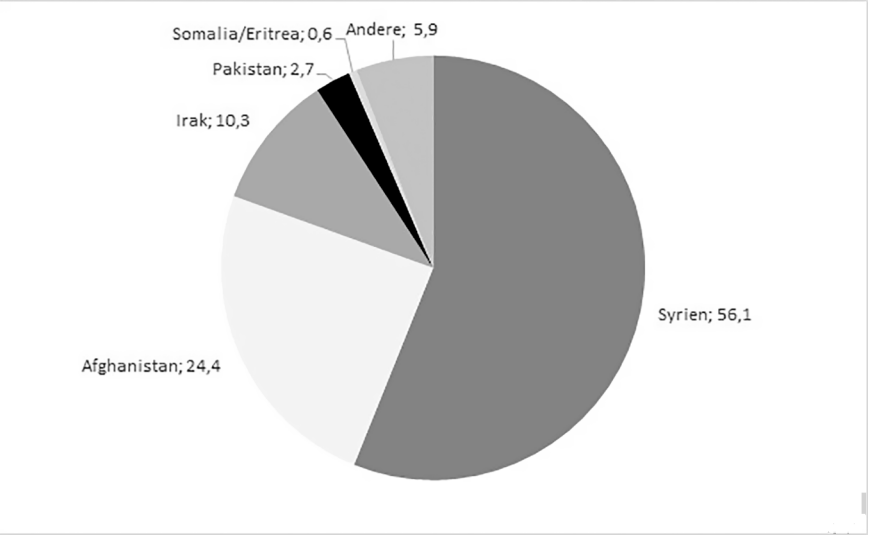
13 Interview mit Karim Mousa* (Pseudonym), 34 Jahre, aus Syrien, März 2019.

14 Interview mit Jalil Samaan* (Pseudonym), 21 Jahre, aus Syrien, Juli 2018.

als 17 mal so viele wie 2014. Dabei machten sich mehr und mehr Familien mit Kindern auf den Weg, aber auch allein reisende Minderjährige. Während im Juni 2015 einer von sechs Ankommenden in Griechenland minderjährig war, lag der Anteil im Oktober bei einem Drittel (IOM/UNICEF 2015).

Die griechische Regierung war von der Zahl der Migrant:innen überwältigt und praktizierte eine Politik des Durchwinkens zur griechisch-mazedonischen Grenze, von wo aus Hunderttausende mit Zügen, Bussen, Taxis oder zu Fuß rund 2.000 km durch Mazedonien, Serbien, Ungarn – später auch durch Kroatien und Slowenien – nach Österreich, Deutschland und weiter Richtung Westen und Norden reisten. Auch die Aktivitäten von Menschenschmugglern nahmen in diesem Jahr zu. In die Migrationsbewegung reihten sich zunehmend auch Menschen aus anderen Ländern ein, die teils bereits sehr lange Fluchtwege hinter sich hatten. Dies lässt sich beispielhaft an den Ankunftszahlen in Griechenland über das Jahr 2015 ablesen: mehr als die Hälfte der Ankommenden hatten die syrische Staatsangehörigkeit, knapp ein Viertel waren Afghan:innen, ein Zehntel stammte aus dem Irak, die übrigen neun Prozent aus verschiedenen anderen Ländern wie Eritrea oder Somalia (Abb. 2.3). Dieses Phänomen ist in der Migrationsforschung unter dem Begriff *mixed migration* bekannt. Neben der Heterogenität der Gruppen, die zusammen unterwegs sind, fasst dieser Begriff auch die vielfältigen Motive, die einer Migrationsentscheidung zugrunde liegen. Die Realität von gemischten Migrationsbewegungen macht es politischen Akteuren und Grenzregimen umso schwieriger, Migration zu kontrollieren und zu steuern (Meier 2023).

Abb. 2.3: Hauptnationalitäten der in Griechenland ankommenden Geflüchteten 2015, Anteile in Prozent



Datenquelle: UNHCR 2015, eigene Bearbeitung

Textbox 2.2: »Ich war einer der Besten in meiner Klasse«

Der neunjährige Mohammed hat zuletzt im Jahr 2012 eine Schule im ländlichen Raum Aleppos besucht, bis die Region von bewaffneten Truppen erobert wurde. Seine Familie floh Anfang 2015 in die türkische Küstenstadt Mersin, wo sie nun in einer kleinen unmöblierten Wohnung leben. Mohammed, der inzwischen in der dritten Klasse wäre, vermisst die Schule: »Ich war einer der besten in meiner Klasse, und ich liebte es, Lesen zu lernen. Aber jetzt haben wir nicht einmal mehr Bücher oder irgendetwas, womit ich selbst lernen könnte.« Der Neunjährige arbeitet elf Stunden am Tag in einer Bekleidungsfabrik, wo er 50 türkische Lira pro Woche verdient. (Human Rights Watch 2015: 4)

2.2.1 Der Ort der Träume – wie Entscheidungen über das Zielland zustande kommen

Der weitaus größte Teil der Geflüchteten, die 2015 Europa erreichten, stellte in Deutschland einen Asylantrag. Wenn man den Erzählungen der Geflüchteten zuhört, kristallisieren sich mehrere Gründe für die Ziellandentscheidung heraus, die auch aus der allgemeinen Migrationsforschung bekannt sind: neben objektiven Informationen und subjektiven Vorstellungen über das Zielland ist vor allem die Frage entscheidend, ob man im Zielland auf Angehörige oder Freunde zurückgreifen kann, die materielle und immaterielle Unterstützung bieten. Die von uns befragten syrischen Geflüchteten haben häufig sehr große soziale Netzwerke in Deutschland: Viele unserer Interviewpartner:innen berichten von über 50 Verwandten im Ausland, bei manchen Familien lebt die überwiegende Mehrheit der nahen Verwandten inzwischen außerhalb Syriens. Die sozialen Netzwerke unterstützen vor, während und nach der Flucht, mit Geldzahlungen, um Schleuser zu finanzieren, mit Informationen über Fluchtrouten, sowie am Zielort durch Hilfe beim Ankommen und bei den ersten Schritten auf dem Weg der Integration. Bereits vor der Flucht dienen sie als Referenz, wenn Flüchtende etwas über die Lebensbedingungen vor Ort erfahren wollen. Für viele der aus der Türkei weiterwandernden Familien standen beispielsweise die Bildungschancen für Kinder und Heranwachsende im Mittelpunkt der Überlegungen. Meist waren es dann Personen aus den engeren (transnationalen) sozialen Netzwerken, die zu einer Weiterwanderung rieten und dabei Deutschland als Zielland ins Spiel brachten: Baschar Abbas* aus Syrien, der seine Kindheit und Jugend in den Vereinigten Arabischen Emiraten verbracht hat und nun aus seinem Heimatland Syrien fliehen musste, erhält Rat von einem seiner Brüder, der in Deutschland lebt: »Wenn du Dein Master-Studium fortsetzen möchtest, musst Du nach Deutschland gehen. Wenn Du als einfacher Arbeiter arbeiten möchtest, kannst Du in die Vereinigten Arabischen Emirate gehen.«[15] Baschar Abbas* geht nach Deutschland und bereitet sich zum Zeitpunkt des Interviews auf seinen Masterabschluss vor. Ähnlich Jalil Samaan* aus

15 Interview mit Baschar Abbas* (Pseudonym), 24 Jahre, aus Syrien, Juli 2018.

Syrien, dem von einem in Deutschland lebenden Onkel geraten wird, Deutschland als Ziel für seine Flucht zu wählen:

> Als ich noch in Syrien war, wollte ich nicht zur Armee gehen. Deswegen bin ich in die Türkei geflohen. Dann habe ich mit meinem Onkel darüber geredet, und er hat gemeint: Okay, in Deutschland hast Du eine bessere Zukunft, Du kannst eine Ausbildung machen oder studieren.[16]

Zarif Abdullah* aus Syrien hat ebenfalls eine Verwandte in Deutschland. Gefragt, warum er ausgerechnet Deutschland gewählt hat, und nicht etwa ein Erstankunftsland wie z.B. Italien, meint er:

> Die Frage ist nicht Deutschland oder Italien. Die Frage ist dann eher: Warum nicht Schweden oder Australien oder Österreich oder Norwegen oder Dänemark? Aber Italien ist für Flüchtlinge nicht Europa. Ungarn ist nicht Europa. Ich wollte sofort nach Deutschland. Ich mag Deutschland seit langem. In Syrien haben wir mit Deutschen Business gemacht. Wir kaufen Waren von Firmen wie Siemens oder Bosch und verkaufen das in Syrien wieder. Ich habe auch davon geträumt, eine Firma zu gründen, die zwischen Deutschland und Syrien arbeitet.[17]

Zarif Abdullah* hat also sehr konkrete Vorstellungen über das Leben in Deutschland gegenüber anderen Ländern, die als Länder der Ein- oder Durchreise faktisch für sein Asylverfahren zuständig gewesen wären. Durch seine eigenen Erfahrungen im Handel mit deutschen Waren und durch die Erzählungen seiner Tante orientiert sich Zarif Abdullah* nach Deutschland, welches er zu den wohlhabenden Ländern des Globalen Nordens zählt. Italien und Ungarn hingegen werden als ungünstige Länder für einen Neuanfang nach der Flucht eingeschätzt. Über Ungarn hören die Flüchtenden, dass die Polizeibeamten besonders brutal sind, und dass Geflüchtete in geschlossenen Lagern untergebracht werden. Über Italien erzählt man von den Risiken der Obdachlosigkeit und der Ausbeutung als irregulärer Landarbeiter. Auch subjektive Vorstellungen und Hörensagen spielen eine Rolle bei der Entscheidung. So berichtet beispielsweise Fawad Hussein* aus Syrien von einer gewissen irrationalen Überhöhung Deutschlands, das in Syrien als »Ort der Träume« gilt: »Ich habe gehört, dass man in Deutschland sofort eine Wohnung bekommt und ausreichend Geld. Nicht viel, aber okay. Und kostenlose Ausbildung und eine Arbeit, die man haben möchte.«[18] Auch wenn diese Vorstellungen nicht der Realität entsprechen, können sie in dem Moment der Entscheidungsfindung handlungsleitend sein.

Doch nicht alle Flüchtenden verfügen über Informationen und Kontakte. Manche begeben sich ohne Informationen oder Vorbereitungen auf die Flucht, und die konkreten Reiseziele entstehen oft erst unterwegs. Dabei sind sie während der Flucht stark darauf angewiesen, Gruppen zu finden, die zusammen mit ihnen Informationen generieren

16 Interview mit Jalil Samaan* (Pseudonym), 21 Jahre, aus Syrien, Juli 2018.

17 Interview mit Zarif Abdullah* (Pseudonym), 29 Jahre, aus Syrien, Mai 2019.

18 Interview mit Fawad Hussein* (Pseudonym), 46 Jahre, aus Syrien, April 2019.

und bewerten. So hat beispielsweise Diar Rahmani* aus Afghanistan selbst keine Vorstellung von möglichen Zielländern, als er mit Hilfe eines Schleusers in Griechenland ankommt, so dass er auf die Informationen anderer Geflüchteter vertraut:

> Ich habe in Griechenland immer viele Leute gefragt: »Wohin können wir gehen? Was machen wir noch hier?« Alle haben gesagt: »Wir gehen« – bei uns sagt man nicht Deutschland, sondern *Alman* – und dann haben alle gesagt »Wir gehen nach Alman« und dann habe ich gesagt: »Okay, ich gehe auch.«[19]

Mariam Hazrat* aus Afghanistan wollte mit ihrer Familie eigentlich in die Schweiz. Nachdem sie jedoch bereits in Ungarn mit Fingerabdrücken registriert worden waren und erfahren hatten, dass man in diesem Fall aus der Schweiz wieder zurückgeschickt wird, entschieden sie sich, nach Deutschland zu fahren:

> Wir wollten gar nicht nach Deutschland kommen. Aber die Polizei hat uns mitgenommen, wir hatten Angst und haben unsere Fingerabdrücke gegeben, in Griechenland, in Ungarn, und dann in Deutschland. Wenn wir jetzt in ein anderes Land wollen, müssen wir zurück nach Deutschland.[20]

Ihre Fluchtentscheidungen sowie die Erfahrungen während und nach der Flucht werden auch stark von den sich ändernden politischen Regulierungsmustern geprägt, die über die persönlichen Netzwerke geteilt werden. Dabei setzte sich das Narrativ, dass ›Europa‹ oder ›Merkel‹ die ›Grenzen geöffnet‹ habe, während des Jahres 2015 in vielen Familien fest, die bislang eine weitere Flucht nicht gewagt hatten. Es sind nicht nur Syrer:innen, sondern auch Geflüchtete aus Afghanistan, die zuvor über viele Jahre hinweg als teils staatenlose Vertriebene im Iran gelebt hatten. Das Öffnungsnarrativ ist beispielsweise in der Erzählung von Fatemeh Ebrahimi* aus dem Iran präsent. Ihr Mann wurde im Iran verfolgt, weil er zum christlichen Glauben konvertiert war. Über längere Zeit praktizierte er seinen Glauben im Verborgenen, stets in der Angst, von Bekannten oder Nachbarn denunziert und verhaftet zu werden. Doch dann erfuhren sie über Verwandte von der ›Öffnung‹:

> Dann meine Schwägerin zum Beispiel weiß alles, sie hat zu meinem Mann gesagt: »Jetzt hat Europa alles aufgemacht, Du kannst einfach gehen, ohne Angst oder ohne alles. Wenn du willst, kannst Du gehen. Jetzt sofort.« Mein Mann hat mir gesagt: »Fatameh*, ich gehe allein, dann kommst Du nach.« Ich habe gesagt: »Was mache ich allein hier? Mit zwei Kindern? Nein, ich komme mit.« Dann haben wir ungefähr zwei Wochen alles vorbereitet, und dann sind wir in die Türkei gekommen.[21]

Während der Verfolgungsdruck also bereits seit längerem bestanden hatte, was es erst die subjektive Wahrnehmung von erleichterten Aufnahmemodalitäten in Europa, die die Fluchtentscheidung in diesem Beispiel herbeiführte.

---

19 Interview mit Diar Rahmani* (Pseudonym) aus Afghanistan, Juli 2018.

20 Interview mit Mariam Hazrath* (Pseudonym), 19 Jahre, aus Afghanistan, September 2018.

21 Interview mit Fatameh Ebrahimi* (Pseudonym), ca. 35 Jahre, aus Iran, April 2022.

2.2.2 Navigation durch den Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts

Hinsichtlich der Fluchtroute nach Deutschland fallen uns die ungenauen regionalen Kenntnisse und Erinnerungen der Geflüchteten auf. Oft können sie kaum oder nur fehlerhaft rekapitulieren, welche Länder sie durchquert haben. Teils verrutschen auch die Skalaritäten; dann werden Europa als Land und Länder als Städte bezeichnet. Die Reise stellt sich weniger als geographische Raumüberwindung dar, sondern als eine Ereigniskette, die von besonderen Situationen und Begegnungen geprägt ist. Die Navigation durch den Raum wird überwiegend mit digitalen Tools sichergestellt, aber auch mit weiter gereichten Notizzetteln, auf denen die wichtigsten Informationen zur Reiseroute notiert sind. Manchmal landen Geflüchtete auch aus Versehen im falschen Land, z.B. wenn sie von Schleppern verlassen werden oder wenn sie einen gewundenen Grenzverlauf mehrfach überqueren. In einer Fernsehreportage, die wir im Rahmen einer Medienanalyse gesichtet haben, sieht man eine Gruppe Geflüchteter zu Fuß die Innbrücke betreten, die in Simbach am Inn die Grenzüberquerung von Österreich nach Deutschland ermöglicht. Auf der deutschen Seite warten Beamte der Bundespolizei, die bereits etliche andere Asylsuchende vor Ort versammelt und erstversorgt haben. Man sieht die Gruppe zögern. Schließlich löst sich ein junger Mann aus der Gruppe und spricht mit einem der Bundespolizisten. Nach einer Weile geht er zu der Gruppe zurück, und alle kehren um und gehen zurück auf die österreichische Seite. Der Kommentierung des Reporters ist zu entnehmen, dass die Gruppe in die Niederlande wollte und sich nicht sicher war, wo sie sich gerade befinden. Offensichtlich befürchteten sie, von dem Beamten der Bundespolizei an der Weiterreise gehindert zu werden, und verzichteten daher auf den Grenzübertritt (ZDF 2015). Ähnliche Erlebnisse berichten Ehrenamtliche, die am Rostocker Hauptbahnhof die dort Ankommenden 2015 betreuten. Während die meisten nach Schweden weiterreisen wollten und daher gezielt über Hamburg nach Rostock kamen, waren andere noch unentschieden oder hatten sich verfahren, weil sie in den Ansagen der Zugdestinationen die für sie fremdartig klingenden Ländernamen schlicht verwechselt hatten:

> Also es gab auch Leute, die haben sich einfach verfahren, die wollten, ja, zu Verwandten in die Schweiz und haben dann Schweiz und Schweden vertauscht. […] Es gab Familien, die hier angekommen sind, am Bahnhof, und dann erstmal angefangen haben zu diskutieren: Wo fahren wir jetzt überhaupt hin? Die einen wollten nach Schweden, die anderen meinten: Nee, wir bleiben in Deutschland. Die nächsten wollten in die Niederlande.[22]

In den Erzählungen und Erlebnissen der Geflüchteten zerfällt der gemeinsame Mobilitätsraum Europa zu einem Flickenteppich von Grenzregimen, die die Migrationsrouten determinieren und die auch immer wieder zu Umwegen und unfreiwilligen Aufenthalten zwingen. Dabei haben viele Geflüchtete nur rudimentäre Informationen über ihre

22 Interview mit Nora Keil* und Rüdiger Sonntag* (Pseudonyme), ehrenamtlich Engagierte in Rostock, September 2018.

Mobilitätsmöglichkeiten und reagieren eher instinktiv auf das Auftauchen einer Polizeistreife oder das Erreichen eines Grenzzauns. Dies betrifft insbesondere die EU-weite Regelung, dass jener EU-Staat für die Durchführung eines Asylverfahrens zuständig ist, der als erster sicherer Staat von Schutzsuchenden betreten wurde. Da 2015 und 2016 die überwiegende Mehrheit der Geflüchteten über die südliche und südöstliche EU-Außengrenze einreist, sind vor allem Griechenland und Italien für die Erstaufnahme und die Prüfung der Asylanträge zuständig. Geflüchtete, die aus diesen Ländern der ersten Ankunft weitergereist sind und in einem anderen Staat einen Asylantrag stellen, können innerhalb der ersten sechs Monate nach der Erstregistrierung an den Staat der ersten Einreise zurück überstellt werden.[23]

Dieses Prinzip, nach dem Ort der Vertragsunterzeichnung Dublin-System genannt, kann zwar von keinem/keiner der Interview-Partner:innen konkret beim Namen genannt werden, ist jedoch als Handlungsschema internalisiert. Mehrere Interviewpartner:innen berichten, dass sie auf der Route versucht haben, der Registrierung von Fingerabdrücken auszuweichen, bzw. dass sie nach der Abnahme von Fingerabdrücken ihre Fluchtroute änderten, wenn die ursprüngliche Destination für ihren strengen Umgang mit dem Dublin-Prinzip bekannt war. Andere hatten gehört, dass Deutschland »die Grenzen aufgemacht« hätte, was sich auf die Entscheidung der Bundesregierung im Spätsommer 2015 bezog, das Dublin-Verfahren für syrische Flüchtlinge auszusetzen (Die Bundesregierung 2017). Nicht alle dieser Informationen sind aktuell oder richtig, doch sie sind das Einzige, auf das sich die Menschen auf der Flucht stützen können, und wirken daher handlungsleitend.

2.3 »Wir dachten, wir müssen sterben« – Vulnerable Gruppen auf der Flucht

Das Gespräch mit Amira Yousef* führen wir im Gemeindezentrum einer Kleinstadt in Nordrhein-Westfalen. Ernst und konzentriert sitzt sie vor uns, die kurzgeschnittenen dunklen Haare unter einer Mütze verborgen. Amira Yousef* ist Kurdin und stammt aus Syrien. Vor ihrer Flucht arbeitete sie als Lehrerin für Mathematik und Kurdisch an einer Mittelschule. Sie bringt mehrere handbeschriebene Seiten mit, die sie uns überlässt – ihre Geschichte. Es stellt sich heraus, dass sie sich Tage vorher bereits zusammen mit ihrer Familie auf unser Gespräch vorbereitet hat. Sie wollte nichts Wesentliches vergessen, insbesondere nicht die Erwähnung all der Menschen, die ihr nach der Flucht beim Ankommen in Deutschland geholfen haben. Doch auch das Fluchterleben selbst möchte

23 Wie aufwändig und zugleich dysfunktional das Dublin-System im praktischen Vollzug ist, zeigen regelmäßig die Verfahrensstatistiken des BAMF: zwischen Januar und Juni 2023 beispielsweise stellte das BAMF insgesamt 41.006 Übernahmeersuchen an Mitgliedstaaten des Dublin-Systems. In 29.000 Fällen erfolgte eine Zustimmung, doch nur 2.473 Überstellungen fanden tatsächlich statt. Auch umgekehrt ist die Ausschöpfung eher mäßig: Im gleichen Zeitraum wurden insgesamt 7.290 Übernahmeersuchen von anderen Mitgliedstaaten an die BRD gestellt. Bei 4.627 Fällen wurde einer Übernahme des Falls zugestimmt; es fanden 1.875 Überstellungen statt. Aus der Gesamtheit der für das erste Halbjahr 2023 aufgetretenen und positiv beschiedenen Dublin-Verfahren, in die Deutschland involviert war, kam es nur in 12,9 % der Fälle zu einer tatsächlichen Überstellung (BAMF 2023: 10).

sie erzählen, da es für sie die Ankunft und das Weiterleben in Deutschland biographisch rahmt.

> 2015 sind wir nach Deutschland geflohen, im Oktober. Mit unseren vier Kindern waren wir einen Monat unterwegs. Und das war wirklich sehr schwer. Wir sind die meiste Zeit gelaufen, also von der Türkei bis Serbien. Eigentlich sollte uns ein Schlepper von der Türkei nach Deutschland bringen, mit dem Auto und dann mit dem Zug, nur ein oder zweimal umsteigen. Wir haben ihm 32.000 Euro bezahlt, für sechs Personen. Aber wir mussten laufen, von der Türkei bis Serbien. Danach konnten wir mit Zug und Bus weiterfahren nach Deutschland. Die beiden kleinsten Kinder mussten wir die ganze Zeit tragen. […] Der Schlepper hat uns in der Türkei bis an einen Berg gefahren, von dort mussten wir nach Bulgarien laufen. Acht Tage durch den Wald. Es hat geregnet, es war kalt, und wir hatten nichts zu essen. In Bulgarien wurden wir von der Polizei festgenommen und in ein Gefängnis gebracht. Die ganze Gruppe, 40 Personen. Nur der Mann, den wir bezahlt haben, der hat sich versteckt und kam nicht ins Gefängnis. Nach sechs Tagen wurden uns die Fingerabdrücke genommen, dann wurden wir freigelassen. Dann war der Schlepper wieder da und hat uns wieder in einen Wald gebracht. Dort haben wir uns versteckt, acht Tage lang. Ohne Essen, ohne Trinken. Dann sind wir wieder gelaufen, langsam, zu Fuß nach Serbien. Von dort konnten wir, Gott sei Dank, mit dem Zug bis Deutschland fahren. Als wir dort ankamen, waren die Kinder völlig kaputt, besonders die zwei kleinen. Wir dachten, sie müssen sterben. Mein jüngster Sohn hat keine Luft bekommen. Wir dachten nicht, dass er überlebt. Als wir in Deutschland ankamen, sind wir sofort zum Krankenhaus. Ohne Anmeldung. Aber die Deutschen wirklich, ich habe große Respekt vor ihnen. Und ich werde das nie vergessen. Sie haben ohne Anmeldung unsere Kinder angenommen. Obwohl wir noch gar keine Papiere hatten, wir hatten uns noch nicht bei den Behörden gemeldet. […] Wenn die Polizei uns sieht, gelten wir als Illegale. Aber die Ärztin hat gesagt, die Kinder sind krank, ihr müsst jetzt im Krankenhaus bleiben. Mein Mann und ich sind mit im Krankenhaus geblieben. Und langsam wurde es besser. Aber der Kleinste hatte noch drei Jahre lang Probleme mit dem Atmen, und er musste auch operiert werden. Aber Gott sei Dank hat er es geschafft.[24]

Aus der langjährigen Beobachtung des Migrationsgeschehens im Kontext von Fluchtmigration ist bekannt, dass jede Verschärfung des Grenzregimes zu noch gefährlicheren Fluchtrouten führt. Auch die Abhängigkeit von Schmugglern wird größer und die Tarife, die zu zahlen sind, werden teurer.[25] Das Risiko von Push-Backs, d.h. das gewaltsame Zurückdrängen von Migrant:innen an der Grenze eines Zufluchts- oder Transitlandes, verleitet Geflüchtete dazu, während der Reise Registrierungen zu umgehen. Damit verschwinden sie aus den offiziellen Statistiken und werden gewissermaßen unsichtbar für Behörden, was ihre Vulnerabilität weiter verstärkt. Dies betrifft insbesondere Geflüchtete, die aufgrund von individuellen Merkmalen wie Geschlecht, Alter, Behinderung, in

24 Interview mit Amira Yousef* (Pseudonym) aus Syrien, Ende 30, April 2022.

25 In der sozialwissenschaftlichen Forschung wurde hierfür auch der Begriff der ›Migrationsindustrie‹ ausgeprägt (Gammeltoft-Hansen/Nyberg Sorensen 2012). Empirische Einblicke in diese Zusammenhänge geben beispielsweise Anna Triandafyllidou und Thanos Maroukis (2012) sowie Theodore E. Baird (2016).

Kombination mit politischen, kulturellen und sozialen Kontextbedingungen besonders angreifbar sind und die häufig reduzierte Handlungsoptionen haben, um sich selbst aus prekären Lebenssituationen zu befreien.[26]

Unter anderem diese Tatsache ist der Grund, dass in den meisten Fluchtkontexten mehr Männer als Frauen zu verzeichnen sind. Sie fungieren als »Pioniermigranten«, die die gefährliche Reise am wahrscheinlichsten durchstehen, um dann im Zielland die Familie nachholen zu können. Dis sollte aber nicht den Blick von der großen Zahl von Frauen und Minderjährigen weglenken, die auf den verschiedenen Fluchtrouten weltweit unterwegs sind. Unter den rund 5,7 Millionen Asylanträgen (Erstanträgen), die in Ländern der Europäischen Union zwischen 2014 und 2021 gestellt wurden, stammen rund 1,7 Millionen oder 30 % von Minderjährigen. Erwachsene stellten rund 3,9 Millionen Erstanträge auf Asyl, darunter waren 28,3 % von Frauen (Eurostat). Viele dieser Frauen reisten entweder zusammen mit ihrem Partner und Kindern, aber auch allein mit Kindern über die Balkanroute. Sie sind extremen Gefahren ausgesetzt, unter anderem der Gefahr sexueller Übergriffe. Die Fürsorgeverpflichtung für Kinder ist eine zusätzliche Belastung auf der Flucht.

Reportagen über die Zustände auf der Balkanroute berichten von vielen Frauenschicksalen, die stark den Erinnerungen von Amira Yousef* ähneln, z.B. von Frauen, die von Schmugglern in die Wälder getrieben werden oder die tagelang ohne ausreichend Verpflegung oder warme Kleidung zu Fuß unterwegs sind (Nallu 2017). Die eigene Vulnerabilität, kombiniert mit zunehmenden Erschwernissen der Reise durch verschärfte Migrations- und Grenzregime, hat die Häufigkeit von Menschenschmuggel, *survival sex* und anderen Formen der Ausbeutung verstärkt. Dabei halten viele betroffene Frauen ihre Erfahrung zurück, aus persönlicher Scham, Furcht vor sozialer Stigmatisierung oder aus Sorge um das Wohlergehen ihrer Kinder (ebd.). Einige Hilfsorganisationen in Serbien kümmern sich speziell um die weiblichen Geflüchteten und dokumentieren ihre Schicksale. Eine Sozialarbeiterin, die für die Flüchtlingsorganisation ›Atina‹ in Serbien arbeitet, berichtet, dass viele Frauen und Mädchen von den Schmugglern zu Beginn ihrer Reise gar nicht gefragt werden, wie sie die Kosten aufbringen, weil davon ausgegangen wird, dass sie ihre Schulden in Form sexueller Dienstleistungen abtragen (ebd.).

Diese Beobachtungen zur besonderen Vulnerabilität von Frauen und Kindern sind nicht auf die Balkanroute beschränkt. Auch der Krieg in der Ukraine und die überwiegend weibliche Fluchtbewegung aus dem Land heraus hat die Gefahr sexueller Ausbeutung rapide erhöht. Lokale Flüchtlingshilfsorganisationen an der polnisch-ukrainischen Grenze berichteten 2022 von einer großen Unübersichtlichkeit insbesondere in den ersten Tagen und Wochen der Fluchtbewegung, als die Aufnahmestrukturen noch nicht institutionalisiert waren, sondern überwiegend durch Freiwillige getragen wurden. Unter

26 Vulnerabilität leitet sich aus dem lateinischen *Vulnus* (Wunde, Verletzung) ab und beschreibt die Anfälligkeit einer Person oder auch eines Systems, durch äußere Einwirkungen Schäden davonzutragen. Dabei ist eine relationale Perspektive wichtig, denn Vulnerabilität immer im Zusammenspiel von inneren und äußeren Faktoren. In der Forschungsliteratur wird davor gewarnt, Gruppen pauschal als Vulnerable einzustufen und ihnen damit die eigene Handlungsfähigkeit (*agency*) abzusprechen (Lorenz 2018, Schmitz 2023).

anderem die große Zahl spontan an die Grenze reisender Privatpersonen, die Mitfahr- und Wohnmöglichkeiten offerierten, boten viele Möglichkeiten für Kriminelle, sich an geflüchtete Frauen aus der Ukraine heranzumachen. In den Ankunftszonen entlang der Grenze wurden geflüchtete Frauen zum Teil regelrecht bedrängt von Personen, die ihnen Schilder mit möglichen Reisezielen entgegenhielten oder versuchten, verbal Kontakt aufzunehmen.[27] Es wurden Fälle dokumentiert, in denen fragwürdige Wohn- und Arbeitsangebote offeriert wurden, um die Frauen zum Mitfahren zu bewegen. Beispielsweise wurde aus der polnischen Grenzstadt Przemysl von einem Fall berichtet, in dem einer ukrainischen Frau kostenlose Flugtickets nach Istanbul angeboten und Wohn- und Arbeitsmöglichkeiten in der Türkei in Aussicht gestellt wurden (Koper/Strzelecki 2022). Die polnischen Behörden, Kommunen und Hilfsorganisationen reagierten rasch auf diese Gefahr. Unter anderem wurden die Ankunftszonen entflochten und die Treffpunkte für Mitfahrgelegenheiten erst in einer zweiten Reihe hinter der Erstregistrierung der Geflüchteten eingerichtet. Mehrsprachige Hinweisplakate machten auf mögliche Gefahren von Mitfahrgelegenheiten aufmerksam und gaben Verhaltenstipps, z.B. den sehr einfachen Rat, ein Selfie mit dem Fahrer zu machen und in den sozialen Medien zu posten, und von einer Fahrgelegenheit abzusehen, wenn sich der Fahrer dem Foto verweigerte. Später wurde eine digitale Registrierungsplattform entwickelt, auf der sich Fahrer und Mitfahrende registrieren konnten (ebd.). Auch in den Auffanglagern für ukrainische Geflüchtete in Polen wurden Warnhinweise platziert, die auf die Gefahr der Ausbeutung hinweisen (Abb. 2.4).

Abb. 2.4: Zweisprachiger Warnhinweis vor Ausbeutung in einem Auffanglager für Flüchtende aus der Ukraine in Warschau



Quelle: Eigene Aufnahme, Juli 2022

27 Forschungstagebuch, Recherchereise Polen, 04./05.07.2022.

Während die fliehenden ukrainischen Frauen 2022 ungehindert in ein sicheres Aufnahmeland innerhalb der Europäischen Union reisen können, ist dieser Schritt vielen flüchtenden Frauen und Kindern auf der Balkanroute verwehrt. Insbesondere nach den Grenzverschärfungen im Frühjahr 2016 fanden sich viele in Serbien in einer Limbo-Situation wieder: Der Weg zurück nach Mazedonien war durch Grenzschließungen versperrt, während eine Weiterreise Richtung Österreich ebenso unmöglich wurde. Dementsprechend stiegen die Zahlen weiblicher Geflüchteter in Serbien zwischen 2014 und 2015 stark an, von 1.721 auf 153.476. Nur wenige Aufnahmeeinrichtungen sind auf die Bedürfnisse von weiblichen Geflüchteten spezialisiert und bieten adäquaten Schutz und Beratung. Als eine Möglichkeit, die während der Flucht erlebten Traumata zu verarbeiten, aber auch als eine Form des Empowerments und der weiblichen Solidarität, entwickelte die Belgrader NGO ›Atina‹ ein Projekt der ›Offenen Briefe‹. Damit sollte den Frauen die Möglichkeit gegeben werden, das Erlebte zu verarbeiten und Solidarität gegenüber anderen Betroffenen zu zeigen. 74 Frauen und Mädchen aus Syrien, dem Irak und Afghanistan beteiligten sich. Ihre offenen Briefe sind nun in einem Begegnungszentrum der NGO öffentlich ausgehängt und teils auch im Internet verfügbar. Sie dokumentieren das erlebte Leid und richten sich auch an andere geflüchtete Frauen, um ihnen Kraft und Hoffnung zu geben. Der folgende Brief stammt von einer Gruppe von sechs Frauen aus Syrien, die mehrere Monate mit ihren Kindern unterwegs waren:

> Wir waren im Flüchtlingslager von Idomeni, in Griechenland, zusammen mit 14.000 anderen. Wir flohen aus Idomeni, weil wir so viele Probleme mit anderen Flüchtlingen im Lager hatten, die versuchten, uns in einer sexualisierten Art und Weise anzufassen. Es war eine fürchterliche Situation. Wir verließen das Lager und gingen zu Fuß bis an die mazedonische Grenze. Wir liefen 25 Tage, und wir wurden während dessen überfallen und ausgeraubt. Die Mafia nahm uns alles, was wir besaßen, und sie versuchten, uns zu vergewaltigen. Es war fürchterlich und sehr schwierig, vor allem wegen unserer Kinder. Daher möchten wir allen Frauen raten, diese Reise nicht allein anzutreten. Geht immer mit einer Gruppe! Es ist gefährlich, schwierig, und angsteinflößend (Oxfam International 2016).

2.4 Die Selektivität der Flucht nach Europa: Ein Zwischenfazit

Dieses Kapitel gab einen ersten Überblick über die Dynamik von Fluchtbewegungen nach Europa. Dabei stand nicht allein das Verständnis von Prozessen der Flucht und rahmenden Faktoren im Mittelpunkt, sondern das Erleben der Geflüchteten. Anhand der biographischen Fallbeispiele wurde deutlich, dass die Motive zur Flucht vielfältig sind. Neben individueller politischer Verfolgung sind es vor allem Kriege und die damit verbundene Zerstörung von materiellen Ressourcen und Zukunftsoptionen, die Menschen dazu bewegen, ihr Land zu verlassen. Dabei ist es immer nur ein Teil der betroffenen Bevölkerung, die tatsächlich über internationale Grenzen hinweg Zuflucht sucht, wie es am Beispiel der Flucht aus der Ukraine während des Jahres 2022 gerade für die deutsche und europäische Bevölkerung deutlich wurde.

Wie es die Afghanin Nila Ahmadi* eingangs zum Ausdruck brachte, ist die Entscheidung zur Flucht keine leichtfertige Entscheidung. Wer sie trifft, hat einen individuellen Leidens- und Verfolgungsdruck. Fluchtentscheidungen reifen manchmal allmählich; oft müssen sich Menschen jedoch plötzlich und überstürzt auf die Flucht begeben und können dementsprechend kaum etwas mitnehmen und keine Vorbereitungen treffen. Die eingangs gestellte Frage, warum sich unter gleichen politischen Rahmenbedingungen manche Menschen zur Flucht entscheiden und andere nicht, lässt sich mit Blick auf die Fluchterlebnisse der hier zu Wort kommenden Männer und Frauen eindrucksvoll beantworten. Wer flieht, begibt sich ins Risiko. Fliehende machen sich abhängig von Schleppern und geraten dadurch selbst in Zonen der Kriminalität, mit denen sie keine Erfahrungen haben. Flucht ist physisch und psychisch anstrengend, und sie kostet Geld. Menschen, die fliehen, müssen also über physische, soziale und materielle Ressourcen verfügen, durch die die Fluchtmobilität überhaupt ermöglicht werden kann – zumindest in Abwesenheit internationaler Unterstützungsangebote. Die Erfahrungen meiner Interviewpartner:innen beleuchten die Funktionsweise des Europäischen Grenzregimes aus der Perspektive der Betroffenen und zeigen seine selektierende Wirkung: Durch den Fokus auf das territoriale Asyl, also die individuelle Einreise von Asylsuchenden zum Zweck des Schutzbegehrens, benötigen Schutzsuchende Geld zur Bezahlung von Schleppern, soziale Kontakte und Beziehungen, um die Fluchtroute zu organisieren, sowie optimalerweise Bildung, Sprachkenntnisse oder Migrationserfahrungen, um mit den verschiedenen Herausforderungen auf der Fluchtroute fertig zu werden. Auch die physische und demographische Komponente sorgt für eine Stratifizierung von Geflüchteten: Physische Fitness und Gesundheit erleichtern strapaziöse Fußmärsche oder das Überleben von Hunger, Kälte oder Hitze, während Krankheit, Gebrechlichkeit oder die Fürsorge für kleine Kinder die Fluchtmobilität über längere Strecken erheblich erschweren. Die österreichische Migrationsforscherin Judith Kohlenberger (2022: 50) spitzt richtigerweise zu: »Wer also 2015 mehr Frauen und Kinder unter den Geflüchteten hätte sehen wollen, der hätte sich folgerichtig für legale Fluchtrouten aus den betroffenen Ländern, darunter Resettlement oder Botschaftsasyl einsetzen müssen.« Zynisch gesprochen könnte man resümieren, dass das europäische Grenzregime, über dessen Porosität so häufig gestritten wird, hochwirksam ist. Es erschwert den Weg nach Europa, und zwar vor allem für jene, die den höchsten Schutzbedarf aufweisen.

Kapitel 3 – Ankommen

> Das war ein komisches Gefühl, als wir angekommen sind, weil wir fremd waren. Wir wussten nicht, wie das ist in Deutschland. Wir kannten auch keinen Menschen. Es hat drei Tage gedauert, bis wir richtig angekommen sind. Als wir in Deutschland angekommen sind, kam ein Bus und der Bus hat uns eingeräumt und in ein Camp gebracht. Und wir haben dort eine Nacht übernachtet. Die Situation dort war sehr schlecht. Das war eine Kaserne voll mit Menschen. Aber sie haben uns gut empfangen. Sie haben uns Shampoo gegeben und dort gab es Waschmaschinen und Duschen. Verpflegung haben wir auch bekommen. Und dann wurde uns am nächsten Tag gesagt, dass wir aus dem Camp raus können. Und dann haben sie gesagt, dann fahren wir nach Nürnberg. Danach mussten wir zu den Ärzten, weil wir wegen des langen Wegs krank waren. Dann habe ich erfahren, dass ich Zucker habe, Diabetes.
> *Asma Yassin*, aus Syrien, 50 Jahre.*[1]

Asma Yassin* kommt in der Zeit der Massenankunft im Sommer 2015 in Deutschland an. Damals ist der Münchner Hauptbahnhof ein wichtiger Ankunftsort. Geflüchtete, die mit dem Zug dort eintreffen, werden von Ehrenamtlichen in eine benachbarte Halle geleitet und mit Wasser und Nahrung versorgt. In diesen Wochen gingen viele Fernsehbilder um die Welt, in denen man die Geflüchteten sieht, die sich innerhalb von Sperrgittern zum nächsten Treffpunkt bewegen, und auf der anderen Seite Schaulustige, die

1 Interview mit Asma Yassin* (Pseudonym), 50 Jahre, aus Syrien, Oktober 2018.

Willkommensplakate hochhalten und den Kindern Plüschtiere zustecken. Es sind diese Bilder, die später eine mitunter gehässig geführte Diskussion über eine übertriebene Willkommenskultur befeuern (Schäfer 2022). Indes zeichnen sich auf den Gesichtern der Geflüchteten sehr unterschiedliche Emotionen ab. Freude, aber auch Erschöpfung und Unsicherheit. Viele Geflüchtete, mit denen wir biographische Interviews geführt haben, können das genaue Datum ihrer Ankunft in Deutschland benennen. Der Tag der Ankunft markiert eine Zäsur in ihrem Leben: nun sind sie in Sicherheit, ab jetzt soll es wieder aufwärts gehen!

Der Moment des Ankommens ist zugleich der Augenblick, in dem ihre relative Entscheidungsautonomie, die sie über die Fluchtstrecke getragen hat, ein Ende hat. Sie wird ersetzt durch die Staatsgewalt und die behördliche Logik, der sich die Geflüchteten fortan unterwerfen müssen. In der Folge löst sich das exakte Datum der Ankunft häufig auf in eine Kette von Ankünften und Weiterverteilungen, die sich teils nur mühsam rekonstruieren lassen.

3.1 Gelenkte Mobilität: Ankommen und Weiterverteilung

Das Ankommen verläuft in mehreren Etappen, beginnend beim Erstkontakt mit Behörden, bei denen Geflüchtete »unmittelbar bei oder nach ihrer Ankunft« ihr Asylbegehren vortragen. Sie werden dann als Erstes erkennungsdienstlich behandelt (BAMF 2016a: 9). In einer systematischen Analyse von TV-Reportagen zur Ankunft von Geflüchteten konnten wir die Prozedur viele Male nachverfolgen: Die Menschen werden fotografiert, gemessen und gewogen. Die Fingerabdrücke werden abgenommen und in die Europäische Fingerabdruckdatenbank EURODAC eingegeben. EU-Mitgliedstaaten können beim Abgleich der genommenen Fingerabdrücke feststellen, ob die betreffende Person bereits in einem anderen EU-Land registriert und somit dieses EU-Land für die Durchführung des Asylverfahrens zuständig ist (Wagner 2020). Die Registrierungsprozedur und der Abgleich mit der Datenbank können einige Stunden dauern. Diese Wartezeit verbringen die Menschen in Polizeigewahrsam. Danach werden sie einer Erstaufnahmeeinrichtung in einem der 16 Bundesländer zugewiesen. Sie erhalten eine Fahrkarte und reisen individuell dorthin, wobei in der Zeit der Massenankünfte im Sommer 2015 auch Sonderzüge und Busse eingesetzt wurden, um die Menschen an den Grenzübergängen aufzunehmen und auf die verschiedenen Erstaufnahmezentren zu verteilen. An meinem Arbeitsort Chemnitz, Standort der Landeserstaufnahmeeinrichtung Sachsen, konnte ich im Spätsommer 2015 morgens häufig Flüchtlingsfamilien beobachten, die auf Parkbänken am Omnibusbahnhof übernachteten. Sie waren offensichtlich erst so spät abends mit dem Zug angekommen, dass keine öffentlichen Busse mehr zu der peripher gelegenen Erstaufnahmeeinrichtung fuhren.

Nach der Einleitung des Asylverfahrens werden Geflüchtete innerhalb des Bundeslandes weiterverteilt. Häufig durchlaufen sie mehrere Zwischenstationen, bis sie an jenem Aufenthaltsort angekommen, der für die Dauer des Asylverfahrens ihr neuer Lebensmittelpunkt werden wird. Die Funktion der Weiterverteilung und der verschiedenen Standorte ist den Geflüchteten selten klar. Dementsprechend undeutlich erinnern sie sich in den Interviews an die verschiedenen Stationen, die sie durchlaufen haben. Im

Gedächtnis geblieben sind vor allem konkrete Erlebnisse sowie die Art der Unterbringungsform, während die Ortsnamen kaum erinnert werden (vgl. Textbox 3.1):

Textbox 3.1: Erinnerungen an das Ankommen

> Wir sind in München zur Polizei gegangen. […] Die Polizei hat uns angemeldet und unsere Fingerabdrücke abgenommen. Dann sind wir dort eine Nacht geblieben und dann hat uns ein Bus dort abgeholt bis [Ortsname]. Ich weiß nicht, wo die anderen Orte waren. […] Es war ein Wohnheim, aber das Dorf habe ich vergessen […] Wir haben vier oder fünfmal das Wohnheim gewechselt. Neues Wohnheim, neuer Bus, und neue Leute, bis wir hier angekommen sind. (Amir Faizullah*, aus Afghanistan, 24 Jahre, interviewt Juli 2018).
>
> Ich weiß überhaupt nicht. […] Also damals konnte ich natürlich kein Deutsch. […] Und, also wir haben schon mehrere Heime hier gewechselt immer. Dann am Ende wir waren in Chemnitz, also die Zentrale. Und dann von dort irgendwo anderes. Zwei Heime haben wir nochmal gewechselt. […] Und dann von Chemnitz wieder nach, ich denke, Meißen. Also wir waren ungefähr zwei Monate ungefähr, also mehr oder weniger, das kann ich nicht genau sagen, im Zelt in Meißen. War richtig heiß damals, genau. (Musa Ghulam*, aus Afghanistan, 25–30 Jahre, interviewt Juli 2022).
>
> Vielleicht waren wir auch woanders, wovon wir den Namen nicht wissen, weil uns das alles gleich vorkam. Aber wir waren halt ständig im Heim. (Mariam Daulat*, aus Afghanistan, 30 Jahre, interviewt Februar 2019).

Einen relativ repräsentativen Überblick über die Vielzahl der Stationen nach der Ankunft konnten wir durch eine Serie von insgesamt 139 Interviews mit Geflüchteten gewinnen, die wir im Rahmen eines Forschungsprojekts zwischen Oktober 2018 und Juni 2019 gesammelt haben.[2] Um die Erinnerung der Geflüchteten zu stützen, wurde während der Interviews ein Zeitstrahl angefertigt, auf dem die verschiedenen Stationen sowie wichtige Ereignisse während des Aufenthalts an den verschiedenen Unterbringungsorten vermerkt wurden (Abb. 3.1).

2 Das Forschungsprojekt »Zukunft für Geflüchtete in ländlichen Regionen Deutschlands« wurde durch ein Konsortium des Thünen Instituts, der TU Chemnitz, der Universität Erlangen-Nürnberg sowie der Universität Hildesheim in den Jahren 2018–2021 durchgeführt. Unter anderem wurden die Mobilitätsbiographien von Geflüchteten abgefragt und ihre Wohnzufriedenheit und Bleibeperspektiven an den zugewiesenen ländlichen Wohnstandorten untersucht. Das Projekt wurde gefördert durch das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) im Bundesprogramm Ländliche Entwicklung aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages (FKZ 2817LE0XX).

Abb. 3.1: Mobilitätsbiographie nach der Ankunft in Deutschland: Beispiel eines Zeitstrahls



Quelle: Interview mit Rachida Ali*, aus Syrien, Juni 2019

Meist durchliefen die Geflüchteten vier bis fünf Stationen, bevor sie nach durchschnittlich 207 Tagen ihre erste eigene Wohnung bezogen (vgl. Kordel/Weidinger/Spenger 2023: 57). Die Spannbreite ist jedoch erheblich, und gerade Personen mit langwierigen Asylverfahren leben teils jahrelang in einer Gemeinschaftsunterkunft. Auffällig ist, dass in keinem der von uns betrachteten Fälle im Zuweisungsverfahren eine räumliche Nähe zu den in Deutschland lebenden Verwandten hergestellt wurde. Oft erscheinen die verfahrensbezogenen Mobilitätsentscheidungen sogar antagonistisch, wie etwa im Fall von Jalil Samaan* aus Syrien, dessen Onkel im Schwarzwald lebt. Er jedoch wird von München aus nach Sachsen geschickt, um dort das Asylverfahren zu durchlaufen. Als er danach einmal seinen Onkel an dessen Wohnort besucht, trifft er Menschen aus seiner syrischen Heimatstadt Idlib, die mit ihm zusammen auf der Flucht waren:

> Und da war ich zum ersten Mal bei meinem Onkel zu Besuch. Und da hab' ich einen Bekannten getroffen. […] Der hat zu mir gesagt: Wieso bist Du nicht hierhergekommen? Ich dachte Du wirst doch unbedingt zu deinem Onkel kommen und wir kommen hierher und Du durftest das nicht. Ja. Der kommt auch aus Idlib. Von unserer Heimatstadt.[3]

Besonders eindringlich ist Khaled Kazems* Erzählung, der eine dramatische Flucht mit seiner schwer kranken Mutter aus dem Irak hinter sich hat. Um ihr rasch eine medizinische Behandlung zu ermöglichen, bezahlt er viel Geld für Schleuser, die seine Mutter innerhalb weniger Tage von Griechenland nach Deutschland bringen. Seine Reise dauert erheblich länger. Als er in Deutschland ankommt, möchte er zu seiner Mutter, die in

3 Interview mit Jalil Samaan* (Pseudonym), 21 Jahre, aus Syrien, Juli 2018.

einer ländlichen Region im Westen Deutschlands im Krankenhaus behandelt wird. Aufgrund der Wohnortzuweisung während des Asylverfahrens kann er jedoch nicht in ihrer Nähe sein:

> Meine Mutter war in der Eifel in einem Krankenhaus – und ich wollte eigentlich, als ich nach Deutschland gekommen bin, wollte ich zu ihr. Aber es wurde mir nicht erlaubt, weil ich in diesem Dorf bleiben musste. Wenn man kein Asyl hat, dann muss man da bleiben, wo man hin transportiert wird.[4]

Manche Geflüchtete unterlaufen diese Verteilung, indem sie sich nicht an der Grenze melden, sondern zunächst an Zielorte innerhalb Deutschlands weiterreisen, wo Verwandte oder Freunde leben. Erst nach einer Phase des Ausruhens stellen sie sich dann dem Asylverfahren. Der junge Syrer Baschar Abbas* beispielsweise bringt erst einen Minderjährigen, der während der Flucht in seiner Obhut war, zu dessen Verwandten nach Hamburg, dann reist er weiter nach Dresden zu seinem Bruder.

> Wir verbrachten die erste Zeit bei meinem Bruder. Wir konnten essen, duschen, nach dieser langen Reise. Zwei Wochen blieben wir dort. Dann erklärte mein Bruder: »Ihr müsst zur Polizei gehen und sagen: Ich möchte Asyl«.[5]

Sie melden sich bei der Polizeibehörde und werden anschließend in einer Erstaufnahmeeinrichtung untergebracht. Fawad Hussein*, der über München einreist, fährt ebenfalls weiter nach Dresden, weil ein Freund aus seinem Dorf dort lebt. Erst nach einer Woche meldet er sein Asylbegehren an: »Er kam dann und wir sind zu seiner Wohnung gefahren. Nach sechs Tagen sind wir dann zum Camp gegangen.«[6] Iskandar Saleh* wird im August 2015 in Passau von der Polizei aufgegriffen. »Sie haben mir Unterlagen gegeben, damit ich zu einem Camp in der Nähe von München gehe. Ich habe einfach die Unterlagen genommen und bin mit dem Flixbus nach Rostock gefahren.«[7] Denn er hatte von einem Freund erfahren, dass dort die Asylverfahren schneller durchgeführt werden als in Bayern und strebte danach, bald seine Familie nachholen zu können. Der freundschaftliche Rat ist jedoch bereits veraltet. In Rostock muss er vor der Notunterkunft übernachten, da alle Plätze bereits belegt sind. Von dort wird er dann in die Landeserstaufnahmeeinrichtung nach Thüringen geschickt. Ein Jahr nach seiner Einreise erhält er die Flüchtlingsanerkennung und kann tatsächlich wenige Monate später seine Familie nachholen.

3.2 Rahmenbedingungen der Flüchtlingsaufnahme und Unterbringung in Deutschland

Die Aufnahme und Unterbringung von Asylsuchenden in Deutschland ist nach dem Prinzip der Lastenteilung organisiert. Der oben beschriebenen Verteilung von Asylsu-

4 Interview mit Khaled Kazem* (Pseudonym), 27 Jahre, aus dem Irak, Oktober 2018.
5 Interview mit Baschar Abbas* (Pseudonym), 24 Jahre, aus Syrien, Juli 2018.
6 Interview mit Fawad Hussein* (Pseudonym), 46 Jahre, aus Syrien, April 2019.
7 Interview mit Iskander Saleh* (Pseudonym), 33 Jahre, aus Syrien, November 2018.

chenden auf die Bundesländer liegt ein Verteilungsschlüssel, der so genannte Königsteiner Schlüssels, zugrunde, welcher regelt, wie viele Asylsuchende ein Bundesland aufnehmen muss. Dies richtet sich nach den Steuereinnahmen und der Bevölkerungszahl. Daher müssen die Bundesländer mit der höchsten Bevölkerungszahl bei Weitem die größten Anteile an Geflüchteten aufnehmen. Im Jahr 2015 war dies Nordrhein-Westfalen mit 21,2 %, gefolgt von Bayern (15,5 %) und Baden-Württemberg (12,9 %), während beispielsweise das Saarland lediglich 1,2 % und Thüringen 2,7 % der Geflüchteten aufnehmen musste (BAMF 2016b: 13). Die Geflüchteten haben kein Mitspracherecht bei der regionalen Verteilung.

Asylsuchende sind verpflichtet, in den ersten Monaten ihres Aufenthalts in einer Landeserstaufnahmeeinrichtungen zu leben, um bei der Einleitung des Asylverfahrens jederzeit zur Verfügung zu stehen. Mit der Implementierung des sog. Asylverfahrensbeschleunigungsgesetzes im Oktober 2015 wurde die maximale Verweildauer von Asylsuchenden in Erstaufnahmeeinrichtungen von sechs auf 18 Monate verlängert (§47 AsylG). Ausgenommen sind Familien mit Kindern, die maximal sechs Monaten in der Erstaufnahmeeinrichtung verbringen sollen. Asylsuchende aus so genannten sicheren Herkunftsstaaten müssen bis zum Abschluss ihres Asylverfahrens oder ihrer Abschiebung in der Einrichtung verbleiben. Das für sie geltende beschleunigte Verfahren soll theoretisch innerhalb einer Woche abgeschlossen sein.[8] Die durchschnittliche Verfahrensdauer für alle Verfahren betrug hingegen im Herbst 2015 fünf Monate, mit einer großen Spanne je nach Herkunftsland. Für die formale Antragstellung entstanden zusätzliche, teils mehrmonatige Wartezeiten (Zeit Online 10.10.2015).

Für den Asylantrag wir zunächst eine Akte angelegt; dazu gehört die Aufnahme der Personendaten, eine nochmalige Registrierung von Fingerabdrücken und Lichtbild sowie eine Gesundheitsüberprüfung. Diese Daten werden mit dem Ausländerzentralregister und der Datenbank des Bundeskriminalamtes abgeglichen, um festzustellen, ob die betreffende Person bereits einmal in Deutschland registriert war. Zudem wird durch Abgleich mit dem europaweiten System EURODAC ermittelt, ob möglicherweise ein anderes europäisches Land für die Durchführung des Asylverfahrens zuständig sein könnte (Dublin-Verfahren). In diesem Fall wird ein Übernahmeersuchen an den betreffenden Staat gestellt (BAMF 2016a: 11ff.). Schließlich folgt der für die Asylsuchenden wichtigste Termin: die Anhörung, bei der sie ihr Asylbegehren mit allen ausführlichen Erklärungen, Dokumenten und mit Hilfe eines Dolmetschers vortragen und begründen müssen. Nach der Asylantragstellung erhalten die Asylsuchenden eine Aufenthaltsgestattung, die als amtliches Dokument gegenüber staatlichen Stellen dient, solange das Asylverfahren läuft.

8 Als ›sichere Herkunftsstaaten‹ gelten Staaten, in denen weder politische Verfolgung noch »unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung und Behandlung stattfindet«. Antragstellende aus ›sicheren Herkunftsstaaten‹ müssen beweisen, dass ihnen abweichend von der allgemeinen Lage im Herkunftsland Verfolgung droht. Als sichere Herkunftsstaaten galten 2016 Albanien, Bosnien und Herzegowina, Ghana, Kosovo, Nordmazedonien, Montenegro, Senegal und Serbien (vgl. Die Bundesregierung 2016). Seit Dezember 2023 gelten auch Georgien und die Republik Moldau als sichere Herkunftsstaaten (Die Bundesregierung 2023).

Nachdem die formalen Schritte der Asylantragstellung vollzogen sind, werden die Asylsuchenden – häufig wieder nach einem Quotensystem – auf die Kreise, Städte und Gemeinden des jeweiligen Bundeslandes verteilt. Diese sind durch die Landesaufnahmegesetze verpflichtet, Unterbringungsmöglichkeiten für Asylsuchende zur Verfügung zu stellen und sich während des Verfahrens um die Menschen zu kümmern. Asylsuchende unterliegen während der Zeit des Asylverfahrens der Residenzpflicht, d.h. sie müssen sich an dem zugewiesenen Wohnort bzw. in dem Landkreis aufhalten. Nur dort erhalten sie materielle und soziale Versorgungsleistungen. Dabei treffen Geflüchtete auf sehr unterschiedliche Formen der Unterbringung, wobei Gemeinschaftsunterkünfte in den meisten Bundesländern überwiegen. Die gesetzlichen Vorgaben lassen den Kommunen hier jedoch Spielraum, so dass diese auch eine dezentrale Unterbringung in Wohnungen organisieren können (§53 AsylG).

Die massenhafte Ankunft von Schutzsuchenden in Deutschland hatte bereits während des Jahres 2014 in vielen Regionen zu einer Erschöpfung der vorgehaltenen Kapazitäten geführt. Während zum Beispiel im Freistaat Sachsen in den Jahren 2009–2012 durchschnittlich rund 4.200 Geflüchtete untergebracht werden mussten, stieg ihre Zahl im Jahr 2013 auf knapp 6.000 und im Jahr 2014 auf knapp 8.800. Im ersten Quartal 2015 waren dann über 12.000 Asylsuchende unterzubringen (Sächsisches Staatsministerium des Innern 2015). Die grundlegende Systematik, dass Geflüchtete nach dem Aufenthalt in den Erstaufnahmeeinrichtungen der Bundesländer in die Landkreise und Gemeinden der Bundesländer weiterverteilt und dort zeitlich gestaffelt zunächst in Gemeinschaftsunterkünften und anschließend in eigenen Wohnungen untergebracht werden sollten, wurde unter diesen Umständen nach und nach ausgehebelt. Die Zeit der Notunterkünfte begann, und es wurden nicht nur Immobilien mit vorheriger Wohnfunktion erschlossen, wie etwa stillgelegte Kasernen oder Kliniken, sondern auch andere Gebäudetypen wie Turnhallen, Messehallen oder Lagerhallen. Auch Containerdörfer und Zeltstädte wurden errichtet. Viele dieser Behausungen befanden sich in peripherer Lage außerhalb der Ortskerne und waren für eine längere Unterbringung ungeeignet (vgl. Textbox 3.2). In vielen Kommunen wurden diese Behelfsunterkünfte im Laufe des Jahres 2016 wieder geschlossen, andernorts bestanden sie lange weiter. Die Phase der Notunterbringung hat nicht nur Spuren im lokalen Gedächtnis der Kommunen hinterlassen, sondern prägte auch das Erleben des Ankommens aus der Perspektive der Geflüchteten.

Textbox 3.2: Ein Flüchtlingslager im Wald: Die Übersee-Funkempfangsstelle Lüchow (ÜFESt)

Auf der Straße von Lüchow nach Salzwedel, hinter einer Rechtskurve geht plötzlich der Abzweig nach links, fast hätten wir ihn verpasst. Von dort fahren wir eine schmale Zubringerstraße entlang. Nur vereinzelt kommen uns Spaziergänger mit ihren Hunden entgegen. Dann, nach weiteren Minuten des Fahrens, erreichen wir sie endlich: die Überseefunkstation Lüchow, kurz ÜFESt. Wir sehen ein weitläufiges, mit Stacheldraht eingezäuntes Gelände, bebaut mit einem repräsentativen Backstein-Ensemble im vorderen Bereich und einer Serie von Baracken im hinteren Teil des Grundstücks. An der Einfahrt weht eine leicht mitgenommen aussehende Deutschlandflagge. Ansonsten gibt es keine Hinweise auf die Funktion des Gebäudes.

Die ÜFESt wurde ursprünglich in den 1930er Jahren errichtet, als durch den wachsenden Überseefunkverkehr eine neue Empfangsstation in Deutschland notwendig wurde. Wichtige Bedingungen bei der Standortsuche, so ist einem Wikipedia-Eintrag zu entnehmen, war neben der Bodenleitfähigkeit die Abwesenheit von industriellen Produktionsanlagen, Hochspannungstrassen, größeren Siedlungen oder anderen »Störquellen«. Den peripheren Charakter der Anlage kann man auch heute noch unterstreichen: weit und breit ist hier nur Wald und Feld, die einzigen Geräusche sind Vogelstimmen und das Rauschen der Bäume. Nachdem der Kurzwellenfunk bereits Anfang der 1970er Jahre weitgehend seine Bedeutung verloren hatte, wurde mit der Schließung der letzten internationalen Fernschreibverbindung im Jahr 1986 die Überseefunkstation außer Betrieb genommen. Eine Form der Nachnutzung war die Unterbringung von Polizeikräften, die die Castor-Transsporte in das nahegelegene Atommülllager Gorleben absichern sollten. Für bis zu 1.000 Einsatzkräfte wurden Containerunterkünfte auf dem Gelände geschaffen. In den Jahren 2015 und 2016 wurde die ÜFESt dann als Notunterkunft für mehrere hundert Geflüchtete genutzt. Zeitungsberichte aus dieser Zeit dokumentieren das Engagement von Ehrenamtlichen bei der Einrichtung der Unterkunft und berichten von handfesten Konflikten unter den Bewohner:innen, die auch zu Polizeieinsätzen führten. Ende August 2016 wird die Notunterkunft auf dem Gelände der ÜFESt geschlossen (Blank 2015). Als im Zuge der wieder gestiegenen Geflüchtetenzahlen in den Jahren 2021/22 erneut die Suche nach Notunterkünften im Landkreis beginnt, wird die ÜFESt nicht mehr in Betracht gezogen, da sie in einem »äußerst marode[n]« Zustand ist, wie es in einer Pressemitteilung des Landkreises heißt (Landkreis Lüchow-Dannenberg 2022).

3.3 Erstaufnahmeeinrichtungen, Lager, Ankerzentren

> Ich wäre da auch verrückt geworden, ich hätte auch um mich geschlagen, weil erstmal war dieses ganze, große Gelände […] ohne Pflanzen, völlig nackter Boden, nur diese Container da draufgestellt. Und dann hatten sie so eine Bewachungstruppe eingesetzt, die auf den ersten Blick wie Nazis aussahen, also solche Typen, die da so breitbeinig mit solchen Muskelpaketen an den Ecken rumstanden und alles bewachten. Und das war, da war immer irgendwie eine Beobachtung und auch eine große Kritik an diesen Notaufnahmelagern.
> *Erinnerung einer Lokalreporterin*[9]

Der Begriff des Flüchtlingslagers ist im Deutschen meist verbunden mit Ereignissen, die in anderen Weltregionen, insbesondere im so genannten Globalen Süden, verortet sind. Man denkt an Hungersnöte, Naturkatastrophen oder Bürgerkriege, die schlagartige und massenhafte Mobilität auslösen und zur Entstehung von Lagern führen. Lager können sehr unterschiedlich aussehen und von ganz unterschiedlichen Akteuren angelegt sein.

9 Interview mit Ramona Haub* (Pseudonym), Lokalreporterin, Oktober 2021.

Als größtes Flüchtlingslager der Welt gilt das Camp Kutupalong im Süden von Bangladesch, in dem rund eine Million aus Myanmar vertriebene Rohingya seit 2017 unter erbärmlichen Umständen leben, eingezäunt und immobilisiert, fast vollständig abhängig von internationalen Hilfsorganisationen, und praktisch ohne Perspektive auf Rückkehr oder Weiterwanderung an einen Ort, an dem der Aufbau einer eigenen Existenz wieder möglich wäre (Aisslinger 2023). Bereits seit dem Jahr 2012 existiert das Flüchtlingslager Zaatari im Norden Jordaniens, in dem rund 80.000 Geflüchtete des Bürgerkriegs in Syrien eine Bleibe fanden. Das Lager entwickelte sich nach und nach zu einer festen Siedlung, mit Straßennamen, Versorgungseinrichtungen und einer ausgeprägten Sozialstruktur.

Das größte Flüchtlingslager Europas war bis zu seiner Zerstörung das Lager Moria auf der griechischen Insel Lesbos. Es steht zugleich für das Versagen des Europäischen Grenz- und Migrationsregimes. Moria sollte im Rahmen der Europäischen Migrationsstrategie eine zentrale Rolle bei der Erstregistrierung und Vorprüfung von Asylanträgen spielen – als so genannter Hotspot (European Union 2020). Nach einem kurzen Aufenthalt in Moria sollten Asylsuchende zur weiteren Bearbeitung des Asylverfahrens auf das griechische Festland überführt werden. Nach der EU-Türkei-Vereinbarung vom April 2016 sollten von Moria aus irregulär eingereiste Asylsuchende in die Türkei zurückgeführt werden. Allerdings funktionierte weder die Rückführung noch die registrierte Weiterleitung wie geplant. Und weil weiter Menschen ankamen, wurde das Lager immer voller. Am Ende lebten über 12.000 Menschen in dem für 2.800 Personen ausgelegten Lager (Kuster/Tsianos 2020). Immer wieder kam es deshalb zu Unruhen. Im September 2020 schließlich, als die Lage aufgrund der Corona-Quarantäne besonders angespannt war, setzten einige Bewohner das Lager in Brand. Moria brannte vollständig ab, die vormaligen Bewohner:innen wurden obdachlos (TAZ 09.09.2020). Das am Standort Kara Tepe auf Lesbos errichtete Ersatzlager bietet nach Aussagen Geflüchteter und von Hilfsorganisationen noch devastierendere Lebensbedingungen als Moria. In einem offenen Brief, der an alle Europäer:innen und die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen gerichtet ist, schildern einige Bewohner:innen zu Weihnachten 2020 ihre unwürdigen Lebensbedingungen:

> Wenn es regnet, wird das Lager überflutet und Zelte werden nass. Wir haben keine Heizungen, die uns und unsere Kinder warm halten, keine Schulen oder Kindergärten. Wenn wir krank werden, warten wir stundenlang auf medizinische Behandlung und das Essen, das wir bekommen, ist zwar ausreichend, aber nicht gesund. Auch wurde uns versprochen, dass unsere Asylverfahren endlich beschleunigt würden, aber immer noch warten zu viele von uns, einige seit mehr als einem Jahr auf ihre Interviews. Stattdessen sitzen wir hier in der Vorhölle und haben nichts anderes zu tun als zu warten. Die Situation ist teilweise noch schlimmer als vor dem großen Brand. Nur die Sicherheit ist besser geworden, aber trotzdem gibt es nachts kein Licht im Lager. Im alten Moria konnten wir uns selbst organisieren, wir hatten kleine Schulen, Läden und viele andere Aktivitäten betrieben. Im neuen Lager ist das nicht möglich (Deen Mohammed/Al Obeed 2020).

Nach Aussagen von vor Ort tätigen Hilfsorganisationen geraten immer mehr Geflüchtete unter diesen Bedingungen in schwere psychische Krisensituationen, es kommt zu Selbstmorden und Selbstverletzungen, die allerdings nur in äußerst dramatischen Fällen die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit erregen.[10]

Ein weiteres der im Rahmen der europäischen Migrations- und Asylpolitik eigentlich nicht hinnehmbares Lager war der so genannte ›Dschungel‹, ein informelles Lager nahe Calais an der französischen Kanalküste, in dem sich im Jahr 2015 bis zu 9.000 Geflüchtete überwiegend aus Afghanistan, Pakistan, Eritrea, Äthiopien, dem Sudan und Syrien sammelten. Sie alle warteten auf eine Möglichkeit, in das Vereinigte Königreich zu gelangen. Das Lager wurde im Oktober 2016 gewaltsam geräumt, allerdings entstanden kurz danach neue Ansammlungen von Migrant:innen, die sich zwischenzeitlich auch auf andere Orte entlang der französischen Kanalküste ausdehnten. Die Lebensbedingungen in diesen Lagern sind äußerst prekär. Regelmäßig werden Zeltansammlungen gewaltsam durch die Polizei geräumt, und es gibt erbitterten Protest in der Bevölkerung gegen die Anwesenheit der Migrant:innen und das Ausbleiben einer nachhaltigen Lösung (Süddeutsche Zeitung 26.10.2016).[11]

Die genannten Beispiele vermitteln zwei wesentliche Aspekte von Lagern, nämlich die Immobilisierung von Menschen sowie die Vorläufigkeit dieser Lebensform. Menschen auf der Flucht oder mobile Menschen finden hier temporär Obdach, doch ihr Aufenthalt ist mehr oder weniger unfreiwillig. Eine grundlegende Unterscheidung kann hinsichtlich der handelnden Akteure und ihrer Motive getroffen werden, die die Entstehung eines Lagers initiieren: während der ›Dschungel von Calais‹ beispielsweise von Geflüchteten selbst aufgebaut wurde und als vorübergehendes Obdach in Vorbereitung des erhofften Transits ins Vereinigte Königreich gedacht war, stellte das Lager Moria auf der griechischen Insel Lesbos die Institutionalisierung des EU-Grenzregimes dar und diente vor allem der Immobilisierung von Migrant:innen unmittelbar nach Betreten des EU-Territoriums. Mit den unterschiedlichen Entstehungszusammenhängen und Verantwortlichkeiten bei der Entstehung von Lagern sind Unterschiede in ihrer sozialräumlichen Struktur, der Art der Behausung und Lebensbedingungen sowie der institutionellen Zuständigkeiten und Hierarchien verbunden.

Viele Forschungszweige widmen sich den Besonderheiten von Lagern als Unterbringungsform. Im Mittelpunkt des Interesses stehen die äußeren und inneren Ordnungsmuster und die Frage, inwieweit sich durch diese Ordnungen auch Machtverhältnisse manifestieren. In der sozialpsychologischen Forschung betrachtet man vor allem die Folgen einer lagerartigen Unterbringung für das Sozialverhalten von Individuen und auch für gruppenbezogene Prozesse. So bezeichnet etwa der italienische Philosoph Giorgio Agamben (2004) Lager als Sonderorte, als Orte des »permanenten Ausnahmezustandes«

10 So wie beispielsweise die Selbstverbrennung einer Afghanin, im neunten Monat schwanger, die den Suizidversuch schwer verletzt überlebte (Meschede 2023).

11 Der Anthropologe Michael Agier und sein Team erarbeiteten eine umfassende Studie zum Leben im »Dschungel von Calais« und betrachten dabei nicht nur seine Strukturen im Inneren und die Konflikte um das Lager, sondern stellen auch einen Zusammenhang mit dem globalen Phänomen von Flucht und Migration her (Agier et al. 2020).

mit Blick auf die individuelle Ohnmacht gegenüber diesen Zuständen. In der Terminologie des amerikanischen Soziologen Erving Goffman (1973) ist das Lager, ähnlich wie eine psychiatrische Klinik oder ein Gefängnis, eine »totale Institution«, charakterisiert durch die allumfassende Regulierung raum-zeitlicher Strukturen und Praktiken sowie die fehlende Handlungsmacht seiner Insassen. Der französische Ethnologe Marc Augé (1994) rekurriert stärker auf die Lagemerkmale und die bauliche Gestalt von Lagern als »Nicht-Orten«, was sich freilich auch auf die sozialen Strukturen im Inneren und die individuellen Emotionen seiner Insassen auswirkt.

In der humangeographischen Forschung fokussieren wir auf die Physiognomie von Lagern und ihre Lage im Raum. Wir betrachten die Effekte von Unterbringungsformen abseits menschlicher Behausung, in Wäldern oder Gewerbegebieten, bzw. in Gebäuden wie ehemaligen Kasernen oder psychiatrischen Kliniken, denen die Besonderheit ihrer Insassen bereits eingeschrieben ist. Wir analysieren die Gestalt und Anordnung von Gebäuden auf dem Gelände und Einhegungen wie Zäune oder Mauern. Schließlich widmen wir uns sozialräumlichen Ordnungsmustern innerhalb der Lager. Dazu gehören auch zeitliche und hierarchische Ordnungen, die sich beispielsweise durch die Vorgabe von Nutzungszeiten der Gemeinschaftsräume oder Sanktionierungsmöglichkeiten bei Fehlverhalten manifestieren. Dieses Zusammenspiel von räumlichen, zeitlichen und sozialen Ordnungsmustern lässt sich bei einer Erkundung des AnkER-Zentrums[12] Bamberg nachvollziehen.

3.3.1 Besuch im AnkER-Zentrum

Die AEO (AnkER-Einrichtung Oberfranken) Bamberg liegt am östlichen Stadtrand von Bamberg, auf dem Gelände der ehemaligen US-Garnison. Mehrgeschossige Wohngebäude sind über ein weitläufiges Gelände verteilt, umgrenzt von einem hohen Zaun. An der Nordseite schließt sich ein Standort der Bereitschaftspolizei an. Zum Südwesten hin, Richtung Innenstadt, findet sich eine Eigenheimsiedlung der 1930er Jahre: Schmale Straßen ohne Gehweg, Einfamilienhäuser mit dem für Franken so typischen Spitzdach, umrahmt von großzügigen Gärten. Schilder am Zaun der AEO weisen auf getrennte Zugänge zu dem Gelände hin: eine Einfahrt für Autos an der westlichen, der Innenstadt zugewandten Seite, und ein Eingang für Fußgänger:innen und Radfahrer:innen an der Südseite des Geländes, welches durch eine Ausfallstraße markiert wird (Abb. 3.2). Die Bewohner:innen der AEO, die zu dem Fußgängerausgang hinausgehen, werden auf diese Weise direkt entlang der Bundesstraße in die Innenstadt gelenkt, anstatt die ruhigere Straße durch die Wohnsiedlung als Fußweg zu nutzen. Und das ist auch so gewollt. Wie wir im Gespräch mit der AEO-Leitung erfahren, resultiert die aktuelle Eingangsregelung aus den Beschwerden der Anwohner:innen, die sich durch die häufige Nutzung der Siedlungswege durch die Asylsuchenden gestört fühlten. Diese gelangten durch den

12 Das Akronym AnkER steht für »Ankunft, Entscheidung, Rückführung«. In einem Ankerzentrum sollen Asylsuchende unterkommen, bis sie in Kommunen verteilt oder aber in ihr Herkunftsland abgeschoben werden bzw. freiwillig zurückkehren. Um eine zügige Durchführung der Verfahren zu gewährleisten, arbeiten auf dem Gelände eines AnkER-Zentrums verschiedene Behörden Hand in Hand. Im Koalitionsvertrag von 2021 wurde die Abschaffung der AnkER-Zentren beschlossen.

damaligen einzigen Zugang der AEO (die heutige Autoeinfahrt) direkt in die Wohnsiedlung. Um die Lage zu beruhigen und keine weitere Abwehrhaltung der Nachbarschaft zu provozieren, entwickelte man seitens der AEO das Konzept der getrennten Eingänge.

Abb. 3.2: Eingangswegweiser zur AEO Bamberg



Quelle: Eigene Aufnahme, 29.01.2019

Ein ähnliches Ziel hatte die Einrichtung einer Buslinie für die Bewohner:innen der AEO. Nachdem sich Anwohner:innen über das große Passagieraufkommen an der öffentlichen Haltestelle beschwert hatten, wurde die Idee einer eigenen Buslinie für die Asylsuchenden entwickelt – und in die Tat umgesetzt. Das ›AEO-Shuttle‹ fährt nun mehrmals täglich von der AEO zu verschiedenen Standorten in der Innenstadt, die für die Asylsuchenden von Bedeutung sind. »Die Asylbewerber finanzieren mit einem gewissen Bestandteil aus ihren Sozialleistungen diese Linie«, erklärt ein Mitarbeiter der AEO-Verwaltung, »haben aber auch den großen Vorteil: haben quasi die Haltestelle vor der Nase und haben elfmal die Möglichkeit, können in die Stadt hineinfahren. Und die Anwohner sind entlastet.«[13]

Die AEO Bamberg wurde 2015 mit einer Kapazität von 1.500 Plätzen eröffnet und später zum AnkER-Zentrum ausgebaut, d.h. alle zentralen Einrichtungen, die zur Abwicklung von »Ankunft, Entscheidung und Rückführung« – woraus sich die Abkürzung AnkER bildet – notwendig sind, befinden sich direkt auf dem Gelände und arbeiten Hand in Hand. Zunächst war das Zentrum auf Asylsuchende aus den Balkanstaaten spezialisiert und sollte dafür sorgen, dass nach einer raschen Entscheidung über den potenziell aussichtslosen Asylantrag eine umgehende Rückführung erfolgen kann. »Ankunfts- und Rückführungseinrichtung« hieß das Lager damals, »scherzhaft im Volksmund als Balkanzentrum bezeichnet«, wie ein Behördenmitarbeiter erklärt.

13 Interview mit Holger Schmidt* und Rüdiger Bussmann* (Pseudonyme), Mitarbeiter der Standortverwaltung der AEO Bamberg, Januar 2019.

Das Lager besteht aus Mehrfamilienhäusern mit voneinander abgetrennten Wohneinheiten. Bei der Belegung wird auf die ethnische Herkunft geachtet, damit sich die Bewohner:innen dieser Zwangsgemeinschaft wenigstens miteinander verständigen können. Bis zu 16 Personen teilen sich eine Wohnung, Familien und Alleinstehende werden gemischt. Sie dürfen dort nicht kochen. Die Wohnungen lassen sich nicht abschließen. Beim Rundgang durch das Lager im Januar 2019 fällt uns die Leere in den Straßen auf. Es gibt kaum Passant:innen. Nur auf dem Hauptweg, der zur zentralen Kantine führt, sind Menschen unterwegs (Abb. 3.3). Auf einer großen Pinnwand vor dem Verwaltungsgebäude sind die verschiedenen Angebote für die Bewohner:innen plakatiert. Es gibt eine Kleiderkammer, eine Fahrradwerkstatt, und auch die Öffnungszeiten der Beratungsstellen lassen ich an den Aushängen ablesen. Die Volkshochschule bietet Orientierungskurse für die Erwachsenen an, ein sozialer Träger veranstaltet eine Eltern-Kind-Spielgruppe für kleine Kinder. Es gibt eine Schule im Camp, in dem zur Zeit unseres Besuchs 102 Kinder zwischen sechs und 15 Jahren hauptsächlich Sprachunterricht erhalten. Berührung mit deutschen Kindern außerhalb des Camps haben sie nicht. Durchschnittlich drei bis vier Monate verbringen Asylsuchende in der Einrichtung, bevor sie in eine Unterkunft außerhalb des AnkER-Zentrums umziehen können.

Im Gesamteindruck zeigt sich das AnkER-Zentrum Bamberg als eine institutionell wohlgeordnete Einrichtung, in der alles auf eine effektive Abwicklung von Asylverfahren konzentriert ist und in der die Asylsuchenden auf basalem Niveau gut versorgt werden. Was befremdlich bleibt, ist die konsequente Abschottung der Bewohner:innen von der Außenwelt. So, wie sie in der weitläufigen Kasernenanlage umher spazieren, wirken sie verloren, so als ob sie noch nicht ganz angekommen wären. Und in gewissem Sinne stellt das Leben im AnkER-Zentrum auch einen Zwischenraum dar, denn er hängt zwischen der Flucht und dem erhofften Neustart als anerkannter Flüchtling.

Abb. 3.3: Hauptweg zur Kantine in der AEO Bamberg



Quelle: Eigene Aufnahme, 29.01.2019

3.3.2 Leben im Lager

In der deutschsprachigen Terminologie wird der Begriff des ›Flüchtlingslagers‹ meist vermieden; zu sehr ist die Lagerrhetorik assoziiert mit der zwangsweisen und gewaltvollen kollektiven Unterbringung von Menschen während des Nazi-Regimes. Stattdessen sehen wir eine entlang des Asylrechts und administrativer Begrifflichkeiten navigierende Terminologie, die lagerartige Unterbringungsformen mit Begriffen des ›Zentrums‹ oder der ›Einrichtung‹ umschreibt, wie z.B. das ›Transitzentrum‹, das ›AnkER-Zentrum‹, das ›Balkanzentrum‹, die ›Erstaufnahmeeinrichtung‹ oder die ›Gemeinschaftsunterkunft‹. Lediglich spezifische historisch verankerte Begriffe wie etwa das ›Grenzdurchgangslager Friedland‹ führen weiterhin den Lagerbegriff im Namen. Dabei verbergen sich hinter diesen schnell wechselnden Begriffen je ähnliche physiognomische und funktionale Charakteristika sowie Machtverhältnisse, die durch den Rückzug auf die aus dem Asylrecht abgeleiteten administrativen Begriffe verbal neutralisiert werden. Der Humangeograph und Stadtforscher René Kreichauf sieht darin eine bewusste Strategie der diskursiven Abgrenzung, die die politische Absicht verfolgt, »menschenunwürdige Zustände, die mit dem Begriff Lager konnotiert sind, entweder außerhalb Europas und in nicht-demokratischen Staaten oder in informellen Camps zu verorten« (Kreichauf 2023: 250). In unseren Interviews mit Geflüchteten zeigt sich, dass diese sich kaum der euphemistischen Namensgebung anschließen, sondern beinahe durchweg die verschiedenen Formen der kollektiven Unterbringung als ›Camp‹ oder ›Lager‹ bezeichnen und damit auf ihre lebensweltlichen Erfahrungen in dieser Unterbringungsform zurückbeziehen.

Für die meisten Geflüchteten stellen sich die Aufenthalte in den verschiedenen ›Camps‹ als eine Übergangsphase zwischen der Zeit der Flucht und der Wiederaufnahme eines autonomen Lebens dar. Der Aufenthalt in der Erstaufnahmeeinrichtung ist für die meisten geprägt von Unsicherheit und fehlender Selbstbestimmung, von Leerlauf und Warten. Die Standortcharakteristika vieler Erstaufnahmeeinrichtungen wie Peripherität, Einhegungen, Eingangskontrollen sowie zeitliche und räumliche Restriktionen der Lebensführung verstärken das Gefühl, in einer Situation des Leerlaufs, des Limbo, zu stecken. Gerne wird diese Erfahrung später verdrängt. »Bis heute reden wir kaum über diese Zeit,« meint etwa die SPD-Politikerin und ehemalige Staatsministerin für Migration, Flüchtlinge und Integration Reem Alabali-Radovan, die mit ihren Eltern Ende der 1990er Jahre als Asylsuchende aus dem Irak nach Deutschland kam und zunächst in der Landeserstaufnahme Norstorf-Horst in Mecklenburg-Vorpommern untergebracht war. Sie berichtet darüber, wie es sich anfühlte, auf engstem Raum zu leben und kaum Privatsphäre zu haben, aber auch über gute Momente mit den vielen Kindern aus aller Welt, die sich in dieser Zwangsgemeinschaft zusammenfanden: »Wir Kinder haben nicht verstanden, warum wir alle zusammenwohnen, aber es war schön, zusammen zu spielen.« Doch sie reflektiert auch die vielfältigen Zwänge dieser Zeit, die selbst für ein Kind wahrnehmbar waren:

> Die unzähligen Amtsgänge, das lange Warten auf den Asylentscheid, die Marken und das Anstellen fürs Essen, um Erlaubnis bitten, wenn man in die Stadt wollte, denn das

> ging nur einmal die Woche. Dass wir nicht wirklich frei sind, habe ich als Kind gespürt. Wir waren froh, als wir die Erstaufnahme verlassen konnten. (Grabbe/Schenk 2023: 37)

Für die während des Jahres 2015 in Deutschland ankommenden Geflüchteten reichen die bestehenden Erstaufnahmeeinrichtungen nicht aus. Viele kommen daher in provisorischen Erweiterungslagern wie Zeltlagern, Turnhallen oder Containerunterkünften unter, in denen sich unter den prekären Aufenthaltsbedingungen rasch ein Gefühl der Ausweglosigkeit einstellt. Baschar Abbas* aus Syrien beispielsweise erlebt in einem Zeltlager der Erstaufnahmeeinrichtung Chemnitz den Wintereinbruch. Erst nach Protesten der Bewohner:innen und einem Akt der Selbstverletzung werden sie in festen Unterkünften untergebracht:

> Wir lebten in Zelten. Und zu dieser Zeit war es kalt, eiskalt. Schlechtes Wetter, schlechte Sanitäreinrichtungen. Alles war schlecht, weißt Du? Wir fingen an, gegen die Zustände zu protestieren. Ein Mann aus Libyen zog seine Kleidung aus und blieb draußen in der Kälte, vielleicht eine Stunde. Dann brach er zusammen. Dann kam ein Arzt und sagte, dass alle Zeltbewohner zu einem anderen Ort gebracht werden sollen.[14]

Das Leben im Lager bringt Unsicherheit und Gewalt mit sich, die aus dem Zusammenleben verschiedenster ethnischer Gruppen auf engstem Raum und der fehlenden Privatsphäre herrühren. Ellaha und Baran Muhammad*, ein junges Ehepaar aus Afghanistan, kommen Anfang August 2015 in Deutschland an und verbringen die ersten sechs Wochen in einem Zeltlager in Kassel. Sie erinnern sich:

> Vom 9. August bis zum 14. Oktober waren wir in Kassel. Da waren sehr viele Menschen, aber es gab wenige Sanitäranlagen. Das war ein Ort mit großen Zelten, die waren nach Nationalitäten aufgeteilt. Es gab ein großes Zelt für die Afghanen und ein großes Zelt für die Araber, ein anderes Zelt für die Iraner und ganz viele andere Nationalitäten. Erstmal waren wir in diesem großen Zelt und haben so Betten bekommen, die man fürs Campen benutzt. Das war danach geteilt, dass auf der einen Seite die Alleinstehenden waren und auf der anderen Seite die Familien. Später als noch mehr Familien dazu kamen, haben die Familien für sich die Betten voneinander mit Bettdecken abgetrennt, dass sie ein bisschen Raum schaffen konnten. […] Die Alleinstehenden haben manchmal bis ein oder zwei Uhr nachts Karten gespielt oder Musik gehört und getanzt, und das war nervig für die Familien, weil die Kinder nicht schlafen konnten. Und weil die Kinder dann früh morgens schon wach waren und spielen wollten und herumgerannt sind, haben sich dann die alleinstehenden jüngeren Männer beschwert, dass sie jetzt nicht ausschlafen können. […] Und es gab sehr viele Streitereien. Einmal gab es einen sehr großen Konflikt zwischen den Albanern und den Pakistanern. Der Streit war so groß, dass das Zelt der Menschen aus Pakistan abgebaut wurde und die den Platz verlassen mussten. Die wurden dann woanders hingebracht. Da kamen dann sehr viele Polizisten, die auch die Nacht geblieben sind. Das war sehr unheimlich.[15]

---

14 Interview mit Baschar Abbas* (Pseudonym), 24 Jahre, aus Syrien, Juli 2018, übersetzt aus dem Englischen durch die Autorin.

15 Interview mit Ellaha und Baran Muhammad* (Pseudonyme), 28 und 33 Jahre, aus Afghanistan, Februar 2019.

Derartige Konflikte, wie sie Ellaha und Baran Muhammad* schildern, erleben viele Geflüchtete in den großen Lagern. Besonders schwierig ist die Situation für allein reisende Frauen. In der Regel können weder die Zimmer noch die Sanitäreinrichtungen abgesperrt werden. Die Frauen fühlen sich nicht sicher vor Übergriffen, und sind auch hinsichtlich religiöser Bekleidungsvorschriften durch die fehlende Privatsphäre stark eingeschränkt. Farah El Masyr*, eine Palästinenserin aus Libanon, die zusammen mit ihrem kleinen Sohn in Deutschland ankam, erinnert sich an die ersten Nächte in einer Erstaufnahmeunterkunft in Heidelberg:

> In Heidelberg habe ich drei Tage verbracht in einem Asylheim und das war so grausam, das Asylheim. Das war so ein Gebäude aus zwei Etagen, ganz riesig. Es gab keine Türen, alles war offen. Und ich wollte mich umziehen, ich wollte etwas machen, und das konnte ich nicht. Und auch in der Nacht habe ich immer so Angst gehabt, weil wenn ich schlafe, vielleicht kommt ja jemand. […] Ich habe sogar mit dem Kopftuch geschlafen, ich habe mich nicht getraut, das abzunehmen. Es ist auch nicht so sicher, weil das Zimmer immer mit anderen geteilt werden musste. Du schläfst und jederzeit kann einfach jemand reinkommen, der sagt, ich habe auch ein Recht, hier mit zu schlafen.[16]

Durch die Regelung, dass Asylsuchende aus ›Herkunftsländern mit schlechter Bleibeperspektive‹ bis zum Ausgang des Asylverfahrens grundsätzlich in den Erstaufnahmeeinrichtungen verbleiben sollen, kommt es dort zu einer Kumulation von Menschen, die in Deutschland keine Zukunftsperspektive haben. Teils leben sie mehrere Jahre in den Gemeinschaftseinrichtungen, in denen es kaum Beschäftigungs- oder Rückzugsmöglichkeiten gibt und die oftmals weitab der Siedlungszentren liegen. Für neu Ankommende ist es schwierig, sich der pessimistischen Grundstimmung und latenten Aggression zu entziehen, die sich bei den Langzeitbewohner:innen einstellt. In dieser Situation können auch kleinere Meinungsverschiedenheiten rasch in größere Auseinandersetzungen und Handgreiflichkeiten ausarten, wie es die ehrenamtlichen Mitarbeiter:innen einer Rostocker Hilfsorganisation reflektieren:

> Also ich glaube, das Hauptproblem ist diese Isolation. Also dass die Leute de facto in Gefängnisse gesteckt werden. Wir haben das mit Horst in Mecklenburg-Vorpommern. Was offiziell kein Ankerzentrum ist, aber eigentlich alle Merkmale erfüllt. Das ist halt irgendwo in der Provinz. Die Leute zahlen, glaube ich, fünf Euro für den Bus, damit die in die nächste Stadt kommen. Kriegen, ich weiß nicht, 130 Euro im Monat. Haben da furchtbares Essen. Haben furchtbare Betreuung. Es gibt mittlerweile nicht mal mehr einen Arzt. Es gibt dann Probleme. Also so Knastprobleme halt! Da gibt's dann Kriminalität, die aufkommt. Da gibt's auch Drogenprobleme. Also da gibt's Leute, die sind halt seit über einem Jahr da. Die sind seit anderthalb Jahren da und keine Arbeit. Keine Schule. Kein gar nichts! Und eigentlich auch totale Perspektivlosigkeit.[17]

16 Interview mit Farah El Mazyr* (Pseudonym), 38 Jahre, aus Libanon, Mai 2019.

17 Interview mit Rüdiger Keil* und Nora Sonntag* (Pseudonyme) von einer ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe-Organisation in Rostock, September 2018.

In vielen Bundesländern haben unabhängige Rechtsberatungsinitiativen, die die Asylsuchenden auf das Asylverfahren vorbereiten, keinen Zutritt zu den Erstaufnahmeeinrichtungen. Dementsprechend schlecht sind die Asylsuchenden dann auf das Verfahren vorbereitet, so der Mitarbeiter einer ehrenamtlichen Rechtsberatung für Geflüchtete:

> Und das ist oftmals das Problem: dass die Leute wirklich Fluchtgründe haben, aber die nicht so darlegen können, wie es eigentlich sein sollte. Aus Aufgeregtheit oder einfach, weil die Situation ungewohnt ist. Ich meine, die kennen ja oftmals nicht so diese, diese kühle Atmosphäre in so einer deutschen Amtsstube. Das ist ihnen auch sehr unangenehm. Da ist ja dieser PC, der steht direkt vor dem Entscheider, also man sieht den eigentlich gar nicht. Und dann spricht der in dieses Mikrofon rein und es ist eine sehr unangenehme Atmosphäre während des Interviews. Und das ist für die Flüchtlinge natürlich sehr unschön dann. Und wenn man dann vorher schon mal alles drei-, viermal durchspricht, dann sind die bisschen weniger aufgeregt und das hilft schon sehr.[18]

Der »Lageralltag« ist geprägt von Warten und Langeweile. Solange das Asylverfahren nicht abgeschlossen ist, gibt es wenig zu tun:

> Im Zimmer sitzen, die jungen Männer spielen Karten und suchen Zigaretten. […] Man kann rausgehen, aber man muss nachts wieder heimkommen. […] Manchmal kommen Leute, deutsche Leute, die Musik spielen oder mit uns Fußball spielen oder uns Klamotten bringen oder sonstige Aktivitäten. (Zarif Abdullah*, 29, aus Syrien, Mai 2019)

> Nur essen, spazieren dort und schlafen. Lange. Normal eigentlich, kann ich sagen. Was war dort noch? Immer war so: Frühstück, Mittagessen, Abendessen, Spazieren. (Teona Metreveli*, 31, aus Georgien, April 2019)

> Also ich war die ganze Zeit in meinem Zimmer, ich war schwanger, meine Tochter war in meinem Bauch. Ich habe nur gegessen, getrunken und geschlafen. Ich habe nichts anderes gemacht. (Basima Ahmed*, 24, aus Syrien, Oktober 2018)

> Wir haben einfach gegessen und geschlafen. Wir haben nachgefragt, wie es weitergeht. Wir haben einfach keine Antwort bekommen. (Esat Al Jassim*, 37, aus Syrien, April 2019)

Zugleich sind alle Lagerinsass:innen extrem angespannt, da sie auf den Ausgang des Verfahrens warten: Mariam Daulat* erinnert sich an die Zeit in der Erstaufnahme in Kassel, wo sie mit ihrem Mann und den Kindern zwei Monate verbrachte:

> Unsere Kinder waren auch klein. Die sind nicht zur Schule gegangen oder sonst wo hin und wir waren alle nur im Heim. Ich habe mir sehr große Sorgen gemacht, wie es mit uns weitergehen wird, wie lange wir dableiben und die ganze Ungewissheit.[19]

---

18 Interview mit Hannes Korte* (Pseudonym) von einer ehrenamtlichen Rechtsberatung für Geflüchtete in Rostock, September 2018.

19 Interview mit Mariam Daulat* (Pseudonym), aus Afghanistan, Februar 2019.

Sarah Meier*, Mitarbeiterin eines sozialen Trägervereins, der eine Gemeinschaftsunterkunft in Rostock betreibt, reflektiert die Schwierigkeit der Familienväter während dieser Phase, mit dem Verlust der Rolle des Ernährers und Familienoberhauptes zurecht zu kommen:

> Oft auch die Hilflosigkeit und Nutzlosigkeit. Kommt als Familie her. Zu der Zeit viele aus dem arabisch geprägten Raum. Man ist jetzt als Mann oder Vater dort ganz lange der Ernährer gewesen. Und ist jetzt…. Man kann gar nichts mehr machen. Man sitzt nur noch rum.[20]

Viele versuchen dennoch, dieser Zeit eine Struktur zu geben, um sich damit selbst zu aktivieren, z.B. indem sie Hilfsarbeiten auf dem Gelände der Erstaufnahmeeinrichtung verrichten oder mit Hilfe von Youtube-Videos Deutsch lernen. Je länger die Phase des Wartens jedoch andauert, desto schwieriger wird es, sich der allgemeinen Frustration zu entziehen.

Kinder und Jugendliche in den Erstaufnahmeeinrichtungen haben vielfach keinen Zugang zu Bildungsangeboten. In den meisten Bundesländern wird die allgemeine Schulpflicht formal erst mit der kommunalen Verteilung begründet, so dass vor allem Kinder und Jugendliche aus so genannten sicheren Herkunftsländern, die zeitlich unbegrenzt zum Aufenthalt in der Erstaufnahmeeinrichtung verpflichtet werden können, vom regelhaften Schulbesuch ausgeschlossen werden (Deutsches Institut für Menschenrechte 2022, Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V. 2017). Diese Praxis verstößt gegen die UN-Kinderrechtskonvention, nach der jedes Kind, unabhängig von seinem Aufenthaltsstatus, Zugang zu Bildung und Schulunterricht erhalten soll. Zudem verlängern sich dadurch die fluchtbedingten Einschnitte in die Bildungsbiographien, die die Kinder ohnehin bereits erleben, bevor sie in Deutschland ankommen.

3.3.3 Aufnahme in den Kommunen

Wie wir bereits gesehen haben, stellt sich der Prozess des Ankommens als eine Serie von Ereignissen und Ortswechseln dar, die die Geflüchteten relativ passiv über sich ergehen lassen müssen und deren Dauer ungewiss ist. Dementsprechend markiert der Umzug in eine eigene Wohnung einen bedeutenden Schritt der Wiedererlangung von Handlungsautonomie. Die eigene Wohnung bedeutet Sicherheit und Geborgenheit und sie signalisiert, dass es nun an der Zeit ist, sich mit der Umgebung vertraut zu machen, soziale Beziehungen aufzubauen und Pläne für das Weiterleben nach der Flucht umzusetzen. Doch dem geht oft eine lange Episode von kollektiven Unterbringungsformen voraus. Nach dem Aufenthalt in einer Erstaufnahmeeinrichtung, während dem üblicherweise der Asylantrag gestellt wird, erfolgt die Weiterverteilung auf die Kommunen, wo die Asylsuchenden während der Dauer des Asylverfahrens untergebracht werden – häufig

20 Interview mit Sarah Meier* und Ronald Dietert* (Pseudonyme), Mitarbeiter:innen eines sozialen Trägervereins, der eine Gemeinschaftsunterkunft für Geflüchtete in Rostock betreibt, Februar 2022.

wiederum in Form einer kollektiven Unterbringung. Dennoch werden hier bereits erste Verbesserungen der Lebenssituation spürbar. Die strengen Eingangskontrollen, die in der Erstaufnahmeeinrichtung üblich sind, sind in der Gemeinschaftsunterkunft aufgehoben, die Unterbringung erlaubt etwas mehr Privatsphäre, und die Anwesenheit von Flüchtlingssozialarbeiter:innen und ehrenamtlichen Helfer:innen ermöglicht es den Geflüchteten, eine erste Orientierung in ihrer neuen Lebenssituation zu bekommen. Sarah Meier*, die in einer Rostocker Gemeinschaftseinrichtung tätig ist, erlebt diesen Moment der Ankunft sehr bewusst:

> Ich fand ziemlich besonders, dass wir das erste Gesicht sind, was jemand sieht, nachdem er aus der Erstaufnahmeeinrichtung entlassen wurde. […] Man merkt, dass Leute aus überfüllten Erstaufnahmeeinrichtungen zu uns kommen. Die sind frustriert, haben teilweise zwei, zweieinhalb, drei Jahre in so einem Lager gesessen. Dann kommen sie zu uns und es baut sich so eine Spannung ab. Wenn man irgendwie die ersten freundlichen Worte miteinander gesprochen hat und sie zu ihrem Zimmer begleitet. […] Und die Möglichkeit dieses willkommen zu heißen, das habe ich ziemlich schnell als etwas ziemlich Besonderes empfunden in unserer Arbeit.[21]

In vielen Kommunen wird im Jahr 2015 die Gemeinschaftsunterkunft als Übergangsform konzipiert, während der beide – die Kommune und die Geflüchteten – sich aufeinander einstellen können. Danach versuchen viele Kommunen, die Geflüchteten dezentral – d.h. in individuellen Wohnungen – unterzubringen. Eine Mitarbeiterin im Landkreis Leipzig betont: »Bei uns ist der Weg immer erst in die Gemeinschaftsunterkünfte. Da ist immer so der Gedanke dahinter, erstmal hier ankommen, gucken wie funktioniert alles, und das kann man einfach besser gewährleisten erstmal in dieser Gemeinschaftsunterkunft.«[22] Bei einem Betreuungsschlüssel von 1:150 sei so sichergestellt, dass entsprechende Bedarfe erkannt und aufgegriffen werden können. Alle ein bis zwei Wochen werden dem Landkreis im Jahr 2015 neue Geflüchtete zugewiesen. Bei ihrer Ankunft im Heim sind die Sozialarbeiter:innen »idealerweise […] vor Ort, dass sie gleich mal gucken können, wo Handlungsbedarf ist oder wer Hilfe braucht.« Dabei kämpfen die kommunalen Behörden nicht nur mit der raschen Abfolge an Zuweisungen, sondern auch mit den spärlichen Informationen über die Unterzubringenden, die sie den sog. Transportlisten der Erstaufnahmeeinrichtungen entnehmen können:

> Diese Transportlisten beinhalten dann genau, wer wo hingeht in welches Heim. Die kriegen wir eine Woche, maximal zwei Wochen, bevor die Flüchtlinge kommen. Daraus geht hervor: das Geschlecht, das Geburtsdatum, man erkennt, wer zusammengehört, und die Nationalität. Menschen mit Behinderungen ist nicht erkennbar, auch keine Konfession oder irgendetwas in der Richtung. Das wissen wir gar nicht. Deswegen hatten wir auch schon solche Geschichten, dass jemand hier mit dem Rollstuhl ankam und wir natürlich einen Platz in einem Heim zur Verfügung gestellt hatten, der nicht

21 Interview mit Sarah Meier* und Ronald Dietert* (Pseudonyme), Mitarbeiter:innen eines sozialen Trägervereins, der eine Gemeinschaftsunterkunft für Geflüchtete in Rostock betreibt, Februar 2022.

22 Interview mit einer Mitarbeiterin im Sozialdezernat des Landkreises Leipzig, Mai 2015.

> barrierefrei ist. Oder genauso, dass hochschwangere Frauen hier angekommen sind, eine Woche vor dem Entbindungstermin. Also alles solche Sachen erfahren wir nicht. Also das ist ganz schön nachlässig. (Ebd.)

In der Dynamik der Jahre 2015/16 versuchen viele Kommunen, möglichst viele Geflüchtete nach dem anfänglichen Aufenthalt in der Gemeinschaftsunterkunft in Wohnungen unterzubringen, um Platz für Neuzugänge zu schaffen. Im Landkreis Leipzig beispielsweise, der ohnehin einen Ansatz der dezentralen Unterbringung verfolgte und in dem überdies viele Gemeinden über kommunalen Wohnraum verfügen, war im Jahr 2015 die Maßgabe, Familien innerhalb eines Monats in einer Wohnung unterzubringen, und Alleinstehende nach drei Monaten. Im sachsen-anhaltinischen Dessau-Roßlau setzte man gar ausschließlich auf dezentrale Unterbringungsformen. Da die Kommune über einen großen kommunalen Wohnungsbestand verfügt, der zudem massiv von Leerstand betroffen ist, brachte man die Asylsuchenden von Anfang an in Wohnungen der kommunalen Wohnungsbaugesellschaften unter. Kleinere Gemeinden, die in der Regel nicht über entsprechende Bestände verfügen, hatten es bedeutend schwerer, Wohnungen für die Geflüchteten zu finden. Oft waren nur noch »Restbestände« verfügbar, d.h. schwer vermietbare Immobilien, die sich häufig auch in einem äußerst renovierungsbedürften Zustand befanden. Sehr oft kamen wir zu Hausbesuchen bei unseren geflüchteten Interviewpartner:innen in heruntergekommene Gebäude mit gammelnden, modrig riechenden Treppenhäusern. Viele der spartanisch eingerichteten Wohnungen waren viel zu klein, gemessen an der Anzahl ihrer Bewohner:innen. Häufig saßen wir zu den Interviews dann auf dem Boden, weil es nicht genügend Sitzgelegenheiten für zusätzliche Personen gab. Schlimmer aber empfanden wir die baulichen Mängel in manchen Wohnungen, bis hin zu massivem Schimmelbefall. Manche private Immobilienbesitzer:innen, so kann man angesichts dieser Erfahrungen resümieren, haben sich durch die Verpachtung ihrer »Schrottimmobilien« an die Kommunen massiv bereichert.

Inwieweit Geflüchtete aus der Gemeinschaftseinrichtung heraus in eine eigene Wohnung umziehen können, hängt von verschiedenen Faktoren ab: von der familiären Situation, da bevorzugt Familien in Wohnungen einquartiert werden und Alleinstehende vielfach länger warten müssen; vom Stand des Asylverfahrens, bei dem Menschen mit ungeklärtem Aufenthaltsstatus oder einer Duldung der Auszug aus der Gemeinschaftsunterkunft vielerorts verwehrt wird; oder schlicht von den Kapazitäten des Wohnungsmarktes vor Ort, auf dem Geflüchtete ohnehin strukturell benachteiligt sind. Daten der IAB-BAMF-SOEP Studie, einer Längsschnittstudie unter Geflüchteten, zeigten für das Beobachtungsjahr 2016, dass ein Drittel der seit 2013 eingereisten Geflüchteten zum Zeitpunkt der Befragung noch in einer Gemeinschaftsunterkunft lebte. Der Anteil kollektiver Unterbringungsformen variierte erheblich je nach Bundesland. Insbesondere in den Stadtstaaten Berlin und Hamburg lebte 2016 die Mehrzahl der Geflüchteten auch nach der Flüchtlingsanerkennung in einer Gemeinschaftsunterkunft, weil sie auf dem freien Wohnungsmarkt keine Wohnung fanden (Baier/Siegert 2018). Die Tragweite dieser Situation zeigt die Wohnungslosenstatistik, die vom Jahr 2015 auf das Jahr 2016 eine Verdopplung der Betroffenen dokumentiert. Im Jahr 2018 waren 441.000 der insgesamt 678.000 Wohnungslosen Geflüchtete, die entweder als sogenannte ›Overstayer‹

weiterhin in einer Gemeinschaftsunterkunft für Asylsuchende oder in einer Unterkunft für Obdachlose wohnten (Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V. 2019).

Ein längerfristiger Aufenthalt in einer Gemeinschaftsunterkunft ist für alle Betroffenen eine anstrengende und bedrückende Lebenserfahrung, besonders aber für Kinder und Jugendliche. Unter dem bezeichnenden Titel »Das ist nicht das Leben« hat eine Studie des Deutschen Komitee für UNICEF und des Deutschen Instituts für Menschenrechte (2023) Perspektiven von Kindern und Jugendlichen in Unterkünften für Geflüchtete gesammelt. Die Kinder kritisieren vor allem den Mangel an Privatsphäre und Rückzugsmöglichkeiten. Teils müssen Familien ihr Zimmer mit fremden Menschen teilen oder werden voneinander getrennt untergebracht (vgl. Textbox 3.3). Die Kinder beklagen schlechte hygienische Bedingungen, die teilweise Unmöglichkeit, eigene Speisen zuzubereiten, sowie fehlende Freizeit- und Spielgelegenheiten. Durch die periphere Lage vieler Unterkünfte haben sie häufig kaum die Möglichkeit, Freizeitaktivitäten außerhalb der Unterkunft selbständig aufzusuchen. Das Erleben von Abschiebungen aus den Unterkünften und Aggressionen unter den Bewohner:innen, die Polizeieinsätze erforderlich machen, verstärken das Gefühl der Unsicherheit. In den Interviews äußern sie den sehnlichen Wunsch nach einem Zuhause für die Familie, in dem sie in Ruhe ihr eigenes Leben führen können. Der Bericht zeigt sehr deutlich, »dass Unterkünfte für geflüchtete Menschen keine Orte sind, die ein kindgerechtes Aufwachsen ermöglichen« (UNICEF Deutschland/Deutsches Institut für Menschenrechte 2023: 39). Ein monate- oder teils jahrelanger Verbleib in Gemeinschaftsunterkünften ist daher aus kinderrechtlicher Perspektive höchst problematisch.

Textbox 3.3: Erfahrungen von Kindern und Jugendlichen in Gemeinschaftsunterkünften in Deutschland

> Also, ich musste dann mit einer Familie zusammen in einem Zimmer wohnen, in dem eine Frau und zwei Kinder waren. Und meine Mutter musste mit einer Familie in einem Zimmer leben, in dem ein Mann, seine Frau und ein kleines Kind waren. [Für] mindestens drei Monate. Wir haben gleich von Anfang an gesagt, dass es nicht richtig ist, dass wir getrennt sind. Wir haben immer wieder nachgefragt, warum das so sein muss. Das ist doch nicht richtig. (Mädchen, 16 Jahre)
>
> Die Jugendlichen in meinem Alter sollten schon Privatsphäre […] haben. […]. Die ist halt hier nicht gegeben, hier bei den Duschen. Wenn du duschst, dann kommt jemand anderes neben dich und duscht auch. Das ist schon so. Und du trocknest dich ab und alles, und dann macht jemand die Tür auf und sagt: »Ja, hallo!« (Mädchen, 15 Jahre)
>
> Der Wald um die Unterkunft herum ist dunkel und gruselig. Da liegen Scherben rum, und da stehen kaputte und leere Baracken. Das macht Angst. (Junge, 9 Jahre)
>
> Ich habe manchmal diese mentalen Breakdowns, indem ich halt manchmal denke: Wird jetzt alles gut gehen? […] Werde ich überhaupt in Deutschland

> bleiben können? Was wird passieren? Werde ich weggeschickt? […] Es fühlt sich schon anders an, wenn man keinen Standort hat. (Mädchen, 15 Jahre)

3.3.4 »Das Leben ist in einer langen Pause«

> Alles ist abhängig von dieser Entscheidung. Die Arbeit, der Familiennachzug, das Studium, einen Sprachkurs belegen zu können, Integration, alles. Alles ist abhängig von der Aufenthaltserlaubnis. Wenn jemand keine Aufenthaltserlaubnis bekommt, hat er in Deutschland kein Leben. Er hat kein Recht auf gar nichts. Sein Leben ist in einer langen Pause. Er kann gar nichts machen, er kann nur essen, trinken, schlafen, essen, trinken, schlafen, ohne Ende, ohne Hoffnung auf ein besseres Leben.
> *Moses Amadu*, Heimleiter einer Gemeinschaftsunterkunft für Asylsuchende, Juli 2015*

Viele der von uns in den Jahren 2018–2022 interviewten Geflüchteten leben Jahre nach ihrer Ankunft in Deutschland immer noch in einer Gemeinschaftsunterkunft. Der Hauptgrund sind abgelehnte oder sich hinziehende Asylverfahren, von denen beispielsweise Menschen aus dem Iran häufig betroffen sind. Sie alle hadern mit dem Gefühl der Liminalität, d.h. dem biographischen Schwebezustand, der sie in dieser Lebenssituation befällt, wobei örtliche und zeitliche Komponenten zusammentreffen: die Unklarheit über den Ausgang des Verfahrens ist gepaart mit der Strukturlosigkeit des Alltags, da ihnen aufgrund ihres unklaren Asylstatus vielfach der Zugang zu Bildungs- oder Arbeitsmöglichkeiten verwehrt bleibt. Hinzu kommt die fehlende Privatsphäre und die häufig wenig einladende Umgebung sowie die allgemeine Frustration und Hoffnungslosigkeit, die sich unter den Bewohner:innen der Gemeinschaftsunterkunft breit macht. Nach und nach bilden sich Verhaltensmuster heraus, die Erving Goffman (1973) als »Insassenkultur« bezeichnet: Es stellt sich ein Klima der allgemeinen Lethargie ein, verbunden mit latenten Aggressionen, die innerhalb der meist heterogen zusammengesetzten Zwangsgemeinschaft rasch in handfeste Konflikte ausarten können. Dann fährt die Polizei vor der Unterkunft vor, was viele Insassen traumatisiert und die Unterkunft und ihre Bewohner:innen in den Augen der Anrainer:innen stigmatisiert.

Omar Rahimi* aus Afghanistan, der inzwischen in Rostock als Bauingenieur arbeitet und eine Migrantenselbstorganisation für Geflüchtete initiiert hat, erinnert sich an seine damalige Gefühlslage:

> Und dann am Ende ich habe nichts zu tun. Ich kann nicht schlafen. Die ganze Nacht spiele ich am Handy oder gucke Quatsch oder beschäftige mich mit sinnlosen Dingen. Dann bin ich müde und schlafe bis zwölf Uhr oder 13 Uhr. Mein Frühstück fängt mit dem Mittag an. Dann dusche ich und esse nochmal was. Ich gehe kurz raus. Wenn ich draußen spazieren gehe, verstehe ich nichts. Und ich kann nichts machen. Ein bisschen spazieren und dann bin ich wieder müde oder traurig. Dann komme ich zurück.[23]

23 Interview mit Omar Rahimi* (Pseudonym), Anfang 30, aus Afghanistan, Juni 2022.

Ähnlich Omid Ahmadi* aus dem Iran, der die ersten Monate des Asylverfahrens in einem umgewidmeten Kurhotel im südlichen Niedersachsen verbringt. Zum Zeitpunkt des Interviews spricht er noch wenig Deutsch, und wir haben keine Übersetzer dabei. Dennoch möchte er über seine Lebenssituation sprechen. Selbst in seinem gebrochenen Deutsch wird die Monotonie des Alltags während dieser Wartephase begreifbar: »Wir nur oben schlafen, unten essen, raus rauchen. […] Du immer bewegen in diese Hotel, kannst Du nicht so weit weggehen und so, und Du hast keine Kontakte. Und oben, unten, schlafen, oben, unten, schlafen und man kann gar nichts machen.«[24] Zugleich zeigt uns diese Begegnung, wie schwierig es für die Geflüchteten sein muss, in dieser frühen Phase nach der Ankunft, ohne Sprachkenntnisse und ohne Dolmetscher, überhaupt auf Probleme aufmerksam zu machen oder sich Gehör für ihre Bedürfnisse zu verschaffen.

Die Iranerin Hamideh Asadi*, die im Jahr 2014 in Chemnitz auf den Ausgang ihres Asylverfahrens wartet, vergleicht die Gemeinschaftsunterkunft mit einem extraterritorialen Gebiet, da das Leben der Insassen vollkommen abgekoppelt sei vom Alltagsleben ›draußen‹. Um sich dieser Gefühlslage zu entziehen, verbringt sie große Teile des Tages außerhalb des Heims und sucht sich Aufenthaltsorte im öffentlichen Raum. Oft setzt sie sich in die Stadtbibliothek, wo sie sich zumindest sozialräumlich an den lokalen Alltag angekoppelt fühlt. Diese Empfindung erstirbt jedoch unmittelbar beim Betreten der Gemeinschaftsunterkunft: »Wenn ich zurück ins Heim komme, ist das, als würde ich eine Grenze überschreiten. Dort draußen ist Chemnitz und Deutschland, aber hier drinnen ist Niemandsland.« Im subjektiven Empfinden der Asylsuchenden treffen also im Asylbewerberheim die Liminalität des Ortes mit der zeitlichen Liminalität zusammen, die das Warten auf die Asylentscheidung mit sich bringt: »Es ist, als seiest Du tot und erwachst erst wieder zum Leben, wenn Du Deine Asylentscheidung hast.«[25] In dieser Zeit sind keine Zukunftsvisionen möglich, und jedwede Aktivität erscheint sinnlos, da sie nicht an eine konkrete Zukunftserwartung gekoppelt werden kann.

Bei der Frage, wer auf welcher Grundlage bereits während des laufenden Asylverfahrens aus der Gemeinschaftseinrichtung in eine eigene Wohnung übersiedeln darf, gibt es Ermessensspielräume, die von den kommunalen Ausländerbehörden durchaus unterschiedlich genutzt werden. Viele der von uns interviewten Geflüchteten hadern mit diesen für sie nicht nachvollziehbaren Entscheidungen. Insbesondere die als bevorzugt empfundene Behandlung der ukrainischen Geflüchteten im Jahr 2022, für die meist sehr rasch Wohnungen gefunden wurden, sorgt für Unmut. Dabei argumentieren die Geflüchteten nicht auf der Basis des Asyl- oder Aufenthaltsrechts, welches für ukrainische Geflüchtete weniger Restriktionen vorsieht als für Menschen im Asylverfahren, sondern ausschließlich aus lebensweltlicher Perspektive. Die Iranerin Imsha Hosseini*, die seit vier Jahren mit ihrem Mann und ihrem inzwischen zehnjährigen Sohn in der Gemeinschaftsunterkunft einer norddeutschen Stadt lebt, beklagt sich während des Interviews über die empfundene Ungleichbehandlung. Vor kurzem hat sie ein Baby geboren und erinnert an die beschwerliche Schwangerschaft in einer Umgebung, die kaum Privatsphäre

24 Interview mit Omid Ahmadi* (Pseudonym) aus dem Iran, Januar 2019.

25 Protokoll eines Gesprächs mit Hamideh Asadi* (Pseudonym) während einer Seminarveranstaltung an der TU Chemnitz, Juni 2014.

ermöglichte und nicht den hygienischen Ansprüchen von Schwangeren und Neugeborenen genügte:

> Als die ukrainischen Menschen nach [*Ortsname*] kamen, waren sie ungefähr zehn Tage in [*der Gemeinschaftsunterkunft*] und hier war alles voll. Und nach zehn Tagen, sie sind in ein Hotel in [*Ortsname*] umgezogen. Das Sozialamt hat gesagt, hier ist es sehr schmutzig und sie konnten nicht hier leben. Und ich habe gesagt: »Ich bin schon seit vier Jahre hier!« Ja. Und ich war schwanger. Und ich hatte sehr viel Problem mit Diabetes, mit Infektion und so weiter und ich bin dreimal im Krankenhaus gewesen. Es ging mir nicht so gut. Aber sie hatten es nicht akzeptiert, dass wir eine Wohnung bekommen. Und jetzt ist es für ukrainische Menschen hier schmutzig und nicht gut zum Wohnen. Das ist Unrecht.[26]

Im Laufe des Jahres 2022 erreichen rund eine Million ukrainische Kriegsvertriebene die Bundesrepublik und suchen Quartier. Durch die Aktivierung einer europäischen Direktive, die den Kriegsvertriebenen unbürokratisch temporären Schutz gewährt – die sog. Temporary Protection Directive, zu Deutsch meist Massenzustromrichtlinie genannt – müssen diese Menschen keinen Asylantrag stellen und nicht in den Erstaufnahmeeinrichtungen der Bundesländer leben. Doch eine Wohnung benötigen sie trotzdem. Ein erheblicher Teil wird anfangs von Privatleuten aufgenommen – entweder in der eigenen Wohnung oder in freistehenden Zweit- und Ferienwohnungen. Doch das reicht nicht. Es werden Hotels und andere Arten von Herbergen angemietet, und zunehmend werden Ukrainer:innen auch in Not- und Gruppenunterkünfte eingewiesen. Teils werden dafür die bisherigen Bewohner:innen der Notunterkünfte umquartiert. In einer unserer Untersuchungsgemeinden stellen die ehrenamtlichen Helfer:innen eines Morgens fest, dass die Geflüchteten aus Afghanistan, Iran, Eritrea, um die sich seit Jahren kümmern, über Nacht aus der örtlichen Gemeinschaftsunterkunft ausziehen mussten, um Platz für ukrainische Geflüchtete zu schaffen. Ähnliches, nur unter umgekehrten Vorzeichen, ist im Laufe der Jahre 2017/18 passiert, als die Asylantragszahlen stark rückläufig waren und weniger Asylsuchende an die Kommunen verwiesen wurden. Aus ökonomischer Räson wurden damals viele Gemeinschaftsunterkünfte aufgelöst und die dort lebenden Geflüchteten in andere Unterkünfte verlegt – ohne Rücksicht auf bereits aufgebaute Bindungen vor Ort. In der Konsequenz mussten Kinder die Schule wechseln, Jugendliche und Erwachsene erreichten plötzlich ihren Arbeits- oder Ausbildungsplatz nicht mehr. Viele Ehrenamtliche zeigten sich empört über diese Entscheidungen, die auch über ihren Kopf hinweg getroffen wurden. In einem der von uns untersuchten Beispiele nahmen Ehrenamtliche schlussendlich zwei junge Geflüchtete im eigenen Haus auf, damit sie trotz der Schließung ihrer Gemeinschaftsunterkunft am Ort bleiben konnten und ihre bisherigen Integrationswege nicht abgeschnitten wurden (Sächsische Zeitung 24.05.2018).

An diesen Beispielen zeigt sich ein weiterer Aspekt von Liminalität, nämlich die fehlende Entscheidungsautonomie über zentrale Lebensbereiche. Die Geflüchteten werden

26 Interview mit Imsha Hosseini* (Pseudonym) aus dem Iran, Juni 2022.

in einen Wartezustand versetzt, dessen Dauer sie nicht ermessen können. Erst die Asylentscheidung und die Verleihung eines Aufenthaltstitels gibt wieder eine (mehr oder weniger) sichere Basis, auf der sich das Leben fortsetzen lässt.

3.4 Rückblende: Ankommen in Oberfranken

Mai 2015: In das seit Jahren leerstehende ehemalige Altenheim gegenüber dem Haus meiner Eltern sind jetzt Geflüchtete eingezogen. Das Gebäude wird als Außenstelle der Erstaufnahmeeinrichtung Zirndorf betrieben. Durch die innere Gliederung in kleine Apartments, jedes mit Bad und Kochecke, ist es sehr geeignet für Familien. So sieht man nun viele Kinder auf dem Gehweg vor dem Gebäude, die mit Fahrrädern und Rollern spielen. Ihr Lachen und Rufen erzeugt eine ganz andere Geräuschkulisse als früher, als meist ein dementer alter Mann im Rollstuhl vor dem Haus saß und unartikulierte Laute von sich gab. Den neuen Heimbewohner:innen begegnet die Nachbarschaft wie bereits den früheren: mit einer Mischung aus Gelassenheit und Gleichgültigkeit, jedenfalls keiner offenen Skepsis. Die Kirchengemeinde ist aktiv in der Betreuung der Geflüchteten, und vor allem mit den Kindern werden regelmäßig Aktivitäten unternommen. Auch zu Sammlungen für die Geflüchteten wurde aufgerufen, denn sie sind ja nur mit dem Nötigsten angekommen.

Meine Mutter streift durchs Haus und sucht in ihrem überzähligen Geschirr und Besteck, um ein ›Startpaket‹ für einen Geflüchtetenhaushalt zusammenzustellen. »Ich kann mich noch so gut erinnern«, beginnt sie zu erzählen,

> wie das war, als wir in [*Ortsname*] angekommen sind. Wir hatten ja gar nichts, jeder nur ein kleines Töpfchen, aus dem wurde gegessen und getrunken. Eines Tages kam eine Nachbarin und brachte zwei Gläser vorbei. Wie hat sich mein Vater gefreut: Endlich wieder aus einem richtigen Glas trinken!

Sie erlebt die Ankunft der Geflüchteten des Jahres 2015 als Spiegel ihrer eigenen Geschichte. Die Anlässe für Flucht und Vertreibung, die Herkunftsländer und religiös-kulturellen Ausrichtungen mögen zwar unterschiedlich sein, doch mehr als die Unterschiede spürt meine Mutter die Ähnlichkeiten mit den angekommenen Familien. Nur dass sie diesmal auf der anderen Seite steht.

Im Frühsommer 1946 ist ihre Familie Teil der über zwölf Millionen Flüchtenden und Heimatvertriebenen, die im Nachkriegsdeutschland ankommen – meist mit nicht viel mehr als einem kleinen Bündel in der Hand. Sie sind gezeichnet von Krieg und Flucht, was jedoch in der damals kollektiv am Nullpunkt stehenden Bevölkerung wenig Anteilnahme hervorrief. Mein Großvater hat mehrere Lungensteckschüsse, die ihm das Atmen erschweren. Meine Großmutter ist zutiefst traumatisiert. Meine Mutter und ihre Schwester sind Kinder. Schon allein für sie muss der Neuanfang gelingen. Einfach war das nicht, reflektiert meine Mutter: »Dann anzukommen, mit zwei Kindern, einem lädierten Körper, einer Frau, die völlig fertig ist durch Krieg, und neu anfangen müssen, mit nichts in der Hand…«

Die Unterbringung dieser Menschen war eine Mammutaufgabe, zumal zum Kriegsende ein Großteil des Wohnungsbestandes zerstört war und neben den Vertriebenen auch eine erhebliche Anzahl von Evakuierten und *Displaced Persons*[27] mit Wohnraum versorgt werden mussten (Jähner 2019). In allen Besatzungszonen wurden unter Aufsicht der Alliierten Kommissionen gegründet, die die Verteilung der Geflüchteten organisieren sollten. Die stark kriegszerstörten und überfüllten Städte sollten möglichst ausgespart werden; stattdessen sollten die Menschen in den ländlichen Regionen angesiedelt werden (ebd.: 94). Doch auch dort gab es kaum verfügbaren Wohnraum, von Bildungs- und Arbeitsmöglichkeiten ganz zu schweigen.

Drei Wochen reist meine Mutter mit ihren Eltern in einem verschlossenen Viehwaggon Richtung Deutschland, zusammen mit anderen Deutschen aus ihrer südmährischen Heimat. Schließlich kommen sie in Bayern an. Der Freistaat Bayern hatte bis Ende 1946 rund 1,9 Millionen Geflüchtete und Heimatvertriebene aufgenommen, überwiegend aus der Tschechoslowakei und aus Schlesien, so dass nun beinahe ein Viertel der Bevölkerung aus Geflüchteten oder Vertriebenen bestand. Nach der Erstversorgung im Grenzdurchgangslager wurden sie vorwiegend in den ländlichen Regionen des Freistaats verteilt, entweder durch Einquartierung in Privatgebäuden oder durch die Notunterbringung in (nur für den kurzfristigen Aufenthalt angedachten) Lagern. Insgesamt 1.381 Flüchtlingslager gab es 1946 in Bayern, in denen über 150.000 Menschen lebten (Ziegler 2011).

Im oberfränkischen Kulmbach beispielsweise diente nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs die über der Stadt thronende Plassenburg, eine im 12. Jahrhundert erbaute weitläufige Festungsanlage, als Massenunterkunft für ca. 1.000 Geflüchtete und Vertriebene. Der fränkische Historiker Peter Zeitler dokumentierte anhand historischer Akten und Zeitungsberichten das Elend in diesem Großlager, das geprägt war durch Nahrungsmittelknappheit, hygienische Mängel und fehlende Heizmittel, was den Gesundheitszustand der ohnehin durch die Flucht geschwächten Bewohner:innen weiter verschlechterte. Viele litten an Unterernährung und Rachitis, und es grassierten Krankheiten wie Tuberkulose, Keuchhusten und Krätze (Zeitler 1997: 384). Innerhalb des Lagers wurde auf getrennte Unterbringung nach Geschlecht und Familiensituation geachtet. Das Zusammenleben auf engstem Raum förderte Konflikte, und kleinste Reibungspunkte konnten »angesichts der ohnehin gereizten Atmosphäre blitzschnell in Gewalt umschlagen« (ebd.: 388). Um das Konfliktpotenzial zu mindern, gab es strikte Lagerordnungen zu Essenszeiten, Ruhezeiten, Ordnung und Sauberkeit. Viele Geflüchtete mussten lange Zeit in diesen eigentlich nur als Notunterkunft gedachten Lagern ausharren.

Doch auch die Einquartierung in private Wohnungen und Häuser war eine Herausforderung für beide Seiten. Die so genannten Flüchtlingskommissare, die nach freien Kapazitäten suchten und die die Einweisung auch gegen den Willen der Hausbewohner:innen bzw. -besitzer:innen verfügen konnten, waren in der Bevölkerung verhasst. Vor allem in den Landgemeinden gab es großen Widerstand gegen die Einquartierungen, teils mussten sie mit Polizeigewalt durchgesetzt werden. Meist waren die Geflüch-

27 Unter *Displaced Persons* verstand man nach dem Zweiten Weltkrieg Zivilpersonen, die sich außerhalb der Grenzen ihres Heimatstaates aufhielten. In Deutschland waren dies vielfach ehemalige Zwangsarbeiter:innen, Kriegsgefangene, ehemalige KZ-Häftlinge und Staatenlose (Jacobmeyer 1985).

teten ohne jegliche Möbelstücke angekommen und hatten auch keine Ressourcen, um Miete zu bezahlen. Die allgemeine Enge und der Mangel an Privatsphäre sowie die unterschiedlichen Lebens- und Ernährungsgewohnheiten boten ständig Konfliktstoff (Zeitler 1997: 373f., Ziegler 2011).

Die Familie meiner Mutter kam zunächst im Grenzdurchgangslager Bayreuth an. Von dort wurden sie weiter verteilt. Weil sie die letzten waren, die aus der südmährischen Heimat aufgebrochen waren, wurden ihre Dorfgemeinschaft nicht als Gruppe verteilt:

> Dann sind wir in Bayern angekommen, in Bayreuth, und in Bayreuth sind wir dann verteilt worden, da gab's schon immer so Verteilung, wer wie viel aufnehmen muss, und da kam halt jemand, so und so viel Räume, so und so viel Leute, das wird beschlagnahmt, da kommen Flüchtlinge rein.

Am 29. April 1946, dem neunten Geburtstag meiner Mutter, kommen sie in ihrer vorläufig neuen Heimat an, einem damals rund 1.000 Einwohner:innen zählenden fränkischen Städtchen in einer landschaftlich attraktiven aber klimatisch rauen Lage auf den Höhen des Frankenwald. Die Gemeinde war schon übervoll mit Vertriebenen aus anderen Regionen, daher wurden die meisten der Ankommenden auf die umliegenden Dörfer aufgeteilt. Nur drei Familien durften am Hauptort bleiben, darunter die Familie meiner Mutter, zu der neben Vater, Mutter und zwei Kindern noch eine Tante gehörte. Sie wurden in das Haus eines lokalen Industriellen eingewiesen, wo bereits zwei andere Vertriebenen-Haushalte untergebracht waren. Dort hatten sie zu fünft zwei Zimmer zur Verfügung.

Trotz der Überfülle an Geflüchteten und Vertriebenen waren viele am Ort zum Teilen bereit, und vor allem die lokalen Kirchengemeinden engagierten sich. Zu Weihnachten 1946 wurde beispielsweise eine Christbaumschmuck-Sammlung für die Vertriebenen veranstaltet. Jede Familie erhielt eine Schale mit Christbaumschmuck, so dass sie das Weihnachtsfest angemessen zelebrieren konnten. Bis zum Ende ihres Lebens hütete meine Mutter einige dieser Strohsterne wie einen besonderen Schatz.

Erklärtes Ziel der bayerischen Regierung war es, die Geflüchteten und Vertriebenen möglichst bald mit eigenem Wohnraum zu versorgen und die Lager aufzulösen. Dies war unter den Rahmenbedingungen der Nachkriegsjahre eine Mammutaufgabe. Der nordbayerische Regierungsbezirk Oberfranken, in dem die Familie meiner Mutter Aufnahme gefunden hatte, beherbergte im August 1946 über 270.000 Geflüchtete, Heimatvertriebene, Evakuierte und *Displaced Persons* – bei einer Gesamtbevölkerung von rund einer Million (Zeitler 1997: 364). Noch im November 1948 waren über ein Viertel der oberfränkischen Wohneinheiten mit besitzlosen Vertriebenen belegt, und auch die Lager gab es nach wie vor (ebd.: 364). Während die Geflüchteten zunächst eher symbolische Mietpreise für ihre Notquartiere bezahlen mussten, wurden sie nach der Währungsreform vom 20. Juni 1948 zunehmend mit erheblichen Mietforderungen oder Eigenbedarfskündigungen konfrontiert und auf diese Weise aus den Unterkünften herausgedrängt (ebd.: 402).

Überall in der Region begann nun der Wohnungsbau. Problematisch war dabei der Mangel an Baustoffen, welcher zudem vorrangig zur Behebung von Kriegsschäden zugeteilt wurde. Einige Vertriebene versuchten, sich selbst zu helfen, indem sie Gemeinnützige Wohn- und Siedlungsbaugenossenschaften gründeten, um den Aufbau konzertiert

anzugehen. Doch auch für dieses Vorhaben war der Mangel an Baustoffen eine besondere Schwierigkeit. Daher wurde auch auf unkonventionelle Methoden und Materialien zurückgegriffen, z.B. wurden im oberfränkischen Landkreis Stadtsteinach im Sommer 1946 mit Naturstein unterkellerte Lehmhäuser mit Strohdach errichtet (ebd.). Die Qualität dieser Häuser mochte zu wünschen übriglassen, doch für die Vertriebenen war damit ein großer Schritt in ein neues Leben geschafft.

3.5 Zwischenfazit

Dieses Kapitel hat gezeigt, dass das Ankommen von Geflüchteten, ebenso wie der Fluchtverlauf, als ein Prozess zu verstehen ist, der sich etappenweise vollzieht. Anders als während der Flucht fehlt Geflüchteten im Prozess des Ankommens die Handlungsautonomie. Während sie unterwegs mit vielen Entscheidungen konfrontiert sind und ihr Schicksal in die eigenen Hände nehmen, ist der Prozess des Ankommens geprägt von Passivität und Warten. Damit einher geht ein erhebliches Maß an Unsicherheit. Zwar sind existenzielle Gefahren, die vor und während der Flucht auftraten, zunächst gebannt, doch wie es weitergehen soll, das bleibt für lange Zeit unsicher. Diese Unsicherheit, gepaart mit mangelnder Handlungsautonomie und der fehlenden Privatsphäre in den Gemeinschaftsunterkünften, kann zermürben und krank machen. Studien zum Leben im Lager und während des Wartestadiums haben gezeigt, dass diese Phase erhebliche Gesundheitsrisiken mit sich bringt, die sich negativ auf den Prozess des Ankommens und der Integration auswirken können (vgl. Kohlenberger 2023). Zudem erschwert eine lange Wartephase während des Asylverfahrens den Zugang zum Arbeitsmarkt, und zwar nachhaltig, wie die Arbeitsmarktforscherinnen Yuliya Kosyakova und Hanna Brenzel 2020 herausgefunden haben: demnach verringert eine Verfahrensverlängerung von sechs Monaten die Wahrscheinlichkeit des Übergangs in die erste Erwerbstätigkeit um elf Prozent. Zugespitzt lässt sich sagen: je länger die Phase des Übergangs dauert, desto schwerer fällt der Neuanfang, und desto komplizierter gestalten sich Integrationswege in die aufnehmende Gesellschaft.

Kapitel 4 – Neu Anfangen

> Ganz neu anfangen. Das ist katastrophal für uns, wirklich. Ich wollte auch mein Heimatland nicht verlassen. Niemand möchte sein Heimatland verlassen, seine Familie. Ohne Gründe wählt man so etwas nicht freiwillig aus. Wirklich. Wir wurden einfach gezwungen. Ich war auch fertig mit meinem Studium, aber ich wollte noch weiter. Mein Ziel war mein Doktorat abzuschließen, also Doktorarbeit. Wir hatten auch zwei Geschäfte, Bekleidungsgeschäfte, meine Familie und ich. Wir hatten ein gutes Leben, vier Häuser. Wir haben jetzt nichts. Mein Haus, das wurde alles zerstört. Wir haben alles verloren. Deswegen das ist natürlich schwierig. Also mit 27 bin ich nach Deutschland angekommen und mit 27 musste ich dann meine Existenz von unter null aufbauen. Das ist natürlich mega schwierig von unter null. Null. Ganz neue Sprache von unter null, wirklich, wie ein Kind, das auf die Welt kommt und alles lernen muss.
> *Dayyan Mohamed*, 34 Jahre, aus Syrien*

4.1 Geschichten vom Neuanfangen

Nach der Flucht und der Ankunft in Deutschland stehen alle Geflüchteten vor der Herausforderung, sich ein neues Leben aufzubauen. Sie tun das unter sehr unterschiedlichen Rahmenbedingungen und sind mit vielen neuen Herausforderungen konfrontiert. Vor allem der Verlauf und Ausgang des Asylverfahrens ist zentral für den weiteren Lebensweg. Zudem spielen das Lebensalter, der Bildungsstand und die familiäre Konstellation eine Rolle dabei, welche Chancen sich auftun und wie Herausforderung etwa des Deutschlernens oder des Berufseinstiegs gemeistert werden können. Anhand dreier Ge-

schichten vom Neuanfangen lassen sich diese ineinander verwobenen Faktoren besser nachvollziehen.

4.1.1 Ramin Jafari* und Sahar Mahmoudi*: »Im Flüchtlingsleben kann man nicht heiraten«

April 2022: Das Interview mit Ramin Jafari und Sahar Mahmoudi*[1], einem jungen Paar aus dem Iran, führe ich in einem Begegnungszentrum im nordrhein-westfälischen Steinbergen*, wo die beiden seit drei Jahren leben. Ehrenamtliche betreiben hier ein Begegnungscafé und halten Deutschkurse ab. Vor dem Interview ergibt sich ein kurzer Dialog über eine anstehende Deutsch-Prüfung, die Ramin Jafari* ablegen will. Er hat sich selbst Deutsch beigebracht und plant, eine Externen-Prüfung für das Niveau B1 zu absolvieren. Im Gespräch überlegt er zusammen mit einer der Ehrenamtlichen, wie er die Gebühren für die Deutschprüfung aufbringen kann.*

Ramin Jafari* und Sahar Mahmoudi* kamen 2019 in Deutschland an. Über Zwischenstationen wurden sie in eine Landeserstaufnahmeeinrichtung im nordrhein-westfälischen Steinbergen* eingewiesen, in der sie insgesamt 18 Monate verbrachten. Diese Zeit beschreiben sie als schwierig, zumal die einsetzende Corona-Pandemie immer wieder zu Restriktionen führte:

> Die Situation war nicht gut. Essen, schlafen, alles, das Ganze war nicht gut. Finanzielle Probleme. Dann war die Corona-Zeit und wir hatten immer Quarantäne. In unserem Container waren ungefähr hundert Leute. Und wenn einer Corona hatte, mussten alle Bewohner in Quarantäne sein.

Ihr Asylantrag wurde abgelehnt. Zum Zeitpunkt unseres Interviews befinden sie sich im Widerspruchsverfahren, das sich – so haben sie bald erfahren – sehr lange hinziehen kann.

> Und du weißt, nach dem Interview bekommt man eine positive oder negative Antwort. Wenn sie positiv ist, dann hilft dir das Jobcenter, um eine Wohnung zu finden, bezahlt alles, gibt Dir eine Arbeit. Aber wenn du eine negative Antwort hast, hast du eine Woche Zeit für einen Protest mit dem Anwalt. Sie haben uns gesagt, ungefähr ein oder zwei Jahre warten. Dann sollen wir wieder mit dem Gericht sprechen. Und danach gucken, bekommst du eine positive oder eine negative Antwort.

Sahar Mahmoudi* erfährt aus Kontakten mit anderen Asylsuchenden, dass vor Ort sehr unterschiedlich mit Personen während des laufenden Asylverfahrens umgegangen wird. In einigen Städten müssen sie im ›Camp‹ bleiben und bekommen keine Arbeitserlaubnis und kein Sprachkursangebot, in anderen Städten schon: »Weil manche Städte akzeptieren alles. Eben eine gute Wohnung, Deutschkurs und alles. Aber manche Städte sagen Nein, wenn Sie einen negativen Bescheid haben, müssen Sie warten.« Ähnlich ergeht es ihnen: »Die Ausländerbehörde hat einen Brief geschickt, wo es heißt, Ihr habt keinen

1 Interview mit Ramin Jafari* und Sahar Mahmoudi* (Pseudonyme) aus dem Iran, April 2022.

Aufenthalt, Ihr dürft nicht Deutschkurs machen.« Sie fangen an, sich selbst Deutsch beizubringen, um anschließend eine Arbeitserlaubnis zu beantragen. »Ich habe gedacht, okay, wir lernen selber«, meint Sahar Mahmoudi*. »Wir haben selber Deutsch im Camp gelernt, Bücher gekauft und Internet.« Auch die Kontakte zu Deutschen, die sie über Ehrenamtliche und über ihre Kirchengemeinde haben, helfen ihnen, Deutschkenntnisse bis zum Niveau B1 zu erwerben. Damit beantragen sie eine Arbeitserlaubnis und erhalten sie auch. Ramin Jafari* ist in den sieben Jahren seit Gründung der Erstaufnahmeeinrichtung der erste, der aus dem ›Camp‹ heraus eine Arbeitserlaubnis bekommt, wie die Leiterin ihm staunend mitteilt. Nach 16 Monaten erhalten sie schließlich die Erlaubnis, aus dem ›Camp‹ in eine Wohnung umzuziehen. Die örtlichen Behörden können allerdings zunächst nur einen Platz im Obdachlosenheim anbieten. Schließlich kommen sie vorübergehend in einer Wohnung der Kirchengemeinde unter, in der sie seit zwei Jahren Mitglied sind, und in der sie sich auch ehrenamtlich engagieren. Nach einigen Monaten wird ihnen dann doch noch eine Wohnung zugewiesen, die sie selbst mit ihren bescheidenen Mitteln herrichteten.

Beide haben sehr konkrete Zukunftspläne für ihr Leben in Deutschland. Sie möchten heiraten, benötigen dafür aber zunächst gültige Aufenthaltspapiere, und sie wollen auch erst auf eigenen Beinen stehen, bevor sie eine Familie gründen, wie Ramin Jafari* betont: »Im Flüchtlingsleben kann man nicht heiraten, aber in der Sekunde, in der man eine Wohnung hat, eine gute Arbeit hat, kann man handeln.« Die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis ist in ihren Augen der Startschuss in eine bessere Zukunft. Unterdessen sind sie jedoch nicht untätig. Sahar Mahmoudi* wartet auf ihre Berufsanerkennung als Bauingenieurin und hat eine entsprechende Stelle in Aussicht. Doch zuvor möchte sie besser Deutsch lernen und hofft darauf, über das BAMF einen Kursbesuch finanziert zu bekommen:

> Und er hat gesagt, du musst erstmal alle Dokumente übersetzen und dann können wir alles machen. Und dann kannst du vielleicht einen Deutschkurs bekommen. Aber wir haben auch einen Brief geschickt an das BAMF. Aber das BAMF hat keinen Deutschkurs genehmigt. Und jetzt müssen wir warten. Vielleicht können wir eine Arbeit finden, aber ich weiß nicht genau, was passiert.

Ramin Jafari* steht gerade kurz vor der Führerschein-Prüfung. Er berichtet stolz, dass er die theoretische Fahrprüfung auf Deutsch ohne Fehler bestanden hat, obgleich er noch nie einen Deutschkurs besucht hat. Im Iran hat er eine schulische Ausbildung zum Automechaniker gemacht. Daran möchte er jetzt gerne anknüpfen und in Deutschland eine berufliche Ausbildung beginnen. Über seinen Fahrlehrer hat er bereits einen Praktikumsplatz vermittelt bekommen:

> Und er hat mir gesagt »Ich kenne einen Chef in [*Ortsname*]. Du kannst dort ein Praktikum machen, aber vor dem Praktikum musst du ein Vorstellungsgespräch haben.« […] Und es war gut. Ich habe ein Vorstellungsgespräch gemacht, 30 Minuten lang. Er hat gesagt, du kannst im Mai anfangen.

Im Sommer kann er in dem Unternehmen eine Ausbildung beginnen und hofft dann, eine dreijährige Aufenthaltserlaubnis zu bekommen, denn derzeit müssen sie ihren Geflüchtetenausweis alle sechs Monate verlängern. Beide reflektieren viel über ihre Situation und vergleichen ihre eigenen Anstrengungen mit denen anderer Asylsuchender, die sich ihrer Meinung nach trotz vielfach besserer Ausgangsbedingungen wesentlich weniger bemühen würden. Die zweijährige Limbo-Situation, in der sie sich befinden, sind für sie zwei verlorene Jahre in einer wichtigen bildungsbiographischen Phase. »Das ist wichtig, weil ich bin 25 Jahre alt. Und hier in Deutschland ich habe zwei Jahre gewartet und es ist nichts passiert. Kein Aufenthalt, kein Deutschkurs, keine Hilfen von der Regierung. Ich habe alles selber gemacht«, meint Ramin Jafari*. Sahar Mahmoudi* hat während der Zeit im ›Camp‹ mehrfach beantragt, einen Deutschkurs belegen zu dürfen:

> Ich habe keine Antwort bekommen. Kein Problem. Aber wenn ich eine Antwort hätte, du darfst einen Deutschkurs machen, in diesen zwei Jahren, ich bin sicher, ich hätte C1 bekommen. Ich bin ganz sicher. Und vielleicht wäre ich jetzt in der Universität. Aber diese zwei Jahre waren weg.

Die lange Wartezeit im Lager, während der sie zur Untätigkeit gezwungen sind, halten sie auch aus Perspektive ihres Gastlandes für verfehlt. Da Deutschland Fachkräfte benötigt, plädieren sie dafür, auch die Leistung von Asylsuchenden bei der Vergabe von Aufenthaltstiteln zu berücksichtigen: »Und ich weiß nicht, warum Deutschland immer sagt, wir bekommen viele Junge für die Arbeit und alles. Aber wenn wir sagen, wir brauchen einen Deutschkurs für die Arbeit, dann akzeptieren sie das nicht.« Inzwischen kennen sie viele andere Geflüchtete und sehen, wie schwer die mit Unsicherheit und Untätigkeit verbundene Zeit im ›Camp‹ auf allen lastet.

> Nach zwei, drei Jahre, alle Leute haben sehr viel Stress und sie haben Depressionen bekommen. … Wenn wir sechs Monate warten müssen, ist das kein Problem. Aber 18 Monate […] das ist eine lange Zeit, wir kriegen Depressionen. Für alle Leute. Oder ich kenne viele Frauen im Camp, die sind schwanger und die Situation ist schwierig für sie. Aber sie bekommen keine Hilfe. Und das ist nicht gut.

An dem kleinstädtischen Standort gefällt ihnen die Ruhe. Sie haben inzwischen viele Bekannte und Freunde vor Ort, und sie finden die Möglichkeit wichtig, mit Deutschen in Kontakt zu kommen. »Weil in der großen Stadt sind immer sehr viele Iraner, türkische Leute, arabische Leute, aber wir möchten gerne viele Deutsche kennenlernen. Weil wir sind nach Deutschland gekommen, wir müssen alles lernen. Und ich denke in Steinbergen* können wir das.«

Ramin Jafari* würde gern nach der Ausbildung eine eigene Werkstatt betreiben. Sahar Mahmoudi* möchte in ihrem Beruf als Bauingenieurin arbeiten. Falls das nicht klappt, möchte sie eine Berufsausbildung absolvieren. Beide hoffen auf eine Aufenthaltsgenehmigung, um sich in Deutschland ein stabiles Leben aufzubauen. Damit verbunden wäre auch die Möglichkeit, endlich ihre Eltern wieder zu sehen, die sie seit ihrer Flucht aus dem Iran nicht mehr besuchen konnten.

4.1.2 Familie Salloum*: »Jeden Tag kommt jemand, klopft an und sagt ›Ich hab' was für Euch‹«

März 2019: Das Interview mit Familie Salloum[2] *findet in ihrer Wohnung in der Kleinstadt Rabstein* in Sachsen-Anhalt statt. Uns sitzen drei lebhafte Frauen gegenüber: Die 21-jährige Esma*, ihre 17-jährige Schwester Kalila* und die Mutter der beiden, Latifa*. Die Kernfamilie umfasst die Eltern und sechs Kinder; neben Esma* und Kalila* gibt es noch vier jüngere Geschwister im Alter zwischen 11 und 16 Jahren. Familie Salloum* stammt aus Syrien und hat einen subsidiären Schutzstatus.*

Familie Salloum* floh 2015 aus der Nähe von Aleppo, nachdem eine Bombe ihr Haus zerstört hatte. Die Entscheidung, nach Deutschland zu gehen, fällt nach Telefonaten mit der im Exil lebenden Verwandtschaft. Vor allem die guten Bildungsmöglichkeiten sind ein wichtiger Grund für diese Entscheidung, aber auch die Tatsache, dass Saudi-Arabien, wohin sie ebenfalls Kontakte haben, zögerlich auf die Aufnahme arabischer Flüchtlinge reagiert:

Esma*: Also wir haben gesagt erstmal wir gehen nach Dubai oder sowas oder Saudi-Arabien, aber diese Länder sind ganz schwierig. Und…

Kalila*: Die wollen keine arabischen Leute haben!

Esma*: …und in Deutschland kann man besser lernen, besser studieren, besser arbeiten.

Kalila*: Und es gibt Respekt für Leute, die aus anderen Ländern kommen.

Um die Flucht und die dafür nötigen Schmuggler zu bezahlen, verkaufen sie ihren Schmuck. Die Route führt über die Türkei, Griechenland und die Balkanroute nach Deutschland. Wie viele andere Geflüchtete vor ihnen werden sie für die Überfahrt von der Türkei auf die griechischen Inseln von den Schmugglern gezwungen, all ihr Gepäck zurückzulassen, so dass sie mit leeren Händen in Deutschland ankommen. Sie werden in die Landeserstaufnahmeeinrichtung Halberstadt in Sachsen-Anhalt geschickt. Nach den strapaziösen und auch gefährlichen Wochen der Flucht sind sie froh, hier ein Zimmer und eine erste Versorgung zu erhalten. Sie durchlaufen die üblichen medizinischen Checks und Datenaufnahmen, dann werden sie in ein anderes ›Camp‹ weitergeschickt. Dort beschließt man, für die Großfamilie eine Wohnung zu organisieren, um ihnen mehr Privatheit zu ermöglichen:

> Wir waren in Halberstadt, Hotel, dann wieder ein Heim. Und dann Rabstein*. Da waren auch so viele Leute, aber die haben auch uns gesehen, dass wir so acht Personen, große Familie sind, da haben sie gesagt, weiter ausfüllen, was unterschreiben und dann zum andere Wohnung.

2 Interview mit Familie Salloum* (Pseudonym) aus Syrien, März 2019.

Der Transfer in die Belegwohnung gerät etwas holprig, denn es ist niemand da, der sich mit ihnen verständigen kann. Sie werden von einem Fahrdienst in einer sehr spartanisch eingerichteten Wohnung abgesetzt. Alle sind verwirrt, es ist kein Dolmetscher anwesend, und die Familie versteht die deutschen Erklärungen nicht. Man beschließt, einen in Deutschland lebenden Onkel anzurufen, der übersetzen kann. Doch erst muss ein Zugang zu einem Telefon gefunden werden, denn die Familie hat keine Telefonkarten, die in Deutschland funktionieren würden. Esma* klingelt bei den Nachbarn und bittet in gebrochenem Englisch um Internetzugang, damit sie ihren Onkel per Internetcall anrufen kann. Die Nachbarn lehnen ab. Sie wendet sich an eine andere Nachbarin, eine alte Frau, die kein Internet hat. Sie bietet ihr Telefon für die Kontaktaufnahme an, aber Esma* kennt sich mit den Vorwahlnummern in Deutschland nicht aus, so dass die Kontaktaufnahme scheitert. In diesem Moment ist ihr alles zu viel und sie bricht weinend zusammen. Daraufhin ruft die Nachbarin eine Person hinzu, vermutlich aus dem Feld der ehrenamtlichen Geflüchtetenhilfe, die kommt und die Situation klärt und fortan beim Neustart behilflich ist:

> Dann hat die [*Nachbarin*] eine Frau angerufen, dann kam die zu uns, sagte »Ich helfe jetzt Euch. Ich bin jetzt hier für Flüchtlinge und so.« Dann ruft noch diese Frau einen Mann an, der spricht auch Arabisch. Dann kam er zu uns. Dann haben wir also erklärt, was wir alles brauchen.

Am nächsten Tag werden sie mit Telefonkarten versorgt und können sich eine Übersetzungs-App aufs Handy laden, mit der sie sich fortan selbständiger zurechtfinden können. Man begleitet sie zu den Meldebehörden und sie bekommen eine erste Rate Bargeld ausgezahlt, so dass sie Lebensmittel einkaufen können. Auch der Kontakt zum Onkel kommt nun zustande, der ihnen alles erklärt, was sie anfangs wissen müssen.

In dem kleinen Ort fallen sie auf und es gibt viele spontane Hilfsangebote: »Jeden Tag kommt jemand, klopft an und sagt ›Ich hab' was für Euch‹ zum Beispiel Sachen und ja was zum Essen, Obst und so weiter. Jeder hat was bekommen.« Zu einem Ehepaar aus den Reihen der Ehrenamtlichen entsteht eine fast freundschaftliche Beziehung. Das Ehepaar nimmt die Familie unter ihre Fittiche, kümmert sich um die Ausstattung der Wohnung, fährt mit der Familie zum Einkaufen in die nächstgelegenen größeren Städte: »Und wir sind mit ihnen nach Magdeburg einmal gefahren, haben uns alle die ganze Familie Sachen gekauft. […] Und jede zwei Wochen gehen wir einkaufen. Essen. Einmal Magdeburg, einmal Braunschweig waren wir auch.« Die neuen Freunde bringen sie auch in einem Sprachkurs unter, der von Ehrenamtlichen organisiert ist, und in dem die Mädchen erste Deutschkenntnisse erwerben: »So wie heißt Du, dann Buchstaben, Zahlen, und sowas. Bisschen mit Menschen sprechen. Wie alt bist Du? Wie heißt Du? Woher kommst Du? Wo wohnst Du? Und sowas. Erstmal.«

Sie leben sich nach und nach ein. Alle Kinder gehen zur Schule, die Jüngsten sprechen inzwischen fließend Deutsch und haben eher Probleme, sich in ihrer Muttersprache zu unterhalten. Esma* ist zum Zeitpunkt der Einreise fast volljährig und belegt einen Deutschkurs für Erwachsene. Anschließend absolviert sie ein Freiwilliges Soziales Jahr in einem Kindergarten. Danach macht sie eine Ausbildung zur Sozialassistentin. Kalila*, die zum Zeitpunkt der Ankunft 13 Jahre alt ist, wird in eine achte Klasse eingeschult,

ohne zuvor ausreichend Deutsch gelernt zu haben. Es ist ein Sprung in kaltes Wasser. Obgleich sie sich anstrengt, sich den nicht verstandenen Lernstoff zuhause anzueignen, scheitert sie zunächst.

> Dann hab' ich gesagt, das geht nicht, weil ich verstehe nichts! Weil ich geh' auch nach Hause und kuck ich im Internet, was ich Videos finden konnte, kuck ich mal, lern' ich mal, üb' ich was zuhause. Das hat auch nicht geklappt. Das war so schlimm! Hab' ich gar nichts verstanden!

Schließlich wird sie in eine Deutsch-als-Zweitsprache-Klasse aufgenommen, um zunächst Deutsch zu lernen. Durch die vielen syrischen Kinder in der DaZ-Klasse wird viel Arabisch gesprochen, so dass der Fortschritt mäßig ist. »Da waren auch syrische Leute da und dann haben die eine Klasse. Wir sind alle in eine Klasse. So. Die arabischen Leute. Das hat auch nicht funktioniert, weil die sprechen die ganze Zeit Arabisch und nicht Deutsch. Ja. Das hat auch nicht geholfen.« Im folgenden Schuljahr wird sie wieder in eine normale 9. Klasse aufgenommen. Sie versucht, ihre Lerndefizite nachmittags mit Hilfe von Internet-Tutorials aufzuholen und erschließt sich nach und nach den Lernstoff. So schafft sie am Ende den Hauptschulabschluss. »Und deswegen, also hab' ich mir Mühe gegeben letztes Jahr, aber hab' ich doch geschafft. Hab' ich den Hauptschulabschluss, neunte Klasse bekommen, endlich!«

Esma* ist inzwischen verheiratet und lebt mit ihrem Mann in einer eigenen Wohnung. Familie Salloum* musste nach drei Jahren aus ihrer ersten Wohnung, die nur für die Dauer des Asylverfahrens zur Verfügung stand, ausziehen und sich eine eigene Wohnung suchen. Dies gestaltete sich schwierig, denn Wohnungen für Großfamilien sind auf dem freien Wohnungsmarkt kaum zu finden. Zudem erlebten sie immer wieder abweisende Reaktionen, wenn sie sich telefonisch auf Wohnungsinserate meldeten. Schließlich änderten sie ihre Strategie und stellten sich potenziellen Vermieter:innen persönlich vor. Dennoch fanden sie erst eine Wohnung, als sie eine Vermittlungsperson einschalteten.

Latifa Salloum* ist Mitte 40 und hat eine Stelle als Küchenhilfe in Aussicht. Sie besucht einen Deutschkurs, ebenso wie der Vater der Familie, der sich allerdings schwer tut mit dem Lernen. In Syrien hat er nach vier Jahren die Volksschule verlassen, um zu arbeiten. Fast 25 Jahre lang hat er als LKW-Fahrer gearbeitet. Das würde er gern auch in Deutschland tun, aber es scheitert an den fehlenden Sprachkenntnissen. Zudem hat er verschiedene Gesundheitsprobleme, die seine Lage nicht gerade verbessern. Doch er hofft darauf, eine passende Arbeit zu finden, auch um mehr Kontakte mit anderen Menschen zu bekommen: »Aber jetzt sagt er ›Ich will, egal was, aber ich will arbeiten. Damit ich mit den Leute ein bisschen Kontakt habe. Damit ich ein bisschen spreche. Egal was es Arbeit ist. Aber ich will was probieren‹.« Kalila* wird nach dem Hauptschulabschluss in die Fußstapfen ihrer Schwester treten und ebenfalls ein Freiwilliges Soziales Jahr im Kindergarten absolvieren.

4.1.3 Adila und Mohammed Aboud*: »Wir haben ein Ziel. Wir müssen weitermachen!«

Mai 2022. Adila und Mohammed Aboud[3] *stammen aus Syrien und flohen 2015 mit drei Kindern nach Deutschland. Dort fanden sie Aufnahme in einer ländlichen Region in Niedersachsen, in der sie heute noch leben. In den dörflichen Strukturen haben sie viel Unterstützung durch Ehrenamtliche gefunden und sie haben aktiv nach Kontaktmöglichkeiten gesucht. Insbesondere über Freundschaften der Kinder sind so auch tragfähige Freundschaften zwischen den Erwachsenen entstanden. Die Kinder sind inzwischen alle zum Studium fortgezogen, alle drei studieren Pharmazie. Eine vierte, bereits verheiratete Tochter lebt in Dänemark und studiert dort Medizin. In unserem Gespräch wird die Frage des Lernens und der Bildungsaspiration eine große Rolle spielen.*

Adila Aboud* und ihr Mann Mohammed* haben beide einen Universitätsabschluss in Syrien erworben und waren viele Jahre berufstätig, er als Lebensmittelchemiker, sie als Arabisch-Dozentin. In Deutschland mussten sie bei null anfangen. Dass sie oder ihr Mann an ihre akademischen Berufe nochmals anknüpfen können, hält Adila Aboud* aufgrund der großen Schwierigkeiten des Deutschlernens für unwahrscheinlich. Inzwischen haben sie mehrere Deutschkurse absolviert und Arbeit im sozialen Bereich gefunden. Adila Aboud* berichtet, wie ihre Kinder die Bemühungen der Eltern, Deutsch zu lernen, bewerten:

> Sie lachen, wenn ich spreche: »Mama, du sprichst ohne der, die, das.« Ich habe gesagt: »Nein! Ich spreche ohne Grammatik besser, als wenn ich mit spreche.« Ja, die Kinder sind sehr schlau, und sie möchten immer, dass wir genauso gut Deutsch sprechen, aber wir brauchen Zeit. Und ich habe gesagt: »Die alten Leute sind anders als die kleinen Leute.«

Gerade weil Erwachsene sich so schwer tun mit dem Spracherwerb, kritisieren Adila und Mohammed Aboud* die Förderpraxis in Deutschland, die den Fokus auf das Deutschlernen setzt. Ihrer Meinung nach wäre es besser, sofort eine Arbeitsstelle zu finden und das Sprachenlernen mit der beruflichen Praxis zu verbinden. So kennt Adila Aboud* das aus anderen Ländern.

> Ja, wir arbeiten in Syrien. Und wir waren hier ein Jahr, zwei Jahre, drei Jahre. Wir immer möchten arbeiten gehen, wir können nicht zusammen zu Hause bleiben. Wir wollen uns bewegen, Kontakt haben, wir möchten arbeiten. Sie [*die Berater im Jobcenter*] aber sagen: »Nein, Nein.«

Mohammed Aboud* pflichtet ihr bei. Er hatte eigenständig mit der Jobsuche begonnen, wurde aber vom Jobcenter zunächst zu einem Sprachkurs verpflichtet. Aus seiner Sicht war das kaum sinnvoll:

---

3 Interview mit Adila und Mohammed Aboud* (Pseudonyme) aus Syrien, Mai 2022.

> Immer alleine gemacht. Ja, Jobcenter hat mir gesagt: »Nein, musst du lernen, du besser.« Ich sage: »Nein, muss ich arbeiten. Und verstehen Leute. Und lernen Deutsch. Ja, ich gehe in die Schule, bisschen sprechen, kann nicht sprechen, kann nicht Kontakt machen, muss ich arbeiten.« Sagen Jobcenter sagen: »Nein. Mohammed*, bleib. Du musst in die Schule.« Und ich sagen: »Nein. Ich muss Geld [verdienen], ich muss arbeiten.«

Sie verbringen drei Jahre mit mehreren aufeinanderfolgenden Sprachkursen, bevor sie ihre derzeitige Tätigkeit aufnehmen können. Adila Aboud* durchläuft ein Berufsanerkennungsverfahren, das ihr eine pädagogische Grundqualifikation bescheinigt, und nimmt eine Arbeit als pädagogische Schulbegleitung auf. Mohammed Aboud* fängt als Betreuer in einer therapeutischen Wohngemeinschaft an und durchläuft eine berufsbegleitende Schulung.

Beide haben die für ländliche Regionen nicht untypische Erfahrung gemacht, dass Sprachkurse kaum nach den Vorkenntnissen differenzieren, weil es vorwiegend darum geht, die notwendige Anzahl von Sprachschüler:innen zusammenzubekommen. »Ich sitze mit Leuten zusammen, die gar nicht in der Schule waren,« klagt Adila Aboud*.

> Sie fangen mit dem Alphabet an. Ein Jahr habe ich damit verbracht, ohne etwas dazu zu lernen. Was soll ich denn mit dem Alphabet! Ich habe an der Uni gelernt! Und ich habe das tausendmal dem Chef unserer Schule gesagt: »Das geht nicht. Ich brauche keine Alphabetisierung!« Aber ich habe später verstanden, dass das eine private Schulen ist, und es soll immer eine Gruppe sein, 15 oder 20 Schüler und so.

Adila und Mohammed Aboud* sind spürbar stolz auf die Erfolge ihrer Kinder. Alle sind sehr begabt im Bereich Mathematik und Naturwissenschaften und bestehen die ersten Einstufungstests nach der Ankunft mit Bravour. Nach nur drei Jahren in Deutschland absolvieren die älteren Kinder das Abitur, und auch die jüngste Tochter hat ihre Prüfungen inzwischen gemeistert: »Wir sagen immer: ›Wir haben Chancen in Deutschland‹. Wenn wir kommen: ›Guck mal, unsere Kinder in drei Jahren Abitur bestanden‹, alle Deutschen sagen: ›Wow!‹«

Die Familie stellt hohe Ansprüche an die Bildung ihrer Kinder. Adila Aboud* begründen das mit ihrer kurdischen Herkunft und damit, dass Bildung bereits bei ihren Eltern einen sehr hohen Stellenwert hatte:

> Meine Eltern haben zehn Kinder. Wir sind sechs Töchter und vier Brüder. Und wir haben alle an der Uni gelernt und alle verheiratet und alle eine Familie gegründet. Mein Vater war Lehrer. Und er hat gesagt: »Wichtiger sind eure Ergebnisse, nicht ein Mann. Denkt über einen Mann nach, wenn ihr gute Leistungen gezeigt habt und eine gute Arbeit habt. […] Wenn Du mit der Uni fertig bist, kannst Du über das Heiraten nachdenken.«

Adila Aboud* bezeichnet diese von den Eltern übertragene Grundhaltung als Antrieb für ihre eigenen Bildungsaspirationen, die sie an die Kinder weitergegeben hat. Regelmäßig sprechen sie mit den Kindern über ihre Berufsziele und motivieren sie darin, diese auch zu erreichen. Ihre Beobachtungen nach einigen Jahren in der ländlichen Region ließen sie befürchten, dass ihre Kinder ihre Bildungsambitionen verlieren könnten, weil ihrer Meinung nach die Menschen in der Region mit geringeren Erträgen zufrieden sind:

»Hier möchten die Kinder nicht an die Uni gehen oder nur eine Ausbildung machen. Deshalb war ich in Sorge, dass meine Kinder auch diese Richtung nehmen, aber Gott sei Dank, sie sind jetzt in Uni und alle läuft sehr schön, ja.«

Misstrauisch nimmt sie die Berufsorientierungsmaßnahmen an der Schule zur Kenntnis, die ihrer Meinung nach Kinder für den schnellen monetären Erfolg und weniger in Richtung einer langfristigen Bildungsanstrengung motivieren wollen: »Ich habe gemerkt in Deutschland: Kapitalismus. Ab der 9. Klasse kommen die Fabriken alle in die Schule. Und sie machen Angebote, zum Beispiel Mercedes.« Mohammed Aboud* ergänzt: »Und sie bieten auch viel Geld. Und das Kind hört nur: Geld, Auto – und denkt, ich muss gar nicht studieren, ich kann auch so ein gutes Leben haben. Ich sage dann: ›Nein. Wir haben ein Ziel. Wir müssen weitermachen, wir müssen weitermachen!‹« Sie haben den Eindruck, dass deutsche Eltern wenig auf die Kinder einwirken, wenn es um deren berufliche Zukunft geht:

> Ich habe hier gemerkt, dass die Eltern gar nicht mit ihren Kindern darüber sprechen. Sie sagen: »Mach, was Du willst.« Als unsere Kinder klein waren, haben wir regelmäßig gefragt: »Was möchtest du werden in der Zukunft? Weil wir müssen wissen, für welches Ziel wir kämpfen!« Wenn sie dann sagen: Arzt oder Pharmazie oder, oder Anwalt, dann erinnern wir sie daran. Es war uns wichtig, unseren Kindern Ziele zu geben. Aber hier habe ich gemerkt, dass die Eltern sagen: »Wie du willst.« Und dann kommen die Fabriken, und 90 pro 100 Kinder hier in [*der Region*] möchten eine Ausbildung machen. Nur zehn möchten an der Uni studieren.

4.2 Das Asylverfahren und die ›Bleibeperspektive‹

Die drei Fallgeschichten markieren mit ihren Gemeinsamkeiten und Unterschieden das Spannungsfeld, in dem sich Geflüchtete und ihre Bemühungen um einen Neuanfang im Gastland bewegen. Ihre unterschiedliche Behandlung hinsichtlich der Verweildauer in einer Erstaufnahmeeinrichtung oder des Zugangs zu einem Sprachkurs erklärt sich nicht nur aus den Unterschieden des Familientypus, des Herkunftslandes und der damit zusammenhängenden so genannten ›Bleibeperspektive‹, sondern ist auch durch Änderungen von Gesetzeslagen im Zeitverlauf und die unterschiedliche Auslegung und Anwendung in den Ausländerbehörden vor Ort bedingt. Familie Salloum* traf 2015 in Deutschland ein. Die Ankunftszahlen während des Jahres 2015 waren so massiv, dass Asylsuchende mancherorts ohne eine Erstregistrierung direkt weiter in Kommunen verwiesen wurden und erst im Nachgang Termine bei einer BAMF-Außenstelle erhielten, um den Asylantrag zu stellen. Damit zog sich für viele das Verfahren insgesamt in die Länge.

Als Familien mit mehreren minderjährigen Kindern wurde Familie Salloum* genauso wie Familie Aboud* dezentral in einer Wohnung untergebracht. Diese sog. dezentrale Unterbringungsform ist bereits während des Asylverfahrens möglich und wird durch die zuständigen Behörden auf Grundlage des Asylgesetzes entschieden. Nach damals geltender Rechtslage hätten sie auch nur maximal drei Monate in einer Erstaufnahme-

einrichtung leben müssen.[4] Die im Oktober 2015 und Februar 2016 unter den Sammelnamen »Asylpaket I und II« beschlossenen gesetzlichen Neuregelungen trafen die beiden Familien nicht mehr. Diese Neuregelungen mit den so klangvollen wie komplizierten Namen wie z.B. »Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz« oder »Gesetz zur Einführung beschleunigter Asylverfahren« zielten in zwei Richtungen: Asylsuchenden mit einer »hohen Bleibewahrscheinlichkeit« – damit sind Länder gemeint, in denen die sog. Schutzquote (d.h. die Schutzformen Asyl, Flüchtlingsschutz, subsidiärer Schutz und Abschiebungsverbot, sh. unten), regelmäßig bei über 50 % aller Anträge liegt, wie z.B. Syrien – sollen sofort Integrationsangebote erhalten. Bei jenen Asylsuchenden aus Ländern mit »schlechter Bleibeperspektive« – also eher niedrigen Anerkennungsquoten, wie z.B. Iran – wird auf eine beschleunigte Verfahrenserledigung fokussiert, während zugleich Integrationsschritte wie der Auszug aus der Erstaufnahmeeinrichtung oder der Besuch eines Sprachkurses verhindert werden. Auf diese Weise soll nach dem antizipierten negativen Ausgang des Asylverfahrens eine Rückführung – möglichst in Form der freiwilligen Ausreise – erleichtert werden. Hierzu wurde die Aufenthaltszeit in Erstaufnahmeeinrichtungen für letztere Gruppe auf mindestens 18 Monate verlängert. Unter diese Regelungen fiel das iranische Paar Ramin Jafari* und Sahar Mahmoudi*, und dies ist auch die Erklärung dafür, dass ihnen der Zugang zu einem Sprachkurs im Rahmen der BAMF-Integrationskurse verwehrt blieb. Erst nach 16 Monaten, als sich das Asylverfahren in die Länge zieht und sie trotz aller Widrigkeiten Integrationserfolge vorweisen können (z.B. Deutschkenntnisse, ehrenamtliches Engagement und eine Arbeitsmöglichkeit), erhalten sie die Erlaubnis, die Erstaufnahmeeinrichtung zu verlassen. Die Zeit im »Camp« erinnern sie als bedrückend, nicht nur wegen der fehlenden Privatheit und Autonomie über Alltagsentscheidungen, sondern auch wegen des kollektiven Gefühls, dass das Leben stagniert.

Die Verfahrensdauer von Asylverfahren war in den Jahren seit 2015 immer wieder Gegenstand von politischen Auseinandersetzungen und Reformbemühungen. Dabei gab es die klare Prämisse, vor allem jene Verfahren rasch zu erledigen, die leicht zu entscheiden schienen. Dies galt besonders für jene Asylanträge, denen von Anfang an geringe Chancen auf einen Schutzstatus beigemessen wurde und bei denen eine Rückführung angestrebt wurde, bevor die Betroffenen in Deutschland Bindungen aufbauen konnten. Hierfür waren insbesondere die im Februar 2016 eingeführten beschleunigten Asylverfahren gedacht, die inklusive des Einlegens von Rechtsmitteln innerhalb von drei Wochen abgeschlossen sein sollten.[5] Doch auch insgesamt sollte die Verfahrensgeschwindigkeit erhöht werden. Die von der Bundesregierung für das Jahr 2016 ausgegebene Zielstellung war, dass Asylverfahren inklusive der Wartezeit bis zur Antragstellung nach maximal

4 Einen informativen Überblick über das Asylverfahren und die Veränderungen der Asylgesetzgebung in den Jahren 2015 und 2016 bietet Hanewinkel 2016. Eine Analyse der Funktionsweise der Asylgesetzgebung und des Aufnahmesystems bietet das im Rahmen unserer Forschung zum Gemeinsamen Europäischen Asylsystem entstandene Working Paper Beinhorn et al. 2019.

5 Diese Verfahren werden vorwiegend in den AnkERzentren Manching und Bayern durchgeführt und zielten vor allem auf die rasche Ablehnung von Asylsuchenden aus den Westbalkanstaaten. Durch das enge Zusammenwirken der Behörden in diesen Zentren sollten die Verfahrensabläufe optimiert werden. Die beschleunigten Verfahren werden auf der Grundlage des §30a AsylG durchgeführt (vgl. Informationsverbund Asyl und Migration).

fünf Monaten abgeschlossen sein sollten. Aufgrund des enormen Zuwachses an Antragszahlen ab dem Jahr 2015 stieg die Verfahrensdauer jedoch zunächst an, von 7,1 Monaten im Jahr 2016 auf 10,7 Monate im Jahr 2017. Hinzu kamen oft mehrmonatige Wartezeiten zwischen Einreise und Antragstellung. Bis zu einer rechtskräftigen Entscheidung, d.h. inklusive möglicher Widerspruchsverfahren nach einem zunächst abschlägigen Asylbescheid, lag die Verfahrensdauer wesentlich höher, nämlich im Jahr 2017 bei durchschnittlich 13,2 Monaten. Dabei gab und gibt es erhebliche Schwankungen in Bezug auf bestimmte Herkunftsländer. Während die mittlere Verfahrensdauer für Asylanträge von syrischen Staatsangehörigen im Jahr 2017 10,1 Monate betrug, lag die Dauer für Menschen aus Afghanistan bei 14,1 Monaten (Deutscher Bundestag 17.08.2018). Wählen abgelehnte Asylsuchende jedoch den Klageweg mit seinen maximal vier Instanzen, kann sich das Verfahren erheblich länger hinziehen. Durch Überlastung der Verwaltungsgerichte kann allein das Widerspruchsverfahren bis zu zwei Jahren dauern. Während dieser Zeit verbleiben die Betroffenen im rechtlichen Status der Antragstellenden, d.h. sie erhalten keine Aufenthaltserlaubnis und dürfen keine Integrationshilfen wie etwa Sprachkurse oder berufliche Fördermaßnahmen in Anspruch nehmen. In dieser langen Hängepartie befindet sich zum Zeitpunkt unseres Interviews das iranische Paar Ramin Jafari* und Sahar Mahmoudi*.

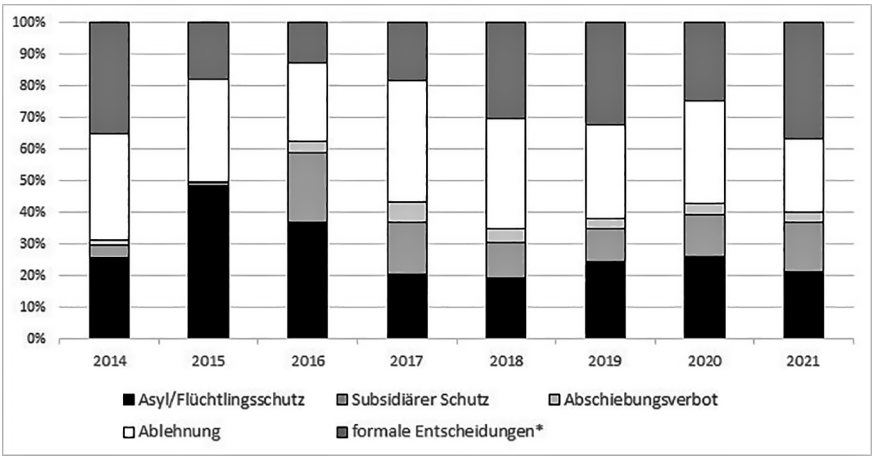
Mit der Klärung des Schutzstatus sind verschiedene Veränderungen für die Geflüchteten verbunden, im Behördendeutsch »Rechtskreiswechsel« genannt. Die deutsche Asylgesetzgebung kennt vier verschiedene Schutzformen: 1) die Zuerkennung der Asylberechtigung nach Artikel 16 Grundgesetz, 2) die Zuerkennung des Flüchtlingsstatus nach der Genfer Konvention (§3,1 AsylG), 3) die Gewährung eines subsidiären Schutzes nach §4,1 AsylG sowie 4) die Feststellung eines Abschiebungsverbot nach §60, Absätze 5 und 7 AufenthG. Personen mit gewährtem Grundrecht auf Asyl nach Art. 16 GG bzw. Flüchtlingsschutz auf Grundlage der Genfer Konvention und des Asylgesetzes erhalten eine zunächst dreijährige Aufenthaltserlaubnis, die nach Ablauf dieser Frist üblicherweise verlängert wird. Nach fünf Jahren kann eine Niederlassungserlaubnis (also eine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis) erteilt werden, wenn weitere Voraussetzungen, wie etwa die eigenständige Sicherung des Lebensunterhalts sowie ausreichende Deutschkenntnisse, vorhanden sind. Personen mit Flüchtlingsschutz erhalten zudem uneingeschränktes Recht auf Zugang zu Arbeitsmarkt, Schule und Sozialleistungen und ein privilegiertes Recht auf Familiennachzug (BAMF 2016a). Subsidiärer Schutz wird Personen gewährt, die zwar keinen Anspruch auf Flüchtlingsschutz haben, die jedoch stichhaltig nachweisen können, dass sie in ihrem Herkunftsland durch staatliche oder nichtstaatliche Akteure bedroht werden. Subsidiär geschützte Personen erhalten zunächst eine einjährige Aufenthaltserlaubnis, die um zwei weitere Jahre verlängert werden kann. Ebenso wie Personen mit Flüchtlingsanerkennung können sie nach fünf Jahren eine Niederlassungserlaubnis beantragen. Sie erhalten ebenfalls Zugang zu Arbeitsmarkt, Schule und Sozialleistungen, können jedoch kein privilegiertes Recht auf Familiennachzug in Anspruch nehmen. Ein Abschiebungsverbot wird für abgelehnte Asylsuchende ausgesprochen, wenn die Rückkehr in das Herkunftsland eine »erhebliche konkrete Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit« bedeutet, bzw. wenn eine Rückführung gegen die Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten verstoßen würde, beispielsweise bei Vorliegen einer schweren Erkrankung, die

im Herkunftsland nicht angemessen behandelt werden kann. Personen, bei denen ein Abschiebungsverbot vorliegt, erhalten zunächst eine einjährige Aufenthaltserlaubnis, die wiederholt verlängert werden kann. Sie erhalten auch Zugang zum Arbeitsmarkt, allerdings muss die Ausländerbehörde der Beschäftigung zustimmen (ebd.: 20). Die letzte Möglichkeit der Asylentscheidung ist die Ablehnung des Asylantrags, was im Jahr 2015 auf 32,4 % der Anträge zutraf. Eine endgültige Ablehnung führt zu aufenthaltsbeendenden Maßnahmen, z.B. in Form einer Ausreiseanordnung. Wenn es Gründe gibt, warum die Ausreise bzw. Abschiebung nicht möglich ist, wird eine Duldung ausgesprochen. Eine weitere Möglichkeit der Verfahrenserledigung besteht durch formale Entscheidungen, etwa auf Grundlage des Dublin-Verfahrens oder durch die Rücknahme des Asylantrags seitens der Asylsuchenden.

Bei Betrachtung der Schutzquoten seit 2014 fallen starke Veränderungen auf (Abb. 4.1): Während im Jahr 2013 nur ein Fünftel aller Antragstellenden einen Schutzstatus erhielt, stieg dieser Anteil bis zum Jahr 2016, also bezogen auf die Kohorte des ›langen Sommers der Migration‹ auf fast 60 Prozent. Allerdings fand im Vergleich der Jahre 2015 zu 2016 eine Statusverschlechterung statt, denn während im Jahr 2015 noch der überwiegende Anteil der Anerkennungen aus der stabilen Schutzkategorie des. Flüchtlingsschutzes bestand, entfielen im Jahr 2016 fast 60 % aller Anerkennungen auf die schwächere Schutzkategorie des subsidiären Schutzes. In den Folgejahren pendelte sich die Schutzquote bei rund 40 % ein, die Ablehnungsquote bei rund 30 %. Dieser zeitliche Vergleich zeigt: Asylentscheidungen sind nicht abgekoppelt von politischen Entscheidungen zu sehen, und so können vergleichbare Verfolgungssituationen zu unterschiedlichen Zeitpunkten oder an unterschiedlichen Verfahrensstandorten zu unterschiedlichen Entscheidungen führen. Für die Betroffenen, die vielfach kaum über die Verfahrensschritte informiert sind und aufgrund von Verständigungsschwierigkeiten die Rechtsfolgen ihrer Statusentscheidung oft nicht erfassen können, stellt sich damit die Asylentscheidung als logisch kaum nachvollziehbare Schicksalsentscheidung dar, die gravierende Auswirkungen auf ihre weitere Lebensgestaltung in Deutschland hat. Denn, das muss bei nüchterner Betrachtung konstatiert werden, die überwiegende Mehrheit der 2015/16 nach Deutschland Geflohenen blieb im Land, ungeachtet des erhaltenen Schutzstatus.

Über den Verbleib der Personen, deren Antrag abgelehnt wurde, liegen wenig konkrete Zahlen vor. Eine entsprechende Kleine Anfrage an den Deutschen Bundestag ergab, dass im Jahr 2016 insgesamt 54.069 Personen Deutschland auf der Grundlage von Rückkehrhilfen oder Rückkehrprogrammen verlassen hatten; 25.375 Personen wurden abgeschoben. Im Juni 2017 enthielt das Ausländerzentralregister 226.457 Fälle, für die eine Ausreiseanordnung vorlag. Davon galt jedoch für 159.678 Personen – 70 Prozent – eine Duldung aufgrund von Abschiebungshindernissen, so dass die Ausreiseanordnung nicht durchsetzbar war (Deutscher Bundestag 2017). Mit Duldung ist theoretisch die Aufnahme einer Beschäftigung möglich. Zwar gibt es dafür einige Grundvoraussetzungen, die Entscheidung liegt jedoch weitgehend im Ermessen der zuständigen kommunalen Ausländerbehörde. Auch die Teilnahme an Bildungsmaßnahmen ist möglich. Das Integrationsgesetz erlaubt unter bestimmten Voraussetzungen die Erteilung einer sog. Ausbildungsduldung für die Dauer einer Ausbildung, sowie (wiederum unter bestimmten Voraussetzungen) eine Verlängerung der Duldung für zwei weitere Jahre, um Berufserfahrungen zu sammeln (Dienelt 2016).

Abb. 4.1: Relation von Entscheidungen über Erstanträge auf Asyl, 2014–2021



Quelle: BAMF 2022b: 54, eigene Bearbeitung; *Entscheidungen im Rahmen des Dublin Verfahrens; Rücknahme des Asylantrags

Während auf der politischen Bühne immer wieder Kritik an der hohen Zahl von ausreisepflichtigen, geduldeten Ausländer:innen in Deutschland geübt wird und mit markigen Worten gefordert wird, die Ausreisepflicht durchzusetzen, um nicht das Asylrecht ad absurdum zu führen, stellt sich für die Betroffenen das Leben als eine sich fortsetzende Tragödie dar, in der sie immer wieder an Handlungsgrenzen stoßen (vgl. Textbox 4.1). Viele versuchen jedoch, sich trotz der prekären rechtlichen Rahmenbedingungen ein eigenständiges Leben aufzubauen. Sie lernen Deutsch auf eigene Faust und suchen und finden Zugang zum Arbeitsmarkt. Dabei sind sie stets abhängig vom Urteil der kommunalen Ausländerbehörden und der dortigen Praxis im Umgang mit der Duldung, etwa was die Laufzeit betrifft, hinsichtlich der Erteilung oder Lockerung von Wohnsitzauflagen oder hinsichtlich der Erteilung einer Arbeitserlaubnis. Bei all der Unterschiedlichkeit in den individuellen Lebenslagen dominiert bei allen Geduldeten, mit denen wir sprechen, das Gefühl der Ohnmacht.

Textbox 4.1: »Mein Leben ist in einer Sackgasse«

Navid Mussawi* empfängt mich in seiner Wohnung. Sie liegt im obersten Stockwerk eines Punkthochhauses in einer norddeutschen Großstadt. Die Wohnung ist hell und aufgeräumt, auf dem Couchtisch steht eine Schale mit frischem Obst. Ich habe den Eindruck, das Obst sei extra für meinen Besuch gekauft worden, denn es ist eigentlich zu viel für einen Ein-Personen-Haushalt. Es ist heiß an dem Tag meines Besuchs, und ich nehme dankbar ein kühles Wasser als Getränk. Wir starten das Interview mit Navid Mussawi*s Lebensgeschichte. Er stammt aus dem Iran und kam 2019 über Serbien und Österreich nach Deutschland, geschmuggelt unter einem Lastwagen. Die erste Zeit verbrachte er in einer großen Landeserstaufnahmeeinrichtung, wo er komplett von der Außenwelt isoliert war. Als er dann an seinen aktuellen Wohnort übersiedeln konnte,

brach die Corona-Pandemie aus und verlängerte seine Isolation. Deutsch brachte er sich zunächst selbst bei, mit Lehrbüchern und Youtube-Videos. Derzeit absolviert er online einen C1-Deutschkurs. Die aufgeräumte Umgebung kontrastiert stark mit Navid Mussawi*s Lebenslage, denn diese empfindet er selbst als verzweifelt, was im Verlauf unseres Gesprächs immer deutlicher zum Ausdruck kommt. Sein Asylantrag wurde abgelehnt, er ist in Deutschland geduldet und muss diese Duldung alle drei Monate verlängern. Die Ausländerbehörde verweigert ihm eine Arbeitserlaubnis, da er keinen Reisepass vorlegen kann. Auch ein Studium wird ihm untersagt. Dabei hat er bereits viele Schritte unternommen, um sich in Deutschland ein neues Leben aufzubauen. Neben dem eigenständigen Deutschlernen hat er seine Ausbildungszertifikate aus dem Iran übersetzen lassen. Er hat einen Bachelor-Abschluss als Chemie-Ingenieur und möchte darauf aufbauend ein Master-Studium der Umweltwissenschaften absolvieren. Seine Zukunftsvision ist eine eigene Energiefirma, um Wind- und Solaranlagen in Norddeutschland zu errichten. Derzeit wartet er zwar auf seine Studienzulassung, doch er weiß bereits, dass die Ausländerbehörde dem Studium nicht zustimmen wird. Der einzige Weg in die Legalität scheint die Aufnahme einer Ausbildung, verbunden mit einer Ausbildungsduldung zu sein. Er hat viele Bewerbungen geschrieben und drei Angebote bekommen. Navid Mussawi* zeigt mir seinen unterschriftsreifen Ausbildungsvertrag, mit einem netten Anschreiben und Post-Its auf dem Vertragsdokument, die auf die zu unterzeichnenden Felder geklebt sind. Alles ist bereit, doch er wird die Ausbildung nicht antreten können. Denn dafür müsste er die iranische Botschaft aufsuchen, um einen Reisepass zu beantragen, wovor er große Angst hat. Vor allem befürchtet er Repressalien gegenüber Familienangehörigen, die sich noch im Iran aufhalten. Alternativ hat er bereits seine Fahrerlaubnis und seine Geburtsurkunde vorgelegt, doch das reicht der Behörde nicht. Die Duldung lastet schwer auf ihm. Er versucht sich durch Lernen und ehrenamtliche Aktivitäten abzulenken, aber das gelingt nur teilweise. Er betreut eine Familie mit behinderten Menschen im Haushalt und beim Einkaufen und hilft dreimal wöchentlich bei der Tafel. Dennoch fühlt er sich beschämt, wenn er ältere Menschen sieht, die jeden Tag zur Arbeit gehen und ihm bewusst wird, dass er von Sozialleistungen lebt. Seine prekäre Aufenthaltssituation bereitet ihm großen inneren Druck. Er hat Schlafstörungen und befindet sich in psychologischer Behandlung. Für sein Leben fällt ihm die Metapher der Sackgasse ein, in der er feststeckt: »Das ist für mich eine Sackgasse, ich kann nicht vor und nicht zurück.«

Ganz ähnliche Gefühle äußert Arian Moradi*, den ich an seinem Arbeitsplatz in Steinbergen* interviewe, wo er als LKW- und Staplerfahrer für einen mittelständischen Betrieb arbeitet. Er spricht nicht so gut Deutsch wie Navid Mussawi*, aber er kann seine Verzweiflung über die prekäre Lebenssituation genauso klar formulieren, ebenso wie den inneren Druck, der sich dadurch in ihm aufbaut. Auch er stammt aus dem Iran und hat ein gescheitertes Asylverfahren hinter sich. Er ist ausreisepflichtig und rechnet dauernd mit der Abschiebung. Anders als im Fall von Navid Mussawi* hat die Ausländerbehörde ihm trotz der Duldung eine Arbeitserlaubnis erteilt. Sie ist an die Laufzeit der Duldung gebunden und gilt immer nur drei Monate. Wenn die Erneuerung der Papiere zu lange dauert, muss er daher Zwangspausen einlegen und sein Chef muss einige Tage

ohne ihn auskommen. Nach unserem Gespräch schwingt sich Arian Moradi* wieder auf seinen Gabelstapler, freundlich umfangen von seinen Arbeitskollegen. Man sieht, dass er in dieser Firma ein gutes Standing hat. Das wird auch durch seinen Chef unterstrichen, der mich unbedingt auch noch sprechen möchte. Er möchte von mir erfahren, ob politische Änderungen in Aussicht stehen, die sich positiv auf den Aufenthaltsstatus von Arian Moradi* auswirken könnten. Zum Zeitpunkt unseres Gesprächs ist das Chancen-Aufenthaltsrecht[6] noch nicht verabschiedet, aber es scheint bereits klar zu sein, dass Arian Moradi* nicht alle Kriterien erfüllt, um mit dieser neuen Regelung einen Aufenthaltstitel zu bekommen – wie im Übrigen fast alle Geduldeten, mit denen wir im Rahmen unserer Forschungen sprachen. Sein Chef möchte Arian Moradi*s Fall vor die Härtefallkommission des Landes Nordrhein-Westfalen bringen. Er betont die Freundlichkeit und Zuverlässigkeit von Arian Moradi*, und dass er praktisch auf ihn angewiesen ist, wenn er wie geplant seine Firma expandieren möchte. Denn der Arbeitsmarkt für LKW-Fahrer sei leer! Ähnlich wie Navid Mussawi* wirkt Arian Moradi* extrem verzweifelt und unbehaust, obgleich er durch Wohnung, Freundin und Erwerbstätigkeit sozial fest verankert scheint. Er hat massive Schlafstörungen entwickelt, seine Gedanken drehen sich im Kreis. Er teilt mit mir seine Überlegungen, wie er sich aus der Ausweglosigkeit befreien könnte, beispielsweise durch die illegale Weiterreise ins Vereinigte Königreich. Ich rate ihm dringend vom Untertauchen ab und berichte auch ihm von den bevorstehenden Gesetzesänderungen, die Langzeitgeduldeten wie ihm die Schritte in einen legalen Aufenthalt ebnen könnten. Mit einem Gefühl der Vergeblichkeit verlasse ich die Firma, denn ganz offensichtlich hatte man sich von mir konkreten Rat erhofft, den ich nicht wirklich bieten konnte.

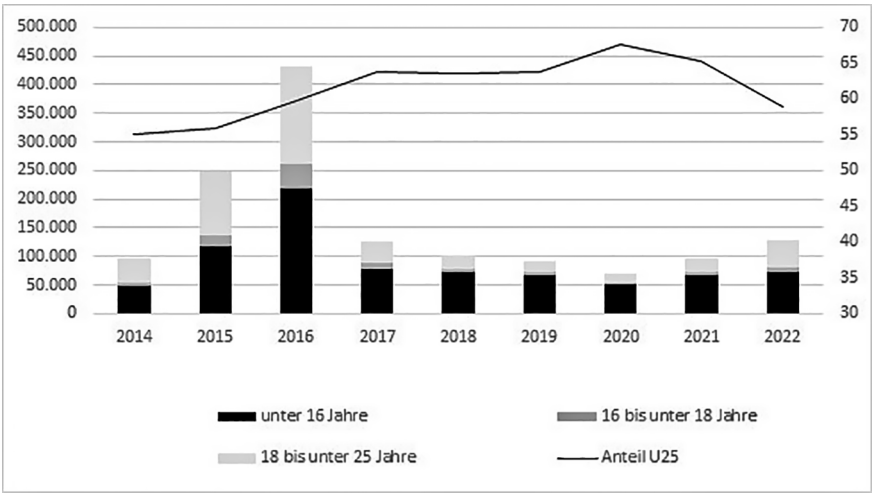
4.3 Fortsetzung von Bildungsbiographien

Bildung und Deutsch-Lernen sind das zweite bestimmende Thema in den drei Fallgeschichten. Neben der großen Bedeutung des Deutschlernens, das die Grundvoraussetzung für den Start in eine qualifizierte Berufstätigkeit ist, wird in den Erzählungen auch das Anknüpfen an die bisherige Bildungsbiographie thematisiert. Dabei spielt das Lebensalter eine entscheidende Rolle. Ramin Jafari* und Sahar Mahmoudi* beklagen die durch die lange Wartezeit auf die Asylentscheidung »verlorenen Jahre« und rechnen sich aus, dass sie bei optimaler Förderung inzwischen vor einem Berufsabschluss oder einem universitären Abschluss in Deutschland stünden. Der Grund, warum sie keinen Deutschkurs belegen konnten und lange um eine Arbeitserlaubnis kämpfen mussten, liegt in ihrem fehlenden Aufenthaltsstatus. Ihr Asylantrag wurde abgelehnt, das Einspruchsverfahren dauert ihrer Information nach »ungefähr ein oder zwei Jahre« – eine lange Zeit für junge Menschen.

6 Das Chancen-Aufenthaltsrecht wurde zum 31.12.2022 eingeführt. Es ermöglicht Langzeitgeduldeten unter bestimmten Voraussetzungen, einen 18-monatigen Aufenthaltsstatus zu erhalten, um während dieser Zeit die Bedingungen für ein längerfristiges Bleiberecht zu erfüllen (vgl. Gesetz zur Einführung eines Chancen-Aufenthaltsrechts vom 21. Dezember 2022).

Familie Salloum* hat ebenfalls keinen Flüchtlingsschutz erhalten, sondern lediglich einen subsidiären Schutzstatus. Doch dieser Status wurde relativ schnell ausgesprochen, und sie hatten sehr schnell einen eigenen Wohnsitz und konnten ihre Kinder damit in einer Schule anmelden. Dieser Verlauf ist alles andere als selbstverständlich: In den meisten Bundesländern unterliegen geflüchtete Kinder und Jugendliche erst der Schulpflicht, nachdem sie einer Kommune zugewiesen wurden. Da viele Kinder und Jugendliche mit ihren Familien zunächst in einer Erstaufnahmeeinrichtungen leben, sind sie oft über Monate vom Schulbesuch ausgeschlossen (Massumi et al. 2015: 35f.). Für diese Praxis wird Deutschland sowohl aus völker- als auch aus kinderrechtlicher Perspektive stark kritisiert (Schwaiger/Neumann 2014: 61f.). Dies ist umso problematischer, als sich für Kinder und Jugendliche das Deutschlernen ganz überwiegend im Rahmen der (vor)schulischen Bildung vollzieht. Angesichts der immensen Zahl von rund 900.000 Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren, die zwischen 2014 und 2022 einen Asylantrag in Deutschland stellten, ist die Gewährleistung einer optimalen bildungssprachlichen Förderung eine riesige Herausforderung für das deutsche Bildungssystem (vgl. Abb. 4.2). Ebenso bedeutsam, und das zeigt das Beispiel von Ramin Jafari* und Sahar Mahmoudi*, ist die Berücksichtigung der jungen Erwachsenen unter 25 Jahren, die häufig mit unterbrochenen Bildungsbiographien nach Deutschland kommen und möglichst zügig Anschlussmöglichkeiten erhalten sollten, um einen schulischen und beruflichen Bildungsabschluss zu erzielen. Ihre Gesamtzahl belief sich in den Jahren 2014–2022 auf 485.500. Insgesamt machten Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene unter 25 Jahren in diesem Zeitraum fast 60 Prozent aller Asylantragstellenden aus.

Abb. 4.2: Asylantragstellende unter 25 Jahren nach Altersgruppen sowie Anteil der unter 25-Jährigen an allen Asylsuchenden, 2014–2022



Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, eigene Bearbeitung

Im Falle der Familien Salloum* und Aboud* konnten die Schullaufbahnen der Kinder also rasch fortgesetzt werden, und auch die Erwachsenen erhielten schnell Zugang zu einem Deutschkurs. Dass die Erfolge in der Schule und beim Deutschlernen sich unterschiedlich einstellten, kann durch das Lebensalter und die bisherige Bildungsbiographie erklärt werden. Während die jüngsten Kinder der Familie Salloum*, die im Grundschulalter nach Deutschland kamen, inzwischen fließend Deutsch sprechen, musste sich Kalila*, die bei der Ankunft 13 Jahre alt war, über verschiedene Hindernisse zum Hauptschulabschluss kämpfen. Sie erlebte dabei mehrere Modelle der schulischen Integration mit all ihren Vor- und Nachteilen: vom »Sprung ins kalte Wasser« – fachsprachlich das »submersive Modell« genannt – bis zum »integrativen Modell«, bei dem zugewanderte Kinder zunächst separat im Fach Deutsch als Zweitsprache (DaZ) unterrichtet und mit zunehmenden Deutschkenntnissen schrittweise in die Regelklasse integriert werden (Massumi et al. 2015: 48f.). Die Probleme, die sie dabei schildert, können durchaus als repräsentativ betrachtet werden (vgl. Massumi 2023: 608f.): während sie beim »submersiven Modell« zunächst völlig überfordert wird, fehlt ihr in der DaZ-Klasse der Anreiz, Deutsch im Alltag zu nutzen, da sie ausschließlich Kontakte zu anderen zugewanderten Kindern hat, die überdies die gleiche Herkunftssprache sprechen. Kalila* erreicht ihren Schulabschluss innerhalb von vier Jahren durch massive Unterstützung seitens ihres sozialen Umfeldes und durch hohe Eigenmotivation, und weil die Lehrkräfte Rücksicht auf ihre noch lückenhaften Deutschkenntnisse nehmen, wie sie betont: »In der Pause auch geh' ich mal zu meine Lehrer, sag' ich mal, ›hab ich das nicht verstanden. Kannst du nochmal vielleicht für mich erklären?‹ oder die haben auch mir immer leichte Aufgaben gegeben.« Allein ihrem Sprachduktus nach lässt sich erahnen, mit welchen Schwierigkeiten sie immer noch bei der Verwendung von Deutsch als Bildungssprache konfrontiert ist. Das ist auch nicht verwunderlich, denn empirische Studien zeigen, dass es in der Regel mindestens sechs Jahre dauert, bis die jeweilige Landessprache auf dem Niveau der Jahrgangsstufe gesprochen wird (Collier/Thomas 2017). Kalila* hat hier also weiterhin Schulungsbedarf, um später erfolgreich eine Ausbildung abschließen zu können.

Sehr positiv stellen Adila und Mohammed Aboud* die Bildungskarrieren ihrer Kinder dar. Diese können nahtlos von der syrischen in die deutsche Gymnasialausbildung wechseln, wobei gute Kenntnisse des Englischen als erste Möglichkeit der Verständigung dienen. Sie finden schnell Anschluss bei den deutschen Mitschüler:innen, lernen Deutsch und absolvieren nach wenigen Jahren erfolgreich die Abiturprüfungen. Dabei ist der von den Eltern an sie herangetragene hohe Bildungsanspruch eine stete Richtmarke, die sie internalisieren. Neben den individuellen Fähigkeiten und Vorerfahrungen, die die Kinder der Abouds* mitbringen, sind auch die Rahmenbedingungen des jeweiligen Bildungsstandortes und die Haltungen von Lehrer:innen und Schulbehörden maßgeblich für die Fortsetzung von ambitionierten Bildungsbiographien. In vielen Fallgeschichten wurden geflüchtete Jugendliche von den Schulbehörden einer Sekundarschule zugeteilt, die keine gymnasiale Oberstufe enthält. Bei diesen Entscheidungen schwingt die implizite Annahme mit, dass die Jugendlichen in den wenigen Jahren bis zum Ende der Schulpflicht nicht mehr ausreichend Zeit haben, um Deutsch zu lernen und zugleich die Leistungsanforderungen der gymnasialen Oberstufe zu bewältigen (vgl. Textbox 4.2). Diese implizite Annahme wird auch durch die Struktur

der Willkommensklassen reproduziert, die sich im Sekundarschulbereich überwiegend an Schulformen ohne gymnasiale Oberstufe befinden. Oft intervenieren Eltern nicht gegen die Schulartzuweisung, weil ihnen aufgrund mangelnder Kenntnisse des deutschen Schulsystems die langfristigen Konsequenzen nicht klar sind. Doch ohne gezielte Interventionen bei den Schulbehörden gelingt der Wechsel auf ein Gymnasium selten.

Textbox 4.2: »Also Abitur schaffen die auf jeden Fall nicht!«

Das Interview mit Haina Hamad* findet im Sommer 2022 statt. Zu dieser Zeit absolviert sie ein Freiwilliges Soziales Jahr in einem soziokulturellen Zentrum an ihrem Wohnort. Anschließend möchte sie Soziale Arbeit studieren. Haina Hamad* ist 20 Jahre alt und kam im September 2015 nach Deutschland. Sie wurde einer Willkommensklasse an einer Oberschule zugeteilt, um zunächst einmal Deutsch zu lernen. »Es waren nur Ausländer, die neu in Deutschland waren. Wir haben dort für ein Jahr Deutsch gelernt und nur Deutsch. […] Also, die Idee war halt, dass die Schüler jetzt zwei Jahren in einem Deutschkurs lernen und dann eventuell auf ganz normale Klassen gehen. Allerdings waren wir halt auch verschiedene Leute mit verschiedenem Alter und auch verschiedenen Herkunftsländern.« Sie selbst wird mit ihrer vier Jahre jüngeren Schwester in die gleiche Klasse eingewiesen. Wissensbestände und Interessen liegen weit auseinander. Da in der Klasse ausschließlich Sprachunterricht stattfindet, fürchtet die Mutter um die Schulkarriere ihrer Kinder. Sie wendet sich an eine Beratungsstelle für Migrant:innen, um mit deren Hilfe die Einschulung in eine Regelklasse zu erreichen, und zwar auf einem Gymnasium. »Mama meinte, die Kinder eigentlich beziehungsweise die Jugendlichen brauchen nicht so viel Zeit, auf jeden Fall nicht so zwei Jahren, um Deutsch zu lernen, sondern die brauchen wirklich Schule. Sonst vergessen die auch die anderen Fächer, und die sind auch ganz wichtig. Deshalb hat sie versucht, uns an eine andere Schule zu schicken. Und dann haben die gesagt: ›Nein, also Gymnasium oder Abitur schaffen die auf jeden Fall nicht.‹« Schließlich kann die Schulbehörde überzeugt werden und Haina* wird in die achte Klasse eines Gymnasiums eingeschult. Anfangs ist sie sehr zurückhaltend, doch sie wird von ihren Mitschüler:innen sofort in alle Aktivitäten einbezogen und gewinnt nach und nach an Selbstbewusstsein: »Also, am Anfang war ich so ganz leise. Ich habe mit den Leuten gar nicht gesprochen, weil, ich wusste nicht: Was soll ich sagen, was soll ich sprechen? Worüber spreche ich? Worüber spreche ich nicht? Und dann war ich wirklich so für zwei, zweieinhalb, drei Jahren sehr leise. Ich habe ja nicht so viel Kontakt gehabt mit den Leuten. Aber ich war immer mit. Also, wir sind immer zusammen gelaufen. Die haben mich auch zu Geburtstagsfeiern eingeladen. […] Und dann ab der zehnten Klasse, glaube ich, habe ich so-, ich war richtig so offen.« Im Jahr 2021 besteht sie ihr Abitur. Ihre Deutschkenntnisse mögen nicht perfekt sein, doch das war am Ende kein Hindernis, um den Schulabschluss zu schaffen: »Und die haben auch immer erzählt, dass Gymnasium sehr schwer ist, und man kann sie nicht so schaffen, und man braucht so viel Wissen, Zeit. Und man muss so gut im Sprache sein, so was. Und wir haben wirklich gedacht: ›Was ist ein Gymnasium? Gehen nur sehr gute Leute hin?‹ Im Endeffekt war das ganz normal, wie meine Schule zum Beispiel jetzt in Libanon. Also, es ist nicht so was ganz Besonderes jetzt, sage ich mal.« Während sie

selbst ihre Bildungsambitionen weiterverfolgen kann, sieht Haina* bei ihren ehemaligen Mitschüler:innen aus der Willkommensklasse weniger Erfolge, weil ihnen nicht mehr ausreichend Zeit geblieben ist, um sich auf einen Schulabschluss vorzubereiten: »Also, wenn ich jetzt gucke, wo jetzt die anderen [sind], die mit mir waren, kann ich feststellen, dass alle entweder Berufsschule oder jetzt nichts eigentlich machen. Also, die Idee war halt, dass die Schüler jetzt zwei Jahren in einem Deutschkurs jetzt lernen und dann eventuell auf ganz normale Klassen gehen. […] Und man kann uns jetzt, den Jugendlichen, den älteren Jugendlichen, nicht so viel Zeit geben. Sonst werden wir am Ende 18 Jahre alt und dann dürfen wir nicht mehr zur Schule gehen.«[7]

4.4 Die Herausforderung des Deutsch-Lernens

Auch für die erwachsenen Geflüchteten in unseren drei Fallgeschichten ist der Faktor Zeit von Relevanz. Sie, die bereits Ausbildungsabschlüsse und Berufserfahrungen mitbringen, müssen alles daransetzen, diese möglichst schnell in den deutschen Arbeitsmarkt einzubringen, ansonsten droht die Entwertung oder der Verlust dieses ›kulturellen Kapitals‹. Eine wichtige Brückenfunktion zur Übertragung von Kenntnissen und Fähigkeiten hat das Erlernen der deutschen Sprache. Seit dem Jahr 2005 gibt es in Deutschland dafür den so genannten ›Integrationskurs‹ in vollzeitschulischer Form. Er besteht aus 600 (Schul)Stunden Deutschunterricht sowie 100 Stunden Schulungsinhalten zur Kultur, Politik und dem Rechtssystem in Deutschland, und schließt mit einer Sprachprüfung auf der Niveaustufe B1 (GER)[8] ab. Daran können sich bei Bedarf weiterführende und berufsspezifische Sprachkurse anschließen, denn für die meisten qualifizierten Berufsfelder ist ein Niveau von mindestens B2 erforderlich.

Für viele Geflüchtete stellt das Deutsch-Lernen eine große Hürde dar. Die Sprache wird von den meisten als schwierig empfunden, Vorkenntnisse existieren kaum. Manche schaffen auch nach mehreren Anläufen das Niveau B1 nicht, andere haben Level C1 oder C2 zum Ziel und sehen eine endlos lange Zeit des Deutschlernens vor sich. Ja nach Angebot dauert ein B1-Kurs zwischen einem halben und einem ganzen Jahr. Während der B1 Kurs in der Regel ein Vollzeitkurs ist, werden die weiterführenden Kurse auch häufig in Teilzeitform angeboten, so dass auch Berufstätige eine Chance haben, die Kurse zu besuchen.

Für all diese Kurse gibt es Fördermöglichkeiten bzw. sie können nach einer entsprechenden Genehmigung durch das BAMF oder das Jobcenter kostenfrei besucht werden. Falls ein Kurs selbst bezahlt werden muss, schlägt dies mit 195 EUR pro Modul zu Buche, in Summe 1.365 EUR für einen Integrationskurs (Stand: 2022). Die Bezahlpflicht trifft

7 Interview mit Haina Hamad* (Pseudonym), aus Libanon, Juni 2022.

8 GER ist der Gemeinsame Europäische Referenzrahmen für Sprachen, der über mehrere Stufen von der Anfängerstufe bis zum muttersprachlichen Niveau führt. Die grundlegenden drei Niveaus sind A: Elementare Sprachverwendung, B: Selbstständige Sprachverwendung und C: Kompetente Sprachverwendung (https://www.europaeischer-referenzrahmen.de/).

auf jene Geflüchteten zu, die sich noch im Asylverfahren befinden, die aus Ländern mit einer ›schlechten Bleibeperspektive‹ kommen, oder deren Asylantrag abgelehnt wurde und die sich demzufolge mit einer Duldung in Deutschland aufhalten. Sie müssen entweder die Kosten selbst aufbringen oder sich andere Möglichkeiten des Deutschlernens suchen, die kostengünstiger sind.

Das iranische Paar Ramin Jafari und Sahar Mahmoudi* aus unseren Fallbeispielen erhielt keinen geförderten Sprachkurszugang, solange ihr Status nicht geklärt war. Die junge Bauingenieurin Sahar Mahmoudi* beklagt im Interview den Verlust von zwei Jahren, die das Asylverfahren bereits andauert und während derer sie von Weiterbildungsmaßnahmen ausgeschlossen wurde. Die Verweigerung des Sprachkurszugangs durch die Ausländerbehörde erscheint ihr unlogisch, denn nicht nur wird sie am persönlichen beruflichen Fortkommen gehindert, sondern sie sieht auch den gesamtgesellschaftlichen Verlust angesichts des in Deutschland herrschenden Fachkräftemangels. Da beide bereits Fremdsprachkenntnisse besitzen und gut gebildet sind, meisterten sie das Deutsch-Lernen schließlich im Selbststudium.

4.4.1 Deutsch-Lernen im Erwachsenenalter

Die Ambitionen, persönlichen Ressourcen und Lebensumstände sind bei den Geflüchteten sehr unterschiedlich. Insbesondere Menschen, die bereits im fortgeschrittenen Erwachsenenalter sind, können sich häufig kaum vorstellen, nochmals die Schulbank zu drücken, und sie haben häufig auch Schwierigkeiten mit dem Setting des schulischen Lernens. Das Ehepaar Adila und Mohammed Aboud* kritisiert die Fixierung der deutschen Behörden auf das Sprachzertifikat, anstatt eine rasche Eingliederung in den Arbeitsmarkt voranzutreiben. Mohammed Aboud* gibt sich im Interview überzeugt, dass er durch die praktische Begegnung mit deutschen Arbeitskolleg:innen die Sprache einfacher und schneller hätte lernen können als durch den Besuch von Deutschkursen. So, hat er gehört, wird das beispielsweise in Dänemark praktiziert. Er reflektiert zudem die gesamtgesellschaftlichen Auswirkungen dieser Praxis und kritisiert die Kosten der intensiven Sprachausbildung für die Behörden und damit letztlich die Steuerzahler:innen:

> Guck mal in Dänemark, zu erste Tag, die Leute gehen nach Arbeit. In Arbeit lernen die Sprache besser, aber hier in Deutschland werden sechs Monate Schule, danach Arbeit. Bei uns drei Jahre. Wir mussten, nein [Adila], du hast bestanden B1, soll sie gehen in B2, C1, C2. Warum? B1 ist genug für mich. Warum B2, Warum C1? Das ist alles Geld![9]

Als Eltern von vier Kindern voll im Leben stehend, fühlten sich Adila und Mohammed Aboud* nicht wohl mit ihrer Rolle, die sie wieder zurück auf die Schulbank verwies. Dennoch erreichten sie in der Kombination des Berufsanerkennungsverfahrens und des Deutsch-Zertifikats eine berufliche Anschlussmöglichkeit in der Tätigkeit des Sozialassistenten, die zwar im Status weit unter ihrer ursprünglichen Qualifikation liegt, aber die ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht.

9 Interview mit Adila und Mohammed Aboud* (Pseudonyme), aus Syrien, Mai 2022.

Wesentlich schwieriger gestaltet sich der sprachliche und berufliche Neuanfang bei den Eltern Salloum*. Ebenso wie für Adila und Mohammed Aboud* sollten sie zunächst in einem Integrationskurs so viel Deutsch lernen, um ihren Alltag selbständig bewältigen zu können. Doch beide haben in Syrien nur eine elementare Schulbildung erlebt, aus der der Vater unzureichend alphabetisiert hervorgegangen ist. Durch die Defizite in der arabischen Schriftsprache fällt ihm das Lernen umso schwerer, wie Tochter Kalila* meint:

> Er konnte auch nicht lesen, nicht auf Arabisch schreiben, nur ganz wenig. Und musste erst Deutsch lernen. Er konnte das auch nicht übersetzen. Und das war, ist ein bisschen zu viel. Also mein arabisch Sprache, das hat mir geholfen, weil hab das immer übersetzt. Aber der kann das nicht übersetzen.[10]

Was Kalila Salloum* hier anspricht, zeigen auch repräsentative Studien zum Spracherwerb von Geflüchteten in Deutschland: Je jünger und je besser gebildet sie sind, desto rascher stellt sich der Lernerfolg ein. Die Repräsentativumfrage des Sozioökonomischen Panels (SOEP), innerhalb derer seit 2016 auch eine Sonderstichprobe von Geflüchteten regelmäßig zu ihren Lebensumständen befragt wird, zeigt, dass von den über 50-Jährigen vier Jahre nach der Einreise noch 50 % gar keine oder schlechte Deutschkenntnisse aufweisen, während dieser Anteil bei den 18- bis 30-Jährigen nur noch 10 % umfasst. Ein ebenso deutlicher Zusammenhang zeigt sich zwischen Bildungsstand und Lernerfolg im Deutschkurs, wofür die geringeren (und bei den Älteren weit zurückreichenden) Lernkompetenzen und eine teils fehlende Alphabetisierung verantwortlich gemacht wird (Niehues/Rother/Siegert 2021: 6f.). Möglicherweise werden viele der älteren Geflüchteten nie das für qualifizierte Beschäftigungen erforderliche Sprachniveau erreichen.

4.4.2 Verteilung und Zugang zu Lerninfrastrukturen

Angesichts der großen Zahlen von Geflüchteten wurden in den Jahren 2015 und 2016 die Sprachkurse bundesweit massiv aufgestockt. Viele neue Bildungsanbieter drängten auf den lukrativen Markt, und es wurden auch Lehrkräfte ohne spezifische Fachkenntnisse im Fach ›Deutsch als Zweitsprache‹ eingestellt. Dies ging vielerorts zu Lasten der Qualität, wie auch eine kommunale Integrationsexpertin anmerkt und deutlich Kritik an der Zulassungspraxis des Bundesamtes übt, das damals nach Papierlage über die Eignung von Bildungsträgern entschied, ohne die Stellungnahmen der Kommunen im Vorfeld einzubeziehen:

> Also das BAMF, […] haben Sprachkursträger zugelassen, keine Ahnung, woher die kamen, wo wir als, in den Kommunen immer gesagt haben, na wer kontrolliert das eigentlich, ja, wer da alles Sprachkurse anbieten darf oder Integrationskurse. Wir hatten vor der Fluchtzuwanderung über viele Jahre in [Ortsname] eine Kursträgergemeinschaft verschiedener Träger, die eben Integrationskurse anbieten. Die haben auf fachlich sehr hohem Niveau immer gearbeitet. Und die waren auch immer gut miteinander

10 Interview mit Kalila Salloum* (Pseudonym), aus Syrien, März 2019.

> in Kooperation, und das funktionierte. Und als dann auf einmal Geld kam, […] Also, alle boten dann irgendwie Integrationskurse an. […] Ich will die jetzt nicht alle schlecht machen. Von denen sind auch einige immer noch am Markt, und die machen auch Superarbeit. Aber da war eben auch vieles dabei, wo wir gesagt haben, bitte, bitte, bitte, lass die Phase vorbei sein, damit wir endlich auch wieder in diese qualitativ[e] [hochwertige Arbeit investieren können].[11]

Tatsächlich berichten die Geflüchteten in unseren Interviews von sehr unterschiedlichen Kurserfahrungen und können Lehrkräfte benennen, in deren Unterricht sich rasch ein Lernerfolg einstellte, während andere als unmotiviert erlebt wurden. Auch die Heterogenität der Lerngruppen wurde immer wieder als Hemmnis für den Lernerfolg thematisiert. Eine weitere Problematik ist das Ausbringen der Sprachkurse in die Fläche, insbesondere wenn es um weiterführende oder berufsspezifische Sprachkurse geht. Die weiterführenden Kurse, die auf das Sprachniveau qualifizierter Berufe vorbereiten, umfassen allgemeinsprachliche Kurse mit dem Ziel, die Sprachniveaus B2 bis C2 zu erreichen, sowie Spezialkurse für verschiedene Berufsgruppen, wie etwa Gesundheits- und Heilberufe. Insbesondere bei den berufsbezogenen Spezialkursen gibt es eine große regionale Varianz in der Angebotsdichte. Ein Blick in die entsprechende Statistik des Jahres 2021 zeigt, dass über die Hälfte aller Sprachkurse in den Bundesländern Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Nordrhein-Westfalen begonnen worden waren, während lediglich 9 % aller Kurse in den ostdeutschen Bundesländern (ohne Berlin) starteten. Für Interessent:innen aus dem Bereich der Gesundheitsfachberufe wurden 2021 in Bayern 12 Kurse angeboten, in Sachsen nur einer, und in Thüringen und Sachsen-Anhalt kein einziger (BAMF 2022a: 32). Da eine Mindestteilnehmerzahl für die Durchführung der Sprachkurse notwendig ist, entstehen für Bewerber:innen teils Wartezeiten, oder sie müssen lange Pendelwege auf sich nehmen, um die erforderlichen Kurse zu besuchen. Vor allem für Geflüchtete, die in ländlichen Regionen untergebracht sind, gibt es oft nur wenige Möglichkeiten der weiterführenden Sprachausbildung.

4.4.3 Spracherwerb und Elternschaft

Ein zusätzliches Problem stellt sich für junge Eltern. Zwischen Erwerbstätigkeit und der Versorgung von Kleinkindern bzw. dem Bringen und Abholen von Kindern bleiben meist nur kleine Zeitfenster, die nicht ausreichen, um den Sprachkurs zu besuchen, vor allem wenn noch Pendelzeiten hinzukommen. Dies beklagt auch der Familienvater Hakim Azza*, den wir in einer ländlichen Region Niedersachsens treffen. Nach dem Absolvieren des B1-Niveaus wollten er und seine Frau gerne einen weiteren Sprachkurs belegen, um das Niveau B2 zu erreichen. Doch am ländlichen Wohnstandort gibt es kein passendes Angebot, und zum Pendeln fehlt ihnen die Zeit:

> Meine Frau jetzt, sie hat auch Niveau B1 gemacht. Die hat auch fertig. Aber sie ist wieder jetzt schwanger, das vierte Kind. Eigentlich wir haben zwei Jungs und ein Mädchen. Und eigentlich sie wollte B2 machen. Aber in [Ortsname 1] es gibt kein B2. Sie müsste

11 Interview mit der Integrationsbeauftragten einer norddeutschen Großstadt, Februar 2022.

> nach [Ortsname 2] fahren. Und meine Kinder in Kindergarten und Schule und ich muss arbeiten. […] Eigentlich wir wollen das B2. Und dann habe ich keine Chance. Nur hier in [Ortsname 2] zurzeit. Es war auch so ein Pech. Aber eigentlich hoffen wir. Wenn wir zum Beispiel in Hamburg, in große Stadt, es gibt immer die Chance, mehr Chancen als hier.[12]

Ein Blick in die relevanten Repräsentativerhebungen zeigt, dass sich der Fortschritt beim Deutschlernen unter den Geflüchteten-Kohorten der Jahre 2013 bis 2016 zwischen Frauen und Männern zunächst stark spreizt: so attestieren sich in der Geflüchteten-Stichprobe des Sozioökonomischen Panels 53 % der jungen Väter, aber nur 28 % der jungen Mütter gute bis sehr gute Deutschkenntnisse (Niehues/Rother/Siegert 2021). Dieser Unterschied resultiert aus der Kombination der ungleich verteilten familiären Sorgearbeit in Verbindung mit fehlender Kinderbetreuungsinfrastruktur bzw. fehlendem Zugang zu Kinderbetreuung (ebd.). Diese Beobachtung brachte auch etliche der befragten Ehrenamtlichen auf die Palme, wie hier eine Integrationshelferin aus einem fränkischen Dorf berichtet:

> Wir hatten ja noch Kinderbetreuung parallel zu dem Deutschunterricht für ALLE, weil uns war wichtig, dass auch die FRAUEN mitkommen, hatten wir ja für die Neugeborenen immer noch jemanden da, der sich um die Kinder gekümmert hat. Also im Gang vom Schulhaus war dann der Babywagen und wenn es jetzt ganz pressiert hat, ist die Mutter geholt worden, aber ansonsten war die im Unterricht dann halt. Das war uns WICHTIG. Und am Anfang war es ja auch, glaube ich, von staatlicher Seite so, dass eher auf die MÄNNER, die haben einen Unterricht bekommen und da haben wir Frauen uns natürlich schon aufgeregt, weil Bildung ist alles, ohne das geht es nicht.[13]

Was die Gesprächspartnerin hier so energisch vorträgt, ist die Umsetzung eines inklusiven Ansatzes des Deutschlernens, den die Ehrenamtlichen aus ihrer weiblichen Perspektive und aus einem Solidaritätsempfinden unter Frauen möglich gemacht hatten. Ein ähnliches Engagement ist vielerorts anzutreffen, jedoch haben die ehrenamtlich angebotenen Sprachkurse häufig zu wenig Struktur und Kontinuität, um Geflüchtete an die erforderlichen Niveaustufen heranzuführen. In der Längsschnittanalyse der SOEP-Daten zeigt sich allerdings, dass mit dem Älterwerden der Kinder Frauen in ihrer Deutschkompetenz aufholen. Auch die Teilnahmestatistik der Sprachkurse zeigt einen Anstieg des Frauenanteils von 48 % im Jahr 2019 bis auf 56 % im Jahr 2021, und zwar vor allem bei Frauen in der Altersgruppe 35–45, einem Alter also, in dem sich die familiäre Situation in der Regel konsolidiert (Niehues/Rother/Siegert 2021: 9).

4.4.4 Gesundheit als Ressource

Neben strukturellen und demographischen Aspekten spielt auch die Frage des Gesundheitszustandes von Geflüchteten eine wichtige Rolle für den Neuanfang in Deutschland.

---

12 Interview mit Hakim Azza* (Pseudonym), Mai 2022.

13 Interview mit Elisabeth Unger* (Pseudonym), ehrenamtlich Engagierte in Berglach* (Pseudonym), Mittelfranken, November 2019.

Die Migrationsforscherin Judith Kohlenberger betont die Bedeutung von körperlicher und psychischer Gesundheit als »eine der zentralsten Ressourcen eines Menschen, um an Gesellschaft, Arbeitsmarkt und Freizeit- und Kulturleben eines Landes teilhaben und sein persönliches wie berufliches Potenzial entfalten zu können« (Kohlenberger 2023: 641). Hier sind nicht nur fluchtspezifische Traumatisierungen zu berücksichtigen, die Geflüchtete daran hindern könnten, ihre Potenziale auszuschöpfen, und von denen nach Schätzungen rund ein Viertel der 2015/16 in Deutschland angekommenen Geflüchteten betroffen sind (Leopoldina 2018). Gerade bei den älteren Geflüchteten spielen auch die Lebensbedingungen und Möglichkeiten der Gesundheitsversorgung vor der Flucht eine Rolle, z.B. die Diagnose und Behandlung chronischer Erkrankungen wie Diabetes oder Bluthochdruck. Hinzu kommt die Geschwindigkeit des Alterungsprozess: ein 50-jähriger Geflüchteter ist nicht das Gleiche wie ein 50-jähriger Deutscher, sagt uns ein Gesprächspartner in einem unserer Interviews: »Der Deutsche ist noch jung und gesund, der Flüchtling ist mit 50 bereits ein alter Mann mit multiplen Gesundheitsproblemen«.[14] Familienvater Salloum* wird möglicherweise mit Ende 40 kein ausgedehntes Berufsleben mehr in Deutschland haben, nicht nur, weil ihm die Deutschkenntnisse fehlen, sondern weil er von seinem bisherigen Leben gesundheitlich stark gezeichnet ist.

Die drei Fallgeschichten weisen auf je unterschiedliche Verläufe und Möglichkeiten des Neu-Anfangens hin, die neben den formalen und rechtlichen Voraussetzungen abhängig sind vom Lebensalter, Geschlecht und Familienstand, dem Gesundheitszustand und dem Bildungsstand. Viele dieser Aspekte sind nicht nur objektiv entscheidend, sondern auch in ihrer subjektiven Bedeutung, insofern sie seitens der handelnden Akteure aufgrund von subjektiven Annahmen eine bestimmte Platzierungsentscheidung nach sich ziehen. Davon wird später noch die Rede sein.

14 Interview mit Hassan Attalan* (Pseudonym) aus dem Irak, April 2022.

Kapitel 5 – Autonomie und Beschränkung: Geflüchtete und der Arbeitsmarkt

Arbeit ist sowohl für die Geflüchteten als auch für die Aufnahmegesellschaft eminent wichtig. Für die Geflüchteten bedeutet die Erwerbstätigkeit nicht nur eine Wiedererlangung von Unabhängigkeit, sondern auch die Wiederherstellung von Selbstwert und die Möglichkeit, mit Mitgliedern der Aufnahmegesellschaft auf Augenhöhe zu agieren. Für die aufnehmende Gesellschaft bzw. den aufnehmenden Staat ist die ökonomische Unabhängigkeit von Geflüchteten ebenfalls relevant, denn sie entlastet die sozialen Transfersysteme. Auf lange Sicht wird sich diese Transferbeziehung umkehren, indem Geflüchtete durch die Ausübung sozialversicherungspflichtiger Tätigkeiten in die Sozialversicherungen einzahlen. Doch dafür brauchen beide Seiten, die Geflüchteten und die Aufnahmegesellschaft, einen langen Atem.

Die antizipierte »Nützlichkeit« von Migrant:innen ist durch alle Phasen der deutschen Einwanderungsgeschichte ein bedeutendes Argument zur Stabilisierung des Migrationsdiskurses. Geflüchtete werden dabei nicht ausgenommen, obgleich ihre Anwesenheit ja eigentlich in einem humanitären Begründungszusammenhang steht, nicht in einem arbeitsmarktbezogenen. An dieser Stelle tritt eine der Paradoxien zutage, die die Migrationsforscherin Judith Kohlenberger (2022) in ihrem Buch »Das Fluchtparadox« beschreibt: einerseits sollen Geflüchtete einen verletzlichen – vulnerablen – Eindruck machen, um von der Gesellschaft als glaubwürdig Schutzberechtigte akzeptiert zu werden. Andererseits sollen aber die ›echten‹ Geflüchteten, also die vulnerablen Menschen, nach ihrer Aufnahme in Deutschland möglichst rasch ihre fluchtbedingten Traumata überwinden und auf dem Arbeitsmarkt aktiv werden, um der aufnehmenden Gesellschaft nicht unnötig lange auf der Tasche zu liegen.

Der Spagat zwischen Vulnerabilität und Leistungsbereitschaft und die damit verbundene Frage der Legitimität von Flucht und Asyl beherrscht die öffentliche Debatte seit Jahren. Die Massenankunft ukrainischer Geflüchteter im Jahr 2022 hat diese diskursiven Setzungen sogar weiter verstärkt, denn nun müssen sich die 2015 und 2016 ins Land Gekommenen, die meist aus asiatischen und arabischen Ländern stammen, gegen die europäischen Geflüchteten aus der Ukraine behaupten, und erleben dabei eine fortwährende Herabkategorisierung: Während die einen als ›europäisch‹, ›weiß‹, ›kul-

turgleich‹ und ›echte Flüchtlinge‹ gerahmt werden, werden die Menschen aus Afghanistan, Iran, Syrien oder Eritrea als ›nicht-europäisch‹, ›kulturfremd‹ und ›muslimisch‹ markiert und die Legitimität ihrer Flucht und Anwesenheit in Deutschland fortwährend in Frage gestellt. Hinzu kommen stereotype Vorstellungen zur Rolle der Frau in muslimisch geprägten Gesellschaften und Annahmen zu Herkunft der Geflüchteten aus ärmlichen Verhältnissen, woraus schließlich negative Ableitungen in Bezug auf den Qualifikationsstatus der Geflüchtetenkohorte 2015/16, ihre Beschäftigungsneigung und ihre Integrationsfähigkeit in den deutschen Arbeitsmarkt resultieren.

5.1 Was ist anders an der Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten?

Der Versuch, verschiedene Gruppen von Einwander:innen und Geflüchteten hinsichtlich ihrer ›Nützlichkeit‹ zu vergleichen, ist auch deshalb so problematisch, weil Geflüchtete unter ganz anderen Voraussetzungen Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten als Arbeitsmigrant:innen. Während letztere ihre Einwanderung gezielt vorbereiten können und häufig bereits mit Deutschkenntnissen und einer Arbeitsplatzzusage ins Land kommen, müssen Geflüchtete sich zunächst einen Überblick über ihre Handlungsspielräume verschaffen, Möglichkeiten des Spracherwerbs suchen und die Klärung ihres Schutzstatus abwarten, was sich im ungünstigen Fall über Jahre hinziehen kann. Eine weitere Schwierigkeit, die im Übrigen alle Zugewanderten betrifft, ist die Übertragung ihrer Kenntnisse und Fähigkeiten aus dem Herkunftsland in den deutschen Arbeitsmarkt. Nicht nur fehlende Sprachkenntnisse stellen hier eine Hürde dar, sondern auch die oft schwierige Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen. Berufsanerkennungsverfahren sind zwar nur für die sog. reglementierten Berufe wie z. B. im Bereich Pflege, Gesundheit und Erziehung vorgeschrieben, doch auch für andere Berufsgruppen wird häufig ein Berufsanerkennungsverfahren empfohlen, weil es einen bestimmten Qualifikationsstand zertifiziert und so die Verhandlungsposition auf dem Arbeitsmarkt verbessert (Brücker et al. 2021a). Schwierig wird dies vor allem in Ausbildungsberufen, in denen Geflüchtete teils fundierte praktische Kenntnisse und Erfahrungen mitbringen, dies aber nicht durch ein entsprechendes Ausbildungszertifikat belegen können, weil ein System der dualen Berufsausbildung in ihren Herkunftsländern schlicht und einfach nicht existiert.

In der Konsequenz benötigen Geflüchtete mehr als doppelt so lang als andere Migrant:innen (nämlich 14 im Vergleich zu sechs Jahren), um eine Beschäftigungsquote von 70 % zu erreichen – was in etwa der Beschäftigungsquote der deutschen Wohnbevölkerung im Erwerbsalter gleichkommt (Brücker/Jaschke/Kosyakova 2019). Dabei mindern langwierige Asylverfahren die Wahrscheinlichkeit, auf dem deutschen Arbeitsmarkt Fuß zu fassen (Kosyakova/Brenzel 2020). Zudem finden sich Geflüchtete, wenn sie dann auf dem Arbeitsmarkt angekommen sind, häufiger in prekären Beschäftigungsverhältnissen wieder als Einheimische, und sie sind häufiger unterhalb ihrer eigentlichen Qualifikation beschäftigt. Auch ihr Arbeitslohn ist nachhaltig geringer als jener von Deutschen oder anderen Migrant:innen: Während letztere nach fünf Jahren auf 93 % des Lohnniveaus von Deutschen kommen, erreichen Geflüchtete nach fünf Jahren lediglich 76 % des deutschen Durchschnittsverdienstes (Brücker/Jaschke/Kosyakova 2019).

Interessant ist in diesem Zusammenhang der Vergleich mit ukrainischen Geflüchteten, die ja 2022 durch die Implementierung der temporären Schutzverordnung sofort Zugang zum Arbeitsmarkt, zu Deutschkursen sowie zu den Vermittlungs- und Fördermaßnahmen der Arbeitsämter und Jobcenter hatten. Laut einer im Sommer 2022 durchgeführten Repräsentativbefragung besaß ein Großteil der ukrainischen Befragten einen akademischen oder vergleichbaren Bildungsabschluss (72 %) und war vor der Flucht erwerbstätig (85 %). Zwar waren viele Befragte zunächst noch in einem Deutschkurs angemeldet, jedoch zeigten sie auch in Deutschland eine hohe Erwerbsneigung, und 17 % der Befragten im Erwerbsalter waren wenige Monate nach ihrer Ankunft bereits in Deutschland berufstätig. Ein Vergleich der Beschäftigungsstruktur vor und nach der Flucht zeigte allerdings eine erhebliche Dequalifizierung: Während vor der Flucht 68 % der Befragten einer ›Experten-‹ oder ›Spezialistentätigkeit‹ nachgegangen und lediglich drei Prozent auf Helfer:innen-Niveau beschäftigt waren, arbeiteten zum Befragungszeitpunkt in Deutschland nur noch 46 % der Erwerbstätigen auf Expert:innen-Niveau und der Anteil der ungelernten Tätigkeiten hatte sich von 3 % auf 19 % erhöht (IAB et al. 2023). Selbst wenn zu diesem frühen Zeitpunkt nach der Ankunft eine entsprechende Abwärtsverschiebung erwartbar ist, bleibt doch die Frage, wie die langfristige Entwicklung aussehen könnte und welche nicht von den Geflüchteten zu verantwortenden Faktoren zu einer Platzierung in niedrig qualifizierte und mäßig entlohnte Beschäftigungen führen.

Eine wissenschaftliche Antwort findet sich in Theorien zur Unterschichtung auf dem Arbeitsmarkt, die die Platzierung von Migrant:innen in schlechteren Arbeitsmarktsegmenten unter anderem durch das Aufwärtsstreben der Einheimischen erklären. Der amerikanische Ökonom Michael J. Piore (1978) beispielsweise beschreibt in seiner Segmentationstheorie eine hierarchische Aufspaltung des Arbeitsmarktes in zwei Segmente: Sichere und gut bezahlte Beschäftigungen mit hohem Sozialprestige charakterisieren das erste Arbeitsmarktsegment, während sich im zweiten die Jobs mit niedriger Bezahlung, fehlender sozialer Absicherung, instabilen und schlechten Arbeitsbedingungen und geringem Ansehen konzentrieren. Einheimische Arbeitskräfte akzeptieren die schlechteren Arbeitsplatzangebote des zweiten Arbeitsmarktsegments aus sozialen Motiven und Imagegründen nicht, so dass Unternehmen verstärkt versuchen, diese Arbeitsplätze durch Einwander:innen zu besetzen. Diese wiederum lassen sich auf prekäre und schlecht bezahlte Beschäftigungsverhältnisse ein, weil sie diese als vorübergehend ansehen: entweder, weil sie mit einem baldigen beruflichen Aufstieg rechnen, oder weil sie nur einen temporären Arbeitsaufenthalt im Zielland planen.

Die Segmentationstheorie, obgleich vorwiegend für freiwillige Formen der Migration konzipiert, macht soziale und politische Kräfteverhältnisse sichtbar, die auch den Arbeitsmarktzugang Geflüchteter maßgeblich beeinflussen. Dabei ist davon auszugehen, dass Geflüchtete im Vergleich noch stärker von den Kräfteverhältnissen von Staat, Gesellschaft und Märkten des Aufnahmelandes beeinflusst werden als Menschen, die als Arbeitsmigrant:innen ins Land kommen. Denn sie können ihre Ankunft nicht vorbereiten und sind während des Asylverfahrens oft langen Wartezeiten ausgesetzt, bevor sie auf dem Arbeitsmarkt aktiv werden können.

5.2 Rückblende: Neustart in Oberfranken

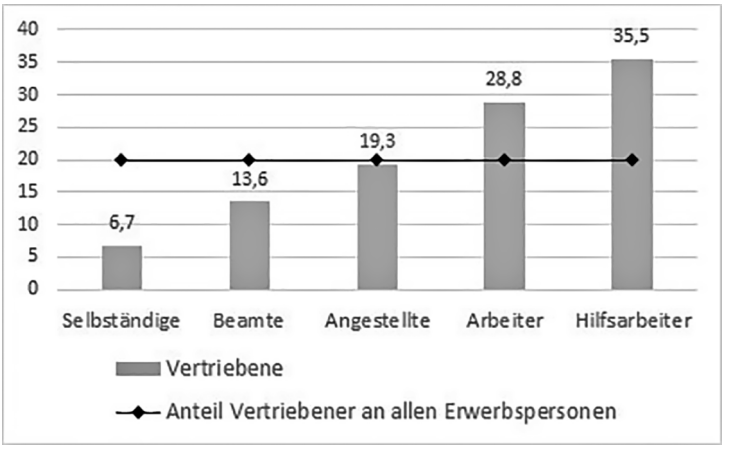
All die hier beschriebenen Schwierigkeiten und Hürden werden aus Sicht der Aufnahmegesellschaft meist den Geflüchteten angelastet, insbesondere ihrer ›Fremdheit‹, was nicht nur aus der Tatsache resultiert, dass sie anfangs kein Deutsch sprechen und in einem anderen Bildungs- und Arbeitsmarktsystem sozialisiert wurden. In die Vorstellung von ›Fremdheit‹ fließen auch viele kulturalisierende Annahmen und stereotype Geschlechtervorstellungen, aus denen Ableitungen zur Beschäftigungsfähigkeit von Geflüchteten getroffen werden. Vor diesem Hintergrund ist es interessant zu vergleichen, wie der Neuanfang den Geflüchteten und Vertriebenen nach dem Zweiten Weltkrieg gelang, einer Gruppe also, die ethnisch deutsch war, die deutsche Sprache beherrschte und aus ähnlichen Bildungs- und Erwerbssystemen stammte, wie sie die Einheimischen durchlaufen hatten. Für diesen Vergleich gehe ich zunächst noch einmal in meine Familiengeschichte zurück und betrachte die Erwerbsbiographien meiner Großeltern und meiner Mutter nach ihrer Vertreibung aus Südmähren.

Ihr Ankunftsort in Deutschland ist eine ländliche Gemeinde auf den Höhen des Frankenwaldes, einer Gegend mit dichten Fichtenwäldern und vergleichsweise kargen Böden. Die landwirtschaftlichen Betriebe waren eher klein und warfen in der Regel so geringe Erträge ab, dass viele Bauern einer Nebentätigkeit nachgingen oder in Heimarbeit Körbe oder Textilien produzierten (Zeitler 1997: 366). Eine ganz andere Situation als in der südmährischen Heimat meiner Großeltern, wo sie einen großen Hof unterhielten und wo durch die fruchtbaren Böden und das milde Klima eine Vielfalt an Obst- und Gemüsesorten und Wein gedieh. Doch die Möglichkeit, eine neue Hofstelle in Oberfranken zu erwerben, war ohnehin ausgeschlossen, denn sie waren nun mittellos. Beide, Großvater und Großmutter, »nahmen jede erdenkliche Arbeit an«, wie meine Mutter sich erinnert. Mein handwerklich begabter Großvater fand Arbeit bei einem Maurer, der ihn schließlich ermunterte, die Gesellenprüfung abzulegen, was mein Großvater im Alter von fast 50 Jahren auch tat. Meine Großmutter verrichtete Stick- und Näharbeiten in Heimarbeit, für die sie mit Geld und Lebensmitteln entlohnt wurde. Nach einiger Zeit konnte die Familie aus der zugewiesenen Unterkunft ausziehen und eine kleine Wohnung in der Gemeinde mieten. Anfang der 1960er Jahre waren sie dann in der Lage, ein eigenes Haus zu erwerben.

Der in meiner Familie zu beobachtenden Statusabstieg der ersten Vertriebenengeneration deckt sich mit allgemeinen sozialstatistischen Erhebungen aus dieser Zeit. Im Jahr 1950 befanden sich annähernd zwei Fünftel der abhängig beschäftigten männlichen Vertriebenen in einer unqualifizierten Tätigkeit – während der Anteil unqualifiziert Beschäftigter in den Vertreibungsgebieten im Jahre 1939 bei unter einem Viertel gelegen hatte. Vor allem ehemalige Landwirte und Selbständige waren vom Statusabstieg betroffen, da ihnen das Startkapital für einen Neuanfang fehlte (Grosser 1998: 92). Einen genaueren Überblick über die berufliche Platzierung der Vertriebenen bietet ein Vergleich ihres Anteils an allen Erwerbspersonen in Bayern – der Anfang der 1950er Jahre bei 20 % lag – mit ihren Anteilen in verschiedenen Statusgruppen (Abb. 5.1). Demnach waren männliche Vertriebene in der Gruppe der Arbeiter und ungelernten Hilfsarbeiter erheblich überrepräsentiert, während sie bei den Selbständigen stark unterrepräsentiert waren. Relativ günstig stellte sich demgegenüber ihre Integration in die Statusgruppe

der Beamten und Angestellten dar – ein Hinweis auf die Kontextbedingungen der wirtschaftlichen Transformation von einer überwiegend ländlich geprägten zu einer Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft (Handl 1998: 194).

Abb. 5.1: Anteile männlicher Vertriebener an beruflichen Statusgruppen, in Prozent, Bayern, Anfang 1950er Jahre



Quelle: Handl 1998: 194, eigene Bearbeitung

Regionalwissenschaftliche Betrachtungen betonen, dass viele ländlich-periphere Standorte in Bayern von den Impulsen, die durch die Vertriebenen kamen, profitierten. Im oberfränkischen Kulmbach beispielsweise gelang die Hebung der unternehmerischen Potenziale der Geflüchteten, die »ohne irdische Güter, aber mit reichen Kenntnissen und Erfahrungen« ihre unternehmerische Tätigkeit aufgebaut hatten, wie es der Kulmbacher Oberbürgermeister Georg Hagen in einer Ansprache zur Eröffnung der ersten Gewerbeschau von »Flüchtlingsfirmen« am 16./17. Oktober 1948 in Kulmbach formulierte. Über 100 »Flüchtlingsfirmen« aus den Landkreisen Stadtsteinach und Kulmbach präsentierten ihre Produkte, über 15.000 Besucher:innen kamen. Der Oberbürgermeister hob hervor, dass von den 1.170 Betrieben Kulmbachs etwa 20 % Flüchtlingsbetriebe seien – was dem ›Normalanteil‹ an allen Erwerbstätigen entspricht und damit den Integrationserfolg verdeutlicht (Zeitler 1997: 406). Die Schau endete mit vielen neuen Aufträgen für die Firmen und trug dazu bei, das negative Image der Vertriebenen abzubauen. Ähnliche unternehmerische Erfolge waren auch in anderen Regionen zu verzeichnen, insbesondere an jenen Standorten, an denen sich spezialisierte Cluster angesiedelt hatten, wie etwa die Angehörigen der Gablonzer Schmuckindustrie, die sich in Schwaben teils in eigens gegründeten »Flüchtlingsstädten« niedergelassen hatten (Ziegler 2011). Die Fortschritte bei der beruflichen Integration der Geflüchteten und Heimatvertriebenen waren aber auch ihrer räumlichen Mobilität zu verdanken, denn viele wanderten aus den ländlichen Ankunftsorten in städtische Zentren weiter, wo sie sich, zumal im Kontext der dynamischen Arbeitsmärkte der Wirtschaftswunderjahre,

gute Erwerbsmöglichkeiten erhofften. Da das Gefühl des Fremdseins in den ländlichen Regionen über die Jahre kaum weniger wurde, hielt sie auch nichts in den Ankunftsorten zurück (Handl 1998: 202).

Für die Kinder der Vertriebenen wie z. B. meine Mutter dürfte der Neustart einfacher gewesen sein. Schon bald kam mit der Einschulung Struktur in den Alltag. Das neunjährige Mädchen, das durch die Kriegsjahre bislang kaum Unterricht erhalten und ihren Wissensdurst mit der Lektüre der Bibel – das einzige Buch im Haushalt der vertriebenen Familie, ein Geschenk einer Nachbarin – befriedigt hatte, erlebte durch die Einschulung eine neue Normalität und Möglichkeiten zur Weiterentwicklung. Voller Elan stürzte sie sich in dieses Angebot. Schulische Eingliederungskonzepte – so wie das heute für zugewanderte Kinder der Fall ist – gab es natürlich nicht, sondern vieles beruhte auf den individuellen Problemlösungskompetenzen der lokalen Akteure. Da meine Mutter mit neun Jahren viel zu alt für die erste Klasse war, wurde kurzerhand beschlossen, sie nach jedem Halbjahr zu versetzen, bis sie wieder Anschluss an ihre Altersgruppe fand. Im Eiltempo marschierte sie durch diese ersten Schuljahre, so dass sie schließlich zusammen mit den Gleichaltrigen ihren Volksschulabschluss absolvierte. Danach beschloss der Familienrat, sie in die Realschule zu schicken, damit sie einen mittleren Schulabschluss erwerben konnte, um anschließend einen Beruf zu erlernen, »der sie ernährt und den man mitnehmen kann« – wie meine Mutter ihren Vater zitiert. Diese Zielstellung war sicherlich durch die Fluchterfahrungen geprägt, denn Bildung ist eine Form des mobilen Kapitals, das nicht durch Krieg und Flucht verloren geht. So investierte die Familie in Schulgeld und Internatsunterbringung der Töchter, die beide die Mittlere Reife ablegten und anschließend den Beruf der Kinderkrankenschwester erlernten. Das war in der damaligen Zeit, in den 1950er Jahren, durchaus nicht üblich. Wie meine Mutter erinnert, sind die meisten einheimischen Mädchen nach dem Volksschulabschluss »in die Fabrik« gegangen – die örtliche Schuh- und Lederwarenfabrik, wo sie als ungelernte Produktionshelferinnen arbeiteten, bis sie dann früh heirateten und sich in einem Leben als Hausfrau und Mutter oder als ›mithelfende Familienangehörige‹ einrichteten.

Auch diese individuelle biographische Entwicklung lässt sich durch allgemeine Daten zu Bildungsverläufen Vertriebener validieren. Verschiedene Studien konstatieren eine hohe Bildungsaspiration der Geflüchteten und Vertriebenen, die vor allem für den sozialen (Wieder)Aufstieg der zweiten Generation von Bedeutung war (ebd.: 195). Dementsprechend waren die Schulbesuchsraten der Vertriebenen gerade auch in weiterführenden Schulen überdurchschnittlich (Reichling 1958: 142). Andererseits wurden hohe Bildungsaspirationen und gute Leistungen durch fehlende materielle Ressourcen und die teils räumlich periphere ländliche Wohnlage mit weiten Wegen zu höheren Schulen gehemmt. Ihren Niederschlag finden diese hindernden Faktoren darin, dass die Anteile der Kinder von Vertriebenen in den Oberstufen weiterführender Schulen deutlich sanken, was darauf hindeutet, »daß [sic!] die Heimatvertriebenen in etwas höherem Ausmaß als die übrige Bevölkerung die Kinder aus der Höheren Schule vor Ablegung der Reifeprüfung [herausnahmen], um sie zeitiger einer Berufsausbildung zuzuführen« (ebd.: 143). Die Entscheidung meines Großvaters, die Töchter in ein 200 km entferntes Internat zu schicken und dafür finanziell aufzukommen, zeugte von einer hohen Bildungsaspiration, die allen materiellen und geographischen Widrigkeiten zum Trotz umgesetzt wurde.

Für Mädchen wie meine Mutter ergab sich somit durch den erzwungenen Neuanfang die Möglichkeit eines Bildungsaufstiegs, der ihnen in ihren ländlichen Herkunftsregionen wohl kaum eröffnet worden wäre. Wäre sie in der ›alten Heimat‹ als Ehefrau und ›mithelfende Familienangehörige‹ in der Landwirtschaft tätig gewesen, so galt es jetzt, durch einen Bildungs- und Ausbildungsabschluss eine unabhängige Existenz aufzubauen. Bildungsdaten aus dem Jahr 1971 zeigen, dass weibliche Vertriebene in einem höheren Ausmaß als einheimische Frauen berufsbildende und höher qualifizierende schulische Bildungseinrichtungen besuchten. Die Quote an Ungelernten lag um fünf Prozentpunkte niedriger als bei den einheimischen Frauen (Handl 1998: 198). Die fehlende materielle Rückfalloption bewirkte in dieser Bevölkerungsgruppe also einen beschleunigten Modernisierungsprozess im Bereich der Frauenerwerbstätigkeit.

5.3 »Ich habe nur eine Frage: Warum kann ich nicht in der Schule arbeiten?« – Erfahrungen Geflüchteter mit dem Arbeitsmarktzugang in Deutschland

Wie fanden nun die seit 2015 in Deutschland lebenden Geflüchteten ihren Weg in den Arbeitsmarkt? In den qualitativen Interviews, die wir mit Geflüchteten durchgeführt haben, wird zunächst der starke Wille deutlich, möglichst schnell auf eigenen Beinen zu stehen, unabhängig vom Bildungsniveau oder Aufenthaltsstatus. Viele der gut ausgebildeten Geflüchteten suchen zudem konkret Anschluss an ihre bisherige berufliche Laufbahn. Jenen mit akademischer Ausbildung im naturwissenschaftlich-technischen Bereich scheint ein Wiedereinstieg in ihre Berufe häufiger zu gelingen, meist aber zunächst eine Qualifikationsstufe tiefer als in ihrer Heimat. So arbeitet beispielsweise eine syrische Architektin aus unserer Stichprobe nun als Bauzeichnerin. Besonders schwierig ist die Fortführung ihrer Karriere für jene auf den höchsten akademischen Karrierepfaden der Wissenschaftler:innen und Hochschullehrer:innen. Diese Karriere hat beispielsweise Alejandro Torres* in seinem Heimatland Venezuela eingeschlagen. In Deutschland konnte er zunächst mit Hilfe der Philipp-Schwartz-Initiative, einem Programm der Humboldt-Stiftung zur Unterstützung gefährdeter Wissenschaftler:innen, eine Gastdozentur an einer Universität ausüben. Diese Möglichkeit wird für maximal drei Jahre finanziert. Zum Zeitpunkt des Interviews geht dieser Förderzeitraum zu Ende und er sucht nach weiteren wissenschaftlichen Fördermöglichkeiten, mit denen er seine Weiterbeschäftigung finanzieren könnte. Doch angesichts der engen Karrierewege an deutschen Hochschulen realisiert er, dass er womöglich ganz neu anfangen muss: »Es ist nicht leicht. Ich habe jetzt verstanden, dass ich mein Leben noch einmal machen muss, neu aufbauen. Okay, ich hatte diese Position in Venezuela. Ich hatte dafür 15 Jahre gearbeitet. Hier muss ich noch einmal neu starten.«[1]

Ebenfalls schwierig ist es bei den so genannten reglementierten Berufen, beispielsweise im pädagogischen Bereich, für die ein Berufsanerkennungsverfahren verpflichtend ist und für deren Ausübung obendrein sehr gute Deutschkenntnisse notwendig sind. In diesen Schwierigkeiten steckt Bilmen Demir*, der aus der Türkei geflohen ist

1 Interview mit Alejandro Torres* (Pseudonym) aus Venezuela, Juni 2022.

und in Deutschland gerne wieder als Lehrer arbeiten möchte. Selbst wenn die Aussichten dafür nicht günstig sind, möchte er zunächst Deutsch lernen und möglichst das C1-Niveau erreichen: »Aber jetzt [muss ich] meine Sprache verbessern. Deswegen muss ich erst Deutsch lernen, Deutsch sprechen. Weil, für meinen Beruf [als] Lehrer, [muss ich] besser Deutsch [sprechen]. Ich muss ein C1 oder C2 machen und ich glaube, eine Weiterbildung machen.«[2]

Seit 2012 regelt das Anerkennungsgesetz die Prüfung von im Ausland erworbenen Abschlüssen auf Gleichwertigkeit. Eine Anerkennung verschafft nachweislich bessere berufliche Positionen und höhere Löhne. Für die Gruppe der sog. reglementierten Berufe (akademische oder mit Staatsprüfung abgeschlossene Berufe, z.B. Kranken/Gesundheitspfleger:in, Arzt/Ärztin, Architekt:in, Lehrer:in) sind Berufsanerkennungsverfahren verpflichtend vorgeschrieben, bevor die Tätigkeit in Deutschland ausgeübt werden darf. Die Verfahrensdauer sollte drei bis vier Monate nicht überschreiten, allerdings kann durch Vorbereitung des Verfahrens und Absolvieren von evtl. auferlegten Anpassungsqualifikationen und vorgeschaltete Deutsch-Kurse erheblich mehr Zeit vergehen, bevor ein ursprünglich erlernter Beruf in Deutschland ausgeübt werden darf (Böse/Schmitz 2022).

Viele der von uns interviewten Geflüchteten mit pädagogischer Qualifikation und teils langjähriger Lehrerfahrung erleben in Deutschland einen erheblichen Statusabstieg. Ihre Ausbildung wird nur in Teilen anerkannt, so dass sie allenfalls in einem Assistenzberuf arbeiten können oder nochmals eine Ausbildung anschließen müssen.[3] Bei Lehrkräften besteht eine wesentliche Hürde in der Tatsache, dass in den meisten Bundesländern zwei Unterrichtsfächer im Studium belegt werden müssen, während viele geflüchtete Lehrer:innen in ihrem Herkunftsland lediglich für ein Unterrichtsfach ausgebildet wurden. Möchten sie in Deutschland unterrichten, müssen sie entweder auf die Flexibilität der zuständigen Behörden hoffen, oder sie müssen ein weiteres grundständiges Lehramts-Studium absolvieren. Nur Wenige können sich eine derart lange Weiterqualifizierung vorstellen, zumal sie mit familiären Fürsorgeverpflichtungen und der Notwendigkeit, Geld zu verdienen konfrontiert sind. Und so tritt an dieser Stelle eine Verwertungslogik auf den Plan, die eine minimale formale Anerkennung von Ausbildungsinhalten zusammenführt mit akuten Bedarfen des deutschen Arbeitsmarktes. Auf diese Weise werden geflüchtete Lehrer:innen in soziale Assistenzberufe gelenkt, in denen ein hoher Bedarf besteht und die sich mit vergleichsweise geringen Anpassungsqualifikationen realisieren lassen. Auch unter den von uns im Jahr 2022 interviewten Geflüchteten befinden sich auffällig viele Lehrer:innen und Dozent:innen mit langjähriger Berufserfahrung in der Ausbildung als Erzieher:in oder Sozialassistent:in (vgl. Tabelle 5.1). Während manche sich mit dieser Option zufriedengeben, äußern andere Unmut über die Herabqualifizierung, wie beispielsweise die Lehrerin Alia Awad*, die gerade ein Praktikum in einer Kindertagesstätte absolviert, die aber viel lieber wieder in

2 Interview mit Bilmen Demir* (Pseudonym) aus der Türkei, Juni 2022.

3 Unsere Befunde werden durch eine Auswertung von Mikrozensus-Daten erhärtet, die der Sachverständigenrat für Integration und Migration veranlasste. Die Auswertung zeigt ein erhebliches Erwerbspersonenpotenzial für pädagogische Berufsfelder unter Zugewanderten und Geflüchteten, das derzeit nicht ausgeschöpft wird (vgl. Lokhande 2025).

ihrem Beruf als Französischlehrerin arbeiten würde. Sie sucht nach dem Grund dafür, dass ihr das Lehramt in Deutschland nicht offensteht: »Ich habe nur eine Frage: Warum kann ich nicht in der Schule arbeiten?«[4] Sie ist Mutter von fünf Kindern und sucht – nachdem nun auch das jüngste Kind einen Kindergarten besucht und sie mehrere Deutschkurse absolviert hat – einen angemessenen Wiedereinstieg in ihren Beruf. Zwar läuft in ihrem Fall zum Zeitpunkt des Interviews ein Berufsanerkennungsverfahren, aber aus ihrer Erzählung geht hervor, dass das Ziel dieses Verfahrens nicht der Einsatz als Lehrkraft ist, sondern die Umschulung zur sozialpädagogischen Assistentin. Angesichts der geringen Entlohnung und mäßigen Karrieremöglichkeiten in sozialen Assistenzberufen kann hier die Funktionsweise eines segmentierten Arbeitsmarktes, so wie Piore sie beschrieb, bestätigt werden. Dabei sollte im Blick behalten werden, dass diese Segmentierung nicht naturgegeben ist, sondern durch intentionale und strukturbedingte Platzierungsprozesse durch die Aufnahmegesellschaft produziert wird.

Tab. 5.1: Geflüchtete in sozialen Assistenzberufen

Hakim Azza* stand in Syrien kurz vor dem Jura-Abschluss. Eigentlich wollte er in Deutschland weiter studieren, er hätte auch die Genehmigung des Jobcenters gehabt. Dafür hätte er allerdings in eine Universitätsstadt umziehen müssen, während seine Frau mit den kleinen Kindern am ländlichen Wohnort verbleiben sollte. Das wollte er nicht. Nach zwei Sprachkursen entschließt er sich, eine Ausbildung zum Erzieher zu beginnen.
Adila Aboud* war in Syrien Universitätsdozentin für Arabisch mit langjähriger Berufserfahrung. In Deutschland arbeitet sie als Sozialassistentin in einer Schule. Sie könnte nach Abschluss des Berufsanerkennungsverfahrens auch als Arabischdozentin weiterarbeiten, aber an ihrem Wohnort gibt es keine geeigneten Stellen und sie findet, ihre Deutschkenntnisse reichen nicht aus.
Mohammed Aboud* war in Syrien Lebensmittelchemiker mit langjähriger Berufserfahrung und arbeitet jetzt als Sozialassistent in einer betreuten Wohngruppe. Er hat versucht, an seinem ursprünglichen Beruf anzuknüpfen. Doch beim Deutschlernen macht er nur geringe Fortschritte, und in der ländlichen Aufnahmeregion fehlt es an geeigneten Stellen. Mit der Arbeit als Betreuer ist er zufrieden. Das Wichtigste für ihn ist, nicht zuhause sitzen zu müssen.
Alia Awad* war in Syrien Französisch-Lehrerin mit zehn Jahren Berufserfahrung. Vom Jobcenter bekam sie ein Praktikum im Kindergarten vermittelt und ihr wurde angeboten, dort eine Ausbildung zur sozialpädagogischen Assistentin machen. Sie hält das für einen katastrophalen Rückschritt und erkundigt sich bei der Interviewerin, wie das Berufsanerkennungsverfahren in Deutschland funktioniert. Denn sie möchte wieder in einer Schule arbeiten.
Amira Yousef* war in Syrien Lehrerin für Mathematik und Kurdisch und steht jetzt vor der Ausbildung zur Erzieherin. Sie ist glücklich darüber, dass ihr im Berufsanerkennungsverfahren zumindest die pädagogische Grundqualifikation bescheinigt wurde, mit der sie auf eine Stufe mit dem Beruf der Sozialassistentin gestellt wurde.
Bilmen Demir* war in der Türkei Lehrer für Geschichte. Im Jobcenter erklärte man ihm, dass er mit seiner Ausbildung in türkischer Geschichte nicht in Deutschland unterrichten kann. Nun überlegt er, nach dem Deutschkurs eine Ausbildung zum Erzieher zu beginnen.

4 Interview mit Alia Awad* (Pseudonym) aus Syrien, Juli 2022.

Auch Geflüchtete mit handwerklichen Berufserfahrungen haben große Probleme, ihre Fähigkeiten und Erfahrungen auf dem deutschen Arbeitsmarkt zu verwerten. Während in den meisten Weltregionen keine formalen Ausbildungsgänge für Handwerksberufe existieren, ist in Deutschland ein Ausbildungsabschluss erforderlich, um als Facharbeiter:in eingestuft zu werden. Gerade jene, die bereits mit langjähriger Berufserfahrung kommen, hätten gar nicht die Geduld, zuerst langwierig Deutsch zu lernen, um anschließend nochmals eine duale Ausbildung zu durchlaufen, wie eine Migrationsberaterin, die selbst eine Fluchtbiographie hat, am fiktiven Beispiel eines Malers aus Syrien erläutert:

> Die Handwerker in Syrien oder in anderen arabischen Ländern oder Afghanistan und so, die haben kein Zertifikat. Und dass allein ist ein sehr großes Problem. Zum Beispiel ein Maler, der 20 Jahre Arbeitserfahrung als Maler hat. Er weiß ganz genau, wie er alles macht, kommt hierher nach Deutschland und sagt: »Ja okay, ich bin Maler.« Er findet keine Arbeit. Warum? Kein Zeugnis. Er hat ja kein Zeugnis. Ein Friseur, ein …, das alles. Wir haben keine Zertifikate für so etwas. Alle Handwerker, alles. Also alles, für Heizung, für Klimaanlage, für das alles haben wir kein Zeugnis dafür.[5]

Ausgestattet mit einer lediglich sehr elementaren und weit zurückliegenden Schulbildung sehen sie keine Chancen, in Deutschland noch zu einem Ausbildungsabschluss zu gelangen.

> Dieser Maler sagt sich, ja okay, seit ich 12 Jahre alt war, war in keiner Schule mehr. Seitdem arbeitet er. Dann kommt er hierher […]. Dann geht der in den Sprachkurs, aber er scheitert. Also er macht so die Grundkenntnisse oder weniger als die Grundkenntnisse und er sagt: »Bitte! Ich muss arbeiten! Ich gehe in eine Arbeit, im Rahmen der Arbeit werde ich die Sprache lernen.« Er hätte gute Möglichkeiten, das zu machen, aber man findet für ihn keine Arbeit, da er nicht als Maler arbeiten kann. (ebd.)

Viele arbeiten dann auf Helferniveau in ihrem Handwerksberuf und verdienen entsprechend weniger als mit einem Facharbeiterzertifikat. Oder sie entscheiden sich alternativ, als Ungelernte in der industriellen Produktion oder in der Logistik zu arbeiten, oder auf den irregulären Arbeitsmarkt auszuweichen, wie unsere Gesprächspartnerin resümiert:

> Darum sind die Leute, die meisten, die hier bei uns sind, die gehen zu Amazon, oder Deutsche Post und solche [Jobs], ja, die haben keine anderen Möglichkeiten. Oder die arbeiten als Produktionshelfer in einem Lager oder so. Oder die gehen eben auf den Schwarzmarkt. Das sind die einzigen Möglichkeiten für diese Leute. Handwerker, aber die haben kein Zertifikat, also haben die hier keine Chance. (ebd.)

Die Schwierigkeiten Geflüchteter, eine ihren Fähigkeiten entsprechende Arbeit zu finden, resultieren einerseits aus mangelnden Deutschkenntnissen, sind andererseits jedoch systembedingt, da der in den Herkunftsländern übliche Weg der beruflichen Aus-

5 Interview mit Rana Hamoud* (Pseudonym), Sozialarbeiterin und Migrationsberaterin, November 2021.

bildung *by doing* nicht in die auf formale Bildungsgänge und Zertifikate orientierte deutsche Berufsanerkennungsstruktur passt. Nach der lebensgefährlichen Flucht und der zermürbenden Zeit des Wartens während des Asylverfahrens erreichen Geflüchtete an dieser Stelle eine systembedingte Grenze, die sie nur mit außerordentlicher Willenskraft überwinden können. Viele sehen für sich selbst keine Erfolgsaussichten und setzten alle Hoffnungen in ihre Kinder, so wie das die oben vorgestellte Familie Aboud* eindrucksvoll vorlebt. Diese, die nachwachsende Generation, soll später die ›Früchte‹ der Fluchtentscheidung ernten, während man für sich selbst die Platzierung auf den unteren Stufen der Arbeitsmarkthierarchie still akzeptiert. Wie ich mit der Rückblende in meine eigene Familienbiographie gezeigt habe, gibt es hier viele Ähnlichkeiten mit den Lebenswegen der deutschen Heimatvertriebenen des Zweiten Weltkrieges. Obgleich sie kein Asylverfahren durchlaufen mussten, mit keiner neuen Sprache konfrontiert waren und ihre Bildungs- und Ausbildungsergebnisse anerkannt wurden, erlebten sie nachweislich eine Herabstufung in ihrer Positionierung auf dem Arbeitsmarkt im Vergleich zu ihrer vorherigen Position (Bade/Oltmer 2010: 159). Es sollte eine Generation dauern, bis der ›Nachteil‹ von Flucht und Vertreibung für diesen Teil der deutschen Bevölkerung abgebaut werden konnte und die nachfolgende Generation mit den Einheimischen gleichziehen konnte. Umso verwunderlicher, dass die dem aufnehmenden System inhärenten Ungerechtigkeiten – die ungleiche Arbeitsmarktplatzierung – im politischen Diskurs um Flucht und Integration kaum jemals auftauchen. Im folgenden Abschnitt möchte ich den Einfluss der aufnehmenden Strukturen, d.h. Regulierungen und Individuen, die auf dieser Grundlage Entscheidungen treffen, anhand zweier lokaler Fallbeispiele zur Arbeitsmarktintegration verdeutlichen.

5.4 »Wer arbeiten will, der findet auch Arbeit« – »Aber so einfach ist es dann doch nicht«

Die Kapitelüberschrift setzt sich aus zwei Zitaten aus Interviews mit unterschiedlichen Arbeitsmarktakteur:innen zusammen. Die Zitate markieren die Bandbreite an Perspektiven und Erfahrungen, die mit der Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten vor Ort gemacht werden. Diese Erfahrungen sind nicht nur abhängig von den strukturellen Rahmenbedingungen wie etwa der Wirtschaftsstruktur oder dem Arbeitskräftebedarf vor Ort, sondern auch von den Handlungsorientierungen konkreter Arbeitsmarktakteur:innen wie Jobcenter, Arbeitgeber:innen oder Kammern. Wie beides, nämlich strukturelle Voraussetzungen und Handlungsorientierungen, zusammenspielen und welche Effekte das für den Integrationsprozess haben kann, zeige ich anhand zweier lokaler Fallbeschreibungen:

Unsere Forschungen führen uns in die sächsische Kleinstadt Wiesenberg*, die Teil eines großstädtischen Speckgürtels ist. Die Arbeitsmarktlage ist hier sehr gut – einerseits können Arbeitskräfte in die Großstadt pendeln, zum anderen bieten die Kleinstadt und die Region ein großes Angebot an Industriearbeitsplätzen für alle Qualifikationssegmente und eine ausgeprägte Struktur an kleineren Handwerksbetrieben, deren Auftragsbücher gut gefüllt sind und die ständig nach qualifizierten Arbeitskräften und Auszubildenden suchen. »Wer arbeiten will, der findet auch Arbeit« meint Konrad Winkler*,

der Bürgermeister von Wiesenberg*, den wir zur Integration von Geflüchteten vor Ort befragen.

> Also, es ist für jemanden, der arbeiten will, egal mit welcher Qualifikation, selbst wenn er erst einmal als Hilfsarbeiter [anfängt], wegen mir, anfängt im Karosseriewerk, in der Brauerei, Milchfabrik. Was auch immer. Also, wir haben auch größere Industriebetriebe, die auch Hilfskräfte brauchen. Die finden Arbeit, wenn sie wollen. Und dann auch Möglichkeiten, weil gerade Fachkräftemangel ist ein riesiges Thema. Das heißt die Firmen sind dann auch bereit, wenn die feststellen, jawohl der ist jetzt ein halbes Jahr hier und der kommt auch immer pünktlich und da hat es auch nie Zirkus gegeben. Dem auch weitere Möglichkeiten zu eröffnen.[6]

Auch die für die Geflüchteten zuständige Job-Center-Beraterin Simone Schulz stimmt hier in Teilen zu, sieht aber die fehlenden Berufszertifikate als entscheidendes Manko bei der Vermittlung von Geflüchteten. »Also Leute werden immer mal gesucht, also auch nicht wenige, aber mitunter eben mit Qualifikationen, die wir nicht bieten können, weil die Geflüchteten ja fast zu 80 Prozent keine Ausbildung haben.«[7] Sie bringt das Beispiel eines ihrer Klienten, »der meint, dass er Elektriker ist, der in Syrien […] wahrscheinlich immer als Elektriker gearbeitet hat und jetzt glaubt, er kann das hier fortsetzen. Das funktioniert halt nicht.« Konkreter, warum »das halt nicht funktioniert« wird sie an dieser Stelle nicht. Auch beim Thema Ausbildung zeigt sie sich eher reserviert, wenn es um Personen geht, die vorrangig praktische Kompetenzen vorweisen können, aber nur wenig Schulbildung haben:

> Also schulische Ausbildung an sich in der Regel sowieso nicht. Ich habe noch einige, die so Anfang 30 oder Ende 20 sind. Natürlich haben die die Vorstellung, ich würde gerne den Beruf lernen, aber ich stehe dem eher skeptisch gegenüber. Die haben keine Vorstellung, wie das funktionieren könnte oder was da eigentlich auf die zukommt. (ebd.)

Im weiteren Gesprächsverlauf kommt sie immer wieder auf die fehlenden Sprachkenntnisse zurück: »Ich muss ja Anweisungen verstehen können. Muss wissen, was mein Chef von mir will. Und muss die Aufgaben entsprechend erledigen.« Den meisten ihrer Klient:innen traut sie nicht zu, das erforderliche Deutschniveau zu erreichen, das zur Ausübung eines qualifizierten Berufs erforderlich ist. Daher sieht sie allenfalls Kurzschulungen als Möglichkeit an, beispielsweise im Pflegebereich:

> Wo man sagt, eben vielleicht, ohne jetzt den konkreten Beruf zu erlernen. Aber mit einer Qualifizierung als Alltagsbetreuer. Ja wo man sagt, ein paar Monate, ein halbes Jahr diese Qualifizierung zu machen, um da auch in Arbeit zu kommen. Also die Möglichkeiten sehe ich schon. Aber dann muss eben auch die Voraussetzung, dass die Sprach-

6 Interview mit Konrad Winkler* (Pseudonym), Bürgermeister von Wiesenberg* (Pseudonym), Februar 2022.

7 Interview mit Simone Schulz* (Pseudonym), Jobcenter-Mitarbeiterin in Sachsen, Februar 2022.

> kenntnisse entsprechend da sind. Weil es ist ja dann trotzdem eine theoretische Ausbildung, was ich verstehen muss. (ebd.)

Seit dem Putschversuch in der Türkei 2016 und den nachfolgenden staatlichen Repressionen stellen mehr und mehr Türk:innen einen Asylantrag in Deutschland, die in der Türkei im Staatsdienst oder an Bildungseinrichtungen tätig waren.[8] Simone Schulz* bemerkt anerkennend, dass sich viele beim Deutschlernen sehr anstrengen, um rasch wieder in ihrem Beruf Fuß fassen zu können. Doch dann scheitern sie im Berufsanerkennungsverfahren, da ihre Lehramts-Qualifikation nicht vollständig anerkannt wird. In Sachsen benötigen Lehrer:innen einen universitären Abschluss in zwei Unterrichtsfächern. Die türkischen Lehrkräfte haben in der Regel nur ein Unterrichtsfach studiert: »Aber dann ist halt die Enttäuschung groß, weil oftmals glaube ich, die Erwartungshaltung eine andere ist, ja. Also, ich weiß nicht, wo es herkommt, aber so einfach ist es eben in Deutschland dann doch nicht. Mit dem einheimischen Beruf hier Fuß fassen zu können.« Offensichtlich fasst zumindest ein Teil der Betroffenen dann doch relativ schnell Fuß, nicht jedoch in der Region:

> Ja und ich sage mal die ganz Fitten, sage ich mal, um wieder bei den türkischen Bürgern zu sein, die kümmern sich und da ist es eben, leider Gottes, was mir so ein bisschen leidtut, die gehen halt alle weg. Weil sie hier nichts finden, ja, nicht die Perspektive haben und das tut mir so ein bisschen leid für unseren Landkreis. Oder auch für Sachsen sage ich mal. Wo man sagt, das wäre Potenzial, ja, und […] über kurz oder lang gehen die alle.

Diese Interviewausschnitte zeigen exemplarisch, wie das Thema Arbeitsmarktintegration von lokal einflussreichen handelnden Akteur:innen gerahmt wird. Dabei fällt ein zentraler Widerspruch auf zwischen einem mehr als aufnahmefähigen Arbeitsmarkt (»Wer arbeiten will, der findet auch Arbeit.«) und der offensichtlichen Unmöglichkeit, Geflüchtete in diesem Arbeitsmarkt zu platzieren. Während Bürgermeister Winkler* den generellen Arbeitskräftebedarf vor Ort hervorhebt und die Möglichkeit einer innerbetrieblichen Karriere und Nachqualifikation nach einem Einstieg als Hilfskraft als normalen Weg Geflüchteter in den deutschen Arbeitsmarkt skizziert, beharrt die zuständige Beraterin Simone Schulz* auf der nachweisbaren Qualifikation sowie sehr guten Deutschkenntnissen als Voraussetzung, um auf dem lokalen Arbeitsmarkt Fuß zu fassen (»Also Leute werden immer mal gesucht, also auch nicht wenige, aber mitunter eben mit Qualifikationen, die wir nicht bieten können.«). Zugleich werden die Schritte, die für einen qualifizierten Arbeitsmarkteinstieg Geflüchteter notwendig sind, als quasi unerreichbar dargestellt. Dabei werden die Tatsache, dass jemand dem klassischen Ausbildungsalter entwachsen ist (»so Anfang 30 oder Ende 20«), die Notwendigkeit des Deutsch-Lernens (»ich muss ja Anweisungen verstehen können«) und die mangelnde Zertifizierung von

8 Dort wuchs seit dem Putschversuch von 2016 der Verfolgungsdruck gegen (vermeintliche) Anhänger der Gülen-Bewegung, einer politisch-religiösen Reformbewegung. Viele Lehrkräfte verloren ihre Arbeit, wurden angeklagt oder gar inhaftiert. Die zunehmende Repression verleitete mehr und mehr Türk:innen zur Flucht, dementsprechend stieg die Zahl der Asylanträge von Türk:innen in Deutschland nach 2016 signifikant an (TAZ 26.04.2017, Pro Asyl 2023, Seufert 2014).

Berufsqualifikationen (»der meint, dass er Elektriker ist«) als Begründung herangezogen.

Zentral scheint aus der Perspektive der Aufnahmegesellschaft auch die Frage der Eigenmotivation zu sein: »Die finden Arbeit, wenn sie wollen«, meint Bürgermeister Winkler* und blickt dabei vor allem auf das Portfolio an Industriearbeitsplätzen für Ungelernte. Simone Schulz* hingegen sieht enttäuschte Erwartungshaltungen von Geflüchteten, die nicht als Hilfsarbeiter:innen tätig sein wollen, sondern »mit dem einheimischen [eigenen] Beruf hier Fuß fassen« wollen. Aus dieser Perspektive scheint vor allem eine Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit vorzuliegen, die ausschließlich aufseiten der Geflüchteten verortet wird. In der Konsequenz hieße dies, ganz nach der Logik von Piore's Segmentierungstheorie, dass sich die Geflüchteten mit der Herabstufung ihrer Qualifikationen und der Platzierung auf Hilfsarbeiterniveau vorläufig zufriedengeben müssten, um sich nach und nach in eine bessere und besser bezahlte Position hochzuarbeiten.

Dass die berufliche Eingliederung dann doch nicht so unmöglich ist, wird am Beispiel von abwandernden Geflüchteten aus dem Landkreis deutlich, die auf eigene Faust andernorts eine Stelle gefunden haben. Obgleich dies von Simone Schulz* als der zuständigen Jobcenter-Mitarbeiterin bedauert wird, da damit auch qualifiziertes Arbeitskräftepotenzial für die Region verloren geht, scheint sie zugleich aus ihrem eigenen Handlungsspektrum heraus keine Möglichkeiten zu sehen, um den langwierigen Eingliederungspfad gemeinsam mit ihren Klient:innen zu entwickeln und diese auf dem Weg zu begleiten. Dass man sie stattdessen mit einigem Bedauern weiterziehen lässt, mag auch Teil der regionalen Erinnerung im ländlichen Raum Ostdeutschlands sein, in die sich der Exodus gerade der jüngeren und besser qualifizierten Bevölkerung (der »ganz Fitten«) über Jahrzehnte hinweg eingeschrieben hat. Die Feststellung »Über kurz oder lang gehen die alle«, kann man vor diesem Hintergrund als sich selbst erfüllende Prophezeiung sehen.

Bei dem zweiten Fallbeispiel handelt es sich um die Kleinstadt Steinbergen* in Nordrhein-Westfalen, die ähnlich wie Wiesenberg* durch eine breit gefächerte Unternehmenslandschaft sowie eine Vielzahl von Handwerksbetrieben eine gute Basis für die Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten bietet. Die Arbeitslosenquote ist sehr niedrig, so dass »alles, was irgendwie Beine hat, laufen kann, sich ansatzweise ausdrücken kann, […] hier vom Arbeitsmarkt aufgesogen [wird], und zwar im Rekordtempo«, wie Bürgermeister Harald Reisting* beschreibt.[9] Dennoch ist die Arbeitsmarktintegration kein Selbstläufer gewesen, sondern man habe auf die Spezifik der Geflüchteten als Klient:innen reagieren müssen, wie sich Jobcenter-Mitarbeiterin Anja Karlshagen* erinnert:

> Es war auch eine Zielgruppe, mit der man sehr sensibel umgehen musste. Also viele waren traumatisiert und hatten ihre Erfahrungen gemacht, und dennoch wussten wir,

9 Interview mit Harald Reisting* (Pseudonym), Bürgermeister von Steinbergen* (Pseudonym), Dezember 2021.

> diese Personengruppe wird zunächst einmal bei uns in Deutschland bleiben, und denen wollen wir eine vernünftige Perspektive anbieten.[10]

Eine wichtige Maßnahme war, Arbeitsvermittler:innen mit »interkulturellem Hintergrund« einzustellen, »das heißt, mit Migrationshintergrund möglichst aus den Herkunftsländern der Zielgruppe, die die Sprachkenntnisse mitbringen, damit wir eine mehrsprachige Beratung anbieten konnten.« Auf diese Weise konnte schneller ein Vertrauensverhältnis aufgebaut werden und die Möglichkeiten des deutschen Arbeitsmarktes erläutert werden. Denn viele seien anfangs mit unklaren Vorstellungen gekommen und hätten vor allem auf akademische Berufe fokussiert und demgegenüber die Potenziale der handwerklichen und Industrie-Berufe in Deutschland nicht erkannt. Jobcenter-Mitarbeiterin Anja Karlshagen* betont daher die Bedeutung der Beratungsarbeit im Jobcenter:

> Zum einen gehört das ja zu der Aufgabe der Arbeitsvermittler, die Personen beruflich zu orientieren oder gemeinsam Perspektiven zu erarbeiten, Kompetenzen zu schärfen, zum anderen halten wir immer arbeitsmarktpolitische Maßnahmen vor, die das zum Ziel haben, also Personen orientieren, beruflich eingliedern. (ebd.)

Im Gespräch mit den Akteur:innen vor Ort kommt auch die Position der Unternehmen zur Sprache und deren Perspektive auf Geflüchtete als potenzielle Arbeitskräfte. Gerade die Handwerksbetriebe hätten sich anfangs »sehr schwergetan, obwohl die massiven Personalbedarf hier in der Region haben. Das produzierende Gewerbe war da wesentlich entspannter«, wohl auch, weil in den großen Industriebetrieben häufig bis zu 100 neue Arbeitskräfte auf einmal eingestellt werden und dementsprechend Strukturen für das *on-boarding* vorhanden sind. Demgegenüber hätten die Handwerksbetriebe zunächst Bedenken gehabt, wie sich Harald Reisting* mit Rückblick auf die erste Jobbörse für Geflüchtete erinnert:

> Da hatten wir damals 24 Unternehmen, die sich den Flüchtlingen dort vorgestellt haben. Da sind auch die einen oder anderen Ausbildungsverhältnisse und Stellen zustande gekommen. Es gab aber genauso auch Rückmeldungen an mich von Unternehmern, die gesagt haben: »Um Gottes Willen. Das kann ich mir nicht vorstellen. Da brauche ich nicht drüber nachdenken.«[11]

Helmut Stiegler* von der regionalen Kreishandwerkerschaft konkretisiert die Bedenken der Unternehmen, die der Bürgermeister hier eher vage formuliert. Manche Betriebe konnten sich aufgrund ihrer konservativen Belegschaft nicht vorstellen, dass Geflüchtete gut aufgenommen werden würden und befürchteten, mit Rassismus konfrontiert zu werden, der das Arbeitsklima stören könnte: »Wir hatten Betriebe dabei, da sagte mir ein

10 Interview mit Anja Karlshagen* (Pseudonym), Jobcenter-Mitarbeiterin in Steinbergen* (Pseudonym), Dezember 2021.

11 Interview mit Harald Reisting* (Pseudonym), Bürgermeister von Steinbergen* (Pseudonym), Dezember 2021.

[Vertreter] ›Wir haben da so ein paar Mitarbeiter, die, […] bei Ausländern ein paar Probleme haben könnten‹.«[12] Allerdings, so betonen beide, wenn Handwerksbetriebe sich dann doch darauf eingelassen hätten, wären alle Bedenken meist rasch ausgeräumt gewesen: »War ganz anders nachher. Das war super. Weil, wenn man sich dann kennt und wenn das einer von denen ist und wenn der in der Truppe ist und wenn der dann tatsächlich mit in der Gruppe der Monteure ist, dann gibt es überhaupt nicht mehr die Grenzen.« (Ebd.)

Was uns an diesem Fallstudienort sofort auffiel, war die Vielfalt der Akteur:innen, die sich gemeinsam für die Arbeitsmarktintegration der Geflüchteten verantwortlich fühlten und in enger Abstimmung agierten. Das bestätigt auch Jobcenter-Mitarbeiterin Anja Karlshagen*: »Wir haben uns stärker mit dem BAMF vernetzt, das kommunale Integrationszentrum stand in den Startlöchern, mehr Netzwerkarbeit zu völlig anderen Akteuren als vorher. Also all solche Dinge sind dann verstärkt angegangen worden, klar.«[13]

Ein wichtiges Element des Netzwerks zur Arbeitsmarktintegration war die Kreishandwerkerschaft als regionaler Zusammenschluss aller Handwerksinnungen, die die Interessen ihrer Mitglieder vertreten und zentrale Dienstleistungen anbieten. Dazu gehört auch die Organisation von Bildungszusammenarbeit, so dass man sich nach der Ankunft der Geflüchteten 2015 »relativ schnell […] aktiv gezeigt« hat und gemeinsam mit einem Berufskolleg ein Sprachkursangebot in Kombination mit handwerklicher Berufsorientierung für die überwiegend jüngeren, männlichen Geflüchteten schuf. Der erste Jahrgang umfasste 20 Personen, von denen 17 in ein Ausbildungsverhältnis übergingen. »Auffällig war, dass die Jugendlichen oder die jungen Leute total motiviert waren. Das war eine ganz tolle Truppe. Das hat ganz viel Spaß gemacht«, erinnert sich Helmut Stiegler*, der als Willkommenslotse für die Kreishandwerkerschaft tätig war. Dennoch lief die berufliche Integration nicht reibungslos. Eine große Schwierigkeit war die Heterogenität beim Bildungsstand, und auch das Deutsch-Lernen erwies sich als harte und langwierige Aufgabe. Schließlich bestanden neun der ursprünglich 20 Teilnehmer aus dem ersten Jahrgang ihre Gesellenprüfung. Doch auch für jene, die die Prüfung nicht sofort bestanden hatten, habe sich die Ausbildung gelohnt, wie Helmut Stiegler* betont. Denn die Betriebe zahlten den jungen Arbeitskräften auch ohne den Gesellenbrief gute Löhne. Zudem gäbe es die Möglichkeit, die Prüfung zu wiederholen:

> Der Betrieb hat gesagt, der junge Mann ist so gut, wir werden den als Bauhelfer bei uns einstellen. Der wird bei uns bleiben. Der kriegt gar nicht viel weniger. Das ist okay, dass der das verdient, was die anderen auch verdienen. Aber sie haben mit ihm ausgemacht, dass er tatsächlich vielleicht in zwei Jahren noch mal die Prüfung macht, damit er dann tatsächlich seinen Gesellenbrief hat.[14]

12 Interview mit Helmut Stiegler* (Pseudonym), Repräsentant der Kreishandwerkerschaft in der Region Steinbergen* (Pseudonym), Dezember 2021.

13 Interview mit Anja Karlshagen* (Pseudonym), Jobcenter-Mitarbeiterin in Steinbergen* (Pseudonym), Dezember 2021.

14 Interview mit Helmut Stiegler* (Pseudonym), Repräsentant der Kreishandwerkerschaft in der Region Steinbergen* (Pseudonym), Dezember 2021.

Nach seiner Beobachtung waren gerade jene jungen Männer, die geringe Bildungsgrundlagen hatten, besonders geeignet für das praktische Lernen am Arbeitsplatz:

> Das was eben auffällig war, dass gerade die Leute, die wirklich wenig Bildung hatten, im Handwerk super gut mitarbeiten konnten am Anfang. Deswegen waren die Betriebe auch total begeistert. […] Die kompensieren diese Sprachdefizite wirklich dadurch, dass sie sehr genau hingucken und sehr genau mitmachen. Und dann sind sie gerade im Handwerk relativ schnell sehr produktiv.

Diese beiden Fallbeispiele aus der sächsischen und nordrhein-westfälischen Provinz zeigen mehrere Gemeinsamkeiten: da ist zum einen die strukturelle Ausgangssituation mit einem aufnahmefähigen Arbeitsmarkt und zum anderen die plötzliche und zahlreiche Ankunft einer Gruppe, für die anscheinend die üblichen Konzepte der Arbeitsmarktintegration nicht ausreichen. In beiden Fällen werden fehlende Sprachkenntnisse und nicht passfähige Erwartungshaltungen der Geflüchteten als Problem der Arbeitsmarkt-Integration angesprochen. Während allerdings in Wiesenberg* die Geflüchteten im Jobcenter nach ›Schema F‹ behandelt werden, stellen sich die Arbeitsmarktakteure in Steinbergen* gezielt auf die neue Gruppe ein. Es werden Berater:innen mit interkultureller Kompetenz eingestellt und die vorhandenen Netzwerke angezapft, um die Geflüchteten in den Arbeitsmarkt zu bringen. Es entsteht der Eindruck, dass hier alle an einem Strang ziehen und sich auf das gemeinsame Ziel ausrichten, nämlich den Geflüchteten einen Neuanfang zu ermöglichen und sie in der Region zu halten (»diese Personengruppe wird zunächst einmal bei uns in Deutschland bleiben, und denen wollen wir eine vernünftige Perspektive anbieten«). Dabei werden auch neue Wege beschritten, wie etwa spezielle Berufsorientierungsprogramme, in die von Anfang an auch die Unternehmerverbände einbezogen sind. Damit verbunden empfiehlt der nordrhein-westfälische Willkommenslotse auch die Ausdehnung des Ausbildungsalters bis 35 Jahre, denn das sei bei »den jungen Leuten […] wirklich die beste Möglichkeit der Integration.«

> Bis 35 sollte jeder versuchen eine Ausbildung zu machen, weil, berufliche Integration, das heißt, erst mal für sich selbst ein Wertgefühl zu haben, zu sagen: »Ich bin dabei«, das ist für die Geflüchteten ganz, ganz wichtig gewesen, dass sie eben auch die Möglichkeit haben, später Geld zu verdienen.[15]

Während in Wiesenberg* die Arbeitgeberseite nicht als Handlungsebene thematisiert wird, zeigen die Gesprächspartner:innen in Steinbergen* die Problembereiche auf der Arbeitgeberseite konkret auf: zum einen die unterschiedlichen Integrationskapazitäten von größeren und kleineren Betrieben und damit verbunden auch das Anerkennen der langfristigen Anstrengung, die eine berufliche Integration für die Betriebe bedeutet. Zum anderen die Vorbehalte einzelner Betriebe gegenüber der Geflüchteten, die insbesondere mit Blick auf die angenommene ausländerfeindliche Haltung in ihrer Stammbelegschaft entstehen könnten. Wie verschiedene Studien bestätigen, behindert

15 Interview mit Helmut Stiegler* (Pseudonym), Repräsentant der Kreishandwerkerschaft in der Region Steinbergen* (Pseudonym), Dezember 2021.

diese Form des strukturellen Rassismus die Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten massiv (Pro Asyl 2020, DeZIM 2022, Migazin 25.10.2023). Die Tatsache, dass dieses Problem von den institutionellen Arbeitsmarktakteur:innen in dem sächsischen Fallbeispiel nicht angesprochen wird, bedeutet nicht, dass das Problem in dieser Region nicht relevant ist. Ganz im Gegenteil: Gespräche mit Betroffenen und ihren Unterstützer:innen sowie die Ergebnisse einer Medienanalyse weisen sehr deutlich auf den tief verankerten Alltagsrassismus hin, der auch von vielen Arbeitgeber:innen in ihre »Risikoabwägung« hinsichtlich der Beschäftigung Geflüchteter einbezogen wird (vgl. Textbox 5.1). Die Tatsache, dass diese Problematik in dem sächsischen Fallbeispiel nicht erwähnt wird, zeigt also eher eine Leerstelle in der Problembewältigung. Angesichts der Ausprägung von strukturellem Rassismus in beiden Regionen würde man sich das Gegenteil wünschen. Nimmt man das Kriterium der AfD-Stimmenanteile als Indikator für die Verankerung rassistischer Einstellungen in der Bevölkerung, dürfte Alltagsrassismus in der sächsischen Fallstudienregion (29,4 % AfD-Stimmen/Kreistagswahl 2019) um ein Vielfaches häufiger sein als in dem nordrhein-westfälischen Fallstudienregion (3,0 % AfD-Stimmen/Kreistagswahl 2020) und sich dementsprechend auch stärker auf die Zugangsmechanismen zum Arbeitsmarkt auswirken.

Textbox 5.1: »Integration ist doch gar nicht gewollt«

Im Juni 2019 berichtet die Sächsische Zeitung über zwei junge afghanische Geflüchtete, die einen Ausbildungsplatz suchen. Zum Zeitpunkt der Berichterstattung leisten sie einen Bundesfreiwilligendienst in einem Schullandheim in der sächsischen Provinz. Sie werden als engagiert, zupackend und vielfältig begabt beschrieben. Doch bislang erhalten beide nur Absagen auf ihre Bewerbungen: »Mehr als 20 offizielle Bewerbungen haben R. und A. jeweils an Arbeitgeber aus der Region geschrieben. Nicht einmal wurden sie zum Probearbeiten eingeladen. Auch der direkte Kontakt zu lokalen Firmen zeigte keine Erfolge: ›Als die Jungs geholfen haben, das neue Nebengebäude des Schullandheims in [Ortsname] zu errichten‹, erzählt ihre Vorgesetzte Y., ›waren die Chefs der beteiligten Baufirmen überrascht, wie engagiert die jungen Flüchtlinge mit anpackten.‹ Angesprochen auf die Möglichkeit einer Probearbeit oder gar einer Ausbildungsstelle winkten sie alle jedoch ohne zu überlegen ab. Die Begründung: ›Wenn ich Ausländer beschäftige, beauftragen mich meine Kunden nicht mehr‹, gibt Y. sichtlich enttäuscht die Standard-Antwort auf unzählige Vorstöße wieder.« (Sächsische Zeitung, 03.06.2019)[16]

Die vergleichende Gegenüberstellung der zwei lokalen Fallstudien zeigt die Bedeutung der strukturellen Ausgestaltung von Integrationsprozessen und ihre Abhängigkeit von kollektiven Handlungsorientierungen der relevanten Akteur:innen. Aus wissenschaftlicher Perspektive ist dabei immer am interessantesten, dort genauer hinzusehen, wo eine Leerstelle entsteht: worüber wird nicht gesprochen, was wird nicht als zu bearbeitendes Handlungsfeld erkannt und dementsprechend angegangen? Einer dieser Leerstellen

16 Die gesamte Medienanalyse ist nachzulesen in Glorius 2022.

werden wir uns im nächsten Abschnitt zuwenden: den geflüchteten Frauen und ihrer Integration in den deutschen Arbeitsmarkt.

5.5 Geflüchtete Frauen auf dem Arbeitsmarkt

> Die möchten nicht zu Hause bleiben und Hausfrauen bleiben. Ganz viele Frauen haben in Syrien so viele super Berufe gemacht, beziehungsweise haben auch sogar studiert. […] Stelle Dir mal vor, Du studierst Lehramt und Du arbeitest für zwei, drei Jahre und dann kommst Du hierher und dann kannst Du das gar nicht beruflich ausüben. […] Und dann sagen die, ja Hausfrau so. Das ist ja voll dieses Klischee, auch diese Gedanken, dass halt Ausländer, dass Frauen mit Migrationshintergrund, dass sie sich nicht bilden möchten und das ist eigentlich gar nicht so der Fall![17]

Viele Vorannahmen, Stereotype und Vorurteile ranken sich um das Thema der Arbeitsmarktintegration geflüchteter Frauen, insbesondere jener aus arabischen Ländern, von denen die deutsche Gesellschaft zwar sehr wenig weiß, aber sehr viel zu wissen glaubt. Bei der Betrachtung dieser Frauen fließen verschiedenste Kategorien zusammen, die sich im Ergebnis benachteiligend auswirken: arabische und muslimische Frauen werden als rückständig und ungebildet angesehen, wobei die Rückständigkeit vor allem am Kinderreichtum festgemacht wird. Zudem werden patriarchale Familienstrukturen vermutet, mit einem dominanten Ehemann, der Erwerbstätigkeit nicht erlaubt. Geflüchteten Frauen wird oft unterstellt, sie wollten gar nicht auf dem Arbeitsmarkt aktiv werden, oder sie hätten nicht das entsprechende Durchhaltevermögen, um einer regelmäßigen, anstrengenden Erwerbstätigkeit nachzugehen. Diese Kulturalisierungen pausen sich durch bis in die Vorstellungswelt professioneller Arbeitsmarktakteur:innen und prägen somit auch die Beratungs- und Einstellungspraxis, wie die Soziologin Katrin Menke in ihren Forschungen zur Arbeitsmarktintegration geflüchteter Frauen herausgefunden hat (MeltingPod 2023, Menke/Rumpel 2022).

Indes zeigen empirische Studien (Kosyakova et al. 2021, Menke/Rumpel 2022) – darunter die Repräsentativbefragung Geflüchteter im Rahmen des Sozioökonomischen Panels[18] –, dass die Erwerbsneigung geflüchteter Frauen kaum geringer ist als jene der Männer. Jedoch ist die praktische Umsetzung der Erwerbsneigung nicht zu trennen von der Frage, wer die familiäre Sorgearbeit schultert, und das sind vorwiegend die Mütter. Ähnlich wie Frauen ohne Fluchthintergrund arbeiten geflüchtete Frauen in Deutschland wesentlich häufiger in Teilzeit als Männer, sie sind häufiger geringfügig beschäftigt und sie verdienen weniger. Vor allem bei Frauen mit mehreren kleinen Kindern ist die Erwerbsbeteiligung gering. Doch das muss kein Dauerzustand sein, denn Kinder wachsen heran, und damit erweitert sich der Möglichkeitsraum auch für die Mütter.

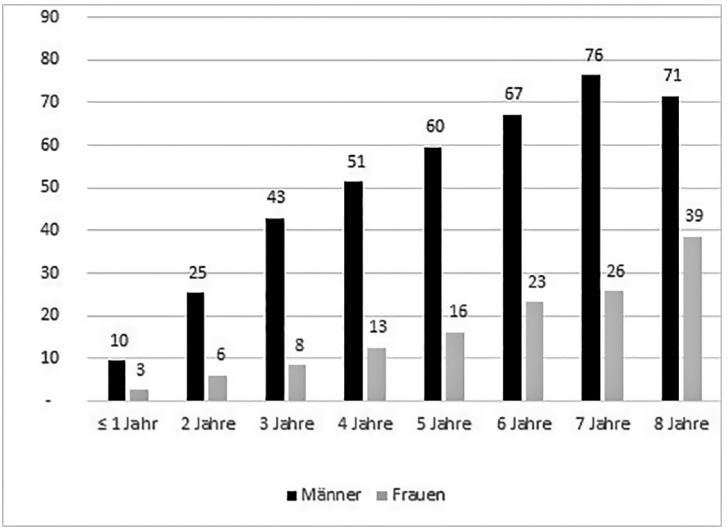
---

17 Interview mit Elisar aus Syrien, Mai 2022.

18 Die IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten ist eine jährliche Wiederholungsbefragung von Personen, die als Schutzsuchende nach Deutschland zugezogen sind. Die Stichprobe wird aus dem Ausländerzentralregister (AZR) gezogen. Die Erhebung generiert repräsentative Aussagen zur Lebenslage von Schutzsuchende, die zwischen 2013 und 2016 in Deutschland angekommen sind.

Eine vergleichende Betrachtung der Erwerbsbeteiligung in der Geflüchtetenkohorte 2013–16 macht die Geschlechterunterschiede im zeitlichen Verlauf deutlich (Abb. 5.2): Während sechs Jahre nach dem Zuzug bereits zwei Drittel (67 %) der geflüchteten Männer erwerbstätig sind, liegt der Anteil bei den Frauen lediglich bei 23 %. Doch die Frauen holen auf: Nach einem siebenjährigen Aufenthalt ist die Frauenerwerbsquote auf 26 % angestiegen, und für die Kohorte mit 8jähriger Aufenthaltszeit ist gar ein Sprung auf 39 % zu verzeichnen.

Abb. 5.2: Erwerbstätigenquoten nach Geschlecht und Aufenthaltsdauer. Anteile unter den Geflüchteten im erwerbsfähigen Alter in Prozent, Befragungsjahr 2021



Quelle: Brücker et al. 2023: Tab. 2, eigene Bearbeitung

Die Migrations- und Arbeitsmarktforscherin Yuliya Kosyakova und Kolleg:innen konnten in einer multivariaten Datenanalyse eindeutig die Fürsorgearbeit für kleine Kinder als kausale Ursache für die verzögerte Arbeitsmarktbeteiligung geflüchteter Frauen ausmachen. Dabei addieren sich verschiedene Verzögerungen, denn bedingt durch die Sorgearbeit und fehlende Kinderbetreuung absolvieren die geflüchteten Frauen erst später einen Sprachkurs als die geflüchteten Männer. In dem von Kosyakova und Kolleg:innen untersuchten Sample der 2013–2016 zugezogenen Geflüchteten hatten bis zum Jahr 2019 66 Prozent der befragten Männer bereits einen Integrationskurs abgeschlossen, aber nur 49 Prozent der Frauen. Zudem waren die Wartezeiten für Frauen auf einen Platz im Sprachkurs im Schnitt vier Monate länger als bei Männern (16 gegenüber zwölf Monaten) (Kosyakova et al. 2021: Tab. T1). Die Statistik zu Sprach- und Integrationskursen belegt ebenfalls, dass geflüchtete Mütter mit kleinen Kindern im Durchschnitt später einen Sprachkurs absolvieren als geflüchtete Väter mit kleinen Kindern (Niehues/Rother/Siegert 2021).

Die Tatsache, dass die offiziellen Sprach- und Integrationskurse keine Kinderbetreuungsmöglichkeiten vorsehen, wird auch in der regelmäßigen Evaluierung der BAMF-Integrationskurse als relevante Ursache für die geringere Beteiligung von Frauen, insbesondere jungen Mütter, gesehen. Gerade für geflüchtete Frauen in ländlichen Regionen, wo der Sprachkursbesuch oft mit langen und umständlichen Pendelstrecken verbunden ist, kollidiert der Wunsch, Deutsch zu lernen, mit den familiären Fürsorgepflichten. Sie haben schlichtweg niemanden, der die Kinder von der Kita abholt, während sie noch im Bus oder Zug sitzen. Dieses strukturelle Hemmnis kann leicht fehlinterpretiert werden, wie unsere junge Gesprächspartnerin Elisar kritisiert. Während der regelmäßigen Treffen geflüchteter Frauen an ihrem ländlichen Wohnort bemerkt sie, dass etliche Jahre nach der Ankunft viele nun endlich in der Lage sind, einen Sprachkurs zu besuchen, weil die Kinder »aus dem Gröbsten raus« sind. Doch aufgrund des starken Rückgangs der Asylbewerberzahlen nach 2016 wurden auch die Sprachkursangebote zurückgefahren – was sich auf dem flachen Land besonders stark bemerkbar macht.

> Zum Beispiel bei Frauen, wir hatten so ein Frauentreffen bei [Name] gehabt und es kamen halt ganz unterschiedliche Frauen hier in Rathow* und ich war so voll erstaunt, weil alle wollten B1 machen aber, dass ist halt, es wurde bei denen [von der zuständigen Behörde] immer abgelehnt. Weil hier in Rathow* immer gesagt wird: »Es sind zu wenig« und dann denke ich mir, das ist doch gar nicht zu wenig, alle wollen B1 machen, aber irgendwie unterschätzen die das. […] Jetzt also hier im Landkreis, die unterschätzen das voll, dass Frauen auch Deutsch lernen möchten. Die möchten nicht zu Hause bleiben und Hausfrauen bleiben.[19]

Ohne hinreichende Deutschkenntnisse sinken die Chancen auf eine Erwerbsbeteiligung, die über einfache Hilfstätigkeiten hinausgeht. Doch auch institutionelle Faktoren spielen eine Rolle bei der Entwicklung von Beschäftigungschancen geflüchteter Frauen. Befragungsdaten zeigen beispielsweise, dass geflüchtete Frauen seltener eine Arbeitsmarktberatung erhalten als Männer.[20] Unsere eigenen Forschungen wie auch die Studien der Soziologin Katrin Menke zeigen, dass die Strategien der Jobcenter zunächst auf eine rasche Arbeitsmarktintegration der Familienväter ausgerichtet waren. Die Ehefrauen wurden oftmals gar nicht angesprochen, da man annahm, sie würden zunächst mit den kleinen Kindern zuhause bleiben und stünden daher dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung. Denn im Falle von Erziehungsaufgaben können sich Eltern drei Jahre von den Maßnahmen des Jobcenters befreien lassen. Diesen Aspekt thematisiert die Jobcenter-Mitarbeiterin Emilie Schönherr* im niedersächsischen Salzgitter:

> Also wir haben natürlich einen sehr, sehr hohen Anteil an Frauen U25, die eben jung Kinder bekommen. Auch nicht nur eins bekommen, sondern zwei, drei. Und mit dieser Regelung, dass die ja dann drei Jahre sozusagen von uns ›verschont‹ sind im Großen und Ganzen, auch wirklich sehr lange Ausfallzeiten haben. Und dann haben wir noch

19 Interview mit Elisar aus Syrien, Mai 2022.

20 Eine Auswertung der Befragungsdaten der 2013–2016 eingereisten Geflüchteten ergab, das im Jahr 2019 59 % der geflüchteten Männer bereits eine Arbeitsmarktberatung erhalten hatten, jedoch lediglich 39 % der Frauen (Kosyakova et al. 2021: Tab. T1).

> das Problem, dass Salzgitter ja ganz große Schwierigkeiten hat, Kinderbetreuungsplätze im ausreichenden Maß zur Verfügung zu stellen. Und Sie dann einfach über unfassbar lange Zeit an diese Frauen nicht herankommen. Weil erst einmal sind die Kinder eben ganz klein. Und danach, selbst wenn sie größer sind, haben die keinen Kindergartenplatz. Und die Frauen waren natürlich sehr, sehr lange heraus aus allem. Also selbst, wenn die vielleicht hier ein bisschen noch zur Schule gegangen sind, vielleicht noch ein bisschen Deutsch gesprochen haben. Sie sind natürlich, nachdem sie jahrelang zu Hause waren und eben in ihrer Community ja nur ausschließlich meistens waren, ist das eben alles weg. Es ist eben keine Berufsausbildung da, es ist keine Sprachkenntnis da. Sie haben ganz lange die Thematik Familie, selbst wenn das Kind eben auch in der Grundschule oder so ist, weil es keine Nachmittagsbetreuung gibt und, und, und. Die Frau ist überhaupt nur Teilzeit zur Verfügung.[21]

In diesem Zitat werden verschiedene Gründe genannt, warum die Vermittlungsarbeit in Bezug auf die geflüchteten Frauen erst später einsetzt. Dabei stehen demographische Gründe – nämlich der hohe Anteil an jungen Müttern, die »nicht nur eins bekommen, sondern zwei, drei« Kinder, verbunden mit dem strukturellen Mangel an Kinderbetreuungsplätzen, an erster Stelle. Als desintegrative Langzeitfolgen der Mutterschaft wird hier vor allem der Rückzug in die eigene Community angeführt, so dass Deutschkenntnisse mit der Zeit wieder verloren gehen. Und auch langfristig stünden die Frauen »überhaupt nur Teilzeit zur Verfügung«, wie Emilie Schönherr* bedauert.

Nachdem in den ersten Jahren nach 2015 der Schwerpunkt der Vermittlungsarbeit auf die Vermittlung und Nachqualifizierung von Männern gelegt wurde, gibt es inzwischen mehr und mehr Projekte, die sich dezidiert mit der Arbeitsmarktintegration von Frauen befassen. Dabei sind die meisten Angebote so angelegt, als ob die geflüchteten Frauen überhaupt erst mit dem Gedanken einer Erwerbstätigkeit vertraut gemacht werden müssten. Im sachsen-anhaltinischen Marstadt* wurde beispielsweise ein Projekt durchgeführt, durch das geflüchtete Frauen in Kontakt mit berufstätigen Frauen gebracht wurden. Im direkten Austausch sollten sie nicht nur Einblicke in deren Tätigkeitsfelder erhalten, sondern auch erfahren, wie erwerbstätige Frauen in Deutschland Arbeit und Familie unter einen Hut bringen. Damit wollte man, so eine Gesprächspartnerin aus dem Jobcenter, auch traditionelle Rollenverständnisse aufbrechen, die man bei den Geflüchteten vermutete:

> Also, wir haben sicherlich auch gegen Rollenverständnisse angehen müssen, dass eben auch Beschäftigungsaufnahme nicht nur für das männliche Mitglied einer Familie von Interesse sein kann, sondern eben auch für Frauen. Und da arbeiten wir, glaube ich, auch immer noch dran. Dieses Rollenverständnis ist sicherlich schon ein bisschen angeknabbert, da passiert auch was, da gibt es auch Durchdringungsgrade.[22]

Auch in Salzgitter wurde ein Frauenprojekt entwickelt, das verschiedene Berufsfelder vorstellte. Die teilnehmenden Frauen wurden zudem zur ehrenamtlichen Arbeit aktiviert. Sie sollten lernen, dass auch unentgeltliches Engagement in Deutschland üblich

21 Interview mit Emilie Schönherr* (Pseudonym), Jobcenter Salzgitter, November 2021.

22 Interview mit Anja Kreuzer* (Pseudonym), Jobcenter Marstadt* (Pseudonym), September 2021.

ist. Um die Vorstellung einer erwerbstätigen Frau auch in den Familien der Geflüchteten zu platzieren, kommt ein von Agentur für Arbeit und Jobcenter entwickeltes Pixie-Buch zum Einsatz, das neben Deutsch auch in Englisch, Türkisch, Bulgarisch und Arabisch verfügbar ist; Titel: »Mama geht arbeiten«.[23] In diesem Kinderbüchlein besucht eine Kindergartengruppe den Arbeitsplatz einer Mutter, die Schokoladenfabrik. Das Büchlein, so kann man der Webseite der Bundesagentur für Arbeit entnehmen, stellt Kindern im Alter zwischen drei und sechs Jahren »den Arbeitsalltag von Erwachsenen vor« (BA 2025). Dabei geht es bemüht klischeefrei zu Sache: In der Kita-Gruppe sieht man auch ein Kind im Rollstuhl und Kinder unterschiedlicher Herkunft, es gibt einen männlichen Erzieher, und in der Schokoladenfabrik, in der die Mutter von »Isabella und Elias« »in weißer Arbeitskleidung und Mütze« an »einer großen Maschine« steht, empfängt eine Vorarbeiterin mit türkischem Migrationshintergrund, Frau Özdemir, die Gruppe. Die Kinder lauschen aufmerksam den Erläuterungen von Frau Özdemir. Abschließend staunt der kleine Elias »was seine Mama alles kann«. Zurück in der Kita erweist sich, dass auch andere Mütter qualifizierte Berufe ausüben, so z.B. die Mutter von Darja, die in einem Labor tätig ist, wie Darja erklärt: »Sie untersucht verschiedene Sachen. Dafür hat sie ein Mikroskop. Wenn sie da durchschaut, sieht sie alles riesengroß.« Als Isabella und Elias am Nachmittag von der Mutter abgeholt werden, erlebt man diese nach ihrer Rolle als berufstätige Frau schließlich auch in ihrer Mutterrolle: sie plant das Abendessen (Spaghetti Bolognese), geht zusammen mit den Kindern einkaufen, bereitet dann das Abendessen zu, schmiedet Ausflugspläne für das Wochenende – alles begleitet von freundlich-zugewandter Kommunikation mit den Kindern. Schließlich werden die Kinder ins Bett gebracht und noch eine Geschichte vorgelesen. Interessant ist die Abwesenheit des Kindsvaters. Zwar gibt es eine zweite Variante des Buches »Mama und Papa gehen arbeiten«, doch auch dort übernimmt der Vater nur marginale Anteile der täglichen Sorgearbeit, bevor er zu seinem Arbeitsplatz in einem Hotel aufbricht, von dem aus er abends zum Gutenacht-Sagen noch einmal telefonisch zugeschaltet wird. Der Rest des Tagesablaufs wird wie in der ersten Variante von der Mutter gestemmt, die bereits frühmorgens an ihrem Arbeitsplatz ist. Beim Betrachten dieser beiden Büchlein kommt man unweigerlich zu dem Schluss, dass darin traditionelle Geschlechterrollen eher verfestigt werden anstatt sie aufzubrechen, zumindest was die geschlechterspezifische Verteilung der Sorgearbeit betrifft. Das pädagogische Einwirken auf die geflüchteten Frauen, so wird es aus den Interviews deutlich, ist ebenfalls in diesem tradierten Referenzrahmen angelegt. Konsequenterweise werden Probleme im Arbeitsmarktzugang dann eher dem kulturellen Hintergrund der Frauen zugeschrieben, während strukturelle Probleme wie schleppende Berufsanerkennung oder fehlende Kita-Plätze ausgeblendet werden.

Die Soziologin Katrin Menke kommt in ihren Forschungen zur Beratungspraxis zu einem ähnlichen Befund: Die geflüchteten Frauen werden von den Berater:innen als ungebildet und familienorientiert beschrieben und ihre Lebenswelt mit jener deutscher Frauen vor einigen Jahrzehnten gleichgesetzt. Ihre vermutete Konzentration auf die familiäre Fürsorge wird teils als Vermeidungsstrategie beargwöhnt (ähnlich der Aussage von Emilie Schönherr*, die das Gebären mehrere Kinder in die Richtung interpretiert,

23 Die verschiedenen Sprachversionen können von der Internetpräsenz der Bundesagentur für Arbeit heruntergeladen werden (https://www.arbeitsagentur.de/kinderbuch).

»dass die [Frauen] ja dann drei Jahre sozusagen von uns ›verschont‹ sind im Großen und Ganzen«), mehr noch aber mit den angenommenen kulturellen und religiösen Traditionen in Verbindung gebracht. Dementsprechend werden Frauen mit Kindern unter drei Jahren im Beratungskontext nicht angesprochen und es wird stattdessen an die Ernährer-Rolle des Ehemannes appelliert. Diese Praxis hat langfristige negative Folgen, denn die Frauen, wie Katrin Menke in ihrer Studie aufzeigt, werden vorrangig in niedrig qualifizierte Berufe vermittelt, verbunden mit dem Rat, ihre Ambitionen zu senken. Den geflüchteten Frauen wird auf diese Weise ihr Platz in der deutschen Gesellschaft gezeigt: zwar erwerbstätig, aber am unteren Ende der Einkommenshierarchie, dafür aber vielfach beschäftigt durch die gleichzeitige Verantwortung für das Familienleben und die Kindererziehung, ergänzt um frauenspezifische ehrenamtliche Arbeitsfelder.

5.6 »Ich trage Hut!« – Frauen mit Hijab auf dem deutschen Arbeitsmarkt

»Es gibt noch eine Hürde für Frauen, die auf der Tagung angesprochen wird«, so der Bericht vom digitalen Fachtag ›Arbeitsmarkt-Integration von Migrantinnen‹ im März 2021 in Sachsen-Anhalt. »Eine, die sich auch mit sehr guten Deutschkenntnissen und ausreichender Kinderbetreuung nicht überwinden lässt. Die Hürde heißt Rassismus und Diskriminierung.« (Hendrischke 2021) Besonders davon betroffen sind muslimische Frauen, die als Zeichen ihres Glaubens das muslimische Kopftuch, den Hijab, tragen. Im Sprechen über sie werden kulturalisierende und rassistische Stereotype über muslimische Frauen verbunden mit praktischen Erwägungen hinsichtlich des Hijab als störendem oder formal unzulässigem Kleidungsstück in dem entsprechenden Berufssegment. Beispielsweise im Friseurberuf: »Aber dann kommen sie mit ihren Kopftüchern und dann sagt man natürlich zurecht, das geht nicht. Ist ein Modeberuf. Haare, Kunden gucken, wie bin ich frisiert. Ich kann ja nicht mit einem Kopftuch …«.[24] In diesem Interview mit der Vorsitzenden einer Kreishandwerkerschaft, selbst Friseurmeisterin, wird eine Friseurin mit Hijab als unmöglich erachtet. Die Kundinnen würden die Haartracht der Friseurinnen als Referenz für deren Kompetenz in Sachen Haarmode sehen. Der Absolutheitsanspruch des vorgetragenen modisch-ästhetischen Arguments (»man sagt zurecht, das geht nicht«) weist auf feststehende Toleranzgrenzen einer hier nicht weiter definierten Eigengruppe (repräsentiert durch das Indefinitpronomen »man«) hin, an deren selbstverständlicher Deutungshoheit wohl nicht zu rütteln ist. In vielen ähnlich gestalteten Einlassungen entsteht der Eindruck, die deutsche Bevölkerung müsste vor dem Anblick einer verschleierten Frau geschützt werden oder die Sichtbarkeit muslimischer Mitarbeiterinnen könnte sich geschäftsschädigend auswirken. Und das hat Folgen für die Chancen muslimischer Frauen auf dem deutschen Arbeitsmarkt, wie Rana Hamoud*, die Migrationsberaterin aus Salzgitter, zu berichten weiß:

24 Interview mit Hedwig Matusch* (Pseudonym), Vorsitzende einer Kreishandwerkerschaft in Mecklenburg-Vorpommern, Februar 2022.

> Also zum Beispiel eine Frau, die trug ein Kopftuch. Und dann die von der Firma hat gesagt, nein, wir übernehmen keine Frauen mit Kopftüchern. Also in der Küche okay, aber im Empfangsbereich nicht. Ja und die wollte in der Gastronomie arbeiten. Sie wurde aber dann nur in der Küche eingesetzt, und die durfte zum Beispiel nicht raus gehen. Also normalerweise die Leute, die in der Gastronomie arbeiten, die gehen raus zum Servieren. Also aber die haben gesagt, nein, nur in der Küche.[25]

In unseren Interviews haben wir mit vielen Musliminnen gesprochen, die erleben, wie das Kopftuch beständig zum Thema gemacht und problematisiert wird. Dabei geht es selten um arbeitsplatzbezogene Argumente, die für oder gegen das Tragen einer Kopfbedeckung sprechen. Vielmehr wird das Kopftuch aufgeladen mit kulturalisierenden Stereotypen, die die muslimische Frau als rückständig und nicht kompatibel mit der deutschen modernen Gesellschaft einstufen. Umida Karimi* beispielsweise, die als 12-Jährige aus Afghanistan nach Deutschland kam und heute als medizinisch-technische Assistentin arbeitet, erlebt immer wieder erstaunte Reaktionen, wenn sie von ihrer Berufstätigkeit berichtet: »Ich habe zum Beispiel nur gehört: ›Oh mein Gott, ich dachte, Sie haben ein Kopftuch, Sie haben fünf Kinder und… Ich hätte nicht gedacht, dass Sie einen Beruf haben und dass Sie arbeiten‹.«[26] Obgleich sie an ihrem Arbeitsplatz, einem Kliniklabor, bekannt ist und die Kolleg:innen mit ihrem Anblick mit Hijab vertraut sind, erntet sie manche unverständige Reaktion unter den Patient:innen:

> Vor allem mit älteren Leuten bin ich sehr, sehr oft in Konfrontationen gekommen. Viele sagen dann: »Warum lassen Sie Ihre schönen Haare nicht offen?« Ich so: »Das ist ja meine Religion, ich übe sie aus. Sie machen das doch auch.« Oder ich habe zum Beispiel auch gehört: »Ja, ich finde, Sie arbeiten in einem Krankenhaus, da finde ich schon, dass man die Kirche im Dorf lassen soll.«

Was Umida Karimi* besonders ärgert, ist die Doppelzüngigkeit in dieser Argumentation. Sie selbst beruft sich auf die im Grundgesetz verankerte Religionsfreiheit in Deutschland, erlebt aber dann, dass ihr genau diese Grundrechte, auf deren Einhaltung Einwander:innen andauernd eingeschworen werden, von der ansässigen Bevölkerung abgesprochen werden. Der Arbeitsplatz Krankenhaus, so kann man die obige Bemerkung interpretieren, sollte in der Wertigkeit über dem Recht auf Religionsfreiheit stehen. An dieser Stelle sollten Einwander:innen das Recht auf Religionsfreiheit dann doch nicht ganz so streng sehen und ihre eigenen religiösen Bedürfnisse hintanstellen bzw. »die Kirche im Dorf lassen«, wie Umida Karimi* aufgefordert wird.

Umida Karimi* bettet ihre Beobachtung ein in eine größere Erzählung, in der sie ihr Leben als das einer modernen berufstätigen Frau und Mutter darstellt, die nicht nur mit den üblichen strukturellen Problemen der Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu kämpfen hat (Mangel an Kita-Plätzen, schwierige Vereinbarkeit von Vollzeitberuf im Schichtdienst und Kinderbetreuung, Abwesenheit helfender Familienangehöriger), sondern die mit ihrer Einwanderungsbiographie noch zusätzliche Schwierigkeiten meistert. So hat

25 Interview mit Rana Hamoud* (Pseudonym), Sozialarbeiterin und Migrationsberaterin in Salzgitter, November 2021.

26 Interview mit Umida Karimi* (Pseudonym) aus Afghanistan, April 2022.

sie beispielsweise ihren neu eingewanderten Ehemann während dessen Integrationsphase über Jahre mitfinanziert und war als Alleinverdienerin für die ganze Familie verantwortlich. Vor diesem Hintergrund mit herabwürdigenden Stereotypen konfrontiert zu sein, verletzt sie besonders und sie möchte diese bequeme Haltung der deutschen Mehrheitsgesellschaft nicht widerspruchslos hinnehmen:

> Ich möchte gerne irgendwo in der Öffentlichkeit arbeiten, dass die nicht so denken, dass die, die ein Kopftuch tragen, nur Kinderwagen schieben oder Kinder haben. Sondern GENAUSO Steuern zahlen, GENAUSO arbeiten, so wie alle anderen. Dass man die Gesetze GENAUSO beachtet wie alle anderen auch. Wenn sie mir sagen, dass es hier die Freiheit ist, Religion auszuüben, dann übe ich das aus, dann mache ich das auch. Und ich lebe mein Leben hier auch. Ich zahle meine Steuern hier auch. Ich lebe ja nicht von dem Geld von anderen. […]. Mein Mann hat die ersten Jahre gar nichts bekommen. Mein Mann hat, war durch mich versichert. Hat durch mich gelebt!

Auch für Malalay Nazari* aus Afghanistan, Mutter von vier Kindern, ist die Frage des Kopftuches am Arbeitsplatz eine ständige Begleiterin. Und das, obgleich an ihrem Arbeitsplatz, einer Schulkantine, ohnehin alle Beschäftigten aus hygienischen Gründen eine Kopfbedeckung tragen müssen. Aber eben keinen Hijab. Weil das vom Arbeitgeber gestellte Plastikhäubchen die Haare nicht komplett bedeckt, hat sie sich selbst einen Hut genäht:

Interviewerin: Und weil Sie vorhin gesagt haben, es ist manchmal auch schwer. Die Menschen schauen, weil man ein Kopftuch aufhat.

M. Nazari*: Ja.

Interviewerin: Ist das auch bei Ihrer Arbeit ein Problem, oder…?

M. Nazari*: Ich trage Hut.

Interviewerin: Ah.

M. Nazari*: Ja.

Interviewerin: Weil, Sie dürfen kein Kopftuch? Oder wie ist das?

M. Nazari*: Kein Kopftuch, ich glaube, sowieso, wir müssen Arbeitskleider tragen.

Interviewerin: Ach so, klar. Wegen Mensa, da muss man diese Häubchen tragen.

M. Nazari*: Ja. Ich habe selber genäht. Das ist ein bisschen größer und kann alle meine Haare bedecken.

Interviewerin: Ah, das ist gut. Ja.

M. Nazari*: Deswegen, ich habe keine Probleme.[27]

Die geschilderten Beispiele sind beileibe keine Einzelfälle – das belegen andere Studien zu geschlechtsspezifischem und muslimischem Rassismus (Menke/Wernerus 2022). Geflüchtete Frauen trifft diese Form der Ausgrenzung deshalb so stark, weil sie sich in einer besonders schlechten Ausgangslage befinden. Sie sind angewiesen auf Türöffner in den Arbeitsmarkt, in Form von Arbeitgeber:innen oder Arbeitsmarktverwaltungen. Wenn jedoch diese Akteure vor allem ihre eigenen Vorurteile als Entscheidungsgrundlage heranziehen, sich aber den rassistischen Kern ihrer Perspektive nicht verdeutlichen, dann können die tatsächlichen Potenziale der betroffenen Frauen nicht genutzt und die konkreten Hürden, die einer Arbeitsmarktintegration im Wege stehen, nicht effektiv angegangen werden. Die kulturalisierende und abwertende Charakterisierung der muslimischen Frauen und ihrer Lebenswelt, die gleichsam einen Gegenentwurf zur weißen, westlichen Mittelschichtfamilie darstellt, führt zu einer tendenziell geringschätzigen Aktivierungspolitik, durch die die betroffenen Frauen systematisch in den Bereich der prekären Erwerbsarbeit gedrängt oder gleich ganz aus dem Arbeitsmarkt verwiesen werden.

5.7 Zwischenfazit

Die Betrachtung der biographischen Verläufe des Neuanfangs aus Kapitel 4 haben bereits die Individualität von Flucht und Neubeginn aufgezeigt. Wesentliche Unterschiede ergeben sich aus dem Alter der Betroffenen, aus ihrem Geschlecht, der Familienkonstellation, ihrer Bildung und aus dem formalen Status, den sie nach dem Asylverfahren erhalten und der ihre Möglichkeiten des Neubeginns grundiert.

Bei allen Unterschieden finden sich wesentliche Gemeinsamkeiten in den Geschichten, etwa, was die Bedeutung einzelner Integrationsfaktoren anbelangt. Während aus Sicht der aufnehmenden Gesellschaft Integration vor allem mit beruflicher Integration und wirtschaftlicher Eigenständigkeit verbunden wird, der der Spracherwerb vorausgeht, ist der erste wichtige Aspekt für die Geflüchteten das Gefühl der Sicherheit, das eine wichtige Basis für alle weiteren Schritte darstellt. Sicherheit umfasst dabei nicht nur das unmittelbare Gefühl von körperlicher Sicherheit, sondern in der zeitlichen Dimension die Bleibeperspektive im Ankunftsland. Erst wenn die Möglichkeit des Bleibens geklärt ist, können sich die Geflüchteten auf die nächsten Schritte konzentrieren, etwa den Spracherwerb, denn Deutsch »ist der Schlüssel für jede Tür«, wie es einer unserer Gesprächspartner treffend ausdrückt. Ein nächster wesentlicher Schritt ist die Erwerbstätigkeit, denn sie verleiht die Möglichkeit, zu einem autonomen Leben zurückzukehren. Die ökonomische Unabhängigkeit ist für alle Menschen ein wichtiges Kriterium des eigenständigen Erwachsenenlebens. Für Geflüchtete ist sie besonders wichtig, da mit der ökonomischen Unabhängigkeit auch weiterführende aufenthaltsrechtliche Fragen verknüpft sind. So kann Familiennachzug für einige Statusgruppen nur realisiert werden, wenn ausreichend Wohnraum zur Verfügung steht und die hinzukommenden Familienangehörigen aus eigenen Ressourcen mitversorgt werden können. Auch die Einbürge-

27 Interview mit Malalay Nazari* (Pseudonym) aus Afghanistan, April 2022.

rung verlangt den Nachweis ökonomischer Unabhängigkeit. Vor allem aber ermöglicht die ökonomische Unabhängigkeit, sich aus den Einhegungen des Sozialstaates herauszuarbeiten, der – solange noch soziale Transferleistungen bezogen werden – zwar fürsorglich, aber auch aufdringlich auf private Lebensentscheidungen Einfluss nimmt.

Während in vielen Interviews mit Geflüchteten der Wunsch nach Unabhängigkeit durch Erwerbstätigkeit als größtes Ziel in Deutschland formuliert wird, und obgleich der öffentliche Diskurs ebenso eindringlich für die ökonomische Unabhängigkeit der in Deutschland Aufgenommenen plädiert, um den deutschen Sozialstaat zu entlasten, zeigt die genauere Betrachtung des Themas eine Vielzahl von Problemen, die das allseits erwünschte Ziel teils in weite Ferne rücken lassen. Manche dieser Probleme, etwa fehlende Deutschkenntnisse oder Ausbildungsabschlüsse, können über die Zeit durch ein aktives Zutun der Geflüchteten abgebaut werden. Andere sind struktureller Art und treffen prinzipiell die ganze Bevölkerung, wie etwa der Mangel an Betreuungsplätzen im frühkindlichen Bereich. Wieder andere Probleme betreffen bestimmte Gruppen, denen spezifische negative Merkmale zugeschrieben werden, auf deren Grundlage ihnen Zugänge zum Arbeitsmarkt verwehrt bleiben, wie ich es am Beispiel muslimischer Frauen in Deutschland gezeigt habe. Ein letzter Problembereich ist ausschließlich aufseiten des regulierenden Staates angesiedelt, nämlich die Frage, ab welchem Zeitpunkt im Asylverfahren und mit welchem Aufenthaltstitel Zugang zum Arbeitsmarkt gewährt wird und wie Maßnahmen zur Anerkennung ausländischer Qualifikationen konzipiert sind. Obgleich die Möglichkeiten der Arbeitsaufnahme bereits während des Asylverfahrens mit den asyl- und aufenthaltsrechtlichen Novellierungen 2016 stark liberalisiert wurden, bleibt der Arbeitsmarkt dennoch für verschiedene Teilgruppen der Geflüchteten längerfristig versperrt, insbesondere für viele aus der Gruppe der Geduldeten. Die Verfahren zur Anerkennung ausländischer Qualifikation sind oft langwierig und ihr Ausgang ungewiss. Währenddessen schwinden das Wissen, die Fähigkeiten und die Motivation der Geflüchteten – ihr Humankapital. Es ist fraglich, wie lange eine Gesellschaft, die dringend auf zugewanderte Arbeitskräfte angewiesen ist, sich das leisten kann!

Der Vergleich mit den Vertriebenen des Zweiten Weltkriegs zeigt einige verblüffende Analogien in den Integrationsverläufen, was am deutlichsten im Kontext von Bildungs- und Erwerbsbeteiligung zu sehen ist. Obgleich die Vertriebenen des Zweiten Weltkrieges als Deutsche nach Deutschland kamen und die sprachliche und kulturelle Differenz deutlich geringer war als bei den Asylsuchenden aus arabischen, afrikanischen und asiatischen Ländern, lässt sich das Phänomen der Dequalifizierung auf dem Arbeitsmarkt bei beiden Gruppen beobachten. Die Neuankommenden werden zunächst in ihren Fähigkeiten zurückgestuft, um sie sodann vorwiegend in jene Segmente des Arbeitsmarktes aufzunehmen, in denen Arbeitskräfte benötigt werden, meist weil es sich um unattraktive und schlecht bezahlte Arbeitsplätze handelt. Die erste Generation fügt sich dieser Platzierung. Sie verlagert ihre eigenen Ambitionen auf die nachfolgende Generation und fördert deren Bildungsaspirationen, mit denen die Herabstufung der ersten Generation ›ausgeglichen‹ wird. Diese Mechanismen und ihre Langlebigkeit über die Zeitläufte und Geflüchteten- bzw. Vertriebenenkohorten verweisen darauf, wie stark Integrationsprozesse von den Strukturen und Verhaltensmustern der aufnehmenden Gesellschaft abhängig sind. Diesen wende ich mich im zweiten Teil dieses Buches zu.

Teil II
Aufnehmen und Teilhaben lassen

Kapitel 6 – Perspektiven auf die Aufnahmegesellschaft

Nachdem ich mich bis hierhin überwiegend auf die Perspektive der Geflüchteten konzentriert habe, möchte ich nun die Blickrichtung wechseln und mich auf die Aufnahmegesellschaft konzentrieren – jene Menschen also, die sich in den Orten der Geflüchtetenaufnahme als Einheimische betrachten. Als lokal etablierte Gesellschaft haben sie sich soziale Ordnungsmuster gegeben, mit denen sich Neuankommende auseinandersetzen müssen. Vor allem in kleineren Städten und Dörfern, die das Hauptfeld meiner Forschung darstellen, können diese Ordnungsmuster fest geformt sein, so dass Neuankommende nur schwer ihren Platz finden. Das ist unter anderem in der Persistenz der Wohnbevölkerung begründet. Während sich die Wohnbevölkerung in großstädtischen Wohnvierteln durch Zu- und Wegzüge und innerstädtische Umzüge immer wieder umwälzt und sich damit auch soziale Ordnungsmuster verändern, gibt es diesbezüglich in ländlichen Regionen weniger Dynamik. Eine im Rahmen unserer Forschung durchgeführte Befragung unter Landbewohner:innen aus dem Jahr 2019 ergab, dass lediglich neun Prozent seit weniger als fünf Jahren in der ländlichen Gemeinde zuhause waren. Fast die Hälfte der Befragten lebten dort (44,7 %) »schon immer« und weitere 31 % seit 20 oder mehr Jahren (Schneider/Bürer/Glorius 2021). Großen Teilen der ländlichen Bevölkerung fehlt die eigene Erfahrung von Mobilität und »Fremdsein«, und zugleich sind sie viel stärker in tradierten sozialen Ordnungsmustern verhaftet als Bewohner:innen großer Städte. Durch die relativ statischen Soziastrukturen können sich starke soziale Netzwerke entwickeln, die nicht nur in informellen Verbindungen wie z.B. Nachbarschaftsbeziehungen zum Ausdruck kommen, sondern auch durch die Zugehörigkeit zu Kirchengemeinden, Sportvereinen, Kulturvereinen oder der freiwilligen Feuerwehr. Damit sind soziale Netzwerke eine wichtige Form des kollektiven Sozialkapitals, vor allem im ländlichen Raum. Wie wirkt sich das auf die Möglichkeiten von Geflüchteten aus, an diesen Orten Fuß zu fassen? Das ist eine der Leitfragen für diesen zweiten Buchteil. Diese Reise in die Befindlichkeiten der Aufnahmegesellschaft eröffnet Einblicke in den Zustand der Gesellschaft, in ihre Einstellungen und Vorstellungen in Hinblick auf soziale Ordnung, die eigene Identität und die Frage, ob und wie Fremde Teil dieser Gesellschaft werden können.

6.1 Das Ereignis der Massenankunft

Ich erinnere mich an einen der ersten Artikel, den ich über den ›Langen Sommer der Migration‹ aus Perspektive der Aufnahmegesellschaft las: Eine Familie in Niederbayern, unweit der österreichischen Grenze, wird mit einer Gruppe von Geflüchteten konfrontiert, die vor ihrem Gartentor gestrandet sind. Die Fremden bitten um Wasser und Nahrung, sie sind entkräftet. Sie kommunizieren über Gesten, denn es gibt keine gemeinsame Sprache. Die unfreiwillige Gastgeberin reicht Mineralwasser. Die Geflüchteten erschrecken bei dem Geräusch der sprudelnden Kohlensäure und scheuen sich, das Mineralwasser zu trinken. Ähnliche Irritationen bei der Suche nach einer passenden Mahlzeit: schließlich schmiert die Gastgeberin Nutellabrote, weil sie sich nicht sicher ist, ob die Geflüchteten Wurst oder Käse essen.

Dieser Zeitungsbericht bildet ein Ereignis ab, das sehr plötzlich in das Bewusstsein der deutschen Bevölkerung getreten ist. Die wenigsten hatten sich zuvor mit den bereits seit 2013 deutlich gestiegenen Ankunftszahlen von Geflüchteten in Deutschland beschäftigt oder allenfalls die politischen Diskurse um Asyl aus der Ferne verfolgt. Doch jetzt stehen die Geflüchteten direkt vor der eigenen Haustür, zumindest in den Grenzregionen. Und scheinbar kümmert sich keine offizielle Organisation um sie, zumindest nicht in den ersten Tagen der großen Ankunft im September 2015. Innerhalb von nur drei Wochen erreichen rund 135.000 Menschen die österreichisch-bayerische Grenze, mehr als 6000 pro Tag! (FAZ 24.09.2015) Überall entlang der Grenze bilden sich spontane Helfergruppen und bringen Wasser, Nahrung, Decken, Wechselbekleidung. »Das war pure Lebensrettung«, erinnert sich eine ehrenamtliche Spontanhelferin aus dem bayrischen Grenzort Freilassing.[1] Erst nach einigen Tagen kommen hauptamtliche Akteure ins Spiel: die großen Hilfsorganisationen stellen Zelte und mobile Küchen auf. Der Bundesgrenzschutz verstärkt seine Präsenz entlang der Grenze und errichtet Registrierungsstellen. In der Stadt Freilassing wird eine leerstehende Lagerhalle als Empfangshalle ertüchtigt. Die Geflüchteten werden in Bussen von der Grenzbrücke dorthin gebracht, registriert und anschließend mit Sonderzügen in andere Regionen Deutschlands weiterverteilt. Auf diese Weise wird der Ankunftsort entlastet und kann weitere, neu ankommende Menschen versorgen. Die gesamte österreichisch-bayerische Grenzregion wird im Spätsommer 2015 ein riesiger Transitraum.[2]

Während dieser Zeit ist es kaum möglich, sich dem Thema zu entziehen, denn praktisch alle Medien berichten nonstop von der »Flüchtlingskrise«. Zwischen August und Dezember 2015 stehen Flüchtlingsthemen konstant an der Spitze der Nachrichtenstatistik. Im September 2015 wurde in den Hauptnachrichtensendungen der vier größten TV-Sender 12,5 Stunden über die »Flüchtlingskrise« berichtet (das zweitwichtigste Thema, der Skandal um gefälschte Abgasnormen bei Volkswagen, erreichte lediglich 96 Sen-

1 Die Beobachtungen und Gespräche aus Freilassing stammen aus einem Forschungsprojekt zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Salzburger Land, das ich im Jahr 2018 durchgeführt habe.

2 Vgl. auch die dichte Beschreibung der Ankunftssituation in Passau in Egger 2018.

deminuten) – eine zuvor nie dagewesene thematische Dominanz.[3] Auch die Printmedien fokussieren auf die »Flüchtlingskrise« und decken dabei eine breite Skala von Themen und Beobachtungsebenen ab. Selbst jene, die nicht direkt Berührung mit Geflüchteten hatten, konnten sich auf diese Weise ein (medial geprägtes) Bild von der Lage machen.[4]

Die generelle Bereitschaft zur humanitären Aufnahme ist zunächst groß, wie verschiedene Meinungsumfragen zeigen. In der regelmäßig in allen EU-Staaten durchgeführten Eurobarometer-Umfrage, die vergleichende Daten zu den Einstellungen europäischer Bürger:innen generiert, stimmen Ende 2015 über 80 % der deutschen Befragten der Aussage »Unser Land sollte Flüchtlingen helfen« zu. In der gesamten EU sind es zu diesem Zeitpunkt 65 %; in Ländern, die bereits länger einem starken Zuwanderungsdruck ausgesetzt sind wie beispielsweise Italien, nur 42 % (Europäische Kommission Union 2016). Zugleich zeigen die Meinungsumfragen auch eine gewisse Skepsis hinsichtlich der Legitimität von Flucht. In einer Befragung des Allensbach Instituts aus dem Sommer 2014 nehmen zwar 83 % der Befragten an, der Grund für die Flucht seien Bürgerkriege im Heimatland der Asylsuchenden, zugleich vermuten aber drei Viertel der Befragten, die Menschen kämen vorwiegend aus wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland (Robert-Bosch-Stiftung 2014: 12). Zweifel an asylrelevanten Verfolgungsgründen werden auch in der alle zwei Jahre durchgeführten Mitte-Studie der Universität Leipzig geäußert. Im Jahr 2014 stimmten 55,3 % der Aussage zu: »Die meisten Asylbewerber befürchten nicht wirklich, in ihrem Heimatland verfolgt zu werden.« 2016 waren es bereits 59,9 %, während im Jahr 2011 noch weniger als die Hälfte der Befragten diese Annahme teilten (Decker et al. 2016: 50). Bereits 2015 wurde sichtbar, dass Menschen im Osten Deutschlands wesentlich kritischer auf das Thema Flucht und Asyl blickten und eine höhere Ablehnung gegenüber Einwanderung im Allgemeinen zeigten als jene im Westen der Bundesrepublik. Einer Studie der Bertelsmann Stiftung aus dem Jahr 2015 folgend stimmten im Osten fast die Hälfte (47 %) der Befragten der Aussage zu, Einwander:innen seien in Deutschland nicht willkommen. Bei Befragten im Westen der Bundesrepublik lag die Zustimmung bei einem Drittel. Noch in der Vorgängerbefragung des Jahres 2012 waren derartige Unterschiede zwischen Ost und West nicht feststellbar (Bertelsmann Stiftung 2015: 14). Diese steigende Skepsis fiel zusammen mit der Entstehung der islamfeindlichen extremistischen PEGIDA-Bewegung, die in Dresden ihren Ausgang nahm und dort zum Jahreswechsel 2014/15 mit bis zu 20.000 Demonstrant:innen den Peak der Bevölkerungsbeteiligung erreichte. Die Aufnahme von Asylsuchenden in den ostdeutschen Kommunen traf also auf eine bereits erregte Diskurslandschaft, wie ich auch in meinen ersten Felderkundungen in Sachsen feststellen konnte.

---

3 Die Monitoringdaten stammen von den Seiten des Instituts für empirische Medienforschung GmbH, das systematisch die Hauptnachrichtensendungen der vier größten deutschen TV-Sender (RTL aktuell; SAT 1 Nachrichten; heute; tagesschau) analysiert. https://www.ifem.de/

4 Eine Studie der Robert-Bosch-Stiftung (2014: 21–23) ergab, dass 2014 fast die Hälfte der Bevölkerung gar keine Kontakte zu Asylsuchenden hatte, nicht einmal in Form einer flüchtigen Begegnung. Aber zwei Fünftel hatten Interesse an der persönlichen Geschichte der Geflüchteten.

6.1.1 Auf der Suche nach Unterbringungsmöglichkeiten

Bereits Ende 2014 zeichnet sich eine Überfüllung der bereitstehenden Asylunterkünfte ab. Die Situation verschärft sich deutlich im Laufe des Jahres 2015. Immer häufiger werden Geflüchtete direkt nach der Ankunft in der Erstaufnahmeeinrichtung weiter in die Landkreise und Kommunen verteilt. In den Rathäusern und Landratsämtern wird es hektisch. Viele der Bürgermeister:innen, mit denen ich im Rahmen meiner Forschungen spreche, sind durch die Kommunalwahlen im Mai 2014 neu ins Amt gekommen. Die Unterbringung der Geflüchteten ist ihre erste große Bewährungsprobe. Bürgermeister Hummel* aus Rintau*, einer rund 10.000 Einwohner:innen umfassenden Kleinstadt nordwestlich von Dresden, empfängt mich im Mai 2015 in seiner historischen Amtsstube. In seiner Gemeinde gibt es einen handfesten Konflikt, der mit dem Schlagwort »15 ja, 50 nein« Eingang in die überregionale Medienberichterstattung gefunden hat. Im Kern geht es um den Bürgerprotest in einem Rintau*er Ortsteil gegen eine in den Augen der Anwohner:innen überdimensionierte Flüchtlingsunterbringung. Wie sieht das der Bürgermeister? Er berichtet von der Aufforderung des Landratsamtes, freie Wohneinheiten zur Unterbringung von Asylsuchenden zu melden. Es sollten ca. 30–50 Personen pro Standort untergebracht werden, um den Betreuungsaufwand erträglich zu halten. Denn die Vorgaben für Flüchtlingssozialarbeit in Sachsen kalkulieren eine Vollzeitstelle pro 150 Asylsuchende, d.h. wenn Geflüchtete dezentral über ländliche Gemeinden verteilt werden, ist ein:e Flüchtlingssozialarbeiter:in »nur noch am Rumfahren und hat Null Betreuungszeit.«[5] Allerdings gibt es im Hauptort der Gemeinde kaum Leerstand, und andere Siedlungen der mehr als 50 Ortsteile umfassenden Gemeinde kommen aufgrund ihrer peripheren Lage nicht in Frage. Als einzige mögliche Immobilie ließe sich ein ehemaliges Wohnheim für Aussiedler:innen im Hauptort ertüchtigen, das seit beinahe zehn Jahren leer steht. Doch dafür bräuchte es zusätzliche Fördermittel. Der Plan wird zunächst nicht weiterverfolgt. Als zum Ende des Jahres 2014 der Unterbringungsdruck spürbar ansteigt, wendet sich schließlich ein Privateigentümer ans Landratsamt und bietet einen Plattenbau im Ortsteil Rohdorf* an, in dem bis zu 50 Personen untergebracht werden könnten. Bis zur politischen Wende hatten dort die Arbeitskräfte einer Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft gewohnt, seither steht die Immobilie weitgehend leer. Das Landratsamt mietet die gesamte Unterkunft für zunächst zwei Jahre. Bürgermeister Hummel* kritisiert diese Entscheidung, da es in dem peripheren, nur 175 Einwohner:innen zählenden Rohdorf* keinerlei Infrastruktur gibt. Der Ort ist (außer Schulbus) nicht an den ÖPNV angeschlossen, es gibt keine Einkaufsmöglichkeiten, keine Schule, keinen Arzt, keinen Kindergarten. Schlechte Möglichkeiten also für neu ankommende Asylsuchende, hier Fuß zu fassen. Die Bewohner:innen von Rohdorf*, so lässt sich annehmen, stören sich an dem Kontrast zwischen der Vernachlässigung ihrer elementaren Bedürfnisse der Daseinsvorsorge und der empfundenen Zumutung, stellvertretend für die Gesamtgemeinde die kommunale Unterbringungsverpflichtung von Asylsuchenden zu erfüllen. Hinzu kommt, dass Rohdorf* erst im Januar 2014 durch Gemeindezusammenlegungen Teil von Rintau* wurde. Möglich also, dass Bürgermeister

5 Alle Zitate in diesem Abschnitt stammen aus dem Interview mit Roland Hummel* (Pseudonym), Bürgermeister von Rintau* (Pseudonym), Mai 2015.

Hummel* den Ortsteil noch nicht »auf dem Schirm« hatte, als es zu den geschildeten Entwicklungen kam. Aber da er selbst kein Gegenangebot unterbreiten kann, sieht er auch im Nachhinein keinen Verhandlungsspielraum: »Da hat man als Kommune einen ganz schlechten Diskussionsstandpunkt, wenn man sagt, dort wollen wir sie nicht hinhaben, wenn man gleichzeitig nichts anbieten kann.« Ohnehin begann die Kommunikation zwischen Landratsamt und Gemeindeverwaltung erst verspätet, als alles »schon in Sack und Tüten war«. Das Gefühl kommunalpolitischer Entscheidungsträger:innen, von den übergeordneten Behörden übergangen zu werden, sehe ich später auch noch in anderen Fallstudienorten und erlebe die Frustration, die diese Erfahrung bei den Gemeindeoberhäuptern auslöst. Zugleich wird an dieser Stelle bereits sichtbar, wie einzelne Akteure von der »Flüchtlingskrise« profitieren, nämlich indem sie endlich eine Verwendung für zuvor praktisch unvermietbare – und teils auch unbewohnbare – Immobilien finden.

Im Vorfeld der Belegung kommt es in Rintau* zu einer hitzigen Bürgerversammlung, auf der durch auswärtige NPD-Mitglieder zusätzlich Stimmung gemacht wird. Aus den Kreisen der ansässigen Bevölkerung werden verschiedenste Ängste geäußert, angefangen bei der Gefahr sexueller Übergriffe durch alleinstehende männliche Asylsuchende bis hin zu möglicherweise traumatisierenden Erfahrungen für die eigenen Kinder, wenn sie mit »schwarzen Schulkindern« konfrontiert würden. Manche äußern die generelle Angst, an dem Gebäude vorbeizugehen, wenn es von »den Fremden« bewohnt sei. Auch die für den Ortsteil zuständige Ärztin, die kurz vor der Pensionierung steht, wehrt ab: »Ich kann mit denen nicht mal reden. … Ich geh' dort auch nicht rein, weil ich hab' einfach Angst.« Um Ängste abzubauen und um den Einwohner:innen ein wenig entgegenzukommen, baut die Gemeinde den am Gebäude vorbeiführenden Fußweg, der zur Kita des Nachbarortes führt, mit Laternen aus. Gut ausgeleuchtet, so die Annahme, würden sich die Ängste vor der Begegnung mit »den Fremden« in Grenzen halten lassen.

Im Dezember 2014 ziehen einige überwiegend aus dem Kosovo stammende Familien ein. Sie werden von einem Flüchtlingssozialarbeiter betreut, der wöchentlich vorbeikommt. Eine Helfergruppe bildet sich, die überwiegend aus Kirchenmitgliedern anderer Orte besteht. Die Ortsbevölkerung selbst verhält sich reserviert. Die Polemik um die Ankunft der Asylsuchenden hat das Dorf entzweit, der lauteste Kämpfer um die Art der Belegung (»15 ja, 50 nein«) ist inzwischen weggezogen. Der Bürgermeister spricht von der »Berliner Mauer«, die sich durch den Ort zieht. Die Flüchtlingskinder werden in der Kita des Nachbarortes nicht aufgenommen. Hauptargument ist die Sprachbarriere (»Wenn mit den Kindern mal was ist, können wir uns mit denen nicht verständigen«). Vom Sportverein des Nachbarortes werden sie mehr oder weniger verjagt (»Man hat ihnen gesagt, verschwindet, ihr habt hier nichts zu suchen.«) Der Bürgermeister droht mit dem Entzug der finanziellen Zuwendung, um den Sportverein zum Umdenken zu bewegen. Dieser Interventionsversuch geht jedoch nach hinten los, denn der Vereinsvorstand argumentiert, dass sich der Verein ohne die kommunale Unterstützung auflösen müsse und das Sportgelände dann brachliegen würde. »Die stehen auf der Kippe! Wenn ihr da jetzt Daumenschrauben ansetzt, machen die zu und dann ist in der Umgebung gar nichts mehr, und den Sportplatz müsst ihr dann selber pflegen. Also, man muss da sehr vorsichtig sein.«

Der Bürgermeister beteuert, die Menschen seien nicht von Grund auf ausländerfeindlich, es gehe hier eher um die Dimension der Zuweisung, die nicht akzeptiert würde, sowie um das Gefühl, dass eine Entscheidung über die Köpfe der Bürger:innen getroffen worden sei. Er als Bürgermeister müsse beim Management der Geflüchtetenaufnahme stets aufpassen, dass der soziale Frieden gewahrt sei und er sich nicht öffentlich angreifbar mache. Denn sonst heiße es: »Für die Asylbewerber habt ihr Geld, aber um den Sand auf dem Schulhof auszutauschen, dafür reicht es nicht mehr. Ich biete ja sofort diese Angriffspunkte.«

In dieser ersten Feldbeobachtung fallen mir bereits Aspekte auf, die mich auch in den späteren Fallstudien begleiten werden: da ist zum einen die Struktur des aufnehmenden Ortes und seine Kapazitäten an Wohnraum sowie die Verfügbarkeit von Bildungs- und Betreuungseinrichtungen, Gesundheitsversorgung und Mobilitätsmöglichkeiten, die objektiv für oder gegen eine Eignung des Ortes zur Unterbringung von Schutzsuchenden sprechen. Ein zweiter Aspekt ist die Haltung der ansässigen Bevölkerung und die Elemente, aus denen sich konstruktive oder destruktive Reaktionen zusammensetzen. Und da ist drittens die Art und Weise, wie lokale Schlüsselakteur:innen (in diesem Fall der Bürgermeister) ihre Rolle ausüben, wie sie Entscheidungsspielräume in der politischen Praxis nutzen und wie sie ihr Tun gegenüber der lokalen Bevölkerung begründen und legitimieren. Diese diskursive Strategie und die damit transportierten Begründungsmuster erfordern ebenfalls eine genauere Betrachtung. Denn die Erzählung von Bürgermeister Hummel* zeigt, dass der Disput über die Flüchtlingsunterbringung offensichtlich noch ganz andere, tiefer liegende Konfliktthemen adressiert. Ich bekomme bald die Gelegenheit, diese Beobachtung andernorts anlässlich einer Bürgerversammlung zur Vorbereitung einer Gemeinschaftsunterkunft zu vertiefen.

6.1.2 Nur der Konflikt um Unterbringung?

Ein wichtiges Element im Umgang mit der Geflüchtetenaufnahme vor Ort war in den Jahren 2015/16 die Einwohnerversammlung. Sie wurde üblicherweise im Vorfeld einer Zuweisung veranstaltet, um die lokale Bevölkerung zu informieren, relevante Fragen zu beantworten und etwaige Sorgen und Ängste zu zerstreuen. Dabei zeigten die Bürgerversammlungen einen sehr unterschiedlichen Verlauf. Während es Orte gab, wo sich bereits während der ersten Informationsveranstaltung hunderte von Menschen in Helferlisten eintrugen, um sich bei der für die Zukunft erwarteten Unterbringung von Geflüchteten zu engagieren, geriet die Bürgerversammlung andernorts zu einem Volkstribunal, bei der die Anwesenden ihre gesammelte politische Unzufriedenheit in aggressiver Manier über den staatlichen Repräsentant:innen auskippten.[6] In einer von unserem Forschungsteam analysierten Bürgerversammlung in Schkeitau*, einer Kleinstadt im Erzgebirgsvorland, wurde das Podium – bestehend aus örtlichen und regionalen Behördenvertreter:innen und dem Pfarrer als Vertreter der organisierten Zivilgesellschaft

6 Inzwischen ist das Format der Bürgerversammlung umfassend wissenschaftlich aufgearbeitet (vgl. Aumüller/Daphi/Biesenkamp 2015, Bauer 2017). Zu dem besonderen Aspekt des Nicht-Wissens im Bereich Geflüchtetenaufnahme und seines Einsatzes in kommunalen Aushandlungsprozessen vgl. Schäfer 2023.

– regelrecht niedergebrüllt. Die Veranstaltung diente dazu, über die anstehende Unterbringung von rund 70 Asylsuchenden in einem bis dato als Lehrlingswohnheim genutzten Gebäude zu informieren. Den rund 30 betroffenen Auszubildenden hatte man ersatzweise Wohnungen zur gemeinschaftlichen Nutzung angeboten. Die Wortmeldungen aus dem Publikum konzentrierten sich schnell auf den aus ihrer Sicht privilegierten Umgang mit den Asylsuchenden im Vergleich zur ansässigen Bevölkerung. So beschwerte sich ein Auszubildender über die minderwertige Ausstattung des Wohnheims, als die Lehrlinge noch dort wohnten:

> Die Möbel waren zum Teil von Vorgänger, was Tische und Stühle angeht, von neu konnte dort nicht die Rede sein. Wenn ich mir das jetzt ankucke, wie hier drüben die LKWs vorfahren, was die dort an Waschmaschinen, Herden, Mobiliar so einräumen! Warum wurde für uns in dem Gebäude nicht mal was investiert, damit wir auch mal was davon haben? Oder soll für die eigenen deutschen Auszubildenden nicht ein bisschen Wohlstand da sein?[7]

Der Auszubildende artikuliert hier ein Gefühl der kollektiven Schlechterstellung gegenüber den Asylsuchenden. Durch den Hinweis auf seine eigene deutsche Staatsangehörigkeit wird die gefühlte Ungerechtigkeit im Vergleich zu den ›fremden‹ Geflüchteten noch verstärkt. Eine weitere Wortmeldung eines Rentners beurteilt die den Geflüchteten zugemessene Hilfe, die diese ohne Gegenleistung erhielten, am eigenen biographischen Erleben und kommt ebenfalls zu dem Schluss, im Vergleich schlechter gestellt zu werden.

> Wenn ich jetzt irgendwo zur Krankenkasse geh', dann muss ich bitten und betteln als Rentner, damit ich meinen Zuschuss kriege, und wenn ich überlege, ich hab' dreißig Jahre lang in [Name des Unternehmens] gearbeitet, und wenn ich meine Rente hernehme, das ist eine SCHANDE eine SCHANDE! Du wirst dafür bestraft, dass Du Dein Leben lang gearbeitet hast![8]

Dieser Aussage des Rentners Harold Wittlich* gehen seine Überlegungen des ›richtigen‹ Verhaltens in Krisensituationen voraus, die ich bereits im einleitenden Kapitel dieses Buches diskutiert habe. Er rekurriert auf die Ereignisse der friedlichen Revolution in der DDR 1989 und kritisiert auf dieser Basis die Flucht syrischer Männer, denn »wenn alle, die politisch verfolgt [sind], ihr Land einfach verlassen, anstatt in ihrem Land zu bleiben um zu helfen, dass es dort besser wird«, dann würde das Land zugrunde gehen.[9]

---

7 Wortmeldung Lehrling Randy Schulze* (Pseudonym) während einer Bürgerversammlung am 19.03.2015 in Schkeitau* (Pseudonym), Erzgebirge (Sachsen).

8 Wortmeldung Rentner Harold Wittlich* (Pseudonym) während einer Bürgerversammlung am 19.03.2015 in Schkeitau* (Pseudonym), Erzgebirge (Sachsen).

9 Eine genauere Betrachtung dieser Sequenz muss auf jeden Fall auch die hier gewählte Vergleichsebene aufs Korn nehmen. Harold Wittlich* zieht die aktive Revolutionsarbeit und das Bleiben der Eigengruppe als Vergleichsebene heran, um sich über die vorgebliche moralische Schwäche syrischer Männer auszulassen, die ihr Land im Stich lassen. Dies stilisiert die Gesamtheit der DDR-Bürger:innen zu einem ›Revolutionsvolk‹, was den objektiven Realitäten in keinem Fall ent-

Überdies habe man »weiß Gott andere Probleme im eigenen Land als mit diesen Asylbewerbern«. Damit schwenkt die Argumentation von der Begründungsebene der eigenen Biographie zum kollektiven biographischen Erleben einer Zeit der rasanten Umbrüche nach der Wende 1989, die für Schkeitau* ganz konkret eine Schrumpfung um rund ein Drittel der Bevölkerung bis zum Jahr 2015 zur Folge hatte. Diese Jahre prägten sich in das kollektive Gedächtnis als Jahre des Verlusts und allgemeinen Niedergangs ein, verbunden mit dem Erleben einer diskursiven Zurücksetzung als DDR-Bürger:innen in der gesamtdeutschen Erzählung. Das reizt zum Widerstand gegen die von überwiegend westdeutschen Eliten oktroyierten Politikansätze, die viele Ostdeutsche als unangemessen und ignorant gegenüber der eigenen Lebenssituation empfinden.[10]

Weitere Bürger:innen, die sich zu Wort melden, sehen durch die Umwidmung des Lehrlingswohnheims den Ausbildungsstandort Schkeitau* in Gefahr – genährt aus realen Erfahrungen von Schulschließungen und der Zusammenlegung von nicht mehr rentablen Schulstandorten während der 1990er Jahre – oder befürchten die Umwidmung anderer öffentlicher Infrastrukturen vor Ort. Die Ankunft der Geflüchteten wird also vor dem Erfahrungshintergrund des Niedergangs und der langfristigen staatlichen Vernachlässigung interpretiert, was in einem wütenden Abschlussdisput zum Ausdruck kommt:

Stephan Rust*: Kucken Sie doch die Bevölkerungszahl von Schkeitau an! Achttausend sind wir noch!

Bürgermeister: Ja was hat denn das damit zu tun, wenn mehr Leute sterben als geboren werden, was haben denn Sie damit für ein Problem?

Stephan Rust*: Herr [Bürgermeister] wer will heutzutage bei diesem Drecksstaat noch Nachwuchs? Wer? Ich selber will kein Kind mehr, weil für unsere Kinder ist nichts da, unsere Kinder werden in Ruinen aufwachsen, und die Ruinen machen DIE Leute, die Ihr Freund, Herr [Name anonymisiert], zu uns reinholt. Wissen Sie was, Herr [Bürgermeister], ich geh' jetzt nach Hause, weil was Sie hier alle durch die Bank weg von sich lassen ist meiner Meinung nach das Hinterletzte! Sage ich Ihnen so wie es ist! Und tun Sie mir bitte einen Gefallen, die Nadel, die Sie hier dran haben [zeigt auf eine Anstecknadel mit dem Ortswappen], machen Sie die ab, die ist nämlich für SCHKEITAUER! [Applaus][11]

---

spricht, worauf z.B. der Historiker Ilko-Sascha Kowalczuk immer wieder hinweist (vgl. z.B. Kowalczuk 2024b).

10 Aktuelle Forschungsergebnisse zur Unterrepräsentation der Ostdeutschen finden sich in Kollmorgen/Vogel/Zajak 2024. Zur fortdauernden Differenz zwischen Ost- und Westdeutschland vgl. Mau 2024. Lesenswert auch die aus der politischer Beobachterinnen- und Akteursperspektive zusammengetragenen Befunde zu den psychologischen Verletzungen der Nachwendezeit bei Köpping 2018.

11 Wortmeldung Stephan Rust* (Pseudonym) während einer Bürgerversammlung im Mai 2015 in Schkeitau* (Pseudonym), Erzgebirge (Sachsen). Die Transkription dieser Bürgerversammlung verdanke ich Robinson Dörfel, der von 2015–2017 Teil unserer Forschungsgruppe war.

Die Betrachtung lokaler Aushandlungsprozesse am Beispiel des Diskursereignisses ›Bürgerversammlung‹ verdeutlicht die lokal variierende Einbettung der umkämpften Asylthematik. In dem hier dargestellten Beispiel dominiert das Motiv der relativen Deprivation, d.h. der subjektiv empfundenen Schlechterstellung einer sozialen Gruppe gegenüber einer anderen, in diesem Falle der Einheimischen gegenüber den Geflüchteten. Vor dem Hintergrund einer langfristig empfundenen Schlechterstellung von Ostdeutschen gegenüber Westdeutschen verstärkt sich das eigene Deprivationsempfinden, zumal den Asylsuchenden die Legitimität zum Empfang von Sozialleistungen abgesprochen wird. Angesichts der eigenen Zurücksetzungserfahrung als Ostdeutsche ist die beobachtete Fürsorge, die die Asylsuchenden von der (westdeutsch geprägten) Gesellschaft erfahren, ein Affront. Die wissenssoziologisch verankerte Annahme, dass derartige kollektive Interpretationsmuster zugleich als Handlungsorientierungen fungieren und damit wirksam für die konkrete Praxis des Umgangs mit Geflüchteten werden, unterstreicht die Notwendigkeit der kleinräumig differenzierenden Befassung mit lokalen Diskursen rings um Migration, Flucht, und Integration (vgl. Glorius/Schondelmayer 2018b).

6.1.3 Wer engagiert sich, wie und warum?

Die kleine Eingangssequenz aus der Grenzgemeinde Freilassing zeigte es bereits: die offensichtliche Notlage der gestrandeten Menschen, kombiniert mit der gefühlten Abwesenheit des Staates, mobilisierte im Sommer 2015 Tausende – nicht nur in den Grenzgemeinden, sondern im ganzen Land. Laut einer durch die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) in Auftrag gegebenen Repräsentativstudie engagierten sich im November 2015 7,3 % der Bevölkerung ehrenamtlich in der Geflüchtetenhilfe; bis Mai 2016 kletterte dieser Wert auf 8,7 %. Überdies erklärten drei Viertel der Befragten ihre generelle Bereitschaft zum Engagement für Geflüchtete (Ahrens 2017: 42). Kaum jemals hat eine gesellschaftliche Thematik so viele Menschen zugleich aktiviert, vor allem so viele Frauen! Nach einer Befragung des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung aus dem Herbst 2015 waren drei von vier Ehrenamtlichen in der Geflüchtetenhilfe weiblich. Auch hinsichtlich der beteiligten Altersgruppen zeigen die vorliegenden Studien ein klares Bild: während anfangs viele jüngere Menschen engagiert waren, konzentrierte sich das Engagement bereits ab dem Herbst 2015 auf Personen in der zweiten Lebenshälfte, vielfach ältere Berufstätige oder Rentner:innen (Karakayali/Kleist 2016: 3). Wir sahen das auch bei unseren Forschungsarbeiten, während derer wir im ganzen Land Interviews mit zivilgesellschaftlich Engagierten durchführten. Ganz überwiegend waren diese weiblich und im höheren Lebensalter. Hinsichtlich der Organisationsstruktur der ehrenamtlichen Geflüchtetenhilfe zeigt die Studie des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung die große Bedeutung von spontan gegründeten selbstorganisierten Gruppen. Vereine oder etablierte Hilfsorganisationen sind demgegenüber weit weniger einflussreich. Auch das bestätigt sich in unseren eigenen Forschungen. Gerade in kleineren Gemeinden gibt es meist einen lokalen Helferkreis, in dem sich die Helfenden organisieren, Aufgaben bündeln und untereinander verteilen. Die Bereiche des Engagements sind vielfältig und reichen von der Akquise, Aufbereitung und Verteilung von Sachspenden (z.B. Kleider-

kammer, Möbelbörse, Fahrradwerkstatt) über Betreuungs- und Begegnungsangebote (z.B. Freizeitangebote für Kinder, Nachbarschaftscafés), Beratung, Unterstützung bei Behördengängen oder Arztbesuchen sowie Dolmetschen und Sprachunterricht (vgl. Speth/Becker 2016). Häufig kommen derartige Initiativen durch den Aufruf einer lokalen Schlüsselperson zustande, etwa des Bürgermeisters oder der Pfarrerin. So war es beispielsweise in der fränkischen Landgemeinde Berglach*: Als die Entscheidung bekannt wird, dass in einem leerstehenden Gästehaus ca. 35 Asylsuchende untergebracht werden sollen, formiert sich 2015 ein Helferkreis. Den Aufruf dazu organisierte die Gemeinde, wie sich die Ehrenamtliche Elisabeth Unger* erinnert:

> Es stand im Gemeindeblatt: Wer Interesse hat, kann kommen. Also da war so ein Infoabend, ja, dann wurde erst einmal gesammelt, was könnten die brauchen. Also was brauchen die, die brauchen Kontakte, die brauchen Unterricht, die brauchen Essen, Trinken, Kleidung, und dann hat halt jeder sich eingeordnet in einer Liste, für was er Interesse hätte.[12]

Das ehrenamtliche Potenzial des Ortes hatte bereits vor dem Sommer 2015 Strukturen entwickelt, auf die man jetzt aufbauen kann. Beispielsweise hatte sich ein Nachbarschaftshilfeverein gegründet, um den (meist älteren) Dorfbewohner:innen ohne eigenes Auto durch einen eigens angeschafften Kleinbus Fahrten in die benachbarten Städte zu ermöglichen. Eine weitere Schnittstelle gibt es zu einem landkreisweiten Bündnis für Toleranz, das sich einige Jahre früher gegründet hatte, um rechtsextremistischen Aktivitäten im Landkreis gemeinsam entgegenzutreten. Diese bereits etablierten Strukturen sind eine wichtige Starthilfe für den Helferkreis. Zugleich wird klar, wie bedeutsam lokale Schlüsselpersonen sind, für die gesellschaftliches Engagement eine Selbstverständlichkeit ist und die in der Lage sind, passivere Teile der Bevölkerung mitzuziehen: »Es sind immer die gleichen letztendlich, die denken, man muss sich engagieren oder irgendwas einbringen«, meint Elisabeth Unger* dazu.

Befragungsergebnisse zeigen, dass viele der spontan hinzukommenden Einzelpersonen durch die Medienberichterstattung des Fluchtsommers 2015 zur Beteiligung angetrieben wurden. Neben humanitären Motiven sehen viele Ehrenamtliche ihre Tätigkeit auch in einem gesellschaftspolitischen Kontext: sie wollen die Gesellschaft »zumindest im Kleinen mitgestalten« bzw. »ein Zeichen gegen Rassismus« setzen (vgl. Karakayali/Kleist 2016: 33). Gleichsam als Kollateraleffekt des ehrenamtlichen Engagements loben viele Befragte das entstandene Gemeinschaftsgefühl und benennen dies auch dezidiert als Grund dafür, sich längerfristig zu engagieren (ebd.: 31f). Dabei birgt das Engagement auch Herausforderungen: Eine Befragung, die im Jahr 2015 unter Ehrenamtskoordinator:innen in der Stadt Leipzig durchgeführt wurde, weist auf den hohen Anspruch an die soziale und emotionale Kompetenz von Ehrenamtlichen hin. So betonten mehrere Befragte die Bedeutung von interkultureller Kompetenz, einer gefestigten Persönlichkeit sowie von Geduld, Ausdauer und Einfühlungsvermögen im Umgang mit den

12 Interview mit Elisabeth Unger* (Pseudonym), ehrenamtlich Engagierte in Berglach* (Pseudonym), Mittelfranken, November 2019.

Geflüchteten. Demgegenüber wurde eine Grenze zu »Gutmenschen« gezogen, die »Bewohner als Opfer sehen«, »rasch ihr Gewissen beruhigen« oder »nur eigene Ideen umsetzen wollen« (vgl. Glorius 2017).

Auf lokaler Ebene ist 2015 rasch klar, dass die langwierige Integrationsarbeit ohne das vielfältige persönliche Engagement von Ehrenamtlichen nicht zu stemmen ist. Zugleich gibt es seitens der Ehrenamtlichen auch Kritik an der mangelnden Abgrenzung von Aufgaben zwischen Haupt- und Ehrenamt und den stillen Verdacht, sie würden unentgeltlich Aufgaben kompensieren, die eigentlich in der Verantwortung staatlicher Institutionen liegen sollten. Das ist auch nicht von der Hand zu weisen. In einer Studie zur ehrenamtlichen Unterstützung in Gemeinschaftseinrichtungen für Asylsuchende in der Stadt Leipzig konnte ich die Vielzahl an Aufgaben abbilden, die Ehrenamtliche übernahmen und die weit über Begegnungs- und Freizeitformate hinausgingen. Die häufigsten Aufgaben waren die Unterstützung bei der Wohnungssuche (61 %), die Festigung deutscher Sprachkenntnisse durch Konversation sowie die Hausaufgabenhilfe (je 57 %). Weitere häufige Einsatzgebiete waren die Sprachmittlung (52 %) sowie die Begleitung von Behördengängen und Arztbesuchen (48 %). Etwas weniger häufiger wurden ›klassische‹ Einsatzgebiete für Ehrenamtliche genannt, wie die Organisation von Freizeitangeboten, Kinderbetreuung oder die Orientierung im deutschen Alltag (je 43 %). Ebenfalls aktiv waren Ehrenamtliche bei der Ausbildungs- und Arbeitsplatzsuche sowie bei der Erteilung von Deutschunterricht (je 35 %). Viele dieser Tätigkeiten benötigen professionelle Kompetenzen oder zumindest ein einheitliches Verständnis von der Art der Aufgabe. Entsprechende Grundvoraussetzungen wurden den Ehrenamtlichen jedoch nicht abverlangt, und es wurden in der Regel auch keine Schulungsangebote gemacht. Damit wurde ein volatiles System etabliert, das Ehrenamtliche teils überforderte und durch die unklare Grenzziehung zwischen hauptamtlichen und ehrenamtlichen Aufgaben auch viel Verwirrung stiftete. Dies umso mehr, wenn man den raschen Aufwuchs entsprechender Hilfsinstitutionen und die sich rasch verändernden gesetzlichen Rahmenbedingungen im Bereich Flucht und Asyl mit bedenkt, die einen andauernden Fortbildungsbedarf der haupt- und ehrenamtlichen Aktiven mit sich bringen.

6.2 Was macht eigentlich Aufnahmebereitschaft aus?

Diese ersten Blicke auf die Ankunft von Geflüchteten im ›Langen Sommer der Migration‹ zeichnen ein divergentes Bild zwischen pragmatischer Krisenbewältigung, Anteilnahme, aber auch Skepsis und Ablehnung sowie ein großes Ausmaß an Indifferenz. Und sie geben bereits erste Hinweise darauf, dass es bei weitem nicht nur infrastrukturelle Gesichtspunkte sind, die für ein erfolgreiches Ankommen von Geflüchteten berücksichtigt werden müssen. Ebenso bedeutsam sind sozioökonomische Strukturen, gesellschaftliche Stimmungen und die Art und Weise, wie vor Ort Politik gestaltet wird, wobei zusätzlich die Einflüsse überregionaler Politiken und Diskurse wirksam werden. Daraus resultiert eine große Bandbreite an individuellen und gesellschaftlichen Reaktionen, die ich exemplarisch anhand der Gemeinden Berglach* und Hornsdorf* zeige.

6.2.1 Berglach*: »das ist relativ ruhig und gelassen gelaufen«

Berglach* ist mit rund 2.500 Einwohner:innen eine kleine, aber prosperierende Gemeinde im ländlichen Mittelfranken. Sie ist demographisch stabil, nicht zuletzt durch die Pendelmöglichkeiten in umliegende Mittel- und Oberzentren, und sie profitiert wirtschaftlich von dem reichhaltigen Arbeitsplatzangebot verschiedener Industriebetriebe in der Region. Die erste Berührung mit der ›Flüchtlingskrise‹ hatte Berglach* im Jahr 2015, als eine Gruppe unbegleiteter minderjähriger Geflüchteter am Ort untergebracht wurde. Im Jahr 2016 wurde dann eine Gemeinschaftsunterkunft in einem ehemaligen Hotel am Rande von Berglach* eröffnet. Die Gemeinde hatte dabei keinen Entscheidungsspielraum, denn das Gebäude hatte ein auswärtiger Investor gekauft und an die als Unterbringungsbehörde fungierende Bezirksregierung verpachtet. Der Bürgermeister erinnert sich:

> Das war damals eine Aufregung im Ort. Ich habe dann eine Veranstaltung gemacht in der TSV-Halle, wo über 200 Bürger da waren und sich das angehört haben. Es waren viele Bedenken da. Ob das gut geht […], dass es Belästigungen gibt. Also der Hauptaufhänger glaube ich war immer, Unordnung, die dann da stattfindet.[13]

Neben Wortmeldungen von ›besorgten Bürger:innen‹ und jenen, die dem Thema Geflüchtetenaufnahme grundsätzlich ablehnend gegenüberstanden, gab es aber auch eine große Bereitschaft, sich konstruktiv einzubringen. Ein bereits im Vorfeld der Unterbringung ins Leben gerufener Unterstützerkreis erhielt regen Zulauf aus der Bevölkerung und war mit rund 50 Mitgliedern einsatzbereit, noch bevor die Unterkunft eröffnet wurde. Unsere Gesprächspartner:innen betonen, dass das breite Bündnis an »etablierten« Persönlichkeiten und Bürgergesellschaft die Ausformung einer lokalen Mehrheitshaltung ermöglichte, die der Flüchtlingsunterbringung mit Empathie entgegenblickte und die kritischen Stimmen einhegte.

> Ich denke, das war von Anfang an schon so, dass eine BREITE Basis da war, die gesagt hat: »Wir wollen helfen.« Und deswegen diejenigen, die Vorbehalte hatten, vielleicht halt nicht so laut waren. […] Aber es sind halt auch lauter etablierte Leute gewesen, die dann im Dorf auch zum Teil was zu sagen hatten. Ja, der Pfarrer war dabei, Schulleiter war dabei, der Bürgermeister war dabei, Geschäftsleute waren dabei, ja, vom Sportverein welche waren dabei. Dann sagt man halt lieber nichts, auch wenn man das nicht so toll findet.[14]

In der Rückschau erwiesen sich die Sorgen und Ängste der Anrainer als unbegründet, da es am Ort nie zu negativen Vorkommnissen kam, wie der Berglacher* Bürgermeis-

13 Interview mit Egon Meier* (Pseudonym), Bürgermeister der Gemeinde Berglach* (Pseudonym) in Mittelfranken, Februar 2019.

14 Interview mit Elisabeth Unger* (Pseudonym), ehrenamtlich Engagierte in Berglach* (Pseudonym), Mittelfranken, November 2019.

ter resümiert: »Ich sage mal, das ist relativ ruhig und gelassen gelaufen.«[15] Zu Beginn der Unterbringung dominierte die Improvisation, weil die Geflüchtetenaufnahme Neuland war. Der Helferkreis initiierte ein Begegnungscafé und organisierte Deutschunterricht und Zugang zu den örtlichen Schulen, noch bevor entsprechende Strukturen oder Durchführungsbestimmungen von übergeordneten Behörden bereitgestellt waren. Die Lehrkräfte verfügten bereits über Kompetenzen in der schulischen Integration von ausländischen Kindern, da auch etliche Einwandererfamilien aus Ostmitteleuropa in der Gemeinde leben. Die Ansiedlung von Geflüchteten erhöhte die Diversität vor Ort signifikant, vor allem in den jüngeren Altersgruppen: fast ein Fünftel der Grundschüler:innen hat inzwischen eine ausländische Staatsangehörigkeit. Als wesentliche Vorzüge von Berglach* werden von den einheimischen Akteur:innen der familiäre Umgang miteinander, die gute Infrastruktur im Bereich Schule und Gesundheit, vielfältige Arbeitsmöglichkeiten sowie ein reichhaltiges Vereinsleben, insbesondere im Sportbereich, hervorgehoben. Über die Zeit haben etliche Geflüchtete Arbeit im Ort oder in der Umgebung gefunden, und durch den Erwerb von Fahrerlaubnis und PKW sind sie auch mobiler geworden. Ein großes Problem ist die Wohnsituation, denn es dominieren Eigenheime am Ort (viele davon nur noch von einzelnen Senior:innen bewohnt), der Mietwohnungsmarkt ist kaum entwickelt. In den vergangenen Jahren hat sich die Lage auf dem Wohnungsmarkt zugespitzt. Freiwerdende Mietwohnungen werden sofort unter der Hand vergeben. Geflüchtete haben hier schlechte Chancen, zumal viele Vermieter:innen Vorbehalte haben, an »ausländische Menschen zu vermieten.«[16] Einzig die Vermittlungsarbeit der Ehrenamtlichen kann diese Kluft überwinden und Geflüchtete und Vermieter:innen zusammenbringen: »Es ist ja, im Dorf, man kennt sich ja auch, also kann ich natürlich leichter reden und kann sagen, du hast doch da eine Wohnung zu vermieten, ich suche da, wie sieht es denn aus, können wir uns das mal anschauen?« (Ebd.)

In der zusammenfassenden Betrachtung zeichnet die Aufnahme von Geflüchteten in Berglach* vor allem die Art und Weise aus, wie sich haupt- und ehrenamtliche Akteur:innen der Aufgabe annehmen. Die Herangehensweise ist geprägt von Pragmatismus, Pflichtbewusstsein, aber auch Empathie und Neugier auf Menschen aus anderen Kulturen. Ob geflüchtete Menschen hier heimisch werden können, hängt neben den infrastrukturellen Kriterien auch ganz wesentlich davon ab, ob sie sich mit dem ländlichen Lebensstil mit all seinen Vor- und Nachteilen anfreunden können.

6.2.2 Hornsdorf*: »das Experiment hat bis jetzt funktioniert«

Auf die Gemeinde Hornsdorf*, eine rund 6.300 Einwohner:innen zählende Gemeinde in der sächsischen Lausitz, trifft vorrangig das zu, was im Laufe des Jahres 2015 von dem auf Wohnungsmarktforschung spezialisierten Unternehmen empirica mit dem Slogan »Familien aufs Land« postuliert wurde: um die Unterbringung der so zahlreich ankommenden Flüchtlingsfamilien zu bewältigen, sollten diese vor allem dort angesiedelt werden,

15 Interview mit Egon Meier* (Pseudonym), Bürgermeister der Gemeinde Berglach* (Pseudonym) in Mittelfranken, Februar 2019.

16 Interview mit Maria Neubert* (Pseudonym), ehrenamtlich Engagierte in Berglach* (Pseudonym), März 2019.

wo Wohnungen frei sind (Braun/Simons 2015). Und das war damals vor allem im ländlichen Raum gegeben, insbesondere in den ländlichen Regionen Ostdeutschlands. Anders als in westdeutschen Kleinstädten verfügen viele ostdeutsche Gemeinden über kommunale Wohnungsbestände, die noch aus der Besiedlungspolitik der DDR herrühren. Damals wurde gezielt Bevölkerung in ländlichen Regionen angesiedelt, um Personal für die neu entstehenden landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften oder Industriebetriebe vorhalten zu können. Durch den wirtschaftlichen Zusammenbruch nach der Wende verließen viele Menschen die ländlichen Regionen und die Leerstandsquoten in der ländlichen ›Platte‹ stiegen. Nun, 2015, sahen viele ostdeutsche Kommunen eine win-win-Situation: durch die Unterbringung von Geflüchteten in kommunalen Wohnungen konnte einerseits der ökonomisch bedrohliche Leerstand gemildert werden. Zum anderen erhoffte man sich größere Akzeptanz bzw. weniger Widerstand der lokalen Bevölkerung gegenüber der Aufnahme von Geflüchteten, wenn sie dezentral in Wohnungen untergebracht würden, wie der Bürgermeister von Hornsdorf* argumentiert:

> Ich habe damals zum Stadtrat und auch Verwaltung gesagt, wir […] werden nicht umhinkommen [Geflüchtete unterzubringen], bei dieser Masse irgendwo, und wir hatten freien Wohnraum. Freier Wohnraum bedeutet wieder Wirtschaftseinbußen für unsere Gesellschaft, da muss ich auch gucken, wo kriege ich Einnahmen her. Dann haben wir mit dem Stadtrat und auch der Verwaltung ausgemacht, wir stellen zehn Wohnungen zur Verfügung für Familien. Das war so der Anfang gewesen, wo wir gesagt haben, wollen wir wie andere abwarten, bis es einen [Verteilungs]Schlüssel gibt, oder agieren wir und kriegen halt nicht die alleinstehenden Jugendlichen aus Syrien oder irgendwoher, sondern wirklich Familien, und so haben wir praktisch begonnen. Das war gut. Das fanden auch die Stadträte gut und in der Bevölkerung haben wir das auch so rübergebracht.[17]

Der Gemeinde wurden mehrere Flüchtlingsfamilien zugewiesen und in den zehn bereit gestellten Wohnungen untergebracht. Diese liegen in einem Plattenbaugebiet am Rande des Hauptortes, in dem durch die günstigen Mieten viele Menschen leben, die Transferleistungen beziehen. Aufgrund der sozialen Problemlagen erhält das Gebiet Fördergelder aus dem Europäischen Sozialfonds, um durch Beratungseinrichtungen vor Ort die langzeitarbeitslosen Bewohner:innen für den Arbeitsmarkt zu aktivieren. Parallel dazu richtet die Landkreisbehörde ein Büro des Kommunalen Integrationsmanagements ein, das auf die Geflüchteten fokussiert. Eine weitere wichtige Akteurin im Quartier ist eine Kindertagestätte, die viele geflüchtete Kinder aufgenommen hat und diese gezielt in ihrer sprachlichen Entwicklung fördert. Anders als im Beispiel Berglach* ruht die Aufnahme und Erstorientierung der Geflüchteten also nicht auf den Schultern eines zivilgesellschaftlichen Bündnisses, sondern wird in bestehende sozialraumorientierte Strukturen integriert. Diese Herangehensweise entspricht auch der Zielsetzung des Bürgermeisters, der den Geflüchteten keine Sonderstellung zuweisen möchte:

17 Interview mit dem Bürgermeister der Gemeinde Hornsdorf* (Pseudonym) in der sächsischen Lausitz, Februar 2019.

> Da wehre ich mich auch total dagegen. Ich mag das nicht, wenn wir bloß Aktivitäten machen für unsere Geflüchteten. Da kommen mir automatisch meine Hornsdorfer* und sagen: »Bürgermeister guck mal dahin, in dem Ortsteil wohnt jemand und dem geht es schlecht und schon immer schlecht. Um den müsstest du dich auch kümmern und nach dem guckt ihr nicht.« Deswegen mache ich keine Initiative nur für unsere Geflüchteten. Sondern wenn, dann für alle. (Ebd.)

Weitere wichtige Beweggründe für das lokalpolitische Handeln des Bürgermeisters sind das starke Politisierungspotenzial der Asylthematik sowie vergangene Erfahrungen mit rechtsextremen und rassistischen Umtrieben in der Region. Er erzählt von einer Messerstecherei auf einem Volksfest in den 1990er Jahren, an der auch ein vietnamesischer Vertragsarbeiter beteiligt gewesen war:

> Und wie gesagt danach ist das eskaliert und dann gab es hier die Märsche [von Rechtsextremen] hier durch Hornsdorf* und, ja, das ist seit Jahren, Gottseidank, ist das weg. Das war so ein Risiko, was wir auch bewusst eingegangen sind mit den zehn Wohnungen, die wir zur Verfügung gestellt haben. Und das Experiment hat bis jetzt funktioniert, sag ich mal (ebd.).[18]

Vier Jahre nach dem Beginn der Geflüchtetenaufnahme scheinen die rund 70 angesiedelten Geflüchteten in den alltäglichen Abläufen angekommen zu sein: »Die haben ihren Alltag hier gefunden, genau wie der normale Bürger.« Aufgrund der entspannten Wohnungsmarktsituation und der zurückgehenden Flüchtlingszahlen nach 2016 konnten sie in den zunächst zugewiesenen Wohnungen bleiben, obwohl diese ursprünglich nur als Belegwohnungen für die Zeit des Asylverfahrens gedacht waren. Die dynamische Arbeitsmarktentwicklung mit einem großen Fachkräftebedarf und mehreren Industrieansiedlungen bietet gute Möglichkeiten der Arbeitsmarktintegration. Zum Zeitpunkt unserer Forschung wird in Zusammenarbeit mit den lokalen Arbeitgeber:innen ein Programm zur Arbeitsmarktaktivierung vorbereitet. Auch hier soll es nicht um exklusive Maßnahmen für die Geflüchteten gehen, so der Bürgermeister, sondern alle arbeitslosen Hornsdorfer:innen* werden adressiert: »Da gehts drum, wie wir Leute in Lohn und Brot bringen. Da gehören unsere Gäste natürlich genauso dazu.« Zudem sind Aktivitäten geplant, um auch die soziale Integration und die Begegnung zwischen Geflüchteten und Einheimischen zu stärken. Denn, wie das ein anderer Gesprächspartner aus Hornsdorf* reflektiert, die Beziehung zwischen Einheimischen und Geflüchteten sei derzeit vor allem durch ein »gesundes Desinteresse« geprägt.[19]

Beide lokalen Fallbeispiele blicken überwiegend aus der Perspektive der Bürgermeister und zivilgesellschaftlichen Akteur:innen aus dem Jahr 2019 zurück in das Jahr 2015, als die ›Flüchtlingskrise‹ plötzlich in der eigenen Gemeinde Einzug hielt. Beide Fallbeispiele weisen auf die Grundbestandteile der Geflüchtetenaufnahme hin: eine Unterbringungsmöglichkeit, später eine eigene Wohnung; Zugang zu Bildungs- und

---

18 Die Handlungsorientierung, mit dem eigenen Agieren den mühsam zurückgedrängten Rechtsextremisten keine Reibungsfläche zu bieten, ist auch in anderen Interviews mit lokalen Akteur:innen in Ostdeutschland zu finden.

19 Interview mit Peter Rauch* (Pseudonym), Sozialarbeiter in Hornsdorf* (Pseudonym), Mai 2019.

Beratungsangeboten, später Arbeitsmöglichkeiten; Unterstützung in Form ehrenamtlichen oder hauptamtlichen Engagements; proaktiv handelnde politische Akteur:innen; und eine kollektive gesellschaftliche Grundhaltung, die mindestens von Toleranz geprägt ist und im besten Fall Offenheit zeigt. In der Rückschau wird in beiden Gemeinden eine positive Bilanz gezogen, was die eigene Rollenwahrnehmung angeht. Man hat die verfügbaren Kräfte mobilisiert, einen Umgang mit den Ängsten der Bevölkerung gefunden und hat alle mit der Aufnahme verbundenen Herausforderungen gemeistert. Und doch zeigt bereits dieser erste vergleichende Blick erhebliche Unterschiede, sowohl was die Rahmenbedingungen der Geflüchtetenaufnahme anbelangt als auch welche Strategien angewandt wurden, um die Aufgabe zu meistern, und welche Akteursgruppen vorrangig beteiligt waren. Im Folgenden möchte ich diese Aspekte noch etwas systematischer beleuchten und beginne daher bei Überlegungen dazu, welche wissenschaftliche Perspektive für eine vergleichende Erforschung der lokalen Aufnahmepraxis geeignet wäre.

6.3 Wie erforscht man die Aufnahme von Geflüchteten in ihrer sozialräumlichen Verankerung?

Aus der Perspektive der Wissenschaftlerin stellt die Aufnahme von rund 890.000 Geflüchteten binnen weniger Monate in Deutschland ein einmaliges Setting für vergleichende Regionalforschung dar. Die Größenordnung der Ankünfte und die Mechanismen der Weiterverteilung, die zunächst auf Bundes-, dann auf Länder- und schließlich auf der Landkreisebene dem Grundsatz der Lastenteilung folgen, haben bewirkt, dass 2015 in Deutschland innerhalb weniger Monate tausende Gemeinden zu Ankunftsorten wurden, die zuvor noch kaum Berührung mit internationaler Migration hatten. Inwiefern bringen die Geflüchteten Veränderungsimpulse in diese Orte, und wie lässt man sich auf die fremd scheinenden Anderen ein? Anknüpfungspunkte zum Verständnis dieser Prozesse bieten die historischen stadtsoziologischen Forschungen der Chicagoer Schule wie auch die aktuellen Forschungen zu Ankunftsorten jenseits der großen Städte, der so genannten *New Immigrant Destinations* in den USA. Beide Forschungslinien betrachten nicht nur die sozialräumlichen und infrastrukturellen Veränderungen, die durch die Anwesenheit einer neuen, eingewanderten Bevölkerungsgruppe ablaufen, sondern verhandeln ganz grundsätzlich die Frage des Umgangs von Mehrheiten mit Minderheiten. Um die Befindlichkeiten der deutschen Mehrheitsgesellschaft diesbezüglich zu verstehen, integriere ich Erkenntnisse der Einstellungsforschung in meine Überlegungen. Abschließend stelle ich die Frage, wie sich Einstellungen und Befindlichkeiten innerhalb einer lokalen Gemeinschaft an einem konkreten Ankunftsort zu kollektiven Handlungsorientierungen ausprägen, die maßgeblich für den Vergemeinschaftungsprozess von Einheimischen und Geflüchteten sind.

6.3.1 Von der Chicagoer Schule zum Integrationsparadigma

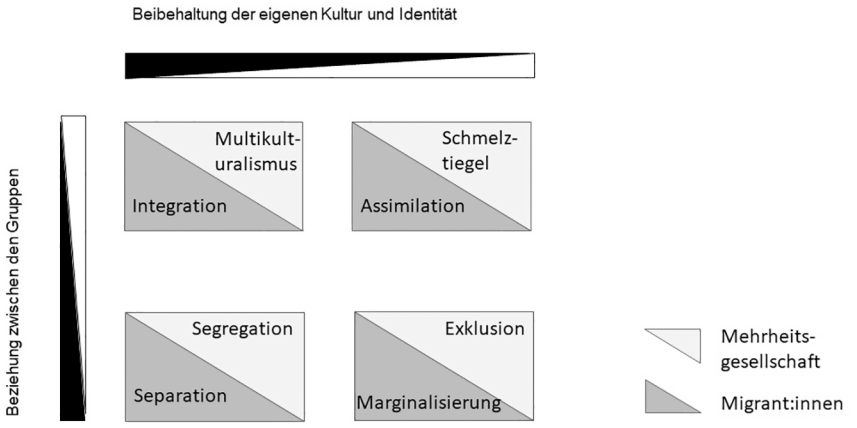
Die Chicagoer Schule der Soziologie fußt historisch auf der Auseinandersetzung mit den großen Einwanderungsbewegungen aus Europa in die USA im frühen 20. Jahrhundert

(vgl. Hennig 2012). Sie untersuchte, wie soziale Gruppen auf soziale und strukturelle Veränderungen reagieren und wie sich das sozialräumliche Gefüge durch die Ankunft neuer Gruppen verändert. Ein einschlägiges empirisches Beobachtungsfeld lag direkt vor der Haustür des Instituts: die stark durch Einwanderung geprägte Stadt Chicago. Chicago war von einer Kleinstadt Mitte des 19. Jahrhunderts bis 1900 zu einer Industriemetropole mit 1,7 Millionen Einwohner:innen herangewachsen. Durch die Einwanderung aus Europa wuchs sie innerhalb von 20 Jahren auf drei Millionen Menschen. Rund die Hälfte der Bewohner:innen war außerhalb der USA geboren. Aus der Beobachtung migrationsbedingter sozialräumlicher Veränderungsprozesse wurden nach und nach allgemeingültige Erkenntnisse abgeleitet, wie etwa der durch Robert E. Park in den 1920er Jahren entwickelte *race-relations-cycle* (Park 1950). Darin skizziert er einen idealtypischen zyklischen Ablauf des interethnischen Annäherungsprozess, angefangen bei Kontakt zwischen Angehörigen der verschiedenen Gruppen, gefolgt von Wettbewerb um knappe Ressourcen wie beispielsweise Arbeitsplätze. Als Folge des Wettbewerbs treten Konflikte zwischen den Gruppen auf, bis sich die konkurrierenden Gruppen miteinander arrangieren, etwa indem sie sich spezifische sozialräumliche oder auch berufliche Nischen suchen. In der letzten Phase des Zyklus kommt es zur »Assimilation«, nämlich zur vollständigen Amalgamierung von kulturellen oder sprachlichen Besonderheiten durch die zunehmende Vermischung beider Gruppen. Diese frühe Modellierung war in der Folge vielfältiger Kritik unterworfen, etwa hinsichtlich der unterstellten Progressivität des skizzierten Prozesses, wohingegen in der Realität auch dauerhafter Konflikt, Vertreibung oder hegemoniale Unterwerfung als Folge von Einwanderung zu beobachten sind (Han 2010: 41f). Dennoch war das Modell wegweisend für den weiteren wissenschaftlichen Diskurs. Dementsprechend waren auch darauf aufbauende Modelle meist phasenartig angelegt und nutzten ein vergleichbares begriffliches Instrumentarium. Ein Beispiel ist das in den 1970er Jahren entwickelte Akkulturationsmodell des Soziologen John W. Berry, in dem er Akkulturationsstrategien sowohl aus Perspektive der Neuankommenden als auch aus Perspektive der Mehrheitsgesellschaft entwirft (Berry 2006; sh. auch Lietz 2023) (Abb. 6.1). Das Modell berücksichtigt erstens, wie stark der Wunsch nach Beibehaltung der »eigenen« Kultur und Identität ist, und zweitens, welche Beziehung zu der jeweils anderen Gruppe angestrebt wird. Für die Zugewanderten ergeben sich als Resultat dieser beiden Dimensionen vier mögliche Strategien: 1) Integration, d.h. die Einwander:innen bewahren Ressourcen ihrer eigenen Herkunftskultur und nehmen zusätzlich neue Impulse der Ankunftskultur auf, 2) Assimilation, d.h. die Einwander:innen legen ihre eigene Herkunftskultur vollständig ab und übernehmen die Kultur der Ankunftsgesellschaft, 3) Separation, d.h. die Einwander:innen bleiben nur in ihrer Herkunftskultur verhaftet, sowie 4) Marginalisierung, d.h. die Einwander:innen können weder Bezüge zur Herkunftskultur aufrechterhalten noch Bezüge zur Kultur der Ankunftsgesellschaft herstellen. Die seitens der Mehrheitsgesellschaft gewählten Strategien lassen sich anhand der zwei Leitdimensionen ebenfalls in vier Varianten der Akkulturation differenzieren: 1) Multikulturalismus[20], d.h. eine Mischung der Kulturen, ohne die unterschiedlichen Einflüsse der

20 Da der Begriff des Multikulturalismus im deutschsprachigen öffentlichen und politischen Diskurs spätestens seit dem Aufkommen von AfD, PEGIDA und identitärer Bewegung in einer Art und Weise überprägt wurde, die die ursprüngliche Bedeutung des Begriffs ad absurdum führte, schlage ich

jeweiligen Herkunftskultur zu überdecken, 2) Schmelztiegel, d.h. die kulturellen Eigenheiten der Einwander:innen lösen sich vollständig im Mainstream der Gesellschaft auf, 3) Segregation, d.h. die sozialräumliche Trennung der Zugewanderten und der Ankunftsgesellschaft sowie 4) Exklusion, d.h. die Ablehnung von Intergruppenkontakt und der sozialräumliche Ausschluss der Einwander:innen.

Abb. 6.1: Strategien der Akkulturation nach John W. Berry



Quelle: Berry 2006: 35f, eigene Bearbeitung

Berry betont, dass Zugewanderte aufgrund des grundlegenden hegemonialen Gefälles zwischen bereits Anwesenden und neu Hinzukommenden kaum Entscheidungsfreiheit hinsichtlich der skizzierten Akkulturationsvarianten besitzen, sondern auf die Einstellungen der Mehrheitsgesellschaft angewiesen sind. Das ist am deutlichsten bei der Strategie der ›Integration‹ zu erkennen: diese kann von Zugewanderten nur frei gewählt und erfolgreich umgesetzt werden, wenn die Mehrheitsgesellschaft sich offen und inklusiv verhält und kulturelle Diversität wertschätzt. Zugleich müssen Zugewanderte die Grundwerte der Mehrheitsgesellschaft übernehmen und diese muss bereit sein, Institutionen an die Bedürfnisse einer pluralistischen Gesellschaft anzupassen (Berry 2006: 35f). Die auf diese Weise entstehende multikulturelle Gesellschaft zeichnet sich den Überlegungen Berrys folgend durch die Wertschätzung kultureller Diversität und die weitgehende Abwesenheit von Vorurteilen (und daraus resultierenden Diskriminierungen) aus, sowie durch ein von allen geteiltes gesellschaftliches Zugehörigkeitsgefühl.

Vergleicht man diese frühen wissenschaftlichen Ansätze zum Annäherungsprozess in einer durch Einwanderung geprägten Gesellschaft mit dem gegenwärtigen Diskurs in der deutschen Gesellschaft, so fällt sofort die Engführung der verwendeten Terminologie auf. ›Integration‹ wird in der integrationspolitischen Debatte in Deutschland

als geeignete »Übersetzung« den Begriff des »gesellschaftlichen Pluralismus« vor (NICHT: Ethnopluralismus). Zur sozialwissenschaftlichen Kritik am Multikulturalismus-Begriff sh. auch Schinkel 2017.

weitgehend als Anpassungsleistung von Migrant:innen verstanden, während die Rolle der Mehrheitsgesellschaft weitgehend ausgeblendet wird. Auf diese Weise prägt sich eine kollektive Vorstellung heraus, »dass man sich integrieren soll, wie das so schön heißt, aber assimilieren meint«, wie das ein Gesprächspartner im Rahmen unserer Forschungen treffend ausdrückte.[21] Dem entsprechend wird auch der Integrationsbegriff von seinen Kritiker:innen als »Teil eines kulturalisierenden Defizitdiskurses« eingestuft, der auf einem homogenisierenden und statischen Verständnis der Mehrheitsgesellschaft basiert (Nieswand/Drotbohm 2014). Würden die wissenschaftlichen Grundlagen von Integration ernst genommen, so der niederländische Migrationsforscher Willem Schinkel, so müsste viel stärker die Rolle der ansässigen Bevölkerung berücksichtigt werden. Denn sie sei es, die durch ihr Verhalten, verbunden mit ihrer dominanten Position als lokal Etablierte, die Zugangsmöglichkeiten von Einwander:innen in die bestehenden gesellschaftlichen Strukturen maßgeblich beeinflusst (Schinkel 2017).

6.3.2 Was wir aus der Forschung zu *New Immigrant Destinations* lernen können

Während meiner Suche nach brauchbaren Konzepten, mit denen sich die lokale Aufnahme von Geflüchteten in Deutschland untersuchen lässt, stieß ich auch auf die jüngeren Forschungen zur amerikanischen Einwanderungsgesellschaft, die in den räumlichen Peripherien des Landes verortet ist. Verschiedenen Veränderungen von Einwanderungskontexten und Verschiebungen wirtschaftlicher Zentren folgend, richtete sich die US-amerikanische Integrationsforschung seit den 1990er Jahren auch auf Ankunftsziele jenseits der typischen großstädtischen »Schmelztiegel«. Zudem entwickelten gerade demographisch schrumpfende kleinere Städte in Kanada und den USA oder solche, die einen ökonomischen Transformationsprozess durchlebt hatten, lokale Ansiedlungsprogramme für Geflüchtete, um dadurch Impulse für die zukünftige demographische und ökonomische Entwicklung zu generieren.[22] Die wissenschaftliche Forschung zu diesen weniger prominenten Ankunftsorten hatte dementsprechend auch zum Ziel, lokale Ansiedlungsprozesse auf ihren Erfolg und ihre Nachhaltigkeit zu evaluieren. Dabei zeigten sich einige wesentliche Unterschiede dieser so genannten *New Immigrant Destinations* zu traditionellen Einwanderungszielen. Beispielsweise verfügen *New Immigrant Destinations* kaum über etablierte ethnische Communities, die als erste Anlaufstelle für Neuankommende dienen könnten. Zudem fehlen Institutionen bzw. institutionalisierte Praktiken, die Neuankommende bei der Eingliederung unterstützen. Häufig führt die mangelnde Erfahrung im Umgang mit Diversität zu einer zunächst ablehnenden Haltung der ansässigen Bevölkerung (Zhuang 2023: 1031). Die empirische Forschung zeigt neben Gemeinsamkeiten von *New Immigrant Destinations* jedoch auch erhebliche Divergenzen untereinander, etwa bezüglich der strukturellen und ökonomischen Rahmenbedingungen, der politischen Ausrichtung und der daraus abgeleiteten integrationspolitischen Gestaltungsspielräume sowie hinsichtlich der Sozialstruktur der ansässigen Bevölkerung. All

21 Interview mit Peter Biermann* (Pseudonym), ehrenamtlich Engagierter, März 2020.

22 Beispielsweise die *Local Immigration Partnerships* (LIPs) in Canada oder die *Welcoming Cities Initiative* in den USA, vgl. Zhuang 2023.

dies beeinflusst die Art und Weise, wie Migrationsereignisse vor Ort wahrgenommen, der Umgang mit ihnen verhandelt und Integrationspolitiken implementiert werden.

Ausgehend von den Erkenntnissen zu *New Immigrant Destinations* bewegte sich meine Suchrichtung zu der konkreten Aufnahmesituation und der Frage, auf welcher Grundlage sich lokale Variationen systematisch darstellen lassen. Der US-amerikanische Geograph Paul McDaniel nutzt für seine Forschungen in *New Immigrant Destinations* das Konzept der ›Rezeptivität‹, verstanden als grundsätzliche Offenheit gegenüber Neuem. Auf die lokale Ebene mit ihren spezifischen Strukturen und gesellschaftlichen Konstellationen heruntergebrochen bezieht sich der Begriff »auf ein breites Spektrum von Konzepten, Idealen, Gefühlen, Haltungen und politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Strukturen, die alle eine Rolle dabei spielen, wie ein bestimmter Ort Migrant:innen und Neuankommende aufnimmt« (McDaniel 2013: 16f, eigene Übersetzung). Was Paul McDaniel hier hervorhebt, sind nicht nur materielle Strukturen wie z.B. Wohnraum, Arbeitsmöglichkeiten oder Schulen, sondern auch die eher immateriellen Eigenschaften, wie zum Beispiel die kollektiven gesellschaftlichen und politischen Vorstellungen über Zuwanderung und das künftige Zusammenleben. Trotz gleichlautender Politikansätze kann es eine erhebliche Bandbreite von lokaler Rezeptivität in einzelnen Ankunftsorten geben. Die U.S. amerikanischen Migrationsforscher Alejandro Portes und Rubén Rumbaut betonen vor allem lokale Politikansätze als Ursache variierender Eingliederungsmöglichkeiten für Migrant:innen. Denkbar seien zwei Extrempole: die Exklusion von Einwander:innen auf der einen und ihre aktive Förderung auf der anderen Seite. Zwischen diesen beiden Extrempolen stehe die passive Akzeptanz von Einwander:innen, bei der ihre Teilhabe zwar toleriert wird, sie aber kaum mit entsprechenden Förderinstrumenten unterstützt werden (Portes/Rumbaut 2006).

Neben den Ausprägungen lokaler Integrationspolitiken sind es auch politische Diskurse und Sprachformationen, die auf den Eingliederungsprozess von Einwander:innen Einfluss nehmen. Als Element negativer Rezeptivität beschreiben die U.S. amerikanischen Integrationsforscher Manuel Pastor und John Mollenkopf politische Rhetorik, die »von spaltender Sprache, Angstmacherei, Fehlinformationen und groben Verallgemeinerungen des ›Anderen‹ durchsetzt« ist, während positive Rezeptivität sich in einer sachlichen und faktenorientierten politischen Rhetorik bemerkbar macht, in der inklusive Begriffe verwendet werden und durch die die breite Gesellschaft zur Zusammenarbeit animiert wird (vgl. Pastor/Mollenkopf 2012, eigene Übersetzung). Will heißen: die Art und Weise, wie politische Schlüsselakteur:innen vor Ort über die Aufnahme und Integration von Geflüchteten sprechen, formt maßgeblich die öffentliche Meinung. Dies wiederum hat direkte Auswirkungen auf das ›Willkommensklima‹ vor Ort, d.h. den kollektiven Ausdruck von zugewandten oder abweisenden Haltungen in der ansässigen Bevölkerung und die daraus abgeleiteten kollektiven Praktiken. Zwischen aktiver Inklusion in Form ehrenamtlichen Engagements und aktiver Ablehnung in Form von Sabotage oder öffentlichem Protest ist eine große Bandbreite von Haltungen und Praktiken vorstellbar, welche sich direkt auf das soziale Wohlbefinden von Geflüchteten und anderen Zugewanderten niederschlagen.

6.3.3 Erkenntnisse der Einstellungsforschung

Eine weitere Quelle des Erkenntnisgewinns ist die Einstellungsforschung mit ihren Möglichkeiten, gesellschaftliche Haltungen gegenüber Einwanderung, Geflüchtetenaufnahme bzw. gegenüber verschiedenen Gruppen von Migrant:innen (in Bezug auf Herkunft und Religion) zu erkunden. Für Deutschland bieten sich beispielsweise die Befragungsergebnisse der so genannten ›Mitte-Studien‹ bzw. ›Autoritarismus-Studien‹ an, die als Langzeitstudien zweijährlich die Entwicklung von Vorurteilen gegenüber gesellschaftlichen Minderheiten in Deutschland im Zusammenhang mit sozialen und ökonomischen Verhältnissen untersuchen.[23] Ihren Ausgangsgedanken finden die Mitte-Studien in der demokratietheoretisch begründeten Gleichwertigkeitsnorm, d.h. den demokratische Gesellschaften charakterisierenden Grundsatz von der Gleichwertigkeit aller Menschen, aus der wiederum der normative Anspruch der Gleichbehandlung hervorgeht (Mokros/Zick 2023: 149). Dieser Norm steht die Ideologie der Ungleichwertigkeit gegenüber, also »erworbene und gesellschaftlich geteilte Einstellungen, die neben kognitiv überformten Bildern und Vorstellungen darüber, wie Personen einer Gruppe ›typischerweise‹ aussehen oder sein würden, auch Emotionen wie Neid, Wut, Angst oder Hass und diskriminierende Verhaltensabsichten umfassen« (ebd.: 152).

Gemessen wird die Hinwendung zur Ideologie der Ungleichwertigkeit bzw. die Abwendung vom Gleichwertigkeitsgrundsatz mit einem Fragenkatalog, der die Zustimmung oder Ablehnung von abwertenden Aussagen zu verschiedenen Merkmalen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit misst (z.B. Sexismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Rassismus etc.). Auch die Leipziger Autoritarismus-Studien arbeiten mit dem Merkmalskatalog zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. Als zentrales Erklärungsmodell zur Entstehung von Vorurteilen und Ungleichwertigkeitsvorstellungen nutzen sie das der Kritischen Theorie entstammende Autoritarismus-Konzept. Darin wird die Entstehung stereotyper und menschenverachtender Einstellungen in den Kontext struktureller Gewalt als gesellschaftlicher Norm gesetzt, die unter anderem Unterwürfigkeit und Konventionalismus hervorbringt (Decker et al. 2024b). In Bezug auf die Ankunft von Geflüchteten ermöglichen die Daten beider Studienreihen Aufschluss darüber, welche Empfindungen in der Ankunftsgesellschaft gegenüber der Anwesenheit Geflüchteter existieren und welche Ungleichwertigkeitsvorstellungen in der gedanklichen Befassung mit migrantischen Gruppen und ihnen unterstellten Merkmalen unbewusst angezapft werden.

Unter den Merkmalen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit ist die Dimension ›Rassismus‹ für das vorliegende Thema am wirkmächtigsten. Die darunter versammelten Items messen die »Abwertung und Zurückweisung von Gruppen, die als »hin-

23 Vgl. z.B. Zick/Küpper/Krause 2016. Die so genannte ›Mitte‹-Studie misst seit 2002 im zweijährlichen Rhythmus autoritäre und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Seit 2014 führen die Universität Leipzig und die Friedrich-Ebert-Stiftung jeweils eigene Mitte-Studien durch. Die von der Friedrich-Ebert finanzierte Studienreihe wurde 2014 mit der seit 2002 laufenden Langzeitstudie ›Deutsche Zustände‹ der Universität Bielefeld zusammengeführt (vgl. z.B. Heitmeyer 2003). Die Studienreihe der Universität Leipzig verlagerte ihren Fokus auf autoritäre Dynamiken und fungiert dementsprechend seit 2014 unter dem Label ›Leipziger Autoritarismus-Studien‹ (vgl. z.B. Decker et.al. 2024c).

zukommende Fremde« kategorisiert, mit ›anderer Herkunft‹ und vermeintlich kulturellen wie auch scheinbiologischen Merkmalen markiert beziehungsweise als solche rassifiziert werden; dies meist ungeachtet von den tatsächlichen Herkünften und Heimaten« (Mokros/Zick 2023: 154f).

Aus dieser Definition geht deutlich die Subjektivität der individuellen Wahrnehmung hervor sowie die Praxis, vermeintliche ethnische oder kulturelle Besonderheiten als Erklärung für Verhaltensweisen heranzuziehen, die als unvereinbar mit den eigenen Werten, Normen oder Konventionen gelten.

> Durch sogenannte Prozesse der Kulturalisierung und Ethnisierung wird dabei die Zugehörigkeit zur einen oder anderen Gruppe im Sinne von »die Anderen passen nicht zu uns« gesellschaftlich vermittelt und festgeschrieben. Sie sind zugleich Ausdruck einer Ideologie der Ungleichwertigkeit. Menschen werden also aufgrund der ihnen zugeschriebenen »Kultur« oder »Ethnie« voneinander unterschieden, als Gruppen vereinheitlicht und auf- beziehungsweise abgewertet (ebd.: 156).

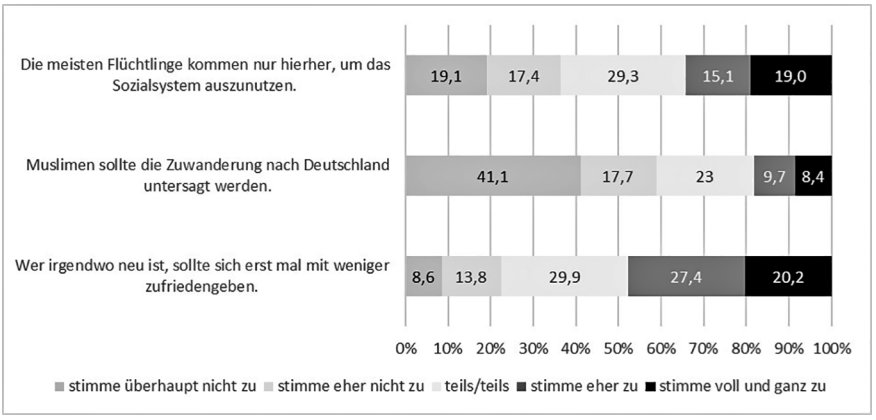
Wichtig erscheint zudem zu betonen, dass mit der Stereotypisierung und Homogenisierung der ›Anderen‹ auch die Konstruktion einer homogenen Eigengruppe einhergeht, der komplett entgegengesetzte Merkmale zugeschrieben werden, etwa was ihren Fleiß, ihre Intelligenz, ihre Anpassungsbereitschaft oder die Abwesenheit von Kriminalität betrifft.

Beide Studienreihen dokumentieren seit Jahren, dass Ressentiments gegenüber Migrant:innen und Geflüchteten kein randständiges Phänomen darstellen, sondern bis in die Mitte der Gesellschaft hinein stark verbreitet sind. Das belegen die Befragungsdaten der Mitte-Studie 2022/23 zur Dimension ›Rassismus‹ (Abb. 6.2), bei der ein Drittel der Befragten der Aussage »voll und ganz« zustimmt, Geflüchtete in Deutschland würden Asyl- bzw. Sozialmissbrauch betreiben. Weitere 29 Prozent stimmen dieser Aussage teilweise zu. Die kulturalisierende Abwertung von Muslim:innen, verbunden mit dem autoritären Gestus, diesen die Zuwanderung nach Deutschland zu untersagen, findet insgesamt bei 41 Prozent der Befragten volle oder teilweise Zustimmung. Fast zwei Drittel der Befragten können sich der Forderung von Etabliertenvorrechten anschließen, was durch deren eindeutige gruppenbezogene Hierarchisierung ebenfalls der Dimension ›Rassismus‹ zugeordnet wird (Zick/Küpper/Mokros 2023).

Ein Abgleich mit soziodemographischen Charakteristika der Befragten ergibt vor allem Unterschiede hinsichtlich Bildungsstands und gesellschaftlicher Stellung, regionaler Verortung sowie politischer Selbstverortung: so nimmt die Bereitschaft zur gruppenbezogenen Abwertung bei geringerer Schulbildung zu; ähnliche Tendenzen zeigen sich bei der Auswertung nach Einkommensklassen und subjektiver Schichtzugehörigkeit. Befragte, die sich eher im unteren Bereich der sozialen Hierarchie verorten, stimmen zu 40 % rassistischer Abwertung und Ausgrenzung zu. In der selbst definierten sozioökonomischen Mitte der Gesellschaft liegen die Zustimmungswerte bei knapp 31 %, in den oberen Segmenten der Gesellschaft bei rund 26 % (Mokros/Zick 2023: 169). Hinsichtlich der regionalen Verortung zeigen jene, die nach Eigendefinition überwiegend in Ostdeutschland aufgewachsen sind, stärkere Zustimmungswerte zu rassistischen Aussagen als jene, die in Westdeutschland aufgewachsen sind (41,2 % gegenüber 28 %). Am

stärksten jedoch fallen die Unterschiede in Bezug auf die politische Selbstverortung aus: bei jenen, die sich politisch rechts verorten, befürworten 60,7 % rassistische Aussagen, und auch alle anderen Dimensionen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sind hier am stärksten ausgeprägt. In der selbst definierten politischen Mitte teilen 30,4 % rassistische Positionen; bei jenen, die sich politisch links von der Mitte einordnen, sind es 14,8 %. Noch eindeutiger zeigt sich diese Lagerung bei der Differenzierung nach Parteienpräferenzen, wo Sympathisant:innen der AfD mit 71,1 % die mit Abstand höchsten Zustimmungswerte zu rassistischen Aussagen aufweisen, mit deutlichem Abstand zu den zweithöchsten Zustimmungswerten unter Anhänger:innen der CDU/CSU mit 38,4 %. Eine Erklärung für rassistische Abwertungsmechanismen sehen die Autor:innen der Studie vor allem in der Autoritarismusthese mit ihren zentralen Komponenten der autoritären Unterordnung und autoritären Aggression (ebd.: 173f).[24]

Abb. 6.2: Zustimmungswerte zu Aussagen aus der GMF-Dimension ›Rassismus‹, Mitte-Studie 2022/23



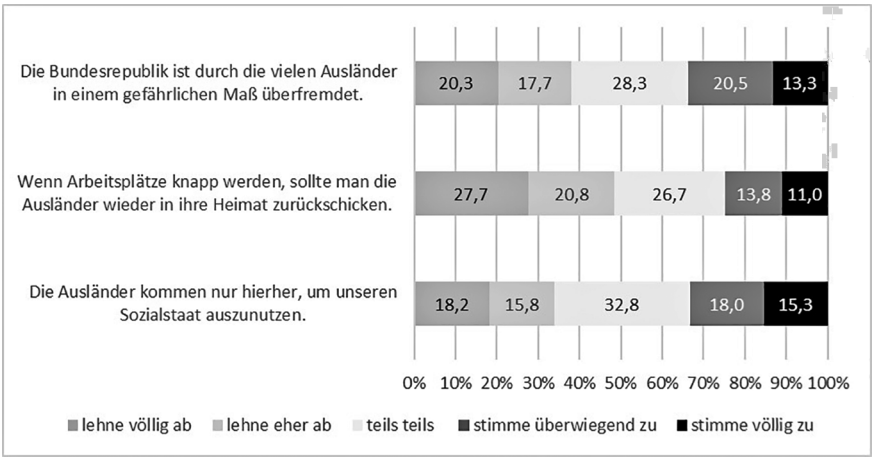
Quelle: Mokros/Zick 2023: 160f, eigene Bearbeitung

Auch die jüngste Leipziger Autoritarismus-Studie aus dem Jahr 2024 zeigt die hohe gesellschaftliche Anschlussfähigkeit rassistischer Kategorien. Das Antwortverhalten auf die migrationsbezogenen Fragenkomplexe weist auf die Wirkmächtigkeit von Feindbildern des »Ausländers« hin, die in Deutschland »weit über extrem rechte Diskurse hinaus verankert« sind, so die Autor:innen der Studie. Selbst wenn sich in den vergangenen Jahren die kollektive Selbsteinschätzung schrittweise in Richtung des Narrativs einer

24 Die Autoritarismus-These wurde durch Frank Adorno und die Frankfurter Schule entwickelt und vor allem auf die Untersuchung der deutschen Kriegs- und Nachkriegsgeneration angewandt, die durch rigide Erziehungsmethoden, autoritäre Unterordnung und die Nichtberücksichtigung individueller Bedürfnisse geprägt waren. Die eigene Erfahrung einer Anpassung unter Zwang fördert autoritäre Aggression gegenüber dem ›Anderen‹, so die These. »Wer sein eigenes Leben nicht leben konnte, hasst auch das Leben der anderen.« (Decker/Brähler 2016: 13, vgl. Adorno et al. 1950).

durch Einwanderung geprägten Gesellschaft bewegt hat, so »trennen Staat und Gesellschaft noch heute stark zwischen ›Ausländern‹ und ›Deutschen‹. Parolen wie ›Ausländer raus‹ zeugen davon« (Decker et al. 2024a: 41ff). Daher erachten es die Studienautor:innen nach wie vor als wichtig, »die Anschluss- und Zustimmungsfähigkeit solcher Parolen in der Bevölkerung zu erfassen« (ebd.). Die Befragungsdaten von 2024 bestätigen diese eher pessimistische Annahme zur Selbstwahrnehmung einer postmigrantischen Gesellschaft: 62,1 % der Befragten stimmen völlig oder teilweise der Aussage zu, Deutschland sei »durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet«. Mehr als jede:r Zweite stellt sich hinter die autoritäre Herrschaftsvorstellung, man sollte in ökonomischen Krisenzeiten »Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken«, und zwei Drittel der Befragten finden, Zuwander:innen betrieben Sozialmissbrauch (Abb. 6.3) (Decker et al. 2024a: 41).

Abb. 6.3: Zustimmungswerte zu Aussagen aus der GMF-Dimension ›Ausländerfeindlichkeit‹, Leipziger Autoritarismus-Studie 2024



Quelle: Decker et al. 2024a: 41ff., eigene Bearbeitung

6.3.4 ›Wir‹ und ›die Anderen‹: Von individuellen Einstellungsmustern zu kollektiven Handlungsorientierungen

Die bisherigen Ausführungen zeigen die Ambivalenz der gesellschaftlichen Ausgangslage zu Beginn der großen Fluchtbewegungen nach Deutschland im Jahr 2015. Einerseits beeindruckt die große und proaktive Willkommensbewegung, die sich maßgeblich aus der Zivilgesellschaft heraus entfaltete. Andererseits zeigen die relevanten Bevölkerungsumfragen eine starke Skepsis gegenüber der Aufnahme von Geflüchteten sowie manifeste und langfristig stabile Neigungen zur rassistischen Abwertung von Menschen mit Zuwanderungsmerkmalen. Was bedeutet das für das Zusammenleben, insbesondere in den ersten Jahren, in denen die hierarchischen Unterschiede so deutlich sind? Auf der einen Seite die Geflüchteten, die sich in einer sozial und ökonomisch marginalen Positi-

on wiederfinden, auf der anderen Seite die Mehrheitsgesellschaft, die an den relevanten Hebeln sitzt, welche Ausgrenzung oder Teilhabe determinieren. Jenseits der Mittelwerte zeigen die Befragungsdaten eine große Varianz in den Haltungen, die mit spezifischen soziodemographischen Merkmalen korreliert. Eine offene Haltung gegenüber Geflüchteten ist demzufolge eher bei den besser Verdienenden und besser Gebildeten zu erwarten. Sie leben eher im Westen als im Osten der Bundesrepublik, und sie halten sich vor allem von politischen Einstellungen rechts der Mitte fern. Tatsächlich scheint der stärkste Indikator für eine eher feindselige Haltung gegenüber Migrant:innen im Allgemeinen und Geflüchteten im Besonderen der Anteil an Wähler:innenstimmen für die AfD zu sein!

Neben diesen aggregierten Ergebnissen zu individuellen Einstellungsmustern und ihrem Zusammenhang mit soziodemographischen Merkmalen ist auf lokaler Ebene jedoch auch die Entstehung kollektiver Einstellungen bedeutsam. Kollektive Einstellungen sind an eine Gruppenidentität gebunden, die sich in der Abgrenzung von anderen Gruppen definiert (Tajfel/Turner 1986). Geflüchtete erscheinen in dieser gruppenbezogenen Vorstellung als neue soziale Gruppe, die die Positionierung der Eigengruppe und die Betonung der eigenen sozialen Identität herausfordert. Die ihnen zuteilwerdende materielle, emotionale und mediale Aufmerksamkeit kann in sozialen Gruppen, die sich in ihrer gesellschaftlichen Stellung nicht ausreichend wahrgenommen fühlen, zu Deprivationsempfindungen führen. Das Phänomen der relativen Deprivation, d.h. die subjektiv wahrgenommene Benachteiligung gegenüber neu ankommenden Asylsuchenden, kann aggressive Abwehrreaktionen hervorrufen, die sich in Wut, Protest, Protestwahl und Praktiken der Ablehnung äußern, so wie wir es auf der tumultartigen Bürgerversammlung im Aufnahmeort Schkeitau* erlebt haben, wo Asylsuchende plötzlich in direkte Konkurrenz zu »deutschen Lehrlingen« treten und subjektiv betrachtet von der staatlichen Fürsorge bevorzugt werden. Genauso kann eine von zivilgesellschaftlich Aktiven aus der Mitte der Gesellschaft geteilte Haltung der bedingungslosen Fürsorge für die neu ankommenden Geflüchteten zur dominanten Handlungsorientierung werden. Das bedeutet nicht, dass sich die Gesamtheit der Gesellschaft zu Offenheit und Toleranz bekennt. Jedoch, wie es Elisabeth Unger* für das Beispiel Berglach* zeigte, kann »eine BREITE Basis [jener], die gesagt [haben]: ›Wir wollen helfen‹«, angeführt von »lauter etablierten Leute[n] im Dorf« in eine kollektive Handlungsorientierung einmünden, die eine proaktive Bearbeitung von Herausforderungen im Zusammenhang mit der Aufnahme von Geflüchteten ermöglicht.

Dieses »Wir«, das in den widerständigen ebenso wie in den fürsorglichen Einlassungen laut wird, ist ein zentraler Faktor zum Verständnis von Gesellschaften, die sich durch Migration in einem Wandlungsprozess wiederfinden. Denn durch Migration als Prozess räumlicher Mobilität wird die grundlegende gesellschaftliche Unterscheidung zwischen dem Eigenen und dem Anderen herausgefordert (Mecheril/Hoffarth 2009). Dies ist nicht nur gesamtgesellschaftlich zu beobachten, sondern auch in der räumlichen Analyseeinheit des Lokalen. Die Erschütterung der räumlich-sozialen Ordnung, die durch die Ankunft neuer Bevölkerungsgruppen in einer Gemeinde entstehen kann, ist bereits 1965 in einer wegweisenden Studie der Soziologen Norbert Elias und John L. Scotson nachzulesen. In ihrer Studie »Etablierte und Außenseiter« beobachten sie in einer englischen Kleinstadt, wie sich eine soziale Kluft zwischen einer etablierten Gruppe von langan-

sässigen Einwohner:innen und neu Zugezogenen entwickelte und verfestigte. Die etablierte Gruppe machte sich selbst zur Referenzgruppe des »Normalen«. Ihre Mitglieder hatten einen starken sozialen Zusammenhalt und betrachteten sich als moralisch überlegen. Durch Netzwerke, soziale Kontrolle und das Teilen von »Insider-Wissen« über die Gemeinschaft konnten sie ihre soziale Überlegenheit bewahren. Die Außenseitergruppe hingegen bestand aus neu Zugezogenen. Diese Gruppe hatte einen geringeren sozialen Zusammenhalt und war nicht so stark organisiert wie die etablierte Wohnbevölkerung. Die Außenseiter wurden von den Etablierten als moralisch minderwertig und als Verursacher sozialer Probleme wie Kriminalität und Unordnung betrachtet. Diese Stigmatisierung führte dazu, dass die Außenseiter von der etablierten Gruppe ausgegrenzt wurden. Elias und Scotson erkannten, dass die Etablierten durch ein starkes Gemeinschaftsgefühl eine klare Grenze zwischen der eigenen Gruppe und den Außenseitern zogen. Dieses Wir-Gefühl stärkte den inneren Zusammenhalt der Etablierten und ermöglichte ihnen, sich von den Außenseitern abzugrenzen. Auf diese Weise konnten die Etablierten ihre Machtposition aufrechterhalten und ihre eigene soziale Überlegenheit betonen (Elias/Scotson 1965).

Für die Erforschung lokaler Konstellationen der Geflüchtetenaufnahme lässt sich aus diesen Überlegungen ableiten, dass neben materiellen Strukturen und politischen Handlungsstrategien auch die ›etablierten‹ Bevölkerungsmehrheiten in ihrer gruppenbezogenen Formation und den damit einhergehenden hierarchischen Strukturierungen bedeutsam für die Gestaltung von Aufnahme- und Integrationsprozessen sind. Dies umso mehr, da die neu Hinzukommenden nicht nur gemeinschaftsstiftende kollektive Erfahrungen vermissen lassen, sondern ihr Anderssein sich auch aus staatsbürgerschaftlichen, ethnischen, sprachlichen und kulturellen Differenzkriterien speist. Dass dieses Anderssein von einem erheblichen Teil der deutschen Bevölkerung mit Skepsis betrachtet oder gar abgelehnt wird, zeigen die Befragungsergebnisse der Mitte- und Autoritarismus-Studien. Wichtig scheint daher die Frage zu sein, was es braucht, um Teil des ›Wir‹ zu werden. Hierfür untersuche ich im folgenden Kapitel, wie vorangegangene Migrationsereignisse auf lokaler Ebene verhandelt und erinnert werden und inwiefern frühere Gruppen von Zugewanderten Teil einer kollektiven Identität geworden sind.

Kapitel 7 – Identitätsformationen der Aufnahmegesellschaft

7.1 »Ihr seid ja auch alles Flüchtlinge!« Eine Außenperspektive auf die imaginierte Gemeinschaft

Im Juni 2022 sitze ich in einem Wohnzimmer in Rostock-Lichtenhagen und führe ein Interview mit der Familie Demir* aus der Türkei.[1] Nach Ende des offiziellen Gesprächs gibt es Tee und Gebäck und wir gehen in eine allgemeine Unterhaltung über. Bilmen Demir* zeigt mir ein Buch, das er gerade liest: »Wolfszeit« von Harald Jähner, das die Entwicklungen in Deutschland nach 1945 reflektiert. Herr Demir* ist vor politischen Repressalien aus der Türkei geflohen, inzwischen konnte seine Familie nachkommen. Gerade absolviert er zusammen mit seiner Frau den verpflichtenden Integrationskurs, in dem neben Deutsch als Zweitsprache auch landeskundliche Themen unterrichtet werden. Unter anderem wurde auch die deutsche Nachkriegsgeschichte thematisiert und Herr Demir* wurde auf dieses Buch aufmerksam gemacht. Nun blättert er darin und deutet auf Fotos und Textpassagen. »Das habe ich nicht gewusst«, meint er mit Blick auf die über zwölf Millionen Menschen, die nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges im Nachkriegsdeutschland Zuflucht gefunden haben und resümiert: »Ihr seid ja auch alles Flüchtlinge!«[2]

Was Herr Demir* in diesem Gespräch transportiert, ist nicht nur Erstaunen über die Vertreibungsgeschichte vieler Deutscher, sondern damit verbunden auch die Erwartung, dass sein eigenes Fluchterlebnis und die Situation des Neuanfangs einen Anknüpfungspunkt an die Aufnahmegesellschaft darstellen könnten, die offensichtlich so stark von eigenen Flucht- und Vertreibungserfahrungen geprägt wurde. Damit trifft er eine zentrale Frage der bundesdeutschen Befindlichkeiten, wenn es um Migration und Vielfalt geht, nämlich die Frage nach dem kollektiven Selbstbild einer Gesellschaft und seiner Beständigkeit. Wer gehört in dieses Bildnis hinein, wer nicht, wer steht am Rand und wer

1 Dieses Kapitel ist in einer Erstfassung erschienen in: Di Pinto, Daniela/Kroll, Frank-Lothar (2025): Migration und Zuwanderung nach Chemnitz als interkultureller Mehrwert, Berlin: Duncker & Humblot. Für diesen Band wurde es überarbeitet und ergänzt.

2 Interview mit Familie Demir* (Pseudonym), aus der Türkei, Juni 2022.

in der Mitte, wer bestimmt darüber und welche Konsequenzen hat diese Anordnung für die Einzelnen?

Diese Fragen berühren wissenschaftliche Felder der Philosophie, Anthropologie und Kulturwissenschaften, die sich mit kollektiven Identitätsprozessen, der Bedeutung von kollektiven Erinnerungsformen und Fragen der Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe auseinandersetzen. All diese Phänomene eint ihr konstruktivistischer Charakter, so wie er sehr eingängig in dem Buchtitel ›Imagined Communities‹ des britischen Politologen Benedict Anderson zum Ausdruck kommt. Mit Fokus auf Prozesse der Staatenbildung thematisiert Anderson in diesem Essay die Frage, wie sich Individuen überhaupt einem derart abstrakten Gebilde wie einer Nation zugehörig fühlen können, da es ihnen doch praktisch unmöglich ist, in eine persönliche Beziehung mit allen Mitgliedern dieser Gemeinschaft zu treten. Daher handele es sich bei der nationalen Identität stets um eine imaginierte Zugehörigkeit, die aber sozial geteilt und damit kollektiv als Wirklichkeit angenommen wird (Anderson 1983: 6). Sie konstituiert sich durch Prozesse der sozialen Identitätsbildung und prägt dabei ein kollektives Gedächtnis aus, das den Mitgliedern der vorgestellten Gemeinschaft zur kollektiven Selbstvergewisserung dient (Assmann 1988: 15).

Der Begriff des kollektiven bzw. kulturellen Gedächtnisses wurde von dem französischen Soziologen Maurice Halbwachs und den Kulturwissenschaftler:innen Aleida und Jan Assmann geprägt (Halbwachs 1966, Assmann 1988, 1999). Ähnlich wie das individuelle Gedächtnis speichert es Erinnerungen, die als Referenz für die Interpretation von gegenwärtigen und zukünftigen Ereignissen und Entscheidungen dienen. Dafür benötigt das Kollektiv jedoch eine Verständigung über jene Elemente, die in die gemeinsame, geteilte Erinnerung eingepflegt werden. Die geschieht durch Kommunikationsprozesse, d.h. durch die Weitergabe von Erfahrungen und Traditionen, oft über mehrere Generationen hinweg, bis eine ›Großerzählung‹ der Wir-Gruppe entsteht, welche ihr Selbstbild stabilisiert. Zugleich können derartige Kommunikationsprozesse auch institutionalisiert werden, beispielsweise durch die Konstruktion einer offiziellen historischen Narration und Erinnerungskultur. Für den forschenden Blick ist dabei nicht nur von Bedeutung, was in den Kanon der Erinnerungen aufgenommen wird, sondern auch, was der »kollektiven Amnesie« anheimfällt (Johnson 2007: 318).

7.1.1 Salzgitter: ›Turm der Arbeit‹ – ein kollektives Gedächtnis mit Lücken

> Immer wieder werden die Lebensgrundlagen von Menschen durch andere zerstört. In Salzgitter haben sich Menschen erfolgreich dagegen gewehrt. Ein ebenso zeitloses Beispiel wie Zwangsarbeit und Flucht. Das Monument zur Stadtgeschichte Salzgitters ist aber nicht nur den dunklen Seiten der Geschichte gewidmet. Nach solchen Zeiten wächst immer wieder neues Leben, dargestellt am Wiederaufbau in Salzgitter, gekrönt von einem freien Arbeiter, einem Mann am Hochofen, der den ›Turm der Arbeit‹ beherrscht.
>
> *Ausschnitt aus einem Prospekt zum Monument ›Turm der Arbeit‹*

Die heutige Stadt Salzgitter ist ein Konglomerat von insgesamt 28 mittelgroßen und kleineren Städten und Dörfern. Ihre Amalgamierung zur Stadt Salzgitter am 01.04.1942 verdankt sie den Eisenerzvorkommen in der Region und dem Bedarf, diese im Kontext der Kriegswirtschaft des Zweiten Weltkriegs effektiv auszubeuten. Bereits 1937 wurden die Reichswerke ›Hermann Göring‹ gegründet und ein Hüttenwerk errichtet, um das geförderte Erz direkt vor Ort zu Stahlprodukten zu verarbeiten. Der enorme Arbeitskräftebedarf wurde durch Anwerbungen »aus dem gesamten Reichsgebiet« sowie durch Zwangsarbeiter:innen gedeckt, die – wie die städtische Homepage konstatiert – unter menschenverachtenden Arbeitsbedingungen litten und zu Tausenden zu Tode kamen. Die Ruhestätten dieser Menschen auf zwei städtischen Friedhöfen sind heute »eindringliche Erinnerungsorte in Salzgitter«, so die Homepage (Stadt Salzgitter/Kugellis 2025a). Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs siedelten sich tausende Geflüchtete und Vertriebene in Salzgitter an. Sie alle bauten auf Arbeitsmöglichkeiten in der und um die Hüttenindustrie, der jedoch die Demontage drohte. Auch weitere Investitionen in die nach wie vor dysfunktionale Infrastruktur der zusammengewürfelten Stadt standen auf der Kippe. Doch die Menschen leisteten erfolgreich Widerstand gegen die Demontage und sicherten der Stadt auf weitere Jahrzehnte eine stabile wirtschaftliche Basis und damit sich selbst eine Lebensgrundlage. Dieser gemeinsam errungene Neuanfang ist ein wichtiger Ankerpunkt der kollektiven Erinnerung Salzgitters (Stadt Salzgitter/Kugellis 2025b).

Ein 1995 in der Fußgängerzone von Salzgitter-Lebenstedt aufgestelltes Monument (Abb. 7.1) gilt heute als einer der zentralen Erinnerungsorte, der »einer jungen Stadt Identität« gibt, so ein Prospekt zum Monument (ebd.). Der beinahe 14 Meter hohe ›Turm der Arbeit‹ des Braunschweiger Bildhauers Jürgen Weber, ein Koloss aus Marmor und Bronze, manifestiert in insgesamt fünf Etagen und durch rund 100 Figuren die kollektive Erinnerung der Stadt: Zwangsarbeit – Industrielandschaft – Flucht und Vertreibung – Demontage – Wiederaufbau. Die Spitze des Monuments wird durch die Bronzefigur des ›Probennehmers‹ gebildet. Er repräsentiert den »arbeitenden Menschen und den Selbstbehauptungswillen der Bevölkerung Salzgitters«, gibt eine Informationstafel neben dem Monument Auskunft.

Wenn man sich in den Einkaufsstraßen Salzgitters bewegt, fällt sofort die ethnische Diversität der Bevölkerung auf. Rund 30 % der Einwohner:innen Salzgitters haben eine Migrationsbiographie, viele von ihnen stammen aus der Türkei und kamen durch die Anwerbeabkommen der 1960er Jahre nach Salzgitter. Vor allem das Stahlwerk in Salzgitter-Watenstedt hatte einen großen Arbeitskräftebedarf – zu Spitzenzeiten waren dort bis zu 1.500 »Gastarbeiter:innen« tätig. Widrige Lebensbedingungen prägten ihre ersten Jahre in Deutschland. Sie waren in einfachen Baracken untergebracht, teils hatten sie nicht einmal ein eigenes Bett, sondern schliefen, wie sie arbeiteten – »im Schichtbetrieb« (Redaktion Hallo Wochenende Salzgitter 2013). Während einer Gedenkveranstaltung anlässlich des 50sten Jahrestages der Anwerbung, an der auch der Enthüllungsjournalist Günther Wallraff teilnahm, kamen die Gastarbeiter:innen von einst mit ihren durchaus konträren Erinnerungen zu Wort. Während die Angeworbenen der ersten Generation meist höflich die Chancen lobten, die sie durch die Einwanderung nach Deutschland erhalten hatten, kritisierten die Nachgeborenen die nachhaltige Schlechterstellung und Diskriminierung, die sie erlebten. »Demütigungen und Anfeindungen waren normal«, berichtet der Sohn eines ›Gastarbeiters‹, der 1990 seine Ausbildung bei der Salzgitter AG

abgeschlossen hatte. Er spricht von räumlicher Segregation auf dem Werksgelände und von der Tendenz, »unliebsame Arbeiten […] auf die Türken« abzuschieben. Ähnlich erlebte es Günther Wallraff während seiner verdeckten Beobachtung in der Figur eines ›Gastarbeiters‹ in den 1980er Jahren bei Thyssen Krupp: »Der Arbeiter auf der untersten Ebene hatte immer noch einen Türken unter sich, den er rumkommandieren konnte.« (Ebd.) Diese offenen Formen der Diskriminierung seien heute Geschichte, befindet indes eine Führungskraft des Konzerns: »Qualität und nicht Nationalität« seien entscheidend für den persönlichen Erfolg, wie es einer »Einwanderungsstadt wie Salzgitter« würdig und »gut gelungen« sei. Tatsächlich sind Menschen mit sichtbarem Migrationshintergrund heute in der Stadtgesellschaft präsent. Sie sind überdurchschnittlich im Bereich der unternehmerischen Selbständigkeit vertreten und engagieren sich auch politisch für die Stadtgesellschaft: so fanden wir beispielsweise auf einer Parteiliste für die Kommunalwahl 2022 fast ausschließlich Kandidat:innen mit einer familiären Migrationsgeschichte. Obgleich sich diese Gruppe also nahtlos in die Großerzählung der leistungsfähigen Arbeiter- und Einwanderungsstadt einfügt, ist sie dennoch kein Bestandteil der kollektiven Erinnerung, wie sie in der Skulptur ›Turm der Arbeit‹ öffentlich präsentiert wird.

Abb. 7.1: Turm der Arbeit



Foto: Friederike Enßle-Reinhardt, 2022

7.1.2 Die Herausbildung einer vorgestellten Gemeinschaft

Aus der Salzgitterer Situationsbeschreibung kann die Frage abgeleitet werden, unter welchen Voraussetzungen ein inklusives Verständnis von Zugehörigkeit entsteht, das nicht nur individuell empfunden, sondern auch nach außen vermittelt und von der Gesellschaft erkannt und akzeptiert wird (Mecheril/Sensenschmidt-Linzner 2019: 394). Die identitätsstiftende Großerzählung über Salzgitter dient der inneren Festigung einer vorgestellten Gemeinschaft, deren Zugehörigkeit jedoch nicht allen gleichermaßen offensteht. Während ethnisch deutsche Geflüchtete und Vertriebene ein maßgeblicher Teil der Großerzählung geworden sind, ebenso wie die aus allen Teilen »des deutschen Reichs« zusammengewürfelte und administrativ verschweißte Stadtgesellschaft, weist die Ausklammerung der ethnisch ›anderen‹ Teile der Salzgitterer Stadtgesellschaft darauf hin, dass Zugehörigkeit anhand nationaler, kultureller und ethnischer Faktoren determiniert wird. Typisch für Einwanderungsgesellschaften, wie der Pädagoge Paul Mecheril (2003) argumentiert, wird die Gesellschaft dabei entlang dieser Faktoren in eine Hierarchie gebracht, was zur Privilegierung der einen und Benachteiligung der anderen führt.

(Nicht nur) im Kontext von Migration geraten gesellschaftliche Sozialisationsprozesse im Sinne der Herausbildung von *imagined communities* in Bewegung. Sie werden ebenso herausgefordert durch demographische Dynamiken und Veränderungen der äußeren Rahmenbedingungen. Dennoch sind die einmal entstandenen sozialen Gemeinschaften wirkmächtig, ebenso wie die mit ihnen einher gehenden sozialen Strukturen und Hierarchien sowie die innerhalb der vorgestellten Gemeinschaft entwickelten Normen des Zusammenlebens. Neuhinzukommende müssen dieses Referenzsystem kennen und verstehen lernen und sich in die soziale Struktur einordnen. Dies ist jedoch kein selbstbestimmter Prozess, sondern hängt wesentlich davon ab, wie Zugewanderte auf der Individual- und Kollektivebene von der Aufnahmegesellschaft wahrgenommen und angenommen werden. Dabei, und das ist auch die implizite Annahme von Herrn Demir*, fungieren vorangegangene Zuwanderungsprozesse und die Erinnerung daran als Referenz für die Einordnung aktueller und zukünftiger Zuwanderungen in das kollektive Selbstbild. Wie wir am Beispiel von Salzgitter gesehen haben, ist nicht nur die nationale Großerzählung, sondern gerade auch die lokale kollektive Erinnerung entscheidend. Wie werden Zugewanderte in das kollektive Selbstbild eingefügt und damit Teil der kollektiven Erinnerung? Und welche Effekte hat die Inklusion oder auch Exklusion des migrantischen Anderen für die Offenheit der Aufnahmegesellschaft gegenüber der 2015 ankommenden Geflüchteten? Diesen möglichen Anknüpfungspunkten sind wir in unseren Interviews nachgegangen.

7.2 Lokale Migrationsbiographien

In unseren Interviews mit lokalen Akteur:innen über ihre Erfahrungen mit der Aufnahme von Geflüchteten in das kleinstädtische Gemeinwesen erkundigen wir uns stets auch nach historischen Referenzen. Interessanterweise sprechen viele Interviewpartner:innen zunächst ihrer eigenen Gemeinde jegliche Migrations- und Integrationserfahrung

ab. Auf nochmalige Nachfrage werden dann aber doch Erinnerungen an Zuwanderung gehoben und die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der jeweiligen ›Neubürger:innen‹ und des Umgangs mit ihnen reflektiert. Dabei ist bei einer genaueren Betrachtung dieser Gruppen erkennbar, dass sie unterschiedliche Positionen im kollektiven Gedächtnis einnehmen. Am markantesten ist dies bei den Geflüchteten und Vertriebenen des Zweiten Weltkrieges, die, obgleich doch so dominant angesichts ihrer schieren Menge, selten spontan in das lokale Migrationsgedächtnis eingearbeitet werden. Offensichtlich scheint diese Gruppe kaum in die kollektive Vorstellung von ›Migration‹ hineinzupassen, die vorwiegend durch natio-ethno-kulturelle Nicht-Zugehörigkeit determiniert ist. Eindeutiger erschließt sich für viele Gesprächspartner:innen die Referenz auf frühere Arbeitsmigrationen – die Ära der ›Gastarbeiter:innen‹ im Westen und der ›Vertragsarbeiter:innen‹ im Osten –, die vor allem an den Standorten der industriellen Produktion sichtbare Präsenz entfalteten. Ebenfalls lokal nur punktuell erinnert wird die Ankunft der Spätaussiedler:innen aus Osteuropa sowie der Geflüchteten aus dem zerfallenden Jugoslawien Anfang der 1990er Jahre, die mit den Geflüchteten von 2015 das Schicksal der kollektiven Unterbringung, prekären Aufenthaltsregelungen und Mobilitätsrestriktionen teilten. Entlang der Erinnerung an diese verschiedenen Einwanderergruppen und ihrer herkunftsbezogenen ›Fremdheit‹ werden Gemeinsamkeiten und Unterschiede im Integrationsprozess reflektiert und daraus ein Referenzrahmen entwickelt, vor dem die Aufnahme und Integration von Geflüchteten nach 2015 beurteilt wird.

7.2.1 »Das waren ja Deutsche, die aus dem Osten gekommen sind«: Kriegsflüchtlinge und Vertriebene nach dem Zweiten Weltkrieg

> Es gab natürlich GANZ VIELE, die als Flüchtlinge gekommen sind nach dem Zweiten Weltkrieg oder am Ende vom Zweiten Weltkrieg […], also das waren eben Katholiken, die hier ankamen, haben da Häuser gebaut und so, ja. Klar, das wird damals auch irgendwie eine Integrationsgeschichte gewesen sein, da war ja auch evangelisch und katholisch noch so ein bisschen vielleicht kontra oder keine Ahnung, da weiß ich nichts drüber, das war ja lange vor meiner Zeit. Aber natürlich, das waren ja Deutsche, die aus dem Osten gekommen waren.
> *Michael Hausmann* über die Migrationsgeschichte der Gemeinde Trabsen* in Niedersachsen*[3]

Gerade eine der größten Gruppen, die nach 1945 in der Bundesrepublik und der DDR Aufnahme fanden, werden häufig gesondert be- und verhandelt. Vielfach werden sie aus dem Migrationsdiskurs ausgeklammert, da sie nach Ansicht vieler als »Deutsche aus dem Osten« keine »richtigen« Migrant:innen waren, insofern Migration nach völkisch-nationalen Kriterien betrachtet wird.[4] In der Rückschau wird die mustergültige Integration der Vertriebenen in das Eigene betont, gerne in Abgrenzung von den späteren

3 Interview mit Michael Hausmann* (Pseudonym), ehrenamtlicher Integrationshelfer in Trabsen* (Pseudonym), Niedersachsen, November 2019.

4 Im deutschen Migrationsnarrativ fehlen bedeutende Gruppen, weil sie nicht unter das stereotype Bild der ›Migration‹ subsummiert werden, z.B. die Geflüchteten und Vertriebenen nach dem Zweiten Weltkrieg (Alexopoulou 2020: 101). Ähnliche Lücken weist das kollektive Gedächtnis von Städten und Gemeinden auf, obgleich es vielerorts allein durch die Größenordnungen der Ankünf-

›Migrationsanderen‹ – den Einwander:innen mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit. Doch objektiv betrachtet verlief auch die Eingliederung der Vertriebenen keineswegs reibungsfrei, und die Mechanismen des ›othering‹, also der Ausgrenzung durch stereotype Zuschreibungen des sozialen und kulturellen Andersseins, waren durchaus wirkmächtig.

Im kriegszerstörten Deutschland bedeutete die Aufnahme von rund zwölf Millionen Geflüchteten und Vertriebenen eine immense Zumutung, die überall im Lande deutlich spürbar war, insbesondere in den ländlichen Regionen, wo nach 1945 teils ein Viertel der Wohnbevölkerung einen Flucht- bzw. Vertreibungshintergrund hatte (Steinert 1995: 561). Spitzenreiter waren die dünn besiedelten Gebiete Norddeutschlands, wo sich die Bevölkerung mancher Ortschaften fast verdoppelte (Kossert 2008: 10). Aus versorgungspolitischen Gründen wurden die Vertriebenen vorzugsweise in ländlichen Regionen angesiedelt. Doch auch dort war Wohnraum knapp. Vertriebene mussten gegen den Willen der Einheimischen zwangseinquartiert werden und waren von der öffentlichen Wohlfahrt abhängig. Viele lebten in großer Armut und fanden zunächst kaum Arbeitsmöglichkeiten, mit denen sie die eigene Existenz sichern konnten. Damit wurden sie schon aus ökonomischen Gründen auf der untersten Ebene des sozialen Gefüges in der jeweiligen lokalen Gesellschaft platziert (Bauerkämper 2010:480ff).

Zwar waren die Vertriebenen ebenfalls Deutsche, aber durch ihre Herkunft als »Deutsche aus dem Osten« als ›Anders‹ markiert, deutlich zu identifizieren durch dialektale, kulturelle oder konfessionelle Unterschiede. Zeitzeug:innen sind vor allem die konfessionellen Unterschiede erinnerlich, denn durch den Zuzug von Vertriebenen kam es in manchen vormals konfessionell homogen ausgerichteten Regionen zu einer konfessionellen Kopräsenz, die durch verschiedene strukturelle Maßnahmen eingehegt wurde: »Es gab bis zum Zweiten Weltkrieg keine Evangelischen hier«, erinnert sich Martin Ropert aus der Kleinstadt Schwegholz* im ländlichen Niedersachsen. Durch den Zuzug der protestantischen Vertriebenen wurde ein eigener Schulzweig eingerichtet, in dem die neu hinzugekommenen evangelischen Kinder segregiert unterrichtet wurden: »Es gab einen Strich auf dem Pausenhof, auf der einen Seite die katholischen [Kinder] und auf der anderen die Evangelen.«[5] Die konfessionelle Kluft trug aus heutiger Perspektive teils absurde Züge. So berichtete ein Gesprächspartner aus dem ländlichen Niedersachsen von konfessionell getrennten Molkereien, die von den Bauern der Region genutzt wurden. Angehörige der konfessionellen Minderheit wurden auch nicht ohne weiteres in die örtlichen Vereine aufgenommen.

Auch in der Familie meiner Mutter sind die Schwierigkeiten des Neuanfangs in einer kulturell anders geprägten ländlichen Region, und verbunden mit dem Stigma der ›mittellosen Vertriebenen‹, retrospektiv zu erkennen. Ihr neuer Wohnort, der vor dem Krieg 816 Einwohner:innen gezählt hatte, beherbergte ein Jahr nach Kriegsende 1.155 Personen – ein Bevölkerungszuwachs von über 40 %! Ähnliche Zuwachsraten hatten auch andere

---

te zu grundlegenden Veränderungen der Nachkriegsgesellschaft kam, die durchaus eine Erinnerung wert wären (vgl. Kossert 2008: 138).

5 Interview mit Martin Ropert* (Pseudonym), ehrenamtlicher Integrationshelfer in Schwegholz* (Pseudonym), Niedersachsen, November 2019.

Orte in Oberfranken erlebt. Im Durchschnitt hatte im Jahr 1946 fast jede und jeder vierte Einwohner:in Oberfrankens eine Flucht- bzw. Vertreibungsbiographie. Die einheimische Bevölkerung verhielt sich distanziert gegenüber den Neubürger:innen, »schon allein wegen des fremdartigen Dialekts, ihrer konfessionellen Ausrichtung und ihrer kulturellen Bräuche«, wie der Regionalhistoriker Peter Zeitler (1998: 100) ausführt. Die aus Südmähren stammende Familie meiner Mutter war bäuerlich-katholisch, und diese Kultur hatte ihr Alltagsleben und den Jahreslauf in der Heimat stark geprägt. Meine sehr fromme Großmutter konnte im evangelisch dominierten Frankenwald ihre religiösen Traditionen nicht ausleben, was das Gefühl der Fremdheit verstärkte, wie sich meine Mutter erinnert:

> Oma hat sich in [ORTSNAME] nie so ganz wohl gefühlt, weil dort ja alles stockevangelisch war von den Einheimischen, da gab es nur eine Notkirche, da waren alle Flüchtlinge zusammengewürfelt; das war alles nicht so ihres. […] Die Evangelischen waren sehr vom Pfarrer gehalten, die Flüchtlinge zu unterstützen, aber Heimat geben ist was anderes.

Neben materieller Armut machte meiner Großmutter auch der gesellschaftliche Statusverlust zu schaffen. Wie so viele andere gewaltvoll Vertriebene vor und nach ihr erlebte sie das Gefühl, plötzlich ›ein Niemand‹ zu sein, denn die lokale Bevölkerung ordnete die mittellosen Neuankommenden ganz unten auf der sozialen Rangskala ein und betrachteten sie teils mitfühlend, teils herablassend, verbunden mit Stigmatisierungen wie »Eindringlinge, Habenichtse und Faulpelze« (Zeitler 1997: 366). Die daraus resultierende Isolation, »gepaart mit der materiellen Not und dem Trauma der Vertreibung, erschwerten die Integration und die Annäherung zusätzlich«, wie der Historiker Peter Zeitler analysiert (Zeitler 1998).

Die imaginierten Gegensätze und Grenzziehungen zwischen den Alteingesessenen und den ›Neubürger:innen‹ setzten sich in den räumlichen Strukturen fort: Nachdem die Vertriebenen lange Jahre in provisorischen Barackenunterkünften gelebt hatten, nutzten viele die erste wirtschaftliche Stabilisierung und die Entschädigungszahlungen des Lastenausgleichsgesetzes, um ein Eigenheim zu bauen. In vielen Orten errichteten die Vertriebenen an den Ortsrändern monotone Eigenheimsiedlungen, die in ihrer architektonischen Eintönigkeit etwas »Lagerhaftes« an sich hatten, wie der Historiker Harald Jähner (2019: 104f.) anmerkt. Später entstanden vielerorts auf den Dorffriedhöfen eigene, landsmannschaftlich unterteilte Vertriebenengrabfelder, womit sich die räumliche Segregation der Vertriebenen sogar nach dem Tod fortsetzte. Versuche, die vor Ort gezogenen Linien zu überschreiten, sich vom Gruppenstigma des Geflüchteten zu befreien, wurden scharf beobachtet und gegebenenfalls sanktioniert. Wer beispielsweise in einer der konfessionsgetrennten Schulen die Linie auf dem Schulhof überschritt, der »kriegte Prügel«, so ein Zeitzeuge.[6] Auch Bemühungen des sozialen Aufstiegs von Geflüchteten und Vertriebenen wurden mit Argwohn betrachtet. Ein Gesprächspartner aus dem länd-

6 Interview mit Harald Korn* (Pseudonym), ehrenamtlicher Integrationshelfer in der Gemeinde Steinbergen* in NRW, November 2019.

lichen Ostbayern berichtet von einem Unternehmer, der nach der Vertreibung aus dem Sudentenland im niederbayerischen Wasdorf* einen Neuanfang versuchte:

> Aber da hat es zum Beispiel einen Glasunternehmer gegeben, der war in Tschechien sehr erfolgreich damals in der Glasveredelung, also war Glasgraveur und -schleifer, und dem ist in Wasdorf*, wie er da wieder seine Werkstatt aufgebaut hat und weitermachen wollte, die Werkstatt zerstört worden. Also da hat es wirklich SO einen Vandalismus gegeben, dass da wirklich welche rein sind und alles zusammengehauen haben.[7]

In meinen Gesprächen mit lokalen Akteur:innen über den Integrationsverlauf der Asylsuchenden ab den 2015er Jahren werden die Erinnerungen an die Weltkriegsvertriebenen als Vergleichsebene genutzt. Immer wieder wird bei dieser Reflexion hervorgehoben, dass die (auch im Heute zu erlebenden) ausgrenzenden Praktiken damals »sogar Deutsche« trafen, die weniger Merkmale des Andersseins mit sich trugen als heutige Geflüchtete: »Eigentlich waren das ja auch Deutsche, im Grunde genommen. Nur dass sie halt aus Ostpreußen gekommen sind.«[8] Doch gerade in den ländlichen Gegenden, in denen ansonsten weniger Bevölkerungsveränderungen durch Zuzüge oder Wegzüge zu verzeichnen sind, sorgt das kollektive Gedächtnis dafür, dass die Heimatvertriebenen auch nach zwei Generationen noch als die ›Anderen‹ markiert werden.

> Da höre ich: »Ah ja, die sind nicht von hier«. Ich sage: »Wieso sind die nicht von hier?« »Na, die sind auch bloß hierhergekommen. Ja, nach '45«. [*lacht*] So, ne? Als so diese Vertreibung aus dem Osten war und die Leute dann aus Schlesien, Pommern und Ostpreußen gekommen sind. Und das spielt noch eine wesentliche Rolle. Also wer wo wann eingeheiratet hat und dass diese TRADITION so stark geprägt wird, das hätte ich also auch nicht erwartet.[9]

Die hier reflektierten sozialen und identitären Trennlinien verblassten erst in der Generationenfolge: »Und das hat mindestens eine Generation gedauert, bis die drin waren. Also, jetzt die Enkel, das sind Einheimische. Das fällt nicht mehr auf.«[10]

Viele wissenschaftliche Publikationen versuchten bereits zu ergründen, welche Motive und Ausgrenzungsmechanismen im Umgang mit den Vertriebenen wirksam wurden, und welche Konsequenzen die Ausgrenzungen hatten (vgl. Bauerkämper 2010, Jähner 2019, Kossert 2008, Steinert 1995). Erklärungen rekurrieren einerseits auf die objektive Not der Nachkriegszeit, die nicht zu einem Mehr an Solidarität führte, sondern eher zu einem Beharren auf dem eigenen Vorteil. Aber auch sozialpsychologische Interpretationen wie das Motiv der relativen Deprivation werden bemüht, d.h. der gefühlten

---

7 Interview mit einem Akteur im Bayerischen Wald, November 2019.

8 Interview mit Gunnar Teerbot* (Pseudonym), Leiter Freiwillige Feuerwehr in einer Kleinstadt in Nordsachsen, November 2019.

9 Interview mit Roland Gomper* (Pseudonym), Leiter eines Begegnungszentrums in einer Kleinstadt in Nordsachsen, Dezember 2019.

10 Interview mit Harald Korn* (Pseudonym), ehrenamtlicher Integrationshelfer in der Gemeinde Steinbergen* (Pseudonym) in NRW, November 2019.

Schlechterstellung einer sozialen Gruppe durch die subjektiv wahrgenommene Bevorzugung einer anderen. Besonders das in Westdeutschland für viele Vertriebene relevante Lastenausgleichsgesetz kann hier ein Trigger für die angenommene Schlechterstellung der sesshaften Bevölkerung gewesen sein. Die Entschädigungszahlungen für verlorenen Grund und Boden in den Herkunftsregionen lagen zwar überwiegend weit unter dem tatsächlichen Wert des Verlusts, dennoch ermöglichten die Zahlungen vielen Vertriebenen einen materiellen Neuanfang, der – beispielsweise durch den Erwerb einer Wohnung oder eines Hauses – auch für die Einheimischen sichtbar wurde und damit Neid erzeugte. Eine andere Interpretation betont die Zeigerfunktion der Geflüchteten und Heimatvertriebenen, die durch ihre sichtbare Anwesenheit der lokalen Bevölkerung die katastrophalen Effekte der Nazi-Regimes und des Zweiten Weltkrieges permanent vor Augen führten. Die Abwehrreflexe gegenüber der Vertriebenen resultierten möglicherweise auch aus dem Unwillen, sich mit der eigenen Verstrickung in dieser Zeit auseinanderzusetzen (Schieb/Zens 2016: 20).

7.2.2 Ostdeutsche Erinnerungslücken an die Ankunft der Vertriebenen

Bei der Sichtung meines Interviewmaterials zu lokaler Migrationsgeschichte fällt mir auf, dass in den ostdeutschen Interviews in Bezug auf die lokalen Erinnerungen an die Vertriebenen des Zweiten Weltkrieges eine Lücke klafft. Während in beiden Landesteilen private Erinnerungen fortbestehen und innerhalb der Generationen weitergegeben werden, scheint im Osten Deutschlands – anders als im Westen – kaum eine kollektive Erinnerung an die Aufnahme der Vertriebenen zu existieren. Gründe könnten einerseits in der Verstaatlichungs- und Kollektivierungspolitik der frühen DDR-Jahre liegen, die die ökonomischen (und damit auch sozialen) Unterschiede zwischen Neuangekommenen und Alteingesessenen nivellierte. Auch die erheblichen Binnenwanderungsprozesse hin zu den ab den 1950er Jahren neu entstehenden industriellen Zentren könnten eine Ursache für die im Vergleich zu westdeutschen Gemeinden spärliche kollektive Erinnerung an die Vertriebenen sein. Schließlich könnten die Leerstellen aber auch ein Ergebnis der sozialistischen Erinnerungspolitik sein, die die Rückbesinnung auf verlorene ›Heimaten‹ tendenziell als reaktionär einstufte. Per ministeriellem Erlass wurde jegliche öffentliche Rückbesinnung auf die Herkunftsgeschichte der Vertriebenen oder entsprechende Institutionalisierungsprozesse in Form von Vertriebenenorganisationen unterbunden. Und auch bezeichnungspolitisch griff der Staat ein. Indem das DDR-Regime die Vertriebenen als ›Umsiedler‹ bzw. ›Neubürger‹ titulierte, wurde der gewaltvolle Akt der Vertreibung unsichtbar machte (Bauerkämper 2010: 481ff.).

Im Vergleich zu den Geflüchteten und Vertriebenen des Zweiten Weltkrieges, für die die deutsche Nachkriegsgesellschaft die Verantwortung zu tragen hatte, benötigen nachfolgende Migrationsereignisse andere Bezugspunkte, um die Anwesenheit von ›Fremden‹ in der lokalen Gemeinschaft zu verstehen und ihnen einen Platz in der gesellschaftlichen Hierarchie zuzuweisen. Dabei ist in der folgenden Migrationsepoche, der Ankunft von Arbeitsmigrant:innen aus dem Europäischen und Globalen Süden, zweierlei anders: zum einen die nicht-deutsche Herkunft, die diese Migrant:innen als ›Migrationsandere‹ kategorisiert, zum anderen der Migrationsgrund, nämlich die Erwerbsarbeit. Beide Aspekte werden herangezogen, um daran Integrationsverläufe

der Geflüchteten von 2015 zu spiegeln. Dabei scheint das Migrationsmotiv ›Arbeit‹ die wesentliche Begründung für zumindest in der Rückschau reibungslose Integrationsverläufe der Migrant:innen der Arbeitsmigrationsepoche zu sein, während das damals durchaus stark empfundene kulturelle ›Anderssein‹ ausgeblendet wird. Hingegen dienen die Merkmale ›Arbeit‹ und ›Kultur‹ als Begründungszusammenhang für als schleppend wahrgenommene Integrationsprozesse der Asylsuchenden aus Syrien, Irak oder Afghanistan nach 2015.

7.2.3 »Die sind ja gekommen, um hier zu arbeiten« – Erinnerungen an die ›Gastarbeiter‹

> Und das, was hier – was bei den neuen Mitbürgern jetzt so das Problem ist, ist halt, dass die häufig nicht arbeiten können oder dürfen. […] Das war bei den Gastarbeitern anders. Die sind ja gekommen, um hier zu arbeiten, die haben hier gearbeitet, die haben hier ganz viel gestemmt und da war die Integration LEICHTER, als mit den anderen finde ich.[11]

Die Frage, wie die Integration von Geflüchteten in das lokale Gemeinwesen geklappt hat, animiert unsere Gesprächspartnerin Hannelore Wagner* aus dem fränkischen Ehrsfeld* zu einer Reflexion über andere Zugewanderte, die die Stadt bereits erlebt hat, unter anderem den Zuzug türkischer Arbeitsmigrant:innen. Aus ihren Worten sticht der Topos des Arbeitens heraus, der als etabliertes und von der Aufnahmegesellschaft akzeptiertes Migrationsmotiv konstruiert wird und der die Anwesenheit der ›Anderen‹ legitimiert. Im Gegensatz zur Arbeitsmarktbeteiligung von Geflüchteten, »die häufig nicht arbeiten können oder dürfen«, waren die Erwerbsmöglichkeiten der angeworbenen Arbeitskräfte klar geregelt. Gegenüber der lokalen Bevölkerung war die Notwendigkeit der Anwerbung deutlich gemacht worden: »Die sind zum Teil gerufen worden […] – und die haben hier gearbeitet.« Mit den Geflüchteten von 2015 als Gegenhorizont kommt Hannelore Wagner* zu einer positiven Einschätzung des Integrationsverlaufs der türkischen Arbeitsmigrant:innen in Ehrsfeld*: »die haben hier gearbeitet, die haben hier ganz viel gestemmt und da war die Integration LEICHTER als mit den anderen [den Geflüchteten], finde ich.«

Was hier – und auch in vielen anderen Interviews – als Bestandteil einer lokalen Migrationsgeschichte reflektiert wird, sollte die alte Bundesrepublik insgesamt nachhaltig prägen und als fester Bestandteil des Wirtschaftswundernarrativs und damit auch der Rekonstitution eines produktionsstarken Landes nach der selbst verschuldeten Katastrophe des Zweiten Weltkrieges verankert werden. Die ab 1955 einsetzende Ära der ›Gastarbeiter-Anwerbung‹ brachte rund 14 Millionen Menschen aus Italien, Spanien, Portugal, Jugoslawien, der Türkei, Tunesien und Marokko bis zum Anwerbestopp im Jahr 1973 in die alte Bundesrepublik, von denen sich etwa drei Millionen dauerhaft niederließen.

---

11 Interview mit Hannelore Wagner* (Pseudonym), politisch und ehrenamtlich Aktive in Ehrsfeld* (Pseudonym), Mittelfranken, Juni 2019.

Seitens des Anwerbestaates Deutschland war das Migrationsprojekt auf Zeit angelegt. Die aufstrebende deutsche Wirtschaft benötigte damals vor allem junge, gesunde Menschen für anstrengende körperliche Arbeit in der industriellen Produktion, auf dem Bau, oder in der Lebensmittelindustrie. Wichtige Auswahlkriterien waren dementsprechend das junge Lebensalter und der gute Gesundheitszustand der Bewerber:innen. Die angeworbenen Arbeitskräfte erhielten auf wenige Jahre befristete Arbeitsverträge und sollten dann in ihr Herkunftsland zurückkehren, um durch andere Arbeitskräfte ersetzt zu werden. Dieses staatlich verordnete Rotationsprinzip entsprach weder den Vorstellungen der Migrant:innen noch jener der Betriebe, die am Aufbau eines festen Stamms an Arbeitskräften interessiert waren (Bade 2004: 390). Der normativen Vorstellung eines vorübergehenden Aufenthaltes folgend, wurden den angeworbenen Arbeitskräften keinerlei Integrationsangebote gemacht. »Es wurde ihnen gerade einmal so viel beigebracht, dass sie die Arbeitsanweisungen verstanden«, wird ein Zeitzeuge in einer Dokumentation zur Arbeitsmigration nach Rheinland-Pfalz zitiert (»HegerGuss. Die Männer vom Stiefel«). Es gab keine systematischen Sprachkursangebote und für die ersten nachziehenden Kinder galt nicht einmal die Schulpflicht. Das politische Paradigma des Aufenthalts auf Zeit wirkte tief in die Lebensläufe der Betroffenen hinein. Viele hangelten sich von einer befristeten Aufenthaltserlaubnis zur nächsten und mussten Wege finden, ihren unsichere Aufenthaltsstatus mit dem Familienleben zu vereinbaren (Alexopoulou 2020: 101). In vielen Familien der ersten Generation verbrachten daher Kinder Teile ihre Kindheit und Jugend bei Verwandten im Herkunftsland und wurden erst später nachgeholt, oder Familien führten räumlich getrennte Leben. Auf diese Weise entwickelten sich transnationale bzw. translokale Lebensläufe, die sich oft bis in die dritte Generation hinein auf den Alltagvollzug auswirken.[12]

Die auf Zeit angeworbenen Arbeitskräfte waren zunächst überwiegend in Wohnheimen und Barackenlagern untergebracht. Noch Ende der 1960er Jahre lebten 31 % der eingewanderten Männer und 14 % der Frauen in Arbeiter-Wohnheimen (Koch-Arzberger 1985: 108). Als im Zuge der Familienzusammenführung immer mehr Arbeitsmigrant:innen auf dem freien Wohnungsmarkt nach einer Unterkunft suchten, bot man ihnen häufig lediglich»minderwertige Unterkünfte zu Wucherpreisen« an (»Gekommen und Geblieben«). Dabei fanden gesetzliche Vorgaben (denn Grundlage für den Familiennachzug war der Nachweis geeigneten Wohnraums) und die Profitgier von Wohnungsmarktakteur:innen auf einträgliche Weise zueinander: »Um endlich wieder zusammen zu sein, nahmen viele Menschen unzumutbare Wohnverhältnisse und Mietwucher in Kauf. Die Vermietung von Kellerlöchern und Dachstühlen hatte Hochkonjunktur.« (»Leben im Provisorium«) Damit entstanden segregierte Viertel in den Einwanderungsstädten, in denen neben migrantischer vor allem die prekarisierte einheimische Bevölkerung lebte und die im deutschen Migrations- und Integrationsdiskurs gerne als ›Ghettos‹ oder ›Parallelgesellschaften‹ tituliert werden. Insofern sich Migrant:innen aus eigener Kraft aus dieser segregierten Lage befreiten, wurde das von der lokalen Bevölkerung neidvoll kommentiert, wie sich Hannelore Wagner* für ihren Wohnort Ehrsfeld* erinnert: »Da ist es häu-

12 Vgl. exemplarisch einige der Lebensläufe in der Migrationsausstellung »Lebenswege. Arbeitsmigrationsgeschichte in Rheinland-Pfalz« des Landes Rheinland-Pfalz, https://lebenswege.rlp.de/dauerausstellungen/arbeitsmigrationsgeschichte-in-rheinland-pfalz

fig so, dass die halt SEHR FLEISSIG WAREN UND SIND und dann natürlich sich häufig Häuser gekauft haben oder gebaut haben, und dass dann so gerne ein wenig [gelästert wird]: ›Ach ja, natürlich, wer hat's? Der Türke!‹«[13]

Der Unwille der deutschen Einwanderungsgesellschaft, sich mit den Bedürfnissen der Migrant:innen auseinanderzusetzen, hatte gravierende Folgen für deren Zukunftsgestaltung. Dies zeigte und zeigt sich vor allem im Bereich der schulischen Bildung. Anfangs waren Bildungsmöglichkeiten für die Kinder der ›Gastarbeiter:innen‹ gar nicht vorgesehen, die allgemeine Schulpflicht wurde erst im Jahr 1964 bundesweit auf ausländische Kinder ausgeweitet (Herwartz-Emden 20075: 12). Es sollte noch viele Jahre dauern, bis Sprachfördermaßnahmen flächendeckend in den Schulen eingeführt wurden – im Sekundarbereich sind sie bis heute nicht adäquat ausgebaut. Dies sowie eine Reihe struktureller Benachteiligungen führten dazu, dass viele Kinder der ersten Einwanderergeneration lediglich niedrigste oder gar keine Bildungsabschlüsse erzielten: Der Bildungsforscher Klaus Klemm (1979) dokumentierte, dass im Schuljahr 1977/78 nur drei von vier schulpflichtigen ausländischen Kindern bzw. Jugendlichen überhaupt eine allgemeinbildende Schule besuchten; zwei Drittel von ihnen blieben ohne deutschen Schulabschluss, und nur ein Sechstel der ausländischen Jugendlichen absolvierte eine Berufsausbildung.[14] Die wohl gravierendste Folge der mangelnden Anpassung von Bildungsinfrastrukturen an die Bedürfnisse einer Einwanderungsgesellschaft zeigt sich in der bis zu dreimal höheren Förderschulquote von eingewanderten Kindern im Vergleich zu deutschen Kindern (Kemper/Weishaupt 2011: 419, Koch-Arzberger 1985: 431). Diese resultiert aus einer Kombination des verzögerten Spracherwerbs in der Bildungssprache Deutsch, struktureller Diskriminierung und der teilweisen Unkenntnis eingewanderter Eltern über die Konsequenzen einer schulischen Einstufungsentscheidung (Mand 2013).[15]

Trotz der heute manchmal verklärenden Perspektive auf die im Rückblick so gelungen erscheinende Integration der ›Gastarbeiter:innen‹ in Westdeutschland offenbart sich eine große Parallelität mit aktuellen Wahrnehmungen und Diskursen, die Migrant:innen grundsätzlich, vor allem aber jenen, die als ›Migrationsandere‹ identifiziert werden, einen möglichst niedrigen Platz auf der sozialen Skala zuweisen. Damit einher geht die Vorstellung von Integration als Bringschuld der Zugewanderten, wobei strukturelle Integrationshindernisse und diskriminierende Mechanismen ausgeblendet und Integrationswünsche von Migrant:innen ignoriert werden.

---

13 Interview mit Hannelore Wagner* (Pseudonym), politisch und ehrenamtlich Aktive in Ehrsfeld* (Pseudonym), Mittelfranken, Juni 2019.

14 Trotz einer Vielzahl von Fördermaßnahmen änderte sich der Abstand zwischen deutschen und eingewanderten Kindern über mehrere Jahrzehnte kaum, wie die Bildungsforscher:innen Ingrid Gogolin, Ursula Neumann und Hans-Joachim Roth in einem 2003 erschienenen Gutachten konstatieren (vgl. Gogolin/Neumann/Roth 2003: 145).

15 Beredtes Beispiel ist der Fall eines ehemaligen Sonderschülers, Kind einer eingewanderten Roma-Familie, der durch eine nie korrigierte Fehldiagnose seine gesamte Schullaufbahn im Förderschulsystem verbrachte. Seine Schadenersatzklage gegen das Land Nordrhein-Westfalen hatte Erfolg (vgl. Mittendrin e.V. 2018, Schumann 2017).

7.2.4 »Das lief eher im Verborgenen ab« – Erinnerung an die Arbeitsmigration in die DDR

> Vietnamesen hatten wir hier noch. Die waren sehr fleißig. Die haben in der ehemaligen Werkzeugmaschinenfabrik [gearbeitet]. Die waren aber unauffällig. Die waren da fleißig, die haben da gearbeitet.[16]

Auch auf der anderen Seite der Mauer erlebte das Land einen rasanten industriellen Aufschwung, verbunden mit der Neuausweisung von industriellen Produktionsschwerpunkten. Doch es standen nicht ausreichend Arbeitskräfte zur Verfügung, zumal der junge Staat bis zum Mauerbau 1961 rund drei Millionen Menschen durch Republikflucht verlor. Und so begann auch in der DDR ein groß angelegtes Anwerbeprogramm. Aus ideologischen Gründen waren die Anwerbemaßnahmen auf verschiedene sozialistische Bruderstaaten ausgerichtet – zunächst im europäischen Nahraum, später auch im Globalen Süden wie Kuba, Angola, oder Vietnam. Beginnend in den 1960er Jahren wurden bis zum Ende der DDR rund eine halbe Million Menschen angeworben.[17] Im Jahr 1989 lebten rund 94.000 Vertragsarbeiter:innen in der DDR, davon stammten zwei Drittel aus Vietnam (Dennis 2005).

Ganz ähnlich wie in der BRD waren die Anwerbevereinbarungen auf befristete Aufenthalte ausgelegt, ohne die Möglichkeit einer dauerhaften Niederlassung oder des Familiennachzugs. Integrationsmaßnahmen waren nicht vorgesehen. Die Vertragsarbeiter:innen waren in Wohnheimen untergebracht, getrennt von der deutschen Bevölkerung. Gruppenleiter:innen sorgten für sozialistische Disziplin. Privater Umgang oder gar Liebesbeziehungen zwischen den Vertragsarbeiter:innen und DDR-Bürger:innen waren nicht erwünscht. Eine Vielzahl von Stasi-Akten zeugt davon, dass Personen, die sich dieser offiziellen Doktrin widersetzten, mit Repressalien rechnen mussten. Besonders hart war der Umgang mit Vertragsarbeiterinnen, die während ihres Aufenthalts schwanger wurden. Sie wurden vor die Wahl gestellt, abzutreiben oder den Aufenthalt abzubrechen und in ihre Heimat zurückzukehren. In einigen Fällen war die Verzweiflung so groß, dass die Vertragsarbeiterinnen Selbstmord begingen, um nicht unehrenhaft in ihre Heimat zurückkehren zu müssen (ebd.).

Für das offizielle politische Narrativ wurde die Anwerbung von Arbeitskräften als Akt der sozialistischen Solidarität mit ärmeren sozialistischen Bruderstaaten verbrämt. Die angeworbenen Arbeitskräfte sollten berufliche oder akademische Ausbildungen in der DDR erhalten und ihr Wissen nach der Rückkehr in ihre Herkunftsländer zum Aufbau der dortigen sozialistischen Gesellschaft einbringen. Allerdings entpuppte sich diese Solidarität im Alltag häufig als Schimäre, denn die Vertragsarbeiter:innen wurden in der Produktion benötigt.

An diese Zeiten gibt es lebhafte Erinnerungen, auch in kleineren Orten im ländlichen Raum. So berichtet Roland Gomper* aus Nordsachsen von der Landwirtschaftsschule

16 Interview mit Rainer Konert* (Pseudonym), Mitarbeiter Wohlfahrtsverband, Bad Borkau* (Pseudonym), Sachsen, Dezember 2019.

17 Der erste bilaterale Vertrag wurde 1963 mit der VR Polen abgeschlossen, es folgten Verträge mit Ungarn (1967), Algerien (1974), Kuba (1975), Mosambik (1979), Vietnam (1980) und Angola (1984).

vor Ort, in der zu DDR-Zeiten Studierende aus Afrika untergebracht waren – was für die Dorfbewohner:innen die erste Berührung mit Menschen aus dem Globalen Süden bedeutete. Aus seiner Erzählung ist nicht nur die Erinnerung an die ›Exotik‹ herauszuhören, die durch »diese farbigen Menschen aus Afrika« in den Ort Einzug hielt, sondern auch die staunende Erkenntnis, dass sich die Migrant:innen selbstbewusst der staatlichen Ordnung widersetzten.

> Und da waren auch Leute dabei, die wollten hier Landwirtschaft studieren und die haben das auch. Interessanterweise hat die DDR die einfach so in einen Gartenbaubetrieb gesteckt. Die hatten Abitur, das waren wohlsituierte Leute und hatten dann so einen Facharbeiter für Gartenbautechnik und von dem sollten die das lernen. Da haben sie gestreikt.[18]

In der zentralistisch durchorganisierten DDR-Gesellschaft unterlagen auch Bildung und Ausbildung strengen Regularien. Die Abiturquoten waren gedeckelt, Studienplätze möglichst passgenau auf die Erfordernisse des Arbeitsmarktes ausgerichtet. Durch die damit produzierte Bildungskonkurrenz konnte die Forderung nach Anpassung im Sinne des Sozialismus durchgesetzt werden. Eine Selbstverpflichtung zur Offizierslaufbahn beispielsweise eröffnete Wege zum Wunsch-Studienplatz. Ein aktives christliches Bekenntnis hingegen, verbunden mit der Nicht-Zugehörigkeit zu einer sozialistischen Jugendorganisation, führte häufig zum Ausschluss vom akademischen Bildungspfad. In dieses mit Repression arbeitende System, in dem Anpassung und Unterwerfung belohnt wurden, dringt in der Erinnerung von Roland Gomper* nun das widerständige Andere in Form einer afrikanischen Bildungselite ein, die selbstbewusst ihre statushohe Position aus dem Herkunftsland in die DDR-Gesellschaft überträgt. Von dem vereinbarten Pfad eines Landwirtschaftsstudiums abzuweichen, wie seitens des DDR-Staates verlangt, kommt ihnen nicht in den Sinn. Stattdessen treten sie einen Streik an, der schließlich auch zum Erfolg führt, so dass sie ihr Landwirtschafts-Studium doch noch beginnen können. »Die sind dann zurückgekommen und haben gesagt, wir gehen da nicht mehr hin und wir bleiben jetzt hier. Und es gab da einen ziemlichen Aufruhr.« (Ebd.) Die lokale Bevölkerung suchte nach Erklärungen für diesen Akt des Widerstandes, die sie schließlich jenseits des offiziellen staatlichen Narrativs fand.

> Die Bevölkerung konnte das ja gar nicht einschätzen, was das für Leute waren. Die haben gedacht, dass sind die armen Afrikaner. Das wurde in der Öffentlichkeit nicht richtig dargestellt. Weil das war ja auch nicht im Interesse der DDR zu sagen: »Ja die Leute studieren bei uns gegen Valuta.« Das haben sie dann selber erzählt, dass sie gesagt haben, ja unsere Familien bezahlen dafür in Dollar, dass wir hier studieren und wir werden hier in landwirtschaftlichen Betrieben eingesetzt als landwirtschaftliche Helfer. Das ist nicht das, was wir studieren wollen (ebd.).

Das hier erzählte Ereignis zeigt die Erschütterung der vorgestellten sozialen Ordnung. In der lokalen Wahrnehmung, transportiert durch das offizielle Narrativ, wurden die

18 Interview mit Roland Gomper* (Pseudonym), Leiter eines Begegnungszentrums in einer Kleinstadt in Nordsachsen, Dezember 2019.

afrikanischen Fremden als arm und unterprivilegiert vorgestellt und ihre Anwesenheit als Akt der sozialistischen Solidarität gerahmt. Dabei sollte die Solidarität aber auch nicht zu weit führen. Statt Zugang zu den ohnehin raren akademischen Studienplätzen sollten die jungen Afrikaner mit einer Gartenbauausbildung abgespeist werden. Doch den staatlich zugewiesenen Platz nahmen sie nicht ein, sondern bestanden auf der Einlösung der ursprünglichen Abmachung, die durch »Valuta« erkauft wurde – etwas, wovon DDR-Bürger:innen nicht einmal träumen konnten. Die lokale Bevölkerung bekommt die Fehlfunktion der offiziell als egalitär vorgestellten sozialistischen Gesellschaft ausgerechnet am Beispiel der widerständigen Fremden vorgeführt: mit Hilfe ihres mitgebrachten sozialen und kulturellen Kapitals, verbunden mit einem selbstbewussten Habitus, erreichen sie ein Ziel, das einem großen Teil der DDR-Gesellschaft unvorstellbar erscheint: einen gewünschten Studienplatz anzutreten. Das Stereotyp des ökonomisch und kulturell rückständigen »Afrikaners«, der dankbar sein kann für die ihm zugewiesene niedrige Position im sozialen Gefüge, wird in dieser Erzählung ad absurdum geführt.

Derartige direkte Auseinandersetzungen mit der Eigenart der ›Fremden‹ und entsprechende interkulturelle Lernprozesse blieben jedoch die Ausnahme. Zumeist lebten und arbeiteten Einheimische und Zugewanderte nebeneinander und hatten jenseits des Arbeitsplatzes und staatlich verordneter Begegnungen kaum Berührungspunkte: »Das lief immer sehr am Rande und sehr im Verborgenen eher. Das war ja auch nicht erwünscht staatlicherseits, dass da irgendwie große Kontakte entstanden«, erinnert sich Cornelia Gräfe* aus dem nordsächsischen Gartau*.[19] Nach einer Erhebung von 1990 hatten 60 % der Ostdeutschen keinen persönlichen Kontakt mit Migrant:innen und wussten wenig über sie; zwei Drittel der Migrant:innen in Ostdeutschland wiederum verkehrten außerhalb des Arbeitsplatzes nicht mit Deutschen (Müggenburg 1996: 24). In der Abwesenheit persönlicher Begegnung festigten sich allerlei stereotype Vorstellungen und Vermutungen über die Eigenart des ›Migrationsanderen‹, etwa dass die Vertragsarbeiter:innen durch Hamsterkäufe von Fahrrädern oder Elektrogeräten zu einer zusätzlichen Verknappung des Warenangebotes in der DDR beitrügen. Dabei war die Ausfuhr von Waren streng reglementiert: Während eines fünfjährigen Aufenthalts durften insgesamt fünf Fahrräder, zwei Mopeds und ein Fotoapparat nach Hause geschickt werden (Dennis 2005: 21). Ebenso zirkulierte die Fehlannahme, die Vertragsarbeiter:innen würden in Valuta entlohnt und hätten dementsprechend Vorteile in der realen Kaufkraft. In der Realität bezogen auch die Vertragsarbeiter:innen ihren Lohn in DDR-Mark, teils erhielten sie nicht einmal den vollen Betrag ausgezahlt. Die Vietnames:innen mussten beispielsweise monatlich 12 % ihres Bruttolohns als Beitrag »zum Aufbau und zur Verteidigung des vietnamesischen Vaterlandes« abführen (ebd.). Der Wunsch der Vietnames:innen, sich während ihres Aufenthaltes etwas hinzuzuverdienen, um ihre Familien zuhause besser unterstützen zu können, führte zur Etablierung von privaten Nähstuben, in denen sie nach westlichen Schnitten Jeanshosen und andere moderne Kleidungsstücke nähten.

19 Interview mit Cornelia Gräfe* (Pseudonym), Seelsorgerin in Gartau* (Pseudonym), Sachsen, Januar 2020.

> Die haben dann versucht auch so ein bisschen die Bedürfnisse der Bevölkerung zu [befriedigen]. Sie haben dann also Jeans genäht, Sachen genäht und das war sozusagen ganz stark in der DDR, wenn man was Schickes haben wollte, dann ist man zu den Vietnamesen gegangen und hat sich was nähen lassen.[20]

Dies führte jedoch nicht zu einer intensiveren Auseinandersetzung mit der Lebenswelt der Vertragsarbeitskräfte oder gar zu Solidarisierungsprozessen, als mit der Abwicklung von Industriebetrieben nach der politischen Wende die ausländischen Vertragsarbeiter:innen gleichzeitig mit ihren deutschen Kolleg:innen ihre Arbeit verloren. Ganz im Gegenteil: Interviewdokumente und offizielle Schriftwechsel aus dieser Zeit zeigen die rapide wachsende Feinseligkeit gegenüber den Vertragsarbeiter:innen.

> Mit der Wende […], unsere Leute, die kamen immer von der Arbeit nach Hause, mit, mit Schwermut kann man sagen, mit…immer so traurige Gesichter, die sagen ja, die, da waren noch vielleicht vor ein paar Monaten, die waren noch so gut zu mir…und auf einmal fragen die, wann macht ihr nach Vietnam, wann fahrt ihr wieder zurück nach Vietnam, als die Wende kam…Das belastet sehr.

zitiert die Historikerin Karin Weiss (2005: 90) aus einem Zeitzeugeninterview. Die zunehmend aggressive Stimmung, getrieben durch die eigene ökonomische Prekarisierung, trieb manche DDR-Bürger:innen zu drastischen Wortmeldungen. »Solange hier auch nur ein Ausländer im Betrieb arbeitet und ein Deutscher wird entlassen, fließt Blut« warnt etwa ein Briefschreiber an die Behörden (Berger 2000: 89, in Weiss 2005). Die aggressive Stimmung erleben Vertragsarbeiter:innen als konkrete Bedrohungslage. Aus Angst vor Übergriffen ändern sie ihr Verhalten im Alltag und verzichten beispielsweise darauf, abends das Wohnheim zu verlassen.

Neben der ökonomisch prekären Lage, der zunehmenden Feindseligkeit der Mehrheitsbevölkerung und der Angst vor rassistischen Übergriffen waren die Vertragsarbeiter:innen auch mit aufenthaltsrechtlichen Unsicherheiten konfrontiert. In den ersten Jahren nach der politischen Wende wurden sie stark unter Druck gesetzt, den Aufenthalt in der DDR abzubrechen und mit einer Abfindung in ihre Heimat zurückzukehren. Viele wehrten sich dagegen und versuchten, sich durch selbständige Erwerbsmöglichkeiten wie Lebensmittel- oder Textilhandel über Wasser zu halten. Erst 1997, sieben Jahre nach der Wiedervereinigung, wurde ihre aufenthaltsrechtliche Situation durch eine Entscheidung der Bundesregierung geklärt und nachhaltig stabilisiert (Weiss 2005).

7.2.5 Einwanderung in eine Welt im Umbruch – Erinnerungen an die Ankünfte der 1990er Jahre in Ost und West

Die Auflösung der bipolaren Welt nach 1990 brachte erhebliche Umbrüche für die Staaten und Gesellschaften des ehemaligen sozialistischen Teils Europas, inklusive Ostdeutschland. Grenzen wurden neu gezogen, staatliche Ordnungen lösten sich auf, und die politischen und ökonomischen Krisen brachten viele Menschen dazu, ihre Heimat zu verlas-

20 Interview mit Roland Gomper* (Pseudonym), Leiter eines Begegnungszentrums in einer Kleinstadt in Nordsachsen, Dezember 2019.

sen und weiter westlich ihr Glück zu suchen. Ostdeutschland wurde hart von den Auswirkungen der ökonomischen Transformation getroffen. Die Arbeitslosigkeit stieg rasant, und es setzte eine Massenabwanderung vor allem der jüngeren Bevölkerung nach Westdeutschland ein. Allein in den Jahren 1989 und 1990 verließen fast 800.000 Ostdeutsche ihre Heimat, gefolgt von einem etwas geringeren, aber stetigen Abwanderungsstrom zwischen 100.000 und 150.000 pro Jahr in den 1990er und 2000er Jahren (StBA 2004, 2022). Diese Binnenwanderung wird in den betroffenen Ursprungsregionen sowohl intergenerationell als auch hinsichtlich der demographischen und ökonomischen Folgen als schmerzlicher Einschnitt erinnert:

> Uns fehlt eine ganze Mitte-Generation. Weil nach der Wende ist eine Million Menschen abgehauen, die keine Arbeit hatten. Und die kriegen im Westen ihre Kinder und nicht bei uns. Und deswegen fehlen uns jetzt so viele Kinder, weil die Mütter fehlen. […] Und das fällt dem Osten nun ganz besonders auf die Füße.[21]

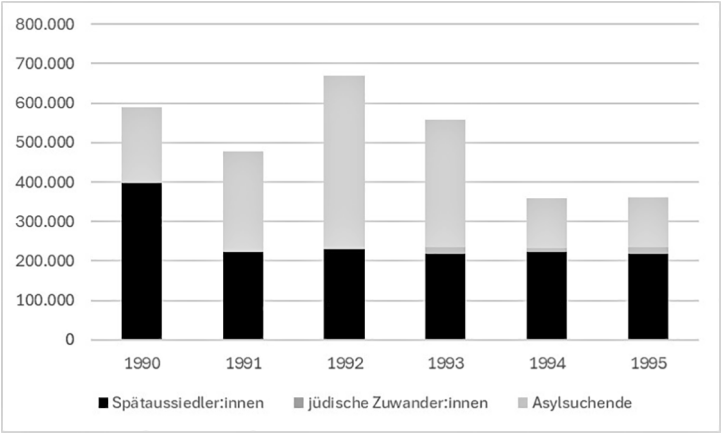
Im Westen Deutschlands wurde die Massenankunft der Ostdeutschen zwar teilweise mit ähnlichen Krisennarrativen[22] belegt wie die Ankunft der Geflüchteten ab 2015, doch angesichts der raschen Eingliederung der Ostdeutschen in den Arbeitsmarkt hinterließ dieses Ereignis keine nachhaltigen Spuren im kollektiven Gedächtnis der westdeutschen Gesellschaft. Anders war das mit den internationalen Ankünften jener Jahre: Da waren zum einen erhebliche Zahlen von deutschstämmigen Spätaussiedler:innen aus Osteuropa, die der zerfallenden Sowjetunion entfliehen wollten und auf ein stabileres Leben in Deutschland hofften. Ein weiterer europäischer Krisenherd war der auseinanderbrechende Vielvölkerstaat Jugoslawien, in dem mehrere brutale Kriege ausgefochten wurden, was zu Flucht und Vertreibung von Hunderttausenden führte, die unter anderem in Deutschland Zuflucht suchten. Hinzu kam eine steigende Zahl von Asylsuchenden aus dem Globalen Süden. Die Ankünfte dieser Gruppen summierten sich in der ersten Hälfte der 1990er Jahre auf über drei Millionen (vgl. Abb. 7.2).

---

21 Interview mit Albert Rothe* (Pseudonym), Unternehmer in einer Kleinstadt in der sächsischen Lausitz, Dezember 2019.

22 So titelt ›DER SPIEGEL‹ vom 21.01.1990 »Massenflucht in die Bundesrepublik. Gefahr für den Wohlstand?«. Ein Artikel über »DDR-Aussteiger« in der Ausgabe vom 13.08.1989 vergleicht die »Ausreißer« in ihrem wohlstandsgefährdenden Potenzial mit »Asylanten aus aller Welt«, für die ebenfalls gilt »Das Boot ist voll«. Bei der Lektüre des Artikels finden sich erstaunliche Analogien zu der Diskursentwicklung nach der Massenankunft von Geflüchteten in den Jahren 2015 und 2022. Für das »zentrale Übersiedler-Abfertigungslager in Gießen« werden »notstandsähnliche Verhältnisse« konstatiert, es fehlten Unterbringungsmöglichkeiten. Die Figur des ›DDR-Flüchtlings‹ wird als »Sprengstoff« für den sozialen Frieden befunden. Viele Bürger:innen vermuteten, die ›DDR-Flüchtlinge‹ würden vor allem »unsere Steuergelder kassieren«: »Die wissen sich durchzusetzen, mit Ellenbogen und mit Tricks – sonst wären sie schließlich nicht hier.« Diese Vermutung untermauert der Artikel mit Hinweisen auf fingierte Krankschreibungen, mit denen ›DDR-Flüchtlinge‹ statt des Arbeitslosengeldes das deutlich höhere Krankengeld kassiert würden. Konsequenterweise verlangt der damalige Innenminister Wolfgang Schäuble eine Reduktion der Sozialleistungen für DDR-Übersiedler. Statt mit Arbeitslosengeld sollten die »Zugereisten mit einem knapp kalkulierten ›Eingliederungsgeld‹ abgespeist werden« (ebd.).

Abb. 7.2: Aufnahme von Spätaussiedler:innen, Jüdischen Zuwander:innen und Asylsuchenden 1990–1995



Datenquelle: BMI 2004, eigener Entwurf

Nach der Logik des Königsteiner Schlüssels wurden sie auf alle Bundesländer und von dort in die Landkreise und kreisfreien Städte verteilt. Überall im Land mussten Unterkünfte gefunden werden. Häufig waren das Gruppenunterkünfte in peripherer Lage, wie z.B. leerstehende Kasernen oder stillgelegte Ferienunterkünfte. Ein Gesprächspartner aus dem Bayrischen Wald erinnert sich an die Ankunft kosovarischer Geflüchteter, die in einer nach dem Abzug der US-Truppen gerade leer gewordenen Kaserne untergebracht wurden, wo sie unter »eher fragwürdigen Bedingungen gehaust« hätten. In der vergleichenden Betrachtung zu der Willkommensinfrastruktur, die 2015 aufgebaut wurde, wird ihm die Prekarität der Aufnahmesituation bewusst: »Damals hat es eigentlich keine Strukturen gegeben, also so mit Helferkreis oder so, also das war damals [nicht], das ist damals relativ ungeordnet gegangen.«[23] Auch im niedersächsischen Giersen* kamen jugoslawischen Kriegsvertriebene an, wie sich der Zeitzeuge Horst Reißner* erinnert:

> Im Kroatien-Krieg, da waren etliche Flüchtlinge aus Kroatien und Bosnien-Herzegowina hier. Die waren damals auch verteilt worden auf die verschiedenen Ortschaften. Nach dem Konflikt da unten sind etliche wieder, haben Giersen* wieder verlassen. Aber nicht alle, einige haben es geschafft, hier bleiben zu dürfen, wie auch immer. Und ja, die sind, die haben teilweise Häuser gebaut, sind integriert, die arbeiten.[24]

Im Zusammenhang mit dieser Erzählung erinnert sich Horst Reißner* auch an eine zuvor bereits ansässige jugoslawische Community, die einst als Arbeitsmigrant:innen gekommen waren. Ob die Integration der bosnischen Geflüchteten durch die Vorerfahrun-

23 Interview mit Thomas Klein* (Pseudonym), Mitarbeiter einer Zeitungsredaktion in Niederbayern, November 2019.

24 Interview mit Horst Reißner* (Pseudonym), ehrenamtlicher Integrationshelfer in einer Kleinstadt in Niedersachsen, November 2019.

gen mit Zuwanderung aus der Region leichter funktionierte und inwieweit die jugoslawische Community daran beteiligt war, bleibt in seiner Erzählung offen. Was in all diesen Erzählungen ausgeblendet wird und den Gesprächspartner:innen vermutlich auch nicht bekannt ist, ist die aufenthaltsrechtliche Prekarität der Geflüchteten aus Bosnien, die überwiegend keinen Schutzstatus erhielten und in der Bundesrepublik nur geduldet waren. Zwar gab es mit Beginn der Kriegshandlungen einen Abschiebestopp, doch die Duldung galt immer nur drei Monate und musste dann um weitere drei Monate verlängert werden – teils jahrelang (Oltmer 2023b).

Hier wie in anderen Erzählungen sind der konkrete und langfristige Integrationsweg der damals Angekommenen und die teils extrem schwierigen Rahmenbedingungen für das Etablieren einer neuen Existenz Leerstellen im kollektiven Gedächtnis. Was im Endeffekt zählt, ist das erzielte Ergebnis, das in Analogie zur einheimischen Bevölkerung eingeordnet wird: »die haben teilweise Häuser gebaut, sind integriert, die arbeiten« – alles Aspekte, die zumindest zum Zeitpunkt der Interviews nicht auf die Geflüchteten von 2015 zutreffen. Auch die so zahlreich in den frühen 1990er Jahren ankommenden Spätaussiedler:innen aus der ehemaligen Sowjetunion werden in der Rückschau und im Vergleich zu den Geflüchteten von 2015 als unauffällig und angepasst erinnert – doch das war nicht immer so.

Die Aufnahme von Spätaussiedler:innen wird durch das Bundesvertriebenengesetz geregelt. Bereits ab den 1950er Jahren kamen Deutschstämmige aus den ehemals deutschsprachigen Siedlungsgebieten Osteuropas in die Bundesrepublik. Als ethnisch Deutsche erhielten sie sofort die deutsche Staatsangehörigkeit und unmittelbaren Zugang zum Arbeitsmarkt und allen Sozialleistungen. Ähnlich wie bei Asylsuchenden wurden auch Spätaussiedler:innen nach dem Quotensystem des Königsteiner Schlüssels auf die Bundesländer verteilt und durch die Kommunen aufgenommen und untergebracht. Während ihre Zahl bis zum Ende des Kalten Krieges mit rund 50.000 im Jahr moderat blieb, entwickelte sich diese Migrationsbewegung besonders in der ersten Hälfte der 1990er Jahre zu einer Masseneinwanderung. Allein in den Jahren 1989 und 1990 kamen rund 775.000 Spätaussiedler:innen, in den Jahren 1988 bis 2004 insgesamt drei Millionen (Dietz 2010: 400). Im Lichte dieser Masseneinwanderung und angesichts der steigenden sozialen Integrationskosten wurden die Aufnahme- und Anerkennungsbedingungen verschärft und die Integrationsleistungen zurückgefahren. Dies und die Tatsache, dass ab den 1990er Jahren überwiegend Spätaussiedler:innen aus der ehemaligen Sowjetunion kamen, die in der russischen Sprache und im sowjetischen System sozialisiert waren, änderte die Aufnahmesituation und den Integrationsverlauf. Viele Gesprächspartner:innen erinnern sich an einen sehr langsamen Integrationsprozess der russischsprachigen Spätaussiedler:innen, die sich vor allem innerhalb der eigenen Community orientierten und dementsprechend weiterhin überwiegend Russisch kommunizierten: »da gab es so den Ausdruck ›die Russensiedlung‹, weil die halt gerne untereinander geblieben sind«, erinnert sich die Lokalpolitikerin Hannelore Wagner* an die Ankunft der Spätaussiedler:innen im fränkischen Ehrsfeld*.[25] Die Tendenz des »untereinander Bleibens« dürfte maßgeblich durch die sozialräumliche

25 Interview mit Hannelore Wagner* (Pseudonym), Lokalpolitikerin und ehrenamtlich Engagierte in Ehrsfeld* (Pseudonym), Juni 2019.

Segregation gefördert worden sein. Denn die Spätaussiedler:innen wurden vorwiegend in Übergangswohnheimen oder Sozialwohnungen untergebracht, häufig an den Peripherien der Stadt, die in der öffentlichen Wahrnehmung ohnehin bereits als »soziale Brennpunkte« konnotiert waren und die nun im kollektiven Gedächtnis abfällig als »Russensiedlung« markiert wurden.

In Ostdeutschland wird gegenüber den russischsprachigen Spätaussiedler:innen ein vergleichsweise geringes Fremdheitsgefühl artikuliert. Schließlich waren die russischen Besatzungssoldaten und ihre Angehörigen die mit Abstand größte Migrant:innengruppe während der Zeit der DDR. Zudem waren in ehemaligen Garnisonsstädten wie dem sächsischen Bad Borkau* Teile der Bevölkerung »einfach auch sehr sozialistisch angehaucht«, wie Rainer Konert*, der dort für eine Wohlfahrtsorganisation tätig ist, reflektiert. Gerade die Militärkader, die vielfach in Moskau studiert hatten, hätten eine besondere Affinität zu Russland verspürt und auch gut Russisch gesprochen. Nachdem die politische Wende von 1989 als Bruch erlebt worden war, kam mit der Ansiedlung von Spätaussiedlerfamilien aus Russland eine weitere Veränderung in die Gemeinde: »Und dann kam sozusagen der zweite Bruch, '92, '93, '94, als sehr viele Spätaussiedler nach Deutschland kamen und auch nach Bad Borkau*. Da waren teilweise 1.300 Leute gegenüber 10.000 deutschen Leuten. Also das war schon eine ganz große Geschichte dort.«[26]

Rainer Konert* betont die im Vergleich zu den 2015 angekommenen Geflüchteten größere identitäre Nähe der Einheimischen zu den Russlanddeutschen. Anders als der niedersächsische Gesprächspartner rekurriert er auf die Gemeinsamkeit der sozialistischen und postsozialistischen Erfahrung, insbesondere das gemeinsame Erleiden des politischen Zusammenbruchs und Neuanfangs. Die Bevölkerung musste sich selbst an den Westen herantasten, und die Unterstützung der Spätaussiedler:innen beim Neuanfang in Bad Borkau* sei für manche eine Gelegenheit gewesen, in Zeiten der Entwertung von DDR-Biographien die eigene soziale Identität zu stabilisieren, meint Rainer Konert*.

> Ich meine, so '92, '93 da hat doch noch keiner verstanden, wie der Westen funktioniert. (*lachen*) Und da hat man schon die ersten Leute an die Hand genommen und über das an die Hand nehmen lernt man dann ja selber wieder, wie das funktioniert. Was dann natürlich den Spätaussiedlern zugutekam und man sich aber über die Spätaussiedler neu definieren konnte, weil man dann ja wieder gebraucht wurde in der Gesellschaft. (ebd.)

Dennoch war auch im Osten Deutschlands die Eingliederung der Spätaussiedler:innen aus Osteuropa von Segregation und Unterschichtung geprägt. Die Neuankommenden konzentrierten sich in den einfachen Wohnblöcken in Plattenbauweise, die in vielen Gemeinden zum kommunalen Wohnungsbestand gehörten. Durch die vorangegangene massenhafte Abwanderung von Ostdeutschen waren dort genug Wohnungen verfügbar. In der langfristigen Rückschau erfahren viele derartige Viertel eine Kontinuität des Einzugs sozial benachteiligter Menschen, die hier die ersten Etappen ihrer sozialen

26 Interview mit Rainer Konert* (Pseudonym), Mitarbeiter eines Wohlfahrtsverbandes im Landkreis Nordsachsen, Dezember 2019.

Integration durchleben, wie eine Gesprächspartnerin aus dem sächsischen Hornsdorf* erzählt:

> Ja, das Viertel hier, das hieß in den 90er-Jahren »Kursker Bogen«. […] hier waren eben die ganzen Weißrussen […]. Das ist es schon lange nicht mehr. Es sind noch einige wenige weißrussische Familien geblieben. Es sind nicht mehr viele. Die sind auch gut integriert. Dann kamen eben die sozial schwachen Deutschen mit Alkohol- und Drogenproblemen mit alldem […] Die sind dann aber auch so mehr in andere umliegende Städte gezogen oder sind weggezogen und jetzt sind halt mehr Asylanten [sic!] da.[27]

Durch die Residenzpflicht mussten die Spätaussiedler:innen mindestens drei Jahre an den zugewiesenen Orten bleiben, selbst wenn sie dort keine Beschäftigungsmöglichkeiten fanden. Eine Lehrerin für Deutsch als Zweitsprache erinnert sich an oftmals jahrelange Bemühungen der Spätaussiedler:innen, beruflich Fuß zu fassen, obgleich sie mit sehr guten Bildungsvoraussetzungen gekommen waren und – anders als die Asylsuchenden der 2015er Jahre – von Anfang an einen sicheren Aufenthaltsstatus besaßen: »Also die aus Russland gekommen sind, die waren 100 Prozent sicher, dass sie hierbleiben. Die haben versucht, dass in Angriff zu nehmen. Meine Feststellung ist, es hat im Durchschnitt zehn Jahre gedauert, bis die richtig Fuß gefasst haben.«[28]

Interessant an den lokal gebundenen kollektiven Erinnerungen in Ost und West sind nicht nur die konkreten Erinnerungen an die Startschwierigkeiten der Spätaussiedler:innen am Ankunftsort sowie das abschließende Resümee zum Integrationsergebnis, das in der Regel durch die Abwesenheit von Problemen definiert wird (»Aber die sind alle jetzt ordentlich integriert. Es gibt da auch keine Probleme mehr.«).[29] Ebenso aufschlussreich ist es zu sehen, was nicht Teil des kollektiven Gedächtnisses geworden ist. So haben abgesehen von den professionellen Integrationsakteur:innen die Gesprächspartner:innen lediglich eine diffuse Erinnerung an den Weg der Zugewanderten in die lokale Gesellschaft. Es existiert keinerlei Wissen über die rechtlichen Rahmenbedingungen des Aufenthalts, die den verschiedenen Gruppen den Aufbau einer neuen Existenz nachhaltig erschwerten. In der Rückschau scheinen die zunächst durch Segregation und Devianz auffallenden Gruppen plötzlich ›unauffällig‹ und ›unsichtbar‹ geworden zu sein, offensichtlich indem sie sich an die Gepflogenheiten der Mehrheitsgesellschaft angepasst, Deutsch gelernt, eine Arbeit aufgenommen haben. Die fehlende kollektive Erinnerung an vergangene Integrationsprozesse fügt sich ein in die allgemeine Tendenz, ›Integration‹ eher als erstrebenswertes Ziel der Neuankommenden zu denken anstatt als einen gemeinsamen Prozess. Die Dominanz dieses Paradigmas, das sich bis in die kollektiven Erinnerungen niederschlägt, wird auch bei der Aufnahme der Asylsuchenden um das Jahr 2015 wirkmächtig, wie ich noch zeigen werde.

---

27 Interview mit Frauke Wagner* (Pseudonym), Leiterin einer Kindertagesstätte in Hornsdorf* (Pseudonym), Sachsen, Oktober 2019.

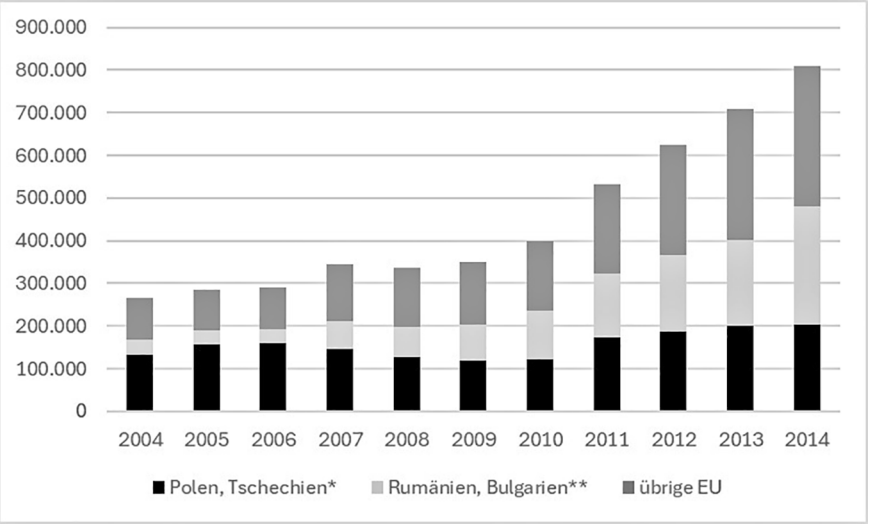
28 Interview mit Diana Richter* (Pseudonym), Lehrerin einer DaZ-Klasse in einer Berufsschule im Erzgebirge, Februar 2016.

29 Interview mit Hildegard Busch* und Erna Schubert* (Pseudonyme), Ehrenamtliche Integrationshelferinnen in einer Kleinstadt in Sachsen, Dezember 2019.

7.2.6 Die neue Unübersichtlichkeit – Migrationen der 2000er Jahre

In den 2000er Jahren diversifizierte sich die Zuwanderung nach Deutschland sowohl hinsichtlich der Herkunftsländer als auch in Bezug auf die Gründe der Migration. Zunehmend mehr EU-Bürger:innen machten von den Freizügigkeitsregeln Gebrauch, insbesondere nach der Weltfinanzkrise von 2008/09, als viele Menschen aus den ökonomisch schwer getroffenen südeuropäischen Staaten nach Deutschland kamen. Die EU-Osterweiterungen von 2004 und 2007 und die ab 2011 bzw. 2014 gewährten Freizügigkeitsregelungen erhöhte die Zuwanderung aus Ostmitteleuropa merklich (Abb. 7.3). Daneben gab es beständige Zugänge von Asylsuchenden und Spätaussiedler:innen, von internationalen Studierenden und Fachkräften, und eine nicht unerhebliche Einwanderung im Kontext von Eheschließung und Familienzusammenführung (Tab. 7.1).

Abb. 7.3: Zuwanderung von EU-Bürger:innen nach Deutschland, 2004–2014



Datenquelle: BMI 2016, eigene Bearbeitung; *EU-Beitritt 2004, Freizügigkeit 2011, **EU-Beitritt 2007, Freizügigkeit 2014

Viele dieser Migrationsformen spielten sich unter dem Radar der öffentlichen Wahrnehmung ab, wenngleich im politischen Diskurs immer wieder an geeigneter Stelle versucht wurde, mit rassistischen Parolen zu punkten. Einen Anlass bot die Öffnung des deutschen Arbeitsmarktes für Menschen aus der nach Osten erweiterten Europäischen Union. Dieser wurde in der Bundesrepublik so lange wie möglich, nämlich sieben Jahre, blockiert. Angesichts der bereits vor 2004 existierenden engen Verflechtungen – vor allem zwischen Deutschland und Polen – und der geographischen Nähe wurde politisch wie medial eine Gefährdung des deutschen Arbeitsmarktes durch Lohndumping heraufbeschworen. So erhielten Bürger:innen aus Polen oder Tschechien erst im Mai 2011

die volle EU-Freizügigkeit. Als zum 01.01.2014 die Freizügigkeitsregelung für Unionsbürger:innen aus Rumänien und Bulgarien in Kraft trat, zwei Länder mit einer erheblichen Wohlstanddifferenz zu Deutschland und einem großen Anteil sozial marginalisierter Roma-Bevölkerung, dröhnten Warnungen vonseiten der CSU vor einer »Armutszuwanderung« in »unsere Sozialsysteme«, die anschließend von allen anderen Parteien aufgegriffen und medial verbreitet wurden (Glorius 2015).

Tab. 7.1: Größenordnung von Einwanderung 2000–2014 nach ausgewählten Wanderungsmotiven

Wanderungsmotiv	**Anzahl 2000–2014**	**Wanderungsmotiv**	**Anzahl 2000–2014**
EU-Binnenmigration	5.402.735	Arbeitsmigration aus Drittstaaten	687.007
Spätaussiedler:innen und jüdische Zuwander:innen	582.843	Flucht/Asyl (Anzahl Erstanträge)	877.241
Familiennachzug von Drittstaatenangehörigen	897.683	Internationale Studierende	955.943

Datenquelle: BMI 2016, eigene Bearbeitung[30]

In das lokale Migrationsgedächtnis sind diese Zuwanderungen recht unterschiedlich eingearbeitet. Gerade in den grenznahen Regionen wird das Zusammenleben und -arbeiten mit Menschen aus Polen oder Tschechien als Alltag empfunden. Vielen Gesprächspartner:innen in Ost und West ist die Bedeutung dieser Arbeitskräfte für die Aufrechterhaltung von Dienstleistungen in der Gastronomie, im Bereich Logistik oder dem Pflegebereich sehr bewusst.

> Also wir haben jetzt noch die Grenzpendler aus Tschechien natürlich nach der Grenzöffnung, die hat es gegeben, also diese Grenzpendler haben zum großen Teil ermöglicht, dass die Gastronomie bei uns überleben konnte, weil die sehr STARK natürlich in Gastronomie und Hotellerie gegangen sind, also da hätten die unheimliche Engpässe, noch größere Engpässe gehabt, wie sie es sowieso haben.[31]

> Wir haben im südlichen Landkreis Pflegeheime, da sind 20, 30 % der Mitarbeiter

30 Eine Addition der Zuwanderergruppen zu einer Gesamtsumme ist aufgrund unterschiedlicher Erhebungskriterien (z.B. Fall- vs. Personenstatistik) und Doppelzählungen (z.B. EU-Binnenmigration und Saisonarbeitnehmer aus EU-Staaten) nicht möglich.

31 Interview mit Thomas Klein* (Pseudonym), Mitarbeiter einer Zeitungsredaktion in Niederbayern, November 2019.

> kommen aus Tschechien. Die kommen mit dem Fahrrad teilweise, und arbeiten eben dort.[32]

Verglichen mit dem als unauffällig beschriebenen Zusammenleben und -arbeiten mit Migrant:innen aus Polen und Tschechien werden Zuwander:innen aus Rumänien und Bulgarien deutlicher als ›anders‹ herausgestellt. Viele dieser Migrant:innen werden organisiert angeworben, um Arbeitsplätze in der Lebensmittelindustrie – beispielsweise in Schlachtbetrieben – einzunehmen. Häufig stammen die Menschen aus sozial marginalisierten Milieus, wobei sich ihre Marginalisierung an den deutschen Ankunftsorten fortsetzt. Oft sind sie mit prekären Arbeitsverträgen bei Subunternehmen angestellt, erhalten Dumpinglöhne und werden in überteuerten Substandardwohnungen untergebracht.

> Oft ist es ja so, dass die dann kein GELD ausgezahlt bekommen haben, oder so Wucher bei Mieten haben, dass ein Zimmer dreimal vermietet wird. Also alle acht Stunden wechselt derjenige, weil der von der Schicht kommt und müssen enorm hohe Mieten auch zahlen und so.[33]

An vielen Orten, an denen wir zur Aufnahme von Geflüchteten ab 2015 forschen, wird die Lage der marginalisierten Arbeitsmigrant:innen aus dem südöstlichen Europa stärker problematisiert als die Integration der Geflüchteten, vor allem wenn es um praktische Fragen der sozialen Integration geht, wie etwa den Schulbesuch oder das Deutschlernen.

> Das ist hier SCHON auch ein Thema, die Arbeitsmigranten, […] weil wir eben diese Industrie auch haben, dass da viele auch kommen mit ihren Familien, mit den Kindern auch, und wo man dann gucken muss, dass die Kinder zur SCHULE gehen auch, dass sie die KINDERGÄRTEN besuchen, manchmal sind die ja auch nach sechs Monaten wieder WEG, und dann kommen wieder NEUE, und kennen unser SYSTEM hier auch gar nicht. (ebd.)

Während die Perspektive der Sozialbehörden vorwiegend auf Fragen der Sozialfürsorge oder Durchsetzung der Schulpflicht konzentriert ist, dominiert in der öffentlichen Wahrnehmung einmal mehr die soziale Segregation vor Ort: »Und in Schwegholz* gibt es so eine Häuserzeile, da stehen die IMMER vor der TÜR und haben BIER in der Hand, das macht natürlich irgendwie einen schlechten Eindruck in der Bevölkerung. Das höre ich immer wieder.«[34]

In den lokalen Erzählungen über prekär beschäftigte rumänische und bulgarische Arbeitsmigrant:innen kann man viele Ähnlichkeiten zu den früheren Episoden der (Arbeits)migration erkennen. Da ist zunächst die Strukturierung der Zuwanderung durch

---

32 Interview mit Harald Uhlig* (Pseudonym), Verwaltungsbeamter in der sächsischen Lausitz, März 2019.

33 Interview mit Sabine Hartwig* (Pseudonym), Leitende Mitarbeiterin Landkreisverwaltung Landkreis Vechta, November 2019.

34 Interview mit Carina Schultz* (Pseudonym), Mitarbeiterin einer Wohlfahrtsorganisation in einer Kleinstadt im Landkreis Vechta, November 2019.

behördliche Vorgaben bzw. systematische Anwerbemaßnahmen, und damit verbunden die (sozial)räumlich segregierte Unterbringung. Dadurch haben die Neuankommenden wenig Begegnungsanlässe mit der lokalen Bevölkerung. Sie treffen vorrangig auf hauptamtliche Akteur:innen in Behörden und Bildungsinstitutionen, und auch am Arbeitsplatz bleiben sie häufig unter sich. In Abwesenheit alltäglicher Begegnungen entwickelt die lokale Bevölkerung lediglich ein stark stereotypes Bild von den ›Anderen‹, die auf der untersten Stufe der sozialen Rangordnung platziert werden.

Die Narrationen zu polnischen und tschechischen Migrant:innen wiederum zeigen, wie über die Jahre der Kopräsenz negative Stereotype mehr und mehr durch eigene Erfahrungen verdrängt werden. Der Wandel des Diskurses ins Positive, der sich auch in einer Analyse der medialen Berichterstattung über polnische Einwander:innen nach 2004 zeigt, könnte durch das Nachrücken neuer Migrant:innengruppen mit deutlicheren Fremdheitsmarkern gefördert worden sein. Dadurch bewegen sich die früheren ›Anderen‹ subjektiv betrachtet näher an den Status der ›Eigenen‹ heran (Glorius 2015). Die Wirkmächtigkeit kulturalisierenden *otherings* in der hierarchischen Einteilung von passenden und weniger kompatiblen Einwanderergruppen zeigt sich nicht zuletzt durch ihre Verwendung im politischen Diskurs. So wünscht sich Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) im Februar 2018 in einem Interview mit der ›Welt am Sonntag‹ eine stärkere Zuwanderung von Osteuropäer:innen in sein Bundesland, das durch die negativen demographischen Trends dringend auf Zuwanderung angewiesen ist. »Aber wir brauchen die richtige Zuwanderung«, fügte er hinzu. »Wir sollten gezielt um Fachkräfte in der Ukraine, in Weißrussland, in Polen werben.« Er glaube, »dass diese Leute aus Osteuropa gut zu uns passen« (Epoch Times 02.06.2018). Nicht nur in dieser Aussage schwingen rassistische Wissensbestände mit, die von der Normalitätsvorstellung des Weißseins ausgehend Hierarchien von Migrant:innen bilden. Die Begründung für die hierarchische Einstufung liefern kulturalisierende und ethnisierende Ordnungsmuster. Indem sich die Akteur:innen der impliziten Normgebung des ›Weiß-Seins‹ als unsichtbarer Kategorie nicht bewusst sind, überdauern rassistische Hierarchien unhinterfragt. Zudem werden Ungleichheitskategorien wie Aufenthaltsstatus, Bildung, Gesundheit, Geschlecht und soziale Lage sowie intersektionale Verschränkungen dieser Kategorien nicht berücksichtigt, wenn es um die Beurteilung von Anpassung und Devianz und um die Problematisierung von Migration geht. In der Konsequenz unterbleibt eine Durchdringung und Behebung von Problemlagen, die mit Einwanderung in Verbindung gebracht werden.

7.3 Von der Störung der Ordnung zur Unsichtbarkeit – Einwanderergruppen im kollektiven Gedächtnis

In der Zusammenschau dieser Jahrzehnte der Migrationserfahrungen im geteilten und vereinten Deutschland sind viele Gemeinsamkeiten hinsichtlich der Eingliederung in die kollektive Erinnerung zu erkennen: Zunächst steht in der Ost- wie in der Westerinnerung der Topos der Arbeitskraft im Mittelpunkt. Eine für beide Seiten auskömmliche Migration wird mit Arbeitsmigration gleichgesetzt und an die Zeit der Anwerbeabkommen rückgebunden. Damit wird einerseits die Zuwanderung aus Sicht des Ziellandes

legitimiert, andererseits ergeben sich aber auch sehr praktische Konsequenzen für den Integrationsprozess. Denn die Migrant:innen dieser Epoche hatten bereits konkrete Arbeitsplatzzusagen und konnten sich damit sofort in den Arbeitsprozess einbringen – anders als die seit 2015 vor Ort hinzugekommenen Asylsuchenden. Durch Arbeit legitimierte sich nicht nur das Dasein der ›Migrationsanderen‹, sondern sie fügten sich auch in die raum-zeitlichen Strukturmuster der Einheimischen ein, indem sie die gleichen durch Erwerbstätigkeit geprägten Tagesabläufe hatten. Das machte die Arbeitsmigrant:innen »unauffällig« oder auch »unsichtbar«, anders als die 2015 aufgenommenen Geflüchteten, die – wie vielerorts reflektiert wird – im öffentlichen Raum »herumlungern« und den Tag ohne jegliche Zielrichtung zubringen würden (vgl. Kap. 8).

Gerade in der Rückschau auf die Erfahrungen in der DDR wird zudem die ordnende Funktion des Staates hervorgehoben, der durch rigide Kontrollmechanismen dafür sorgte, dass möglichst niemand über die Stränge schlug. Widerständigkeit wie in dem o.g. Beispiel der afrikanischen Landwirtschaftsstudenten blieb die Ausnahme. Ein Interviewpartner aus der sächsischen Lausitz identifiziert die (nun fehlende) »starke Hand« des sozialistischen Staates als die eigentliche Ursache für die gerade im Osten Deutschlands grassierende Feindseligkeit gegen Zuwander:innen. Ausländerfeindlichkeit, so seine Argumentation, resultiere nicht aus der Anwesenheit der Migrant:innen, sondern aus dem gefühlten Kontrollverlust:

> Zu DDR-Zeiten waren es die Nigerianer, die hier waren oder die vielen Vietnamesen. In Größenordnungen, die hier gelernt und gelebt haben. […] Also das war überhaupt nicht das Problem, dass es hier nie Ausländer gegeben hätte, also das ist einfach nicht so. Allerdings wurden die, dass muss man sagen, wie es zu DDR-Zeiten üblich war, absolut gezwungen, sich zu benehmen. Es gab ja die persönliche Freiheit nicht.[35]

Diese Gesprächssequenz entwickelt sich in der Reflexion der Geflüchtetenaufnahme seit 2015, bei der sich in unseren Fallstudienorten in der sächsischen Lausitz eine besonders starke Ablehnung der Geflüchteten zeigt. Viele Gesprächspartner:innen suchen nach Erklärungen und finden sie in der zeithistorischen Vergleichsfolie der DDR-Vertragsarbeit. Solange die Migration in geordneten und kontrollierten Bahnen abläuft, so die Argumentation, sei man in der Region nicht grundsätzlich feindselig gestimmt. Die »große persönliche Freiheit«, die die neue Zeit mit sich brachte, verursache aber Unbehagen, und zwar nicht nur hinsichtlich der gefühlt liberalen Migrationspolitik und der fehlenden Kontrolle über die migrantische Bevölkerung, sondern ganz grundsätzlich, wenn es um die Frage der Verantwortungsübernahme für den Zustand der Gesellschaft geht:

> Und insofern ist das vielleicht eine gewisse Überforderung, dass jetzt eine relativ große Freiheit auf einmal da ist und jeder machen kann, was er will, in Anführungsstrichen, und niemand was dagegen tut. Das ist vielleicht so eine gewisse Sehnsucht auch nach einer staatlichen Ordnung, die dann in manchem schlummert. So kann ich es mir erklären, dass man denkt, jetzt muss doch mal endlich. (ebd.)

35 Interview mit Albert Rothe* (Pseudonym), Unternehmer in einer Kleinstadt in der sächsischen Lausitz, Dezember 2019.

Das »Jetzt muss doch endlich mal« lässt sich leicht als kollektiver Ausdruck der allgemeinen Frustration gegenüber einer als zu liberal empfundenen Einwanderungspolitik bzw. dem Mangel an Migrationskontrolle interpretieren. »Jetzt muss doch endlich mal« resultiert in hohen Wahlergebnissen für rechtsextreme Parteien. Es offenbart sich in einem hohen Ausmaß an Alltagsrassismus, und es zeigt sich in der Häufung von Übergriffen auf Geflüchtete und andere ›Fremde‹, auf Asylbewerberheime und auf politische Entscheidungsträger:innen.[36]

Dabei, das betont dieser wie andere Gesprächspartner:innen, habe man im Osten »nichts gegen Ausländer«, doch diese sollten das gewohnte Gesamtbild einer homogen weißen, bürgerlichen Gesellschaft nicht stören, anders als man es vom Osten in den Westen blickend zu sehen bekommen habe. Die in westdeutschen Ballungsräumen viel sichtbarere Einwanderungsgesellschaft mit ihrer deutlichen ethnischen Diversität im Straßenbild wirke auf viele Ostdeutsche als eher erschreckende Perspektive auf die Zukunft ostdeutscher Städte:

> Und dann kommt dazu, denke ich auch, dass diese gewisse, dass eben viele, was weiß ich, in Gelsenkirchen sind, irgendwann, und dann sagen, oder in Köln: so will ich das nicht. In Bautzen. […] Dass jeder Zweite offensichtlich nicht mehr Volksdeutscher ist, wenn man das Wort mal gebrauchen darf, sondern eben einfach wo anders herkommt und dass da eine gewisse Angst vor der Überfremdung aufkommt.[37]

Die ›Reise‹ durch lokale Migrationserinnerungen in der deutschen Provinz ist in mehrfacher Hinsicht aufschlussreich. Deutlich wird, dass praktisch überall im Land Migrationsereignisse markante Spuren im kollektiven Gedächtnis hinterlassen haben, wenn auch in sehr unterschiedlicher Ausprägung. Manche Gruppen scheinen weniger prominent als andere erinnert zu werden, und über allem schwebt implizit die Frage nach der Legitimität der Anwesenheit ›Fremder‹ sowie nach dem Ausmaß ihrer ›Fremdheit‹, die überwiegend auf der Basis rassistischer und nationalchauvinistischer Stereotype beantwortet wird. Dies führt zu unterschiedlichen Verortungen von Migrant:innen im lokalen kollektiven Gedächtnis: entweder die Anwesenheit der ›Fremden‹ lässt sich durch völkisch-nationale Argumente begründen (z.B. Weltkriegsvertriebene oder Spätaussiedler:innen), oder ihre Anwesenheit wird als organisierter Aufenthalt auf Zeit dargestellt, wie das sowohl bei den ›Gastarbeiter:innen‹ im Westen als auch bei den ›Vertragsarbeiter:innen‹ im Osten Deutschlands der Fall gewesen ist – so wie überhaupt die funktionelle Markierung als ›Arbeitsmigrant:in‹ die kollektive Furcht vor »Überfremdung« zu lindern scheint. Eine dritte Variante ist, den längerfristigen bzw. dauerhaften Verbleib der ›Fremden‹ im Nachhinein diskursiv zu legitimieren, indem Fremdheitsmerkmale aus dem kollektiven Gedächtnis getilgt werden. Dieser

36 Der Zusammenhang zwischen dem Votum für rechtsradikale Parteien und der Befürwortung von Gewalt als legitimes Mittel der Interessensdurchsetzung wird in den Mitte-Studien bestätigt (vgl. Zick/Mokros 2023). Bereits in den 1990er Jahren wurde der Zusammenhang zwischen politischer Meinung und Gewalt gegen Migrant:innen im wiedervereinten Deutschland wissenschaftlich nachgewiesen (vgl. Ohlemacher 1994).

37 Interview mit Albert Rothe* (Pseudonym), Unternehmer in einer Kleinstadt in der sächsischen Lausitz, Dezember 2019.

Prozess scheint immer dann aktiviert zu werden, wenn die kollektive Identität durch das Aufkommen einer neuen Migrationsbewegung herausgefordert wird. Die in meinem Material aus Bayern und Sachsen erlebte Einstufung tschechischer und polnischer Migrant:innen als ›benachbart‹ und ›kulturgleich‹ wird vor dem Gegenhorizont der fluchtbedingten Zuwanderung nach 2015 aufgerufen, die Personen mit viel stärker empfundenen ›Fremdheitsmerkmalen‹ in die Gemeinden führte.[38]

Weniger effektiv funktioniert diese Form der Unsichtbarmachung bei Migrant:innen-Gruppen, die aus Perspektive der Mehrheitsbevölkerung starke Kennzeichen des ›Andersseins‹ aufweisen. Dies erlebte ich ausgerechnet in der so stark von migrantischer Diversität geprägten Stadt Salzgitter. Während einer von uns organisierten Fokusgruppendiskussion mit Salzgitterer Bürger:innen zu den Bausteinen eines guten Miteinanders ergreift der etwa 80jährige Hermann Werth* das Wort und macht eine pauschalisierende Aussage über die angebliche Integrationsverweigerung der türkeistämmigen Bevölkerung in Salzgitter: »Wir haben noch ein Problem heute und das sind unsere türkischen Mitbürger. Leider ist es so, dass wir immer wieder erleben, dass türkische Familien hergekommen sind, Frauen nicht mal Deutsch lernten, Frauen das Haus nicht verlassen durften.«[39] Er habe sich damals im Elternrat engagiert und versucht, türkischen Kindern bei den Schularbeiten zu helfen. Zu türkischen Mädchen sei er aber gar nicht vorgelassen worden, wenn kein Mann aus der Familie dabei war.

Neben ihm sitzt eine Diskussionsteilnehmerin, die sich direkt angesprochen fühlen dürfte. Die 50jährige Ecrin Çelik* ist als Kind zusammen mit ihrer Familie aus der Türkei eingewandert und in Salzgitter aufgewachsen. Auf die Einlassung von Herrn Werth reagiert sie mit ungläubigem Lachen und kontert: »Wie lange ist das her? Also das muss wirklich sehr lang her sein, mein Vater ist in den 1960ern gekommen, ich kenn das jetzt nicht so, ich kann mir nicht vorstellen, dass es der Großteil ist.«[40] Ecrin Çelik* bemängelt die Tendenz, die als problematisch wahrgenommenen Erfahrungen mit Einwander:innen herauszugreifen und zu generalisieren, während die Integrationsbemühungen und -erfolge der großen Mehrheit ignoriert würden. Hermann Werth* bringt ein weiteres Beispiel für fehlende Integration, abgeleitet aus seiner persönlichen Erfahrung als ehrenamtlicher Helfer beim Blutspendedienst: »Da kommen immer ältere Frauen mit, die kein Deutsch können und die Kinder müssen dolmetschen.« Ecrin Çelik versucht erneut, diese persönliche Erfahrung einzuordnen, und wirbt für Verständnis für die Schwierigkeiten der ersten Einwanderergeneration, die häufig eine geringe Schulbildung hatte und in Deutschland schwere körperliche Arbeit verrichten musste, so dass ihnen die Zeit und die Energie für Weiterbildung fehlte. »Aber das ist doch eine andere Generation, das ist die Generation meiner Mutter, die wäre jetzt 85!« Ihre Mutter sei als Analphabetin aus der Türkei gekommen und hätte zeitlebens hart gearbeitet und die Familie versorgt. Sie selbst, ihre Geschwister und ihre eigenen Kinder hätten demgegenüber alle die Schule

38 Zehn Jahre früher hat sich das noch ganz anders angehört, was auf einen Wandel der Wahrnehmungen über die Zeit hinweist (vgl. Glorius 2015).

39 Wortbeitrag Hermann Werth* (Pseudonym), Teilnehmer einer Fokusgruppendiskussion in der Stadt Salzgitter, Mai 2022.

40 Wortbeitrag Elif Çelik* (Pseudonym), Teilnehmerin einer Fokusgruppendiskussion in der Stadt Salzgitter, Mai 2022.

beendet, Ausbildungen absolviert oder studiert. Hermann Werth* lenkt schließlich ein: »Na, wenn sich das geändert hat, bin ich ja heilfroh.«

In einem Nachgespräch mit Ecrin Çelik* möchte ich wissen, ob sie dieser Disput schockiert hat. Sie verneint und argumentiert mit der starken sozialräumlichen Segregation in der Stadt, die zur mangelnden Begegnung von Menschen mit und ohne Migrationsbiographie führe. Auf diese Weise verfestigten sich Stereotype wie beispielsweise bei Hermann Werth*, und Integrationserfolge der nachwachsenden Einwanderergenerationen würden ausgeblendet. So habe die Stigmatisierung der türkischen Community als bildungsfern und integrationsunwillig in Salzgitter Tradition und sei lediglich kurzzeitig durch die Problematisierung der Fluchtzuwanderung 2015 abgelöst worden, als die Stadt Salzgitter einen Aufnahmestopp verhängte: »Dann waren wir Türken mal nicht das Gesprächsthema. Oh Gott, endlich, den Posten abgegeben, hat aber nicht lange gehalten, dann haben wir den Posten wieder zurückgekriegt.«

Die Weigerung, die Integrationsleistungen der türkischen Community und ihren Beitrag zur Entwicklung der Industriestadt Salzgitter zur Kenntnis zu nehmen, scheint konform zu gehen mit der kollektiven Erinnerung zumindest eines Teils der Salzgitterer Stadtbevölkerung, die in ihrer Perspektive auf die türkeistämmige Bevölkerung in den 1960er Jahren stehengeblieben zu sein scheint. Diese mangelnde Repräsentation ihrer Community findet Ecrin Çelik* kritikwürdig, denn »wir schreiben ja die Geschichte mit!«

Kapitel 8 – Begegnung und Kontakt zwischen Einheimischen und Fremden

> Hast du keinen Kontakt zu Deutschen, ja wie sollen sie es denn machen. Du gehst nicht auf die Straße und fragst: »Willst du mit mir Kontakt haben?« […] Sondern das funktioniert nur im Nebeneinander und Miteinander. Deshalb ist das ja so wichtig, sie in eine Ausbildung zu bringen, in Arbeit zu bringen, denn nur dort funktioniert das wirklich. Alles andere sind aufgesetzte Sachen.[1]

Diese Aussage dokumentierte ich im Jahr 2016 in einer Berufsbildenden Schule im Erzgebirge. Im Rahmen einer Auftragsstudie für das Sächsische Staatsministerium für Kultus forschte ich zusammen mit Kolleginnen in den neu eingerichteten Klassen für ›Deutsch als Zweitsprache‹ (DaZ), in denen zu diesem Zeitpunkt vor allem junge, männliche Schüler aus Afghanistan und Eritrea saßen, die kurz vor der Volljährigkeit standen und damit für die Integration in eine Sekundarschule zu alt waren. Unsere Studie zeigte nicht nur Reformbedarf an dem schulischen Unterrichtskonzept, sondern vor allem die Notwendigkeit, die sozialen Teilhabemöglichkeiten der Jugendlichen zu verbessern. Kontakt zu Deutschen herzustellen, so die Lehrerin, sei dabei der dringendste Wunsch ihrer Schüler, sei aber kaum machbar, solange sie sich in der relativen Isolation ihres schulischen Klassenzimmers aufhielten. Damit wies sie auf die Bedeutung von natürlichen Begegnungssituationen hin, etwa am Arbeits- oder Ausbildungsplatz (»Alles andere sind aufgesetzte Sachen.«). Zugleich – und das betonten auch die betroffenen Schüler – sei der Zugang zu einem Ausbildungsplatz an gute Deutschkenntnisse geknüpft, die sich nur durch regelmäßige Kommunikations- und Interaktionsanlässe aufbauen lassen. »Ein Problem ist, dass wir alle aus Afghanistan oder anderen Ländern

1 Interview mit Diana Richter* (Pseudonym), Lehrerin für das Fach Deutsch als Zweitsprache, Februar 2016.

kommen. Wir möchten zusammen mit Deutschen lernen, weil das zum Lernen sehr gut ist. Das ist das Problem, ansonsten ist alles gut.«[2]

Die Jugendlichen, die überwiegend in einem Wohnheim für unbegleitete minderjährige Geflüchtete lebten, wünschten sich auch grundsätzlich sozialen Anschluss, um das Leben in Deutschland besser kennen zu lernen und Freundschaften mit Einheimischen einzugehen. Unsere ethnographische Forschung zeigte, dass das selbst auf dem Schulcampus kaum gelang, wo die Klassenzimmer der DaZ-Klassen in einem separaten Schulgebäude am Rande des Campus untergebracht war. Dadurch sollten Konflikte mit den deutschen Schüler:innen vermieden werden, die, so der Schuldirektor, teils etwas »rustikal« in ihren Ansichten seien. Ein in ein Werkstück eingeritztes Hakenkreuz, das wir bei einer Begehung des Schulcampus in einer Ausstellungsfläche entdeckten, untermauerte diese Aussage. Aus dieser Beobachtung leiten sich eine Reihe von Fragen ab, die für die Möglichkeiten der Begegnung zwischen Einheimischen und Fremden als erster Schritt zur sozialen Teilhabe eine wesentliche Rolle spielen: Wo entstehen Begegnungen und Kontakt, welche Voraussetzungen gibt es dafür? Kann ich Kontaktpersonen in meinem Alter oder in der gleichen Familienphase finden? Gibt es Verkehrsmittel, mit denen ich Begegnungsorte erreichen kann? Welche Rolle spielt das wahrgenommene ›Anders‹-Sein für die Bereitschaft zur Kontaktaufnahme? Welche Attribute werden aus welcher Perspektive als ›Andersartig‹ gesehen? Und: Wie kann die Befremdung durch das wahrgenommene ›Anders‹-Sein überwunden werden?

8.1 Sehen und gesehen werden

Zunächst konzentriere ich mich auf die Ebene der Wahrnehmung, denn die Frage der Annäherung zwischen Einheimischen und Fremden setzt ja voraus, dass Angehörige dieser Gruppen das jeweilige Gegenüber als Mitglied der ›Anderen‹ identifizieren können. Das lässt sich in Bezug auf die Geflüchteten aus Syrien, Eritrea oder Afghanistan gerade an meinen ländlich geprägten Fallstudienorten bestätigen. Denn diese Regionen waren vor 2015 überwiegend ›Weiß‹. Insbesondere im Osten Deutschlands lag 2015 der Anteil der ausländischen Bevölkerung auf dem Lande flächendeckend bei unter 5 %, während in Westdeutschland vor allem nahe der industriellen Ballungsräume auch viele Kleinstädte einen Ausländeranteil von 10 % aufwiesen. Man kann also ermessen, wie stark die Ankunft von Geflüchteten aus Ländern Asiens und des Nahen Ostens im Jahr 2015 das gesellschaftliche Bild in vielen Gemeinden in Deutschland verändert hat. Selbst wenn sich vielerorts eine beeindruckende Zahl von Menschen spontan und voller Empathie den Ankommenden zuwandte und ihnen die ersten Schritte des Ankommens erleichterte, so verharrte die Mehrheit der Bevölkerung doch eher in einer passiven Beobachterrolle. Man wusste wenig über die Herkunftsländer der Geflüchteten, über ihre Kultur oder ihre religiösen Gepflogenheiten. Mancherorts übernahmen die lokalen Medien die Aufgabe, die Gestalt des ›Fremden‹ näher zu erkunden. Lokalzeitungen

2 Aussage eines afghanischen Schülers der DaZ-Klasse, Protokoll einer teilnehmenden Beobachtung, Juni 2016.

berichteten von der Suche nach Gemeinschaftsunterkünften, von den Aktivitäten ehrenamtlicher Initiativen, aber auch von den individuellen Lebenswegen der Geflüchteten. Nicht immer handelte es sich um reflektierte Berichte. Vielfach werden durch die Art der Berichterstattung auch exotisierende oder befremdende Stereotype verstärkt, wie beispielsweise in der folgenden Reportage, für die der Volontär einer Lokalzeitung eine Nacht in einer Gemeinschaftsunterkunft, einem umgewidmeten Gasthaus in der niederbayerischen Provinz, verbringt. Dort beobachtet er unter anderem das gemeinsame Abendessen von fünf Geflüchteten aus Eritrea:

> Alle fünf beugen sich über eine weiße Plastikschüssel auf dem Küchentisch. Hühnerfleisch mit gekochten Eiern. Irgendeine rote Substanz, vermutlich Gewürze, sind daruntergemischt. In Deutschland würde man diese Speise im Restaurant wohl zurückgehen lassen. Da würde man allerdings auch nicht um 22.30 Uhr zu Abend essen – in Eritrea ganz normal. Es wird still am Tisch. Die Eritreer falten ihre Hände zusammen, schließen die Augen. Einer beginnt zu beten. Schnell. Sehr schnell. Es hört sich an, als würde er sich überschlagen. Die anderen wiederholen die Worte leise. Amen. Dann greifen alle fünf zum Löffel. Teller benutzen sie nicht, da das in ihrer Heimat nicht üblich ist. Würde jeder auf seinen Teller schauen, wäre das Gemeinschaftsgefühl gestört, erklärt M. So leben sie auch beim Essen ein Stückchen Heimat aus. (Passauer Neue Presse 14.05.2015)

Der Volontär beobachtet das Tun der ›Fremden‹ mit einer Mischung aus Neugier und Befremdung. Referenz für die Einordnung seiner Beobachtungen ist die eigene, europäische Normalität, in der man »auch nicht um 22.30 zu Abend« isst, nur identifizierbare Speisen zu sich nimmt und Geschirr benutzt. Diese Form der Beobachtung wird im wissenschaftlichen Kontext auch als »Starren« (engl. *gaze*) bezeichnet. Im psychologischen Verständnis »impliziert Starren mehr als nur anschauen – es bedeutet ein psychologisches Machtverhältnis, bei dem der Betrachter dem Objekt des Blicks überlegen ist« (Schroeder 1998: 208, aus dem Englischen übersetzt durch die Autorin). Der Begriff und das dahinter liegende Konzept wurde im 20. Jahrhundert durch Vertreter:innen der kritischen Theorie etabliert und auf verschiedene als hegemonial empfundene Gruppenverhältnisse angewandt, etwa das männliche Starren (*male gaze*), das auf sexualisierte Attribute von Weiblichkeit gerichtet ist und damit Frauen zum Objekt macht. Das oben beschriebene Szenarium lässt sich am besten mit dem postkolonialen Konzept des imperialen Starrens vergleichen, bei dem sich die Beobachteten durch die eigenen Wertvorstellungen des privilegierten Beobachters definiert sehen (Ashcroft/Griffiths/Tiffin 2000: 187). Die hier praktizierte Form des Beobachtens ist damit eng mit einem weiteren Begriff aus der postkolonialen Theorie verknüpft, nämlich dem *othering*, das die aktive Herabstufung des ›Anderen‹ bezeichnet, da er nicht der empfundenen sozialen Norm der Eigengruppe entspricht (Mountz 2009). In der zitierten Reportage passiert das intuitiv und nicht absichtsvoll. Gleichwohl bestärkt das unreflektierte Ergebnis des Starrens die Leser:innen dieses Artikels in der Tendenz, die aus nicht-europäischen Ländern stammenden Geflüchteten vor allem in ihrer Verschiedenheit wahrzunehmen. Möglicherweise entsteht damit bereits eine Barriere hinsichtlich der Einordnung der Geflüch-

teten in das soziale Gefüge der Mehrheitsgesellschaft, das in einer dauerhaften sozialen Herabstufung resultiert.

8.1.1 »Wo sind wir denn hier gelandet?« Befremdung und erste Begegnungen

Das Gefühl der Befremdung, das angesichts der Ankunft von Geflüchteten von der lokalen Bevölkerung geäußert wird, ist auch aufseiten der Geflüchteten anzutreffen. Doch für sie ist es existenzieller, da sie auf den Prozess des Ankommens nicht aktiv Einfluss nehmen können. Während sie auf der Flucht ein hohes Maß an Handlungsmacht (engl. *agency*) benötigen und auch zeigen, werden sie nach der Ankunft in Deutschland zunächst in eine passive Rolle zurückgestuft (vgl. Kap. 3). Sie sind zusätzlich befremdet durch klimatische und landschaftliche Unterschiede, Verständigungsprobleme und mangelndes Wissen über den Ablauf des Asylverfahrens und die Logik ihrer regionalen Verteilung. Und schließlich tragen sie die Schrecken der Flucht und den Schmerz über das, was sie zurücklassen mussten, in sich. Das beeinflusst auch die Wahrnehmung der Ankunftsorte, die ihnen eine temporäre Zuflucht oder auch eine dauerhafte neue Heimat bieten sollen. All das ist aus der Erinnerung von Malalay Nazari* herauszulesen – wir haben sie bereits als ›Hutträgerin‹ in Kapitel 5 kennengelernt –, die 2015 mit ihrer Familie in einer Kleinstadt in Nordrhein-Westfalen ankommt:

> Das war Oktober. Das wird es so schnell dunkel. Es war dunkel, windig, es hat geschneit. Und wir hatten so ein schlechtes Gefühl. Weil wir an einen fremden Ort kamen, aber auch, weil wir unsere Heimat verlassen mussten und in ein fremdes Land gegangen sind. Da hat man eben keine guten Gefühle. Und wir haben gedacht, wo sind wir hier? Was sollen wir machen? Und wir haben niemanden gekannt. Und wir konnten auch die Sprache nicht. Auch kein Englisch, wir konnten nichts.[3]

Auch Elisar aus Syrien, die als Teenagerin zusammen mit ihrer Familie in der Kleinstadt Rathow* im niedersächsischen Wendland Aufnahme findet, erinnert sich an ihre anfängliche Befremdung: »Wir haben gedacht, wo sind wir denn gelandet hier? Also das war sehr extrem. Ich habe, glaube ich, die ersten drei Tage geheult, weil das so wirklich im Nirgendwo war.«[4]

Der Afghane Sami Sadat* ist zwar mit seiner Familie an einem etwas größeren Ort, einer rund 20.000 Einwohner:innen fassenden Kreisstadt in Sachsen, untergekommen, doch auch in seiner Wahrnehmung dominiert die Leere: »Das Problem von [Ortsname] ist, dass [Ortsname] so leer ist. Ab 20 Uhr ist nichts hier. Du kannst niemanden auf der Straße sehen.«[5]

Gerade für jene, die früher in einer Großstadt gelebt hatten, erscheinen die kleinstädtischen Strukturen befremdlich und die Vorstellung, hier längerfristig oder womöglich auf Dauer leben zu müssen, abschreckend. Viele unserer geflüchteten Gesprächspartner:innen berichten von der empfundenen Leere in den ländlich oder

3 Interview mit Malalay Nazari* (Pseudonym) aus Afghanistan, April 2022.

4 Interview mit Elisar aus Syrien, Mai 2022.

5 Interview mit Sami Sadat* (Pseudonym), aus Afghanistan, März 2019.

kleinstädtisch geprägten Ankunftsgemeinden: vor allem abends ist niemand auf der Straße, und grundsätzlich dominieren die älteren Menschen das Ortsbild – was wenig soziale Anknüpfungspunkte für die meist jungen Geflüchteten bietet.

Abb. 8.1: Marktplatz von Rathow, an einem Montagnachmittag*



Quelle: Eigene Aufnahme, 2021

In der ersten Zeit, in der sie noch kaum Deutsch sprechen, finden die Geflüchteten keine Möglichkeit, auf die Einheimischen zuzugehen und diese kennenzulernen. Viele unserer Gesprächspartner:innen sind anfangs auch unsicher, wie sie den Einheimischen gegenübertreten sollen, und können deren Körpersignale nicht interpretieren. So empfindet das beispielsweise Ayasha Hussein* aus Syrien, die in einer Kleinstadt in Niederbayern lebt:

> Wenn ich zum Beispiel auf der Straße versuche, »Hallo« oder »Guten Morgen« zu sagen, manche schauen mich […] ohne Lächeln an, und sehr ernst. Manchmal schimpfen sie auch, und das stört mich, weil ich will einfach auch Freundinnen und Freunde haben und Kontakt mit den anderen. Aber das klappt nicht.[6]

Auch die Syrerin Abida Mohamed* betont die Bedeutung non-verbaler Signale. Sie findet es »schön und angenehm, wenn die […] Deutschen uns anlächeln. Also Lächeln beruhigt uns.« Sie ist sich dessen bewusst, dass es stereotype Vorstellungen über Geflüchtete gibt und dass das Fehlverhalten einzelner Geflüchteter auf die gesamte Gruppe übertragen wird. »Deshalb trauen wir uns oft nicht, auf die Straße zu gehen und Leute anzusprechen, weil sie vielleicht auch negative Vorstellungen über uns haben.«[7]

6 Interview mit Ayasha Hussein* (Pseudonym), aus Syrien, im März 2019.

7 Interview mit Abida Mohamed* (Pseudonym), aus Syrien, November 2018.

Die Erinnerungen der Geflüchteten an ihre Ankunft lässt die Elemente der Befremdung deutlich werden, die nicht nur aus der Unbekanntheit der Umgebung und der Unfähigkeit der sprachlichen Verständigung herrühren, sondern aus der Unsicherheit, welche Verhaltensnormen üblich sind. Sie alle müssen sich an die Gepflogenheiten der alltäglichen Begegnung an ihrem neuen Wohnort herantasten. Dabei nimmt der öffentliche Raum eine entscheidende Rolle ein, denn dort spielen sich jenseits der intentionalen Kontaktformen (wie etwa Behördengänge, Arztbesuche oder Bringdienste in Kita/Schule) eine Vielzahl von Begegnungen ab. Meist kommt es dabei zu keiner direkten Interaktion, so dass der individuelle Habitus, die Mimik und Gestik, die einzigen Elemente sind, über die erste Eindrücke vom Gegenüber gewonnen werden.[8]

8.1.2 Störung der lokalen Ordnung

Aus Sicht der ›Etablierten‹ (vgl. Kap. 6) erscheint die Ansiedlung von Asylsuchenden als eine Störung der althergebrachten sozialräumlichen Ordnung. Im Vorfeld von Unterbringungen artikulieren Anwohner:innen Sorge vor Unruhe, Unordnung, aber auch vor Kriminalität, insbesondere wenn ›das Fremde‹ in Gestalt alleinstehender junger Männer erscheint. Die Sichtbarkeit der ›Fremden‹ im öffentlichen Raum erzeugt Momente der Besorgnis, wie beispielsweise im niedersächsischen Kurstädtchen Bad Kortheim*. In der Stadt war 2015 eine Gemeinschaftsunterkunft in einem stillgelegten Hotel eingerichtet worden, die zu Spitzenzeiten an die 1.000 Geflüchtete beherbergte. Diese seien »in Pulks dann in die Stadt gelaufen zum Einkaufen«, deutlich sichtbar für den kleinstädtischen Beobachter, erinnert sich Robert Schramm*. Am öffentlichen WLAN-Hotspot verweilten die Geflüchteten dann für längere Zeit, was die örtliche Bevölkerung irritierte, da viele den Grund des Verweilens im öffentlichen Raum nicht erkennen konnten:

> Das war also ein sehr buntes Bild, und hat auch manchmal zu Irritationen geführt, weil die saßen manchmal vor einer Haustür irgendwo, weil da war ein öffentliches WLAN oder so was, und da saßen die da. Und keiner wusste, warum die da sitzen alle. Einige haben sich Sorgen auch gemacht: »Was machen die hier?«[9]

Gerade in kleineren Städten, in denen die soziale und räumliche Ordnung unveränderlich scheint und die Bewegung und Begegnung im Raum verschiedensten impliziten Regeln unterliegt, kommt bei der lokalen Bevölkerung ein Störgefühl auf, wenn der öffentliche Raum von Personen frequentiert wird, die sie als nicht zugehörig betrachten. Egon Meier*, Bürgermeister der fränkischen Kleinstadt Berglach*, zögert im Gespräch, das Verweilen der in seinem Ort lebenden unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten im öffentlichen Raum als Problem zu artikulieren, tut es dann aber doch und versucht dabei, die Verhaltensweisen der Geflüchteten ebenso wie die Reaktionen der Einheimischen zu verteidigen:

---

8 Diese beiläufigen Begegnungssituationen werden im Rahmen der »Geographien der Begegnung« wissenschaftlich untersucht (vgl. z.B. Dirksmeier/Mackrodt/Helbrecht 2011, Valentine 2008).

9 Interview mit Robert Schramm* (Pseudonym), ehrenamtlich Engagierter im niedersächsischen Bad Kortheim* (Pseudonym), Dezember 2019.

> Sie sind es ja vielleicht in ihrer Mentalität so gewohnt, sie halten sich dann in der Dorfmitte irgendwo auf, die Jugendlichen, wo dann manchmal berichtet wird, dass das störend ist. […] Aber sie machen jetzt nichts anderes als wie deutsche Jugendliche auch. Aber sie schauen halt anders aus und allein das ist dann manchmal ausschlaggebend.[10]

Neben der »Mentalität«, die hier herangezogen wird, dürfte es auch die Beengtheit der Geflüchtetenunterkünfte sein, die die Jugendlichen auf die Straße zieht, wenngleich Herr Meier* selbst einräumt, dass auch die Dorfjugend ihren Treffpunkt (in Ermangelung eines Jugendzentrums) im öffentlichen Raum hat. Doch die syrischen und afghanischen Jugendlichen »schauen halt anders aus«, so dass ihre Anwesenheit rascher als Störung wahrgenommen wird.

Die hier wie andernorts problematisierte Präsenz der ›Fremden‹ im öffentlichen Raum birgt viele historische Ähnlichkeiten mit Problemdiskursen, die im Kontext der Arbeitsmigrationen der 1960er bis 1980er Jahre im Westen wie im Osten Deutschlands geführt wurden. Auch damals wählten die Migrant:innen Orte im öffentlichen Raum, etwa den Stadtpark oder den Bahnhof, um sich zu treffen und auszutauschen, und auch damals wurde dieses Verhalten von der deutschen Bevölkerung als problematisch oder gar bedrohlich empfunden.[11] Kommunalpolitische Akteure bearbeiteten diese ›Problematik‹ teils dahingehend, dass sie einzelnen Herkunftsgruppen von Arbeitsmigrant:innen Räumlichkeiten für ihre Zusammenkünfte zur Verfügung stellten, damit diese sich nicht mehr auf der Straße trafen und somit im öffentlichen Raum weniger sichtbar waren.[12]

Da die autonome Bewegung im Raum also offensichtlich missbilligt wird, erscheint es opportun, durch Maßnahmen der Einhegung die öffentliche Stimmung zu beruhigen. Die Leipziger Volkszeitung etwa berichtet Ende 2015 ausführlich über die Ansiedlung von 25 männlichen syrischen Geflüchteten in einem ehemaligen Rittergut in Nordsachsen, das vormals als Bildungsanstalt für ausländische Ingenieure genutzt worden war. Auffällig detailliert wird von den räumlichen und zeitlichen Strukturen berichtet, in denen sich die Geflüchteten bewegen, etwa die Dekoration der Wohnräume (»Das fällt sogar von außen auf: Hier und da sind Fensterbretter geschmückt, mit Blumentöpfen oder Weihnachtsbäumen aus Keramik.«) oder die alltäglichen Abläufe in der Unterkunft:

---

10 Interview mit Egon Meier* (Pseudonym), Bürgermeister der Gemeinde Berglach* (Pseudonym) in Mittelfranken, Februar 2019.

11 In einer Online-Ausstellung zur Migrationsgeschichte des Landes Rheinland-Pfalz wird der Bahnhof als zentraler Treffpunkte der »Gastarbeiter« hervorgehoben, »besonders deswegen, weil er die Verbindung zur Heimat symbolisierte und einen Platz darstellte, an dem das aufgestaute Heimweh mit anderen geteilt werden konnte« (»Die neue/alte Heimat beginnt am Gleis«). In einer Dokumentation über die italienischen »Gastarbeiter« berichtet ein Zeitzeuge, dass Italiener:innen nicht in Tanzlokale eingelassen wurden. »Bei manchen Diskotheken stand tatsächlich: ›Für Hunde und Italiener ist der Zutritt verboten‹« (Bosse 2022).

12 Für die DDR recherchierte Damian Mac Con Uladh (2005: 60), dass 1979 in Halle-Neustadt ein ›Club der ungarischen Volksrepublik‹ gegründet wurde, um den Versuchen der »ausländischen Werktätigen« entgegenzuwirken, »öffentliche Räume zu eigenen Treffpunkten zu verwandeln.« Zum gleichen Zweck wurde 1979 im sächsischen Bischofswerda ein Café für die algerischen Arbeitsmigranten eröffnet.

> Fürs Sauberhalten ihrer Zimmer sind die Bewohner selbst verantwortlich. […] Zudem hat eine Hand voll Hausmeister in wechselnden Schichten ein Auge darauf, dass alles seinen Gang geht. […] Die Bewohner können ihre Schmutzwäsche zu festgelegten Zeiten abgeben. […] Auch der Schriftverkehr ist organisiert. Täglich wird die eingegangene Post auf Listen bekanntgegeben. […] Einmal pro Woche ist auch die ›Tafel‹ vor Ort. […] Kochen müssen die Syrer dann selbst (Würker 2015).

Die Leser:innen gewinnen ein Bild von planvoller Aktivität, bei der »das Lernen im Alltag der Flüchtlinge eine große Rolle« spielt, da die meisten täglich einen »berufsvorbereitenden Unterricht« besuchten, sodass »das Wohnheim an vielen Stunden des Tages wie ausgekehrt wirkt«. Die Einkaufsmöglichkeiten vor Ort würden kaum genutzt, da die meisten ihre Besorgungen in den nächstgelegenen größeren Städten erledigen würden, »wo arabischstämmige Versorger ansässig sind«. Der Artikel berichtet von planvollen Begegnungsmöglichkeiten zwischen den Dorfbewohner:innen und den Geflüchteten (»Liederabend«, »Sportfest«) und betont, dass die Geflüchteten ansonsten an den ihnen zugewiesenen Orten sind (»Die Bewohner sind unterwegs. Und ansonsten zumeist in ihren Zimmern«). Der Verfasser ist spürbar bemüht, Transparenz herzustellen und zu vermitteln, dass die Ansiedlung der Geflüchteten geordnet und kontrolliert vonstattengeht und der Alltagsvollzug der ›etablierten‹ Wohnbevölkerung in keiner Weise beeinträchtigt wird.

Dieser Zeitungsbericht ist besonders aufschlussreich, wenn man ihn aus der wissenschaftlichen Perspektive der Begegnungsforschung interpretiert, die unter anderem in der Humangeographie und der Stadtsoziologie etabliert ist. Die Geographien der Begegnung konzentrieren sich auf die häufig übersehenen beiläufigen Begegnungen, die vor allem im öffentlichen Raum stattfinden (Dirksmeier/Mackrodt/Helbrecht 2011: 85). Das gemeinsame Warten an der Haltestelle, die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel, das aneinander Vorbeilaufen auf einem Gehweg, das Anstehen am Marktstand, all das sind flüchtige Alltagsbegegnungen, bei denen in der Regel keine verbale Interaktion stattfindet, sondern gegenseitiges Einvernehmen – oder auch die Ablehnung des ›Anderen‹ – überwiegend durch Blicke und Gesten signalisiert werden. Genauso wie planvolle Begegnungen (etwa die in dem Zeitungsartikel erwähnten Begegnungsabende oder Sportfeste) können sich flüchtige Begegnungssituationen auf das individuelle Wertesystem auswirken und so zu einer Veränderung von Alltagspraktiken, aber auch zu einer Verfestigung von stereotypen Vorannahmen beitragen. Dabei finden entsprechende Begegnungssituationen und deren innere Verarbeitung nicht in einem diskursfreien Raum statt. Übergeordnete Diskurse, also die Art und Weise, wie das Thema Fluchtmigration öffentlich und medial debattiert wird, beeinflusst individuelle Wahrnehmungsmuster und darauf aufbauendes situatives Handeln. Der in dem Zeitungsartikel transportierte Fokus auf die Einhegung des ›Anderen‹ unter Zulassung orchestrierter Begegnungsformen weist auf den diskursiven Rahmen hin, in dem sich die Aufnahme von Geflüchteten in der besagten Region abspielt. Geprägt durch die starke Präsenz rechtsextremer Akteure, einen hohen AfD-Wähleranteil und eine mehrheitlich ältere, konservative und kaum diversitätsoffene Bevölkerung werden im öffentlichen Diskurs vor allem die Probleme und Risiken der Geflüchtetenaufnahme thematisiert. Dabei stehen Ordnung und Kontrolle im Vordergrund, wie es in dem Zeitungsartikel gespiegelt wird. Die individuelle und zufällige Begegnung erscheint hingegen riskant.

8.1.3 Riskante Begegnungen

Diese Risiken, das zeigen meine Forschungsdaten, liegen aber großenteils aufseiten der neu Hinzugekommenen. In meinen vorwiegend ländlichen und kaum diversitätsgeprägten Forschungsregionen fallen die Geflüchteten auf, wenn sie sich im öffentlichen Raum zeigen. Die Sozialarbeiterin Manja Borsig* imitiert die Reaktionen der Bevölkerung:

> »Ah, da läuft eine mit Kopftuch!« und »Da läuft eine Schwarze mit Kopftuch!« Das ist ja so das Nonplusultra. »Oh Gott, Schwarz und Kopftuch.« Sie werden einfach wahrgenommen, weil sie die Einzigen sind. Und wir hatten hier auch jetzt in dem Sinne nicht massive Anfeindungen, aber so dumme Sprüche und einfach herablassende Blicke. Oder eben auch so diese Abneigung zeigen beim Einkaufen, alles nicht dramatisch, aber zum Wohlfühlen trägt es nicht bei.[13]

Nicht immer bleibt es bei Gesten und verbalen Herabwürdigungen. Manche unserer Gesprächspartner:innen werden auf der Straße angespuckt oder es wird versucht, muslimischen Frauen das Kopftuch herunterzureißen. Meine regional vergleichenden Forschungsdaten zeigen einen klaren Zusammenhang zwischen politischen Einstellungsmustern und der Salienz verbaler und tätlicher Angriffe auf Geflüchtete. Vor allem in den Regionen, in denen die AfD in der Wählergunst vorne liegt, ist Rassismus im Alltag so weit normalisiert, dass niemand einschreitet, wenn es zu entsprechenden Attacken kommt. Das illustriert die folgende Erzählung der Lehrerin Diana Richter*, die an einer Berufsschule im Erzgebirge jugendliche Geflüchtete unterrichtet. Im Interview berichtet sie voller Wertschätzung über die Lernbegierde, die Höflichkeit und den Lernfortschritt ihrer überwiegend aus Afghanistan und Eritrea stammenden Schüler:innen. Trotz dieser positiven und zugewandten Grundhaltung zeigt sie keinerlei Initiative, Partei für ihre Schützlinge zu ergreifen, als es auf einem Klassenausflug zu rassistischen Pöbeleien kommt. Ihrer Auffassung nach kann sie als Einzelne nicht gegen die Mehrheitsmeinung ankommen, in der rassistische Herabwürdigung zum alltäglichen Handlungsrepertoire gehört:

> Ich gehe auch mit großen Gruppen raus, mache Exkursionen, auch wenn man mal im Bus oder im Zug und überall auffällt, auch manchmal aneckt. Die Schüler tun ja nichts, aber wenn ich eben mit einer Gruppe komme, und da sind zehn von Schwarz, die total auffallen, dann trifft man eben auf das normale Leben hier und wird eben auch manchmal beleidigt oder beschimpft.[14]

Auch wenn es regionale Unterschiede in der Häufigkeit derartiger rassistischer Attacken gibt, so zeigt der großflächige Blick über alle lokalen Fallstudien, dass stigmatisierende

---

13 Interview mit Manja Borsig* (Pseudonym), Sozialarbeiterin für Geflüchtete im ländlichen Nordsachsen, März 2019.

14 Interview mit Diana Richter* (Pseudonym), Lehrerin für das Fach Deutsch als Zweitsprache, Februar 2016.

und kulturalisierende Abwertungen geflüchteter Menschen weit verbreitet sind. Während sie in unseren ostdeutschen Untersuchungsregionen als normalisierter kollektiver Habitus erscheinen, geraten entsprechende Einlassungen in anderen Regionen subtiler, werden aber ebenso breit geteilt und sind damit ebenso wirkmächtig hinsichtlich ihrer strukturbildenden Effekte. Für die Geflüchteten und andere migrantisch gelesene Menschen bedeutet diese Kultur der Abwertung ein andauerndes Gefühl der Unsicherheit und Anspannung in Situationen der Begegnung. Viele entwickeln Vermeidungsstrategien, um das persönliche Risiko zu reduzieren, etwa indem sie bestimmte Orte zu bestimmten Tageszeiten meiden oder sich nur in Gruppen nach draußen begeben. Farah El Mazyr* aus dem Libanon, die eine Zeitlang in Dresden lebte, berichtet beispielsweise, dass sie und andere Geflüchtete an den Tagen der PEGIDA-Demonstrationen das Haus möglichst nicht verließen: »Es gibt einen Tag in Dresden, da kommen die Nazis raus wegen der Flüchtlinge und für uns ist dieser Tag wie ein Verbot rauszugehen. Wir bleiben immer daheim, keiner geht raus.«[15]

Die Bedrohungslage im öffentlichen Raum steigt vor allem an jenen Orten, die traurige Schauplätze von Gewalttaten oder Terrorattacken wurden, insofern es sich um Gewalttaten durch Migrant:innen handelt. Häufig wurden und werden diese Taten anschließend durch Rechtsextreme vereinnahmt, um Migrant:innen in der Gesamtheit zu kriminalisieren. Gerade in Regionen, in denen Rassismus als normalisierte Alltagspraxis erscheint, braucht es nicht viel, um die Hemmschwelle in der Mehrheitsbevölkerung zu senken, was gewalttätige Übergriffe auf migrantisch gelesene Menschen betrifft. Das erlebten viele Migrant:innen in Chemnitz, nachdem dort im Sommer 2018 ein Asylsuchender einen Deutsch-Kubaner im Streit auf der Straße erstochen hatte. »Nach dem Vorfall von Chemnitz Ende August ist auch viel anders geworden. Ja. Die Spannung ist total anders und die Sicht auf die Flüchtlinge von verschiedenen Gruppen ist total geändert«, berichtet Kamran Abbasi*, der einen guten Überblick über die migrantische Community in Chemnitz hat. Besonders Frauen und Kinder hätten Angst gehabt, auf die Straße zu gehen, »Durch die vielen Demos, viele Gegendemos und so weiter. Und jeden Freitag Demos. Die haben Angst gehabt.«[16] Auch das schreckliche Attentat auf den Magdeburger Weihnachtsmarkt im Dezember 2024, verübt durch einen Täter saudi-arabischer Herkunft, sowie die unmittelbare politische Einordnung als ›migrationsbezogene‹ Tat heizte die migrationsfeindliche Stimmung an. Migrantisch aussehende Menschen in Magdeburg sind seither einem zuvor nicht erlebten Ausmaß an Aggression ausgesetzt. Innerhalb weniger Wochen wurden 26 rassistische Angriffe zur Anzeige gebracht, wobei die Dunkelziffer wesentlich höher liegen dürfte. Zeitungen berichten von einer »extrem feindselige[n] Stimmung« in der Stadt. Opferverbände registrieren

15 Interview mit Farah El Mazyr* (Pseudonym) aus dem Libanon, Mai 2019. Ähnliche Vermeidungsstrategien sind für vietnamesische Migrant:innen in Ostdeutschland nach der politischen Wende dokumentiert. Angesichts rasant um sich greifender rassistischer Anfeindungen entwickelten sie Strategien zum Selbstschutz, indem sie bestimmte Orte zu bestimmten Tageszeiten mieden und sich nur in Gruppen und vorwiegend mit dem Auto in der Öffentlichkeit bewegten. Eine Studie aus den 1990er Jahren konstatiert dazu: »Erschreckenderweise ist die Tatsache, dass man sich nicht frei bewegen kann, fast schon normal geworden.« (Weiss 2005: 91)

16 Interview mit Kamran Abbasi* (Pseudonym), September 2019.

nun durchschnittlich einen rassistischen Übergriff pro Tag, »vor dem Anschlag war es lediglich einer [sic!] pro Woche« (Geiler 2025).

8.1.4 Vielfaltsakzeptanz und Urbanität

Da meine Forschungsergebnisse überwiegend das Leben in ländlichen Regionen und kleineren Städten abbilden, stellt sich fortdauernd die Frage, ob die beobachteten Phänomene spezifisch für ländliche Räume sind. Denn ethnische Vielfalt wird vorwiegend als ein urbanes Phänomen angenommen. Von dort stammen die wesentlichen empirischen Befunde, und mit Blick auf Großstädte erklären sich auch viele konzeptionelle Zugänge zu Diversität, wie etwa die Überlegungen des amerikanischen Soziologen Steven Vertovec (2024) zu *Superdiversität* oder der u.a. durch die Berliner Soziologin Naika Foroutan (2019) eingebrachte Begriff der *postmigrantischen Gesellschaft*. Beide Konzepte basieren auf einem Verständnis von Gesellschaft, in der es keine sichtbaren Mehrheiten mehr gibt, sondern stattdessen ein Patchwork an verschiedensten Minderheiten, in der in dem langfristigen Zusammenleben zwischen Alteingesessenen, Eingewanderten und ihren Nachkommen hierarchische Unterschiede zwischen ›Mehrheit‹ und ›Minderheit‹ in Bewegung geraten sind und es zu aktiven Prozessen des Neuaushandelns kommt. Empirisch lässt sich das für viele Großstädte in Deutschland gut belegen. Stuttgart beispielsweise verzeichnet Menschen aus 185 Nationen, knapp die Hälfte aller Einwohner:innen besitzt eine Einwanderungsgeschichte. In Frankfurt a.M. stellen Menschen mit Migrationsgeschichte mit 56 % die Bevölkerungsmehrheit.[17] Vor allem unter Kindern und Jugendlichen in westdeutschen Großstädten ist migrationsbedingte Vielfalt eher die Regel als die Ausnahme. Begegnungen mit Menschen unterschiedlicher Herkunft gehören hier zum Alltag. Zwar zeigen Forschungsergebnisse, dass die größere Interaktionsdichte im urbanen Raum nicht automatisch zu einer höheren Diversitätstoleranz führt (Valentine 2008), aber zumindest gibt es mehr Gelegenheiten, sich im Umgang mit Verhaltensunterschieden in der alltäglichen Begegnung zu trainieren. Anders sieht es in ostdeutschen Großstädten aus, wo Menschen mit Migrationsbiographie weniger präsent sind. In Leipzig besitzt knapp ein Fünftel der Einwohner:innen einen Migrationshintergrund (Stand 2023), in Rostock rund ein Zehntel (Stand 2019), in den ostdeutschen Flächenbundesländern sind es weniger als 10 %. In den ländlichen Regionen und den kleineren Städten in Ost und West liegen die Ausländeranteile meist unter 10 %, teils auch unter 5 %. Dementsprechend stellt sich die Frage der Übertragbarkeit von Diversitätskonzepten wie *Superdiversität* oder der *Postmigrantischen Gesellschaft*, zumal in vielen wissenschaftlichen Diskursen kulturelle Diversität und Hybridität als normativ gewolltes Ideal einer kosmopolitischen Bürgerlichkeit konstruiert wird, was ja nicht zwangsläufig von allen geteilt werden muss (Dirksmeier/Mackrodt/Helbrecht 2011: 88). Das zeigt auch das Vielfaltsbarometer der Robert-Bosch-Stiftung aus dem Jahr 2019. Zwar ist die Offenheit gegenüber Menschen mit einer anderen ethnischen Herkunft grundsätzlich hoch, jedoch gibt es deutliche regionale Unterschiede, wobei die Stadtstaaten und die norddeutschen Flächenländer Schleswig-Holstein und

17 Beide Daten bilden das Jahr 2022 ab und stammen aus den kommunalen Statistikstellen der Städte Mannheim und Frankfurt a.M..

Niedersachsen vorne liegen, während die übrigen westdeutschen Bundesländer etwas weniger positive Einstellungen zu Diversität aufweisen. Am Ende des Rankings liegen die ostdeutschen Bundesländer (Robert-Bosch-Stiftung 2019: 55f.). Die vertiefende Datenauswertung liefert kaum Hinweise auf die Relevanz von soziodemographischen oder sozioökonomischen Faktoren (wie etwa Alter oder Arbeitslosigkeit) für die Akzeptanz von Vielfalt. Vielmehr scheint die regional verankerte kollektive Mentalität eine Rolle zu spielen:

> Politische Einstellungen, Empathiefähigkeit, vor allem aber die Höhe der je individuellen Intergruppenangst, also das Gefühl der Bedrohung durch »das Andere«/»das Fremde«, sind Grundlage für die – je nach Standort hohe oder niedrige – Ausprägung von je individueller Vielfaltsakzeptanz (ebd.: 80).

Die im Vielfaltsbarometer angesprochene Intergruppenangst ist ein Konzept aus der sozialpsychologischen Vorurteilsforschung. Diese hat nachgewiesen, dass in einem hierarchischen Gruppenverhältnis, wie es häufig in Einwanderungsländern anzutreffen ist, tendenziell die negativsten Erfahrungen mit Einwander:innen auf die gesamte Gruppe der Migrant:innen übertragen werden (Zick/Küpper/Heitmeyer 2012). Mein weiter oben geschildertes Erlebnis in der Gruppendiskussion in Salzgitter ist dafür ein gutes Beispiel. Die stereotype Vorstellung des Diskussionsteilnehmers Hermann Werth* über »Türken« weist zudem darauf hin, dass selbst in einer von Diversität geprägten Großstadt wie Salzgitter eine hohe residentielle Segregation die Möglichkeit der interkulturellen Begegnung einschränkt. Zwei Drittel der insgesamt 23.000 Menschen mit ausländischem Pass leben in dem bevölkerungsreichsten urbanen Ortsteil Salzgitter-Lebenstedt und stellen dort ein Drittel der Gesamtbevölkerung. In weiteren drei von 31 Ortsteilen liegt der Ausländeranteil bei über 20 %, in 23 Ortsteilen jedoch bei unter 10 %, und in den meisten kleineren, ländlicher geprägten Ortsteilen Salzgitters sogar bei unter 5 % (Stadt Salzgitter 2024: 77). Die Präsenz von Menschen mit Migrationsmerkmalen und ihre Wahrnehmung als Teil der urbanen Normalität dürfte dementsprechend gerade in den ländlich geprägten Ortsteilen geringer sein. Bei unseren Begehungen in Salzgitter fahren wir keine zehn Autominuten von Salzgitter-Lebenstedt entfernt durch stille Siedlungen mit eingehegten Grundstücken und großzügigen Eigenheimen. Die Straßen sind leergefegt. Was für ein Gegensatz zu der pulsierenden Innenstadt von Salzgitter-Lebenstedt oder dem lebhaften Ausflugsgeschehen rund um den Salzgittersee, wo die Einwanderungsgeschichte der Stadt deutlich durch die Präsenz von Menschen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Raum sichtbar ist. Wir thematisieren die wahrgenommenen Unterschiede zwischen den Ortsteilen in der Diskussionsrunde in Salzgitter. Ecrin Çelik*, die Salzgitteranerin mit türkischen Wurzeln, bestätigt unsere Wahrnehmung und berichtet, dass sie mit dem Gedanken gespielt hatte, ein Haus im ländlichen Ortsteil Lesse zu kaufen. Doch mit einem Ausländeranteil von 2,4 % hätte sie sich als Muslimin mit Kopftuch wie »auf dem Präsentierteller« gefühlt und daher von dem Vorhaben Abstand genommen. Gerade in diesen Siedlungen, so fügt sie hinzu, würden ausländerfeindliche politische Parteien auf Stimmenfang gehen. Zu Wahlkampfzeiten seien dort die Straßen mit Wahlplakaten der NPD und AfD gepflastert. Die Sichtbarkeit von migrantischer Diversität, so scheint es, findet einen Resonanzraum gerade an

Orten, wo sie kaum vorhanden ist. Und gerade dort scheint (die nicht selbst erlebte) Diversität Störgefühle und Ängste auszulösen, denen mit dem Wunsch nach Kontrolle und Abgrenzung begegnet wird.

8.2 Offenheit für Begegnung? Die Kontakthypothese

Folgt man der bereits in den 1950er Jahre von dem Psychologen Gordon William Allport entwickelten Kontakthypothese, so könnte das allseitige Störgefühl über die Zeit abgebaut werden. Seine inzwischen vielfach empirisch bestätigte Hypothese besagt, dass gruppenbezogene Vorurteile, z.B. in Bezug auf ethnische Minderheiten, zurückgehen, wenn Mitglieder der dominanten Gruppen und der besagten Minderheit regelmäßig in Kontakt miteinander treten. Beispiele wären Kontakte in der Nachbarschaft, am Arbeitsplatz oder in der Schule, also Kontakte, die in regulären Alltagssituationen passieren. Besonders wirkungsvoll für den Abbau von Vorurteilen seien Kontakte dann, wenn die Angehörigen beider Gruppen statusgleich sind und wenn sie ein gemeinsames Ziel verfolgen (Allport 1954).[18] Zudem ist die Freiwilligkeit des Kontakts ein bedeutender Faktor. Vermeidet eine der beiden Gruppen die Kontaktaufnahme oder wird die Begegnung durch strukturelle Maßnahmen verhindert, so können Kontakt und darauf aufbauende gegenseitige Annäherungsprozesse nicht entstehen.

Wir sind der Kontakthypothese in unseren Forschungen zur Integration von Geflüchteten in ländlichen Regionen nachgegangen. In einer Repräsentativbefragung der ländlichen Bevölkerung in insgesamt acht Landkreisen in Deutschland haben wir gefragt, inwiefern positive Kontakterfahrungen mit als ›Ausländer:innen‹ empfundenen Menschen gemacht werden, und bei welchen Gelegenheiten dies der Fall ist. Die Ergebnisse zeigen, dass eine große Mehrheit der Befragten bis dato kaum positive Kontakterlebnisse mit ›Ausländer:innen‹ hatte. Am häufigsten werden mit 59,4 % positive Kontakterfahrungen im Arbeitszusammenhang gemacht. Im Freundeskreis und im Freizeitbereich ist das weniger der Fall, und sehr rar sind positive Kontakte in der Nachbarschaft oder der Familie (Abb. 8.2). Der Arbeitsplatz, wo man Begegnungen nicht vermeiden kann und zugleich an gemeinsamen Zielen arbeitet, wird damit zu einem wichtigen Ort, um persönliche Kontakterfahrungen mit Migrant:innen zu machen.[19]

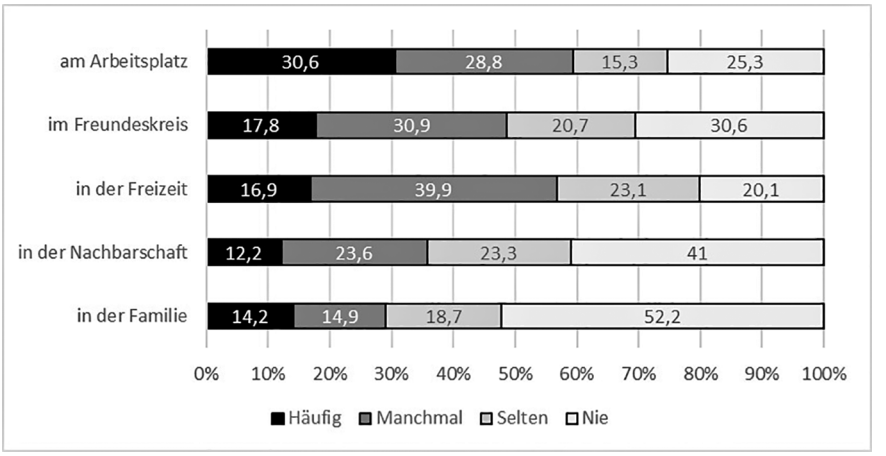
Eine weitere Frage, die wir mit Hilfe der Repräsentativbefragung beantworten wollten, war die nach der Wirkung der Intergruppenkontakte. Kommt es durch regelmäßigen Kontakt tatsächlich zum Abbau von Vorurteilen? Um das zu ermitteln, haben wir unseren Befragten verschiedene Aussagen zur Bewertung vorgelegt, die entweder auf tolerante oder auf ablehnende Einstellungen gegenüber Migrant:innen hinweisen. Dann

18 In einer Repräsentativstudie für Deutschland konnten Wagner et al. (2006) nachweisen, dass Vorurteile dort am niedrigsten sind, wo der Ausländeranteil am höchsten ist. Pettigrew und Tropp (2006) fanden in einer Metaanalyse mit mehr als 250.000 Befragten Belege für den Kontakteffekt auf die Reduzierung von Vorurteilen.

19 Einen ähnlichen Befund dürfte die Frage nach Schulen als Kontaktort generieren. Da sich unsere Befragung allerdings an Erwachsene richtete, haben wir dieses Item nicht berücksichtigt.

haben wir nach Zusammenhängen zwischen Einstellungen und Kontakterfahrungen gesucht. Das Ergebnis war eine eindeutige Bestätigung der Kontakthypothese: Personen mit häufigen positiven Kontakterfahrungen zu Ausländer:innen zeigten signifikant häufiger tolerante Einstellungen und lehnten menschenfeindliche Einstellungen stärker ab als Personen mit wenig Kontakterfahrungen. Diese Zusammenhänge waren besonders stark in Bezug auf Freizeitkontakte, also dort, wo Kontakte selbst gewählt werden können (Schneider/Bürer/Glorius 2021: 45).

Abb. 8.2: Kontakterfahrung mit ›Ausländer:innen‹ (»angenehme Kontakterfahrung«)



Quelle: Bevölkerungsbefragung »Zukunft Geflüchtete« 2019, $n = 861 - 880$, ohne »weiß nicht«-Angaben, Prozentangaben sind gerundet

Selbst wählen zu können, mit wem ein Kontakt aufgebaut werden kann, das ist allerdings für die Geflüchteten anfangs nicht realistisch. Wie in so vielen Dingen sind sie hier auf Signale der Aufnahmegesellschaft angewiesen, wie es das Eingangszitat der Lehrerin Diana Richter* so plakativ machte (»Hast du keinen Kontakt zu Deutschen, ja wie sollen sie es denn machen. Du gehst nicht auf die Straße und fragst: ›Willst du mit mir Kontakt haben?‹«). Dementsprechend werden zwei Kontaktquellen besonders relevant: einmal die sozialräumlich fixierte Wohnsituation, in der die Begegnung mit Nachbar:innen unumgänglich ist, und zum anderen die Kontakte zu Ehrenamtlichen, die gerade am Anfang teils die einzigen Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft sind, die Geflüchteten auf einer persönlichen Ebene begegnen.

8.2.1 Begegnungsort Nachbarschaft

In der Sozialgeographie wird besonders der soziale Nahraum wie das Wohnviertel oder die Nachbarschaft als Möglichkeitsraum für unverbindliche soziale Interaktionen hervorgehoben, wie etwa der *small talk* über den Gartenzaun. Dabei sind die Inhalte weniger wichtig als die Interaktion selbst, in der eine beiläufig-freundliche soziale Anerkennung

des Gegenübers signalisiert wird. Auch funktionale Aspekte können soziale Interaktion fördern, z.B. kleine wechselseitige Hilfeleistungen in der Nachbarschaft. Daraus können sich intensivere und verbindlichere Beziehungen entwickeln, v.a. wenn es gemeinsame Interessens- oder Problemlagen gibt, etwa aus lebenszyklischen Zusammenhängen heraus. Der Sozialgeograph Peter Weichhart hebt für diese Formen der Interaktionen im sozialen Nahraum die Eigenschaft hervor, dass »funktionale Differenzierungen und Rollendifferenzierungen der modernen Gesellschaft partiell aufgehoben werden« (Weichhart 1990: 65). Durch nachbarschaftliche Begegnungen kann es also gelingen, Störgefühl und Unsicherheiten im gegenseitigen Umgang abzubauen. So war es beispielsweise bei Elisar, die weiter oben von ihrem anfänglichen ›Kulturschock‹ nach der Ankunft in Rathow* erzählte:

> Und dann haben wir uns getraut, rauszugehen, und die Stadt zu erkunden. Und dann sind unsere Nachbarn zu uns gekommen, haben uns begrüßt, und dann sind sie einfach mit einem Wörterbuch Arabisch-Deutsch zu uns gekommen und dann haben sie halt ein paar Wörter gezeigt und haben so versucht, mit uns zu kommunizieren.[20]

Dies habe dazu beigetragen, dass die anfängliche Unsicherheit abgebaut werden konnte, und dass Elisar eine Bindung an den Ankunftsort entwickeln konnte. Auch andernorts wird vom Einsetzen der sozial eingeübten Nachbarschaftshilfe berichtet, gerade in kleineren, ländlichen Gemeinden, in denen eine Kultur der gegenseitigen Hilfeleistung existiert, wie es eine Mitarbeiterin der Landkreisverwaltung im Landkreis Leipzig berichtet: »Wir haben es aber auch in kleineren Orten, wo dann die Nachbarschaftshilfe greift. Dass Nachbarn anrufen, wenn Familien ein Problem haben und versuchen, das für die Familien halt zu klären.«[21]

Diese Abläufe sind jedoch nicht selbstverständlich. Viele Geflüchtete berichten von völlig dysfunktionalen Nachbarschaften, gerade wenn sie in den bereits weiter oben erwähnten ›Schrottimmobilien‹ untergebracht werden, wo sie auf andere Marginalisierte treffen, die teils deviante Verhaltensweisen praktizieren. Auf dem Weg zu einem Interview mit einer geflüchteten Familie trafen wir auf eine zersplitterte und nur notdürftig fixierte Wohnungstür. Unser Gesprächspartner berichtete, dass eines nachts Betrunkene gekommen seien, die eigentlich den Nachbarn aufsuchen wollten und sich versehentlich an seiner Wohnungstür abgearbeitet hatten. Seit diesem Vorkommnis fühle er sich nicht mehr sicher in dem Haus. Das Gebäude hat auch sonst einen sehr niedrigen Wohnstandard. Es ist feucht und die strombetriebene Heizung lässt die Nebenkosten nach oben schießen. Doch es ist die einzige Wohnung, die unser Gesprächspartner für seine Familie finden konnte.

Teilweise verhalten sich Nachbar:innen auch offen feindselig gegenüber den Geflüchteten, wie das Nila Ahmadi* erzählt, die mit ihrem Mann und drei Kindern in Marstadt* lebt. Während sie zu einer Familie im Haus, die Kinder im gleichen Alter hat,

---

20 Das Zitat ist einem Kurzfilm mit Elisar entnommen, den wir 2023 im Rahmen des Forschungsprojekts WholeCOMM gedreht haben, und der individuelle Migrationserfahrungen in den Mittelpunkt rückt, https://www.youtube.com/watch?v=rw63XIbD1iY

21 Interview mit Sandra Walcher* (Pseudonym), Sachbearbeiterin in der Landkreisverwaltung des Landkreises Leipzig, Juni 2015.

enge und freundschaftliche Kontakte unterhält, reagiert eine andere Nachbarin, eine ältere Dame, so abweisend, dass Nila Ahmadi* versucht, ihr aus dem Weg zu gehen:

> Die obere Nachbarin ist nicht gut. Immer fragt sie mich: »Wann gehst du zurück nach Afghanistan?« Und immer beschimpft sie mich, dass ich Geld vom Jobcenter beziehe. Wenn ich mit den Kindern von der Schule nach Hause komme, sagt sie: »Ja, Du hast eine schöne Wohnung, Du nimmst Geld vom Jobcenter, für Essen und alles.«[22]

Teilweise gibt es auch kaum Begegnung mit der lokalen Wohnbevölkerung, etwa wenn Geflüchtete in Gemeinschaftsunterkünften in peripherer Lage untergebracht sind. Häufig führten uns Wege zu den Interviews mit Geflüchteten tief in den Wald, da die Gemeinschaftsunterkunft in einer stillgelegten Kaserne oder einem aufgelassenen Ferienheim eingerichtet wurde. Die Wahrscheinlichkeit, dort soziale Beziehungen mit Einheimischen aufzubauen, ist eher gering. Demgegenüber erscheint die Situation im sachsen-anhaltinischen Marstadt* optimal. Die Mittelstadt, die nach der politischen Wende ein Viertel ihrer Einwohnerschaft verloren hat, verfügt über einen großen Bestand kommunaler Wohnungen in Plattenbauweise, in denen erheblicher Leerstand herrscht. Die der Gemeinde zugewiesenen Geflüchteten brachte man daher in diesen Beständen unter. Das hatte positive und negative Folgen, wie unsere Gesprächspartnerin Yuko Omaha* berichtet:

> Also natürlich ist idealtypisch, dass die Geflüchteten dezentral untergebracht werden, damit sie sich in ihrem Wohnumfeld integrieren können und mit der einheimischen Bevölkerung in Berührung kommen. Das ist ja gewünscht. Aber wenn da kein Willkommensklima herrscht in der Nachbarschaft und wenn die einheimischen Menschen da nicht erfahren sind, nicht wissen, wie sie so was machen, ist es schwierig. […] Als es zum ersten Mal bei manchen Menschen zu dieser Begegnung [mit Geflüchteten] gekommen ist, gab es ja natürlich auch zum ersten Mal diese kulturell begründeten Konflikte. Und die standen stets im Vordergrund. »Die kommen hierher und dann gibt es vielleicht Probleme.« Und da werden natürlich ganz normale, alltägliche Probleme ja auch kulturalisiert.[23]

Ein Beispiel für die Kulturalisierung von Nachbarschaftskonflikten sei etwa Kinderlärm. Da die nach der Abwanderungswelle verbleibenden Bewohner:innen überwiegend im Rentenalter sind, reagieren manche irritiert, als nach Jahren der Stille plötzlich junge Familien einziehen, die allein durch ihre Anwesenheit das implizite Regelwerk der Hausgemeinschaft in Frage stellen. Und da es sich um nicht-deutsche Familien handelt, werden dann intergenerationale Konflikte, etwa über Kinderlärm, häufig zu Kulturkonflikten stilisiert.

---

22 Interview mit Nila Ahmadi* (Pseudonym) aus Afghanistan, Juli 2022.

23 Interview mit Yuko Omaha* (Pseudonym), Mitarbeiterin des Landesnetzwerks Migrantenorganisationen Sachsen-Anhalt (LAMSA) e.V., September 2021.

Abb. 8.3: Plattenbausiedlung in Marstadt, Sachsen-Anhalt*



Quelle: Glorius 2019

Auch unterschiedliche Erwartungshaltungen in Bezug auf eine gelingende Nachbarschaft können Hürden im Beziehungsaufbau darstellen, vor allem wenn sie nicht explizit gemacht werden. Nach ihren Erwartungen an neu einziehende Nachbar:innen gefragt, überwogen in unserer Repräsentativbefragung in der ländlichen Wohnbevölkerung Aussagen, die auf eine Beibehaltung von überwiegend höflich-distanzierten und funktionalen Beziehungen hinweisen. Neue Nachbar:innen sollten möglichst auf der Straße grüßen (79,4 %) und sich an die Regeln halten (50 %). Manche wünschten sich auch, dass die neuen Nachbar:innen nicht stören (33,4 %) und dass alles so bleibt, wie es ist (21,3 %) (Schneider/Bürer/Glorius 2021: 31). Diese eher distanzierten Aussagen sollten allerdings nicht über die große Bedeutung und Wertschätzung von guten Nachbarschaftsbeziehungen gerade in ländlichen Regionen hinwegtäuschen. Der ehrenamtliche Integrationshelfer Sayed Mansour* aus dem ländlichen Südhessen erklärt eine funktionierende Nachbarschaft so:

> Nachbarn müssen nicht unbedingt BEFREUNDET sein, aber es ist wichtig, gute Nachbarschaft zu haben. MEINE Erfahrung ist die, wenn ich nicht da bin oder Hilfe brauche, sind Menschen DA. Ich bin für ihn da [*damit ist der Nachbar gemeint, B.G.*], wenn er nicht da ist, angenommen er ist im Urlaub und dann kann ich auch für seine Blumen [sor-

> gen], für seine Post, die Mülltonne auf die Straße bringen etc., das ist etwas, das auch das Zusammenleben oder das Leben überhaupt erleichtert.[24]

Zwar ist man nicht direkt befreundet, aber lebt in einem zugewandten und vertrauensvollen Verhältnis nebeneinander und hilft sich gegenseitig im Alltag. Eine darüber hinaus reichende Beziehung ist möglicherweise gar nicht erwünscht – »Nachbarn müssen nicht unbedingt befreundet sein.« Dieses feine Gleichgewicht zwischen Nähe und Distanz ist für die von uns befragten Geflüchteten schwer zu verstehen. Viele von ihnen erinnern wesentlich vertrauensvollere Nachbarschaftsbeziehungen aus ihrer Heimat. Oft lebte man dort im Familienzusammenhang, aber auch außerhalb der verwandtschaftlichen Bindung waren enge und herzliche Beziehungen in der Nachbarschaft die Regel. Das berichten beispielsweise Mervan Jaber* aus seiner syrischen Heimat:

> Bei uns ist ein bisschen anders. Die Atmosphäre ist anders. Es gibt immer Besuche zwischen den Bekannten, Verwandten oder Freunden. Zum Beispiel, wenn ich zu einem Freund gehen will, rufe ich einfach kurz vorher an und sage, dass ich komme. Dann spielen wir Karten und essen zusammen und solche Sachen. Aber bei Deutschen muss man vorher lange Zeit einen Termin vereinbaren und fragen »Wann hast Du Zeit« und so. Aber bei uns ist ein bisschen anders. Deswegen es gibt keine großen Kontakte mit den anderen Nachbarn hier.[25]

Die Erkenntnis von Mervan Jaber*, dass spontane Interaktionen in Deutschland nicht üblich sind und auch kaum in den von Pflichtaktivitäten geprägten Alltag hineinpassen, wird auch von anderen Geflüchteten geteilt. Ismail Fekadu* vergleicht seine Nachbarschaftserfahrungen in Deutschland und in seinem Heimatland Eritrea:

> Zum Beispiel, wenn ich hier in meiner Heimat [*Name der Heimatstadt, B.G.*] mit den Nachbarn zusammen bin, dann essen wir zusammen, unterhalten uns zusammen, aber hier in Deutschland ist es ganz anders. Ich kenne meine Nachbarn nicht. Ich kenne auch nicht ihre Namen. Die gehen um sechs Uhr in die Arbeit, ich gehe um sechs Uhr zur Schule oder in die Maßnahme oder ins Praktikum. Dann hast du keine Zeit, Dich mit dem Nachbarn zu treffen.[26]

Manchmal versuchen die von uns befragten Geflüchteten, die aus ihrer Heimat üblichen Praktiken der Kontaktanbahnung auch in ihre deutschen Nachbarschaften zu übertragen, und manchmal haben sie damit auch Erfolg. Das berichtet beispielsweise Rachida Ali* aus Syrien, die die Beziehung zu ihrer Nachbarin wie zu einer Schwester bezeichnet. Ihren Startpunkt fand diese positive Nachbarschaftsbeziehung durch die Kinder der beiden Frauen:

---

24 Interview mit dem ehrenamtlichen Integrationshelfer Sayed Mansour* (Pseudonym) aus dem ländlichen Südhessen, März 2020.

25 Interview mit Mervan Jaber* (Pseudonym) aus Syrien, März 2019.

26 Interview mit Ismail Fekadu* (Pseudonym) aus Eritrea, Januar 2019.

> Sie hat zuerst meine Kinder kennen gelernt und sie hat mit meinen Kindern gesprochen. Und sie hat meine Kinder nett gefunden. Und dann sie hat mit mir gesprochen und so. Und erstes Mal habe ich gesagt »Bitte schön, Kaffee trinken« und sie war auch überrascht, wie ich so einfach sagen »Bitte schön, Kaffee trinken«. Sie sagt, die Deutschen machen das nicht. Und ich habe auch einen Kuchen gebacken, das auch war etwas, oh! Wir haben Kaffee getrunken und Kuchen gegessen und seitdem wir sind sehr gute Nachbarn.[27]

Betrachtet man all diese Erfahrungen zur Begegnung in der Nachbarschaft aus der Perspektive der Kontakthypothese, so wird die Bedeutung der Begegnung auf Augenhöhe und der gegenseitigen Aufgeschlossenheit für Begegnung deutlich. In ihrem aktiven Bemühen um eine gute Nachbarschaftsbeziehung sind Geflüchtete auf die Offenheit ihrer Nachbar:innen angewiesen. Und es scheint in der Macht Letzterer zu liegen, ob sich ein freundschaftlicher Umgang einstellt, auf deren Basis eine intensivere soziale Beziehung wachsen kann.

8.2.2 Ehrenamtliche als Türöffner

Gerade in der Anfangsphase sind ehrenamtliche Integrationshelfer:innen die beste, manchmal auch die einzige, Möglichkeit für Geflüchtete, mit Angehörigen der Aufnahmegesellschaft in Kontakt zu treten. In vielen Erzählungen Geflüchteter hören wir von intensiven Hilfs- und Patenschaftsbeziehungen. Ehrenamtliche erteilen Nachhilfe, erledigen Fahrdienste, begleiten Geflüchtete zu Behörden, motivieren sie darin, in Sportvereine einzutreten oder sich ehrenamtlich zu engagieren und geben ganz grundsätzlich Orientierung im deutschen Alltag. Teilweise stehen die Ehrenamtlichen den Geflüchteten über viele Jahre als Pat:innen zur Seite. Die Geflüchteten sprechen über sie äußerst respektvoll und titulieren sie häufig in der Kombination aus Sie-Anrede und Vorname (z.B. »Frau Bärbel«), häufig auch betonend, die Ehrenamtlichen hätten Eltern- oder Großelternrollen für sie übernommen. Der junge Eritreer Elyas Tadesse*, den ich in Steinbergen* treffe, erzählt mir beispielsweise, dass er sich zwei Mal in der Woche mit seinem ehrenamtlichen Mentor trifft, der ihn bei der Vorbereitung auf den Realschulabschluss unterstützt. Weil Elyas Tadesse* einen wirtschaftswissenschaftliche orientierten Schulzweig besucht, lesen sie gemeinsam anspruchsvolle Sachbücher zu Wirtschaftsthemen und diskutieren darüber. Elyas Tadesse* empfindet, dass sich aus dem Betreuungsverhältnis eine Freundschaft entwickelt hat. »Also wir haben, er hat als Betreuer angefangen, und dann Freundschaft davon entwickelt. Und wir reden also

---

27 Interview mit Rachida Ali* (Pseudonym) aus Syrien, Juni 2019. Ihre Erzählung erinnert mich an eine Unterhaltung mit einem Kollegen aus Nordrhein-Westfalen, dessen Eltern aus der Türkei eingewandert waren. Nach einem Umzug innerhalb Nordrhein-Westfalens wollte sich seine Mutter mit den neuen Nachbar:innen bekannt machen. Kaum des Deutschen mächtig, aber ausgerüstet mit einer Kanne Tee und einem Tablett mit Gebäck klingelte sie an den benachbarten Wohnungstüren und lud die Nachbarinnen durch einladende Gesten in ihre Wohnung ein. Sie erntete allerdings nur Unverständnis. Plastisch beschrieb mein Kollege, wie seine Mutter allein im Hausflur zurückblieb, die Teekanne in der Hand. Tief enttäuscht kehrte sie schließlich allein in die neue Wohnung zurück.

über alles, Politik und Religion, und über alles diskutieren wir. Und ich finde, es ist wie zuhause, dass man auch Leute findet und sagt, wir sind also gemeinsam.«[28]

Die Präsenz von Ehrenamtlichen stellt eine wichtige Kontaktbrücke in die Aufnahmegesellschaft und damit eine bedeutende Form sozialen Kapitals dar, von dem Geflüchtete stark profitieren. Selten jedoch entsteht daraus eine Freundschaft, und darauf ist die ehrenamtliche Tätigkeit auch nicht ausgerichtet. Vielmehr ist sie überwiegend von einem funktionalen Rollenverständnis geprägt, und die Beziehungen zwischen Geflüchteten und Ehrenamtlichen sind ganz klar hierarchisch aufgebaut. Es sind die Ehrenamtlichen, die den räumlichen und zeitlichen Rahmen für ihr Engagement definieren, nicht die Geflüchteten. Die meisten Ehrenamtlichen engagieren sich aus einem karitativen Gedanken heraus, wie eine Ehrenamtsbefragung aus dem Dezember 2015 ergab. Dort nannten 85,5 % das Motiv »Schwächeren beizustehen« als entscheidenden Grund für ihr Engagement (Karakayali/Kleist 2016: 31). Sicherlich haben viele auch Freude an der interkulturellen Begegnung, doch sie wollen selbst die Grenzen ziehen. Stefanie Adamitz berichtet beispielsweise in ihrer ethnographischen Studie zur Geflüchtetenhilfe in Leipzig von einem Ehrenamtlichen, der Deutschunterricht in der Erstaufnahmeeinrichtung erteilte, der aber nicht dazu bereit war, Gleiches in der nachfolgenden Gemeinschaftseinrichtung zu tun, »da die Menschen dort langfristig wohnen würden und ein häufigerer Kontakt zu der Bewohnerschaft entstehen würde, den er nicht wünschte« (Adamitz 2022: 155). Dieses Beharren auf einer professionellen Distanz entspringt sicher dem Bedürfnis, sich selbst vor Überforderung zu schützen. Denn da die Ehrenamtlichen die ersten und oft auch einzigen jederzeit erreichbaren Kontaktpersonen sind, wenden sich Geflüchtete auch in allen Fragen und Krisensituationen an sie. In Stefanie Adamitz' ethnographischer Studie artikuliert eine Studentin ihre Überforderung, als aus den zunächst als Begegnungsabenden geplanten Zusammenkünften intensivere Kontakte wurden und sich die Geflüchteten auch über soziale Medien mit konkreten Fragen und Bitten an sie wandten. »Sie beschrieb«, so Adamitz, »dass die Überlastung, die sie dabei empfand, sie sehr beschäftigt hat, weil sie einerseits gern helfen wollte, andererseits spürte, dass es ihr zu viel wird« (ebd.: 154). Aus diesen Beobachtungen wird deutlich, wie stark auch die Begegnung zwischen Geflüchteten und Ehrenamtlichen in der Deutungs- und Gestaltungshoheit der Aufnahmegesellschaft liegt.

Ramona Haub* aus dem niedersächsischen Wendland kritisiert die professionelle Distanz, die sie bei anderen Ehrenamtlichen beobachtet. Für sie ist ihr Engagement als Patin dezidiert darauf ausgerichtet, die Geflüchteten mit anderen Menschen persönlich bekannt zu machen, so dass sich deren soziales Netzwerk erweitert und sie dadurch auch in die Lage versetzt werden, selbstbestimmt Freundschaften einzugehen. Sie erzählt, wie sie an eine Patin appelliert habe, ihre Mentées auch in ihre privaten Netzwerke einzuführen:

> Dann nimmst du sie einfach mit, wenn du auf eine Veranstaltung gehst. Oder dann nimmst du sie vielleicht mal mit, wenn Kaffee trinken ist oder irgendwas, wo du jetzt privat hingehst. »Nein«, sagt sie, »also das ja nun nicht, das geht zu weit, das sind ja nicht meine Freunde.« Und da merkte ich irgendwie […], dass das doch bei gewissen

28 Interview mit Elyas Tadesse*(Pseudonym) aus Eritrea, April 2022.

> Leuten dann irgendwie so einen professionellen Charakter hatte, so wie Klienten, um die man sich kümmern muss oder so. Also es hatte nichts mit der Person zu tun, sondern einfach mit der Tatsache, dass sie Geflüchtete waren und man denen helfen musste und sie dann auch professionell begleitet.[29]

Dass ihre Ehrenamts-Kollegin sich auf eine professionelle Distanz zurückzieht und die Geflüchteten nicht aus persönlicher Sympathie, sondern aufgrund »der Tatsache, dass sie Geflüchtete waren« unterstützt, ist für sie »fast […] eine umgekehrte Form von Rassismus«. Denn es wird eine paternalistische Beziehung aufgebaut, in der die Geflüchteten lediglich als Schutzbedürftige betrachtet werden, jedoch nicht als »gleichwertige Menschen, die einfach hierhergekommen sind, um zu leben, und denen man dabei hilft, hier irgendwie anzukommen und dann aber auch so mit einzubeziehen.«

Die Differenz zwischen Hilfsbeziehung und Freundschaftsbeziehung, die hier thematisiert wird, ist auch vielen Geflüchteten deutlich präsent. Zwar schätzen sie die intensive Unterstützung durch Ehrenamtliche, bemerken aber auch die sehr deutlichen Grenzziehungen, wenn es um deren Privatsphäre geht. Aus der Perspektive von Ehrenamtlichen verständlich, doch gerade, weil diese häufig die ersten und manchmal auch die einzigen engeren Kontakte zur »Aufnahmegesellschaft« repräsentieren, bedeutet es Geflüchteten sehr viel, nicht nur als Hilfsbedürftiger gesehen zu werden, sondern als Mensch mit einer eigenen Geschichte, Identität und Würde. Davon berichtet beispielsweise Zarif Abdullah* aus Syrien, der mit seiner Mutter und seinen Geschwistern in einer Kleinstadt im Erzgebirge aufgenommen wurde:

> Eine Person, Hans* und eine Frau, die Rita* heißt, waren die Ersten, die wir kennengelernt haben. Sie arbeitet hier im Camp bei den Maltesern. Sie ist Lehrerin. Sie kam zu uns und hat uns in ihre Wohnung eingeladen. Das klingt, als ob man ein normaler Mensch ist und jemand lädt mich ein. Wir können endlich machen, was normale Menschen machen. Seitdem ich in Jordanien [war], habe ich mich gefühlt, als wenn ich nicht mehr zu den normalen Menschen gehöre. Ich dachte erst, dass sie sehr mutig ist, uns zu sich und ihrer Familie zum Essen einzuladen. Wir haben viel gelacht und geredet, da wurde ich wieder ein Mensch. […] Wenn ich das anderen Flüchtlingen erzähle, sagen die immer: »Das kann nicht sein, dass du bei Deutschen im Haus warst«.[30]

Was Zarif Abdullah* hier schildert, erscheint zunächst wenig spektakulär: er wird von Ehrenamtlichen nach Hause eingeladen, um mit ihnen den Abend zu verbringen. Es gibt ein gemeinsames Essen, es wird erzählt und gelacht. Zarif Abdullah*s Schilderung ist anzumerken, wie bedeutungsvoll dieses Erlebnis für ihn ist. Er bindet es zurück an seine Lebenserfahrungen vor der Flucht. Die Flucht hat ihn entkoppelt von diesen als »normal« betrachteten Sozialisationsformen. Auf der Flucht erlebt er seine Entwurzelung nicht nur physisch, sondern auch sozial, da es keine Kontaktpunkte in die jeweilige Mehrheitsgesellschaft gibt: Seit seinem ersten Zufluchtsort in Jordanien hatte er das Gefühl, »nicht mehr zu den normalen Menschen« zu gehören.

---

29 Interview mit der ehrenamtlich Engagierten Ramona Haub* (Pseudonym) aus dem niedersächsischen Wendland, Mai 2019.

30 Interview mit Zarif Abdullah* (Pseudonym) aus Syrien, Mai 2019.

Ein normaler Mensch sein bedeutet in diesem Zusammenhang, von Mitgliedern der Mehrheitsgesellschaft als ihnen zugehörig betrachtet zu werden. Zarif Abdullah*s Erzählung verweist auf die Bedeutung der sozialen Zugehörigkeit für die Stabilisierung der eigenen Identität. Konzeptionell lässt sich dieses Bedürfnis auf Basis der sozialen Identitätstheorie begründen. Ihre Ursprünge reichen weit zurück in die Moralphilosophie des 18. Jahrhunderts und die Feststellung, dass die Fähigkeit des Menschen zur Sozialisation ihn von allen anderen Lebewesen unterscheidet (McCall 2014: 5). Soziale Interaktion wird als eine Grundvoraussetzung für die Aufrechterhaltung des personalen Selbst betrachtet. Dabei werden drei Faktoren differenziert: das Bewusstsein des Selbst, dass die eigene Existenz vom Anderen wahrgenommen wird; die Antizipation, dass sich der Andere ein Urteil über das eigene Selbst macht, und drittens, dass das Urteil des Anderen Auswirkungen auf das eigene Selbstwertgefühl hat (Cooley 1902: 184–185, in McCall 2014: 9). Das eigene Selbst in der Vorstellung des Anderen zu platzieren (»*placing one's self in the attitude of the other*«), wie es der amerikanische Philosoph und Sozialpsychologe George H. Mead (1934) ausdrückte, geschieht durch Kommunikation und symbolische Handlungen, deren Bedeutung kollektiv geteilt werden. Für Zarif Abdullah* eröffnete sich mit der privaten Einladung der Zugang zur lokalen Gesellschaft und damit verbunden zu einer neuen sozialen Identität, gleichsam ein zweiter Menschwerdungsprozess (»da wurde ich wieder ein Mensch«). Basierend auf diesem Schlüsselerlebnis wuchs sein soziales Umfeld sehr rasch, so dass er sich heute in der lokalen Gemeinschaft willkommen fühlt: »Das war sehr gut. Seitdem kennen wir viele Leute. In [*Wohnort, B.G.*] fühle ich mich zuhause, in [*nahe liegende Kreisstadt, B.G.*] nicht so. In [*Wohnort, B.G.*] fühlt man sich willkommen, wenn man auf der Straße läuft, sagen immer alle ›Hallo‹. Echt tolle Leute.«

Die empirischen Betrachtungen zeigen, wie wichtig Intergruppenkontakte im Sinne von *meaningful contact* sind, also mehr als beiläufige Kontakte, die mit Bedeutung aufgeladen sind. Zugleich wird deutlich, wie voraussetzungsvoll zwischenmenschliche Kontakte sein können, angefangen bei zeitlichen und räumlichen Ressourcen bis hin zur Bereitschaft, sich aufeinander einzulassen. Dabei paust sich die hierarchische Beziehung zwischen ›Etablierten‹ und ›Außenseitern‹ immer wieder durch. Umso bedeutsamer sind an dieser Stelle Mitglieder der ›Etablierten‹, die sich in Form ehrenamtlicher Arbeit den ›Außenseitern‹ zuwenden, ihre Ressourcen anbieten und damit auch soziale Brücken in die Ankunftsgesellschaft schlagen. Damit sind sie für viele Geflüchtete die ersten Ankerpunkte, an denen sie ihre soziale Identität an den Orten der Zuflucht stabilisieren können.

8.3 Von *everyday otherness* zu *everyday sameness*: Im Anderen das Eigene erkennen

Vieles, was in diesem Kapitel bislang zum Vorschein kam, deutet auf die Wirkmächtigkeit von alltäglichen *othering*-Prozessen hin, die zunächst als individuelle und dann als kollektive Vorstellung des ›Andersseins‹ entwickelt werden und schließlich in einer systematischen, wenn auch häufig nicht intentionalen Blockade von Inklusionsprozessen resultieren. *Othering* bedeutet, dass durch die Definition von Merkmalen des Andersseins eine klare Grenze zur Eigengruppe gezogen und damit zugleich die eigene soziale

Identität gefestigt wird. Es ist das Gegenstück der oben dargelegten Prozesse der Identitätsherstellung, die das eigene Selbst in der Vorstellung des Anderen platziert – frei nach Mead also »placing the other in one's own attitude«. Die Definitionskriterien des ›Eigenen‹ sind die Bewertungsgrundlage für das Ausmaß des Andersseins und die Distanzierung vom ›Anderen‹ (Reuter 2002: 20, 142, 146). Die Aktiv-Konstruktion des Begriffs, also *othering* im Englischen bzw. Veranderung oder Anders-Machung im Deutschen, betont die bewusste Herbeiführung von Ordnungen der Zugehörigkeit bzw. Nicht-Zugehörigkeit, was in verschiedenen Formen der (rassistischen) Diskriminierung resultieren kann. Dies lässt sich kaum besser demonstrieren als an der Wahrnehmung des Hijab in der deutschen Bevölkerung.

8.3.1 Das Kopftuch als Symbol des Anders-Seins

Der Hijab ist eines der materiellen Symbole, an denen sich der Prozess des Anders-Machens mit all seinen Konsequenzen besonders deutlich aufzeigen lässt. »Solange sie das Kopftuch tragen« meint beispielweise ein Bürgermeister in einem informellen Gespräch über die fehlende Akzeptanz muslimischer Frauen in seiner Gemeinde, »werden sie nie Teil dieser Gemeinschaft sein«. Der Hijab wird (nicht nur bei geflüchteten Frauen) als Inbegriff des Andersseins und der Anpassungsverweigerung stilisiert. Insofern man das Kopftuch nur als ein Stück stoffliche Materie betrachtet, scheint die Forderung zumutbar, dieses als Schritt zur sozialen Integration abzulegen. Anders stellt sich das aus der Perspektive muslimischer Frauen dar, für die der Hijab zu ihren religiösen Grundüberzeugungen gehört. Muslimische Frauen sollten also auf darauf verzichten, ihr Bedürfnis nach einer religiös begründeten Bekleidungsvorschrift auszuleben, so die Logik, um damit der Mehrheitsgesellschaft die Chance zu geben, sie als Teil des Eigenen zu erkennen.

Wie wirkmächtig der Hijab als Symbol des Anders-Seins ist, zeigt folgende Konversation mit Anna Schierau*, die als Bildungskoordinatorin für Neuzugewanderte im südlichen Niedersachsen tätig ist. Sie berichtet, dass die sichtbarere Präsenz von Muslim:innen nach 2015 in der Region zu einem gewissen Gewöhnungseffekt führte. Dennoch seien die mit dem Kopftuch verbundenen Stereotype weiterhin vorhanden: »Kopftuch ist mittlerweile …, man weiß es ist da, und es gehört dazu, ABER man verbindet damit auch ein ganz klares Bild einer Frau, nämlich ›Unterdrückung der Frau‹, ›kann kein Deutsch sprechen‹.«[31] Undenkbar also, dass eine derart markierte Frau als kompetente Fachkraft wahrgenommen wird. Anna Schierau* belegt die Wirkmächtigkeit dieser kollektiven Stereotypisierung mit einer Begebenheit, die sie als Mitarbeiterin der Landkreisverwaltung erlebte:

> Das habe ich hier in der Verwaltung tatsächlich mal erlebt, dass eine junge Frau mit Kopftuch zu uns hochgeschickt wurde, weil man davon ausgegangen ist, DA sie ja ein Kopftuch trägt, müsste sie in den Migrationsbereich. Sie wollte eigentlich nachfragen, ob ihre Bewerbung hier beim Landkreis angekommen ist, und hätte sich EIGENTLICH bei der Personalabteilung melden müssen.

31 Interview mit Anna Schierau* (Pseudonym), Bildungskoordinatorin im südlichen Niedersachsen, Januar 2019.

Diese Begebenheit ist kein Einzelfall. Viele geflüchtete Frauen, die den Hijab tragen, berichten von herabwürdigenden und ausgrenzenden Erfahrungen im Alltag (vgl. Tab. 8.1) und konkreten Behinderungen bei der Arbeitssuche (vgl. Kap. 5).

Tab. 8.1: Erfahrungen mit dem Kopftuch

Also wir sind jetzt seit dreieinhalb Jahren in Deutschland. Und wir kommen immer noch nicht so klar mit den Leuten. In der Straße: »Ey, Ausländer, Kanake, Muslime«, also schlimme Worte! Immer noch! Wegen dem Kopftuch. (Syrerin, 17 Jahre, seit 2016 in Deutschland, interviewt März 2019 in Sachsen)
Einmal war ich mit meinem Mann in Dresden und da kommen zwei Männer und wollen mein Kopftuch abmachen. (Syrerin, 30 Jahre, interviewt Juni 2019 in Sachsen)
Meine Freundinnen, die ein Kopftuch tragen, die haben auch alle keinen Praktikumsplatz bekommen. (Afghanin, 21 Jahre, seit 2015 in Deutschland, interviewt März 2019 in Hessen)
Die Menschen lachen über meine Kleidung und mein Kopftuch. Sie lachen immer und sie sagen über mich, dass ich verrückt bin, weil ich dieses Kopftuch trage, obwohl das Wetter zum Beispiel warm ist. Sie sprechen immer darüber. (Syrerin 35 Jahre, seit 2015 in Deutschland, interviewt März 2019 in Hessen)
Ich habe gemerkt, die Frauen mit Kopftuch hatten wirklich viel Schwierigkeiten. Manchmal fahren die Frauen nicht mit dem Bus, weil der Fahrer oder die Fahrgäste schlechte Sachen sagen. (Gründerin einer Migrantinnen-Selbstorganisation, interviewt November 2019 in Sachsen)
Aber ich denke, ein großes Problem in Deutschland ist, dass sie falsch über den Islam und das Kopftuch denken. In den Medien wird ein falsches Bild vermittelt. Ja, [aber] zum Beispiel eine Frau mit Kopftuch kann Autofahren, sie kann arbeiten, sie kann schwimmen…. (Türkin, 18 Jahre, seit 2018 in Deutschland, interviewt Juni 2022 in Mecklenburg-Vorpommern)
Ich habe zum Beispiel nur gehört: »Oh mein Gott, ich dachte, Sie haben ein Kopftuch, Sie haben fünf Kinder und…. Ich hätte nicht gedacht, dass Sie einen Beruf haben und dass Sie arbeiten!« (Afghanin, 35 Jahre, seit 2003 in Deutschland, arbeitet als Fachlaborantin in einem Krankenhaus, interviewt April 2022 in Nordrhein-Westfalen)
Erfahrungsbericht aus einem Workshop für Ehrenamtliche: »Und dann kam auch das Thema Kopftuch, das war ein großes Thema. Dass dann die jungen Frauen mit den Kopftüchern und die älteren Frauen, die sagten: ›Die sollen ihr Kopftuch abnehmen, die werden alle unterdrückt und die werden alle misshandelt von ihren Männern.‹ Also solche Vorurteile, die es da gab.« (Iranerin, 35 Jahre, seit 2015 in Deutschland, interviewt April 2022 in Nordrhein-Westfalen)

Die Erzählung von Anna Schierau* gibt eine Vorstellung davon, wie die kollektive Vorstellung über den Hijab in Handlungspraktiken einmündet. Wie die Referenzebene des Eigenen konkret in der Beurteilung des Anderen wirksam wird, zeigt das folgende Zitat. Es entstammt einem Gespräch mit einer Sozialarbeiterin aus dem Bayerischen Wald, die dort in der Jugendarbeit tätig ist und sich ehrenamtlich für Geflüchtete engagiert. In einer längeren Einlassung räsoniert sie über den Umgang mit religiösen Praktiken der Geflüchteten und kommt im Anschluss zu sehr kategorischen Anpassungsforderungen.

> Ich denke, so POLITISCH GESEHEN die Herausforderung ist auch […] die Frage, wie sich der Islam mit unserer Religion oder mit unserem Denken verbinden lässt, und da sehe ich zum Beispiel politisch schon, dass ich sage, WIE KANN ES SEIN, dass Menschen zum Beispiel FORDERN, Kopftuch aufsetzen zu dürfen, wenn sie zum Beispiel, sagen wir, im Rathaus arbeiten. Wo ich sage: Nein! Beispiel: Wenn ich in den Iran fliege und bin im Flugzeug, und der Landeflug geht auf Teheran, heißt es schon: A: Kopftuch, B: bedecken, […] also mindestens bis kurz vorm Knie einen Mantel drüber. Das heißt, ICH HABE DAS SO ZU MACHEN. Und wenn nicht, komme ich GAR NICHT REIN ins Land. Und dieses, ich WILL MEINE KULTUR HIER aber durchsetzen, das sehe ich als sehr schwierig. Und da bin ich auch SEHR NEGATIV. Also das ist so, da gibt es viele Leute, die sagen: »Lass sie doch«. Nein, da bin ich ganz anderer Meinung. Weil, ich denke einfach, das wird eine sehr große Herausforderung auf weite Sicht. Wenn so viele Muslime hierbleiben und hier immer mehr durchsetzen wollen, wie sie das wollen.[32]

In dieser Aussage wird die Eigenerfahrung von Roberta Klaus*, sich während einer Reise in den Iran vorübergehend den Normen eines autoritären Regimes zu unterwerfen, als Referenzrahmen für die Forderung nach einem autoritativen Umgang mit religiösen Bekleidungsformen in Deutschland herangezogen, etwa bei der Beschäftigung muslimischer Frauen im öffentlichen Dienst. Dabei hat die gewählte Referenzebene eine gehörige Schieflage, denn die normativen Vorstellungen eines autoritären Staates, in dem der Islam Staatsreligion ist, lässt sich kaum mit der im deutschen Grundgesetz garantierten Religionsfreiheit vereinbaren. Im weiteren Verlauf des Gesprächs wird deutlich, dass Roberta Klaus* ihre Anpassungserwartungen sachlich an ihre feministische Perspektive bindet, aus der heraus sie Rückschritte in der gesellschaftlichen Entwicklung zu einem gleichberechtigten Zusammenleben von Mann und Frau befürchtet, wenn die große Zahl der muslimischen Geflüchteten keinen Anpassungsdruck seitens der Mehrheitsgesellschaft verspüren. Eine ganz andere Einordnung des Kopftuchs als religiös-kulturelles Symbol findet sich in einem Zeitungsbeitrag, der über die Erfahrungen zweier ehrenamtlicher Helferinnen mit der Begleitung von Geflüchteten berichtet:

> Der Kontakt mit den Muslimen habe auch ihre Wahrnehmung auf die deutsche Gesellschaft verändert, erinnert sich S.: Die Mutter der syrischen Familie verlasse das Haus zwar nie ohne Kopftuch, »aber das hätte meine eigene Oma auch nicht anders gemacht«. Die Zeiten, in denen ein Kopftuch auch in Franken als obligatorisches Kleidungsstück für Frauen galt, seien noch gar nicht lange her. An dem, was anders ist, gebe es laut S. auch immer etwas Spannendes zu entdecken: »Die arabische Küche empfinde ich als große Bereicherung«, immer wieder werde sie bei Besuchen bei der Flüchtlingsfamilie zum Essen eingeladen. (Fränkische Landeszeitung 28.12.2015)

Hier kommt es also zu einer Rückbindung der als ›anders‹ beobachteten Bekleidung an eigene kulturelle Muster und Orientierungen. Das Verhaltensmuster einer muslimischen Syrerin wird im Kontext des eigenen Erfahrungshorizonts interpretiert bzw. normalisiert. Die Erinnerung an den Bekleidungsstil der eigenen Großmutter mit dem Kopftuch als »obligatorische[m] Kleidungsstück für Frauen« ermöglicht nicht nur eine

32 Interview mit Roberta Klaus* (Pseudonym), Sozialarbeiterin im Bayerischen Wald, Juni 2019.

Dekulturalisierung des Kopftuchs, sondern eröffnet auch die Perspektive auf Veränderung, die sich mit der Zeit einstellen kann. Anders als die Einlassung von Roberta Klaus*, die eine kategorische Anpassung an deutsche Sozialisationsmuster (die als säkulär und emanzipiert gerahmt werden) fordert, findet S. Ansätze, das Eigene im Anderen zu erkennen. In der Fokussierung auf das, was gleich ist (die Tatsache, dass Frauen ein Kopftuch tragen), schichtet sie die vielen Aspekte des Andersartigen ab, die in der Regel bei der Betrachtung muslimischer Frauen im Mittelpunkt stehen. Ihre Interpretationsleistung entsteht im Rahmen eines langfristigen, freundschaftlichen Kontakts zu der syrischen Familie – in der Begegnungsforschung auch als *meaningful contact* bezeichnet. Auf dieser Basis entsteht eine Beziehung, die es ermöglicht, den Anderen in seiner Gleichheit wahrzunehmen und damit auch Veränderungsprozesse bei sich selbst anzustoßen.

Die von S. reflektierte Entwicklung bestätigt akkulturationstheoretische Überlegungen zu den möglichen Veränderungen des Selbstbildes durch interkulturelle Begegnung und Kontakt. Dabei bleiben weiterhin die Prämissen wichtig, die Berry in seinem Akkulturationsmodell definiert hat, nämlich die Stärke des Wunsches auf Beibehaltung der ›eigenen‹ Kultur und Identität einerseits, sowie die angestrebte Beziehung zwischen dominanter und nicht-dominanter Gruppe andererseits (vgl. Kap. 6). Während in den Interpretationen von Roberta Klaus* vor allem der mögliche Angriff auf ihre weibliche, emanzipierte Identität durch das Frauenbild des Islam dominiert und zu einem starken Wunsch auf Beibehaltung der ›eigenen‹ Kultur führt, dominiert bei S. vor allem die Entwicklung einer Beziehung auf Augenhöhe, wodurch sie in der Lage ist, die Unterschiede zwischen dominanter und nicht dominanter Gruppe in einen anderen Interpretationsrahmen zu setzen. Diese beiden Beispiele weisen auch darauf hin, dass in die Wahrnehmung des ›Anderen‹ und Einlassung auf den ›Anderen‹ viele intersektionale Verschränkungen (Gender, Sozialer Status, *Race* etc.) hineinspielen.

Der Aufbau von Kontakt, sei es flüchtiger oder bedeutungsvoller Kontakt, ist dabei nicht auf die Personen in Schlüsselfunktionen der Aufnahmegesellschaft beschränkt, die wir in diesem Kapitel in ihren Rollen als Bürgermeister:innen, Sozialarbeiter:innen oder ehrenamtlichen Integrationshelfer:innen kennengelernt haben. Für das Andocken der Geflüchteten im deutschen Alltag in einer für sie fremden und befremdlichen Umgebung ist es die Summe der beiläufigen Gesten im Alltag, die einen Unterschied ausmacht (»Lächeln beruhigt uns«). Für diese angenehmen und beruhigenden non-verbalen Signale ist insbesondere mehr Zugewandtheit aus dem Bevölkerungsteil erforderlich, der häufig als »stille Mitte« passiv den Veränderungen der lokalen Gesellschaft beiwohnt und seine Indifferenz auch durch monotone Mimik im öffentlichen Raum zur Schau stellt.

8.3.2 »Everyday sameness« und »transversal enablers«

Auch der australische Soziologe David Radford, der zur Geflüchtetenaufnahme im ländlichen Australien forscht, setzt sich mit der Wahrnehmung des Andersseins und den Effekten von Kontakt und Begegnung auseinander. Er geht davon aus, dass die Identifikation des Anders-Seins nicht lediglich eine Differenzfeststellung ist, sondern dass Menschen die Tendenz haben, diese Differenzfeststellung in Opposition zu eigenen Merkmalen, Verhaltensweisen und Wertvorstellungen zu bringen, ähnlich wie ich das wei-

ter oben bereits an meinen eigenen empirischen Beispielen aufgezeigt und mit sozialen Identitätsprozessen begründet habe. David Radford hinterfragt die positive Dynamik interkultureller Kontakte und weist darauf hin, dass die Begegnung mit dem Anderen auch riskant sein könnte, da sie Quellen des Konflikts bereithält. Andererseits bietet sie Möglichkeiten der gegenseitigen Stärkung und gemeinsamen Weiterentwicklung.[33] Und: würde man sich gar nicht begegnen, so bliebe nur das Vorurteil! (Radford 2016)

In seinen empirischen Beobachtungen von Begegnungen zwischen afghanischen Geflüchteten und der australischen Kleinstadtbevölkerung erkennt David Radford verschiedene Formen des interkulturellen Missverständnisses, beispielsweise die Einstufung von unangepasstem Verhalten im öffentlichen Raum (z.B. nicht zurück Grüßen, auf den Boden schauen) als absichtsvoll, wenngleich es bei genauerer Betrachtung vielmehr aufgrund von Unwissen und Verhaltensunsicherheit in der jeweiligen Situation erfolgt. So klagte etwa die Mehrheitsbevölkerung, die afghanischen Männer würden an öffentlichen Orten herumlungern und den Frauen nachschauen. Darauf angesprochen, reagierten die afghanischen Männer erstaunt, denn es sei in ihrer Heimat vollkommen üblich, sich im Freien aufzuhalten und die Welt an sich vorbeiziehen zu lassen. Als sie verstanden, dass ihre Präsenz im öffentlichen Raum Missfallen erregt, zogen sie sich zurück, um keinen weiteren Ärger zu erzeugen, und fühlten sich seither ausgeschlossen.

Positiv aufgelöst werden konnten diese interkulturellen Missverständnisse, wenn es Menschen gab, die in der Lage waren, Verbindungen zwischen Eingewanderten und lokaler Bevölkerung herzustellen. David Radford bezieht sich dabei auf das Konzept der *transversal enablers* – Individuen, die durch interaktive Praktiken alltägliche Beziehungen zwischen Einheimischen und Neuankommenden vermitteln und damit interkulturelle Differenzen oder Unsicherheiten überbrücken (Wise 2009). Nach der Sozialkapital-Theorie Robert Putnams stellen *transversal enablers* genau dieses Sozialkapital zur Verfügung, durch das Brücken zwischen verschiedenen Gruppen gebaut und auf diese Weise Beziehungen geknüpft werden, von denen alle profitieren. Diese Form des sozialen Kapitals basiert auf der Bereitschaft zivilgesellschaftlicher Akteure, miteinander zu kooperieren. Grundlage für die Kooperation ist gegenseitiges Vertrauen, insbesondere auch in die Reziprozität von Leistungen, d.h. die Erwartung, das freiwillige Leistungen auch den Genuss von Gegenleistungen nach sich ziehen. Robert Putnam sieht Sozialkapital als Inbegriff einer bürgerschaftlichen Haltung und betont den nicht nur gruppenspezifischen Nutzen dieses »sozialen Klebstoffs« (»*social glue*«) für die Gemeinwesenentwicklung (Putnam 2000, 2007).[34]

In vielen empirischen Felder der Integrationsforschung werden entsprechende Brückenbauer vor allem in institutionalisierten Funktionen beschrieben, etwa in der Rolle von Integrationsberater:innen oder Mentor:innen. David Radford erkennt in seiner Forschung aber, dass im Grunde jede Kontaktperson diese Funktion ausüben kann, um die interkulturellen Dynamiken in einer Gemeinde positiv zu beeinflussen (Radford 2016:

33 Ähnlich formuliert es der britische Geograph Nigel Thrift (2005: 147), der Städte und ihre hohe Interaktionsdichte zwischen Fremden sowohl als »*oceans of hurt*« (2005,147) als auch als »*reservoirs of hope*« beschreibt.

34 Zur Anwendung des Konzepts auf Gemeinden in Deutschland vgl. Schnur 2003.

2136). Beispiele aus Radfords Forschung sind z.B. Erzieher:innen in der Kita, die die afghanischen Eltern aktiv animieren, zu verschiedenen Aktivitäten und Festen zu kommen und sich zu beteiligen. Meine vergleichende Forschung zu lokaler Rezeptivität bestätigt diese Befunde und lässt Muster erkennbar werden: So verfügen viele Brückenbauer über eigene Migrationserlebnisse, die sie als Reflexionsebene nutzen, um die Schwierigkeiten der Neuankommenden in der Gemeinde nachzuvollziehen und passende Angebote zu entwickeln, die das Ankommen erleichtern. Auch die Ansprache der Geflüchteten fällt ihnen oft leichter, wie die Sozialarbeiterin Jana Robson* mit Blick auf eine syrische Mitarbeiterin konstatiert, die in ihrer Migrationsberatungsstelle einen Bundesfreiwilligendienst leistet. »Wenn sie nicht kommt, kommt keiner zu den Veranstaltungen. Wenn sie kommt, kommen alle, (*lacht*) weil sie sozusagen eben die Mittlerin ist.«[35]

Doch nicht nur das Vorhandensein von Brückenkapitel ist von Relevanz, sondern auch die Frage, wie dieses vor Ort zum Einsatz kommt. Meine vergleichende Forschung hat gezeigt, dass dies vor allem damit zusammenhängt, wie die Träger:innen von Brückenkapital vor Ort eingebunden sind und gehört werden. Brückenkapital wird besonders in solchen Gemeinden wirksam, die eine grundsätzlich positive Grundstimmung bezüglich der Aufnahme von Geflüchteten zum Ausdruck bringen, was allen voran durch den Bürgermeister oder die Bürgermeisterin artikuliert wird. Um zu zeigen, wie diese Elemente zusammenwirken, besuche ich im nächsten Abschnitt ein Schwimmbad im ländlichen Niedersachsen.

8.3.3 Das Waldschwimmbad

Robert Schramm* betreut das Waldschwimmbad in Bad Kortheim*, das komplett in Händen eines Fördervereins ist. Die Stadtkasse ist klamm, so dass es nur die Alternative gab, das Schwimmbad zu schließen, oder es in ehrenamtliche Hände zu geben. Schnell fand sich der Verein zusammen, da das Schwimmbad als bedeutender Kontaktpunkt in der Stadt gilt, an dem alle Bevölkerungsgruppen zusammenkommen: »Weil das hier ist ja so ein Integrationspunkt, ein ganz großer. […]. Weil, wir haben hier sowohl, was die einheimische Struktur angeht, wir haben hier Kinder, Jugendliche, Erwachsene und alte Menschen, alle zusammen hier. Die sind alle hier im Wasser.«[36]

Als der Stadt 2015 mehrere hundert Asylsuchende zur Unterbringung zugewiesen wurden, wollte der Förderverein seinen Anteil dazu leisten, den Menschen eine Möglichkeit der Alltagsgestaltung zu bieten. »Dass die jungen Erwachsenen nicht den ganzen Tag auf der Bettkante sitzen müssen, sondern auch die Möglichkeit haben, zum Beispiel Sport zu treiben.« (Ebd.) So verschenkte man 100 Eintrittskarten, die von den Asylsuchenden auch gern genutzt wurden. Schnell stellte sich heraus, dass die Kinder der Asylsuchenden nicht schwimmen konnten, so dass als weitere Maßnahme Schwimmkurse angeboten werden mussten. Robert Schramm* erinnert sich lachend: »Hier vorne,

35 Interview mit Jana Robson* (Pseudonym), Sozialarbeiterin und Migrationsberaterin in der sächsischen Lausitz, Mai 2019.

36 Interview mit Robert Schramm* (Pseudonym), Ehrenamtlich Engagierter in Bad Kortheim* (Pseudonym), Dezember 2019.

da geht es runter, das ist hier drei Meter achtzig tief, hier vorne. Da sind dann manchmal Kinder reingesprungen, und gluck, gluck, da waren sie unten.«

Die Anwesenheit der neuen Badegäste zog verschiedene Anpassungsmaßnahmen nach sich. Die Baderegeln wurden in mehrere Sprachen übersetzt und zusätzlich Plakate in Symbolsprache zur Information aufgehängt. Diese Vermittlungsarbeit ist für Robert Schramm* aber nicht kulturspezifisch. Auch deutschen Familien müsse man teils erklären, wie man sich im Badebetrieb zu verhalten hat.

> Wir haben Interesse an einem reibungslosen Betrieb, sage ich mal. Und trotzdem ist es manchmal eine Herausforderung. Wenn dann eine Gruppe kommt, die nicht Deutsch spricht, die die Sitten und Gebräuche nicht kennen, und so. Aber das sind auch viele deutsche Familien, die das auch nicht kennen. Also, wo man denkt, ja, die müssen es eigentlich wissen, wie das geht, aber die wissen es auch nicht. Und da muss man denen das genauso erklären, wie den anderen. Und dann läuft das auch, funktioniert es auch.

Die Bürgermeisterin von Bad Kortheim* lobt die positive kollektive Haltung der lokalen Bevölkerung: »Wir sagen, wir sind gastfreundlich, wir sind weltoffen, so sehe ich uns. Es gibt sicherlich einzelne Stimmen, die da verhaltener sind. Aber so sehe ich uns.«[37] Natürlich waren nicht alle mit der Aufnahme von Geflüchteten und ihrer Integration in die Ortsgemeinschaft einverstanden. In Bezug auf den Badebetrieb wurden Anpassungserwartungen artikuliert, etwa hinsichtlich der Frage, ob man auf die Bedürfnisse muslimischer Frauen Rücksicht nehmen wolle. Schließlich votierte die Mehrheit für die Einrichtung einer Badezeit exklusiv für Frauen. Mit der Frage der Badebekleidung ging man sehr pragmatisch um, wie Robert Schramm* erzählt: »Wir haben gesagt, Ihr zieht einen Burkini an, alles gut. Es darf halt keine Baumwolle sein, muss halt ein synthetischer Stoff sein. So, dann ist das alles kein Thema.«

Die Anwesenheit der Geflüchteten im Schwimmbad erzeugt bald Unmut bei Besucherinnen, die sich von den geflüchteten Männern in unangemessener Weise betrachtet fühlen. Robert Schramm* betont, dass es zu keinerlei Übergriffigkeiten gekommen sei, und rechtfertigt das Verhalten der Geflüchteten mit dem *male gaze*, der in einem Schwimmbad weit verbreitet sei. Ganz wohl ist ihm nicht, als er diese Interpretation gegenüber der weiblichen Interviewerin leistet, und er sucht nach geeigneten Worten:

> Die haben sie ja nicht angemacht oder so was. Sondern die haben so geguckt. Ich meine, gucken ist… Wir sind hier…naja, in einem Bereich, … Hier ist man halt mit wenig Kleidung im Wasser oder läuft hier rum. Das ist hier relativ normal. Und das heißt, hier ist immer der Fall, dass jemand einen anguckt. Da sitzen die Leute hier, trinken Kaffee und gucken.

Eine weitere Quelle des öffentlichen Unmuts resultierte aus der Annahme, Geflüchtete würden nun den Einheimischen gegenüber bevorzugt, da sie kostenlos das Bad besuchen und vergünstigt an Schwimmkursen teilnehmen dürfen. Robert Schramm* dementiert das:

---

37 Interview mit Cornelia Rauh* (Pseudonym), Bürgermeisterin von Bad Kortheim* (Pseudonym), Januar 2019.

> Natürlich, aus Sicht einiger Deutsche, die hier waren, die dann sagen, denen schiebt ihr alles rein und wir kriegen es nicht, und so. Und deutsche Familien kriegen keine spezielle Unterstützung nein, das stimmt nicht, das kriegen auch deutsche Familien, wenn die sich melden hier, auch Unterstützung, auch Kurse, natürlich bezahlt. Schwimmkurse für Kinder. Ist genauso, gleiche Thema.

Der Förderverein stellt einige Geflüchtete als Reinigungskräfte ein, so dass diese plötzlich in einer Funktionsrolle im Schwimmbad in Erscheinung treten. Das fordert die hegemoniale Betrachtungsweise der Badegäste heraus. Robert Schramm* berichtet von der Aufregung eines Badegastes, der die somalische Reinigungskraft des Diebstahls verdächtigte, als sie im Bereich der Schließfächer ihrer Arbeit nachging: »Da kamen Leute an die Kasse zu uns, haben gesagt, da ist eine Schwarze Frau, die klaut.« Als er von dieser Unterstellung hörte, reagierte er sofort: »Als ich das dann gehört habe, dass so was kam, habe ich dann mit Leuten geredet, habe gesagt, passen Sie mal auf, das ist die [Name, B.G.], das ist unsere beste Reinigungskraft, die kommt aus dem Sudan, die spricht Deutsch, die spricht gut Deutsch, sprechen Sie sie ruhig an!«

Insgesamt zeigt der Förderverein als Badbetreiber eine pragmatische und integrative Haltung und scheut sich nicht vor konflikthaften Aushandlungsprozessen mit Personen, die sich kritisch gegenüber den Geflüchteten verhalten. Die mehrheitliche Haltung der Bad Kortheimer* Bevölkerung ist jedoch das Selbstverständnis, sich um die Menschen zu kümmern, die aus humanitären Gründen an ihrem Wohnort untergebracht wurden. Robert Schramm* lobt das große Engagement in der Bevölkerung und bringt es in Zusammenhang mit der jüngeren Zuzugsdynamik, die Bad Kortheim* erfahren hat. Viele der neu Zugezogenen wollten sich mit konkreten Ideen am gesellschaftlichen Leben beteiligen und hätten ehrenamtliche Initiativen angeregt. Darauf konnte 2015 die Hilfe für Geflüchtete aufbauen: »Alle, die was machen wollen, was bewegen wollen, können das hier tun. Da können wir nur daran wachsen.«

Günstig sei gewesen, dass viele Familien mit Kindern unter den Geflüchteten waren, denen die Einheimischen mit weniger Vorurteilen begegnen als alleinstehenden Männern. Viele hätten rasch Deutsch gelernt, die Kinder seien in den Schulen voll integriert. Der Ort konnte 2015 vakanten Wohnraum bieten und verfügt über die wesentlichen Versorgungsinfrastrukturen, die Familien benötigen. So ließen sich auch die Geflüchteten vom Bleiben überzeugen: »Viele, die haben gesagt, wir lernen jetzt Deutsch, wir sprechen jetzt nur Deutsch, und wir wollen hier bleiben. Und wir wollen, dass unsere Kinder hier zur Schule gehen. Sie sollen hier aufwachsen, sollen was Anständiges lernen und sollen was studieren oder irgendwas machen.«

Inzwischen haben sich viele persönliche Beziehungen zu den geflüchteten Familien entwickelt. Über diese sozialen Bindungen konnten Geflüchtete als ehrenamtliche Helfer:innen aktiviert werden, als Bad Kortheim* 2016 von einem Hochwasser heimgesucht wurde, das auch das Schwimmbad verwüstete: »haben geholfen, den Schlamm rauszuschaufeln, und den Garten wieder aufzuräumen, das Freibadgelände wieder aufzuräumen. Da haben viele mitgeholfen.« Die Sozialarbeiterin Carola Weise* findet, durch das Engagement für die Geflüchteten seien verschiedene zivilgesellschaftliche Akteure in der Gemeinde enger zusammengerückt. Auf diese Weise habe die Aufnahme von Geflüchteten auch einen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt geleistet: »Und das fand

ich ja ganz spannend, wo ich dachte, auch das ist eine Form von Integration, dass wir alle an einem Tisch sitzen und auch aus sehr unterschiedlichen deutschen Kulturen teilweise Menschen dagesessen haben oder auch immer noch sitzen. Und es funktioniert. Das finde ich ganz schön.«[38]

Die Bürgermeisterin bestätigt die grundsätzlichen theoretischen Annahmen der Akkulturationstheorie, dass das gemeinsame Tun und die sinnhafte Begegnung im Alltag dazu beitragen, Vorbehalte abzubauen. »Je mehr Menschen sich aktiv den Geflüchteten zuwenden, was anbieten, mit ihnen Erfahrungen machen, desto weniger Hemmschwellen haben die, die nicht dabei sind. Und sollte es Ängste geben, werden die auch anders abgebaut, wenn man einfach den Alltag zusammen erlebt.« Das Waldbad von Bad Kortheim* ist damit nicht nur ein Begegnungsort, sondern besitzt auch eine Zeigerfunktion hinsichtlich der Stabilität des sozialen Gefüges in Bad Kortheim*, findet Robert Schramm*: »Insofern ist so ein Bad immer so ein schöner Punkt, wo alles wieder dann zusammenkommt. Und ein schöner Praxistest, ob alles funktioniert.«

8.4 Etablierte und Außenseiter: wirkmächtige Zuordnungen

Begegnung und Kontakt, so zeigen die Ausführungen in diesem Kapitel, sind grundsätzlich voraussetzungsvoll und werden durch viele individuelle und gruppenbezogene Merkmale determiniert, die sich intersektional verschränken können, wie etwa Fragen von Alter und Geschlecht, Herkunft und Status. Begegnungen und Kontakt zwischen Geflüchteten und Einheimischen sind zusätzlich durch Machtungleichheit und die teils starke Wahrnehmung des ›Anders-Seins‹ beeinflusst. Interkulturelle Sensibilität ist erforderlich, um diese Aspekte zu reflektieren und im nächsten Schritt zu überwinden, um eine vorurteilsfreie Begegnung auf Augenhöhe zu realisieren.

Die sozialwissenschaftliche Forschung hält viele Konzepte bereit, die dabei helfen, Dynamiken und Reaktionsmuster in der Begegnung zwischen Einheimischen und Fremden zu verstehen. Viele dieser Konzepte ergründen die Ausformung von Unterschiedlichkeit in den Wahrnehmungsmustern und verknüpfen sie mit individuellen und kollektiven Merkmalen. Prozesse des *othering* werden vornehmlich mit dem Bedürfnis nach Stabilisierung der sozialen Identität erklärt. Die Reaktion der Abgrenzung geschieht nicht intentional, sondern ist in alltägliche Wahrnehmungs- und Ordnungsgewohnheiten eingebettet, was mit dem Ansatz der *everyday otherness* aufgezeigt wird. David Radford eröffnet mit dem Begriff der *everyday sameness* einen Perspektivwechsel hin zu den Gemeinsamkeiten von Gruppen im interkulturellen Begegnungskotext. Diese Perspektive schwingt in vielen Interviews mit, die wir mit der engagierten Zivilbevölkerung geführt haben. »Die Grundbedürfnisse eines Menschen sind immer die gleichen«, resümiert etwa die Sozialarbeiterin Carola Weise* aus Bad Kortheim*:

> Du möchtest eine sinnvolle Aufgabe haben, in Sicherheit leben, Verbundenheit. Also, dass Du Freunde hast, dass Du gesehen wirst, etwas zu tun, also, das ist eigentlich

38 Interview mit Carola Weise* (Pseudonym), Sozialarbeiterin in Bad Kortheim* (Pseudonym), Januar 2019.

> EGAL, wo jemand herkommt. Und ich glaube halt einfach, wenn wir bereit sind, wertzuschätzen, was jemand mitbringt, dann kann ganz viel passieren.[39]

Wichtig bei der Anwendung dieser Konzepte auf die Situation der Geflüchtetenaufnahme ist die Erkenntnis der raum-zeitlichen Situiertheit der Befunde. Kontakt und Begegnung müssen als Prozess verstanden werden, durch den sich Veränderungen wie Anpassung oder Gewöhnung einstellen können.

Ein Blick zurück in die Aufnahme der Weltkriegsvertriebenen zeigt die Wirkmächtigkeit ausgrenzender Mechanismen selbst bei diesen scheinbar Gleichen. In der Vorstellung der ›Etablierten‹ handelte es sich bei den Vertriebenen aus Preußen, Schlesien oder dem Sudetenland um Eindringlinge, die durch ihre konkreten Bedürfnisse eine Gefahr für den eigenen Wohlstand darstellten. Während diese Haltung in städtischen Zuzugsregionen weniger ausgeprägt war, weil dort durch die vielen Zu- und Wegzüge ohnehin eine größere Diversität entstand, die die Unterschiede der Fluchtbiographie überdeckte, zeigte sich das Etablierten-Außenseiter-Phänomen in den ländlichen Regionen sehr stark. Der Ethnologe Albrecht Lehmann (1991) begründet das mit der Geschlossenheit der dörflichen Lebenswelt und den personalisierten Erfahrungsräumen, in denen man sich durch das Erzählen einer gemeinsamen Geschichte mit konkreten Ereignissen wie Geburten, Unfällen oder Familienstreitigkeiten der gegenseitigen Solidarität versicherte. Gegen diese langjährig aufgebaute Gemeinsamkeit bleiben Neuankommende über Generationen hinweg Außenseiter. Das wurde auch in meinem Datenmaterial immer wieder deutlich:

> Also wir haben hier auch Geschichten davon, dass sich Leute vor 20, 25 Jahren sich ein Haus gebaut haben in irgendeinem Dorf, aus der Großstadt gekommen sind und nach 25 Jahren immer noch das Gefühl haben, sie gehören nicht zur Dorfgemeinschaft dazu. […] Das ist auch für uns Deutsche so ein Moment, wo wir kurz mal innehalten sollten, was bedeutet denn für uns eigentlich jemanden mit in die Gemeinschaft zu lassen und was ist überhaupt Gemeinschaft für uns? Wo fängt das an? Im Kopf? Muss ich mit den Leuten zur Schule gegangen sein, um mit ihnen in einer Stadt leben zu dürfen?[40]

Die mentale Abgrenzung wird durch Grenzziehungen im Sozialraum sehr konkret zum Ausdruck gebracht, etwa durch »die Linie auf dem Pausenhof«, die katholische Einheimische und evangelische Flüchtlingskinder trennte, wie Martin Ropert* aus Schwegholz* erzählte (vgl. Kap. 7). In Albrecht Lehmanns Dokumentation »Im Fremden ungewollt zuhaus« sind viele derartige Reflexionen von Geflüchteten versammelt, die beispielsweise nie in die Wohnung des einheimischen Nachbarskindes eingelassen wurden, denen es verwehrt wurde, Gebrauchsgegenstände auszuleihen, oder die es in der Dorfkneipe nie gewagt hätten, sich an den Stammtisch zu den Bauern zu setzen, denn diese hätten im Dorf das Sagen gehabt und auf die mittellosen Geflüchteten herabgesehen. Eine deftige Geschichte trägt in Albrecht Lehmanns Band der Zeitzeuge Franz Neumann

39 Interview mit Carola Weise* (Pseudonym), Sozialarbeiterin in Bad Kortheim* (Pseudonym), Januar 2019.

40 Interview mit Rainer Konert* (Pseudonym), Mitarbeiter Wohlfahrtsverband, Bad Borkau* (Pseudonym), Sachsen, Dezember 2019.

vor, der als Geflüchteter im Dorf eine Einheimische geheiratet hat, was damals noch in der Terminologie der Nazizeit »Mischehe« genannt wurde und gesellschaftlich ob der Mittellosigkeit und des fehlenden Leumunds des Bräutigams missbilligt wurde. Franz Neumann erzählt, dass ihm zehn Mark abverlangt wurden, als er seine Sauen beim Gemeinde-Eber decken lassen wollte, obwohl dies ein »öffentlicher Eber«, also Teil der dörflichen Allmende, gewesen sei. Die Replik des Bauern: »Ja, ganz recht, aber nur für Hiesige und Du bist kein Hiesiger.« Auf die Reaktion Franz Neumanns, dann würde er das nächste Mal seine Frau schicken, denn sie sei eine Einheimische, wollte der Bauer eine Gebühr von fünf Mark erheben, gleichsam ein fairer Preis für die »Mischehe«. Franz Neumann schließt die Erzählung mit den Worten »Das ist zum Lachen, aber so wurden wir verstoßen.« (Lehmann 1991: 50)

Eine Begebenheit, die ich in den 1990er Jahren erlebte, verweist auf die nachhaltige Wirkung von Etablierte-Außenseiter-Ordnungen für das eigene und das kollektive Selbstverständnis. Damals machte ich mit meiner bereits gebrechlichen Großmutter eine Spazierfahrt in den Ort, in dem sie nach der Vertreibung zunächst gelebt hatten. Unser Ziel war vor allem der dortige Friedhof, wo meine Großmutter nach den Gräbern einiger Bekannter schauen wollte. Kurz vor dem Parkplatz erkannte sie eine Frau auf der Straße. Als ich sie fragte, ob ich anhalten soll, damit sie ihr guten Tag sagen könne, winkte sie verlegen ab. Diese Frau hätte immer auf die Vertriebenen herabgesehen, der wolle sie jetzt nicht begegnen. Diese Begebenheit, immerhin 50 Jahre nach der Ankunft der Vertriebenen, weist auf die Persistenz von sozialen Hierarchisierungen auf Grundlage des Etablierten-Außenseiter-Konzeptes hin, zumindest, um bei dem Beispiel meiner Großmutter zu bleiben, bei den Außenseitern. Wie die Passantin, Angehörige der Etablierten, reagiert hätte, wüssten wir nur, wenn es zu einer Begegnung gekommen wäre. Doch diese Resilienz, die innere Standfestigkeit, sich in eine womöglich ›riskante Begegnung‹ zu begeben, konnte meine Großmutter nicht mehr aufbringen, und sie hätte vermutlich auch keinen nennenswerten transformativen Effekt mehr gehabt.

Anders sieht das in aktuellen Ankunftssituationen aus, wo sich Etablierte und Neuankommende neu formieren. Hier kann, in den Worten des Geographen Nigel Thrift und in Bezug auf Interaktionen zwischen Fremden und Einheimischen, auch die flüchtige Begegnung und die damit einhergehende beiläufige Sozialität einen »Ozean des Schmerzes« ebenso wie ein »Reservoir der Hoffnung« bereithalten (Thrift 2005: 147, aus dem Englischen übersetzt durch die Autorin). In meinem Datenmaterial kann ich diese Ambivalenz am Fallbeispiel Marstadt* nachzeichnen, die Stadt in Sachsen-Anhalt, die durch den hohen Leerstand der kommunalen Wohninfrastruktur Geflüchtete von Beginn an dezentral unterbrachte, so dass sich Begegnungssituation in der Nachbarschaft und im öffentlichen Raum ergeben. Geflüchtete berichten von den allmählichen Veränderungen, die sie bei Begegnungen auf der Straße erleben. Menschen schauen nicht mehr so grimmig, teils kommt es zu kommunikativen Situationen, die die Angleichung im Alltagsleben widerspiegeln. Haina Hamad* führt das auf den Gewöhnungseffekt im Alltag zurück:

> Weil die Ausländer wohnen fast überall in Marstadt*. […] Und wenn man jetzt überall wohnt, dann haben wir auch jetzt überall Deutsche in der Nähe oder bei unserer Umgebung. Und das heißt, dass die Leute, wenn die am Anfang jetzt sagen: »Ja, mit

> Ausländern will ich nichts zu tun haben.« Die, also die Ausländer jetzt sind nicht weg, und die Deutschen sind auch nicht weg. Und man lernt halt am Ende, dass man eigentlich nichts anderes als zusammenleben will.[41]

Zugleich erleben Geflüchtete in Marstadt* nach wie vor rassistische Anfeindungen und müssen stets darauf gefasst sein, angepöbelt zu werden. Es erfordert eine gewisse Widerstandsfähigkeit, also Resilienz, um negative Erfahrungen auszuhalten und weiter an der Beziehung zu arbeiten, anstatt die Differenz als unüberbrückbares Hindernis zu betrachten. Resilienz ist in dieser Form für die Geflüchteten genauso wichtig wie für die lokale Bevölkerung der aufnehmenden Kommune (vgl. Bourbeau 2015, Rashid/Gregory 2014). Im abschließenden Kapitel werde ich diesen Gedanken nochmals aufgreifen.

41 Interview mit Haina Hamad* (Pseudonym), Juli 2022.

Kapitel 9 – Integration vor Ort gestalten

In diesem Kapitel soll es darum gehen, wie die Integration von Geflüchteten vor Ort ausgestaltet wird. Die Aufnahme von Asylsuchenden ist zwar in nationalen Gesetzen geregelt, ihre Unterbringung und Integration findet jedoch in den Kommunen statt. Wie ich in Kapitel 6 bereits gezeigt habe, wird deren Aufnahmefähigkeit von strukturellen, politischen und gesellschaftlichen Faktoren beeinflusst, wobei in allen drei Bereichen eine Vielzahl von Optionen besteht, inwiefern existierende Ressourcen genutzt werden, um damit die Integration von Geflüchteten auszugestalten. Ich greife für dieses Kapitel auf Forschungsdaten aus einem Projekt zurück, in dem wir in den Jahren 2018 bis 2021 die Aufnahme von Geflüchteten in ländlichen Regionen untersucht haben.[1] Im Zentrum des Projekts stand die Frage, inwieweit die Ansiedlung von Geflüchteten in diesen oft von Abwanderung und demographischer Alterung geprägten Regionen Impulse für die zukünftige Entwicklung geben kann. Um diese Frage zu beantworten, hat unser Projekt-Team über drei Jahre hinwegwiederholt insgesamt 32 Ortschaften in den Bundesländern Bayern, Hessen, Sachsen und Niedersachsen aufgesucht und Interviews mit Geflüchteten sowie mit Akteur:innen aus Politik und Verwaltung, Bildung, Arbeitsmarkt, Sozialarbeit und der engagierten Zivilgesellschaft durchgeführt. Im Jahr vier nach dem ›Langen Sommer der Migration‹ interessierte uns, welche Erfahrungen seither mit der Aufnahme von Geflüchteten gemacht wurden. Welche zentralen Probleme wurden identifiziert? Welche Erfolge haben sich eingestellt? Welche Strukturen wurden aufgebaut? Wie wurde die lokale Bevölkerung in die Thematik eingebunden? Was ist konkret geschafft worden, und wie schaut man auf diese Phase zurück?

9.1 Was verstehen Sie unter Integration?

Viele dieser Gespräche rankten sich um den Integrationsbegriff. Aus Perspektive der Akkulturationsforschung ist Integration ein Prozess der gemeinsamen Veränderung. Das ist sowohl gesellschaftlich als auch sozialräumlich zu verstehen. Vor diesem Hintergrund kann die Aufnahme von Geflüchteten als eine Aufgabe beschrieben werden, die in ihrer

1 Eine Zusammenstellung der wichtigsten Projektergebnisse findet sich in Mehl et al. 2023.

kollektiven Bearbeitung Veränderungsprozesse in beiden Gruppen, aber auch im sozialräumlichen Gefüge einer Gemeinde anschiebt. Da ›Integration‹ jedoch in der Begriffsverwendung immer wieder sehr einseitig Veränderungsansprüche an die ›Anderen‹ formuliert, wird im wissenschaftlichen Diskurs inzwischen der Begriff der Teilhabe bevorzugt (Hinger 2023). In der politischen und gesellschaftlichen Praxis ist der Integrationsbegriff aber weiterhin omnipräsent, wenn auch mit sehr unterschiedlichen Bedeutungen. Am funktionalsten vielleicht im Bereich Arbeitsmarkt, wo Integration bedeutet, dass Erwerbslose – in diesem Fall Geflüchtete – durch die Bemühungen der Jobcenter und Arbeitsagenturen eine stabile Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt gefunden haben. Im Bereich des Spracherwerbs ist der Begriff in Gestalt der ›Integrationskurse‹ institutionalisiert. In diesen lernen Einwander:innen Deutsch bis zu einem Niveau, das selbständiges Agieren im Alltag und am Arbeitsplatz ermöglichen soll. Zudem wird landeskundliches, geschichtliches und politisches Wissen zu Deutschland vermittelt.[2] Einwander:innen, die den Integrationskurs abgeschlossen haben, haben damit einen wichtigen Schritt der Integration vollzogen. In Schulen und insgesamt in Bildungseinrichtungen wird der in der Pädagogik häufiger genutzte Begriff der Inklusion bevorzugt, der aus der Förderpädagogik stammt (Abram 2003). In Bezug auf Kinder aus geflüchteten Familien ist die Zielsetzung von Inklusion, dass die Kinder mit ihren jeweiligen Ressourcen am regulären Unterricht teilhaben und in die Lage versetzt werden, einen Bildungsabschluss zu erwerben.

Im Bereich Politik und Verwaltung ist das Begriffsverständnis weniger eindeutig. Kommunen haben zwar im Rahmen ihrer Selbstverwaltungsaufgaben viele Berührungspunkte mit den Integrationswegen von Geflüchteten, doch der größte Teil liegt im Bereich der freiwilligen Selbstaufgaben. Ob und in welcher Größenordnung und Nachhaltigkeit beispielsweise Beratungsstellen für Geflüchtete installiert werden, Fördergelder für deren Arbeitsmarktintegration eingeworben oder integrative Aktivitäten der Zivilgesellschaft unterstützt werden, unterliegt politischen Aushandlungsprozessen und ist natürlich auch abhängig von der kommunalen Finanzlage (Schammann/Gluns 2021: 112f.). In den thematisch versäulten Kommunalverwaltungen kommen Fragen von Integration eher gestreut als gebündelt auf und werden deshalb nicht unbedingt gleichartig adressiert. Eine konzeptionelle Leitschnur in Form von Integrationsleitlinien oder -konzepten kann das Akteurshandeln vereinheitlichen und auf ein gemeinsames Ziel ausrichten. Allerdings verfügten vor 2015 meist nur diversitätsgeprägte Großstädte über entsprechende Leitbilder, und oft wurden in diesen Leitbildern Asylsuchende gar nicht berücksichtigt, da man sie nicht als Teil der Stadtbevölkerung betrachtete. Eine Studie der Robert-Bosch-Stiftung folgend brachte der ›Lange Sommer der Migration‹ insofern einen Innovationsschub, als nun auch weniger von Migration geprägte ländliche Regionen begannen, ihre Ansätze der Integrationsarbeit konzeptionell zu grundieren. Überdies wurden

2 Nach §43, Abs. 2 AufenthG hat der Integrationskurs das Ziel, »die Ausländer an die Sprache, die Rechtsordnung, die Kultur und die Geschichte in Deutschland heran[zu]führen.« Er besteht aus einem 600 Unterrichtseinheiten umfassenden Sprachkurs sowie einem Orientierungskurs im Umfang von 100 Unterrichtseinheiten, in dem politisch-gesellschaftliche Grundlagen des Lebens in Deutschland übermittelt werden.

bestehende Integrationskonzepte auf die Gruppe der Geflüchteten ausgedehnt (Schammann et al. 2020).

Am wenigsten Kohärenz im Verständnis dessen, was Integration ist und wer dafür zuständig ist, findet sich auf Seiten der engagierten Zivilgesellschaft und der Aufnahmegesellschaft als Ganzes. In unseren Gesprächen mit lokalen Akteur:innen fragten wir nach ihrem eigenen Begriffsverständnis und baten um eine Einschätzung zu den Vorstellungen der breiten Bevölkerung in Bezug auf Integration (vgl. Tab. 9.1). Es offenbarte sich ein überwiegend assimilatives Verständnis mit der Erwartung, dass sich Geflüchtete an die Lebensweise der Einheimischen anpassen, Deutsch lernen, einer Erwerbsarbeit nachgehen und sich auch ansonsten den allgemein üblichen Tages- und Lebensläufen anpassen. Selbst in der engagierten Zivilgesellschaft sind assimilative Vorstellungen stark verbreitet, natürlich verbunden mit dem eigenen Engagement, den Geflüchteten im Prozess der Anpassung beizustehen. Auf der Ebene des nachbarschaftlichen Zusammenlebens ist das mit Abstand wichtigste Anpassungsfeld die Mülltrennung, für das mancherorts sogar Schulungen entwickelt wurden, um die Geflüchteten in dem neuen Wohnumfeld nicht anecken zu lassen. Teils greifen Anpassungserwartungen stark in den privaten Lebensvollzug ein. In einem lokalen Fallbeispiel zogen zwei Ehrenamtliche los, um in den Wohnungen der Asylsuchenden Vorhänge anzubringen. Die Geflüchteten hatten Zeitungspapier als Sichtschutz an die Scheiben geklebt, worauf sich die Ehrenamtlichen gezwungen sahen, einzuschreiten:

> Und dann sind wir nach einer gewissen Zeit […] von Wohnung zu Wohnung gegangen und haben denen klar gemacht, dass wir keine Zeitungen an Fenster kleben, denn wir sind ein Bad – Borkau*, das Bad – und die Kurgäste, die sollen hier nicht wissen, dass sonst wer hier wohnt. Das sind ganz normale Menschen, die vom Ausland kommen und wir machen Gardinen dran. Da haben wir überall Gardinen dran gemacht.[3]

Noch extremer schienen uns jedoch die vielen Einlassungen zur Rolle der Frau und zur Familienplanung, in der – ausgehend von der deutschen ›Normalfamilie‹ (vgl. Böllert/Peter 2012) – Kinderreichtum oder das Verzichten auf Empfängnisverhütung bei geflüchteten Frauen als bedenkliche Normabweichungen interpretiert wurden. Vereinzelt gab es neben diesen dominanten assimilativen Vorstellungen auch teilhabeorientierte Perspektiven, die Integration als eine egalitäre Form der Begegnung, gegenseitigen Annäherung und des Wandels verstanden; diese wurden aber überwiegend von hauptamtlichen Akteur:innen aus dem Bereich der sozialen oder interkulturellen Arbeit geäußert.

3 Interview mit Erna Schubert* (Pseudonym), ehrenamtlich Engagierte in Bad Borkau* (Pseudonym), Dezember 2019.

Tab. 9.1: Was verstehen Sie unter Integration? Perspektiven zivilgesellschaftlicher Akteur:innen und Vorstellungen über das gesellschaftliche Alltagsverständnis

ASSIMILATIONSORIENTIERTES BEGRIFFSVERSTÄNDNIS	
Integration als Assimilation	
Ziel:	Vollständige Anpassung der Migrant:innen
Voraussetzungen:	Wille und Bemühen der Geflüchteten, sich an die ortsüblichen Regeln, Kultur, Werte etc. anzupassen; Spracherwerb; Arbeitsmarktintegration
Verantwortung:	Migrant:innen
Unsichtbare Migrant:innen	
Ziel:	Aufrechterhalten des gesellschaftlichen Friedens; geräuschlose Eingliederung
Voraussetzungen:	Ruhe und Ordnung im Ankunftsprozess; unauffälliges Verhalten im Alltag; Arbeitsmarktintegration
Verantwortung:	Migrant:innen
TEILHABEORIENTIERTES BEGRIFFSVERSTÄNDNIS	
Zusammenleben in Vielfalt	
Ziel:	Zugewanderte sind Teil der Gesellschaft
Voraussetzungen:	Offenheit; Toleranz; Grundgesetz als Wertebasis
Verantwortung:	Migrant:innen und Aufnahmegesellschaft
Integration als Inklusion	
Ziel:	Zugewanderte einbeziehen, so wie sie sind
Voraussetzungen:	Offenheit; Akzeptanz; Selbstreflexivität
Verantwortung:	Migrant:innen und Aufnahmegesellschaft
Integration als Soziale Teilhabe	
Ziel:	Prozess des aufeinander Zugehens, Arbeit an gemeinsamen Zielen
Voraussetzungen:	Interesse beider Seiten, aufeinander zuzugehen; Gegenseitige Offenheit; Betonung der Gemeinsamkeiten bei Akzeptanz der Unterschiede; Dialog auf Augenhöhe
Verantwortung:	Migrant:innen und Aufnahmegesellschaft
Postmigrantische Perspektive auf gesellschaftliche Vielfalt	
Ziel:	Zusammenleben in Vielfalt; Gemeinschaftsgefühl
Voraussetzungen:	Ermöglichen von Teilhabe; Erwerb interkultureller Kompetenz in der Aufnahmegesellschaft
Verantwortung:	Migrant:innen und Aufnahmegesellschaft

Quelle: Eigene Zusammenstellung

9.2 Wer ist zuständig? Die Perspektive der Bürgermeister:innen

Mit Blick auf das sozialräumliche Gefüge der Gemeinde muss zunächst betont werden, dass Migration nur eine von vielen gleichzeitig ablaufenden Entwicklungen ist. Konkret waren die aufnehmenden Gemeinden, mit denen wir als Forscherinnen zu tun hatten, konfrontiert mit der Bewältigung des demographischen Wandels und dem damit zusammenhängenden Bedarf an Fachkräften und Problemen mit der Aufrechterhaltung der Daseinsvorsorge in der ländlichen Peripherie. Auch bereits vergangene, aktuelle oder für die nahe Zukunft erwartete industrielle Transformationsprozesse beschäftigten die Gemeinden, allen voran die Bürgermeister:innen, und rahmten dementsprechend auch deren Wahrnehmung auf die Aufgabe der Integration von Geflüchteten. Gerade in den ostdeutschen Gemeinden wurden zudem die Verschlechterung der öffentlichen Stimmung und die starke soziale Ungleichheit als Langzeitfolge der Transformationen der 1990er Jahre als Herausforderung angesprochen.

In der vergleichenden Betrachtung schälen sich drei Typen von Reaktionen aufseiten der Bürgermeister:innen heraus, die sich zwischen proaktivem Handeln und defensiv-passiven Reaktionen aufspannen. Die Mehrheit der von uns betrachteten Gemeindeoberhäupter lässt sich der Gruppe der proaktiv Handelnden zuordnen. Sie bekennen sich zu der Verantwortung der Kommune, für eine gute Aufnahme der Geflüchteten zu sorgen, die ihrer Gemeinde zugewiesen werden. Dabei ist ihnen bewusst, dass Bürgermeister:innen in der Gemeinde eine Vorbildfunktion einnehmen und als Motor von Veränderung agieren. So betont etwa Anton Jung*, Bürgermeister der niedersächsischen Kleinstadt Weglar*: »Wenn wir, die politisch Verantwortlichen, hier als Bedenkenträger durch die Gegend laufen, dann kann die Integration ja nicht gelingen.«[4] Die eigene konstruktive Haltung wird teils mit der historischen Verantwortung Deutschlands während der Zeit des Nationalsozialismus gerahmt, Schutzsuchende nicht abzuweisen. »Aus so einer Geschichte muss man ja lernen. Leute, das darf uns NIE wieder passieren!« findet der Bürgermeister der hessischen Kleinstadt Deutenbach*, Reinhard Kober*. Diesen Deutungsrahmen aktiviert er, um sich für einen teilhabeorientierten Umgang mit den Geflüchteten einzusetzen, die seiner Gemeinde zugewiesen werden: »Und das war ja ein *Branding*, was wir gesetzt haben nach außen, dass wir gesagt haben, das ist die Art, wie wir mit fremden Menschen bei uns umgehen wollen und haben ein sehr positives Bild gezeichnet«.[5] Mehrere der proaktiven Bürgermeister:innen rekurrieren auf die lokale Migrationsgeschichte des Ortes, um die Aufnahme von Geflüchteten als Fortsetzung eines kontinuierlichen Entwicklungspfades zu rahmen: »Generell denke ich, dass wir gemeinsam mit anderen Kommunen an dem Punkt stehen, dass Flüchtlinge, dass es Migration immer schon gab, wir auch immer schon Migrantenfamilien hier hatten«, findet etwa die Bürgermeisterin der Gemeinde Bad Kortheim*, die während des Besuchs im Waldbad in Kapitel 8 bereits zu Wort kam. Weltoffenheit und Zugewandtheit werden

4 Interview mit Anton Jung* (Pseudonym), Bürgermeister der Gemeinde Weglar* (Pseudonym) in Niedersachsen, April 2019.

5 Interview mit Reinhard Kober* (Pseudonym), Bürgermeister der Gemeinde Deutenbach* (Pseudonym) in Hessen, April 2019.

vor diesem Hintergrund als kollektive Kernkompetenzen postuliert, die nicht nur in Bezug auf Geflüchtete sinnvoll sind:

> Ich denke, wir können das, was wir für alle Bürger hier versuchen zu bieten, auch nur so öffnend und gastfreundlich allen anbieten, was hier ist. Und wir werben eben mit unseren Standortfaktoren und mit unseren sehr bescheidenen Mitteln, die wir haben. Wir sagen, wir sind gastfreundlich, wir sind weltoffen, so sehe ich uns.[6]

Proaktive Bürgermeister:innen nutzen ihre herausgehobene Rolle und ihre gute Vernetzung in die Zivilgesellschaft, um das bestehende integrative Potenzial der organisierten Zivilgesellschaft auf die Geflüchteten auszurichten. In der niedersächsischen Kleinstadt Trabsen* wird beispielsweise ein Runder Tisch mit allen relevanten Akteur:innen gegründet, aus dem heraus Koordinationsstrukturen für die Organisation der Integrationsaufgaben entstehen. Die Bürgermeisterin[7] ist eine der Schlüsselpersonen, die die verschiedenen Akteur:innen zusammenbringt. Als sich ein Teil der Ehrenamtlichen als Verein institutionalisiert, um Fördergelder verwalten zu können, wird sie selbstverständlich Teil des Vorstands. Ein besonders markantes Charakteristikum dieses Typus an Stadtoberhäuptern ist auch ihr integrativer Blick auf die verschiedenen Herausforderungen der Gemeindeentwicklung. Innerhalb dieses Rahmens bemühen sich Bürgermeister:innen, Teilhabemöglichkeiten für Geflüchtete im Zusammenspiel mit Angeboten für die Gesamtgesellschaft zu schaffen.

> Also ich würde jetzt einmal sagen, dafür arbeiten wir ja, dass wir so eine Region einfach werden, wo dann mehr Arbeitsplätze vorgehalten werden, auch für Bürger hier oder für junge Menschen vor allen Dingen, die ihre Schule abschließen und dann auch eine Perspektive hier kriegen. Und genau das Gleiche würde ich jetzt für Flüchtlinge gleicherweise sehen, dass man da auch eine Perspektive bietet. Das heißt, Arbeitsplätze vorzuhalten, breites Spektrum und dann natürlich Kindergärten. Die Sozialbetreuung, wenn ich an unsere Stadtjugendförderung denke, also das sind alles so Themenbereiche, wo man, glaube ich, ein gewisses Heimatgefühl generieren kann.[8]

Einen Gegenpol zu diesem proaktiven Typ des Gemeindeoberhauptes sind Bürgermeister:innen, die sich eher passiv zu den Teilhabeoptionen von Geflüchteten verhalten. Dabei wird die eigene Verantwortung für das Thema abgelehnt und auf die übergeordnete Regierungsebene der Landkreisverwaltung verwiesen. So findet Konrad Seitz*, Bürgermeister der Gemeinde Ronnersdorf* in Hessen:

> Also wir sind jetzt nicht als Kommune in der Politik ständig unmittelbar mit dem Thema Betreuung von Flüchtlingen befasst. Weil es auch nicht unser Thema ist von der

6 Interview mit Cornelia Rauh* (Pseudonym), Bürgermeisterin der Gemeinde Bad Kortheim* (Pseudonym) in Niedersachsen, Januar 2019.

7 Zwar sind meine Forschungsdaten nicht repräsentativ, aber es ist doch auffällig, dass die befragten Frauen in kommunalen Führungspositionen im Vergleich zu den männlichen Amtsträgern überproportional häufig der proaktiven Akteursgruppe zuzurechnen sind!

8 Interview mit Tobias Baumann* (Pseudonym), Bürgermeister der Gemeinde Kybra* (Pseudonym) in Hessen, März 2019.

> Zuständigkeit. Wir waren zuständig durch die Vereinbarung. Der Kreis hat uns das zugewiesen, hat gesagt, okay, ihr müsst die Flüchtlinge unterbringen. Aber alles andere, was die Betreuung dieser Menschen anbelangt, liegt ja beim Sozialamt.[9]

Ein weiteres Charakteristikum des passiven Typus sind Zweifel, dass der ländlich-periphere Standort den Geflüchteten »Heimat bieten« könnte, wie es Bürgermeister Michael Bergmann* aus der sächsischen Kleinstadt Friedenau* formuliert:

> Also ich könnte mir für uns hier nicht vorstellen, dass wir im großen Stil jetzt hier Zuzüge von Asylbewerbern oder von ausländischen Menschen aus dem arabischen Raum oder ähnliches, Heimat werden können oder bieten können. Denke ich, das entspricht auch nicht denen ihren Vorstellungen oder Perspektiven, die sie jetzt hier haben.[10]

Insofern Geflüchtete sich längerfristig in der Gemeinde etablieren, läge das aus Sicht der passiv agierenden Gemeindeoberhäupter ausschließlich in der Verantwortung der Geflüchteten. Diese müssten individuelle Anstrengungen unternehmen, um sich soziale und ökonomische Teilhabe zu erarbeiten.

> Es gibt welche, die möchten das und wenn sie das möchten, hier auch arbeitstechnisch ansässig werden, dann wird es auch Wege geben, wo das möglich ist. […] Weil natürlich gehe ich davon aus, dass auch der Anspruch eines dann ausländischen Mitbürgers – ist ja kein Asylbewerber mehr – ist, sich selber irgendwo zu kümmern und einfach auch mehr zu haben als nur, in Anführungsstrichen, das Thema Hartz IV. Also ich will ja irgendwo dann doch etwas erreichen. Und wenn es da eine Arbeit gibt, dann wird es auch die Möglichkeit für Wohnungen geben, das denke ich schon. (Ebd.)

Die Integrationsaufgabe wird vollständig aufseiten der Geflüchteten gesehen. Das Erreichen wirtschaftlicher Eigenständigkeit und die Anpassung an die lokale Gesellschaft mit ihren Gepflogenheiten sind eher die Voraussetzung als das Ziel lokaler Integration. Dabei ist die eigene Rolle des Gemeindeoberhauptes eine passiv abwartende (»und wenn sie das möchten, […], dann wird es auch Wege geben«).

Ein dritter Typus von Handlungsorientierungen liegt zwischen den beiden beschriebenen Extremen. Auch hier dominiert die eher passive Hinnahme der Zuweisung von Geflüchteten und der damit einhergehenden Verpflichtung, sich um deren Integration zu kümmern. Das eigene Handeln bewegt sich vorrangig im Rahmen des üblichen Verwaltungshandelns mit seinen versäulten Zuständigkeiten. Handlungsansätze in Bezug auf die Teilhabe Geflüchteter werden eher situativ als strategisch ausgerichtet, wie Robert Stemmler*, Bürgermeister von Ehrsfeld* in Bayern, erklärt:

> Überall da wo halt ein Problem aufgetaucht ist, hat man halt dann eine Lösung erarbeitet. Wir haben also nicht jetzt extra irgendjemand, wo man sagt, so wie Behinder-

9 Interview mit Konrad Seitz* (Pseudonym), Bürgermeister der Gemeinde Ronnersdorf* (Pseudonym) in Hessen, März 2019.

10 Interview mit Michael Bergmann* (Pseudonym), Bürgermeister der Gemeinde Friedenau* (Pseudonym) in Sachsen, März 2019.

> tenbeauftragte, gibt es einen Integrationsbeauftragten im Rathaus oder so, sondern es schlägt da in verschiedenen Ämtern auf, das Thema, und das bespricht man halt dann in der Amtsleiterrunde.[11]

Die eigentliche Arbeit der sozialen Integration wird in der Verantwortung der engagierten Zivilgesellschaft sowie bei caritativen Institutionen und Vereinen gesehen. Deren Arbeit wird in den entsprechenden Austauschrunden zur Kenntnis genommen, aber es entsteht keine konstruktive Diskussion über die Ziele und Ausrichtung der Integrationsarbeit:

> Organisierter Austausch ist jetzt da nicht vorhanden. Das ganze Thema Integration ist insofern jetzt ein Austausch, weil jetzt ein Integrationslotse da ist, der sich auf der Bürgermeisterdienstversammlung oder in der Kreistagssitzung seine Arbeit präsentiert. Aber dass jetzt darüber hinaus interkommunal nochmal eine Ebene entsteht, wo man sagt: Du hast doch auch eine GU[12], wie läuft das bei Dir? Das ist eigentlich nicht der Fall, weil sich die Kirchen darum angenommen haben. Weil wenn sich die kirchlichen Gruppierungen nicht darum angenommen hätten, dann hätte es der Bürgermeister auf der To-Do-Liste drauf. Und so können wir uns sehr angenehm zurücklehnen, weil diesen Großteil der Arbeit eigentlich die kirchlichen Einrichtungen übernehmen.[13]

Rüdiger Kahn*, Bürgermeister der fränkischen Landgemeinde Berglach*, schaltet sich lediglich situativ in das Thema ein. Nachdem er in der Anfangsphase der Geflüchtetenaufnahme aktiv die Bevölkerung eingestimmt und die Förderung der Netzwerkarbeit vorangetrieben hat, verlässt er sich jetzt auf die Tätigkeit der Zivilgesellschaft. Seine Aufgabenvielfalt als Bürgermeister erlaube kein aktiveres Engagement, und das sei auch nicht nötig:

> Ich muss dann aber auch einfach sagen, im Rahmen dieses Amtes habe ich ja nicht nur das. Ich habe mich dann ein wenig zurückgezogen, das ist gelaufen. […] Ansprechpartner bin nach wie vor in der Gemeinde ich. Wenn sie ein Problem haben, dann läuft es über mich. Dann schaue ich, dass ich helfen kann.

Diese divergierenden Auffassungen geben bereits erste Hinweise auf die Vielfalt von Handlungsansätzen und die Intensität des Engagements vor Ort, wenn es darum geht, das Ankommen und Bleiben der Geflüchteten zu gestalten. Natürlich sind die Bürgermeister:innen nur eine Akteursgruppe in dem Gesamtpaket von Aufnahmefaktoren, aber eine besonders wichtige. Die Politikwissenschaftler:innen Christin Younso und Hannes Schammann heben die transformative Funktion von Schlüsselpersonen wie Bürgermeister:innen hervor. Denn diese haben die Handlungsmacht, die vorhandenen strukturellen Ressourcen einer Gemeinde konstruktiv zum Einsatz zu bringen, oder

---

11 Interview mit Robert Stemmler* (Pseudonym), Bürgermeister der Gemeinde Ehrsfeld* (Pseudonym) in Bayern, Februar 2019.

12 Gemeinschaftsunterkunft

13 Interview mit Armin Kallert* (Pseudonym), Bürgermeister der Gemeinde Rodegast* (Pseudonym) in Bayern, Januar 2019.

auch »eine gute Ausgangslage ungenutzt zu lassen« (Younso/Schammann 2023: 77). Für den Landrat Harald Uhlig* ist der Bürgermeister an dieser Stelle »wie der Dirigent. Und wenn er den Einsatz eben falsch anzeigt, dann ist die Musik keine gute. Und ähnlich ist das bei diesen Dingen auch.«[14]

Im Modell lokaler Rezeptivität, das ich in Kapitel 6 vorgestellt habe, wird der Unterschied zwischen vorhandenen Ressourcen und ihrem Einsatz für die Integrationsaufgabe systematisiert. Dabei habe ich drei Faktorenbündel identifiziert, die eine zentrale Rolle spielen: die infrastrukturellen Gegebenheiten, das Agieren von Politik und Verwaltung, und die Einstellungen und Aktivitäten der Aufnahmegesellschaft und der engagierten Zivilgesellschaft. Unsere Forschungen zeigen, wie wichtig es ist, diese Bereiche nicht voneinander entkoppelt, sondern im Gesamtzusammenhang zu sehen, und dabei auch den breiteren Kontext wie etwa das politische Klima und übergeordnete Diskurse zum Thema Geflüchtetenaufnahme zu berücksichtigen.[15] Das werde ich im Folgenden anhand dreier lokaler Fallbeispiele vertiefen. Jedes steht exemplarisch für einen der soeben herausgearbeiteten Typen von bürgermeisterlichen Handlungsorientierungen. Anhand des Umgangs mit den Geflüchteten und den lokalen Aushandlungen von Teilhabe zeigen sich ganz unterschiedliche Schwerpunkte der Integration, die sich mit der Gesamtkonstitution der Gemeinde erklären lassen. In der Gemeinde Trabsen* – deren Bürgermeisterin dem proaktiven Typus angehört – liegt der Fokus auf dem Ermöglichen sozialer Teilhabe. In der Gemeinde Ehrsfeld* – mit einem indifferent agierenden Bürgermeister – geht es vor allem um die Integration in den Arbeitsmarkt. In Friedenau*, dessen Bürgermeister dem passiv-defensiven Typus zugeordnet werden kann, dominiert die Reibung zwischen den konkreten Integrationsbedürfnissen der Geflüchteten und dem skeptischen bis feindseligen öffentlichen Diskurs in der Region, dem sich auch die handelnden Akteur:innen nicht entziehen können. Diese drei Gemeindeporträts und die dort verhandelten Themen sind keinesfalls erschöpfend, aber sie zeigen exemplarisch, welche Bandbreite das Thema Geflüchtetenaufnahme in den Jahren nach 2015 in den Städten und Gemeinden Deutschlands entfaltete.

9.3 Integration und Teilhabe gestalten: Drei Gemeindeporträts

Die drei Kleinstädte Trabsen* im südlichen Niedersachsen, Ehrsfeld* in Mittelfranken und Friedenau* in der sächsischen Lausitz liegen im ländlichen Raum und sind gekennzeichnet durch dünne Besiedlung, was auch eine prägende Rahmenbedingung für die Aufnahme von Geflüchteten ist. Als Forscherin in derartigen Regionen ist man vor allem viel auf Achse. Denn die relevanten Akteur:innen sitzen nicht alle an einem Ort: Die Ausländerbehörde als Ansprechpartnerin für aufenthaltsrechtliche Fragen ist in der Kreisstadt angesiedelt, ebenso wie das Jobcenter und andere relevante Ämter, wie etwa das Gesundheits- oder das Sozialamt. Auch Einrichtungen der Erwachsenenbildung, die zum Beispiel Deutschkurse anbieten, finden sich vorwiegend in den Kreisstädten. Bei

14 Interview mit Harald Uhlig* (Pseudonym), Landrat des Landkreises Bautzen, März 2019.

15 Ergebnisse unserer Forschung zur lokalen Rezeptivität finden sich beispielsweise in Glorius/Bürer/Schneider 2021 und Glorius 2023.

den Bildungseinrichtungen findet man Kindertagesstätten und Grundschulen in relativ vielen Orten, weiterführende Schulen eher nicht. Geflüchtete, die im ländlichen Raum angesiedelt werden, sind notwendigerweise auch sehr viel auf Achse, ebenso wie Ehrenamtliche, die sie unterstützen, oder auch hauptamtliche Sozialarbeiter:innen.

Tabelle 9.2 vermittelt einige Überblicksdaten zu den drei Regionen, denen die Fallstudiengemeinden zugeordnet sind. Markante Unterschiede sind in der demographischen Struktur auszumachen, mit einem relativ hohen Anteil an Kindern und Jugendlichen sowie Bevölkerung im Erwerbsalter im mittelfränkischen Landkreis im Vergleich zu den anderen beiden Landkreisen. In der sächsischen Lausitz zeigt sich ein vergleichsweise niedriger Ausländeranteil. Hinsichtlich der Wirtschaftslage fällt das deutlich höhere einwohnerbezogene Bruttoinlandsprodukt in den beiden westdeutschen Landkreisen im Vergleich zur sächsischen Lausitz auf. Die Arbeitslosenquote ist insgesamt niedrig, wobei der mittelfränkische Landkreis hier mit einer besonders niedrigen Quote, vor allem auch bei den Langzeitarbeitslosen, hervorsticht. Die politische Grundhaltung in den drei Regionen – hier abgebildet durch die Stimmanteile der anteilig stärksten Parteien bei der im Untersuchungszeitraum abgehaltenen Kreistagswahl – ist äußerst unterschiedlich: Während die mittelfränkische Region mit den hohen Stimmanteilen für CSU, Freie Wähler und Grüne eine konservativ-heimatverbundene Haltung zeigt (auch der Landrat und der Bürgermeister von Ehrsfeld* gehören der CSU an), besitzt Südniedersachsen eine starke sozialdemokratische Basis, gepaart mit konservativ-liberalen Haltungen. Landrätin und Bürgermeisterin der Fallstudienkommune Trabsen* gehören der SPD an. In der sächsischen Lausitz zeigt sich ein für den Osten Deutschlands recht typisches Bild mit einem hohen Stimmanteil für die AfD, fast gleichauf mit Stimmen für die CDU (der auch der Landrat angehört, während der Bürgermeister von Friedenau* parteilos ist) sowie einem signifikanten Zuspruch für die Linkspartei. Dieses Wähler:innenbild lässt sich am ehesten als nationalkonservativ bezeichnen.

Tab. 9.2: Regionale Kennziffern zu Untersuchungsregionen im südlichen Niedersachsen, Mittelfranken und in der sächsischen Lausitz

	Region Südliches Niedersachsen (Landkreis Northeim)	**Region Mittelfranken (Landkreis Neustadt/ Aisch-Bad Windsheim)**	**Region Sächsische Lausitz (Landkreis Bautzen)**
Fläche, in km²	1.268	1.267	2.395
Einwohner:innen (2021)	131.765	101.788	296.290
Altersgruppen, in % (2020)			
unter 18 Jahre	15,2	16,8	16,2
18 bis unter 65 Jahre	58,9	61,8	55,6
65 Jahre und älter	25,9	21,4	28,2
Anteil Ausländer:innen, in % (2019)	6,3	8,7	2,1

Anzahl Asylsuchende (2019) (Anteil an Gesamtbev. in %)	2.880 (2,19)	1.200 (1,18)	2.365 (0,80)
BIP je Einwohner:in (2019)	29.592 EUR	29.307 EUR	25.973 EUR
Arbeitslosenquote, in % (2020) (darunter Langzeitarbeitslose, in %)	5,4 (43,1)	2,3 (26,3)	5,4 (44,2)
Stärkste Parteien Kreistag, Anteil Wählerstimmen in %	2021: SPD: 39,9 CDU: 25,9 FDP: 11,6	2020: CSU: 38,7 FWG: 15,3 Grüne: 13,5	2019: AfD: 29,4 CDU: 29,1 Linke: 10,9

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Statistische Landesämter

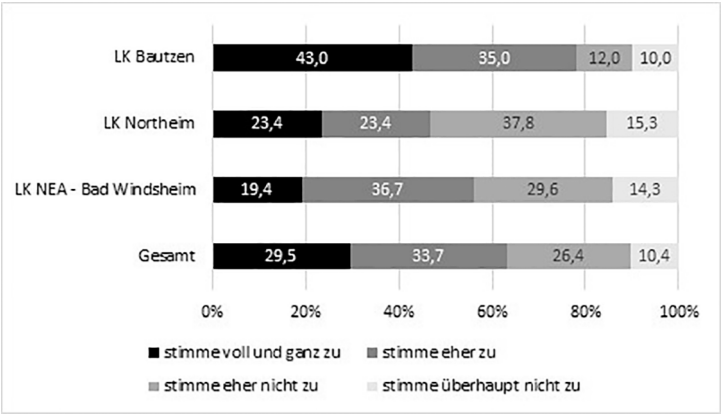
Für einen vergleichenden Blick in die Befindlichkeiten der Aufnahmegesellschaft verwende ich Daten aus einer repräsentativ angelegten Bevölkerungsbefragung, die wir 2019 im Rahmen unserer Forschung durchgeführt haben. Insgesamt 4.000 Haushalte in unseren ländlichen Untersuchungsgebieten waren einbezogen. Wir erkundeten nicht nur die Einstellungen gegenüber Zuwanderung, Diversität und der Aufnahme von Geflüchteten, sondern stellten auch Fragen zur persönlichen Lage und der Lebenszufriedenheit an den ländlichen Wohnstandorten. Die Daten werden aggregiert auf Ebene der Landkreise dargestellt.[16] Die eher auf die allgemeine Migrationspolitik fokussierende Aussage »Es leben zu viele Geflüchtete in Deutschland« wird nur im Landkreis Northeim mehrheitlich abgelehnt, während im Landkreis Neustadt/Aisch-Bad Windsheim eine kleine Mehrheit und im Landkreis Bautzen eine große Mehrheit dieser Aussage ganz oder teilweise zustimmt (Abb. 9.1). Die auf gleichberechtigte Teilhabe orientierte These »Wir sollten die in Deutschland lebenden Ausländer an unserem Leben teilhaben lassen« erhielt in allen drei Landkreisen ein überwiegend positives Votum, allerdings fiel die uneingeschränkte Zustimmung im Landkreis Bautzen wesentlich geringer aus als in den beiden anderen Landkreisen (Abb. 9.2). Während die Aussage »Geflüchtete benötigen Unterstützung bei der Integration durch die Zivilgesellschaft« in allen drei Landkreisen eine starke Zustimmung fand (Abb. 9.3), zeigte sich bei der Aussage »Es ist gut, sich für Geflüchtete zu engagieren« wiederum eine wesentlich verhaltenere Zustimmung im Landkreis Bautzen im Vergleich zu den beiden anderen Landkreisen (Abb. 9.4).[17] Diese Ergebnisse liefern erste Hinweise auf das allgemeine Klima, innerhalb dessen die Geflüchtetenaufnahme vor Ort verhandelt wird. Angesichts der erheblichen Diskrepanzen zwischen den Landkreisen Northeim und Neustadt/Aisch-Bad Windsheim einerseits und dem Landkreis Bautzen andererseits kann vermutet werden, dass

16 Für die schriftliche Umfrage wurde eine Zufallsstichprobe von 4.000 Personen aus der Gesamtbevölkerung unserer Untersuchungsregionen gezogen, von denen sich 908 beteiligten. Der Fragebogen umfasste Fragen zur Wohnzufriedenheit, zur Qualität von Nachbarschaftsbeziehungen, zu wahrgenommenen Problemen auf lokaler Ebene sowie Einstellungen gegenüber Migrant:innen und Geflüchteten. Die Befragung wurde im März/April 2019 durchgeführt und erzielte eine Rücklaufquote von 23 %.

17 Eine umfassende Darstellung der Befragungsergebnisse für alle Untersuchungsregionen findet sich in Schneider/Bürer/Glorius 2021.

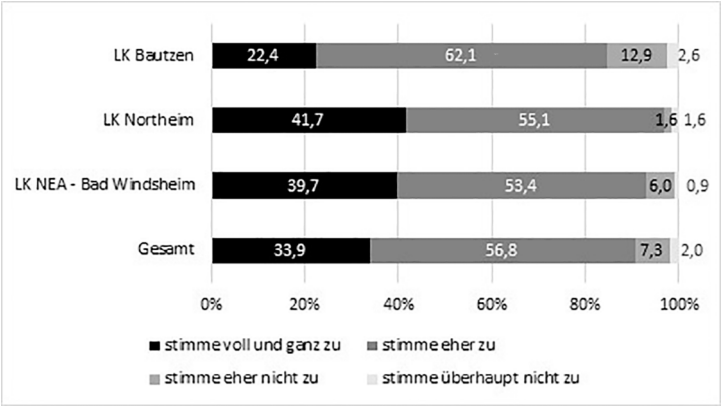
das allgemeine Integrationsklima in der Gemeinde Friedenau* kälter ausfällt als in den Gemeinden Trabsen* und Ehrsfeld*.

Abb. 9.1: »Es leben zu viele Geflüchtete in Deutschland«, in Prozent (ohne »weiß nicht« Angaben)



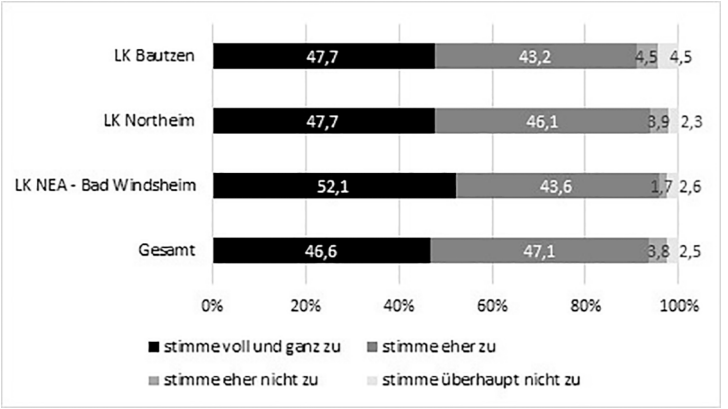
Quelle: Eigene Darstellungen; Daten aus eigener Bevölkerungsbefragung 2019, n (Gesamt) = 769

Abb. 9.2: »Wir sollten die in Deutschland lebenden Ausländer an unserem Leben teilhaben lassen«, in Prozent (ohne »weiß nicht« Angaben)



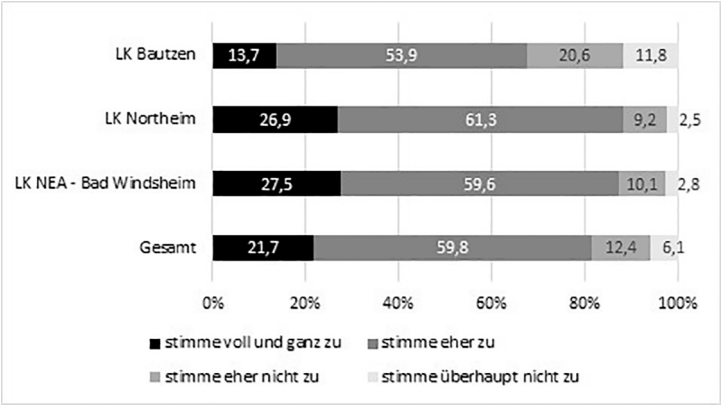
Quelle: Eigene Darstellungen; Daten aus eigener Bevölkerungsbefragung 2019, n (Gesamt) = 850

Abb. 9.3: »Geflüchtete benötigen Unterstützung bei der Integration durch die Zivilgesellschaft«, in Prozent (ohne »weiß nicht« Angaben)



Quelle: Eigene Darstellungen; Daten aus eigener Bevölkerungsbefragung 2019, n (Gesamt) = 843

Abb. 9.4: »Es ist gut, sich für Geflüchtete zu engagieren«, in Prozent (ohne »weiß nicht« Angaben)



Quelle: Eigene Darstellungen; Daten aus eigener Bevölkerungsbefragung 2019, n (Gesamt) = 784

In unserer Erhebung wurden auch Einschätzungen zur ökonomischen Situation abgefragt. Zunächst baten wir die Befragten, die wirtschaftliche Lage Deutschlands sowie ihre persönliche wirtschaftliche Lage auf einer Skala von 1 (sehr schlecht) bis 5 (sehr gut) einzuschätzen (Tab. 9.3). Am positivsten schätzten Befragte im Landkreis Neustadt/Aisch-Bad Windsheim sowohl ihre persönliche Lage als auch die Lage in Deutschland ein. Die Befragten in den beiden anderen Landkreisen beurteilten die wirtschaftliche Lage etwas pessimistischer. Interessant ist hier, dass Befragte im Landkreis Bautzen ihre

eigene Lage etwas besser beurteilen als die Lage in Deutschland. Es lässt sich insgesamt festhalten, dass die wirtschaftliche Lageeinschätzung keine Hinweise auf objektive oder subjektive Deprivationserfahrungen (vgl. Kap. 6) liefert.

Tab. 9.3: Einschätzung der wirtschaftlichen Lage in Deutschland und der eigenen wirtschaftlichen Lage, Mittelwerte nach Landkreisen (von 1 = »sehr schlecht« bis 5 = »sehr gut«)

	Wirtschaftliche Lage in Deutschland	**Persönliche wirtschaftliche Lage**
Landkreis Bautzen	3,54	3,64
Landkreis Northeim	3,63	3,63
Landkreis Neustadt/Aisch-Bad Windsheim	3,82	3,75
Gesamt	**3,68**	**3,70**

Quelle: Eigene Darstellung; Daten aus eigener Bevölkerungsbefragung 2019, N Gesamt = 798

Als nächstes baten wir die Befragten in einer offenen Frage, die drei wichtigsten Probleme in Deutschland zu benennen. Dabei dominierte im Landkreis Bautzen das Themenfeld ›Ausländer, Zuwanderung‹, gefolgt von ›Sozialer Ungleichheit‹ und dem ›Zustand der Politik‹. In den Landkreisen Neustadt/Aisch-Bad Windsheim und Northeim dominierten die Themen ›Natur, Umwelt, Klima‹, ›Soziale Ungleichheit‹ sowie ›Rente, Altersarmut‹. Das Thema ›Zuwanderung‹ wurde dort nicht als dominante Problematik für die Bundesrepublik gesehen. Wichtig ist, den Blick auf die allgemeine Lage mit dem Blick auf die persönliche Lage zu verknüpfen. Darum baten wir die Befragten in einer weiteren offenen Frage, die drei für sie persönlich drängendsten Probleme zu benennen. Hier dominierten in allen drei Landkreisen Sorgen um ›Gesundheit, Pflege, Ärztliche Versorgung‹ sowie ›Rente, Altersarmut‹. Erst an dritter Stelle divergierten die Sorgen hin zu ›Natur, Umwelt, Klima‹ bzw. ›Zukunftssorgen‹. Sorgen hinsichtlich der Zuwanderung nahmen hingegen keine Spitzenposition in der persönlichen Problemwahrnehmung ein (Tab. 9.4).

Der Fokus auf ›Natur, Umwelt, Klima‹ scheint erklärungsbedürftig. Wir vermuten einen Echoeffekt aus dem öffentlichen Diskurs, denn im Zeitraum unserer Befragung im Frühjahr 2019 gab es viele Aktivitäten der Gruppe ›Fridays for Future‹, so dass Umwelt- und Klimathemen häufig im medialen Diskurs auftauchten. Auch Debatten um die Energiewende fanden vor und während unserer Befragung starken Niederschlag in den Medien. Es ist nicht verwunderlich, dass unter unseren ländlich wohnenden Befragten diese Themen besondere Aufmerksamkeit erzielen, denn die Energiewende mit dem Ausbau erneuerbarer Energien wird vor allem die Gestalt ländlicher Regionen verändern. Insgesamt zeigt die Rubrik ›Natur, Umwelt, Klima‹ eine Vielzahl von sehr unterschiedlichen und auch regional differenzierten Problembenennungen, wie etwa Sorge um das Erreichen der Klimaschutzziele, Umweltverschmutzung, Ressourcenverbrauch, Artensterben, Flächenfraß, Schäden durch die konventionelle Landwirtschaft oder auch

die Ausbreitung des Wolfs (vgl. Schneider/Bürer/Glorius 2021). Die öffentliche Debatte um Zuwanderung und Asyl hingegen befand sich im Jahr 2019 auf einem relativ niedrigen Stand, nachdem in den Jahren 2015 und im ersten Halbjahr 2016 das Thema die Medienberichterstattung klar dominiert hatte (vgl. Kap. 6).[18]

Tab. 9.4: Wichtigste Probleme in Deutschland und wichtigste persönliche Probleme, häufigste Nennungen

	Häufigste Nennung	**Zweithäufigste Nennung**	**Dritthäufigste Nennung**
Landkreis Bautzen			
Deutschland	Ausländer, Zuwanderung	Soziale Ungleichheit	Zustand der Politik
persönlich	Gesundheit, Pflege, Ärztliche Versorgung	Rente, Altersarmut	Zukunftssorgen
Landkreis Northeim			
Deutschland	Natur, Umwelt, Klima	Soziale Ungleichheit	Rente, Altersarmut
persönlich	Rente, Altersarmut	Gesundheit, Pflege, Ärztliche Versorgung	Natur, Umwelt, Klima
Landkreis Neustadt/Aisch-Bad Windsheim			
Deutschland	Natur, Umwelt, Klima	Rente, Altersarmut	Soziale Ungleichheit
persönlich	Gesundheit, Pflege, Ärztliche Versorgung	Rente, Altersarmut	Natur, Umwelt, Klima
Gesamt			
Deutschland	Rente, Altersarmut	Natur, Umwelt, Klima	Ausländer, Zuwanderung
persönlich	Gesundheit, Pflege, Ärztliche Versorgung	Rente, Altersarmut	Zukunftssorgen

Quelle: Eigene Darstellung; Daten aus eigener Bevölkerungsbefragung 2019

Die hier ermittelte Problemartikulation ist dahingehend weniger beeinflusst vom medialen Diskurs und bietet damit einen authentischen Blick auf die unmittelbaren Probleme einer ländlichen Bevölkerung mit einem relativ hohen Anteil an Menschen im

18 Den starken Rückgang der Berichterstattung zu den Themen Flucht, Asyl und Integration fand ich auch in einer Analyse lokaler Zeitungsberichterstattung in den Untersuchungsgebieten. Von den insgesamt 1.291 Artikeln, die in den Jahren 2015 bis 2019 zu dem Themenfeld veröffentlicht wurden, waren 60 % in den Jahren 2015 und 2016 erschienen. In den Jahren 2017, 2018 und 2019 wurde die Berichterstattung fortlaufend weniger (vgl. Glorius 2022: 8).

mittleren und höheren Lebensalter. Vor diesem Hintergrund wird auch der starke Fokus auf Themen wie Ärztliche Versorgung oder Rente verständlich.

9.3.1 Trabsen*: Offenheit als Grundvoraussetzung

Trabsen* ist eine Kleinstadt mit knapp 7.000 Einwohner:innen im südlichen Niedersachsen. Rund 80 Geflüchtete in verschiedenen Anerkennungsstufen leben 2019 im Ort. Sie werden durch die Ausländerbehörde des Landkreises zugewiesen und untergebracht. Die Bewohner:innen von Trabsen* erfahren oft nur zufällig, dass Geflüchtete eingetroffen sind, die möglicherweise Unterstützung benötigen. Der evangelische Pfarrer Michael Hausmann* kann sich noch gut erinnern, wie er 2014 die erste ›Fremde‹ auf der Straße traf, eine junge Eritreerin mit einem Kleinkind auf dem Arm: »Wir haben die dann eingeladen, auch zu uns nach Hause und so, einfach damit die überhaupt erstmal so ein bisschen Leben kennenlernen hier in Deutschland, und überhaupt erstmal ein bisschen Kontakt kriegten.«[19] Aus dieser ersten Zufallsbegegnung entwickelt sich eine intensive und nachhaltige Freundschaft, die insbesondere über die Kinder beider Familien etabliert wird. Der Pfarrer führt ein offenes Haus, und so trifft die eritreische Familie bei ihren Besuchen immer wieder auf Freunde und Bekannte der Pfarrersfamilie und kann weitere Kontakte knüpfen. Im Laufe des Jahres treffen immer wieder Geflüchtete in Trabsen* ein, und Michael Hausmann* wird manches Mal von der Landeserstaufnahmeeinrichtung Friedland angerufen und gebeten, nach den Neuen zu sehen. Er trifft die Familien in teils völlig heruntergekommenen Wohnungen an. Aufgrund des großen Bedarfs habe der Landkreis alles »angemietet, was nur anzumieten war und das war zum Teil wirklich Problemwohnraum«, meint Bürgermeisterin Katrin Lange*, oft mit völlig maroden Installationen für Wärme- und Stromversorgung, wie Reinhard Maurer* vom lokalen Flüchtlingshilfeverein ergänzt.

Der Pfarrer Michael Hausmann* berichtet in seinem großen Freundeskreis und im Gemeindevorstand von der Ankunft der Geflüchteten und es entsteht der Wunsch, ihnen beim Einleben behilflich zu sein. Gezielt wird in den eigenen Netzwerken für Beteiligung geworben. Die Bürgermeisterin Katrin Lange* erinnert an die Gründung des Runden Tischs:

> Es hat sich dann ein Kreis etwa gebildet, von 50 bis 60 Personen, die da regelmäßig oder eben auch unregelmäßiger daran teilgenommen haben, die tatsächlich dann aus allen Ortschaften stammten, in denen Geflüchtete wohnten und es haben sich Patenschaften gebildet, in allen Ortschaften und dann gab es einen Kern aus Stadt und Kirchengemeinden und so fünf, sechs, sieben aktiven Menschen, die sich dann erstmal um diese Koordination gekümmert haben.[20]

Anfangs ist wenig über die Lebenslage der Geflüchteten bekannt und darüber, wer für die verschiedenen Bedarfe eigentlich zuständig ist. Auf Landkreisebene werden erst im

19 Interview mit Michael Hausmann* (Pseudonym), Pfarrer und ehrenamtlich Engagierter in Trabsen* (Pseudonym), November 2019.

20 Interview mit Katrin Lange* (Pseudonym), Bürgermeisterin von Trabsen* (Pseudonym), Februar 2019.

Laufe des Jahres Koordinationsstrukturen eingerichtet, und auch Integrationskurse des BAMF benötigen eine monatelange Anlaufzeit. Die Ehrenamtlichen wollen aber nicht abwarten, bis die Lage klarer war, sondern werden umgehend aktiv: »Das war am Anfang, als wir angefangen haben im November, haben wir die Geflüchteten alle eingeladen, mit dem Dolmetscher«, berichtet Regina Harmsen*:

> Ich habe einfach an der Haustür geklingelt, da kannte keiner keinen. Und dann haben wir ein Treffen gehabt, wo wir gefragt haben, was ist Euer größtes Problem? Sprache! Und dann haben wir von der Kolpings-Familie über die Grundschullehrerin ein Sprachangebot [organisiert], das wurde so gut angenommen, dass wir aus dem Pfarrheim in die Grundschule [umgezogen sind]. Ich glaube vier Räume hat uns die Stadt kostenlos zur Verfügung gestellt. Die Grundschullehrerin wiederum hat andere ehemalige Grundschullehrerinnen angesprochen, und das war das erste Sprachangebot.[21]

Damit alle Geflüchteten teilnehmen können, sorgen die Ehrenamtlichen für Kinderbetreuung. Das Angebot wird sehr rege wahrgenommen und auch weitergeführt, als in der Kreisstadt die ›offiziellen‹ BAMF-Integrationskurse angeboten werden – denn für die jungen Mütter unter den Geflüchteten sind diese Kurse ohne Kinderbetreuung keine Option. Dass die Gruppe gleich zur Sache ging, erklärt Regina Harmsen* auch mit den Strukturen im ländlichen Raum, die stets viel zivilgesellschaftliche Eigenarbeit benötigen. Sie seien daran gewöhnt und könnten auf diese Weise auch sehr autonom agieren, so »dass da nicht oben wer ist, der sagt, was wir zu tun haben oder wo wir uns rückversichern müssen, sondern wir sind es gewohnt, uns selbst einfach zu organisieren« (ebd.).

Der Helferkreis gründet einen Verein, um die vielen Ideen der Gruppe zu koordinieren und vor allem, um die Fördermittel zu verwalten, die sie aus verschiedensten Quellen einwerben. Viele Vereinsaktivitäten richten sich darauf aus, die vor Ort fehlenden Strukturen zu kompensieren. So werden Arztfahrten für die Geflüchteten und wöchentliche Fahrten zur Tafel in die Kreisstadt durchgeführt. Es wird ein Darlehensfonds eingerichtet, aus dem Geflüchtete Kleinbeträge leihen können, um Anschaffungen zu finanzieren. Der Verein beteiligt sich am Erwerb der Fahrerlaubnis, die in der ländlichen Region so notwendig ist, um Mobilität zu gewährleisten. Die Ehrenamtlichen leisten Hilfe und Vermittlungsarbeit bei der Wohnungssuche, beim Suchen von Arbeits- und Ausbildungsplätzen und bei Behördengängen. Zudem werden Patenschaften gebildet, um die soziale Begegnung zu vertiefen. Eine Vielzahl von Gemeinschaftsaktivitäten wird erdacht und durchgeführt, alles unterstützt durch die akquirierten Fördermittel: Ausflüge in einen Tierpark, ein Familienwochenende in einer kirchlichen Begegnungseinrichtung, Koch- und Spieleabende. Die gemeinsamen Aktivitäten und das Engagement im Verein fördern die allgemeine soziale Integration, auch unter den Ehrenamtlichen selbst:

> Dieser Pool an Leuten, der sich da zusammengefunden hat, der HARMONIERTE einfach auch, die hatten LUST zusammen was zu machen, genau. Es war im Grunde genommen so ein NEU ENTWICKELTER Freundeskreis, also der größer wurde, weil neue Leute dazu kamen. Und das Tolle eben, dass dieser neue, erweiterte, größere deutsche

21 Interview mit Regina Harmsen* (Pseudonym), ehem. Vorsitzende des Flüchtlingshilfevereins in Trabsen* (Pseudonym), Februar 2019.

> Freundeskreis sich eben dann wie gesagt NOCHMAL erweiterte durch die Geflüchteten, die mit dazukamen.[22]

Der Ort hat durch die Aufnahme der Geflüchteten an sozialen Infrastrukturen hinzugewonnen. Kleider- und Möbelspenden werden nun in einem Second-Hand-Kaufhaus verkauft, das allen offensteht. Das Begegnungscafé, das zunächst vor allem ein Beratungsort für Geflüchtete war, hat sich zum internationalen Frauencafé gewandelt, in dem interkulturelle Aktivitäten für Frauen und Mütter organisiert werden. Über einen kirchlichen Förderfonds kann ein interkulturelles Theaterprojekt finanziert werden, in dem Menschen aus dem Ort mit und ohne Fluchthintergrund jedes Jahr eine Inszenierung einstudieren. Das Projekt wird professionell theaterpädagogisch begleitet und erregt auch überregional Aufmerksamkeit. Auch die religiösen Infrastrukturen des Ortes stehen den Geflüchteten offen. Mehrere Kinder aus muslimischen Flüchtlingsfamilien singen im Kinderchor mit, beteiligen sich am Krippenspiel oder bei den Sternsingern. Dass es so wenig interreligiöse Berührungsängste gibt, wird übereinstimmend der offenen Haltung des örtlichen Pfarrers zugeschrieben, der neben der Bürgermeisterin eine wichtige Schlüsselperson in Trabsen* ist. Schlüsselpersonen, so die Meinung mehrerer Akteur:innen, würden sich nicht nur durch ihre zentrale Position auszeichnen, durch die sie Zugriff auf ein großes Akteursnetzwerk haben. Damit dieses soziale Kapital wirksam wird, bedarf es Wertschätzung und Vertrauen: »Ich glaube DAS macht sie dann auch zu Schlüsselpersonen, dass sie im Grunde genommen eben die Möglichkeit haben, durch das ihnen entgegengebrachte Vertrauen Hebel in Bewegung zu setzen.«[23] Diese Beschreibung deckt sich mit den Überlegungen David Radfords zu *transversal enablers*, die ich bereits im vorigen Kapitel andiskutiert habe. David Radford erkannte in seinen Studien an australischen Ankunftsorten, dass *transversal enablers* nicht nur Personen in Funktionsrollen sind, sondern dass im Grunde jeder und jede diese Rolle einnehmen kann, um soziale Brücken zwischen Ankommenden und Aufnahmegesellschaft zu bauen. Dieser Befund wird von einem Trabsener* Schlüsselakteur bestätigt, als er darüber berichtet, wie die verschiedenen sozialen Aktivitäten in Trabsen* im Freundeskreis entwickelt wurden: »Aber der zweite Punkt ist einfach, man muss Freude daran haben und muss sich ein bisschen reinarbeiten, muss Ideen haben, ein paar Leute dazu gewinnen, und dann kann JEDER sich bei JEGLICHER Aktion an die Spitze stellen, sag ich mal.«[24] Daneben bedarf es einer grundsätzlichen Haltung im sozialen Umgang: »Gut, und eine Offenheit für Menschen, sicher auch Hilfsbereitschaft, also gewisse Dinge müssen als Grundvoraussetzung sicher da sein.« (Ebd.)

Inzwischen waren auch in der Landkreisverwaltung Strukturen gebildet worden, um die Geflüchteten zu betreuen. In der Ausländerbehörde wurden vier Stellen für Flüchtlingssozialarbeit geschaffen. Daneben wurden Stellen für die Koordination von Sprach-

22 Interview mit Michael Hausmann* (Pseudonym), Pfarrer und ehrenamtlich Engagierter in Trabsen* (Pseudonym), November 2019.

23 Interview mit Susanne Gartke* (Pseudonym), Bildungskoordination für Neuzugewanderte, November 2019.

24 Interview mit Michael Hausmann* (Pseudonym), Pfarrer und ehrenamtlich Engagierter in Trabsen* (Pseudonym), November 2019.

förder- und Bildungsangeboten eingerichtet, die ab 2015 exponentiell zunahmen. Dies sei auch bitter nötig, um die Integrationsmaßnahmen angesichts der Vielzahl an institutionellen Akteuren und Förderprogrammen zu koordinieren, meint der Leiter des kommunalen Jobcenters Werner Lorenz*: »Das ist wirklich eine Katastrophe und man merkt halt, dass dieses wenig verzahnte Arbeiten tatsächlich ein echtes Problem darstellen. Dadurch werden die Dinge extrem verzögert.«[25] Sowohl die Bildungsangebote als auch die koordinativen Stellen werden aus Projektmitteln finanziert und sind damit zeitlich befristet. Der Landkreis ist verschuldet und muss sparen. Damit ist eine nachhaltig gute Ausstattung von Integrationsaufgaben, die zu den freiwilligen Selbstaufgaben einer Kommune gehören, eher nicht realistisch. Auch aus diesem Grund ist man seitens des Landkreises sehr froh, dass sich in Trabsen* so eine engagierte Zivilgesellschaft aufgestellt hat. Zwar gibt es in den Jahren 2015 und 2016 reichlich Fördermittel zur Unterstützung der Integrationsarbeit, doch deren Nutzung ist teilweise durch die Verwendungsvorschriften stark reglementiert und auch nicht immer passgenau für die Bedürfnisse vor Ort. Landrätin Sabine Reuter* würde es daher begrüßen, »den Kommunen vor Ort pauschal Mittel zur Verfügung zu stellen, die für Flüchtlingsarbeit dann verwendet werden«.[26] »Dort würden sie auch am effektivsten eingesetzt werden können«, ergänzt Christian Vogel*, Leiter der Fachabteilung Migration und Integration im Landratsamt. »Das muss man vor Ort machen. Aber da haben wir weder eine Befugnis, noch haben wir die finanziellen Mittel. Da sollte man mehr auf die Kommune herunterbrechen, aber auch mit den Ressourcen, die man dann dazu braucht, dass die von oben nach unten weitergegeben werden an uns.«[27]

Schwierig gestaltet sich die Förderung des Arbeitsmarktzugangs für Geflüchtete. Als größte Probleme werden mangelnde Sprachkenntnisse und fehlende Qualifikationen betrachtet, aber auch der Unwille der Arbeitgeber:innen, sich auf Geflüchtete als Arbeitskräfte einzulassen. Auch hier scheint es anfangs keine geeigneten Strukturen zu geben, um Geflüchtete und Arbeitgeber adäquat durch die verschiedenen Schritte bis hin zur Arbeitsaufnahme zu begleiten. Reinhard Maurer* vom lokalen Flüchtlingshilfeverein erinnert sich an eine der ersten Jobbörsen im Landkreis: »Und dann steht ein Handwerksmeister auf und sagt, ›Ja, ich brauche den, aber der hat keinen Führerschein, keine Arbeitserlaubnis, nein, kann ich nicht gebrauchen.‹ Also diese Veranstaltung, fand ich, war, ja, nicht nur umsonst, sondern vergebens.«[28]

Den Beteiligten ist klar, dass die Arbeitsvermittlung einen ganzheitlichen Blick benötigt und die Zugänge nur über intensive Begleitung eröffnet werden. Nur hat das Jobcenter, das die Geflüchteten nach ihrer Flüchtlingsanerkennung betreut, keine Kapazitäten für individuelles Coaching, und die Flüchtlingssozialarbeiter:innen sind nur während

25 Interview mit Werner Lorenz* (Pseudonym), Leiter des Jobcenters im Landkreis Northeim, April 2019.

26 Interview mit Sabine Reuter* (Pseudonym), Landrätin des Landkreises Northeim, Juli 2019.

27 Interview mit Christian Vogel* (Pseudonym), Leiter der Abteilung Migration und Integration im Landkreis Northeim, Januar 2019.

28 Interview mit Reinhard Maurer* (Pseudonym), Kassenwart des Flüchtlingshilfevereins in Trabsen* (Pseudonym), Februar 2019.

des Asylverfahrens für die Geflüchteten zuständig. Also müssen wieder die Ehrenamtlichen ran: »Jeder einzelne müsste da irgendwie ganz intensiv begleitet werden und wir haben unter unseren Ehrenamtlichen einige, ich würde sagen, eine Handvoll, die sich auch wirklich da ganz intensiv kümmern«, meint die Bürgermeisterin.[29] Sie akquirieren Praktikumsplätze für ihre Mentées und organisieren einen Fahrdienst. Sie tun eine Fahrschule auf, in der die Theorieprüfung auch auf Arabisch abgelegt werden kann, und finanzieren Zuschüsse für die Fahrstunden. Sie erledigen die teils komplizierten Dreieckstelefonate zwischen potenziellen Arbeitgeber:innen, Arbeitsamt bzw. Jobcenter und Ausländerbehörde. Damit wären die Geflüchteten nicht nur aufgrund ihrer geringen Deutschkenntnisse überfordert, sondern wegen der komplexen Bürokratie, wie der Leiter des Jobcenters Werner Lorenz* meint:

> Und Deutschland ist auch kompliziert. Das geht schon mit den komischen Anträgen los. Denn versuchen wir über eine Dolmetscher-Hotline das irgendwie hinzukriegen und das ist wirklich schwierig. Ja und denn gehen die Leute praktisch nach Hause mit ihren Formularen, haben es nicht richtig verstanden. Dann gehen sie zu den Ehrenamtlichen. Die haben es auch nicht richtig verstanden. Dann rufen die hier wieder an. Also das ist schon, ja schon schwierig, muss man wirklich sagen.[30]

Für manche junge Geflüchtete, deren Asylantrag abgelehnt wurde, käme eine Ausbildungsduldung in Betracht, und etliche Betriebe würden sich auch darauf einlassen: »Die sagen, ich finde den jungen Mann toll, und er würde vielleicht abgeschoben werden, und deswegen biete ich ihm die Möglichkeit der Ausbildung, obwohl mir klar ist, dass es unter Umständen schwierig bis hin zu unmöglich ist.«[31] Auch hier sind es dann häufig die Ehrenamtlichen, die sich als Vermittler:innen in der Pflicht sehen, potenzielle Arbeitgeber:innen bei der Stange zu halten, solange die Behörden die Duldung noch nicht erteilt haben. Regina Harmsen* empfindet das als immense Belastung: »Wenn ich mir da unsicher bin, ist das blöd, dann denke ich, oh Gott, bin ich jetzt dafür verantwortlich, wenn er die nicht kriegt. Wenn man da so persönlich drinhängt, dann hat man dann auch echt schon mal eine schlaflose Nacht irgendwie.«[32]

Im Grunde sehen alle Beteiligten, dass die Ehrenamtlichen durch ihre Einbindung in die mühsamen Schritte der langfristigen Integration überfordert werden. Die institutionellen Akteure wünschen sich daher ganzheitliche Ansätze, um die komplexen Herausforderungen der Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten zu meistern, was angesichts des massiven demographischen Wandels in der ländlichen Region, die zu einer Schrumpfung des Arbeitskräftepotenzials führt, auch bitter nötig wäre.

---

29 Interview mit Katrin Lange* (Pseudonym), Bürgermeisterin von Trabsen* (Pseudonym), Februar 2019.

30 Interview mit Werner Lorenz* (Pseudonym), Leiter des Jobcenters im Landkreis Northeim, April 2019.

31 Interview mit Susanne Gartke* (Pseudonym), Bildungskoordination für Neuzugewanderte im Landkreis Northeim, November 2019.

32 Interview mit Regina Harmsen* (Pseudonym), ehem. Vorsitzende des Flüchtlingshilfevereins in Trabsen* (Pseudonym), Februar 2019.

Vier Jahre nach der Ankunft von Geflüchteten ist Trabsen* zum Alltag zurückgekehrt. Die eigens organisierten Begegnungsaktivitäten haben nachgelassen und sind alltäglichen Kontaktformen gewichen. Damit hat sich auch die Intensität des Kontaktes abgeschwächt. Für Pfarrer Michael Hausmann* ist das ein Zeichen des Einlebens und damit positiv:

> Und seitdem die hier ANGEKOMMEN sind und WISSEN, wie das Leben hier funktioniert, sage ich mal, dass die Kontakte oder zumindest MEINE Kontakte zu diesen Geflüchteten, die damals sehr eng waren, eher weniger geworden sind. Also natürlich, wir treffen uns in der Sporthalle, wenn wir unseren Kindern zujubeln, oder man trifft sich auf der Straße und wir bleiben kurz stehen, man fragt, Mensch, wie geht es und sonst wie, […] aber die brauchen uns nicht mehr so, und das ist letztlich ein gutes Zeichen.[33]

Auch der Jugendpfleger von Trabsen* findet eine Normalisierung im Alltag erstrebenswert, verbunden mit einem Ablegen der Rollenzuschreibungen der ›Geflüchteten‹ und der ›Aufnahmebevölkerung‹:

> Ich finde, man muss da auch immer vorsichtig sein, dass man diesen Status des Flüchtlings nicht irgendwo immer wie eine Laterne vorneweg trägt. Wenn sie hier wohnen, dann sind es für mich nicht mehr Geflüchtete, sondern es sind Menschen, die irgendwann mal Geflüchtete waren. Oder sind dann irgendwann Einwohner von Trabsen*.[34]

Die Ehrenamtlichen im lokalen Flüchtlingshilfeverein machen sich Gedanken über die Veränderungen im Rollenverhältnis, verbunden mit der Frage, wie viel Hilfe notwendig ist und wo man sich möglicherweise auch zu stark in den Alltagsvollzug einmischt und die eigenen Wertevorstellungen zu selbstverständlich als Basis der Unterstützungsbeziehung heranzieht: »Man mischt sich manchmal zu viel ein, das ist unser deutsches Denken: ›Sie müssen Deutsch leben.‹ Also sie dürfen ihr Leben leben, und wir – also ich persönlich sage immer, ich unterstütze da, wo Hilfe gebraucht wird.«[35] Diese Aussage ist Teil eines längeren Reflexionsgesprächs zwischen den beiden Ehrenamtlichen Regina Harmsen* und Reinhard Maurer*, aus dem auch viel Frustration und Enttäuschung herauszuhören ist. Frustration, weil sich Geflüchtete zurückgezogen haben und sich nur melden, wenn sie Hilfe brauchen. Weil sie die angebotene Hilfe des Vereins zu selbstverständlich betrachten, obwohl es sich doch um ehrenamtliche Arbeit handelt. Weil Geflüchtete den Wunsch haben, wegzuziehen, und damit den mühsamen Beziehungsaufbau annullieren. Man spürt, dass Regina Harmsen* und Reinhard Maurer* nicht mit allem im Reinen sind, was sie erlebt haben. Aber sie versuchen, einen Interpretationsrah-

33 Interview mit Michael Hausmann* (Pseudonym), Pfarrer und ehrenamtlich Engagierter in Trabsen* (Pseudonym), November 2019.

34 Interview mit Michael Albers* (Pseudonym), Jugendpfleger in Trabsen* (Pseudonym), November 2019.

35 Interview mit Regina Harmsen* (Pseudonym), ehem. Vorsitzende des Flüchtlingshilfevereins in Trabsen* (Pseudonym), Februar 2019.

men für ihre Erlebnisse mit den Geflüchteten zu finden, und vollziehen einen Perspektivwechsel:

> Ich glaube, man war am Anfang so euphorisch, dass das so alles miteinander und sie machen überall mit, aber ich glaube einfach, also ich versetze mich jetzt mal in ihre Lage, wenn ich nach Syrien gehen würde, ich würde mir immer deutsche Familien suchen, wo ich mich ein Stück zuhause fühle. Und sie haben ihre Heimat verloren und ich glaube, sie leben in ihren Familien und untereinander ein Stück Heimat. Und das muss man ihnen auch zugestehen. Ich glaube, der Anspruch bei den Deutschen ist viel zu hoch, zu sagen, sie müssen so leben wie die Deutschen und sie müssen Deutsch werden. Das werden sie nie werden. Und das brauchen sie auch nicht werden. (Ebd.)

»Das gab es vor 70 Jahren bei den Flüchtlingen aus Schlesien auch nicht«, fügt Reinhard Maurer* hinzu und findet damit einen weiteren Referenzrahmen, durch den das Verhalten der Geflüchteten und der Aufnahmegesellschaft in der Gegenwart verständlicher erscheint. Die Bedeutung eines Perspektivwechsels haben auch die Akteur:innen auf der institutionellen Ebene erkannt. Sie haben beobachtet, dass eine pure Übertragung von Ansätzen und Angeboten auf die Zielgruppe, etwa durch Übersetzung in mehrere Sprachen, wenig effektiv ist, sondern dass es eher darum geht, die Strukturen durch die Perspektive der Ankommenden zu verstehen. Dies benötige ein erhebliches Maß an Ambiguitätstoleranz, sei aber schlussendlich der effektivere Weg der Integration: »Und DAS wäre für mich tatsächlich Integration, dass man im Prinzip einen Weg miteinander findet, in Kooperation und Kommunikation wie man miteinander umgeht, und wie man versucht dann auch einen Weg von Gemeinschaft und von gemeinsamem miteinander Leben zu finden.«[36]

9.3.2 Ehrsfeld*: »Es ist eine Herausforderung, die Menschen zu integrieren«

Ehrsfeld* ist eine Kleinstadt im ländlichen Raum Mittelfrankens und hat rund 12.400 Einwohner:innen. Der Ort beherbergt 2017 etwa 330 Geflüchtete in verschiedenen Anerkennungsstufen, die in vom Landkreis gemieteten oder selbst gemieteten Wohnungen untergebracht sind. Begonnen hatte die Geflüchtetenaufnahme mit einer Notunterkunft im Jahr 2015, die nach einem halben Jahr wieder geschlossen wurde. Der Bürgermeister beteiligte sich anfangs am Aufbau von Vernetzungsstrukturen für die Geflüchtetenaufnahme, überließ aber langfristig das Thema seinen Verwaltungsabteilungen und der institutionalisierten Zivilgesellschaft. Diese kritisieren das nachlassende Engagement der Stadtspitze und das fehlende strategische Denken im Bereich Integration, das als Daueraufgabe begriffen werden sollte.

> Es ist eine Herausforderung, die Menschen zu integrieren, aber da – das wird noch nicht so wahrgenommen, dass man sich da mehr engagieren muss, dass man das als SELBSTVERSTÄNDLICH ansieht, dass die DA sind, und dass ein Großteil davon einfach

36 Interview mit Susanne Gartke* (Pseudonym), Bildungskoordination für Neuzugewanderte im Landkreis Northeim, November 2019.

> DABLEIBT. Da habe ich so das Gefühl, da ist noch so ein wenig die Hoffnung: »Na ja, irgendwann gehen die wieder.«[37]

Die konkrete Integrationsarbeit wird neben den Bildungseinrichtungen und dem Jobcenter vor allem durch kirchliche Träger und Akteure der Zivilgesellschaft geleistet. Die ehrenamtlichen Strukturen wirken zerfasert. Die Aktiven sind meist ältere Frauen, die überwiegend als »Einzelkämpfer unterwegs« sind. Viele Aktivitäten der Anfangszeit, wie ein Begegnungscafé, eine Fahrradwerkstatt oder ein Gartenprojekt, seien bereits nach wenigen Monaten »im Sande verlaufen« und das anfänglich große Potenzial an Engagierten sei rasant zusammengeschmolzen, erinnert sich die Ehrenamtliche Isolde Rösner*: »Etliche sind relativ frustriert rausgegangen, einmal fehlende Organisation, andererseits aber auch frustriert in ihren Erwartungen an die Flüchtlinge, an die Geflüchteten, und das ist auch bei mir so. Die Resignation lauert hinter jeder Ecke.«[38] Als mitursächlich hierfür werden die veränderten Bedürfnisse der Geflüchteten genannt, die nach den ersten Monaten des Einlebens und Wartens auf die Asylentscheidung vor einer Vielzahl von Herausforderungen und teils komplexen rechtlichen Fragen stehen. Wichtige Ansprechpartner wurden deshalb die Fachberatungsdienste für Migration und Integration, die für alle Zuwander:innen offenstehen, sowie das Jobcenter, das die Geflüchteten nach der Schutzanerkennung betreut. Letzteres hatte sich für die neue Aufgabe neu strukturiert. Für die Arbeitsmarktintegration wurde »ein eigenes ›Team Flucht‹« mit zwei Integrationsfachkräften gegründet und zusätzlich ein neuer Mitarbeiter mit Arabischkenntnissen eingestellt. Mit diesem Team werden 580 anerkannte Geflüchtete im Landkreis betreut, die als erwerbsfähige Leistungsberechtigte gelten.

Alle Akteure sehen den Erwerb von Sprachkenntnissen als Grundvoraussetzung für Teilhabe an. Doch der Zugang zu Sprachkursen steht nicht allen Geflüchteten gleichermaßen offen. Jene mit geringer Bleibeperspektive werden nicht zum Integrationskurs zugelassen. Und Frauen mit kleinen Kindern haben aufgrund fehlender Kinderbetreuung keine Möglichkeit, teilzunehmen. Allerdings bleibt auch für jene, die den Integrationskurs abschließen, die Sprache ein zentrales Problem, wie die Leiterin des zuständigen Jobcenters Brigitte Schwade* konstatiert: »Wir sind am Anfang echt erschrocken, weil wir ganz, ganz am Anfang dachten, Integrationssprachkurs und wenn die rauskommen, dann haben die ihr B1-Niveau und dann können die weitermachen mit der berufsbezogenen Sprachförderung.«[39] Es wird viel Energie und auch Geld investiert, um die Geflüchteten in Arbeit zu bringen. Da beispielsweise die Mobilität in der ländlichen Region ein großes Hemmnis für den Arbeitsmarktzugang darstellt, wird Geflüchteten bei Bedarf der Erwerb einer Fahrerlaubnis finanziert. Die zuständige Abteilungsleiterin argumentiert, »dass dieses Geld gut angelegt ist und dass es eine sinnvolle Förderung ist, weil dadurch wirklich die Arbeitsaufnahme, die Integration erfolgen kann« (ebd.).

---

37 Interview mit Hannelore Wagner* (Pseudonym), Lokalpolitikerin und ehrenamtlich Engagierte in Ehrsfeld* (Pseudonym), Juni 2019.

38 Interview mit Isolde Rösner* (Pseudonym), ehrenamtlich Engagierte in Ehrsfeld* (Pseudonym), Februar 2019.

39 Interview mit Brigitte Schwade* (Pseudonym), Leiterin des Jobcenters im Landkreis Neustadt/Aisch-Bad Windsheim, Mai 2019.

Über Fördermittel wurde eine Mitarbeiterin als Arbeitsmarktcoach eingestellt, die Geflüchtete sehr effektiv in eine passende Stelle vermittelt und während und nach der Vermittlung nicht nur den Geflüchteten, sondern auch den Arbeitgeber:innen zur Seite steht, um weitere Fördermöglichkeiten aufzuzeigen und Konflikte zu glätten. Ihre Erfolgsbilanz nach einem Jahr liegt bei 50 erfolgreichen Arbeitsmarktvermittlungen. Eine günstige Voraussetzung ist die Offenheit der Firmen in der Region. Angesichts einer Arbeitslosenquote um die 2 % suchten viele »händeringend« nach Arbeitskräften jeglichen Qualifikationsniveaus. Die Arbeitsmarktcoach sieht ihre Aufgabe nicht nur in der Suche nach passenden Arbeitsplätzen, sondern auch im Erwartungsmanagement. Viele Geflüchtete wären enttäuscht, dass ihre mitgebrachten Qualifikationen nicht anerkannt würden. Arbeitgeber:innen wiederum würden bessere Deutschkenntnisse erwarten und zeigten sich oft stark irritiert bei Anfangsproblemen, die sich aus »Unkenntnis der Gepflogenheiten« einstellen. Wichtig sei daher, beiden Seiten die längerfristige Entwicklungsperspektive aufzuzeigen und bei anfänglichen Frustrationen vermittelnd und motivierend einzuwirken. »Man braucht Geduld und es ist ein langer Weg, bis dann wirklich das so ist, dass beide Seiten dann damit leben können, sowohl der Arbeitgeber, als auch der Arbeitnehmer dann, der Geflüchtete. Und man muss einfach auch ein bisschen, ja, die entsprechende soziale Einstellung dann haben.« (Ebd.) Erst wenn das Beschäftigungsverhältnis ein Jahr nach der Eingliederung stabil ist, verbucht die Arbeitsmarktcoach die Vermittlung als Erfolg: »Nach einem Jahr, da funktioniert alles. Die haben mir Weihnachten geschrieben, ›Job alles gut. Ehefrau macht Sprachkursus. Kinder versorgt. Verdiene gutes Geld. Führerschein geschafft. Alles gut, Frau Schubert*. Danke für Ihre Hilfe!‹ Und da weiß ich, der Tag ist gekommen!«[40] Ihre eigene, als so erfolgreich beschriebene, Stelle ist demgegenüber nicht stabil, da sie projektgebunden ist. Zum Zeitpunkt unseres Gesprächs ist noch nicht klar, wie es nach dem Ende der Projektfinanzierung weitergeht. Für die nahe Zukunft hat sich das lokale Jobcenter die Förderung der geflüchteten Frauen auf die Agenda gesetzt. Diese sollten nun in die Integrationskurse geschickt und anschließend für den Arbeitsmarkt aktiviert werden. Um den Sprachkurs mit familiärer Fürsorgearbeit überein bringen zu können, ist ein entsprechender Integrationskurs mit Kinderbetreuung geplant. Eine Arbeitsmarktbeteiligung der Frauen sei schließlich auch für die weiteren Zukunftsaussichten in Deutschland wichtig, denn für eine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis (Niederlassungserlaubnis) müssen alle Mitglieder einer ›Bedarfsgemeinschaft‹ verschiedene Voraussetzungen erfüllen: »Ich sage auch den Geflüchteten immer, ihr müsst die Sprache verbessern für eine Niederlassungserlaubnis. Oder ihr müsst fünf Jahre in die Rente einbezahlt haben zum Beispiel. Das ist ja ganz wichtig, um einen permanenten Aufenthalt in Deutschland zu erwirken. Dass die das auch wissen!« (Ebd.)

Ein großes Hindernis für den Arbeitsmarktzugang vor allem der jungen Geflüchteten in der Gemeinde ist die restriktive aufenthaltsrechtliche Praxis des Landkreises. Denn viele der geflüchteten Jugendlichen haben eine Duldung und damit keine stabile Aufenthaltsperspektive. Eine Ausbildungsduldung könnte ihnen und auch den potenziellen Arbeitgeber:innen weiterhelfen. Diese Regelung sieht eine Absicherung des Auf-

40 Interview mit Steffi Schubert* (Pseudonym), Jobbegleiterin im Landkreis Neustadt/Aisch-Bad Windsheim, Mai 2019.

enthalts Geduldeter während der dreijährigen Berufsausbildung und einer daran anschließenden zweijährigen Berufstätigkeit vor. Nach dem Ablauf der fünf Jahre haben sie unter bestimmten Voraussetzungen die Möglichkeit, in eine Aufenthaltserlaubnis für ausländische Fachkräfte zu wechseln und damit ihren Aufenthalt in Deutschland zu stabilisieren. Doch Aufenthaltsduldungen werden von der zuständigen Ausländerbehörde im Landkreis selten gewährt: »Die würden also gerne jemanden einstellen, dürfen dann oft natürlich die, die nicht anerkannt sind, nicht, weil da diese drei plus zwei Regelung halt bei uns leider nicht umsetzbar ist«, erläutert die Lokalpolitikerin Hannelore Wagner*. Wie bei vielen gesetzlichen Regelungen gibt es Ermessensspielräume in der Umsetzung, und diese werden offensichtlich in der Region besonders restriktiv interpretiert. Das bringt Arbeitgeber:innen und Zivilgesellschaft auf die Barrikaden. Einer Demonstration vor dem Landratsamt folgt eine Petition namhafter Unternehmen aus der Region im Bayrischen Landtag, die argumentieren, »es gebe endlich genügend Arbeitskräfte auf dem Markt, doch der Staat behindere – entgegen seiner öffentlich geäußerten Absichtserklärung – deren Integration massiv« (Fränkische Landeszeitung 20.10.2017). Ein Jahr später folgt eine Unternehmerresolution für einen Kurswechsel in der bayerischen Asylpolitik, dem sich 90 Unternehmen anschließen. Anlass ist, dass einem Beschäftigten die Arbeitserlaubnis entzogen wurde, weil er nach Auffassung der Behörden nicht ausreichend an seiner Identitätsfeststellung mitgearbeitet hatte (vgl. Textbox 9.1). Der Initiator der Resolution wird mit den Worten zitiert: »Gerade für die, die dem Staat nicht auf der Tasche liegen, die arbeiten wollen und können, die sich gut benehmen, nichts zuschulden kommen lassen und die Sprache beherrschen – gerade für die müssten doch Möglichkeiten und Perspektiven geschaffen werden.« (Lauer 2018)

Textbox 9.1: Die Falschen müssen gehen

Der 30jährige Iraner Behnam Ostowar war dem Metallbauer Günther Dietrich von einem Ehrenamtlichen vorgestellt worden. »Der wollte arbeiten, der konnte arbeiten, und ich brauchte ihn dringend.« Zwar hatte Behnam Ostowar kein Ausbildungszertifikat als Maler und Lackierer, aber langjährige Berufserfahrung. »Dass er kaum ein Wort Deutsch sprach – geschenkt: Günther Dietrich bezahlte den privaten Deutschkurs. Dass er schrecklich schüchtern war – geschenkt: Günther Dietrich sorgte für Integration, und spätestens ab dem Besuch der Dietersheimer Kerwa war aus Behnam Ostowar der »Benni« geworden.« Inzwischen ist Behnam Ostowar nach Ansicht des Chef-Lackierers auf Facharbeiterniveau und wird nach dessen Eintritt in den Ruhestand seine Position einnehmen. Für Günther Dietrich ist sein iranischer Mitarbeiter unersetzlich. »Versuchen Sie mal irgendwo auf dem deutschen Arbeitsmarkt einen Lackierer zu finden, der nach Walddachsbach kommt.« Nun wurde ihm jedoch vom Ausländeramt die Arbeitserlaubnis entzogen, weil er »an seiner Identitätsfeststellung nicht zufriedenstellend mitarbeite.« – »Es kommt einem so vor, als müsste im Ausländeramt eine Abschussquote eingehalten werden.« meint Günther Dietrich dazu (Lauer 2018).

Während regionale Arbeitsmarktakteur:innen sich offen und integrativ gegenüber den Geflüchteten zeigen und einzelne Ehrenamtliche sich stark engagieren, ist seitens der lokalen Bevölkerung vorwiegend Desinteresse und wenig Einfühlungsvermögen gegenüber der Lebensrealität der Geflüchteten zu verspüren. Hannelore Wagner* berichtet beispielsweise von einem Stand auf dem Weihnachtsmarkt, an dem Geflüchtete Speisen aus ihrer Herkunftsregion präsentiert hatten. Während es vereinzelt positive Resonanz gab, seien »die allermeisten, einschließlich Bürgermeister, einfach an uns vorbeigestiefelt, ohne das zu REALISIEREN, welche Möglichkeit das gibt. Und das, ja, fand ich sehr schade.«[41] Es gebe viele Vorurteile gegenüber Geflüchteten. Einzelne Negativerlebnisse würden überhöht und dadurch Ängste geschürt, mit negativen Konsequenzen hinsichtlich des gegenseitigen Umgangs. Häufig werden Geflüchtete auf der Straße beleidigt oder beschimpft, ergänzt die Integrationsberaterin Bahar Ahmadzadeh*:

> Immer wieder hören wir hier, dass die Flüchtlinge beleidigt werden, aber fragen Sie nicht, mit welchen Schimpfworten! Bei manchen Worten musste ich auch erst die Bedeutung verstehen und beim Einkaufen oder auf der Straße oder wenn eine Frau Kopftuch hat. Es wurde immer beleidigt oder wir hören immer: »Warum sind Sie da?«[42]

Es fehle an Gelegenheiten der Begegnung zwischen Einheimischen und Geflüchteten, und jene, die durch Ehrenamtliche geschaffen werden, würden nicht von beiden Gruppen besucht. Mehrere Gesprächspartner:innen beobachten, dass sich die Geflüchteten kaum an sozialen Aktivitäten beteiligen und sich überwiegend ins Private zurückziehen. Als Gründe werden Geldmangel vermutet, da die meisten sozialen Aktivitäten mit Konsum verbunden sind, oder auch das Vermeiden kulturellen Anpassungsdrucks. Ein Gesprächspartner berichtet mit Blick auf seine geduldeten jugendlichen Mentées, diese würden aus Sorge vor Abschiebung kaum noch aus dem Haus gehen. Hinsichtlich der Folgen stimmen die Gesprächspartner:innen überein: der Rückzug in die Eigengruppe würde Fortschritte beim Deutschlernen behindern oder gar zunichtemachen.

Auf längere Sicht werden aber auch positive Entwicklungen wahrgenommen. Nadim Khadour* aus Syrien, der als ehrenamtlicher Dolmetscher tätig ist, erinnert sich, dass ihn anfangs niemand gegrüßt hat. Nun aber würden manche Einheimische freundlicher reagieren. Er denkt, dass die lokale Bevölkerung positive Integrationsverläufe wahrnimmt und wertschätzt: »Wenn die Deutschen sehen, dass einer hart gearbeitet hat, sein Studium [abgeschlossen hat], er arbeitet jetzt, dann sagen sie: ›Ja TOLL!‹ Aber wenn sie sehen, die anderen schlafen und essen [nur], und dann […] es kommt darauf an.«[43] Langfristig erwartet die Lokalpolitikerin Hannelore Wagner* eher ein Nebeneinander als ein Miteinander: »Die Leute gewöhnen sich dran, man STÖRT sich nicht mehr aneinander und ja. Man läuft – es ist so ein bisschen– dem ein oder anderen wird gelingen, sich IN

41 Interview mit Hannelore Wagner* (Pseudonym), Lokalpolitikerin und ehrenamtlich Engagierte in Ehrsfeld* (Pseudonym), Juni 2019.

42 Interview mit Bahar Ahmadzadeh* (Pseudonym), Integrationsberaterin in Ehrsfeld* (Pseudonym), Februar 2019.

43 Interview mit Nadim Khadour* (Pseudonym), ehrenamtlicher Dolmetscher in Ehrsfeld* (Pseudonym), November 2019.

die Bevölkerung zu mischen, aber es wird so nebeneinander gelebt werden.«[44] Als Lokalpolitikerin möchte Hannelore Wagner* aber erreichen, dass Integration als Gestaltungsauftrag wahrgenommen und politisch ausgefüllt wird. Deshalb bringt sie Anfang 2017 einen Antrag in den Stadtrat ein, in dem sie fordert, die Stelle eines kommunalen Integrationsbeauftragten zu schaffen: »Integration passiert nicht, wir müssen jetzt lernen, damit umzugehen und begreifen, dass eine frühzeitige und umfassende Integration eine große Chance für die Stadt sein kann«, so ihre Begründung (Fränkische Landeszeitung 11.02.2017).

9.3.3 Friedenau*: »Kann das überhaupt funktionieren?«

Friedenau* ist eine 3.700 Einwohner:innen umfassende ländliche Gemeinde in der sächsischen Lausitz. Die Gemeinde besteht aus drei Ortsteilen, die früher eigenständige Gemeinden waren. In einem der Ortsteile wurde 2014 eine Gemeinschaftsunterkunft etabliert, in der um die 120 Asylsuchende leben. Bürgermeister Michael Bergmann*, der im Herbst 2015 ins Amt kam, berichtet von seiner anfänglichen Skepsis und den großen Vorbehalten in der Bevölkerung:

> Kann das überhaupt funktionieren? Was wollen die hier? Und werden wir uns vertragen? Und da sind auch, sage ich einmal, sicherlich viele Bilder in Köpfen, die aus Medien kommen, dass Asylbewerber eben hier vor allen Dingen die Ursache von Konflikten sind, was weiß ich, von Diebstählen bis hin zu Schlägereien oder Einbrüchen.[45]

Nachdem die Gemeinschaftsunterkunft seit dreieinhalb Jahren besteht, kann er jedoch »keine negativen Auswirkungen« auf die Gemeinde feststellen. Für das Wohlergehen der Geflüchteten zu sorgen, sieht er als Aufgabe der Landkreisbehörden an, denn Friedenau* sei lediglich die »Sitzgemeinde« des Heims, das von einem privaten Betreiber im Auftrag des Landkreises geführt wird. Wichtig für den problemlosen Betrieb sei vor allem eine ehrenamtliche Initiative gewesen, die sich von Anfang an im Heim engagierte. Sie wird maßgeblich aus Kreisen der evangelischen Kirchengemeinde am Laufen gehalten, wobei die meisten Ehrenamtlichen nicht vor Ort wohnen, sondern aus einer Nachbargemeinde kommen. Sie bieten Deutschunterricht in der Gemeinschaftsunterkunft an, haben eine Kleiderkammer initiiert und veranstalten Spielenachmittage für die vielen Kinder, die in der Asylbewerberunterkunft leben und meist keine Kindertagesstätte besuchen. Viele Geflüchtete leben bereits mehrere Jahre in der Unterkunft, und die Ehrenamtlichen begleiten sie auch in ihren persönlichen Belangen, vermitteln Wohnungen und Kontakte zu potenziellen Arbeitgeber:innen und helfen bei Problemen mit Behörden und im Alltag.

»Wenn wir das Ehrenamt die ersten Jahre nicht gehabt hätten, wäre hier absolutes Chaos gewesen«, meint die Kommunale Integrationskoordinatorin, Sandra Breitner*.[46]

---

44 Interview mit Hannelore Wagner* (Pseudonym), Lokalpolitikerin und ehrenamtlich Engagierte in Ehrsfeld* (Pseudonym), Juni 2019.

45 Interview mit Michael Bergmann* (Pseudonym), Bürgermeister der Gemeinde Friedenau* (Pseudonym) in der sächsischen Lausitz, März 2019.

46 Interview mit Sandra Breitner* (Pseudonym), Kommunale Integrationskoordinatorin in der sächsischen Lausitz, März 2019.

Der Landkreis hatte zwar bereits vor 2015 Strukturen und Leitlinien für die Integration der zahlreichen ausländischen Arbeitskräfte, die in der Region tätig sind, ausgearbeitet und auch bereits Erfahrung mit der sprachlichen Qualifizierung und mit Anpassungsqualifikationen gesammelt, doch die Massenankunft der Jahre 2015/16 lenkte alle Anstrengungen zunächst in Richtung Unterbringung. Eine Stabsstelle wurde gebildet, die nach geeigneten Objekten für Gemeinschaftsunterkünfte Ausschau hielt. Die Einrichtung von Gemeinschaftsunterkünften war eine dezidierte Strategie, um vor Ort besser auf die Geflüchteten einwirken zu können, was die ersten Schritte des Einlebens betrifft. Dabei ist vor allem der effektive Einsatz von Mitarbeiter:innen gemeint, die in der Gemeinschaftsunterkunft auf einen Schlag sehr viele Geflüchtete erreichen, während das in der dezentralen Unterbringung schwieriger ist, wie die Leiterin des zuständigen Sachgebiets Integration argumentiert. Aus Sicht der Sozialarbeiterin Jana Robson* überwiegen in der Gemeinschaftsunterkunft allerdings die Probleme, wie mangelnde Rückzugsmöglichkeiten, fehlende Ruhe und latente Konflikte zwischen den Bewohner:innen, die es nicht erlauben, das Erlebte zu verarbeiten, und die zu zusätzlichen psychischen Belastungen führen.

> Die Fluchtgeschichte, die Geschichte vor Ort. Sei es IS, sei es Taliban, die Flucht halt, wie gesagt, die Landflucht, die Flucht über das Mittelmeer. Ich habe Einige, die sind hochschwanger hierhergekommen, wo ich echt einen Hut ziehe, wie sie das gemacht haben. Wo es die ganze Situation hier … also vor allen Dingen die, die in den Unterkünften sind, weil Unterkunft nochmal was ganz anderes ist. Also nochmal eine ganz andere psychische Belastung für die Leute ist, für die Familien.[47]

Die Gemeinschaftsunterkunft liegt in einem eher peripheren Ortsteil von Friedenau* mit wenig Infrastruktur, allerdings mit einer Kindertagesstätte und einer Grundschule. Dies heißt jedoch nicht, dass die rund 40 Kinder aus der Gemeinschaftsunterkunft dort auch Zugang erhalten. Der Bürgermeister berichtet vom Wunsch der Ehrenamtsinitiative, ein Kontingent an Kita-Plätzen für die Kinder aus der Gemeinschaftsunterkunft zu reservieren, dem er jedoch nicht zustimmte. Stattdessen wurden Betreuungsplätze in benachbarten Ortschaften angeboten, die für die Geflüchteten aber nur schwer mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen sind. Auch die Grundschulkinder aus dem Heim besuchen die Grundschule einer benachbarten Ortschaft, wo für sie eine DaZ-Klasse eingerichtet wurde. Aus integrativen Gesichtspunkten sei dies eine verpasste Chance, meint die Ehrenamtliche Christine Bader*, denn über den Besuch von Kita und Grundschule vor Ort könnten nachhaltige Kontakte in die Aufnahmegesellschaft geknüpft werden. Sie berichtet einigermaßen frustriert von den ermüdenden Gesprächen mit Bürgermeister und Ausländerbehörde, die ihre Entscheidungen mit strukturfunktionalen Erwägungen begründeten und als unveränderlich kommunizierten. Eine Nachfrage bei der örtlichen Schulleiterin ergab hingegen, dass mit dieser noch nie ausgelotet worden sei, ob man die Kinder aus der Gemeinschaftsunterkunft nicht doch vor Ort unterrichten könnte.

47 Interview mit Jana Robson* (Pseudonym), Sozialarbeiterin und Migrationsberaterin in der sächsischen Lausitz, Mai 2019.

Christine Bader* sieht dieses Erlebnis als Beleg dafür, dass Integration in der Region nicht wirklich gewollt sei:

> Und ich kenne die Direktorin. Und ich habe gedacht, also ich kenne die Frau, ich kann es mir von der nicht vorstellen. Und neulich sah ich sie und da habe ich sie gefragt. Da hat sie mich angeguckt und hat gesagt, »Wo hast du denn das her?« Ich sage, »Das wird im Dorf erzählt.« – »Wir sind noch nicht ein einziges Mal gefragt worden«, sagt sie.[48]

Die Frage der Integration in die ländliche Region und der öffentlichen Akzeptanz von Geflüchteten ist für die meisten Akteur:innen eng mit der Erwerbstätigkeit verknüpft: »Die Akzeptanz ist dann da, wenn die eben wirklich integriert sind. Wenn die im Verein sind, wenn die Arbeiten sind, wenn die Menschen sehen, die tun was«, findet Landrat Harald Uhlig*.[49] Der Arbeitsmarkt sei überaus aufnahmefähig, Arbeitskräfte würden »händeringend« gesucht, sei es als Fachkräfte, Hilfskräfte, oder auch Selbständige. Neben verschiedensten Industrieunternehmen sind vor allem Handwerksbetriebe interessiert, die in der demographisch schrumpfenden Region massive Nachwuchssorgen haben: »Wir müssen hier vor Ort definitiv was tun, damit wir in zwanzig Jahren noch zum Bäcker gehen können, damit uns jemand noch Brötchen bäckt oder damit uns jemand noch die Haare schneidet« betont Jobcenter-Chefin Katharina Wittmann* den Ernst der demographischen Lage.[50] Um die Arbeitsmarktintegration voranzutreiben, werden auf Landkreisebene ab 2015 mit Hilfe von Fördermitteln zusätzliche Koordinationsstrukturen aufgebaut. Im Jobcenter wurde ein ›Fallmanager Migration‹ eingerichtet, der sich auf die Unterstützung von ›Bedarfsgemeinschaften‹ mit Fluchthintergrund spezialisiert. Dabei steht zunächst der Spracherwerb im Fokus. Hier wie an vielen anderen Stellen in der Integrationskette erweist sich die Massenankunft von Geflüchteten als erschwerend, da an verschiedensten Stellen Flaschenhälse entstehen:

> Wir mussten erstmal einfach nur Richtung Sprache lenken. Das waren so vor allem die großen Herausforderungen, die dann auf die Kollegen zugekommen sind. Und dann die Kettenreaktion, dass es ja bei allen mehr wurde. Die Übersetzungsbüros, die Anerkennungsinstitute, die Zeugnisse und so weiter, das dauerte alles plötzlich viel, viel länger, wurde alles deutlich teurer. Nicht wahr? Und damit hat sich die Arbeitsweise für die Kollegen auch deutlich verändert. (ebd.)

Aus Landesmitteln wird zusätzlich ein Mentorenprogramm eingeworben, dass geeignete Geflüchtete auf ihren Weg in den Arbeitsmarkt individuell coacht. Seit 2015 waren landkreisweit 257 Klient:innen im Mentoringprogramm, 2019 sind es noch 119. Fallmanager:innen und Mentor:innen folgen dem Dreischritt ›Sprache-Bildung-Arbeit‹, d.h. eine Arbeitsmarktvermittlung erfolgt üblicherweise erst nach dem Erreichen des Sprachniveaus B1. Die Mentées werden auf den Bewerbungsprozess vorbereitet und zu Gesprä-

48 Interview mit Christine Bader* (Pseudonym), ehrenamtliche Betreuerin in der Gemeinschaftsunterkunft Friedenau* (Pseudonym), März 2019.

49 Interview mit Harald Uhlig* (Pseudonym), Landrat des Landkreises Bautzen, März 2019.

50 Interview mit Katharina Wittmann* (Pseudonym), Leiterin des Jobcenters im Landkreis Bautzen, Juni 2019.

chen mit interessierten Arbeitgeber:innen begleitet, zu denen die Mentor:innen gute Kontakte unterhalten. Sind Klient:innen bei einem Unternehmen angekommen, werden sie noch mehrere Monate nachbetreut, »damit wir wissen, wie er sich entwickelt, oder wo wir vielleicht noch einhaken müssen.« Die Mentorin reflektiert die Entwicklung, die ihr Tätigkeitsfeld seit 2015 genommen hat. Viele hätten seither gut Deutsch gelernt, so dass sich die Vermittlungsmöglichkeiten signifikant verbessert hätten:

> Also zum Anfang 2016, 2017 war es schwierig, weil einfach die Deutschkenntnisse nicht da waren, wir nur im Helferbereich vermitteln konnten und Ausbildung eigentlich gar nicht ging. Weil da ist ja Voraussetzung B2, und die Zeit war einfach noch nicht ran. Aber mittlerweile ist die Zeit ran, und wir haben sehr viele, die sehr gut Deutsch sprechen.[51]

Dennoch seien Sprache und Bildung weiterhin große Hürden, insbesondere für jene, die mit beruflichen oder akademischen Qualifikationen kommen und auf diesem Niveau auch wieder arbeiten wollen. Ihre Einarbeitung erfordere seitens der Arbeitgeber:innen mehr Anstrengungen, als eine Hilfskraft anzulernen:

> Und einen Ingenieur anzulernen ist was anderes, als wenn sie einen Helfer an der Maschine anlernen. Also der Aufwand ist viel höher, die produktiven Zeiten, die durch den Mentor ausfallen, die sind nicht zu verachten, sage ich mal. Und dann weiß niemand, auch wenn es anerkannt ist, auch wenn Deutschland sagt, ja, Dein Abschluss, der ist in Ordnung, weiß niemand, auf welchem Level er wirklich unterwegs ist. (Ebd.)

Grundsätzlich sei das Mentorenprogramm aber sehr geeignet, um schwer vermittelbare Personengruppen zu aktivieren. Kaum Mühe hinsichtlich der Aktivierung hat sie mit jenen Geflüchteten, deren Asylantrag abgelehnt wurde, und die über den Weg der Ausbildungsduldung versuchen, ihren Aufenthalt zu verfestigen. Etliche haben bereits während des oft langen Asylverfahrens einen Arbeitsplatz gefunden: »Wir haben sehr viele Afghanen dabei, die sich Mühe geben, die wirklich fleißig sind, die alles machen, damit das funktioniert« meint Arbeitsmarktmentorin Jennifer Stieler*. Der negative Ausgang des Asylverfahrens stürzt viele der jungen Männer in eine tiefe Krise:

> Die kriegen dann die Duldung, fallen von der Gestattung in die Duldung, bestehen eigentlich nur noch aus Angst, so da müssen sie ja die Mitwirkungspflicht nachweisen, müssen sich um ihre Pässe kümmern und haben dann eigentlich nur noch Angst, dass sie abgeschoben werden. Und die meisten geben sich Mühe, wollen hierbleiben. (Ebd.)

Bei der so genannten Mitwirkungspflicht besteht Ermessensspielraum seitens der Behörden. Die Geflüchteten müssen nachweisen, dass sie sich bemüht haben, Reisepapiere zu beschaffen. Im Landkreis Bautzen ist die Dokumentation der Mitwirkungspflicht »eine ganz wacklige Sache«, wie die Ehrenamtliche Christine Bader* beobachtet. Die Behörde besteht auf der Vorlage von Passdokumenten. Die in Afghanistan übliche Tazkira

51 Interview mit Jennifer Stieler* (Pseudonym), Arbeitsmarktmentorin in der sächsischen Lausitz, März 2019.

wird als Identitätsnachweis nicht anerkannt. Rechercheergebnisse der Sächsischen Zeitung weisen auf eine besonders restriktive Praxis in der Region hin: Während seit der Einführung der Ausbildungsduldung im August 2016 bis September 2018 in Dresden 42, in Leipzig 24 und im Landkreis Nordsachsen 21 positive Bescheide erteilt wurden, habe es im Landkreis Bautzen bis zu diesem Zeitpunkt lediglich eine Bewilligung gegeben (Springer 2019).

Die zuständige Ausländerbehörde mit Sitz in Bautzen hatte sich mit Blick auf die Massenankunft der Geflüchteten im Mai 2015 neu formiert. Die Abteilung Aufenthalts- und Asylrecht, die auch für die Erteilung von Ausbildungsduldungen zuständig ist, wurde mit den Abteilungen für Asylbewerberleistungen und Integration zusammengeführt. Sachgebietsleiterin Heidrun Voss* zählt die Vorteile dieses Konstruktes auf: »viel weniger Schnittstellen, viel weniger Reibungspunkte und vor allen Dingen auch [weniger] Wissensverlust, Zeit und Wissensverlust«. Ähnlich wie in anderen Regionen Deutschlands fing die Behörde an, aus den unterschiedlichen Bundes- und Landesprogrammen Fördermittel zu akquirieren, um Koordinationsstrukturen für die wachsende Vielzahl an Akteur:innen in den Bereichen Sprache, Arbeit und Ehrenamt besser zu managen. Mit den Bürgermeister:innen der kreisangehörigen Gemeinden wurde ein regelmäßiger Runder Tisch eingerichtet, um die Lage zu besprechen. Die ungewöhnlich große Zahl an 57 kreisangehörigen Kommunen (zum Vergleich: Trabsen* ist eine von 11 und Ehrsfeld* eine von 38 Kommunen im jeweiligen Landkreis) zeigte vor allem bei der Unterbringungsfrage Wirkung: »Mein Gefühl war damals eher so, wenn ich nicht direkt angesprochen werde, fühle ich mich nicht angesprochen, ducke mich eher ab« reflektiert Heidrun Voss* das Verhalten der Bürgermeister:innen. Auch der Landrat sieht sehr unterschiedliche Haltungen in den Kommunen und entsprechende Effekte für die Entwicklung der öffentlichen Meinung:

> Dort wo die Bürgermeister eine positive Meinung haben beziehungsweise auch positive Konflikthärte aushalten, dort ist das eben wesentlich einfacher zu vermitteln und zu kommunizieren, wie in den Gemeinden, wo die Bürgermeisterinnen oder Bürgermeister, aus welchen Gründen auch immer, die ersten sind, die Bedenken haben.[52]

Dies sei umso entscheidender, da die Bürgermeister:innen als Verwaltungsspitzen und durch Wahlen legitimierte Gemeindeoberhäupter herausragende Vorbildfunktionen einnähmen. »Der Bürgermeister ist wie der Dirigent. Und wenn er, ich sage mal, den Einsatz eben falsch anzeigt, dann ist die Musik keine gute. Und ähnlich ist das bei diesen Dingen auch.« (Ebd.) Nach Ansicht der in Friedenau* tätigen Ehrenamtlichen Christine Bader* hat Bürgermeister Michael Bergmann* beim Thema Geflüchtetenaufnahme den Taktstock nie aufgenommen. Sie sieht sich mit ihrem Team alleingelassen in den Bemühungen, die Bewohner:innen der Gemeinschaftsunterkunft im Alltag zu unterstützen und ihnen Zugänge zur Aufnahmegesellschaft zu verschaffen. Ihre Versuche, sich für die individuellen Bedürfnisse der Heimbewohner:innen einzusetzen, prallen allzu häufig an der Behördenlogik der jeweiligen Behörde ab, die in ihren Augen ›Dienst nach Vorschrift‹ verrichten und nicht wirklich die Zielsetzung einer guten Integration

52 Interview mit Harald Uhlig* (Pseudonym), Landrat des Landkreises Bautzen, März 2019.

verfolgen würden. Verbittert resümiert sie: »Wir sind die dummen Ehrenamtlichen. Und wir kriegen das von verschiedenen Stellen immer wieder deutlich gesagt. Aber die Arbeit könnt ihr ja machen. So ungefähr. […] Und das ist das, was die ganze Sache oft erschwert und was uns auch zornig macht.«[53] Sie vermutet, dass ihre negativen Erfahrungen auch mit dem allgemeinen politischen Klima im Landkreis zu tun haben, das eher hinderlich für eine produktive Integrationsarbeit sei. Die Sozialarbeiterin Jana Robson*, die im Migrationsberatungsdienst für Friedenau* und Umgebung tätig ist, versucht sich an einer vorsichtigen Einordnung:

> Es gab ja viel Kontroversen mit dem Landkreis. […] Ja, wie soll ich das jetzt sagen? Man merkt die Stimmung im Landkreis, die jetzt nicht pro Asyl ist oder pro Migranten. […] Manchmal habe ich stark das Gefühl, dass es den Ehrenamtlichen schwer gemacht wird und auch den Hauptamtlichen in der Arbeit, was die Ämter so betrifft.[54]

Die Annahme, dass die politische Stimmung in der Region eher nicht zu einem integrativen Klima beiträgt, lässt sich durch eine Vielzahl an Argumenten und Begebenheiten untermauern. Lange Zeit war die NPD mit mehreren Sitzen im Kreistag vertreten und es gab mehrere Vorkommnisse, die am Bestand der ›Brandmauer gegen Rechts‹ in den politischen Gremien zweifeln lassen.[55] Rein empirisch dürfte angesichts der hohen Wahlergebnisse für die Partei AfD (vgl. Abb. 9.5), deren Sächsischer Landesverband als gesichert rechtsextrem gilt, rechtes Gedankengut zum relevanten Handlungsrahmen eines Teils der sächsischen Bevölkerung geworden sein, argumentiert der ehemalige Kreistagsabgeordnete Robert Meissner*:

> Und so, wie wir heute eben konstatieren müssen, dass zwischen einem Viertel und einem Drittel der Menschen in Sachsen stark rechte und rechtsextreme Tendenzen haben, so würde ich das auch in der Justiz, in den Sicherheitsorganen, überall sehen, dass dort der Querschnitt der Bevölkerung ist.[56]

Im November 2015 verfassten 48 Bürgermeister:innen aus der Region einen Protestbrief, um sich bei der damaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel über die Aufnahmepolitik der Bundesregierung zu beschweren und einen Volksentscheid darüber anzuregen, ob Deutschland ein Einwanderungsland sei oder nicht. Der offene Brief nutzt die bereits existente politische Radikalisierung als Argument für eine Veränderung der Aufnahme-

---

53 Interview mit Christine Bader* (Pseudonym), ehrenamtliche Betreuerin in der Gemeinschaftsunterkunft Friedenau* (Pseudonym), März 2019.

54 Interview mit Jana Robson* (Pseudonym), Sozialarbeiterin und Migrationsberaterin in der sächsischen Lausitz, Mai 2019.

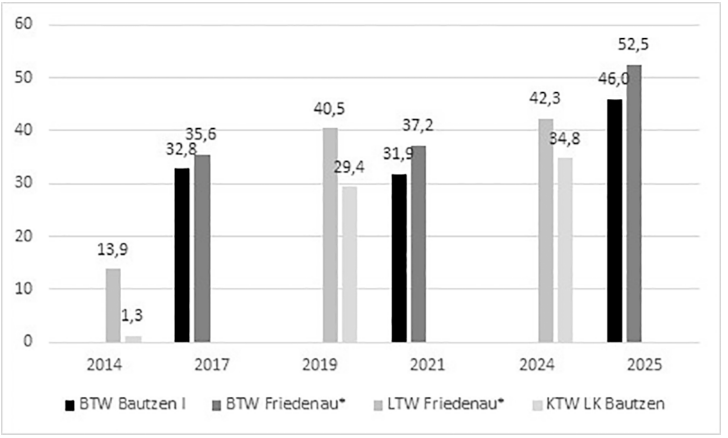
55 So gab es einen Skandal um Kontakte des damaligen Vizelandrats und Leiters der Ausländerbehörde Udo Witschas mit einem NPD-Funktionär. Chat-Protokolle »belegen, dass Udo Witschas in überaus freundschaftlichem Ton mit dem Neonazi über die Lage in Bautzen und über Flüchtlinge diskutierte, mit ihm telefonierte und Interna weitergab« (Meisner 2017). Im Nachgang wurde ihm die Zuständigkeit für das Ausländeramt entzogen, ein Abwahlantrag scheiterte. Im Juli 2022 wurde Udo Witschas zum Landrat des Landkreises Bautzen gewählt.

56 Interview mit Robert Meissner* (Pseudonym), ehemaliger Kreisrat im Landkreis Bautzen, November 2019.

und Einwanderungspolitik. Ein weiteres zentrales Argument weist auf die Fürsorgeverpflichtung gegenüber sozial schlecht gestellten gesellschaftlichen Gruppen im Land hin, die sich durch die Aufnahme Asylsuchender benachteiligt fühlen könnten:

> Wichtig ist nach unserer Auffassung auch, dass diejenigen, welche in unserem Land in sehr einfachen Lebensverhältnissen leben müssen, von Ihnen als erste [sic!] Repräsentantin unseres Staates die Zusage erhalten, dass sie sich auch weiterhin auf die Fürsorge und den Schutz der Gesellschaft verlassen können. (Epoch Times 09.11.2015)

Abb. 9.5: Der Aufstieg der AfD in der sächsischen Lausitz: Ergebnisse der Bundestagswahlen (BTW) 2017, 2021, 2025 (Wahlkreis Bautzen I und Friedenau), der Landtagswahlen (LTW) 2014, 2019, 2024 (Friedenau*) sowie der Kreistagswahlen (KTW) 2019, 2024 (LK Bautzen)*



Datenquelle: https://wahlen.sachsen.de/, eigener Entwurf

Viele politische und gesellschaftliche Akteur:innen ziehen die Deprivationserfahrungen der Bevölkerung insbesondere in den Jahren seit der Wiedervereinigung als Begründung für rassistische Einstellungen heran. In einem Zeitungsinterview spricht beispielsweise der Leiter des katholischen Bischof-Benno-Hauses über die »Angst vor den Fremden« in der Region. Er setzt bei den fehlenden Erfahrungen mit Interkulturalität zu DDR-Zeiten an und kommt über die objektiven Deprivationserfahrungen und deren mangelnde Würdigung durch »Politik und Verwaltung« zur Erklärung der »Angst vor den Fremden«. Denn wie Zuwanderung wahrgenommen und eingeordnet würde, sei auch immer »eine Frage, wie sicher und stark ich mich in meinem Leben selber fühle, ob ich positiv denke und mich in meinem Leben wohlfühle«. (Sächsische Zeitung 22.09.2016) In der Analyse der Landtagswahlergebnisse in Sachsen 2019, in der die AfD mit 27,5 % der Wählerstimmen zweitstärkste Kraft wurde, wird das Deprivationsargument ergänzt durch die fehlende Zugewandtheit der »etablierten Politiker«, die

> »in ihrer Ignoranz […] gar kein Ohr mehr gehabt [hätten] für die Sorgen der Menschen hier im ländlichen Raum. Sie hätten sie einfach nicht hören wollen.« Gegenstand der Sorgen sei »die Flüchtlingspolitik, vor der sie sich fürchten, die Rentenpolitik, von der sie nicht wissen, was ihnen mal bleibt, die Leuchtturmpolitik, von der sie sich abgehangen fühlen, die Sicherheitspolitik, die ihnen fehlt, die Europapolitik, die ihnen niemand richtig erklärt« (Sächsische Zeitung 27.09.2019).

Vieles in dieser Problemartikulation deckt sich mit unseren Befragungsergebnissen aus dem Jahr 2019 (vgl. Tab. 9.4). Der Diskursstrang des ›Nicht Gehört Werdens‹ und der fehlenden Zugewandtheit wird auch in weiteren Artikeln aufgegriffen, meist verbunden mit dem Plädoyer, alle Gruppen der Zivilgesellschaft (also auch die »dunkle Seite« der Zivilgesellschaft, vgl. Roth 2003) miteinander ins Gespräch zu bringen. Diese Position vertritt beispielsweise Frank Richter, ehemals Leiter der Landeszentrale für Politische Bildung in Sachsen, in einem Gastbeitrag in der Reihe ›SZ-Perspektiven‹, in dem er seine Erfahrungen mit Bürgerdialogen zum Thema Asyl und Unterbringung reflektiert (Sächsische Zeitung, 10.10.2017). Seine Gesellschaftsanalyse attestiert eine Zweiteilung in eine »schweigende, bisweilen verängstigte, wohlmeinende, konstruktiv denkende Mehrheit« auf der einen Seite, und eine »destruktiv denkende und handelnde Minderheit« andererseits. Er verlangt eine Unterstützung der »Mehrheit« in ihrem Bemühen, die »Minderheit« einzuhegen.

Die Politisierung der Asylthematik schlägt sich auch in Friedenau* und der gesamten Region nieder. Ehrenamtliche müssen sich für ihr Engagement für Geflüchtete verteidigen und werden gefragt, warum sie sich nicht stattdessen »um Hartz-IV-Kinder« kümmern, wie Christine Bader* berichtet. Die schwierige Aktivierung weiterer ehrenamtlicher Helfer:innen könnte nach Ansicht von Sandra Breitner* auch an der übergeordneten Politisierung des Themas liegen: »Weil wir auch gemerkt haben, dass das Ehrenamt sich ja auch positioniert, pro Asyl und so weiter. Ich kann mir vorstellen, dass auch andere Interessenten sich da nicht so eingeladen fühlen, da ihnen das Thema vielleicht erst mal zu politisch klingt.«[57]

Mit einer Reihe von Begegnungsformaten versuchen die zivilgesellschaftlichen Akteur:innen der Region, Vorbehalte gegenüber Geflüchteten auszuräumen und damit mehr Verständnis und möglicherweise auch ehrenamtliches Engagement zu generieren. Im Rahmen der interkulturellen Wochen soll eine »Begegnungs-Mitmach-Messe« stattfinden, um die Zivilgesellschaft, »die ja eher leise ist, wenn es nicht gerade Leute sind, die sich sehr negativ gegenüber dem Asylthema positionieren, […] niedrigschwellig mit[zu]nehmen« (ebd.). Durch die interkulturelle Begegnung sollen, ganz der Kontakthypothese folgend, Unsicherheiten und Vorurteile abgebaut und damit die Basis für eine Begegnung auf Augenhöhe geschaffen werden. Das wünscht sich auch die Ausländerbeauftragte des Landkreises, die bereits verschiedene interkulturelle Begegnungsformate initiiert hat: »Damit die Menschen, die hier leben, ein anderes Bild von dem Herkunfts-

57 Interview mit Sandra Breitner* (Pseudonym), Kommunale Integrationskoordinatorin in der sächsischen Lausitz, März 2019.

land […] bekommen, einfach mehr über andere Kulturen erfahren. Und dann sieht man die Menschen, die zu uns kommen, mit anderen Augen«.[58]

Inzwischen sind in der Region auch ehemalige Geflüchtete zivilgesellschaftlich aktiv, wie beispielsweise Alima Ibrahim*, die sich vor allem für die Vernetzung zugewanderter Frauen engagiert und ein Netzwerk der Migranten-Selbst-Organisationen in der Region gegründet hat. Aus der Reflexion der selbst erfahrenen Zuwendung seitens der engagierten Zivilgesellschaft auf der einen Seite und rassistischen Ausgrenzungen auf der anderen Seite leitet sie den Wunsch zu mehr Hilfe zur Selbsthilfe und zum Empowerment von Migrant:innen und Geflüchteten ab. Denn die Geflüchteten könnten einen großen Beitrag zur umfassenden gesellschaftlichen Integration leisten, im Sinne einer Berücksichtigung aller Gruppen der Gesellschaft. »Weltoffen, Solidarisch und Dialog« das sind ihre Wünsche für eine gelingende gemeinsame Gestaltung der Zukunft.[59] Mehr Offenheit und Verständnis füreinander wünscht sich auch die Sozialarbeiterin Jana Robson*, und »dass gesehen wird, dass der Landkreis Bautzen ein Problem mit Rechtsextremismus hat. Das wäre ja schon mal ein großer Fortschritt und nicht bloß von bestimmten Akteuren gesehen wird, sondern vom Landrat oder vom Kreis.«[60]

9.3.4 Integration vor Ort im Vergleich

In der Zusammenschau dieser drei Gemeindeporträts lassen sich Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der Herangehensweise an die Integrationsaufgabe erkennen. Die Startsituation ist in allen drei Gemeinden ähnlich: die Zuweisung der Geflüchteten kommt relativ plötzlich. Die Verwaltungsstrukturen sind mit der Asylbürokratie und der Ertüchtigung von Unterbringungsstrukturen beschäftigt, so dass die Aufgabe der Integration in den Alltag zunächst vollständig auf den Schultern der Ehrenamtlichen ruht. Diese bündeln ihre Kräfte und beginnen, lokale Netzwerke aufzubauen. Am effektivsten gelingt das in Trabsen*, wo sich mit der Bürgermeisterin und dem Pfarrer zwei zentrale Schlüsselpersonen der Gemeinde an die Spitze setzen und es so schaffen, einen großen Pool an Ehrenamtlichen zu aktivieren. In Ehrsfeld* und Friedenau* hingegen ist weniger bis gar kein öffentlicher Rückhalt zu beobachten. Es gibt weniger ehrenamtlich Aktive, die auch weniger vernetzt sind. In allen drei Regionen wird durch die Behörden des Landkreises mit etwas Zeitverzug eine effektive Infrastruktur aufgebaut, die fortan die zentralen Integrationsbereiche managt, allen voran die Vermittlung von Geflüchteten in Sprachkurse und danach in den Arbeitsmarkt. In allen drei Regionen werden die in den Jahren 2016 und 2017 zahlreich verfügbaren Fördermittel aktiv ausgeschöpft, um damit die Vermittlungs- und Beratungsstrukturen auszubauen. Allerorts kommt es während dieser Zeit zu Überlappungen von Zuständigkeiten auf der einen Seite und Interaktionslücken auf der anderen Seite, so dass nicht alle verfügbaren Ressourcen ihre vollständige

58 Interview mit Katarzyna Mayer* (Pseudonym), Ausländerbeauftragte des Landkreises Bautzen, November 2019.

59 Interview mit Alima Ibrahim* (Pseudonym), Gründerin einer Migrantinnen-Selbst-Organisation in der sächsischen Lausitz, Januar 2019.

60 Interview mit Jana Robson* (Pseudonym), Sozialarbeiterin und Migrationsberaterin in der sächsischen Lausitz, Mai 2019.

Wirksamkeit entfalten können. Daher wünschen sich manche Akteur:innen eine Verlagerung von Ressourcen auf die Gemeindeebene, da sie dort am effektivsten verwendet werden könnten. Dort sind vor allem die Ehrenamtlichen aktiv, häufig mit phantasievollen Begegnungsformaten, mit Cafés, Gemeinschaftsgärten oder Second-Hand-Länden, und mit individuellen Patenschaftsbeziehungen. Dabei entstehen enge Bindungen zu den Geflüchteten, so dass deren Bedarfe genau erkannt werden. Dass diese aufgrund rechtlicher Vorgaben oder struktureller Gegebenheiten nicht immer adäquat bearbeitet werden können, frustriert und ermüdet die Ehrenamtlichen.

Beides, sowohl das Engagement der Ehrenamtlichen als auch die strukturellen Integrationsressourcen, erweisen sich in der Längsschnittbetrachtung als nicht nachhaltig. Viele Ehrenamtliche kapitulieren angesichts der Komplexität der Integrationsaufgaben, die professionelle Expertise benötigen. Die Empfindung fehlender öffentliche Wertschätzung ihrer Arbeit führt bei vielen zu Zorn und anschließendem Rückzug. Deutlich spürbar wird das bei der Friedenauerin Christine Bader* (»Wir sind die dummen Ehrenamtlichen«), während die Trabsener* Ehrenamtliche Regina Harmsen* begeistert von den regelmäßigen Wertschätzungsveranstaltungen in Niedersachsen berichtet, bei denen sogar der Ministerpräsident anwesend ist: »Das fand ich immer ganz toll«.[61] Eine geringe Nachhaltigkeit der ehrenamtlichen Strukturen ist vor allem in Ehrsfeld* und Friedenau* zu befürchten, da die Aktivitäten auf den Schultern von wenigen »Einzelkämpfern«[62] ruhen, während sich in Trabsen* ein fester Freundeskreis zusammengefunden hat, der sich als Verein institutionalisiert hat und auch abseits der Integrationsarbeit von den entstandenen Bindungen profitiert. Doch auch dort berichtet man von Ermüdungserscheinungen und Frustration bei den Ehrenamtlichen. Da sich die meisten Ehrenamtlichen im Rentenalter befinden und jüngere Menschen durch ihre vielen Verpflichtungen als kaum rekrutierbar gelten, dürfte eine wichtige Zukunftsfrage sein, wie der Generationenwechsel im Ehrenamt gelingt. Denn die nachwachsende Generation der »jungen Alten« ist anders sozialisiert. Sie lebt stärker individualisiert, mit vielen Bezügen zu sozialen Medien und weniger konkreter Ortsbindung.

Für die hauptamtlichen Integrationsstrukturen ist fehlende Nachhaltigkeit ein zentrales Problem: die starke Bindung an Fördermittel verleiht der Integrationsarbeit einen Projektcharakter. Mit dem Ende der Projektförderung geht jeweils eine Mitarbeiterfluktuation einher, was nicht nur zum Verlust von institutionellem Wissen, sondern auch zum Zusammenbrechen von Kontaktnetzwerken führt. Zwar werden manche Projekte neu bewilligt und Förderlinien verlängert, aber durch die Befristung ist »wie in jedem sozialen Bereich die Fluktuation der Mitarbeiter vorprogrammiert, weil man sich ja dann auch immer versucht zu retten. Und das ist wirklich für diesen Bereich, wenn es politisch tatsächlich gewollt ist, eine unhaltbare Situation«.[63]

---

61 Interview mit Regina Harmsen* (Pseudonym), ehem. Vorsitzende des Flüchtlingshilfevereins in Trabsen* (Pseudonym), Februar 2019.

62 Interview mit Isolde Rösner* (Pseudonym), ehrenamtlich Engagierte in Ehrsfeld* (Pseudonym), Februar 2019.

63 Interview mit Heidrun Voss* (Pseudonym), Leiterin des Sachgebiets Integration im Ausländeramt des Landkreises Bautzen, März 2019.

Da die Integrationsaktivitäten zu den freiwilligen kommunalen Selbstaufgaben gehören, unterliegen Entscheidungen über das Aufsetzen von Förderprogrammen, über den Personalbesatz von Integrationsstellen und sogar über die Ausarbeitung von Förderanträgen und das Abrufen von Fördermitteln dem politischen Votum. In einem politischen Klima, in dem Integrationsaufgaben hinterfragt und die Anwesenheit von Asylsuchenden vor allem unter Ordnungs- und Sicherheitsaspekten diskutiert wird, kann kaum von einem starken und nachhaltigen Engagement für die Ertüchtigung von Integrationsinfrastrukturen ausgegangen werden. Die daraus resultierenden negativen Effekte für den Verlauf von Integrationsprozessen können dann wiederum als Argument genutzt werden, um Überlastungs- und Abwehrdiskurse zu verstärken.

Eine besonders starke Diskrepanz zwischen den Realitäten vor Ort und den übergeordneten politischen Diskursen ist beim Thema Beschäftigung und Arbeitsmarkt zu erkennen. Einerseits werden erhebliche Summen in Vermittlungs- und Qualifizierungsstrukturen investiert, die nicht den gewünschten Erfolg bei der Arbeitsmarktintegration erzielen. Andererseits werden die pragmatischen und nachfragegesteuerten Integrationsstrategien lokaler Akteur:innen durch normative Vorgaben (›Sprache-Bildung-Arbeit‹) oder eine restriktive Steuerung des Arbeitsmarktzugangs torpediert. In allen drei Regionen empören sich Arbeitgeber:innen über die Verunmöglichung des Arbeitsmarktzugangs von Geduldeten, die teilweise längst zu qualifizierten Mitarbeiter:innen herangereift sind, bevor ihnen die Arbeitserlaubnis wieder entzogen wird. Die betroffenen Unternehmer:innen sind spürbar erschüttert darüber und lassen einen massiven Vertrauensverlust gegenüber staatlichen Instanzen erkennen. Gerade mit Blick auf das Polarisierungspotenzial des Themas Fluchtmigration wird an dieser Stelle durch die Vorrangstellung ordnungspolitischer gegenüber wirtschafts- und sozialpolitischen Prinzipien eine Möglichkeit der gesellschaftlichen Befriedung verspielt.

Durch die ganzheitliche Betrachtung der drei Gemeinden offenbaren sich systematische Zusammenhänge zwischen der gesellschaftlich-politischen Situation und dem Ausmaß an lokaler Rezeptivität. Diese ist in Trabsen* am stärksten, mit einer sozialdemokratischen Basis, gepaart mit zupackenden Haltungen; mit einer Bürgermeisterin, die für ein Willkommensklima einsteht, mit einem erheblichen Anteil an von Gemeinsinn geprägter Bevölkerung und starken Kirchengemeinden, die ihr Engagement aus einer christlichen Grundhaltung heraus leisten. Integration möglich zu machen, dieses Ziel eint die haupt- und ehrenamtlichen Akteur:innen, die bei aller auch hier zu beobachtenden Reibungsverluste, Verzögerungen und rechtlichen Einschränkungen das Gefühl vermitteln, an einem Strang zu ziehen. Eine gegenteilige Situation zeigt sich in Friedenau*, wo die vor Ort aktiven Haupt- und Ehrenamtlichen gegen unsichtbare Mauern ankämpfen, die sich aus restriktiv ausgelegten Regulierungen und rein verwaltungslogischen top-down Entscheidungen zusammensetzen. Zwar kann das Arbeitskräftepotenzial der Geflüchteten in einer von demographischer Schrumpfung geprägten Region als Motor der Integration partiell identifiziert werden, doch es entwickelt sich daraus keine tragfähige Erzählung, so dass mehrere Akteur:innen überzeugt sind: »Integration wird in Bautzen nicht gewollt!«[64] Als Erklärung muss das übergeordnete politische Kli-

64 Interview mit Christine Bader* (Pseudonym), ehrenamtliche Betreuerin in der Gemeinschaftsunterkunft Friedenau* (Pseudonym), März 2019.

ma angesprochen werden, das geprägt ist durch nationalkonservative Haltungen, verbunden mit einem starken rechtsradikalen Wählerpotenzial und einer Normalisierung von demokratiefeindlichen und rassistischen Diskurspositionen. Zwischen diesen beiden Extrempolen liegt die Gemeinde Ehrsfeld*, die durch ein konservativ-bodenständiges Milieu geprägt ist und wo der Fokus auf ›Integration durch Arbeit‹ liegt, womit die aktuelle Integrationsaufgabe an Erfahrungen aus früheren Einwanderungen rückgebunden und mit dem Selbstbild einer von Industrie und Handwerk geprägten Region mit einer arbeitsamen Bevölkerung verkoppelt wird. Die vorwiegend assimilative Erwartung an die Geflüchteten, gepaart mit einem geringen Anteil weltoffener, engagierter Zivilgesellschaft lässt für die Zukunft eher ein »Nebeneinander«[65] als ein Miteinander von Geflüchteten und Einheimischen erwarten.

Jenseits der grundsätzlichen strukturellen, gesellschaftlichen und politischen Unterschiede ist in allen drei Gemeinden eine Diskrepanz zwischen einer zugewandten und engagierten Minderheit und einer großen Mehrheit zu erkennen, die wahlweise als »eher leise«[66], »völlig desinteressierte«[67] bis »skeptische«[68] Bevölkerung bezeichnet wird. Zivilgesellschaftliche Akteure sehen Kontakt und Begegnung als notwendige und effektive Formate, um Unsicherheiten, Ängste oder Skepsis abzubauen. Sie organisieren Spielenachmittage, Koch-Events, interkulturelle Feste, Begegnungscafés, Ausflüge, Vorträge und Gesprächskreise, um das zutage zu fördern, was der Soziologe David Radford mit *everyday sameness* bezeichnet. Zu erkennen, dass Herkunft und Kultur zwar unterschiedlich, aber Lebenswege und Einstellungen ähnlich sind, dass man den gleichen Humor besitzt und gemeinsame Interessen entdeckt, soll den Weg zu einem offenen und vorurteilslosen Miteinander öffnen. So erfolgreich und schön die einzelnen Aktivitäten auch verlaufen, so eint ihre Veranstalter:innen die Erkenntnis, dass »immer die gleichen Grüppchen«[69] dabei sind. Diese Erkenntnis reduziert sich nicht auf die Mitglieder der Aufnahmegesellschaft. Auch über die Geflüchteten gibt es viele Erzählungen, dass sie schwer aktivierbar seien oder sich zurückzögen. Bei beiden Gruppen dürfte dieses Verhalten die verschiedensten nachvollziehbaren Ursachen haben, die sich trotz aller Bemühungen nicht vollständig abbauen lassen. Es bleibt dann jedoch die Frage, wie die Situation des nebeneinander Lebens zu einem miteinander Leben transformiert werden kann. Diese Frage wird von vielen Gesprächspartner:innen mit Blick auf die folgende Generation beantwortet, womit die sog. 1,5te Migrant:innengeneration gemeint ist, also jene, die entweder als Kinder angekommen sind oder kurz nach der Ankunft in Deutschland geboren wurden. Durch ihre Sozialisation in der deutschen Sprache und den langen

65 Interview mit Hannelore Wagner* (Pseudonym), Lokalpolitikerin und ehrenamtlich Engagierte in Ehrsfeld* (Pseudonym), Juni 2019.

66 Interview mit Sandra Breitner* (Pseudonym), Kommunale Integrationskoordinatorin in der sächsischen Lausitz, März 2019.

67 Interview mit Hannelore Wagner* (Pseudonym), Lokalpolitikerin und ehrenamtlich Engagierte in Ehrsfeld* (Pseudonym), Juni 2019.

68 Interview mit Rainer Schmitt* (Pseudonym), Betreiber einer Clearing-Stelle für unbegleitete minderjährige Geflüchtete in Mittelfranken, Juni 2019.

69 Interview mit Heidrun Voss* (Pseudonym), Leiterin des Sachgebiets Integration im Ausländeramt des Landkreises Bautzen, März 2019.

gemeinsamen Schulbesuch mit deutschen Kindern, so die Erwartung und erste Beobachtung, würden diese viel natürlicher mit Diversität umgehen können als die älteren Generationen.

Mit Blick auf die lokal eingebetteten historischen Migrationserfahrungen (Kap. 7) ist an dieser Stelle der Perspektivwechsel in die Aufnahmegesellschaft interessant. Die Frage, was diese eigentlich zur sozialen Gemeinschaft macht, ab wann neue Mitglieder jenseits von kulturalisierendem *othering* als Teil der lokalen Gemeinschaft betrachtet werden, wird gerade in ländlichen Kommunen mit einer extrem langen Anwesenheitsdauer verknüpft. Im Kern geht es dabei um die Möglichkeit, während einer gemeinsamen Sozialisierungsphase geteilte Erinnerungen zu generieren (vgl. Textbox 9.2).

Textbox 9.2: »Was ist überhaupt Gemeinschaft für uns?«

> Und, ich meine ich bin jetzt keine Ehrsfelderin*, ich bin selber zugezogen vor langer, langer Zeit und ich habe auch LANGE gebraucht, bis ich so das Gefühl gehabt habe, ich bin nicht mehr fremd hier. Und jetzt bin ich ja nicht wirklich jemand, der sich so daheim zurückzieht, aber – »Gell, Sie wohnen noch nicht lange da?« – »Doch, zehn Jahre.« – »Ach nee, echt?« – »Ja.« Das ist so. Und jetzt bin ich weder dunkelhäutig noch sonst irgendwie.[70]
>
> Also wir haben hier auch Geschichten davon, dass sich Leute vor 20, 25 Jahren ein Haus gebaut haben in irgendeinem Dorf, aus der Großstadt gekommen sind und nach 25 Jahren immer noch das Gefühl haben, sie gehören nicht zur Dorfgemeinschaft dazu. Deutsche Leute, ja. Ja, die Kinder vielleicht schon, weil die Kinder das ganz anders sehen, aber die Erwachsenen: »Der ist doch erst gerade zugezogen vor 25 Jahren!« [*Lachen]* Das ist auch für uns Deutsche so ein Moment, wo wir kurz mal innehalten sollten, was bedeutet denn für uns eigentlich, jemanden mit in die Gemeinschaft zu lassen, und was ist überhaupt Gemeinschaft für uns? Wo fängt das an? Im Kopf? Muss ich mit den Leuten zur Schule gegangen sein, um mit ihnen in einer Stadt leben zu dürfen?[71]

Möchte man nicht zwei Generationen abwarten, bis Einheimische und Geflüchtete zueinander gefunden haben, lohnten sich Formate, durch die entweder gemeinsame Erlebnisse generiert oder Gemeinsamkeiten aus den je eigenen biographischen Wissensbeständen aufgerufen werden, durch die emotionale Bindung entstehen kann. In mehreren der von uns beforschten Kommunen wurden beispielsweise Biographieprojekte initiiert, in denen die neu angekommenen Geflüchteten und die immer noch große, wenn auch stark gealterte Gruppe der Weltkriegsvertriebenen Gemeinsamkeiten im eigenen Erlebten aufspüren und daraus Ausstellungsprojekte oder Erzählcafés

70 Interview mit Hannelore Wagner* (Pseudonym), Lokalpolitikerin und ehrenamtlich Engagierte in Ehrsfeld* (Pseudonym), Juni 2019.

71 Interview mit Rainer Konert* (Pseudonym), Mitarbeiter eines Wohlfahrtsverbandes in Nordsachsen, Dezember 2019.

gestalten. Dass auch solche Aktivitäten nicht abgekoppelt vom allgemeinen gesellschaftlichen Klima stattfinden, zeigt eine jüngere Begebenheit aus dem sächsischen Pirna, wo eine Wanderausstellung mit biographischen Reflexionen Geflüchteter noch vor der Eröffnung im Landratsamt wieder abgebaut wurde. Begründung des Landratsamtes: »Die Ausstellung polarisierte bereits in den ersten Stunden nach ihrem Aufhängen und sorgte für eine aufgeheizte Stimmung unter den anwesenden Betrachtern.« (MDR 18.09.2024) Die Ausstellung ›Es ist nicht leise in meinem Kopf‹ präsentiert in Bild-Text-Tafeln autobiographischen Erzählungen junger Geflüchteter, die im sächsischen Erzgebirge untergekommen sind. Sie war vor Pirna bereits an vielen anderen Standorten zu sehen. Anlass für die im Pirnaer Landratsamt erzeugte Entrüstung waren offensichtlich Reflexionen der Geflüchteten über die erlebte Perspektivlosigkeit und Rassismus-Erfahrungen in Deutschland, die man auch als Kritik am Verhalten der Aufnahmegesellschaft verstehen könnte. Die Aussagen riefen »verständlicherweise Unmut und Unverständnis von Bürgern und Mitarbeitern […] hervor«, so das Landratsamt (ebd.). Die Initiatorin der Ausstellung, die Grüne Landtagsabgeordnete Ines Kummer, zeigte sich entsetzt über diese Reaktion. »Das war vielleicht der Weg des geringsten Widerstandes, die Ausstellung wieder abzuhängen«, vermutet sie, denn man hätte sich ja auch mit den ambivalenten Erfahrungen der Geflüchteten auseinandersetzen und zusammen mit empörten Besucher:innen nachdenken können, wieso die Geflüchteten sich auf diese Weise äußern (ebd.). Das allgemeine politische Klima dürfte seinen Teil beigetragen haben, dass hier keine inhaltliche Auseinandersetzung stattfand, sondern migrantische Stimmen unsichtbar gemacht wurden. Bei der Landtagswahl 2024 war in allen vier Wahlkreisen im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge die AfD mit 36–41 % die stärkste Kraft, bei der Bundestagswahl 2025 holte sie im Landkreis mit 46,5 % der Zweitstimmen fast die absolute Mehrheit.[72] Angesichts des bundesweiten Erstarkens rechtsnationaler Kräfte sind derartig defensive politische Reaktionen für die Zukunft wohl häufiger zu erwarten.

Vor dem Hintergrund der in den letzten Jahren so dominanten Diskussion um Belastungsgrenze der Kommunen ist es abschließend noch interessant, die Einschätzungen zur lokalen Aufnahmefähigkeit aus den drei betrachteten Gemeinden zu erfahren: Aus dem Rathaus Trabsen* ist zu hören, man könne noch mehr Menschen aufnehmen, bräuchte aber Finanzierungssicherheit. In Ehrsfeld* begrüßt man eine weitere Aufnahme von Geflüchteten vor allem im Zusammenhang mit dem großen Bedarf auf dem Arbeitsmarkt. Für eine rasche und passgenaue Eingliederung weiterer Geflüchteter benötige man aber nachhaltige Strukturen. Ein Engpass ist hier vor allem der lokale Wohnungsmarkt, der auch durch die parallel laufende Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland stark nachgefragt wird. In Friedenau* steht grundsätzlich ausreichend Wohnraum zur Verfügung, und auch einer Erweiterung der Gemeinschaftsunterkunft würde der Bürgermeister zustimmen. In der Region gibt es ebenfalls einen großen Arbeitskräftebedarf, doch es hapert an der gesellschaftlichen Willkommenskultur. Da aber für die Region ähnlich wie in Ehrsfeld* Fachkräfte aus dem Ausland (z.B. China, Vietnam, Ukraine) angeworben werden, ist eine skeptische bis feindselige Bevölkerung nicht nur

72 Vgl. https://www.wahlen.sachsen.de/bundestagswahl-2025.html

für die weitere Aufnahme von Geflüchteten ein Hemmschuh, sondern für die grundsätzliche weitere Entwicklung der Region.

Teil III
Land in Sicht

Kapitel 10 – Nach der Flucht

Nachdem Teil I dieses Buches die wesentlichen Etappen von Flucht und Ankunft aus Perspektive der Geflüchteten beleuchtet hat, richtete Teil II seinen Blick stärker auf die aufnehmende Gesellschaft und die lokale Ebene. Anhand von verschiedenen Fallbeispielen habe ich gezeigt, wie mit der Herausforderung der Geflüchtetenaufnahme in den Jahren 2015/16 umgegangen wurde und welche Varianz in den Politikansätzen, Haltungen und Einstellungen der lokalen Bevölkerung sowie in den öffentlichen und politischen Diskursen zu beobachten war. Der dritte Buchteil »Land in Sicht« führt beide Erzählstränge wieder zusammen und entwickelt Zukunftsperspektiven, einerseits mit Blick auf die individuellen Biographien von Geflüchteten, andererseits in Bezug auf die Aufnahmegesellschaft und Deutschland als Aufnahmeland.

Dabei kommt diese abschließende Analyse nicht ohne einen weiteren Rückblick aus, denn seit dem ›Langen Sommer der Migration‹ sind weitere Jahre und weitere Krisen ins Land gegangen, die jeweils den Kontext für die Aufnahme von Geflüchteten, ihre Integration und die kollaborative Gestaltung des zukünftigen Zusammenlebens beeinflusst haben. Im März 2020, rund vier Jahre nachdem die Gemeinden eine knappe Million Asylsuchender aufgenommen hatten, musste sich das Land der Corona-Pandemie stellen. Zweieinhalb Jahre lang sollte die Pandemie weitgehend den Alltag bestimmen und durch Kontaktbeschränkungen, wirtschaftliche und soziale Verwerfungen auch hart in den Integrationsverlauf der Geflüchteten eingreifen. Die Corona-Krise war noch nicht vorbei, da stand bereits die nächste Krise vor der Tür: mit dem russischen Überfall auf die Ukraine setzte Ende Februar 2022 eine weitere massive Fluchtbewegung ein, die innerhalb von zwölf Monaten nochmals eine Million Schutzsuchender nach Deutschland brachte. Und parallel zu diesen Ereignissen konnte eine zunehmende gesellschaftliche Polarisierung beobachtet werden, nicht nur aber auch maßgeblich anhand des Themas Migration. Der sich verschärfende politische und öffentliche Diskurs stellt eine weitere Kontextbedingung von Geflüchtetenaufnahme und -integration dar, da er sich in vielfältiger Weise auf die Rezeptivität lokaler Gesellschaften auswirkt.

10.1 Nach dem ›Langen Sommer der Migration‹

Mit der Blockade der Balkanroute ab dem Frühjahr 2016 gingen die Ankunftszahlen von Geflüchteten in Deutschland rasch und signifikant zurück. Die jährliche Zahl der Asylanträge sank bereits 2017 auf unter 200.000 und sollte in den Folgejahren stetig weiter sinken. Wesentliche Aufnahme- und Integrationsstrukturen waren zum Laufen gebracht worden, und so zeigte sich nach und nach eine Konsolidierung der Situation. So weit sogar, dass die kommunalen Verantwortungsträger die Thematik bereits wieder von der Agenda gekippt hatten. Zumindest war dies unsere Wahrnehmung, als wir in der Vorbereitung eines Forschungsprojektes im Frühjahr 2018 die Rathäuser von sächsischen Kleinstädten abklapperten und den Bürgermeister:innen erläuterten, wir wollten die Integration von Geflüchteten in ihrer Gemeinde erforschen. Mehr als einmal hörten wir »Da hätten Sie früher kommen müssen. Damit sind wir schon durch!« Das wurde zwar von weiteren Gesprächspartner:innen in den Gemeinden, mit denen wir im Verlauf des Projektes sprachen, signifikant anders wahrgenommen, doch von der (kommunal)politischen Agenda war das Thema Geflüchtetenaufnahme, das sich für sie vor allem als Unterbringungsfrage dargestellt hatte, bereits weiter nach unten gerutscht. In vielen von uns besuchten Kommunen hatte man dementsprechend die regelmäßigen Runden Tische beendet, an denen seit 2015 alle beteiligten Akteure bis hin zum Rathauschef zusammensaßen, sich auf dem Laufenden hielten und schnelle Entscheidungen auf den Weg brachten. Angesichts der wechselnden Krisen, die es auf kommunaler Ebene zu bearbeiten gilt, konnte das Thema Asyl nicht dauerhaft so prominent auf der Agenda verbleiben. Für die weitere Bearbeitung des Integrationsprozesses hatte man die Ausländerbehörden, die Schulen und die Jobcenter. Und die Ehrenamtlichen waren ja ohnehin freiwillig an der Thematik dran. So schien der dominante Erklärungsrahmen.

10.1.1 Enttäuschte Erwartungen

Tatsächlich hatten all diese Akteure weiterhin alle Hände voll zu tun, um das Ankommen und den längerfristigen Integrationsprozess für die große Anzahl an Menschen aus so unterschiedlichen Weltregionen zu gestalten. Dabei mussten sie sich gleichzeitig mit einer Flut an Gesetzesänderungen befassen, die in der ein oder anderen Weise Einfluss nahmen auf die Integrationsmöglichkeiten ihrer Klient:innen. So führte beispielsweise das 2016 in Kraft getretene ›Integrationsgesetz‹ genannte Bündel an gesetzlichen Neuerungen zu einer Aufspaltung der Geflüchteten in solche mit ›guter‹ und solche mit ›schlechter‹ Bleibeperspektive. Während für jene mit guter Bleibeperspektive Zugänge zu Sprachkursen und anderen Fördermöglichkeiten stark liberalisiert wurden, erlebten Menschen aus Herkunftsländern mit relativ niedrigen Schutzquoten einen weitreichenden Ausschluss aus Integrationsmaßnahmen und lange Wartezeiten im Asylverfahren. Im Jahr 2016 dauerte es durchschnittlich sechs Monate, bis man überhaupt einen Termin für die Asylantragstellung erhielt, d.h. das erste halbe Jahr des Aufenthalts verging für die meisten Geflüchteten mit unproduktivem Warten. Jene mit ›schlechter Bleibeperspektive‹, wie z.B. Menschen aus Somalia oder Pakistan, mussten mehr als 15 Monate auf die Asylentscheidung warten, während Asylsuchende mit ›guter Bleibeperspektive‹ schneller an die Reihe kamen (Deutscher Bundestag 23.02.2018). Und

gerade jene, die nach einem abgelehnten Asylantrag den Klageweg beschritten, fanden sich oft über Jahre in dem bereits mehrfach so benannten Limbo-Zustand wieder, in dem alle Hoffnungen und Zukunftserwartungen auf Eis liegen (vgl. Textbox 10.1).

Textbox 10.1: Familienleben im Limbo

Wir treffen die Iranerin Imsha Hosseini* in einer Gemeinschaftsunterkunft in Norddeutschland. Sie lebt dort bereits seit vier Jahren. Ihr Asylantrag wurde abgelehnt, nun befindet sie sich im Widerspruchsverfahren. Imsha Hosseini* hat im Iran Psychologie studiert und als Psychologin gearbeitet. Ihr Studienabschluss wurde in Deutschland bereits auf Bachelor-Niveau anerkannt. Gerne würde sie ein Masterstudium anschließen, doch angesichts der wahrscheinlichen endgültigen Ablehnung ihres Asylantrags wird das nicht möglich sein. Stattdessen plant sie, eine Ausbildungsduldung zu beantragen und eine Ausbildung zur Erzieherin zu absolvieren. Derweil geht das Leben trotzdem weiter. Ihr Sohn, mit dem zusammen sie vor acht Jahren den Iran verlassen hatte, ist inzwischen zehn Jahre alt. Ihr Mann ist vor drei Jahren nachgekommen. Sein Asylverfahren endete ebenfalls mit einer Ablehnung, nun hat er eine Duldung, die ihm aber keine Beschäftigung erlaubt. Inzwischen hat das Paar ein weiteres Kind bekommen und hofft, wenigstens in eine eigene Wohnung umziehen zu dürfen. Seit einem Jahr warten sie darauf, dass ihr Antrag zum Auszug aus der Gemeinschaftsunterkunft entschieden wird.

Nachdem 2015 die Willkommenskultur greifbar war, machte sich mit den Jahren vielerorts Ernüchterung breit, weil sich die Integrationserfolge der Geflüchteten nicht so schnell einstellten, wie man erwartet hatte. Die Sozialarbeiterin Rana Hamoud* macht dies auch an der Überlastung der Aufnahmesysteme fest.

> 2015 gab es eine riesige Unterstützung. Aber dann 2018 war die Situation ein bisschen anders. Also man merkte, ja okay, die Deutschen waren enttäuscht, dass die Leute die Sprache nicht so schnell gelernt haben. Aber die haben nicht verstanden, dass die Leute auch keine Möglichkeiten hatten, die Sprache zu lernen. Es gab lange Wartelisten für Deutschkurse, zum Beispiel bei der Volkshochschule oder bei anderen. Also die haben sehr lange gewartet. Gleichzeitig haben die Deutschen aber erwartet, dass die Leute in zwei, drei Jahren die Sprache sprechen können. Die haben nur gesehen auf der Straße, da waren zu viele Migranten, die nichts zu tun haben. Die waren die ganze Zeit unterwegs, die trafen sich miteinander und die haben auch immer auf Arabisch gesprochen. Das hatte eine sehr negative Auswirkung auf die Integrationsbilder. Also die Deutschen waren enttäuscht, weil die sagen, dass alles, was die erwartet haben, gar nicht geklappt hat.[1]

Rana Hamoud* kam selbst 2014 aus Syrien, als die Ankunftszahlen noch niedriger waren, wie sie betont. Daher konnte sie die wichtigen Stationen des Asylverfahrens rasch hinter sich bringen. Bereits eine Woche nach ihrer Ankunft saß sie im Deutschkurs. Bald

1 Interview mit Rana Hamoud* (Pseudonym), Sozialarbeiterin in Salzgitter, November 2021.

darauf fing sie ehrenamtlich an, in einem Begegnungszentrum als Übersetzerin zu arbeiten. Später wurde sie dort fest angestellt. Die von ihr geschilderte Ernüchterung sieht sie auch auf Seiten der Geflüchteten: »Die haben so viel geträumt und die Erwartungen waren sehr hoch. Und dann sind sie in Deutschland und sitzen nur zuhause. Ja, also beide Seiten sind sehr enttäuscht.« Die Sozialarbeiterin Carola Weise*, die im niedersächsischen Bad Kortheim* ein Begegnungszentrum leitet, teilt diese Beobachtung. Während die meisten Geflüchteten unmittelbar nach ihrer Ankunft in Deutschland euphorisch und voller Tatendrang waren, würden sie durch die langen Wartezeiten und die vielen Hürden und oft unverständlichen Regelungen zermürbt.

> Meine Erfahrung mit den Menschen, die halt her gekommen sind 2015 und dann auch Anfang 2016, da war ganz viel Energie, ganz viel, »Wir wollen uns hier einbringen, wir wollen was tun, wir wollen unterstützen. Wir sind dankbar, dass wir hier sein können und wir wollen was machen.« Und das ist mittlerweile in viel Resignation gemündet. Immer wieder quasi an bürokratischen Hürden zu scheitern. Immer wieder zu hoffen, dass die Familie kommt und sie kommt nicht. Und das ist hart. Das finde ich extrem hart zu sehen und ich glaube, Integration funktioniert nicht, so lange von vielen Männern die Familien halt sonst wo noch sind. Weil das ist, das Herz ist nicht hier. Der Körper mag hier sein, aber die sind nicht da.[2]

Die Frustration der Geflüchteten über den schleppenden Integrationsprozess greift auch auf die Ehrenamtlichen über. In der individuellen Begleitung von Geflüchteten erleben sie hautnah mit, wie unübersichtlich die gesetzlichen Vorgaben sind, wie wenig hilfreich manche Behördenmitarbeiter:innen, und wie intransparent Entscheidungen ausfallen, insbesondere wenn sie aufenthaltsrechtlicher Art sind und damit auch den Zugang zu Integrationsmaßnahmen und Arbeitsmöglichkeiten betreffen. Frustration über die Perspektivlosigkeit ihrer meist jungen Mentées paart sich an dieser Stelle mit Wut auf Ämter und Behörden, von denen sich die ehrenamtlichen Integrationshelfer:innen nicht unterstützt und wahrgenommen fühlen (Passauer Neue Presse 22.07.2016, 18.06.2018). Jetzt, am Übergang von unmittelbarer Notversorgung zur langfristigen Integrationshilfe, erleben viele Unterstützergruppen, dass ihre Mitgliederzahlen massiv schrumpfen, obgleich die Aufgaben bestehen bleiben und sich häufig angesichts des fortwährenden Zugangs von neuen Asylsuchenden in Daueraufgaben verwandeln. Gertrud Porzelt*, fränkische Lokalpolitikerin, vermutet, genau dies sei »politisch gewollt«:

> Und ich glaube, DAS war ganz viel an mich herangetragen wurde, […], dass sich die Helfer SEHR im Stich gelassen gefühlt haben. Also das war was, wo sie immer gesagt haben: untereinander ja, läuft gut, aber so von politischer Ebene, auch von Landkreisebene leider, dass sie sich da wirklich gedacht haben: »Wir hauen uns ja die Köpfe ein, wir sind VÖLLIG frustriert, wir haben gar keinen Bock mehr, wir KÖNNEN auch nicht mehr, wir sind am Ende von unserer Leistungsfähigkeit angekommen« und, ja, ich denke, es war politisch gewollt. Meine Ansicht oder Einschätzung, weil dieses, »Wir schaffen das« und diese WILLKOMMENSKULTUR, die war ja da! Die war ja auch bei uns im

2 Interview mit Carola Weise* (Pseudonym), Sozialarbeiterin und Leiterin eines Begegnungszentrums, Januar 2019.

> Landkreis da! Aber wenn dann die Leute immer wieder ins LEERE laufen, wenn sie sich wirklich bemühen, dass die Sprachkurse laufen, dass die Schulausbildung läuft, dass geholfen wird mit irgendwelchen Nachhilfeschulungen und dass dann wirklich Ausbildungsplätze oder Arbeitsplätze da sind, und dann heißt es: »NEIN!« Und dann heißt es wieder »nein« und wieder »nein« und wieder »nein« und kein Weg geht, das frustriert die Leute. Und dann kann es sehr leicht ins Gegenteil schwappen, dass man sagt: »Ja, dann will ich auch nicht mehr!« Und ich denke, das haben wir einfach schlecht gemacht, hat Politik schlecht gemacht. Da war Bevölkerung VIEL, viel weiter als Politik, die gesagt hat »Boot ist voll« und »es geht nicht« und »Asyltourismus« und »Flüchtlingswelle«, und was es dann alles hieß. Und da hat man eigentlich das Positive, was da war, systematisch kaputtgemacht und die Ergebnisse haben wir heute.[3]

In diese Reflexionen ist die bittere Erkenntnis eingelagert, dass das Momentum des ›Langen Sommers der Migration‹ nicht genutzt wurde. Die Massenankunft von Geflüchteten stellte zweifellos eine Krisensituation dar. Krisen nötigen allen Beteiligten Außergewöhnliches ab, und sie setzen kollektive Energien frei. Viele Krisen lassen sich nur meistern, indem Althergebrachtes über Bord geworfen wird und Dinge *out of the box* gedacht und gemacht werden. Allein schon, weil nicht für jede Herausforderung ein etabliertes Handlungsschema bereitsteht. Dies wurde vor Ort, in den Kommunen, insbesondere seitens der Ehrenamtlichen erkannt und auch entsprechend reagiert, wie wir in den Fallbeispielen in Kapitel 9 bei allen Unterschieden sehr deutlich gesehen haben. Die absehbaren Schwierigkeiten, die es mit sich bringt, wenn innerhalb kurzer Zeit rund eine Million Menschen mit Fluchthintergrund und unterschiedlichen Integrationsvoraussetzungen in Deutschland ankommen und ihren weiteren Weg finden müssen, wurden seitens der aktiven Zivilgesellschaft mit positiver Energie gekontert, und auch die Geflüchteten brachten diese Energie mit. »Wir wollen uns hier einbringen, wir wollen was tun, wir wollen unterstützen. Wir sind dankbar, dass wir hier sein können und wir wollen was machen«, wie Carola Weise* die kollektive Haltung der Geflüchteten 2015/16 reflektierte. Zwar erzeugt die Ankunft durchaus ambivalente Empfindungen in der Mehrheitsgesellschaft, aber die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind relativ gut, um die vielen Menschen konstruktiv zu absorbieren. Überwiegend junge bis sehr junge Geflüchtete treffen auf eine stabile Wirtschaft und einen Arbeitsmarkt, der sich mitten im demographischen Wandel befindet. Die Ehrenamtlichen lassen ihre Beziehungen spielen, und später steigen die hauptamtlichen Arbeitsmarktmentor:innen ein, um Geflüchtete und Arbeitgeber:innen zueinander zu bringen. Eine Vielzahl von Erfolgserlebnissen bahnt sich an. Doch diese gesammelten positiven Energien erlahmen in den Mühlen der Bürokratie. Das Aufnahmesystem erweist sich trotz aller individuellen Anstrengungen als träge, die Entscheidungen von Bund und Ländern greifen nicht optimal ineinander, und im politischen Diskurs fehlt die gemeinsame Zielsetzung, die im Merkel'schen »Wir schaffen das« appellativ formuliert, aber nicht in die kollektive Handlungsorientierung übernommen wurde. Während die einen vor allem Sicherheit und Kontrolle zurückbringen wollen, sehen die anderen das Ziel des »Schaffens« in der Integration der Geflüchteten, nicht nur um derer selbst willen, sondern auch, um den

3 Interview mit Gertrud Porzelt* (Pseudonym), Lokalpolitikerin und ehrenamtlich Aktive, Dezember 2019.

gesellschaftlichen Frieden aufrecht zu erhalten. Die Ambivalenz politischer Positionen zwischen dem Integrationsparadigma auf der einen und dem Kontrollparadigma auf der anderen Seite zeigt sich nirgends besser als an dem 2016 in Kraft getretenen Integrationsgesetz mit seiner doppelten Stoßrichtung, die Geflüchtete nach Bleibeperspektive sortiert. Auf der einen Seite ebnet es für Asylsuchende mit ›guter Bleibeperspektive‹ Wege in den sicheren Aufenthalt, wobei es in den Details so viele Stolperschwellen aufweist, dass sein Effekt gefährdet wird. Andererseits wird versucht, für jene mit ›schlechter Bleibeperspektive‹ die Hängebrücken hochzuziehen, obgleich sich die Betroffenen doch bereits in der Festung befinden. Dass Rückführungen aus verschiedensten Gründen schwierig sind, dass ihre Realisierungschancen mit zunehmender Aufenthaltsdauer in Deutschland schwinden, das alles ist bereits 2016 hinlänglich bekannt. Und so setzt eine Phase der doppelten Enttäuschung ein. Jene mit Bleibeperspektiven erkennen, dass sie einen schier endlosen Integrationsweg vor sich haben, der durch behördliche und infrastrukturelle Engpässe schier ins Unendliche verlängert wird. Jene mit schlechter Bleibeperspektive werden von ihren Zukunftserwartungen abgeschnitten, indem Integrationsbedingungen systematisch verschlechtert werden. Sie erhalten keinen Zugang mehr zu Deutschkursen, teils werden Arbeitserlaubnisse zurückgezogen. Sie erleben endlose Zeiten des Wartens und Bangens, wenn sie sich nach der Ablehnung des Asylantrags auf den Klageweg begeben. Diejenigen, die lediglich geduldet sind, finden sich in einem andauernden Zustand der Angst wieder.

Für die Ehrenamtlichen stellt sich die Situation so dar, dass nach einer Phase relativer Handlungsfreiheit, während der sie ihre eigenen Ressourcen und ihr eigenes Sozialkapital einsetzen konnten (und mangels unmittelbar verfügbarer hauptamtlicher Hilfsangebote auch mussten), um Integration vor Ort voranzutreiben, nun plötzlich der Staat mit aller Macht aufs Spielfeld rückt, mit einer Fülle von Restriktionen, bürokratischen Hürden und unverständlichen Regulierungen im Gepäck. In dieser Phase ist vielerorts eine Politisierung der Ehrenamtlichen zu beobachten, so etwa im Bayrischen Wald, wo sich eine Helfergruppe an den für Geflüchtete geltenden Verordnungen reibt, die ihre Lage verkomplizieren und damit auch die Unterstützungsmöglichkeiten der Ehrenamtlichen torpedieren. In der strukturschwachen Region erweist sich vor allem die 2016 eingeführte Wohnsitzauflage für Geflüchtete als Hemmnis für die Arbeitsmarktintegration, denn nicht immer wohnen Geflüchtete dort, wo es für sie eine passende Arbeitsstelle gibt. Aufgrund des mäßig ausgebauten öffentlichen Nahverkehrs haben Geflüchtete häufig keine Chance, von ihren entlegenen Wohnstandorten zu Arbeits- oder Ausbildungsorten zu gelangen. Der Unterstützerkreis verfasst daher eine Resolution und fordert, dass Asylsuchende auch während des Verfahrens umziehen dürfen, insofern sie eine Berufsausbildung beginnen. Allerdings stellt sich die Frage des Wohnens im Anschluss an das Asylverfahren grundsätzlich als problematisch dar, was die Anzahl von »208 Fehlbelegern« in den Asylunterkünften der betreffenden Region im Bayrischen Wald zeigt (Passauer Neue Presse, 01.08.2016). Die Vorboten der nächsten Unterbringungskrise zeigen sich also bereits im Jahr 2016 in Form einer »Auszugskrise«.

Es sieht so aus, als hätten zu diesem Zeitpunkt die unmittelbar mit den Geflüchteten arbeitenden Ehrenamtlichen einen wesentlich deutlicheren Blick auf die Funktionalität des Aufnahmesystems und auf das Ineinandergreifen von Integrationsangeboten als die politischen Akteure. Und anders als diese nehmen sie sich die Zeit, ihre Erfahrungen

aus der Anfangszeit zu reflektieren. In Mittelfranken entwickeln die Ehrenamtlichen einen »Ersthelferleitfaden«, um das gesammelte Wissen an neue Ehrenamtliche weiterzugeben (Fränkische Landeszeitung, 10.03.2018). Auch an der Entwicklung eines Integrationskonzeptes für den Landkreis sind sie beteiligt, von dem »alle profitieren [sollen], die in der Integrationsarbeit aktiv sind« (Niephaus 2018). Besonders aber soll das Konzept Verbesserungen im Bereich der Arbeitsmarktintegration bringen, indem die Vernetzung von Akteuren gefördert und Zuständigkeiten klar festgelegt werden. »Als dringend notwendig erachtete man, dass sich auf politischer Ebene etwas tut, damit auch die Wirtschaft von den Menschen mit Fluchthintergrund profitiere.« Als weitere Schwerpunkte hebt das Konzept den Bereich Bildung hervor, insbesondere »der Spracherwerb, aber auch die Anerkennung ausländischer Schul- und Berufsabschlüsse« sowie »aktive Elternbildung«. Schließlich wird noch der Wohnungsmarkt als bedeutendes Handlungsfeld identifiziert, einerseits durch die allgemeine Wohnungsknappheit, aber auch wegen »mögliche[r] Vorurteile von Vermietern gegenüber ausländischen Mitbürgern« (ebd.). Aus dem Jahr 2025 zurückblickend scheint es so, als sei dieses kommunale Integrationskonzept aus der fränkischen Provinz ein geeigneter Aktionsplan für die Bundesebene gewesen!

10.1.2 Die Radikalisierung der ›stillen Mitte‹

Während die Ankunft der Geflüchteten im Sommer und Herbst 2015 zunächst unter dem Label der ›Willkommenskultur‹ öffentlich rezipiert wurde, bekam diese Stimmung mit den teils von Geflüchteten verübten sexuellen Übergriffen während der Kölner Silvesternacht 2015 einen deutlichen Dämpfer. Mit dem islamistischen Terroranschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt am Breitscheidplatz im Dezember 2016 traten dann endgültig Sicherheitserwägungen in den Vordergrund des kritischen Diskurses und stempelten vor allem die Gruppe der jungen, männlichen Asylsuchenden aus »dem islamischen Kulturkreis« als potenzielles Sicherheitsrisiko ab. Viele Ehrenamtliche erleben in dieser Zeit, dass sie ihr Engagement für Geflüchtete im Bekanntenkreis verteidigen müssen:

> Also, Du hast halt schon gemerkt, dass es auch von den Ehrenamtlichen rückgemeldet wurde, dass halt in ihrem Bekanntenkreis sehr viel verhaltener darüber diskutiert wird, also dass sie mehr das Gefühl haben, sie müssen sich rechtfertigen. […] Und das war halt, ich WEISS es nicht genau, aber schon eigentlich ab Mitte, Ende '16 war das garantiert. Also, dass es immer mehr die Fragen auch von außen gab, und dass auch gesellschaftlich das ja massiv […] also, wie soll man das sagen, […] naja, das kippte einfach. Die Stimmung kippte.[4]

Einen starken Einfluss auf die Entwicklung der öffentlichen Stimmung haben in diesen Jahren die sozialen Medien, wie uns viele Gesprächspartner:innen berichten. Vielen seriösen Medienanstalten wird vorgeworfen, sie hätten über die Ereignisse des ›Langen Sommers der Migration‹ zu positiv berichtet. Der Diskurs verlagert sich mehr und mehr

4 Interview mit Carola Weise* (Pseudonym), Sozialarbeiterin und Leiterin eines Begegnungszentrums, Januar 2019.

in die sozialen Medien, wo der Resonanzraum für negative Polarisierung rasant wächst. Die Effekte werden rasch spürbar. »Ich habe das Gefühl, die Stimmung wird schlechter«, bemerkt beispielsweise Hannelore Wagner*, die im fränkischen Ehrsfeld* einen Helferkreis koordiniert, in einem Interview im Juni 2019:

> Also, ich kann es jetzt nicht an irgendetwas festmachen, so, dass man sagt, es wäre irgendwas passiert, aber so – es wird relativ viel so im Untergrund gemault. Ja, das Gefühl habe ich, dass die Stimmung schlechter wird. Es spielen natürlich die MEDIEN auch eine Rolle, Facebook und so was, da wird ganz viel Stimmung gemacht, ganz viel FALSCH informiert.[5]

In der Tat entstehen bereits während des Jahres 2015 eine Vielzahl von Gruppen in Sozialen Medien wie *Facebook* oder *Telegram* mit Bezug zu konkreten Ortschaften, um dort den Widerstand gegen die Unterbringung von Asylsuchenden zu organisieren. Diese »Nein-zum-Heim«- Gruppen sind untereinander vernetzt und knüpfen an übergeordnete Netzwerke wie die PEGIDA-Bewegung an. Sie erreichen mit ihren Aktivitäten eine wesentlich höhere Follower-Zahl als jeglicher Helferkreis vor Ort und befeuern damit asoziale Dynamiken der lokalen Gesellschaft. Dabei werden häufig lokale Forderungen (»Nein zum Heim«) mit allgemeinen politischen Forderungen hinsichtlich einer Begrenzung der »unkontrollierten Einwanderung« verknüpft, wie eine Reportage aus dem Landkreis Nordsachsen herausarbeitet:

> Eine in dieser Sache ebenfalls »kritische« Eilenburger Initiative zählt für Politiker beunruhigende mehr als 1.000 Fans. Auch Dörfer wie Wiedemar oder Rackwitz haben solch ein »Infoportal« für besorgte Bürger. So befasst sich beispielsweise die von knapp 500 Menschen mit »Daumen hoch« beurteilte »Bürgerinitiative Rackwitz« seit Monaten entweder mit den eigenen Besuchen bei Legida-Demos in Leipzig oder teilt per Beitrag eines tatsächlich inhaltlich weit gefächerten Infoportals aus dem Nachbarort Krostitz, was man sich wünscht: »Jeden Mittwoch findet in Krostitz eine Demonstration gegen unkontrollierte Einwanderung statt, vorerst bis Jahresende. Lasst uns, unsere Gemeindenachbarn gemeinsam unterstützen und schaut doch einfach nächsten Mittwoch mal vorbei!« (Leipziger Volkszeitung, 14.11.2015).

Der Artikel weist darauf hin, dass viele derartige Seiten aufgrund extremistischer Inhalte bereits »beim Verfassungsschutz unter Beobachtung« stünden. Studien aus der Rechtsextremismus-Forschung zeigen, dass viele dieser Bürgerinitiativen von rechtsradikalen Parteien gekapert wurden. In Sachsen war vor allem die NPD aktiv, die 2014 nach zehn Jahren aus dem Sächsischen Landtag ausgeschieden war und fortan außerparlamentarische Wege der Einflussnahme kultivierte. Dabei war vor allem die Haltung des »Lokalen Kümmerers« erfolgreich, wie der Berliner NPD-Vorsitzende Sebastian Schmidtke unverblümt zugibt:

---

5 Interview mit Hannelore Wagner* (Pseudonym), Lokalpolitikerin und ehrenamtlich Engagierte in Ehrsfeld* (Pseudonym), Juni 2019.

> Die Bürgerproteste kommen anmeldetechnisch in der Regel immer von normalen Anwohnern. Wir unterstützen aber dort, wo es uns möglich ist. Wir haben zum Beispiel in Sachsen Sachsenfahnen, in Berlin Berlinfahnen, die wir dazugeben können. Wir können logistisch unterstützen mit Flugblätterdruck und so weiter (Sundermeyer 2016).

Nicht nur in Sachsen schlichen sich auf diese Weise rechtsradikale Kernthemen in die lokale Auseinandersetzung um Geflüchtetenaufnahme. Indem sich NPD und bald auch AfD als »Kümmerer« gerierten und suggerierten, sie seien die einzigen, die die Ängste der Bürger:innen ernst nähmen, bereiteten sie den Einsturz der bürgerlichen Brandmauer entlang des Themas Einwanderung und Asyl vor. Lokale Auseinandersetzungen um die Aufnahme von Geflüchteten wurden damit direkt anschlussfähig an rassistische und nativistische Vorstellungen des ›Eigenen‹ und schürten öffentlich artikulierte Ängste vor ›Überfremdung‹ oder ›Islamisierung‹, die einmünden in die Forderung nicht nur der Abwehr von Asylsuchenden, sondern der »Rückführung« aller »Menschen, die nicht als ethnisch rein gelten«, wie Rechtsextremismusforscher Hajo Funke ein zentrales NPD-Anliegen zusammenfasst (ebd.). Die Strategie, sich über das Vehikel der Migrationsthematik Gefolgschaft im Spektrum der ›stillen Mitte‹ zu sichern, geht nirgends so gut auf wie im Osten der Republik. Sozialarbeiterin Judith Rubner* aus dem nördlichen Sachsen fasst ihre Beobachtungen zusammen:

> Ich könnte es jetzt gar nicht so stark damit in Zusammenhang bringen, dass so viele Menschen hierher geflüchtet sind, sondern eher damit, dass es diese starke politische und rassistische Mobilisierung gab. Weil PEGIDA, ich glaube, das kann man nicht hoch genug einschätzen, was das für eine Strahlkraft hatte für viele. Und das berichten uns auch die Beratungen, dass es jetzt nochmal abseits von eben Gewaltvorfällen, das sie das tatsächlich viel eher am Alltag merken. Wie ihnen so begegnet wird. Und dass eben viele Menschen, die glaube ich früher eher so ein bisschen duckmäuserisch waren mit ihrer Haltung diesbezüglich, dass die dadurch, also durch diese ganze Mobilisierungswelle, die es gegeben hat, sehr großes Selbstbewusstsein bekommen haben, das auch so auszuagieren.[6]

Über die wöchentlichen Besuche der PEGIDA-Demonstrationen in Dresden oder ihrer verschiedenen Ableger an anderen Orten fanden Menschen eine Plattform, um ihren Unwillen (nicht nur) gegenüber der Asylpolitik der Bundesregierung zu artikulieren. Studien zu den PEGIDA-Demonstrationen bescheinigen den Teilnehmer:innen eine überdurchschnittliche Affinität zu nationalchauvinistischen und ausländerfeindlichen Haltungen, gepaart mit Verachtung der Medien und dem Gefühl, von »den etablierten Parteien« mit ihren Problemen nicht ernstgenommen zu werden (Daphi et al. 2015, Küpper/Zick/Krause 2015, Vorländer/Herold/Schäller 2016). Indem sich eher »duckmäuserisch« verhaltende Bürger:innen in sozialen Medien und auf der Straße vernetzten, bildeten sie eine neue und starke Gruppenidentität heraus, die sich vor allem durch das Dagegen-Sein definierte. Durch die soziale Einbindung in eine Masse an Gleichgesinnten, gepaart mit dem gemeinsamen Akt der rhetorischen Grenzüberschreitung, werden nach

6 Interview mit Judith Rubner* (Pseudonym), Sozialarbeiterin in Sachsen, Dezember 2019.

und nach rassistische und nativistische Parolen normalisiert, deren öffentliche Artikulation zuvor aus Furcht vor gesellschaftlichen Sanktionen ausgeblieben wäre. Ähnlicher Formen des Rechtspopulismus bedient sich auch die AfD, die unter den PEGIDA-Demonstrant:innen überdurchschnittlichen Anklang findet.[7] Ihre Wirkung bestätigt auch Silvia Jansen*, ehrenamtliche Integrationshelferin im hessischen Bad Reitingen*:

> Und was natürlich, ich sage jetzt mal mit der Entwicklung der AfD, auch gerade nochmal im letzten Jahr so dazugekommen ist, ist, dass es MEHR Menschen gibt, die sich äußern, wie man es davor vielleicht nicht gewagt hätte. Vielleicht haben das Leute GEDACHT, aber sie haben sich nicht getraut, das zu sagen. Und das finde ich halt so ein bisschen das Erschreckende und das, wo ich auch sagen muss, da sind für mich im letzten Jahr in unserer Gesellschaft, also nicht nur hier in Reitingen*, ich betrachte jetzt auch so ein bisschen den Landkreis mal mit, Entwicklungen gewesen, wo ich sagen würde, da sind rote Linien GANZ eindeutig überschritten worden. Also das geht für mich Richtung Rechtsradikalismus oder -extremismus, aber AUCH Rechtspopulismus, wo ich sagen muss, das ist sowas von also in der Mitte der Gesellschaft eben angekommen, dass Leute im Gespräch Dinge sagen und sich äußern, wo ich denke »Ihr habt noch nicht darüber nachgedacht, ihr habt auch die FAKTEN nicht im Kopf.« Das sind im Grunde Stammtischparolen.[8]

Die Stärkung rechtsextremer Haltungen durch das kollektive Erlebnis von Protest und Grenzüberschreitung lässt sich in Form von Wahlergebnissen objektivieren. Während die damals noch vorrangig als nationalkonservativ und europakritisch eingestufte Partei ›Alternative für Deutschland‹ bei der Bundestagswahl 2013 noch an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert war, zog sie 2017 mit 12,7 % der Zweitstimmen in den Bundestag ein. Dabei wurde sie in den ostdeutschen Bundesländern mit im Schnitt einem Fünftel aller Stimmen zweitstärkste Kraft, in Sachsen ging sie mit 27 % der Zweitstimmen sogar in Führung. Im Westen der Bundesrepublik schnitt sie vor allem in Bayern und Baden-Württemberg mit über 12 % stark ab, während die Ergebnisse in Norddeutschland bei unter 10 % lagen.

Die breite Radikalisierung der ›stillen Mitte‹ offenbart sich zwar überwiegend durch ihre Präsenz auf Protestveranstaltungen, durch rhetorische Radikalität und durch ihr Wahlverhalten, doch sie ist zugleich der Resonanzraum, den radikalisierte Einzelne als Bestärkung suchen, um aktiv gewalttätig zu werden. Brandanschläge auf Asylbewerberheime nehmen in diesen Jahren zu, ebenso wie die Bedrohung und Nötigung von Personen, die sich als politische Amtsträger:innen proaktiv für Geflüchtete einsetzen.[9] Und

---

7 Eine nicht repräsentative Online-Befragung unter PEGIDA-Demonstrant:innen ergab, dass 49 % der Befragten bei der Sächsischen Landtagswahl 2014 AfD gewählt hatten, sowie 4 % NPD. Auf die »Sonntagsfrage« was sie im Falle einer Bundestagswahl am kommenden Wochenende wählen würden, entschieden sich 89 % der Befragten für die AfD, 5 % für die NPD (Daphi et al. 2015: 22f.).

8 Interview mit Silvia Jansen* (Pseudonym), ehrenamtliche Integrationshelferin in Bad Reitingen* (Pseudonym) in Hessen, März 2020.

9 Nach einer von Pro Asyl und der Amadeu Antonio Stiftung geführten Chronik vervierfachte sich zwischen 2014 und 2015 die Zahl der Anschläge auf Asylbewerberheime von 247 auf 1.077 und stieg in den Folgejahren stetig weiter an. https://de.wikipedia.org/wiki/Fl%C3%BCchtlingsfeindliche_Angriffe_in_der_Bundesrepublik_Deutschland#cite_note-3

es bleibt nicht bei den Drohgebärden: Am 1. Juni 2019 wird der Kasseler Politiker Walter Lübcke auf der Terrasse seines Wohnhauses erschossen. Er hatte sich in seiner Rolle als Regierungspräsident für Solidarität mit Geflüchteten und die Achtung des Grundgesetzes stark gemacht, unter anderem auf öffentlichen Bürgerversammlungen, und war so ins Visier des Täters geraten. Dieser, ein hessischer Rechtsradikaler, habe Lübcke aus einer »von Rassismus getragenen, völkisch-nationalen Grundhaltung« heraus getötet, um ihn »für seine Haltung in der Flüchtlingspolitik [zu] bestrafen und andere davon ab[zu]halten […], sich für eine ›Politik der Weltoffenheit‹ einzusetzen«, so die spätere Urteilsbegründung des Oberlandesgerichts Frankfurt, das den Täter zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilte (Steinhagen 2021). Aus dem Jahr 2025 zurückgeblickt kann man resümieren: spätestens zu diesem Zeitpunkt ist der Geist aus Flasche gestiegen, und er wird sich in den folgenden Jahren nicht wieder einhegen lassen. Ganz im Gegenteil: um die Polarisierung der Gesellschaft im Diskursfeld Migration zu befrieden, setzten bald auch die ›Parteien der Mitte‹ auf die Normalisierung von rassistischem Gedankengut und die Delegitimierung des Menschenrechts auf Asyl. Sie sind damit nicht allein, sondern befinden sich innerhalb der Europäischen Union in zahlreicher Gesellschaft, kommen damit aber der ›Problemlösung‹ keinen Schritt näher. Denn die Weltlage wird immer schlechter, reale Fluchtgründe nehmen zu, bald auch innerhalb Europas. Eine rasche Integration der bereits anwesenden Geflüchteten, verbunden mit pragmatischen Bleiberegelungen für die Geduldeten, erscheint auch angesichts des rasanten demographischen Wandels in Deutschland und des damit verbundenen Mangels an Arbeitskräften das Gebot der Stunde. Doch anstatt integrative Dynamiken zu fördern, verlieren sich politische Akteur:innen im Abwehrdiskurs. Zugleich stehen die nächsten Krisen schon auf der Schwelle.

10.2 »Corona hat alles ruiniert!« – eine Gesundheitskrise wird zur Integrationskrise

Mein Termin mit der Migrationssozialberaterin Rana Hamoud* in Salzgitter findet im November 2021 unter Corona-Bedingungen statt. Beide haben wir uns vorab getestet und behalten die FFP2-Maske während des Gesprächs im Nachbarschaftszentrum auf. Beim Betreten des Gebäudes sieht man die Spuren, die die Pandemie in der sozialraumorientierten Arbeit hinterlassen hat. Überall im Haus und in den Räumen des Zentrums sind mehrsprachige Hinweisschilder und Pfeilsymbole angebracht, die auf Corona-Regeln hinweisen. Teils fand die Beratung durch ein geöffnetes Fenster im Hochparterre statt, wie Rana Hamoud* berichtet. Die Ratsuchenden mussten unter dem Fenster stehen und mit der Beraterin auf Distanz kommunizieren. Wie gut hat das geklappt, möchte ich wissen. Ihre knappe und frustrierende Antwort: »Corona hat alles ruiniert!«[10]

Rana Hamoud* ist als Sozialarbeiterin in dem Nachbarschaftszentrum angestellt. Das Zentrum macht quartiersbezogene soziale Arbeit und ist nah dran an der Lebensrealität nicht nur der migrantischen Bevölkerung. Denn in dem Viertel, das überwiegend durch eine ältere und relativ verwahrloste Zeilenbebauung gekennzeichnet ist, sammeln

10 Interview mit Rana Hamoud* (Pseudonym), Sozialarbeiterin in Salzgitter, November 2021.

sich alle sozial Marginalisierten der Stadtgesellschaft. Rana Hamoud* betont die Bedeutung von Begegnungsanlässen, damit die Bewohner:innen im Quartier zusammenfinden und Vorurteile überwinden. Dabei hat sie vor allem die Frauen im Blick:

> Ich habe so viel Arbeit gemacht, um die Frauen raus zu kriegen, also damit die nicht nur zu Hause bleiben. Also kommen die hierher, machen die Kontakte, nicht nur mit arabischen Frauen auch, sondern mit allen Frauen, mit vielen unterschiedlichen Migrationshintergründen und so weiter, oder auch Deutsche. Und dann kamen die hierher, haben geplaudert, haben etwas gekocht, haben genäht, haben das und jenes.

Auf diese Weise sei ein Gemeinschaftsgefühl entstanden, aus dem sich auch neue Kräfte schöpfen ließen. Viele kleinere Konflikte im nachbarschaftlichen Zusammenleben konnten leichter beigelegt werden. Durch die Corona-Pandemie kamen diese Bemühungen zum Erliegen. Nun »saßen die Leute wieder zu Hause. Ja und solange die Leute zu Hause sind, konnte keine Integration stattfinden. Alles, was wir gemacht haben, ist weg, würde ich sagen.«

Diese ernüchternde Gesamtbilanz, die Rana Hamoud* mit Blick auf den von ihr betreuten Sozialraum zieht, lässt sich auch gut in statistischen Daten nachzeichnen. So hatte sich die Arbeitsmarktintegration der Geflüchteten im Vergleich zu früheren Flüchtlingsaufnahmen zunächst positiv entwickelt. Doch mit dem ersten Lockdown brachen ihre Beschäftigungsquoten stärker ein, als das für andere Gruppen von Beschäftigten der Fall war, und sie erholten sich auch langsamer. Geflüchtete waren besonders stark von betriebsbedingten Entlassungen betroffen. Das ist u.a. ein Resultat dessen, dass Geflüchtete häufig in Branchen arbeiten, die von der Pandemiepolitik besonders betroffen waren, aber auch dass sie vielfach ungünstige Vertragsbedingungen hatten, z.B. durch die Einstellung über Zeitarbeitsfirmen oder eine erst kurze betriebliche Bindung (Brücker et al. 2021b).

Auch in Hinblick auf den Spracherwerb hatte die Pandemie fatale Auswirkungen. Nicht nur, dass Sprach- und Integrationskurse abgebrochen wurden, es fehlte auch an Möglichkeiten, die deutsche Sprache in der Alltagskommunikation zu praktizieren. Zwar wurden Deutschkurse ähnlich wie schulische Bildungsangebote zum Teil in den digitalen Raum verlagert, aber auch das führte bei Geflüchteten zu überdurchschnittlich starken Beeinträchtigungen, da es an einer angemessenen digitalen Lernumgebung und begleitenden Erläuterungen fehlte. Besonders stark waren Geflüchtete in Gemeinschaftseinrichtungen von diesen Einschränkungen betroffen. Eine Befragung zum *home-schooling* unter Pandemiebedingungen ergab, dass weniger als 20 % der Kinder und Jugendlichen in Gemeinschaftsunterkünften Zugang zu einem Computer hatten. Weniger als 30 % hatten einen angemessenen Arbeitsplatz oder erhielten Hilfe bei ihren Hausaufgaben (Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e.V. 2020).[11] Eine schwere Hypothek für die folgenden Jahre, wenn man die starke Selektivität des deutschen Bildungssystems bedenkt, dass traditionell relativ hohe private Unterstützung einfordert. Amira Yousef* erlebt die Corona-Pandemie mit drei Kindern im *home-schooling*. Sie

11 Zur allgemeinen Situation in Gemeinschaftsunterkünften während der Corona-Pandemie vgl. Huber et al. 2024.

selbst macht parallel dazu den Deutschkurs, alles online. Sie erinnert sich mit Schaudern: »Und die Kinder mussten zu Hause Aufgaben machen. Mein Mann hat gearbeitet und ich war mit den Kindern allein. Die Lehrerin schickte die Aufgaben, in allen Fächern. Am Wochenende kamen die Lösungen, die musste ich überprüfen. Für drei Kinder!«[12] Sie sprach damals noch nicht gut Deutsch und musste sehr häufig auf die Hilfe der Ehrenamtlichen zurückgreifen, freilich auch nur am Telefon oder per Videokonferenz. Zeitgleich versuchte sie, ihren Sprachkurs B2 zu absolvieren, der immer wieder durch Lockdowns unterbrochen wurde. Zwar gab es ein online-Angebot als Ersatz, doch damit kamen sie nur sehr langsam voran. Ohnehin musste sie die online-Lehreinheiten oft verlassen, um ihren Kindern beim *home-schooling* zu helfen. Eine anstrengende Zeit. »Zwei Jahren dauerte mein B2-Kurs, dreimal wurde er unterbrochen. Dann sind wir immer ein oder zwei Monate zuhause geblieben. Danach mussten wir im Stoff immer wieder sechs Monate zurückgehen. Ohne Corona wäre ich schon viel früher mit meinem B2-Kurs fertig gewesen.« (Ebd.)

Viele Geflüchtete erleben während der Pandemie, dass Beratungen nur noch telefonisch stattfinden oder Behördentermine online gebucht werden müssen – große Hürden für Menschen, die nicht gut Deutsch sprechen. Zudem schmelzen in den Ausländerbehörden die Personaldecken, da Mitarbeiter:innen in die Gesundheitsämter abgeordnet werden, um dort bei der Nachverfolgung von Infektionsketten zu helfen. Gerade in den kleineren Ausländerbehörden in ländlichen Regionen werden dadurch große Lücken gerissen, und die Anträge stauen sich auf. Adila Aboud* beispielsweise hat Anfang 2021 einen Antrag auf Einbürgerung gestellt. In der für sie zuständigen Ausländerbehörde werden Einbürgerungsverfahren nur von einer Person bearbeitet. Fällt diese aus, bleibt alles liegen. »Herr May* hat mir gesagt, wir telefonieren an Weihnachten, du bekommst einen Termin. Dann hieß es, wir telefonieren am 3. März. Dann rufe ich an, aber es antwortet niemand. Dann habe ich einen Brief an den Landrat geschrieben. Er hat nicht geantwortet.«[13] Inzwischen geht es nicht nur um die Einbürgerung. Sie möchte gern eine ihrer Töchter besuchen, die in Dänemark lebt. Doch alle Ausweispapiere liegen zusammen mit ihrem Einbürgerungsantrag in der Ausländerbehörde. Zudem läuft die befristete Aufenthaltsgenehmigung bald ab. Und ihr Sohn benötigt die Papiere, um sich zum Studium einzuschreiben. »Dann bin ich zur Ausländerbehörde gegangen und habe der Sekretärin gesagt: Ich brauche meinen Pass. Und mein Ausweis läuft am 7. April ab. Bitte finden Sie eine Lösung. Ich brauche einen Ausweis!« (Ebd.)

Auch nach dem Ende der Corona-Pandemie ist die Situation in den Ausländerbehörden nicht besser geworden. Zum einen sind viele der während der Pandemie abgezogene Mitarbeiter:innen nicht wiedergekommen, zum anderen sorgt die Flut der seit 2015 erlassenen Gesetze und Verordnungen im Aufenthaltsrecht für immer höhere Komplexität bei der Fallbearbeitung.[14] Das macht die Ausländerbehörde als Einsatzort nicht gerade beliebter. Zudem steht sie in Zeiten des Fachkräftemangels, der längst auch in der Verwaltung angekommen ist, in einer internen Konkurrenzsituation mit anderen

12 Interview mit Amira Yousef* (Pseudonym), aus Syrien, April 2022.

13 Interview mit Adila Aboud* (Pseudonym), aus Syrien, Mai 2022.

14 Vgl. hierzu auch das Jahresgutachten 2025 des Sachverständigenrats für Integration und Migration (SVR 2025).

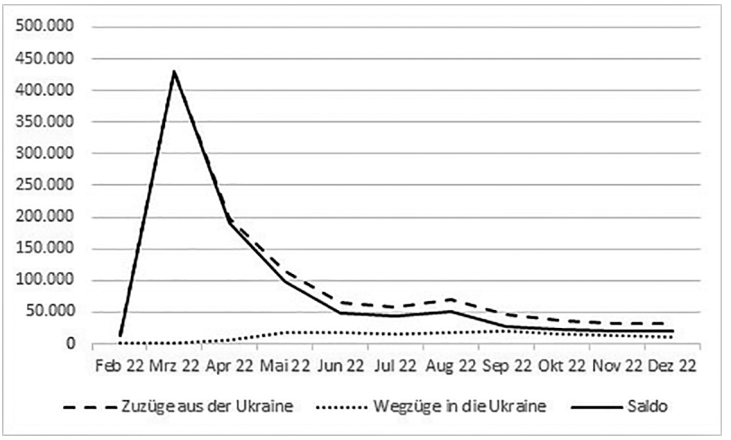
Verwaltungseinheiten. Adila Abouds* Erfahrung ist daher kein Einzelfall. Auch andere Geflüchtete erleben während der Corona-Pandemie, dass die Bearbeitungsdauer ihrer Anliegen steigt und direkte Ansprechpartner:innen schwer verfügbar sind. Die selbst als Kommunalbeamtin tätige Autorin Souad Lamroubal (2023: 195) diagnostizierte in ihrem reflexiv angelegten Bericht über die Praxis kommunaler Behörden »Long Covid in der Verwaltung!«

Doch auch die anderen mit der Pandemie verbundenen Probleme, die sich ja nicht nur in Bezug auf die Geflüchteten gezeigt haben, sind bis heute weder gelöst noch ausreichend diagnostiziert, allen voran die Verheerungen, die die pandemiebedingten Schulschließungen für die soziale und emotionale Entwicklung von Kindern und die Bildungsteilhabe von marginalisierten Gruppen in der Gesellschaft angerichtet haben. Diese Probleme zu mildern hätte eine kollektive Anstrengung von Politik und Gesellschaft erfordert, die ausgeblieben ist. Ein Grund dafür ist sicherlich, dass die Corona-Krise nahtlos von einer weiteren Krise abgelöst wurde: dem Krieg in der Ukraine, der die nächste große Fluchtbewegung auslöste, diesmal innerhalb Europas, praktisch vor der eigenen Haustür.

10.3 Flucht aus der Ukraine

Am 24. Februar 2022 überfällt Wladimir Putin die Ukraine. Nachdem sich der kriegerische Konflikt seit 2014 auf die Ostukraine beschränkt und dort bereits zu massenhaften Vertreibungen innerhalb des Landes geführt hatte, setzt am 24. Februar 2022 eine Fluchtbewegung ein, die in ihrer Größenordnung und Dynamik innerhalb Europas seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges keine Entsprechung hat. Die Massenflucht strebt zunächst über die Grenzen der Ukraine in die unmittelbaren Nachbarländer und bewegt sich von dort rasch weiter an die unterschiedlichsten Ankunftsorte innerhalb Europas. In Deutschland kommen binnen dreier Monate rund 750.000 Schutzsuchende aus der Ukraine an, bis zum Ende des Jahres werden es rund eine Million sein, darunter viele Mütter mit kleinen Kindern (Abb. 10.1). TV-Bilder aus diesen Tagen zeigen Massenszenen von Frauen und Kindern in Daunenjacken und Bommelmützen, auch viele Haustiere sind dabei. Hier macht sich zunächst eine größtenteils urbane Bevölkerung auf den Weg und flieht in Panik um ihr Leben und das ihrer Kinder. Die Männer bleiben aufgrund der Generalmobilmachung zurück. Möglicherweise sind diese Bilder, die so viel optische Ähnlichkeit mit dem ›Eigenen‹ suggerieren und zugleich von Vulnerabilität und Bedürftigkeit zeugen, Gründe dafür, dass diese Fluchtbewegung ebenso große Anteilnahme, aber weniger Antipathien in der Aufnahmebevölkerung ausgelöst hat als die Fluchtbewegung von 2015/16. Jedenfalls zeigt eine Studie zur ehrenamtlichen Mobilisierung, dass anders als 2015 die Mobilisierung jener, die gegen Geflüchtetenaufnahme opponieren, ausgeblieben ist (Uhr et al. 2023: 8).

Abb. 10.1: Dynamik der Mobilität aus der und in die Ukraine, Februar-Dezember 2022



Datenquelle: Statistisches Bundesamt 2025, eigene Bearbeitung

Berlin wird zum wichtigen Knotenpunkt, viele Flüchtende kommen per Zug am Berliner Hauptbahnhof an. Dort sind Szenen zu beobachten, die jenen vom Münchner Hauptbahnhof im September 2015 ähneln, als die Geflüchteten über die Balkanroute dort eintrafen. Wieder ist es zuerst die Zivilgesellschaft, die die notwendige Erstversorgung bereithält. Nicht nur in Berlin, sondern bald in allen größeren Städten Deutschlands entstehen Ankunftsorte, an denen ukrainische Geflüchtete einen Ort zum Ausruhen, ein heißes Getränk und Informationen finden. Auf den Bahnsteigen halten sich Freiwillige bereit, die auf ihren blau-gelben Warnwesten mit Edding die Sprachen notiert haben, in denen sie ansprechbar sind. In Berlin und anderen großen Städten wurden Mitwohnbörsen aus dem Boden gestampft, die ukrainische Geflüchtete an private Quartiergeber:innen vermitteln und gleichzeitig dafür Sorge tragen, dass sie nur an vertrauenswürdige Personen geraten. Die große, rund 3,5 Millionen Angehörige umfassende postsowjetische Community in Deutschland mit ihren Russisch- und Ukrainisch-Kenntnissen und ihren persönlichen Verbindungen werden zu wichtigen Akteuren der Unterstützung (Pürckhauer 2022). Beispielsweise organisiert die Jüdische Gemeinde Berlin die Evakuierung von 400 jüdischen Ukrainer:innen aus Odessa, und der rheinland-pfälzische Sportbund bringt ukrainische Gehörlose in der Landessportschule unter, vermittelt über eine Partnerschaft von Gehörlosensportvereinen in Rheinland-Pfalz und der Ukraine (Rock 2025: 11, LSB Rheinland-Pfalz 11.04.2022).

10.3.1 Was ist 2022 anders als 2015?

Verglichen mit dem ›Langen Sommer der Migration‹ 2015 ist ein wesentlicher Unterschied, dass die ukrainischen Geflüchteten mit ihren Reisepässen legal einreisen können. Sie müssen auch keinen Asylantrag stellen, um in Deutschland Aufnahme zu finden. Erstmals ist innerhalb der Europäischen Union die so genannte ›Richtlinie zum vorübergehenden Schutz‹ (Richtlinie 2001/55/EG) aktiviert worden, die in Situationen von Massenankünften eine pragmatische und rechtssichere Aufnahme von Geflüchteten ermöglicht. In Deutschland erhalten die Ukrainer:innen einen befristeten Aufenthaltstitel (§24 AufenthG) für zunächst zwei Jahre, verbunden mit einer Arbeitserlaubnis. Hinsichtlich der sozialen Belange werden sie ab Juni 2022 mit anerkannten Flüchtlingen gleichgestellt. Das berechtigt sie zum Bezug von Leistungen nach SGB II bzw. SGB XII, inklusive Kosten der Unterbringung sowie Beratung und Unterstützung bei der Arbeitsmarktintegration durch die Jobcenter.

Da die ukrainischen Geflüchteten zumindest anfangs keiner Wohnsitzsteuerung unterlagen, ließ sich beobachten, wie sich die ›Selbstverteilung‹ im Vergleich zur administrativen Verteilung gestaltet. Erwartungsgemäß streben viele Ukrainer:innen zunächst die großen Zentren an, allen voran Berlin. Diese Stadt ist den meisten bekannt, und durch die dort angesiedelte Diaspora erhofft man sich Information und Unterstützung beim Ankommen. Auch andere Großstädte wie Hannover, Hamburg, Stuttgart oder München verzeichnen hohe Ankunftszahlen, teils auch gelenkt durch administrative Maßnahmen der Weiterverteilung, um den Erstankunftsort Berlin zu entlasten. Neben der Bekanntheit von Berlin und der Vorliebe für urbane Zentren sind soziale Verbindungen ein weiterer wichtiger, und aus der Migrationsforschung wohlbekannter, Aspekt bei der ›Selbstverteilung‹. Man wendet sich dorthin, wo bereits Bekannte oder Verwandte leben. Eine erste Befragung aus dem März 2022 ergibt, dass rund 55 % der Befragten gezielt an den jeweiligen Ankunftsort gereist sind. Über drei Viertel geben an, dass sie sich überwiegend bei Freunden, Bekannten und Verwandten über den Zielort informiert hatten (Info GmbH 2022).

Die administrativen Versuche, Geflüchtete von Ankunftsknotenpunkten wie Berlin oder Hannover nach einem *burden sharing* Prinzip in entlegenere Regionen weiter zu verteilen, ist zunächst mäßig erfolgreich. Viele können sich nicht vorstellen, etwa in kleineren Städten oder ländlichen Regionen zu leben. Während einer unserer Feldaufenthalte im Sommer 2022 im ländlichen Niedersachsen, wo wir zur Integration der asylsuchenden Geflüchteten von 2015 forschen, wird die Ankunft der Ukrainer:innen zum Thema. Etwas entrüstet berichtet eine Ehrenamtliche, man habe auf Geheiß der Behörden ähnlich wie 2015 eine Turnhalle als Notunterkunft hergerichtet. Doch als der Bus mit ukrainischen Geflüchteten angekommen sei, stiegen diese nach kurzer Besichtigung wieder ein. Hier würden sie nicht bleiben wollen, denn hier gäbe es ja nichts! Allerdings werden im weiteren Verlauf des Jahres 2022 vielerorts wieder Notunterkünfte errichtet und auch von Geflüchteten aus der Ukraine bezogen. Denn nicht alle haben Bekannte oder Verwandte in Deutschland, wo sie unterkommen können. Dies gilt vor allem für jene Geflüchteten, die nicht in das Schema passen, das sich die Aufnahmegesellschaft von den Flüchtenden macht, etwa die durchaus erhebliche Anzahl von jungen Menschen aus

Afrika und Zentralasien, die in der Ukraine studiert hatten und nun in Deutschland nach Anschlussmöglichkeiten suchen (Migrationsberatung ›Bleiben‹ 2022).

Mit der Anwendung des §24 AufenthG zum temporären Schutz dürfen ukrainische Geflüchtete, die Sozialleistungen beziehen, ihren Wohnort nicht mehr frei wählen. Auch ein Umzug bedarf der Genehmigung der Sozialbehörden. Anfangs ist das kaum relevant: die absolute Mehrheit der im August 2022 Befragten (84 %) gab an, ihren aktuellen Wohnort selbst gewählt zu haben. Zudem geben drei Viertel der Befragten an, privat untergekommen zu sein. Davon bewohnen 60 % eine Wohnung allein oder mit anderen ukrainischen Geflüchteten, ein Viertel ist bei Familienangehörigen, Freunden oder Bekannten untergekommen und 15 Prozent sind von ihnen zuvor nicht bekannten Personen aufgenommen worden. Die übrigen sind von den örtlichen Behörden entweder in Hotels, Hostels o.ä. (17 %) oder in Gemeinschaftsunterkünften für Asylsuchende (9 %) einquartiert worden (IAB et al. 2022: 8). In späteren Befragungen ändert sich das Bild, denn angesichts des anhaltend hohen Zugangs von Geflüchteten aus der Ukraine müssen die Unterbringungskommunen Geflüchtete vermehrt in Gemeinschaftsunterkünfte für Asylsuchende einweisen, da das Angebot an Sozialwohnungen in vielen Regionen erschöpft ist.

In Bezug auf das Aufnahmemanagement ist es interessant zu erfahren, ob an den Ankunftsorten an die Erfahrungen von 2015 angedockt werden konnte. Denn das Organisieren einer Erstversorgung und der Umgang mit traumatisierten Menschen, die des Deutschen nicht mächtig sind und keinerlei Idee davon haben, wie Deutschland funktioniert, ist ja durchaus vergleichbar. Bezogen auf das sachsen-anhaltinische Marstadt* ist man zunächst in den Ämtern genau dieser Meinung, wie Johannes Schuhmacher* vom Integrationsbüro Marstadt* reflektiert: »Das können wir, das haben wir 2015 alles schon einmal gemacht.« Allerdings »zeigte sich dann in der Realität, dass es quasi keinen Wissenstransfer von 2015 gab. Es wurde wieder von vorne angefangen: Kein erprobtes Konzept zur Registrierung der ankommenden Leute, keinen Raumplan, wie die Betten in der Turnhalle gestellt werden sollen etc.«[15]

Nur mit der Erstregistrierung in den Kommunen können ukrainische Geflüchtete in das Hilfesystem eingepflegt werden. Daran hängt nicht nur die Vermittlung von Wohnungen und Kita-Plätzen, sondern auch die Auszahlung von Unterstützungsleistungen. In vielen Städten bilden sich lange Warteschlangen vor den Registrierungsstellen, wo die Fiktionsbescheinigungen beantragt werden können. Parallel dazu richten Ehrenamtliche Lebensmittelausgaben ein, um die Geflüchteten mit den notwendigsten Dingen zu versorgen. Ecrin Çelik* aus Salzgitter, die als Sozialarbeiterin in einem Stadtteilzentrum sowohl mit den ukrainischen als auch mit den 2015 angekommenen syrischen Geflüchteten befasst war, kann einen lokalen Lerneffekt im spontanen Zusammenspiel städtischer Institutionen erkennen, durch die die »bürokratische« Lücke direkt nach der Ankunft (»Die sind nicht Teil vom Jobcenter, die sind nicht Sozialamt, die sind im Moment noch gar nichts.«), gestopft werden konnte: Innerhalb einer Woche seien Sprachkurse organisiert worden und die Öffentlichen Verkehrsbetriebe ermöglichten entgeltfreies Busfahren, was in einer so weitläufigen Stadt wie Salzgitter auch notwendig ist. »Da hat

15 Interview mit Johannes Schuhmacher* (Pseudonym), Integrationsbüro Marstadt* (Pseudonym), Sachsen-Anhalt, September 2021.

Salzgitter wirklich dazu gelernt. Ja, Du lernst ja aus Fehlern oder aus Sachen, die Du halt besser machen kannst.«[16]

Doch die Kommunen sind in ihrem Handeln immer abhängig von der Bundesebene. Dort fällt die Entscheidung, die ukrainischen Geflüchteten zum 1. Juni, als bereits über 750.000 angekommen und registriert sind, in das Grundsicherungssystem des Sozialgesetzbuches II und XII aufzunehmen. Damit ist eine erneute komplexe Datenaufnahme fällig, für die persönlich vorgesprochen werden muss. Der geringe Digitalisierungsgrad deutscher Verwaltungen und die hohen Hürden im Bereich Datenaustausch erzeugten an diesem Punkt zusätzliche Schwierigkeiten – für die Geflüchteten und für die Behörden. Diese Erkenntnis bringt Johannes Schuhmacher* zu einer sehr grundsätzlichen Reflexion über die Erfordernisse eines modernen Einwanderungslandes:

> Ich denke, dass Integration auch eine moderne Aufgabe ist. Integration erfordert die Bereitschaft zur Veränderung, zum Beispiel im Bereich der Digitalisierung. Migrant:innen sind durch die transnationalen Lebensmodelle viel digitaler aufgestellt als die deutsche Verwaltung. Da muss man Schritt halten. Das muss ich als Verwaltung erkennen und als Verwaltungsleitung meinen Mitarbeitenden vorleben.[17]

10.3.2 Techniken der Selbstbehauptung

Trotz der vergleichsweise direkten Integrationsmöglichkeiten, die durch den temporären Schutzstatus und die Betreuung durch die Jobcenter bestehen, bleibt das Ankommen für viele Ukrainer:innen schwierig. Gerade in der ersten Ankunftswelle befinden sich überwiegend Frauen mit Kindern, die ohne ihre Partner ausgereist sind und somit ein Leben als Alleinerziehende organisieren müssen. Ein gutes Drittel der im ersten Jahr registrierten Schutzsuchenden aus der Ukraine ist unter 18 Jahre alt, in absoluten Zahlen rund 350.000! Für sie müssen schulische Bildungsangebote und Kita-Plätze gefunden werden, erst dann können sich die Mütter um ihre eigenen Integrationswege kümmern. Schon für ›normale‹ Alleinerziehende mit mehreren Kindern erscheint diese Aufgabe komplex, und für die ukrainischen Frauen ist die Lage um ein Vielfaches schwieriger. Die Umstände der Flucht, die Traumatisierung und das zunächst mühsame Einfinden in die Lebensverhältnisse vor Ort sind Gründe dafür, dass nicht, wie die Mehrheitsgesellschaft meist ohne viel Nachdenken fordert, der ›Integrationsturbo‹ angeworfen wird. Die Erzählung von Anastasiya Lysenko*, mit der wir im Herbst 2024 im nordrhein-westfälischen Steinbergen* sprechen, unterstreicht diese Situation. Anastasiya Lysenko* stammt aus Kiew. Sie ist Ärztin von Beruf und kommt Anfang März 2022 mit drei Kindern, die zu dem Zeitpunkt zwei, fünf und 13 Jahre alt sind. Sie reist gezielt in die Region, weil sie ukrainische Kontaktpersonen kennt, die ihr über Umwege eine erste Wohngelegenheit vermitteln, eine Einliegerwohnung im Untergeschoss eines Einfamilienhauses auf dem Lande. Dort fühlt sie sich wie von der Außenwelt abgeschnitten, und in den feuchten Kellerräumen werden alle Familienmitglieder dauerkrank: »Wir haben

16 Gespräch mit Ecrin Çelik* (Pseudonym), Sozialarbeiterin in Salzgitter, Mai 2022.

17 Interview mit Johannes Schuhmacher* (Pseudonym), Integrationsbüro Marstadt* (Pseudonym), Sachsen-Anhalt, September 2021.

dort im Keller gewohnt, in einem Keller-Apartment. Und die Kinder waren die ganze Zeit krank, kleine Kinder, Feuchtigkeit, Kälte. Im Prinzip haben wir dort eineinhalb Jahre gewohnt, und wir waren eineinhalb Jahre krank.«[18] Inzwischen konnte sie eine zentraler gelegene Wohnung in Steinbergen* finden, allerdings in einem Abrisshaus, so dass sie nur für ein halbes Jahr einen Mietvertrag erhalten hat. Danach muss sie sich wieder auf Wohnungssuche begeben. Seit August 2024 besucht sie einen Integrationskurs, um das B1 Zertifikat zu erwerben. Neben dem Deutschlernen muss sie auch ein berufliches Anerkennungsverfahren absolvieren, bevor sie ihren ärztlichen Beruf wieder ausüben kann. Sie erzählt von dem allmählichen Anwachsen von Sozialkontakten in Steinbergen*, dass die Kinder langsam Anschluss finden, so dass sie sich inzwischen etwas mehr »angekommen« und auch gesundheitlich stabiler fühlt als im März 2022. Dass die belastende Lebenssituation der ukrainischen Geflüchteten sich auch auf das körperliche und seelische Wohlbefinden auswirkt, zeigen Daten aus einer ersten Repräsentativerhebung aus dem Sommer 2022: Nur knapp zwei Fünftel der geflüchteten Frauen bewerten ihren Gesundheitszustand als gut oder sehr gut, und auch in Bezug auf ihre Kinder bemerken viele Befragte eine deutliche Eintrübung des Wohlbefindens. Der Bericht kommt zu dem Resümee, dass »das psychische Wohlbefinden der nach Deutschland geflüchteten ukrainischen Kinder und Jugendlichen für alle Altersgruppen signifikant unter den repräsentativen Referenz- und Normwerten von anderen in Deutschland lebenden Kindern und Jugendlichen liegt« (IAB et al. 2022: 8).

Körperliche und seelische Erkrankungen sind auch in der qualitativen Längsschnittstudie von Jonna Rock präsent, die die Lebenslage ukrainischer geflüchteter Frauen in Berlin und Frankfurt/Oder untersucht. Mehrere der alleinerziehenden Mütter entwickeln Erkrankungen nach ihrer Ankunft in Deutschland und leiden unter der Gesamtsituation, wie beispielsweise Yulia, die mit ihren zwei Töchtern nach Deutschland flieht, während ihr Mann zum Militärdienst eingezogen wird. Sie sehnt sich zurück und meint: »All meine Träume sind in der Ukraine geblieben. Ich bin nicht vollständig umgezogen. Mein Körper ist hier, aber meine Seele ist dort, und die Hoffnung bleibt. Ich habe doch mein ganzes Leben dort verbracht« (Rock 2025: 13, übersetzt aus dem Englischen durch die Autorin). Im Folgeinterview ein Jahr später hat sich ihr Mann von ihr getrennt und bei Yulia wurde Multiple Sklerose diagnostiziert. Mehrere ihrer männlichen Familienangehörigen sind im Krieg gefallen, und sie kämpft mit all diesen Verlusten und mit der Einsamkeit. In dieser schwierigen Lebenslage, mit einer chronischen Erkrankung im Rücken und einer unklaren Zukunft vor sich, findet sie Befriedigung in der Mutterrolle, die sie in Deutschland intensiver ausüben kann als in der Ukraine, wo sie lediglich 20 Euro Kindergeld erhielt und praktisch direkt nach der Geburt weiterarbeitete.

> In der Ukraine habe ich mich gar nicht wirklich als Mutter gefühlt, weil ich die ganze Zeit gearbeitet habe. […] Mein Leben in der Ukraine verglichen mit meiner derzeitigen Situation in Deutschland, das ist wie Tag und Nacht! Hier kann ich meine Kinder großziehen, ich kann Gespräche mit ihnen führen, ich kann mit ihnen etwas unternehmen. Wenn Du in der Ukraine in Mutterschutz gehst, wirst Du an Hunger sterben (ebd.).

18 Interview mit Anastasiya Lysenko* (Pseudonym) aus der Ukraine, Oktober 2024, übersetzt aus dem Englischen durch die Autorin, übertragen vom Ukrainischen ins Englische von Oleksandra Cheban.

Die Reflexion von Yulia, die bei allen Widrigkeiten Befriedigung aus dem Zusammenleben mit ihren Kindern zieht, weist auf das Element der Resilienz als wichtige Ressource für den Umgang mit schwierigen Lebenssituation hin. Resilienz wird im psychologischen Kontext als die persönliche Widerstandskraft definiert, mit der die Anpassung an herausfordernde Lebenslagen gelingt (Krause 2023). Dabei sind individuelle und soziale Komponenten wichtig. Auf individueller Ebene ist die mentale Einordnung und Verarbeitung von Erlebnissen entscheidend. Bei etlichen unserer Interviews werden beispielsweise im Vergleich der Lebenslagen in der Ukraine trotz der erlittenen Verluste die positiven Aspekte des aktuellen Lebens in Deutschland herausgearbeitet. Bei Yulia ist es das Mehr an Zeit, die sie mit ihren Kindern verbringen kann. Bei Olena Kovalchuk*, die mit Sohn, Schwiegertochter und Enkelkind im nordrhein-westfälischen Steinbergen* Aufnahme fand, ist es der Aspekt der Sicherheit, die sie ihren Kindern hier bieten kann. Wissend, dass Sicherheit in der Ukraine derzeit nicht gegeben ist, kann sie sich auch mit den erlittenen Rückschritten in ihrem persönlichen Lebensstandard versöhnen:

> Weißt Du, Du musst mit dem zufrieden sein, was Du jetzt hast. Und Du solltest dankbar dafür sein. Ich erkenne an, dass ich hier etliche Annehmlichkeiten habe, meine Kinder sind in Sicherheit, ich habe etwas zu essen und habe es warm. Und ich bin dankbar dafür. Ja, mein Einkommensniveau, meine Wohnsituation, das hat sich zum Schlechteren verändert, aber ich bin dennoch froh. Denn ich sehe, dass ich meinen Kindern derzeit in der Ukraine all das nicht bieten könnte.[19]

Eine weitere Komponente von Resilienz ist die soziale Einbettung. Das Gefühl von Gemeinschaft sowie die Möglichkeit, etwas Sinnvolles für sich selbst und für die Gesellschaft zu bewirken, kann die persönlichen Widerstandskräfte stärken und die traumatischen Erfahrungen von Verlust und Isolation besser aushaltbar machen. In Jonna Rocks Studie engagiert sich ein Großteil der ukrainischen Frauen in solidarischen Bewegungen, wo sie beispielsweise Spenden und Hilfsgüter für die Ukraine sammeln. Etliche setzen auch ihre professionellen Kompetenzen ein, um solidarische Aktivitäten für die Community der Geflüchteten zu organisieren, beispielsweise künstlerische Aktivitäten oder psychologisches Coaching. Auch Olena Kovalchuk* ist sozial engagiert. Zusammen mit anderen Ukrainer:innen hat sie unter dem Dach einer Kirchengemeinde in Steinbergen* einen Chor gegründet, mit dem sie regelmäßig auf Tournee geht, um den Deutschen die ukrainische Kultur näher zu bringen. Daneben treffen sie sich regelmäßig, um Spendenaktionen vorzubereiten und Hilfsmittel für den Kampfeinsatz herzustellen, wie beispielsweise Tarnwesten, die sie dann in die Ukraine schicken. Damit befriedigt Olena Kovalchuk* ein inneres Bedürfnis nach Zusammengehörigkeit und Solidarität und hat zugleich die Möglichkeit, ihre ukrainische Identität gegenüber der deutschen Gesellschaft zu behaupten.

> Zunächst bringen wir unsere Sprache und Kultur in die deutsche Gesellschaft. Wir zeigen, dass wir die gleichen Menschen sind, dass wir die gleichen Ideen haben, dass wir

19 Interview mit Olena Kovalchuk* (Pseudonym) aus der Ukraine, Oktober 2024, übersetzt aus dem Englischen durch die Autorin, übertragen vom Ukrainischen ins Englische von Oleksandra Cheban.

> unser Land unterstützen. Wie treten auf Festivals auf, wir singen in der Kirche, wir organisieren selbst Veranstaltungen, wir kochen ukrainische Speisen und verkaufen sie, und wir spenden alles Geld, das wir erhalten, den ukrainischen Streitkräften. Und während all dieser Veranstaltungen sprechen wir mit den Deutschen (ebd.).

Jonna Rock resümiert für ihre Studie, dass die solidarischen Initiativen, in die viele ihrer Interviewpartnerinnen involviert sind, eine wichtige Verankerung in die aktuelle Lebensrealität darstellen und dem Leben neuen Sinn geben. Zudem zeigen ihre Beispiele die Handlungsmacht (*agency*) der geflüchteten Frauen, ihr eigenes Schicksal zu gestalten: »Die Solidaritätsaktivitäten zeigen auch, wie klug und unternehmerisch die geflüchteten Frauen sind. Sie nehmen die Dinge selbst in die Hand und finden damit Selbstbestimmung innerhalb der Unsicherheit der Vertreibungssituation.« (Rock 2025: 10, übersetzt aus dem Englischen durch die Autorin) Diese Gabe und das damit zusammenhängende Einbringen von Ressourcen sollte als ein Aspekt von gesellschaftlicher Integration betrachtet werden, wünscht sich Olena Kovalchuk*. Gleichzeitig betont sie, dass es ihr dabei nicht nur darum geht, Kontakte in die deutsche Gesellschaft zu knüpfen, sondern dass sie ihre Haltung demonstrieren möchte, für ihr Land einzustehen und die Hoffnung auf eine bessere Zukunft nicht aufzugeben:

> Vielleicht ist es ein Schritt der Integration, aber für mich ist es mehr. Etwas über mich selbst auszusagen, zu zeigen, dass wir immer noch Ukrainerinnen sind, dass wir unser Land unterstützen, dass wir an ein gutes Ende glauben. Dass wir die Hoffnung nicht verlieren. Wir machen alles unter dem Leitspruch, dass wir dem ukrainischen Volk und den ukrainischen Streitkräften helfen.[20]

Diese Perspektive auf das Ankommen in Deutschland verdeutlicht die Realität des ›Dazwischen-Seins‹ und der großen emotionalen und psychischen Belastung, die alle Menschen mit Fluchterfahrung spüren. Nicht alle leiden gleich schwer, und nicht alle entwickeln behandlungsbedürftige Traumata, aber alle müssen sich mit dem Einschnitt in ihrem Leben auseinandersetzen und Strategien im Umgang mit der fortdauernden Unsicherheit entwickeln. Zugleich müssen sie jedoch, um wieder auf die Perspektive der Aufnahmegesellschaft einzuschwenken, die an sie gerichteten Erwartungen erfüllen, in dem neuen System zu funktionieren.

10.3.3 In Deutschland leben lernen

Das System, in das es sich zu integrieren gilt, lässt sich mit dem Dreischritt Sprache-Bildung-Arbeit umschreiben. Alle drei Schritte halten für die ukrainischen Geflüchteten jede Menge Herausforderungen bereit. Am eindeutigsten ist der Handlungsansatz im Bereich Schule, denn die Schulpflicht gilt für alle Kinder in Deutschland, sobald sie in einer Gemeinde amtlich gemeldet sind. Daten aus Repräsentativerhebungen unter ukrainischen Geflüchteten zeigen, dass die meisten ukrainischen Schüler:innen nach

20 Interview mit Olena Kovalchuk* (Pseudonym) aus der Ukraine, Oktober 2024, übersetzt aus dem Englischen durch die Autorin, übertragen vom Ukrainischen ins Englische von Oleksandra Cheban.

ihrer Ankunft im zweiten Schulhalbjahr 2022 in so genannte Willkommensklassen aufgenommen wurden, in denen vor allem Deutsch gelehrt wird. Ein Jahr später sind bereits 60 % der Kinder in weiterführenden Schulen voll in den Regelunterricht integriert. Lediglich 16 % besuchen ausschließlich Willkommensklassen, 24 % eine Mischform (Kosyakova/Rother/Zinn 2025: 29f.). Viele Kinder nutzen ergänzend den ukrainischen online-Unterricht, der im Rahmen der Corona-Pandemie im ganzen Land sehr effektiv aufgesetzt worden war und der in der Kriegssituation hilft, Lernpausen zu vermeiden. Vor allem ältere Kinder in Deutschland versuchen auf diese Weise, sich die Chance auf einen ukrainischen Bildungsabschluss zu bewahren.

Das Schulsystem in Deutschland mit seiner frühen Trennung nach Leistungsstufen unterscheidet sich stark vom ukrainischen Schulsystem, wo alle Kinder bis zur 9. Klasse gemeinsam lernen. Befragungsdaten aus dem Jahr 2023 deuten darauf hin, dass der Anteil ukrainischer Kinder in den Schulformen Haupt- und Realschule im Vergleich zum Gymnasium überproportional ist. Die Autor:innen der Studie vermuten eine Form der Dequalifizierung, bedingt durch die zunächst fehlenden Deutschkenntnisse und die Unkenntnis der ukrainischen Eltern über die Besonderheiten des deutschen Schulsystems und die elterlichen Einflussmöglichkeiten (ebd.: 34). Auch in unseren qualitativen Interviews werden uns Fälle von Dequalifizierung geschildert. Olena Kovalchuk* reflektiert die großen Unterschiede zwischen dem ukrainischen Gymnasium und der wenig kompetitiven Sekundarschule in Steinbergen* mit vielen Einwandererkindern, in die ihr 13jähriger Sohn verwiesen wurde. Sie geht davon aus, dass dies aufgrund seiner geringen Deutschkenntnisse so entschieden worden sei:

> Leider sind wir in einer Schule gelandet, in die vor allem Ausländer gehen. Alle die aus anderen Ländern kommen und die noch nicht gut Deutsch sprechen. Nach dem Gymnasium in der Ukraine war es sehr schwer für uns. Auf der einen Seite war es für uns schwierig, weil wir so wenig Deutsch konnten, er [*der Sohn, B.G.*] konnte es gar nicht, und auf der anderen Seite war es schwierig, weil unser Leistungsniveau einfach viel höher gewesen war. Es war einfach so schwierig für ihn, hier etwas zu lernen. […] Aber wir hatten keine Wahl, uns wurde nur diese Schule angeboten, um weiter zu lernen. Gemessen an unseren Deutsch-Kenntnissen.[21]

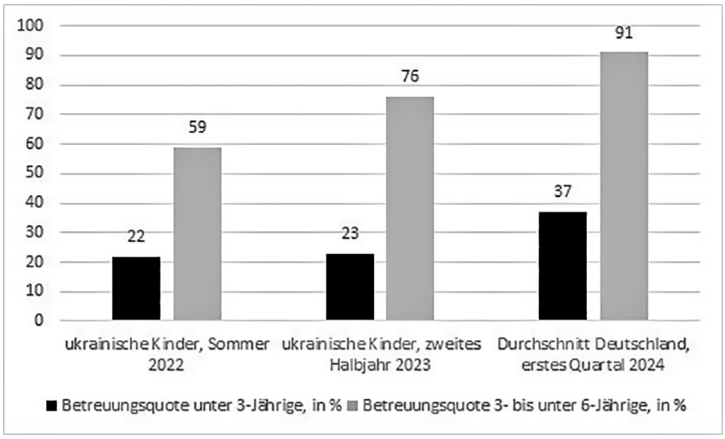
An dieser Stelle scheinen sich die Erfahrungen der ukrainischen Geflüchteten mit jenen der asylsuchenden Geflüchteten von 2015/16 zu decken (vgl. Kap. 4.3). Der Kontakt mit dem stark segregierten und früh nach Leistungsstufen selektierenden deutschen Schulsystem mit einer hohen Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der sozialen Lage hat für neu eingewanderte Familien viele Nachteile parat und lenkt vor allem jene Kinder, die aufgrund der familiären Fluchtbiographie wenig elterliche Unterstützung erfahren, in die unteren Leistungssegmente. Eine Bildungsreform, die den Bildungserfolg von der sozialen Herkunft entkoppelt, würde sicherlich auch zu mehr Chancengerechtigkeit für geflüchtete Schüler:innen in Deutschland führen!

---

21 Interview mit Olena Kovalchuk* (Pseudonym) aus der Ukraine, Oktober 2024, übersetzt aus dem Englischen durch die Autorin, übertragen vom Ukrainischen ins Englische von Oleksandra Cheban.

Während die Bildungsteilhabe für ukrainische Kinder im Schulalter durch die Schulpflicht grundsätzlich sichergestellt ist, sieht es in den früheren Etappen des Bildungs- und Betreuungssystems schwieriger aus. Der Mangel an Personal im Bereich Kinderbetreuung und der unterschiedlich gute Ausbau von Betreuungseinrichtungen innerhalb Deutschlands macht sich auch bei den ukrainischen Kindern bemerkbar. So besuchten im Sommer 2022 lediglich ein Fünftel (22 %) der ukrainischen Kinder unter drei Jahren und 59 % der Kinder im Alter von drei Jahren bis zum Schuleintrittsalter eine Kindertagesstätte (Abb. 10.2). Ein Jahr später ist die Betreuungsquote auf 23 % bzw. 76 % angestiegen und liegt damit immer noch weit unter den Durchschnittsquoten der Kinderbetreuung in Deutschland – und in der Ukraine, wo über 80 % der unter 6-Jährigen eine Kindertagesstätte besuchen (Putcha et al. 2018).

Abb. 10.2: Betreuungsquoten im frühkindlichen und vorschulischen Bereich, geflüchtete ukrainische Kinder und Durchschnitt aller betreuten Kinder in Deutschland, in Prozent



Quelle: Kosyakova/Rother/Zinn 2025: 28, eigene Darstellung

Die lückenhaften Betreuungsmöglichkeiten wirken sich auch auf die Integrationschancen der dazu gehörigen Mütter aus, insbesondere da der Anteil alleinerziehender Mütter unter den Ukrainer:innen weiterhin hoch ist: In der ersten Geflüchtetenkohorte waren im Sommer 2022 74 % der Mütter mit minderjährigen Kindern alleinerziehend, im Sommer 2023 waren es noch 48 % (Kosyakova/Rother/Zinn 2025: 27). Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist aufgrund der lückenhaften Ganztagesbetreuung vor allem für alleinerziehende Frauen schwierig. Und so geht die Arbeitsmarktintegration der ukrainischen Frauen insgesamt ähnlich schleppend voran, wie jene der asylsuchenden Frauen aus Syrien, Irak und Afghanistan seit 2015, obgleich die ukrainischen Geflüchteten vermeintlich bessere Voraussetzungen haben. Drei Viertel der erwachsenen Geflüchteten verfügen über einen beruflichen oder akademischen Bildungsabschluss und 90 % haben Berufserfahrung. Doch ein gutes Jahr nach der Flucht sind nur 22 % erwerbstätig, und lediglich 20 % haben ein berufliches Anerkennungsverfahren durchlaufen. Die

meisten (70 %) sind im Sommer 2023 noch damit beschäftigt, Deutsch zu lernen. Indes zeichnet sich bei jenen, die bereits erwerbstätig sind, eine berufliche Dequalifizierung ab. Repräsentativdaten zufolge sind 2023 50 % der erwerbstätigen Männer und 57 % der erwerbstätigen Frauen mit ukrainischem Fluchthintergrund unter dem Niveau ihres vorherigen Berufs beschäftigt (ebd.: 85f.). Unsere bisherigen Interviews mit ukrainischen Geflüchteten bestätigen diese Befunde. Die ausgebildete und berufserfahrene Ärztin Anastasiya Lysenko* kümmert sich in Steinbergen* allein um ihre drei Kinder. Erst nach zwei Jahren Aufenthalt in Deutschland hat sie die Möglichkeit, einen Integrationskurs zu besuchen – ihre drei Kinder sind inzwischen vier, sieben und fünfzehn Jahre alt und benötigen nach wie vor ihre Fürsorge. Bis es mit einem Wiedereinstieg in den Arztberuf funktioniert, der fortgeschrittene Deutschkenntnisse und die Anerkennung ihrer Ausbildung erfordert, dürfte es noch dauern. Auch Olena Kovalchuk*, die in der Ukraine als Dozentin an einer Universität gearbeitet hat, macht sich diesbezüglich wenig Illusionen. Zwar hat sie bereits das Berufsanerkennungsverfahren abgeschlossen und das B2-Deutschzertifikat erworben, doch vom freien Sprechen ist sie weit entfernt: »Ich wünschte ich wäre ein wenig besser, denn das ist nicht das Niveau, dass freies Sprechen erlaubt, wenn Du verstehst, was ich meine.« Zudem hat sie alle Hände voll damit zu tun, sich um ihren halbwüchsigen Sohn und ihr Enkelkind zu kümmern. Sie versteht die Erwartungshaltung der Deutschen hinsichtlich der Integration der Ukrainer:innen und ist auch überzeugt davon, dass sie viele Potenziale zu bieten hätten, dass es aber nicht einfach wird, diese zu heben: »Die meisten von uns sind Frauen mit Kindern, aber wir können arbeiten und wir haben viele Potenziale und sehr gute Qualifikationen. Deshalb denke ich, dass wir uns sehr gut hier integrieren können. Und die Deutschen erwarten auch, das wir alles dafür tun.«[22]

10.3.4 Zwischen Hier und Dort – ambivalente Entwicklungen

Nicht nur praktische Hürden behindern die Integration, sondern auch die eigenen Zukunftsperspektiven hinsichtlich einer möglichen Rückkehr in die Ukraine. Gerade in der ersten Geflüchtetenkohorte ist anfangs eine große Ambivalenz zu verspüren, wenn es um die Frage der Rückkehr geht. Olena Kovalchuk* dachte, sie müssten nur einige Wochen überdauern, bis sich die Kampfhandlungen gelegt hätten, als sie Anfang März 2022 in Steinbergen* ankam. Doch nun, da das dritte Jahr vergangen ist, glaubt sie nicht mehr an eine Rückkehr, zumal sie in der Ukraine ganz nah an der russischen Grenze lebt:

> Als wir hier ankamen, dachten wir, wir würden das hier aussitzen, vielleicht einen Monat. Und wenn uns die Deutschen fragten, wie lange wir bleiben werden, sagten wir, wir wissen es nicht, vielleicht eine oder zwei Wochen, vielleicht einen Monat. Aber jetzt ist das dritte Jahr vergangen und bis jetzt sehen wir kein Ende. Und zweitens wohnen wir dreißig Kilometer hinter der Grenze. Und wir haben den Krieg vom ersten Tag an gespürt. (Ebd.)

22 Interview mit Olena Kovalchuk* (Pseudonym) aus der Ukraine, Oktober 2024, übersetzt aus dem Englischen durch die Autorin, übertragen vom Ukrainischen ins Englische von Oleksandra Cheban.

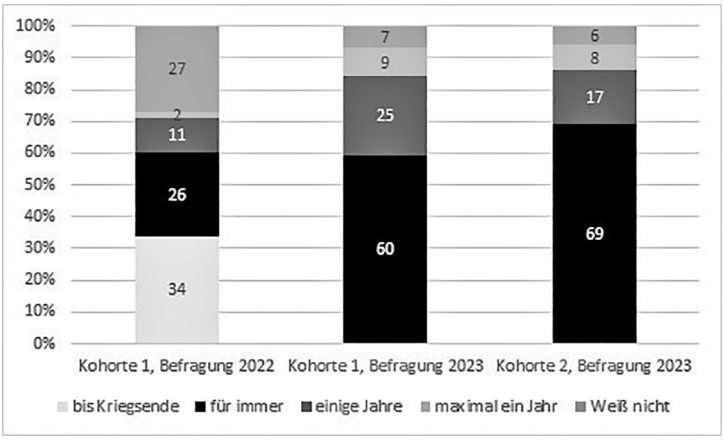
Auch die im Rahmen des SOEP-Panels durchgeführten Befragungen deuten eine Veränderung in der Bleibeabsicht an. Die erste Befragungswelle aus dem Sommer 2022 zeigt das große Ausmaß an Unentschiedenheit: Ein Drittel plante, bis zum Kriegsende zu bleiben, 27 % waren völlig unentschieden, und 26 % wollten für immer bleiben. Ein Jahr später ist der dauerhafte Bleibewunsch dieser ersten Befragungskohorte auf 60 % gestiegen und der Anteil der Unentschiedenen stark zurückgegangen. Die Tendenz zum dauerhaften Bleibewunsch ist noch stärker bei der zweiten Befragungskohorte zu sehen, die die Ukraine etwas später verlassen hat als die erste Kohorte (Abb. 10.3). Die multivariate Analyse dieser Daten zeigt, dass diejenigen, die sich in Deutschland willkommen fühlen, die positive Integrationsergebnisse bei sich sehen und die mit ihrem Partner zusammen in Deutschland leben, häufiger dauerhaft bleiben wollen als jene, auf die diese Aspekte nicht zutreffen. Zugleich knüpfen jene, die sich eine Rückkehr vorstellen können, diese an verschiedene Bedingungen, allen voran ein Ende des Krieges (90 %) und die wirtschaftliche Erholung des Landes (60 %) (IAB et al. 2022: 48f.).

Aus der Rückwanderungsforschung weiß man, dass die Abfrage von zukünftigen Wanderungsentscheidungen nicht sonderlich belastbar ist, denn Migrationsentscheidungen sind komplex. Sie erfolgen nur teilweise auf der Basis von Rationalität, und sie ändern sich mit der Aufenthaltsdauer und in Verbindung mit Lebens- und Familienzyklusphasen.[23] Zwar wünschen sie viele Ukrainer:innen, nach einem Kriegsende wieder in ihr altes Lebensumfeld zurückzukehren, aber angesichts der großflächigen Verwüstungen des Landes wird das Lebensgefühl der Vergangenheit sich nicht mehr mit den Realitäten der Gegenwart in Einklang bringen lassen, zumal über die Jahre am Zufluchtsort neue Ankerpunkte geschaffen werden, die die Geflüchteten nicht leichtfertig aufgeben möchten. Im Kontext der praktischen Mobilitätsmöglichkeiten zwischen der Ukraine und Westeuropa einerseits und den derzeitigen Schwierigkeiten, in einem Krieg führenden Land zu leben, trifft möglicherweise am ehesten der Begriff der *intentional unpredictability* zu, die die Migrationsforscher John Eade, Stephen Drinkwater und Michał Garapich (2006) einst für die polnische Ost-West Migration nach der EU-Erweiterung von 2004 vorgefunden haben. Sie erklärten damit die abwartende Haltung unter osteuropäischen Migrant:innen in Westeuropa, die angesichts der veränderten institutionellen Rahmenbedingungen für Migration, der unvorhersehbaren ökonomischen und politischen Entwicklung in ihren Heimatländern und in Anbetracht eigener familienzyklischer Entscheidungen keine klare Vorstellung von der Dauer ihres Migrationsprojekts entwickeln konnten.[24]

23 Zur Komplexität von Migrationsentscheidungen vgl. Carling/Schewel 2018; einen Überblick zur Rückwanderungsforschung findet sich in Glorius 2013; der Zusammenhang von Rückwanderungsentscheidungen und Lebensphase wird dargelegt in Wingens et al. 2011.

24 Ähnliche aus der empirischen Beobachtung abgeleitete Konzepte verbergen sich hinter den Begriffen der *Liquid Migration* (Engbersen/Snel 2013) bzw. *Liquid Return* (Anacka/Matejko/Nestorowicz 2013).

Abb. 10.3: Bleibeabsichten ukrainischer Geflüchteter Herbst 2022 und 2023, in Prozent der Befragten



Quelle: Info GmbH 2022, Kosyakova/Rother/Zinn 2025: 47, eigene Bearbeitung

Eine Betrachtung der empirischen Realität belegt, dass Rückwanderung in die Ukraine bereits jetzt stattfindet, parallel zu weiterhin hohen Ausreisezahlen. Die Wanderungsstatistiken zwischen Deutschland und Ukraine zeigen, dass bereits im Juni 2022 die Zahl der Wegzüge in die Ukraine ein Viertel des Zuzugsvolumens umfasste und sich danach bei etwa 50 % einpendelte. Im Frühjahr 2023 lag das Volumen der Rückreisen teils bei über 80 % im Vergleich zu den Einreisen! Es ist also eine hohe transnationale Dynamik zu verzeichnen, die angesichts der engen familiären Bindungen zwischen Ukrainer:innen in Deutschland und Angehörigen in der Ukraine auch erwartbar ist. Alle unsere ukrainischen Interviewpartner:innen können Geschichten über Rückkehrer:innen erzählen. Viele seien zurückgekehrt, weil sie von den Lebensbedingungen in Deutschland enttäuscht waren, weil sie die Trennung von Familienangehörigen nicht aushielten oder weil das Heimweh so stark war. Auch in der qualitativen Längsschnittstudie von Jonna Rock waren ein Jahr nach dem ersten Interview Mobilitätsentscheidungen gefallen: einige Frauen waren in die Ukraine zurückkehrt, bei einigen war der Ehepartner nach Deutschland nachgekommen. Eine Interviewpartnerin war zunächst von Deutschland nach Kanada gegangen, wo sie sich zusammen mit ihrer Tochter gut integriert hatte. Doch sie litt stark unter der Trennung von ihrem Ehepartner und fühlte sich von ihrem eigentlichen Leben abgekoppelt, so dass sie beschloss, zurückzukehren.

> Kanada ist ein wunderschönes Land, aber ich lebe hier nicht mein Leben. Ich habe in der Ukraine etwas zu verlieren, deshalb sind Deutschland, Kanada oder andere Länder für mich keine »Chancen«, sondern eher Zufluchtsziele (Rock 2025: 12, übersetzt aus dem Englischen durch die Autorin).

Das Zitat zeigt nochmals den großen Unterschied, den Fluchtmigration im Vergleich zu freiwilliger Migration darstellt, und welche Hypothek damit für das Ankommen und Einleben verbunden ist. Anders als bei anderen Geflüchteten-Gruppen in Deutschland ist

Rückkehr in die Ukraine bzw. ein temporärer Aufenthalt realisierbar. Das dürfte auch mittelfristig von Bedeutung sein, wenn sich die Lage in der Ukraine stabilisieren sollte. Angesichts der Tatsache, dass die Ukraine bereits vor dem Krieg ein Land mit einer sehr mobilen Bevölkerung darstellte, ist für die Zukunft ein erheblicher Anteil transnationaler Lebensentwürfe zu erwarten. Offen bleibt indes, ob die deutsche Gesellschaft damit umgehen lernt. Medial breit geteilte Vorwürfe verschiedener Politiker:innen, dass Ukrainer:innen, die von Deutschland aus regelmäßig nach Hause reisen, Sozialmissbrauch betreiben würden, lassen hier nicht das Beste hoffen (Casper 2022, Tagesschau 27.09.2022).

10.3 Eskalationen des Migrationsdiskurses

Am Mittwoch, dem 29. Januar 2025 kommt es zu einem denkwürdigen Ereignis im Deutschen Bundestag. Gerade erst hat man in einer Feierstunde der Befreiung des KZ Auschwitz und aller Opfer des Holocaust gedacht, da rüstet sich die CDU/CSU Fraktion zu einem Tabubruch, indem sie einen Antrag zur Verschärfung des deutschen Asylsystems mit Stimmen der rechtsextremistischen Partei AfD entscheiden lässt. Der Entschließungsantrag thematisiert verschiedene Straftaten von Asylsuchenden oder Zugewanderten der zurückliegenden Monate, konzentriert sich aber vor allem auf die öffentlich stark rezipierte Gewalttat eines Asylsuchenden in der fränkischen Stadt Aschaffenburg. Dort griff ein junger Mann aus Afghanistan eine Kita-Gruppe an und tötete ein Kleinkind und einen Erwachsenen, der sich ihm in den Weg stellte. »Bei dem Täter«, so der Entschließungsantrag,

> handelt es sich um einen 28-jährigen afghanischen Asylsuchenden ohne Schutzanspruch, der ausreisepflichtig war. Er war zuvor bereits durch Gewaltdelikte auffällig geworden; trotz vorübergehender Einweisung in psychiatrische Einrichtungen und bestehender Ausreisepflicht lief er frei herum. (Deutscher Bundestag 28.01.2025)

Die aktuelle Asyl- und Einwanderungspolitik gefährde die Sicherheit der Bürger:innen und das Vertrauen in den Staat und seine Handlungsfähigkeit. Der Antrag spricht von Fehlanreizen für »illegale Migration« und Rechtsbrüche in Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die es erforderlich machten, »nationales Recht vorrangig anzuwenden, […] so wie es in den Europäischen Verträgen für außergewöhnliche Notlagen vorgesehen ist.« Der in dem Entschließungsantrag enthaltene 5-Punkte-Plan fordert eine vollständige Abwicklung der asylbezogenen Migration in ihrer gegenwärtigen Form, die im Antragstext konsequent als »illegale« Einreise kriminalisiert wird.[25] Mit dem Verweis auf begrenzte Aufnahmeinfrastrukturen fordert der Antrag dauerhafte Grenzkontrollen, die Inhaftierung aller vollziehbar ausreisepflichtigen Personen, eine konsequentere Durchsetzung der Ausreisepflicht sowie den unbefristeten Ausreisearrest für ausreisepflichtige Straftäter und Gefährder.

25 Für eine Dekonstruktion und Einordnung der im politischen Diskurs häufig fehlerhaft oder einseitig verwendeten Begrifflichkeiten sh. Fluchtforschungsblog 2025.

Eine rechtswissenschaftliche Betrachtung der Sachlage offenbart, dass die Vorschläge überwiegend gegen deutsches und europäisches Recht verstoßen (Kluth 2025). Eine genauere Analyse der einzelnen Gewalttaten, auf die der Entschließungsantrag Bezug nimmt (Mannheim, Solingen, Magdeburg, Aschaffenburg), und der Kontexte, in denen sie zustande kamen, zeigen überdies Handlungsbedarf an ganz anderen Stellen, beispielsweise in einer besseren Koordination des Behördenhandelns auf horizontaler und vertikaler Ebene, oder in einer Verbesserung der psychosozialen Versorgung von Asylsuchenden. Deren eigene Gewalterfahrungen, monotone und belastende Lebensbedingungen während des Asylverfahrens und die Aussichtslosigkeit der persönlichen Zukunft nach einer Ablehnung des Asylantrages scheinen zumindest mitursächlich für etliche der dokumentierten Gewalttaten zu sein. In einem Interview für die Wochenzeitung »Die Zeit« bemüht der Unionspolitiker Jens Spahn die Umkehrung dieser Argumentationskette und fordert, »nicht noch mehr junge Männer mit posttraumatischer Belastungsstörung oder Gewalterfahrungen ins Land zu lassen, um die wir uns dann nicht angemessen kümmern können« (Die Zeit, 13.02.2025). Neben dem Ignorieren des zumindest bis dato noch geltenden Grundrechts auf Asyl wird in dieser Forderung ausgeblendet, dass Asylsuchende und abgelehnte Asylbewerber auf Grundlage des Asylbewerberleistungsgesetzes lediglich Anspruch auf medizinische Notfallmaßnahmen haben. Eine frühzeitige Diagnose und Therapie posttraumatischer Belastungsstörungen und die damit verbundene Minderung des sich eventuell aufbauenden Aggressionspotentials ist ausgeschlossen. Damit finden wir hier ein Beispiel für eine einseitige Problembetrachtung, die im politischen Migrationsdiskurs allzu häufig vorkommt.

10.3.1 Die Erzeugung von ›Moralpanik‹

Eine empirische Betrachtung der Gewaltinzidenz in Deutschland lässt eher zweifeln, dass eine derart restriktive Migrationspolitik, wie sie der Entschließungsantrag fordert, die Sicherheitslage in Deutschland signifikant verbessern könnte. Denn trotz der erheblichen Einwanderungszahlen der vergangenen Jahre ist die Zahl schwerer Straftaten rückläufig. Zugewanderte und Asylsuchende sind zwar in der polizeilichen Kriminalstatistik überrepräsentiert, jedoch lässt beispielsweise ein konstanter Anteil von rund 13 Prozent Zugewanderter bei »Straftaten gegen das Leben« weder darauf schließen, dass das Land ohne Zuwanderung erheblich sicherer wäre, noch dass durch gewalttätige Zuwanderer eine »außergewöhnliche Notlage« in Deutschland entstanden ist, die die im Entschließungsantrag angekündigten restriktiven Maßnahmen rechtfertigen würde (BKA 2024).

Aus diskurstheoretischer Perspektive ist der Entschließungsantrag ein Beispiel für die Wirkweise von Erregungsspiralen, die durch gezielte diskursive Setzungen eines Problems herbeigeführt werden. Der dominante Fokus auf »eingewanderte Gewalt« führt zu einer Skandalisierung von Migration und bindet sie an das Stereotyp des brutalen, jungen, männlichen Asylsuchenden, der sich nicht an Gesetze hält und nicht integrierbar ist, und dem zur Gefahrenabwehr die Einreise komplett verweigert werden muss. Die Argumentationskette ist Paradebeispiel für ein Phänomen, das in der Diskursforschung als »Moralpanik« bezeichnet wird (Barlai/Sik 2017, Simonovits 2019). Sie funktioniert über die Entwicklung eines spezifischen Diskursrahmens für einen als

problematisch empfundenen Sachverhalt, innerhalb dessen eine kohärente Argumentationskette der Ursachen und Folgen eines Problems entwickelt und eine auf dieser Argumentation aufbauende Lösung vorgeschlagen wird. Dabei werden Sachverhalte nach Bedarf hervorgehoben und andere verschleiert, um eine konsistente Erzählung über Probleme, Ursachen, moralische Implikationen und Abhilfen zu konstruieren (Schrover/Schinkel 2014).[26] Unterstützend wirkt dabei eine selektive Berichterstattung. Eine Medienstudie aus dem Jahr 2019 hat beispielsweise ergeben, dass in den TV-Nachrichten acht Mal häufiger über ausländische Straftäter berichtet wird als über deutsche; in den Printmedien ist die Häufigkeit vierzehn Mal größer. Eine Gegenprobe mit der polizeilichen Kriminalstatistik zeigt, dass im gleichen Zeitraum doppelt so viel deutsche wie ausländische Straftäter erfasst wurden. Eingewanderte Gewalt wird also medial stark überhöht.[27] Und das wirkt sich auf die öffentliche Meinung aus. In einer Befragung aus dem Jahr 2022 stimmten weit über die Hälfte der Befragten der Aussage zu, dass »durch die Zuwanderung von Flüchtlingen […] vor allem mehr Gewalttäter ins Land [kommen]« (Maurer et al. 2021, Richter et al. 2023).

Das Bedrohungs-Motiv hatte bereits Ende 2015 Eingang in die öffentliche Aufmerksamkeit gefunden. Vor allem nach der Silvesternacht 2015/16 in Köln, als es zu massenhaften sexuellen Übergriffen von Männern mit Migrationsbiographie auf dem Areal des Kölner Hauptbahnhofes kam, trübte sich die öffentliche Stimmung ein. In der Berichterstattung drängten Problematisierungen von Migration in den Vordergrund, die schließlich auch zu einer Veränderung der öffentlichen Stimmung führten. Das Integrationsbarometer der Bertelsmann-Stiftung zeigte in seiner Befragung 2017 deutliche Verschlechterungen der öffentlichen Wahrnehmung im Vergleich zu den Vorjahren. Vier Fünftel der Befragten befürchteten, Migration belaste die Sozialkassen (2012: 65 %); fast drei Viertel fanden, Zuwanderung führe zu sozialen Konflikten (2012: 64 %), 68 % vermuteten Probleme in den Schulen (2012: 64 %) und zwei Drittel befürchteten als negativen Effekt von Migration Probleme auf dem Wohnungsmarkt (2012: 47 %). Gleichzeitig sanken die Zustimmungswerte zu möglichen positiven Effekten von Einwanderung (wie etwa Ausgleich des Fachkräftemangels, Entlastung der Rentenversicherung) (Bertelsmann Stiftung 2017: 16f.).

Die durch Bevölkerungsumfragen abgebildeten Sorgen der Bevölkerung, dass Migration Gewalttaten, soziale Spannungen und Konkurrenz in der Versorgung mit öffentlichen Gütern fördert, werden auf politischer Ebene dafür genutzt, um restriktivere Maßnahmen zu legitimieren. Dabei wird mit Hinweis auf Umfrageergebnisse und Wahlverhalten das Argument bemüht, nur eine Lösung des ›Migrationsproblems‹ könne das weitere Erstarken rechtsextremistischer Parteien verhindern. Die international vergleichende Forschung zu politischen Radikalisierungsprozessen hat allerdings ergeben,

26 Allgemein zur kritischen Diskursanalyse vgl. Jäger 2012.

27 Die mediale Überhöhung von ›Ausländerkriminalität‹ zeigte sich auch bei der Berichterstattung über die drei mit Autos verübten Attacken auf den Weihnachtsmarkt in Magdeburg, eine Demonstration in München und eine Fußgängerzone in Mannheim im Herbst/Winter 2024/25. Die durch einen Deutschen verübte Mannheimer Tat erhielt medial lediglich halb so viel Aufmerksamkeit wie die von Migranten verübten Gewalttaten in Magdeburg und München (Zekri 12.03.2025).

dass der angedeutete argumentative Zusammenhang umgekehrt funktioniert: Rechtsradikale Parteien nutzen das Migrationsthema als Vehikel, um autoritäre Politikansätze in den Diskurs einzuführen. Sie sind damit erfolgreich, weil Diskurse um Migration identitätspolitisch aufgeladen werden. Hinweise auf überlastete Infrastrukturen, auf unerwünschte kulturelle Veränderungen durch Migration oder auf die Einwanderung von Gefahren stellen das ›Andere‹ in eine Gegenposition zum ›Eigenen‹ und finden gleichzeitig einen Schuldigen für alle identifizierten Problemlagen (Kunz 2021). Längst hat sich ›Migration‹ zu einem »gesellschaftsstrukturierenden Metanarrativ entwickelt, das vielfach als allgemein erklärende Kategorie für in der Regel gesellschaftliche Missstände herangezogen wird« (Foroutan/Ikiz 2016: 139). Damit schiebt sich der Rahmen des Sagbaren weiter nach rechts und sorgt für die Normalisierung rechtsradikaler Diskurspositionen. Der Steuerknüppel für diese Diskursverschiebungen wird virtuos von der in Teilen gesichert rechtsextremen Partei AfD bedient, zu deren »Markenkern« das »Narrativ vom ›gefährlichen Ausländer‹« gehört, wie der Kognitionspsychologe Christian Stöcker ausführt. »Sie hat es mit langem Atem strategisch in den Mainstream eingeschleust und die Union überlistet: mit gezielter Realitätsverzerrung« (Stöcker 2025).

10.3.2 Historische Kontinuitäten des Migrationsdiskurses

Die beschriebenen identitätspolitischen Aufladungen des Migrationsdiskurses weisen auf einen gesellschaftlich tief verankerten rassistischen Wissensbestand hin, der durch eine auf Verwertungslogiken fokussierte Migrationspolitik Bestätigung findet. Eine Rückschau auf historische Migrationsdiskurse zeigt, dass vor allem Krisensituationen diese impliziten Denk- und Ordnungsmuster zum Vorschein bringen. Deutlich wird das beispielsweise in den migrationspolitischen Diskursen um das Ende der ›Gastarbeiter‹-Anwerbung in der alten Bundesrepublik. Die Anwerbepolitik war von Anfang an als wirtschaftspolitisches Steuerungsinstrument konzipiert, ohne sich politisch den mit Einwanderung verbundenen sozial- und gesellschaftspolitischen Herausforderungen zu stellen (vgl. Kap. 7). Dementsprechend hielt die öffentliche Tolerierung der ›Gastarbeiter‹-Einwanderung nur bis zum Beginn der Wirtschaftskrise der 1980er Jahre. Bei steigenden Arbeitslosenzahlen schlug die auf einem ökonomischen Konsens beruhende zumindest teilweise Akzeptanz der Einwanderung in offene Aggression um, die sich vor allem gegen die Einwander:innen aus der Türkei richtete, die damals größte migrantische Gruppe in der Bundesrepublik. Zunehmend wurden herabwürdigende, rassistische und nationalistische Kampfparolen in den öffentlichen Diskurs eingebracht, wie »Unterwanderung, Überfremdung, multirassische Gesellschaft, oder Reinerhaltung der deutschen Rasse« (Bade 2004). Diese Haltung war auch unter politischen Akteuren der damaligen Zeit verbreitet und erhielt mit der Regierungsübernahme Helmut Kohls 1982 eine Plattform. In einer Bundestagsdebatte zur Migration am 4. Februar 1982 etwa teilte der CDU-Abgeordnete Alfred Dregger Einwander:innen nach ihrer ›Andersartigkeit‹ ein und kam zu dem Urteil, dass türkische Einwander:innen aufgrund ihrer Mentalität, ihrer nicht-christlichen Religionszugehörigkeit und ihrem »ausgeprägten Nationalstolz« »nicht zu assimilieren sind« (Jäger/Wamper 2017: 24f.). Erklärtes Ziel der konservativen

Bundesregierung war es daher, die Zahl der »Ausländer« in Deutschland bis 1990 zu halbieren (Meinhardt 1984: 19).

Das tradierte rassistische Wissen, dass sich in den völkischen Kategorisierungsmustern offenbart, untersetzt auch das Begriffsverständnis des »Ausländers«, der in den 1980er Jahren zu einem Kampfbegriff der Migrationsabwehr wurde. Denn die »Ausländer raus«-Rufe oder Akte der »Ausländerfeindlichkeit« richteten sich nie gegen weiße Einwander:innen, sondern beruhten »auf einem geteilten gesellschaftlichen Wissen darüber, wer genau die Ausländer sind, die gehasst werden: nämlich jene Gruppen, die jeweils die unteren Stufen der Herkunftshierarchie belegen« (Alexopoulou 2020: 188).

Eine weitere ›Migrationskrise‹ zu Beginn der 1990er Jahre vermittelt einen Eindruck davon, wie im Zusammenspiel von politischem Diskurs, medialem Diskurs und ihrer Rezeption in der Öffentlichkeit eine als krisenhaft wahrgenommene Situation eskaliert werden kann. Durch den Zusammenbruch der bipolaren Welt stiegen die Zahlen der Flüchtenden aus Bosnien, aus Osteuropa und aus dem Globalen Süden nach Deutschland stark an und führten zu einem heftigen öffentlichen Diskurs über die Legitimität ihrer Fluchtgründe. Der Begriff des ›Asylanten‹ erhielt während dieser Zeit seine negative Konnotation, die zusätzlich durch Wortschöpfungen wie der des ›Scheinasylanten‹ zum Ausdruck gebracht wurde. Die aufgeheizte öffentliche Stimmung brach sich Bahn in zahlreichen tödlichen Anschlägen auf Asylbewerberunterkünfte sowie auf die Wohnhäuser von türkischen Einwandererfamilien. Eine Reaktion war nicht etwa eine Erhöhung der Sicherheitsmaßnahmen für Asylheime oder eine öffentliche Kampagne zur Förderung der Akzeptanz von Einwander:innen, sondern eine Verschärfung des Grundrechts auf Asyl durch eine Änderung des Grundgesetzes.

Im gegenwärtigen Konflikt um Migration, der ja vor allem die Reduzierung der Asylzahlen fokussiert, zeichnen sich die Kontinuitäten des Migrationsdiskurses deutlich ab, und auch die Mechanismen der Eskalation sind dieselben. Hinsichtlich der Koppelung an Krisenerscheinungen und deren Verstärkungseffekt für die »Moralpanik« sollte die derzeitige Lage bedenklich stimmen. Denn die nun (2025) seit drei Jahren andauernde Rezession und die sozialen und wirtschaftlichen Langzeitfolgen der Corona-Pandemie lassen eine weitere Zuspitzung der gesellschaftspolitischen Lage befürchten. Zudem führt der russische Angriffskrieg auf die Ukraine und die sich damit zeigende Schwäche der Europäischen Sicherheitsarchitektur zu einer nachhaltigen Verunsicherung der Gesellschaft. Vor diesem Hintergrund steht zu befürchten »dass die absehbaren gesellschaftlichen Verteilungskämpfe sich weiter zuspitzen und wohl noch stärker als bisher völkisch und nationalistisch aufgeladen werden« (Kunz 2021).

10.4 Schließung oder Öffnung?

Wie die Erörterungen dieses Kapitels gezeigt haben, wurde die Krisenfestigkeit der Gesellschaft in den vergangenen Jahren stark herausgefordert. Nicht alle wahrgenommenen Krisen haben mit Migration zu tun, aber alle wahrgenommenen Krisen lassen sich ›migrantisieren‹. Damit meine ich, dass die Anwesenheit von Einwander:innen oder Geflüchteten pauschal als Ursache für erlebte objektive Missstände bzw. zur Erklärung subjektiven Unbehagens herangezogen wird. In der politischen Praxis sind zwei konträ-

re Modi zu beobachten, mit der Situation der Ungewissheit über den Verlauf von Krisen und Regulationsmöglichkeiten umzugehen, nämlich Strategien der Öffnung und der Schließung. Strategien der Öffnung fördern die Solidarisierung mit Gruppen, die von einer Krise betroffen sind, während Strategien der Schließung identitätspolitische Argumente in den Vordergrund rücken und auf dieser Basis so genannte ›Etablierten-vorrechte‹[28] reklamieren (Zick/Sandal-Önal 2023: 223). Für die ›Mitte‹-Studie 2022/23 wurden entsprechende Frage-Antwort-Module für schließende und öffnende Krisenmodi konstruiert (Tab. 10.1) und die angegebenen Präferenzen der Befragten mit ihrer objektiven und subjektiven Krisenbetroffenheit korreliert. Für jene, die den Schließungsmodus präferieren, zeigte sich eine stärkere subjektive Krisenwahrnehmung, die zudem mit objektiv krisenhafteren Lebensumständen (Wohnort in strukturschwacher Region) korrespondierte. Zudem zeigten diese Befragten eine stärkere Hinwendung zu antidemokratischen Orientierungen.

Tab. 10.1: »Es kommt jetzt vor allem darauf an, dass…« Items aus der ›Mitte‹-Befragung, die einen öffnenden oder schließenden Krisenmodus repräsentieren

»Es kommt vor allem darauf an, dass…«	**Anteil der Zustimmung in %**
Öffnender Krisenmodus	
… wir alle zusammenhalten.	79,0
… die Gesellschaft solidarisch mit den Schwächsten ist.	68,5
… auf die Experten und die Wissenschaft gehört wird.	62,2
Schließender Krisenmodus	
… wir unsere alten Tugenden aufleben lassen.	47,0
… Deutschland zuerst die eigenen Interessen durchsetzt.	48,9
… die Grenzen stärker kontrolliert werden.	52,4
… das deutsche Volk seine Stärke zeigt.	50,6
… die Leistungsträger unserer Gesellschaft belohnt werden.	46,6
… die Jugend mehr in die Pflicht genommen wird.	57,0

Quelle: Zick/Sandal-Önal 2023: 230–231, eigene Bearbeitung

Die politischen Bewältigungsstrategien der ›Migrationskrise‹ durch Schließungskonzepte sind insofern sozialpsychologisch schlüssig, da sie an der konstruierten Art der Bedrohung von außen andocken und dementsprechend die Hinwendung zur Eigengruppe fokussieren – unter Hinnahme ethnozentrischer Konnotationen, was wiederum gesellschaftliche Ausgrenzungsmechanismen in der Einwanderungsgesellschaft heraufbeschwört. Und auch hier lassen sich Eskalationsspiralen erkennen, denn jede

28 Etabliertenvorrechte sind dergestalt definiert, dass jene, die aufgrund ihrer Stellung in der Gesellschaft als etabliert gelten, Vorrang vor anderen haben sollten, die als Außenseiter:innen betrachtet werden (Zick/Berghan/Mokros 2019: 63).

medial präsente Gewalttat eines Migranten wird unmittelbar auf die imaginierte Gruppe projiziert, der dieser Gewalttäter angehört. Die Subjekte der Imagination bekommen das unmittelbar zu spüren. In einem im Februar 2025 ausgestrahlten TV-Beitrag des Westdeutschen Rundfunks berichtet beispielsweise ein 56-jähriger Düsseldorfer, der als Kind aus der Türkei eingewandert ist, wie er die seit Jahren wachsende Feindseligkeit gegenüber Muslimen erlebt.

> Vor ein paar Tagen hat ein Afghane zwei Menschen getötet. Und dieser Afghane wird nicht als Mensch, der etwas getan hat, bewertet, sondern er ist im ersten Sinne ein Migrant, also bin ich in Mithaft. Er ist ein Muslim, also bin ich nochmal in Mithaft genommen. Und die Leute schaffen das auch nicht, mich dann eben neutral weiter zu bewerten, sondern ich muss mich immer rechtfertigen. (WDR 29.01.2025)

Der permanente Rechtfertigungsdruck erzeugt ebenso wie die konkret verspürte Ablehnung und ›Anders-Machung‹ Zweifel unter den Betroffenen, ob die deutsche Mehrheitsgesellschaft sie jemals vollständig als Teil der Eigengruppe akzeptieren wird (vgl. Textbox 10.2). Der im Kontext von Gewalttaten immer wieder aufflammende Disput über Ausweisung und den Entzug der deutschen Staatsbürgerschaft sorgen für eine tiefe Verunsicherung der migrantischen Communities, die bis in die zweite und dritte Generation hineinreicht, wie Delal Atmaca vom Dachverband der Migrantinnenorganisationen DaMigra e.V. in einem Radiointerview zur Rezeption des CDU/CSU-Entschließungsantrages erklärt:

> Viele Menschen haben Ängste, dass egal was sie machen, sie werden nicht dazu gehören. Was muss passieren, da kommt jemand und nimmt mir den Pass weg? Da ist etwas losgetreten, ja, das ist wirklich heftig für ganz viele Menschen, und das ist ein Drittel der Gesellschaft hier. (Zerback 2025)

Viele Deutsche mit Migrationsbiographie würden sich als »Menschen zweiter Klasse« fühlen, denen die Zugehörigkeit zu Deutschland abgesprochen wird. Aus ihrer eigenen Biographie heraus reflektiert Delal Atmaca den destabilisierenden Effekt der schließenden Rhetorik, die sich durch den Antrag und seine Verhandlung in der Plenardebatte zog:

> Kann ich noch sagen, das ist mein Land? Ich bin als Kind hierhergekommen, und ich bin hier aufgewachsen. Das erste Mal, dass ich mich hier auch emotional zuhause gefühlt habe, war, als Frau Merkel mit diesem »Wir schaffen das« ein Bild von Deutschland nach außen vermittelt hat, dass wir in der Lage sind, solidarisch zu handeln, dass wir tatsächlich auch, wenn wir wollen, gerade in diesen Zeiten zusammenhalten können. […] Das ist wirklich schade. Ich bin keine CDU-Wählerin eigentlich, aber ich habe gesehen, was diese Frau geschafft hat, ein Bild von Deutschland in der Welt gezeigt, wie selbstbewusst und wie stark dieses Deutschland ist. Und dazu wollte ich gerne gehören, zu diesem Deutschland. (Ebd.)

Textbox 10.2: Das alles kam nicht über Nacht

Gesprächsprotokoll eines jungen Münchners, der 2015 als unbegleiteter minderjähriger Flüchtling aus Afghanistan nach Deutschland gekommen ist.

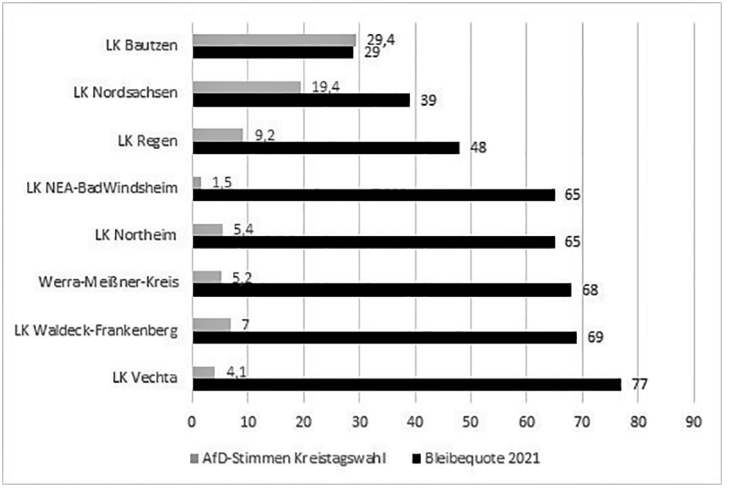
> Ich habe hier in den vergangenen Jahren viele Freunde gefunden und viel Hilfe und Unterstützung von Ehrenamtlichen erfahren, wofür ich sehr dankbar bin. Ich fühle mich angekommen, bin inzwischen auch eingebürgert. Gleichzeitig ist da häufig dieses Misstrauen im Blick meines Gegenübers, wenn ich meinen Ausweis zeige – als ob ich immer noch nicht hierher gehöre. München ist bunt und offen, aber auch hier ist der Rechtsruck im Alltag zu spüren. Einige Leute haben heute keine Hemmung mehr, sich rassistisch zu äußern. Menschen, die migrantisch aussehen, werden schief angeschaut, beleidigt und angegriffen. Physische Gewalt habe ich zum Glück noch nicht erlebt, trotzdem nehme ich immer wieder wahr, dass ich nicht willkommen bin: Wenn ich mich in der S-Bahn in einen Vierersitz setze und eine Person direkt danach aufsteht. Wenn ein Passant neben meine Füße spuckt oder Menschen gebrochenes Deutsch imitieren, während sie mit mir sprechen – obwohl ich inzwischen fließend Deutsch spreche. Das alles kam nicht über Nacht, sondern hat sich in den vergangenen Jahren entwickelt. Die Politiker – nicht nur in der AfD – befeuern diese Entwicklung, indem sie Menschen mit Migrationshintergrund und Geflüchtete als Sündenböcke darstellen, ihnen die Verantwortung geben für alles, was in Deutschland schlecht läuft. (Catoni 2025)

Die schleichende Diskursverschiebung vollzieht sich regional in unterschiedlichen Geschwindigkeiten. Am deutlichsten ist rassistische Ablehnung dort erlebbar, wo einerseits wenige zu den stigmatisierten Migrant:innengruppen gehörende Menschen leben und andererseits die Messwerte von ›Ausländerfeindlichkeit‹ und die AfD-Wahlergebnisse am höchsten sind – ein Zusammenhang, der sich mit der bereits erörterten Kontakthypothese deckt. Mit Blick auf die Wahlergebnisse der Bundestagswahl 2025 lässt sich damit unschwer Ostdeutschland als ›Krisengebiet‹ ausmachen, insbesondere Regionen abseits der großen Städte, wo die AfD mit mehr als 40 % der Wählerstimmen mit großem Abstand stärkste Partei wurde und sich auch in der übrigen Bevölkerung rassistische Stimmungen verbreiten. Verschiedene Arbeitsmarktakteure warnen bereits seit längerem vor den negativen Folgen rassistischer Einstellungsmuster und einer fehlenden ›Willkommenskultur‹ für die regionale Wirtschaftsentwicklung (vgl. Álvarez et al. 06.09.2024, Iwd 23.10.2023, Tutt 2024). Denn viele Branchen sind auf Fachkräfte aus dem Ausland angewiesen, unter anderem öffentliche Versorgungsdienstleister im Bereich Gesundheit und Pflege. In Thüringen beispielsweise sind überdurchschnittlich viele ausländische Ärzt:innen beschäftigt. Bereits seit 2004 gibt es entsprechende Anwerbeprogramme, insbesondere um Versorgungslücken in ländlichen Regionen zu decken. Während landesweit 13 % aller Ärzt:innen einen ausländischen Pass haben, sind es in den ländlichen Regionen Thüringens bis zu einem Viertel, wobei eine erhebliche Fluktuation unter ihnen zu verzeichnen ist (Bahr 2024). Ein journalistischer Beitrag in der Frankfurter Rundschau geht der Frage nach, ob dies auch der gesellschaftlichen Stimmung

geschuldet sei, und zitiert eine Studie der Charité, dass »Diskriminierung eine sehr relevante Rolle bei der sozialen Integration von Mediziner:innen mit ausländischem Abschluss spielt und auch die Bleibeabsicht beeinflusst«. Die ausländischen Ärzte machen deutlich, dass »die Willkommenskultur eine wichtige Rolle [spielt], damit sie für sich und ihre Familien eine Perspektive sehen.« In diesem Zusammenhang wird das Verhalten der Bevölkerung und die allgemeine politische Entwicklung genau beobachtet. Ein aus Syrien stammender Arzt »weiß von Ängsten in seiner Community zu berichten: Viele hätten nach der Landtagswahl gesagt, sie wollten nicht, dass ihre Kinder hier zur Schule gehen, wenn Thüringen ›einen bestimmten Ministerpräsidenten hat‹« (Bielert 2025).

Zwar fehlen derzeit großflächige Repräsentativdaten, die den Zusammenhang zwischen Abwanderung und einem feindseligen Klima kausal belegen. Doch internationale Studien und journalistische Berichte aus Ostdeutschland geben deutliche Hinweise darauf (vgl. z. B. Buch/Rossen 2025, Delhaes 2024, Zajak et al. 2024). Die bewusste Entscheidung, in einer anderen Region Deutschlands ein Leben aufzubauen, wo die Menschen eine weniger ablehnende Haltung zeigen, deutet sich auch in unseren Forschungsdaten zur Integration von Geflüchteten in ländlichen Regionen an. Eine Auswertung von Registerdaten zeichnet die Verbleibsquote aller Geflüchteter nach, die in den Jahren 2012 bis 2021 in den acht von uns untersuchten Landkreisen amtlich gemeldet waren. In der folgenden Abbildung habe ich diese Bleibequoten mit den AfD-Wahlergebnissen zum Ende unserer Beobachtungsperiode zusammengeführt (Abb. 10.4).

Abb. 10.4: Verbleibsquote Geflüchteter 2012–21 in acht ausgewählten Landkreisen (LK) und AfD-Wahlergebnis Kreistagswahlen 2019–21, in Prozent*



Datenquelle: AZR, Wahlergebnisse; *Anteil von Asylsuchenden, die im März 2021 immer noch in dem Landkreis leben, in dem sie seit Januar 2012 mindestens 90 Tage gemeldet waren.[29]

29 Eine Vorarbeit dieser Abbildung ist erschienen in Kordel/Gasch/Glorius/et al. 2023: 135.

Die Gegenüberstellung deutet darauf hin, dass selbst Geflüchtete, die so vielen wohnsitzbezogenen Restriktionen unterliegen, versuchen, Ankunftsregionen zu verlassen, in denen eher kein Willkommensklima herrscht. Zyniker mögen resümieren, dass damit die AfD ihr politisches Ziel erreicht hat.

Kapitel 11 – Migration als soziale Transformation

Mit diesem Buch habe ich eine datengestützte Reise durch die deutsche Einwanderungsgesellschaft und ihre Veränderungen in den vergangenen zehn Jahren unternommen. Die Erzählung folgte der Logik, die die Flucht vielen Menschen in diesen Jahren und in den Jahrzehnten und Jahrhunderten vorgab. Die Verschlechterung der Lebenssituation, der oft chaotische und panische Aufbruch, die Flucht als eine Reise im Überlebensmodus, der auch die erste Zeit nach der Ankunft prägt, bis sich nach und nach eine Stabilisierung der Lebenssituation einstellt. Die empirischen Forschungen an verschiedenen Fallstudienorten haben gezeigt, wie die Ankunft von Geflüchteten zugleich Veränderungen in dem sozialen Gefüge auslöste, das ich Aufnahmegesellschaft nenne. Das Rezeptivitätsmodell diente als analytisches Instrument, um die verschiedenen Facetten von Aufnahme und Integration nachzuzeichnen. Dabei war nicht nur die *governance* der Aufnahme von Relevanz, also die Gestaltung von Aufnahmestrukturen und ihre Weiterentwicklung, sondern auch die Haltung der Aufnahmegesellschaft. Viele analytische Begriffe habe ich in Stellung gebracht, um mich mit der kollektiven Haltung der Aufnahmegesellschaft an spezifischen Aufnahmeorten auseinanderzusetzen. Den meisten war gemeinsam, dass sie in Gegensätzen funktionieren. Der Blick in Theorie und Empirie der Migrationsforschung hat gezeigt, dass Geflüchtete als die ›Anderen‹ erst Kontur gewinnen, wenn sie in der Abgrenzung vom ›Eigenen‹ konstruiert werden. Und genauso können sich die ›Etablierten‹ nur dann als etabliert definieren, wenn es auch ›Außenseiter‹ als Gegenpart gibt. Die Definition des ›Eigenen‹ und des ›Anderen‹ unterliegt einem komplexen Konstruktionsprozess, der entlang von Differenzkategorien wie Geschlecht, Kultur, Religion, Herkunft, Staatsbürgerschaft und *race* verläuft. Wie flexibel diese eingesetzt werden, um ihre Wirkung zu entfalten, hat der historische Rückblick auf die Vertriebenen nach dem Zweiten Weltkrieg gezeigt. Um besser zu verstehen, auf welcher Grundlage derartige gesellschaftliche Ordnungsmuster zustande kommen, lohnt sich also eine Auseinandersetzung mit den historischen Referenzen, gerade auch in ihrer räumlichen Spezifik, also bezogen auf konkrete Örtlichkeiten.

Ich habe gezeigt, dass die Thematik von Flucht, Ankunft und Aufnahme aus sehr unterschiedlichen Perspektiven erzählt werden kann. Während die Mikroperspektive Lebenswege geflüchteter Menschen rekonstruiert und Stationen der Ankunft und Integration nachzeichnet, nimmt die Mesoperspektive die aufnehmende Gesellschaft in den

Blick. Die Makroperspektive schließlich betrachtet die gegenwärtigen Flucht- und Migrationsregime und bettet sie in übergeordnete geopolitische Konstellationen ein.

In diesem letzten Kapitel möchte ich die dargelegten Erfahrungen resümieren und dann den Blick nach vorne richten. Auf das, was die Geflüchteten in Zukunft erwartet, und auch in die gesellschaftliche Zukunft der deutschen Einwanderungsgesellschaft. Dabei nutze ich den Begriff der Transformation, verstanden als tiefgreifender Veränderungsprozess, der eine individuelle und eine gesellschaftliche Komponente hat. Während die individuelle Komponente Veränderungen im Lebensverlauf und in den individuellen Einstellungen und Handlungsorientierungen in den Blick nimmt, beinhaltet die gesellschaftliche Komponente von Transformation Veränderungen der gesellschaftlichen Lebensbedingungen, der Sozialstruktur sowie kollektiver Einstellungen und Werte (vgl. DifU 2017).

Transformationsprozesse können langsam und schnell verlaufen, sie können durch eine plötzliche Veränderung ausgelöst werden oder sich eher einschleichen. Sie können sowohl positiv als auch negativ konnotiert sein. Im bundesdeutschen Diskurs, und vielleicht als Abbild einer eher persistenten und veränderungsresistenten Gesellschaft, werden Transformationen meist als etwas Negatives, gar krisenhaftes gerahmt. Beispiele, die in den Interviews mit lokalen Akteur:innen im Rahmen meiner Forschung immer wieder thematisiert wurden, sind die demographische Alterung der Gesellschaft, die zu einschneidenden Veränderungen der Arbeitsmärkte führen wird, die Folgen des Klimawandels und der Dekarbonisierung oder auch wirtschaftspolitische Entscheidungen. In meinen Gesprächen mit Akteur:innen in Ostdeutschland dominiert indes die Erinnerung an die Transformationsjahre nach der politischen Wende und der Wiedervereinigung, die zu einem massiven Umbau des politischen, ökonomischen und sozialen Systems führte und die gesamte Bevölkerung dem Druck aussetzte, sich neu zu erfinden.

In der wissenschaftlichen Debatte wird betont, dass gesellschaftliche Transformation ein langfristiger Prozess ist. Er umfasst weitreichende Veränderungen in verschiedenen Bereichen der Gesellschaft, die aufeinander bezogen sind und sich gegenseitig beeinflussen. Dabei laufen eine Zeitlang Althergebrachtes und Neues parallel zueinander ab. Erst spät entscheidet sich, in welche Richtung die neue Entwicklung sich ausrichtet und welche Pfadabhängigkeiten und Barrieren durch den kollektiven Veränderungsdruck überwunden werden (vgl. Amelina/Horvath/Meeus 2016, de Haas et al. 2020).

In diesem Begriffsverständnis sehe ich die Geflüchtetenaufnahme der vergangenen zehn Jahre demnach als nur einer von vielen Aspekten, die zu einer langfristigen Veränderung der Gesellschaft führen. Welche Pfade eingeschlagen werden, um Zusammenleben in Vielfalt zu gestalten und die Herausforderungen einer von Diversität geprägten Gesellschaft zu moderieren, dürfte regional unterschiedlich sein, selbst wenn die Prägungen durch politische Rahmenbedingungen und übergeordnete politische Diskurse identisch sind.

Im Folgenden werde ich mich auf der Basis der in diesem Buch versammelten Erzählungen zunächst mit individuellen, dann mit gesellschaftlichen Transformationen beschäftigen und abschließend die sich daraus ergebenden Handlungsoptionen bzw. -erfordernisse der ›Einwanderungsgesellschaft von morgen‹ skizzieren.

11.1 Aufbrüche: Transformationen in individuellen Biographien

Zehn Jahre nach der Ankunft haben in vielen Leben der Geflüchteten individuelle Transformationen stattgefunden, allen voran bei jenen, die als Kinder und Jugendliche nach Deutschland gekommen sind. Viele haben in Deutschland einen Schulabschluss gemacht und befinden sich jetzt in der beruflichen oder akademischen Ausbildung. Für sie ergeben sich nun die Entwicklungsmöglichkeiten, die sie sich einst in ihrem Herkunftsland erhofft hatten und von denen sie durch Krieg und Flucht getrennt wurden. Für andere, vor allem für die Elterngeneration, bedeutet die individuelle Transformation vielmehr, das alte Leben mit allem bisher Erreichten hinter sich zu lassen und unter den Rahmenbedingungen, die das Aufnahmeland der ›Figur des Flüchtlings‹ zubilligt, neu anzufangen.

11.1.1 »Ich wollte genauso werden wie sie!«

Als wir im Mai 2022 unser erstes Interview mit Elisar führen, hat sie gerade die Abiturprüfungen abgeschlossen. Befragt nach ihren Zukunftsplänen erzählt sie, sie habe schon als kleines Kind Ärztin werden wollen, inspiriert durch eine Zahnärztin, bei der sie in Behandlung war: »Ich wollte genauso werden wie sie!« Im Alter von 13 Jahren kommt sie mit ihrer Familie aus Syrien nach Deutschland. Die Flucht und die vielen Hürden des Neuanfangs haben Kraft gekostet, sie aber nicht an der Erfüllung ihrer Träume zweifeln lassen. Sie macht einen Mittelschulabschluss und wechselt dann aufs Gymnasium. Sie wiederholt die Abiturprüfungen, um ihre Note und damit die Chancen auf einen begehrten Medizin-Studienplatz zu verbessern. Während des Interviews formuliert sie den Wunsch, ihre weitere Ausbildung möge diesmal nur die »normalen« Schwierigkeiten bereithalten, mit der alle Studierenden konfrontiert sind. Damit bezieht sie sich auf die Extremerfahrung der Flucht und des Neuanfangs in Deutschland. »Ich habe schon ganz viele Sachen erlebt und das war auch eine sehr schwere Zeit für mich und für meine Familie. Und ich möchte jetzt für dieses Kapitel, das ich jetzt neu öffne, dass es ein bisschen einfacher wird und nicht so schwer wie die letzten Kapitel.«[1] Zwei Jahre später treffen wir Elisar wieder, um einen kurzen Film mit ihr zu drehen. Sie ist inzwischen nach Hamburg umgezogen und hat eine Ausbildung zur Krankenschwester am Universitätsklinikum begonnen. Auf diese Weise überbrückt sie die Wartezeit auf den Medizin-Studienplatz. Sie wirkt gereift, fühlt sich wohl in Hamburg und in der noch ungewohnten Selbständigkeit. Sie fährt häufig ins niedersächsische Wendland zurück, um ihre Familie zu besuchen, und kann sich vorstellen, später als Landärztin dorthin zurückzukehren.

Elisars Geschichte weist auf die starke Bedeutung der biographischen Einbettung von Migrationsereignissen hin. Vor allem in den jüngeren Generationen bestimmen Migrationsereignisse machtvoll mit über den weiteren Lebensweg. Dabei ist das junge Lebensalter insofern vorteilhaft, weil noch ausreichend Bildungszeit verbleibt, um sich sprachlich zu adaptieren und Anschluss an das reguläre Bildungssystem zu finden. Allerdings muss dies nun ohne die soziale Unterstützung vonstattengehen, die Eltern und Familienangehörige im Herkunftsland hätten bieten können. In dieser Situation sind

1 Interview mit Elisar aus Syrien, Mai 2022.

die jungen Geflüchteten auf sich gestellt, und viele reifen an dieser Erfahrung. Immens wichtig sind Ansprechpartner:innen innerhalb der Aufnahmegesellschaft, die in dem ungewohnten Umfeld des Aufnahmelandes praktische und emotionale Unterstützung bieten können und ihre Sozialkontakte zur Verfügung stellen, um ›soziale Brücken‹ in die Aufnahmegesellschaft zu bauen. In Elisars Fall ist es eine Migrationsberaterin, die zur engen Bezugsperson wird, und der örtliche Jugendtreff, in dem sie in den schwierigen ersten Jahren einen Rückzugsraum findet, um »sich selbst kennenzulernen«. Auch ihre Lehrer:innen hebt sie hervor, die sich sehr um sie und andere syrische Schüler:innen bemühten: »Ja, also die Lehrer waren total unterstützend, also sie haben wirklich sehr viel geholfen und die spielen eine ganz große Rolle in meinen Leben hier in Deutschland und wie ich mich hier entwickelt habe, auf jeden Fall!« (Ebd.)

Auch in anderen Lebensgeschichten junger Geflüchteter finden sich neben den Eltern Bezugspersonen aus der Aufnahmegesellschaft, die sich intensiv und hingebungsvoll für ihre Mentées einsetzen und sie dabei unterstützen, ihre Lebensziele trotz aller Widrigkeiten weiterzuverfolgen. Im nordrhein-westfälischen Steinbergen* erzählt uns der junge Eritreer Elyas Tadesse* von intensiven Lerneinheiten zusammen mit seinem deutschen Mentor, mit dessen Hilfe er den Realschulabschluss absolviert, um eine Lehre als Einzelhandelskaufmann anzuschließen. Im sächsischen Wiesenberg* wird der junge Afghane Musa Ghulam* engmaschig durch einen Ehrenamtlichen unterstützt, der mit der Zeit zum väterlichen Freund wird. Er verschafft Musa* Möglichkeiten, Deutsch zu lernen, und verhilft ihm zu einem Praktikums- und schließlich einem Ausbildungsplatz zum medizinischen Fachangestellten. Als sein Asylantrag endgültig abgelehnt wird, versucht sein Mentor sogar, Musa* zu adoptieren, damit er einen sicheren Aufenthaltsstatus bekommt.

Immer wieder kommen beide auf rassistische Ausgrenzungserfahrungen zu sprechen, die das Ankommen im ländlichen Sachsen für viele Geflüchtete prägen. Auch in diesen Situationen sind es einzelne Schlüsselpersonen, die sich den rassistischen Anfeindungen in den Weg stellen und damit die Resilienz der jungen Geflüchteten stärken. So berichtet Musa* von einem Patienten, der sich weigerte, seinen Blutdruck von ihm messen zu lassen. Seine Chefin schritt energisch ein: »Und da hat sie gesagt: ›Wenn Sie von dem jungen Mann hier nicht behandelt werden wollen, dann wechseln Sie bitte Ihren Hausarzt.‹«[2] Inzwischen wird Musa* überall im Ort freundlich empfangen. Sein nächstes großes Ziel ist es, ein Medizinstudium zu absolvieren. Trotz der großen Herausforderungen, die die lange und schwere Ausbildung in der für ihn weiterhin fremden Sprache Deutsch bedeutet, ist er motiviert und zuversichtlich: »Also bei mir ist es so, wenn jemand mir sagt, ›Du schaffst das nicht‹, aber wenn ich selber weiß, dass ich es schaffe, ja, dann […] habe ich mehr Kraft. Dann würde ich mehr versuchen. Dass ich mehr zeige.« (Ebd.)

Besonders herausfordernd ist die Situation für jene, die als so genannte unbegleitete minderjährige Geflüchtete nach Deutschland gekommen sind. Sie müssen das Ankommen in Deutschland und die Jahre der Adoleszenz ohne den Rückhalt der Eltern meistern, und sind in dieser Zeit besonders auf praktische und emotionale Unterstützung

2 Interview mit Musa Ghulam* (Pseudonym), aus Afghanistan, Juli 2022.

angewiesen. Viel hängt davon ab, wie der Übergang zwischen den Hilfesystemen gestaltet wird, der wiederum vom Lebensalter anhängt. Denn mit dem 18ten Geburtstag erlischt die Betreuung durch die Jugendhilfe, und die jungen Geflüchteten müssen aus der betreuten Unterkunft ausziehen. Textbox 11.1 zeigt exemplarisch am Lebensweg des Eritreers Ismael Fekadu*, wie komplex die Herausforderungen für die jungen Geflüchteten ohne familiäre Bezugsperson sind.

Textbox 11.1: »Ich habe alles geschafft, und am Ende habe ich eine Arbeit«

Ismael Fekadu* kam als 17jähriger im August 2014 in Deutschland an. Eigentlich wollte er nach Schweden. Er wird von seinem Ankunftsort München weiter nach Oberfranken geschickt, wo er in einer Wohngruppe unbegleiteter minderjähriger Geflüchteter aufgenommen wird. Drei Monate besucht er einen Sprachkurs, dann wird er bis zum Ende des Schuljahres 2015/16 in die Integrationsklasse einer Berufsschule aufgenommen, wo er den Hauptschulabschluss erwirbt und Praktika in verschiedenen handwerklichen Berufen macht. Nach seinem 18ten Geburtstag muss er die Wohngruppe verlassen, hat aber das Glück, dass er in ein Apartment einziehen kann, das vom gleichen sozialen Träger betreut wird. Nach dem Schulabschluss absolviert er eine Einstiegsqualifikation zum Maurer. Die praktische Tätigkeit fällt ihm leicht, aber im schulischen Teil fällt er zurück, weil er mit den Fachbegriffen nicht zurechtkommt. Zudem sind seine Schultage extrem anstrengend, weil er pendeln muss. An den Schultagen steht er um vier Uhr auf, um die lange Pendelstrecke mit öffentlichen Verkehrsmitteln pünktlich zum Schulbeginn zu schaffen. Nach dem Unterrichtsende ist er erst gegen 20 Uhr zu Hause und dann zu nichts mehr fähig. Die Abwesenheit eines Elternhauses, das ihn im Alltag umsorgen könnte, wird ihm an dieser Stelle überdeutlich: »Dann komme ich Zuhause um acht Uhr. Acht Uhr bin ich ganz kaputt, ich koche nicht und sowas, weil ich keine Eltern habe. Ich koche nicht und ich schlafe einfach dort und ich lerne auch gar nichts, weil die Zeit verschwindet einfach nur, deswegen es war sehr schwer für mich.« Nach sechs Monaten beschließt er, die Qualifizierungsmaßnahme abzubrechen, um erst besser Deutsch zu lernen. Dies wird ihm genehmigt, doch er muss sechs Monate warten, bis der Sprachkurs beginnt. Als dieser dann endlich startet, realisiert Ismael, dass er sprachlich unterfordert ist, da die anderen Teilnehmer:innen wesentlich schlechter Deutsch sprechen als er. Zeitgleich erhält er ein Arbeitsangebot in einem Logistikunternehmen. Ein unbefristeter Vertrag lockt; er soll drei Tage Probearbeiten, bevor sich der Arbeitgeber entscheidet. Doch danach ist die Rede von einem zweiwöchigen Praktikum, bevor es den Vertrag gibt. Er protestiert und damit ist das Angebot vom Tisch. Er geht daraufhin zurück an die Sprachschule, doch jetzt ist sein Platz im Sprachkurs anderweitig vergeben und man sagt ihm, er möge nochmals sechs Monate warten. Er geht zum Jobcenter und bittet um die Vermittlung in ein Praktikum. Er absolviert zunächst ein Bewerbertraining und bewirbt sich dann bei mehreren Firmen. Als er gerade ein Praktikum in einer der angeschriebenen Firmen absolviert, erhält er das Angebot einer Zeitarbeitsfirma im hessischen Bad Kortheim.* Ein Bekannter hatten ihn zuvor auf die vergleichsweise guten Integrationsbedingungen dort aufmerksam gemacht und daraufhin hatte er sich beworben. Eigentlich hofft er

auf einen Ausbildungsplatz als Lagerist in der Firma, in der er das Praktikum absolviert. Dort sagt man ihm, er solle die schriftliche Entscheidung abwarten. Aber er will jetzt nicht mehr warten. Drei Tage später ist er zur Probearbeit in Bad Kortheim*. Der ersten Arbeitsstelle, ein Glaswerk, ist er körperlich nicht gewachsen, er hält dort nur einen Tag aus. Dann wird er in die Metallverarbeitung vermittelt. Dort kann er Fuß fassen. Er zieht nach Bad Kortheim*, wohnt zunächst bei Freunden und bezieht nach drei Monaten eine eigene Wohnung. Zwischenzeitlich muss er noch Probleme mit seinem Aufenthaltstitel lösen, denn er verpasst es, sich von Oberfranken nach Bad Kortheim* umzumelden. Offensichtlich gibt es in dieser sehr bewegten Phase niemanden, der ihn in seinem Tun begleitet und berät, was er auch intensiv reflektiert. Auf die Frage, worauf er besonders stolz ist, antwortet Ismael Fekadu*: »Dass ich selbst Arbeit gefunden habe. Und bin ich auch ohne Mutter und Vater zwei Jahre in die Schule gegangen. Ich bin stolz darauf, was ich alles gemacht habe: das Praktikum, die Arbeit, der Führerschein. Bei den deutschen Leuten bezahlen die Eltern den Führerschein, aber ich habe alles selbst gemacht. […] Ich bin stolz auf alles, was ich gesagt habe, weil ich habe alles geschafft und am Ende habe ich eine Arbeit.«[3]

Rund eine halbe Million Jugendliche zwischen 16 und unter 25 Jahren sind in den Jahren 2014 bis 2020 nach Deutschland gekommen. Sie alle haben viele Hoffnungen und Zukunftspläne mitgebracht, und vielen gelang es, sich in Deutschland Perspektiven zu erarbeiten. Möglicherweise wird die Aufnahmegesellschaft erst in der Rückschau bewerten können, welche Impulse durch diese junge Geflüchteten-Kohorte in einzelnen Regionen gesetzt wurden und dort zu produktiven Entwicklungen geführt haben.

An dieser Stelle möchte ich noch einmal eine historische Analogie aufmachen und auf die jungen Geflüchteten eingehen, die als Heimatvertriebene nach dem Zweiten Weltkrieg mit ihren Familien in Deutschland angekommen sind. Auch sie hatten mit vielen Widrigkeiten zu kämpfen, wenngleich Fragen des Aufenthaltsstatus oder Sprachprobleme natürlich ausgeklammert waren. Doch das Heranwachsen in einer von Nachkriegsumbrüchen betroffenen Gesellschaft bot auch Chancen, insbesondere für die jungen Frauen, die aus ländlich-bäuerlichen Milieus stammten. Sie waren nach der Vertreibung mehr oder weniger gezwungen, mit Hilfe einer Ausbildung eigenständige Lebensperspektiven zu entwickeln, anstatt als ›mithelfende Familienangehörige‹ in der Landwirtschaft zu arbeiten. Noch einmal blicke ich an dieser Stelle auf die Lebensgeschichte meiner Mutter, die in dieser Kombination aus individuellem und gesellschaftlichem Aufbruch heranwächst. Nachdem sie von ihren Eltern auf ein Internat geschickt wurde, um die Mittlere Reife abzulegen, ging sie nach Würzburg und absolvierte am Universitätsklinikum eine Ausbildung zur Kinderkrankenschwester. Später arbeitete sie dort auf verschiedenen Stationen, wo sie schwerst kranke Kinder versorgte und es mit Krankheitsbildern zu tun bekam, die heute aufgrund des medizinischen Fortschritts und des hohen Wohlstandsniveaus in Deutschland fast vergessen sind. Auch im hohen Alter konnte sie noch sehr lebhaft und detailliert aus dieser Zeit erzählen. Ich erinnere mich an einen Besuch während der Corona-Pandemie, als wir

3 Interview mit Ismail Fekadu* (Pseudonym), 22, aus Eritrea, Januar 2019.

gemeinsam überlegten, wie wir sie, durch ihr Alter besonders gefährdet, vor einer Infektion schützen könnten. Das brachte sie auf die Zeit im Würzburger Klinikum in den 1950er Jahren, als verschiedene Infektionskrankheiten noch eine große Gefahr für Kinder darstellten und teils zu verheerenden Spätfolgen führten. Viel hatte man damals nicht, um sich zu schützen. Die Krankenschwestern wurden angewiesen, nach jedem Aufenthalt in einem Krankenzimmer zehn Minuten nach draußen zu gehen, um sich und die Kleidung zu lüften und auf diese Weise die Krankheitskeime abzuschütteln. Auf diese Weise, nämlich mit viel frischer Luft, verbrachten wir dann auch die Besuche während der Corona-Pandemie.

Abb. 11.1: Die Mutter der Autorin als Krankenschwester am Universitätsklinikum Würzburg, ca. 1960



Quelle: Privates Foto-Archiv der Autorin

Meine Mutter übte ihren Beruf mit großer Leidenschaft und wissenschaftlicher Neugier aus. Sie wollte das Zustandekommen von Erkrankungen verstehen und am medizinischen Fortschritt teilhaben. Während ihrer Beschäftigungszeit in Würzburg brach in Bayern eine Polio-Epidemie aus, die vor allem unter Kindern und Jugendlichen grassierte. Die schwersten Fälle wurden von einer Atemlähmung getroffen, und sie benötigten eine Eiserne Lunge, um zu überleben. Die Eiserne Lunge war das erste klinische Gerät, das die maschinelle Beatmung von Menschen ermöglichte. Es bestand aus einem zylindrischen Hohlraum, in dem Patient:innen gelagert wurden; nur der Kopf ragte heraus. Durch den luftdichten Abschluss am Hals wurde ein Unterdruck erzeugt, der bewirkte, dass die Umgebungsluft durch Nase und Mund der Patient:innen einströmen konnte. Durch den Aufbau eines Überdrucks in der Kammer konnten die Patient:innen dann

auch mit gelähmter Atemmuskulatur wieder ausatmen (Meichsner 2009). Die Prototypen dieser Geräte waren in den 1920er Jahren in den Vereinigten Staaten entwickelt worden, in Deutschland wurden sie erst in den 1950er Jahren eingeführt. Meine Mutter muss eine der ersten Krankenschwestern gewesen sein, die in Würzburg an der Eisernen Lunge angelernt wurden, um mit ihrer Hilfe komplett gelähmten Kindern das Leben zu retten. Erst in den 1960er Jahren setzte sich die Schluckimpfung mit Lebendimpfstoff durch und verhinderte damit weitere Polio-Epidemien (Riederer 2023). Das Bewusstsein, eine hochwertige Ausbildung erhalten zu haben und damit einen wertvollen Dienst an der Gesellschaft leisten zu können, war zeitlebens ein wichtiger Baustein in der Identität meiner Mutter. Ihre berufliche Eigenständigkeit lebte sie so selbstverständlich wie viele andere Frauen ihrer Generation, wobei diese Form der gesellschaftlichen Modernisierung bei den Frauen mit Vertreibungsgeschichte wesentliche verbreiteter war als bei den »einheimischen« Frauen (vgl. Kap. 5 und Handl 1998: 198). Nicht nur damit wurden die Vertriebenen zu einem wichtigen Motor der gesellschaftlichen Modernisierung in Deutschland (vgl. z.B. Jähner 2019: 103, Handl 1998: 194).

11.1.2 »Die Generation ist halt schon anders«

Was die Biographien von Elisar, die mit 13 Jahren aus Syrien nach Deutschland flüchtete, und die Lebenslinie meiner Mutter, die im Alter von neun Jahren aus Südmähren vertrieben wurde und nach Oberfranken kam, bei aller Unterschiedlichkeit hinsichtlich Herkunft, Fluchtursachen und Aufnahmestrukturen eint, das ist die gemeinsame Haltung, sich auf die Zukunft zu konzentrieren. Beide haben Lebensziele entwickelt und konsequent verfolgt, und sich dabei von den verschiedenen Widrigkeiten auf den Etappen des Ankommens nicht aufhalten lassen. Diese Zukunftsorientierung fällt im jüngeren Lebensalter leichter als in einer Lebensphase, wo bereits viel aufgebaut wurde, das bei der Flucht zurückgelassen werden muss.

Auch Elisars Mutter richtet sich an den Gegebenheiten des Aufnahmelandes aus. Sie ist mit drei Kindern alleinerziehend und an die Aufnahmesituation der niedersächsischen Kleinstadt Rathow* gebunden. Nach dem Integrationskurs absolviert sie eine Ausbildung zur Altenpflegerin, erwirbt den Führerschein, den sie für ihre Berufstätigkeit benötigt, und nimmt eine Stelle als Altenpflegerin im Schichtdienst an. Später kommt auch Elisars Großmutter nach. Für beide, Mutter wie Großmutter, ist es schwierig, in der neuen Heimat Fuß zu fassen. Die Großmutter kämpft mit gesundheitlichen Problemen. Sie hat Schwierigkeiten, die deutsche Sprache zu erlernen. Zudem fällt ihre Ankunft mit der Corona-Pandemie zusammen, was die Kontaktmöglichkeiten weiter einschränkt. Aber auch für ihre Mutter sieht Elisar Schwierigkeiten, sich ein neues soziales Umfeld aufzubauen, das ihre Bedürfnisse nach kultureller Rückbindung befriedigen könnte:

> Und wie gesagt, ja, dass die Generation ist halt schon anders so. Also natürlich hat sie auch deutsche Freunde oder hat Freunde, die auch aus anderen Ländern kommen, aber

> wie gesagt so, es ist halt anders, so jemanden zu haben, der aus der eigenen Kultur kommt. Und ich glaube das fehlt ihr.[4]

Auch in der Forschungsliteratur zur Generation der Weltkriegsvertriebenen finden sich viele Referenzen, die die Bedeutung der biographischen Phase belegen, in der Flucht und Vertreibung erlebt werden. Nicht nur waren die unmittelbar von Flucht und Vertreibung betroffenen Erwachsenen oft stark traumatisiert, sie mussten zusätzlich mit ihrer neuen Rolle als ›ungebetene Gäste‹ und mit dem Verlust des einst aufgebauten ökonomischen und sozialen Status zurechtkommen.

Die Bewältigung von Flucht und Neuanfang ist facettenreich und umfasst psychische, soziokulturelle und lebenspraktische Komponenten. Dabei sind drei Faktoren entscheidend, wie der Historiker Michael von Engelhardt auf Basis lebensgeschichtlicher Interviews mit Heimatvertriebenen unterschiedlicher Alterskohorten herausfand: das vor und während der Vertreibung Erlebte, die vorangegangene Lebensgeschichte und die Aufnahmebedingungen, die durch die Aufnahmegesellschaft geprägt wurden (von Engelhardt 1998: 218). Die Fluchterlebnisse am Ende des Zweiten Weltkriegs waren je nach Region unterschiedlich und stark nach Geschlecht differenziert. Während die Männer häufig erst später aus Krieg und Kriegsgefangenschaft heimkehrten und im Grunde froh waren, das nackte Leben gerettet zu haben, hatten die Frauen stärker die Zeit unmittelbar vor der Vertreibung erlebt und litten schwerer unter den materiellen Verlusten (ebd.: 222). Zudem wurden viele von ihnen vor oder während der Vertreibung Opfer sexualisierter Gewalt, über die unter den Rahmenbedingungen der damaligen Zeit ein Sprechen und damit eine emotionale Entlastung nicht möglich war (vgl. Lehmann 1993: 151ff.). Diese Erlebnisse hinterließen nachhaltige Spuren: in einer vergleichenden Studie der Universität Leipzig aus dem Jahr 2022 zur Selbstwahrnehmung der körperlichen und psychischen Gesundheit wurde bei Personen mit Vertreibungsgeschichte im Vergleich zu Personen ohne Vertreibungsgeschichte eine verminderte körperliche Lebensqualität sowie ein schlechteres psychisches Befinden mit einer Neigung zu Ängstlichkeit und Panikattacken festgestellt. Der Anteil von Befragten, die unter Angstattacken litten, war unter den Vertriebenen doppelt so hoch wie bei den übrigen Befragten, und sie waren insgesamt in ihrer Gesundheit und Alltagsbewältigung im Vergleich zu Nichtvertriebenen stärker eingeschränkt (Beutel/Decker/Brähler 2007).

Einflussfaktoren der vergangenen Lebensgeschichte als zweites Kriterium für Bewältigungsprozesse waren beispielsweise der einst ausgeübte Beruf sowie der Besitz, der zurückgelassen werden musste. Ältere Vertriebene trauerten der alten Heimat stärker hinterher als jüngere, die eher den Blick nach vorne richteten und nach neuen Entwicklungs- und Entfaltungsmöglichkeiten suchten. Viele Heimatvertriebene erlebten berufliche Dequalifizierung. Besonders schwer waren Selbständige betroffen, vor allem Landwirte, denen es nach der Flucht an Kapital, Grundbesitz und Beziehungen mangelte, um an ihre bisherige Tätigkeit anknüpfen zu können.[5] All das wirkte sich auch auf den späteren Lebensverlauf aus, wie Michael von Engelhardt herausarbeitete.

---

4 Interview mit Elisar aus Syrien, Mai 2022.

5 Eine Studie zur Integration der Heimatvertriebenen in Niedersachsen beziffert, dass von 190.000 Landwirten unter den Heimatvertriebenen in Niedersachsen bis Mitte der 1950er Jahre lediglich

Das dritte Kriterium, die Aufnahmebedingungen, zeigte seine Wirkung vor allem durch die Unterschiedlichkeit in der Rezeptivität der Aufnahmegesellschaft, die sich zwischen Offenheit und empathischer Zuwendung über eine passive Duldung bis zu starker Ablehnung aufspannte. Die unterschiedlichen Haltungen wurden nicht nur durch strukturelle Faktoren wie die Verfügbarkeit von Wohnraum sowie Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten beeinflusst, sondern auch die unterschiedlich starke Wahrnehmung des ›Anders-Seins‹ der Vertriebenen (von Engelhardt 1998: 221). Gerade in ländlichen Gemeinden, so berichten historische Studien übereinstimmend, war die Ablehnung der Heimatvertriebenen oft sehr ausgeprägt. Teils führte die Wahrnehmung ihrer ›Andersartigkeit‹, beispielsweise in Form von abweichenden religiösen Bräuchen und Bekenntnissen, dazu, dass sich die ländliche Mehrheitsgesellschaft wieder selbst stärker auf die eigenen Traditionen besann. Und während Zeitzeug:innen betonen, Integration auf dem Dorf wäre vor allem über die Vereine gegangen, allen voran Sport- und Musikvereine, gibt es ebenso viele Erzählungen, die die exkludierenden Strukturen der Vereinslandschaft beschreiben. Als Reaktion gründeten Vertriebene teils eigene Vereine, in denen sie ihre Herkunftskultur pflegten und soziale Zeit miteinander verbrachten – *social bonding* betrieben, um es in der Terminologie der Sozialforschung zu benennen. Über die Zeit ebneten sich die Unterschiede ein, und in manchem Orten fanden die neuen Kulturelemente, etwa im Bereich der Kulinarik, auch Anklang in der Mehrheitsgesellschaft, insofern es Anlässe gab, diese zu präsentieren.

Im Ergebnis der typologischen Auswertung von 220 Vertriebenenbiographien kommt Michael von Engelhardt zu dem Resultat, dass »Personen mit einem eher modernen, ortsungebundenen und mobilen Biographiemuster, das auf Qualifikation und Leistung aufbaut und zu dem Flexibilität sowie regionale und soziale Mobilität gehört«, die Bewältigung des Erlebten leichter fiel als »Personen mit einem eher traditionellen besitz- und ortsgebundenen Biographiemuster« (ebd.: 223). In den Jahren nach der ersten Ansiedlung, die überproportional im ländlichen Raum stattfand, gab es erhebliche Weiterwanderungsbewegungen in die wirtschaftlichen Zentren, teils gesteuert durch Wirtschaftsakteure, die auf diese Weise ihren Arbeitskräftebedarf sichern konnten. Insbesondere in der Bergbauindustrie des Ruhrgebiets gab es zahlreiche Anwerbungen, wobei den neuen Arbeitskräften Werkswohnungen oder Baugrundstücke versprochen wurden, um sie zur Aufnahme einer Tätigkeit als Bergmann zu überreden. Oft waren zwar auch diese Wohn- und Arbeitsorte nur eine Zwischenstation, aber darin zeigt sich der oben postulierte positive Effekt von Beweglichkeit in der Gestaltung der eigenen Biographie, die den Anpassungsprozess nach der Vertreibung erleichtert (vgl. Kift 2008).

Weiterwanderungen gibt es auch in unseren Forschungsdaten, den politisch durchgesetzten mobilitätsbeschränkenden Wohnsitzauflagen zum Trotz. Auch hier sind es eher die jungen und ungebundenen sowie die sehr gut gebildeten Geflüchteten, die von den ländlichen Aufnahmeregionen in Großstädte umziehen, weil sie sich dort bessere Arbeits- und Lebensmöglichkeiten erhoffen. Familien hingegen, die eine komplexe Bedürfnisanordnung managen müssen, schätzen oft die ländliche Wohnlage und scheuen die Mühen, die ein Umzug und Neuanfang in einer anderen Region mit sich bringen

18.000 wieder als selbständige Landwirte tätig waren, die meisten allerdings im Nebenerwerb (Parisius 2008: 101; vgl. auch Kossert 2008: 90.)

würde. Dafür verzichten sie teils auf bessere Erwerbs- und Bildungsmöglichkeiten und konzentrieren sich stattdessen auf das Wohlergehen der nachwachsenden Generation.

11.1.3 Flucht, Migration und Resilienz

Am Beispiel der ukrainischen Geflüchteten habe ich in Kapitel 10 bereits den Begriff der Resilienz ins Spiel gebracht, verstanden als die psychische Widerstandskraft, die es ermöglicht, schwierige Lebenssituationen ohne anhaltende Beeinträchtigung zu überstehen. In meinen eigenen Daten sind verschiedenste Formen der Resilienz zu finden, die wiederum stark verschränkt sind mit persönlichen Charakteristika wie Alter, Geschlecht, Bildung oder Familienstand. Interessant ist dabei insbesondere die Rolle mancher Mütter, die sich trotz prekärer Lebenssituationen wie Duldung und Arbeitsverbot als besonders resilient erweisen, während ihre Ehemänner an der Lage verzweifeln und keine Energien freisetzen, um sich an den familiären Aufgaben zu beteiligen oder selbst Schritte zum Aufbau einer Zukunft zu unternehmen. Ein Beispiel ist Fatameh Ebrahimi*, die ich bereits kurz in Kapitel 2 vorgestellt habe. Sie kam 2015 zusammen mit ihrem Mann, der als Christ im Iran verfolgt wird, und zwei kleinen Kindern nach Deutschland und lebt heute in Steinbergen* in Nordrhein-Westfalen. Textbox 11.2 gibt Einblicke in die Haltung, mit der sie sich Widrigkeiten entgegenstemmt.

Textbox 11.2: »Ich habe viele Ideen in meinem Kopf«

Fatameh Ebrahimi* bringt uns Blumen und Schokolade zum Interview mit, ganz so, als müsste sie uns eine Aufmerksamkeit erweisen, und nicht wir, die wir ihre Zeit für unser Forschungsprojekt in Anspruch nehmen. Im Interview erzählt sie von der Flucht mit den zwei kleinen Kindern, von der Ankunft und den vielen Hürden, die sie seither genommen hat. Ihre Asylanträge wurden abgelehnt, die Familie lebt mit einer Duldung in Deutschland, die alle drei Monate verlängert werden muss. Während Fatameh* eine Arbeitserlaubnis hat und über verschiedene Qualifizierungsmaßnahmen inzwischen in einem Restaurant als Küchenhilfe arbeitet, wurde ihrem Mann die Arbeitserlaubnis versagt, weil er nach Auffassung der Behörden nicht ausreichend an seiner Identitätsfeststellung mitwirkt, konkret: keinen Reisepass vorlegen kann und sich (aus Angst vor Konsequenzen für sich und seine im Iran verbliebenen Familienangehörigen) scheut, die iranische Botschaft aufzusuchen. Häufig sitzt er deprimiert zuhause und verzweifelt an der Gesamtsituation. Er hält viel Kontakt in den Iran und zu Iranern in Deutschland, aber in Steinbergen* ist er kaum vernetzt, während Fatameh* viele Kontakte hat und ständig unterwegs ist. Neben ihrer Arbeit in der Restaurantküche hilft sie regelmäßig ehrenamtlich in einer Kleiderkammer. Sie unternimmt viele Freizeitaktivitäten mit ihren Kindern und anderen persischen Frauen, mit denen sie in einer Chatgruppe vernetzt ist. Darin informieren sich die Frauen gegenseitig über Sonderangebote im Supermarkt, interessante Aktivitäten für die Kinder, oder sie verabreden sich zum Picknick und den Spielplatzbesuch. Auf unsere Nachfrage, ob Männer eine ähnliche Vernetzung hätten, winkt sie ab: »Ich glaube Männer kennen nicht alles zusammen. Ich denke nicht so viel Kontakt haben. Nur zum Beispiel Hallo und Tschüss. Aber wir Frauen doch! Viel treffen

zusammen.« Fatameh* ist eigentlich gelernte Friseurin, aber da ihre Deutschkenntnisse noch nicht gut sind, haben Praktika beim Friseur und in einem Kindergarten nicht in die ersehnte Beschäftigung geführt. Schließlich wird ihr eine Tätigkeit als Putzkraft in einem Restaurant angeboten; inzwischen arbeitet sie dort als Küchenhilfe. Mit ihren Kolleg:innen versteht sie sich gut und sie genießt sie Wertschätzung ihrer Chefin, die, wie sie hervorhebt, auch mit ihrem prekären Aufenthaltsstatus einen Umgang gefunden hat. »Meine Chefin auch ist sehr nett, sehr gut. Weil warte zum Beispiel manchmal mein Arbeitserlaubnis kommt ein bisschen später, sie hat zum Beispiel kein Problem. Wartet sie auf mich. Ist okay.« Fatameh* leidet unter der Trennung von ihren Eltern im Iran und würde sie so gern wiedersehen. Wenn sie telefonieren, erzählt sich nichts von ihrem prekären Aufenthaltsstatus, sondern betont, dass es ihnen sehr gut gehen würde. Fatameh* rechnet sich Chancen auf eine Aufenthaltserlaubnis aus. Sobald sie diese hat, möchte sie sich mit einem iranischen Restaurant oder einem Ladengeschäft für orientalische Lebensmittel selbständig machen. Sie wirkt zuversichtlich und optimistisch, dass die Zukunft sich für sie positiv gestalten wird. »Ich habe viele Ideen so in meinem Kopf. Viele Ideen. Weil ich sehe viele Leute hier haben Aufenthalt [*eine Aufenthaltserlaubnis, B.G.*], aber machen nichts. Aber ich will, und dann traue ich mich auch.«[6]

Ähnlich wie Fatameh* erleben wir viele junge Mütter unter unseren Interviewpartnerinnen als aktiv, angetrieben durch die Fürsorge für ihre Kinder, während viele der geflüchteten Männer stärker mit der Gesamtsituation hadern. Manche können sich mit dem Verlust der Ernährerposition nicht abfinden und sehen gleichzeitig keinen Weg, wieder in diese Position zu gelangen. Doch auch die Fürsorgearbeit für die Kinder bietet den Männern weniger soziale Anknüpfungspunkte als den Frauen, da auch in Deutschland die Mehrheit der Fürsorgeaktivitäten in weiblicher Hand liegt. Begegnungen bei der Begleitung von Freizeitaktivitäten, beim Adventsbasteln im Kindergarten oder als Hilfskraft beim Kuchenbasar während des schulischen Sommerfestes, all das sind eher weibliche Domänen. Mutterschaft kann daher eine wertvolle Ressource sein, um Zugang zur sozialen Welt der Aufnahmegesellschaft zu finden und sich entsprechend zu vernetzen (vgl. Enßle-Reinhardt 2022).

An Fatameh*s Geschichte wird deutlich, dass Resilienz sich aus verschiedenen Faktoren zusammensetzt, sowohl solchen, die im Inneren einer Person angelegt sind, wie etwa Optimismus, Selbstvertrauen und soziale Intelligenz, als auch Faktoren, die im sozialen Umfeld verankert sind, durch das sich Bindungen, Unterstützungsoptionen und Teilhabemöglichkeiten ergeben. In ihrer Studie zur Resilienz von Einwanderinnen nach Kanada beschreiben Ruksana Rashid und David Gregory Resilienz sehr treffend mit der Gabe, trotz widriger Rahmenbedingungen »das Leben nicht aufzugeben«: »We fashioned resilience as ›not giving up on life‹ while encountering adversity and moving forward with hope and optimism. We considered resilience as not only about success, but happiness in life. Being resilient is about leading a life which has meaning and purpose« (Rashid/Gregory 2014: 200). Sie untersuchen Frauen, die als Familienangehörige von männlichen Einwanderern nach Kanada kamen und damit keine unmittelbare

6 Interview mit Fatameh Ebrahimi* (Pseudonym) aus dem Iran, April 2022.

Zweitsozialisation durch die Integration in den Arbeitsmarkt erfuhren. Während die als Arbeitsmigranten angeworbenen Partner den ganzen Tag außer Haus verbrachten, fanden sich die Frauen zunächst in relativer Isolation wieder. Die meisten hatten in ihrem Herkunftsland gute Lebensbedingungen zurückgelassen und verfügten über hohe Bildungsabschlüsse, an die sie jedoch in Kanada nicht anknüpfen konnten. Bei allen überwog zunächst die Enttäuschung über die relative Verschlechterung der Lebensverhältnisse und sie litten unter der Isolation, dem kalten Wetter Kanadas und den Mobilitätseinschränkungen, die sich in einer aufs Auto fixierten Gesellschaft für Personen ohne Fahrerlaubnis und Auto ergaben. Caroline aus Tansania, die mit ihrem Mann und vier Kindern nach Kanada kam, fasst stellvertretend für viele Frauen ihr Lebensgefühl als Einwanderin zusammen:

> When you come you won't get a job that matches your qualifications; you have to drop your profession, you have to start again. You can't fit where you want to fit in, you shouldn't eat what you want to eat, and you can't have a car the one you want to ride. So where you are coming from you have frustrations. (Ebd.: 205)

Mit der Zeit jedoch arbeiteten sich die Frauen aus dem Stimmungstief heraus und entwickelten eigene Lebensoptionen in Kanada. Sie fingen an, sich fortzubilden, lernten Englisch, erwarben die Fahrerlaubnis und starteten in eine Erwerbstätigkeit, meist unterhalb ihrer eigentlichen Qualifikation. Resilienz von Migrant:innen, betonen die Autor:innen der Studie, werde häufig entkoppelt von der Migrationsgeschichte betrachtet. Es sei so, als würde ein Mensch ohne Vergangenheit im Gastland eintreffen, und als ob sich Resilienz erst in der Migrations- und Nachmigrationsphase einstellen würde (ebd.: 199). Um Resilienz von Migrant:innen zu verstehen, müsse jedoch auch das Leben vor der Migration herangezogen werden sowie der soziale Kontext, in dem sich Migrant:innen nach der Ankunft befinden. Tatsächlich entwickelten die befragten Frauen sehr unterschiedliche Mechanismen, die zu ihrer Resilienz beitrugen. Neben Aktivitäten zum Erlangen von Selbständigkeit und intensiven sozialen Verbindungen in Kanada und in das Herkunftsland war es auch die Gewissheit, durch Geldrücküberweisungen die Familie unterstützen zu können, sowie der Gedanke an den zukünftigen Mehrwert der eigenen Migration in Hinblick auf ihre Kinder. Denn diesen, so waren alle überzeugt, würden nach ihrem Aufwachsen in Kanada alle Türen offenstehen.

Auch meine Daten zeigen diese Zusammenhänge von Resilienz nach der Flucht. Während im Beispiel von Fatameh Ebrahimi* Optimismus und Lebensmut eine große Rolle spielen, ist es bei anderen die Übertragung der eigenen Lebensziele auf die Kindergeneration, die ihnen zu einer versöhnlichen Bilanz verhilft und sie Widrigkeiten besser ertragen lässt. Ein Beispiel sind Adila und Mohammed Aboud*, die ich in Kapitel 4 vorgestellt habe. Beide hatten in Syrien auf Grundlage akademischer Ausbildungen Berufskarrieren erlebt, an die sie nach der Flucht nicht mehr anknüpfen können. Doch sie haben nicht aufgegeben und die Chancen ergriffen, die sich ihnen im Aufnahmekontext in Deutschland boten. Sie lernten Deutsch, machten Umschulungen und arbeiten heute beide in einem sozialen Assistenzberuf. Wichtiger Bestandteil ihrer positiven Bilanz ist die Entwicklung ihrer vier Kinder, die alle nach dem Abitur ein Studium im medizinischen oder pharmazeutischen Bereich absolvieren. Durch die Projektion von

Zukunftserwartungen auf die eigenen Kinder ziehen sie ihre Lebenszufriedenheit. Adila findet kraftvolle Worte, um ihre Haltung zu begründen:

> Das Leben ist nicht zu stoppen. Es soll einen neuen Anfang bekommen. Wir dürfen es nicht von der Vergangenheit denken. Wenn wir dauernd über die Heimat nachdenken, werden wir krank. Deshalb müssen wir die Vergangenheit tilgen und an die Zukunft denken. Das Wichtigste ist erst einmal, die Sprache zu lernen. Danach eine Arbeit finden. Und eine neue Gesellschaft bauen. Keine syrische Gesellschaft neben einer deutschen Gesellschaft, sondern zusammen. Wir müssen eine gute Gesellschaft für unsere Enkelkinder bauen. Das ist meine Hoffnung für die Zukunft.[7]

11.2 Flucht, Ankommen und Sozialer Wandel

Flucht und Neuanfang prägen vorrangig individuelle Lebensläufe von flüchtenden Menschen, vor allem jene der Betroffenen, aber auch die Biographien von Menschen, die im Aufnahmeland mit Geflüchteten konfrontiert werden. In vielen Interviews mit Akteur:innen der Zivilgesellschaft sind derartige Prägungen zu spüren. Viele Gesprächspartner:innen zeigen sich stolz auf das Erreichte in ihrem sozialen Umfeld, aber auch in Bezug auf den Lebensweg einzelner Geflüchteter, den sie begleiteten. Eine Jobcenter-Mitarbeiterin musste Tränen der Rührung zurückdrängen, als sie von der Schulabschlussfeier »ihrer« syrischen Mädchen berichtete, die nur drei Jahre nach der Ankunft in Deutschland ein sehr gutes Abitur abgelegt hatten. Etliche individuelle Mentoren-Beziehungen haben sich zu familiären Freundschaftsbeziehungen entwickelt und es ist eine Reziprozität der gegenseitigen Unterstützung eingetreten, etwa wenn der junge Mann, der als Geflüchteter kam, dem alternden Mentor bei der Gartenarbeit zur Hand geht. Mehrere unserer Gesprächspartner:innen reflektieren im Gespräch die kulturelle Bereicherung, die sie durch die Einblicke in die Lebenswelt der Geflüchteten erfahren haben. Durch die Erzählungen aus den jeweiligen Heimaten der Geflüchteten sind sie angeregt, sich mit unterschiedlichen Weltregionen zu beschäftigen, und sie sehen die dort stattfindenden Konflikte mit anderen Augen. Für den evangelischen Pastor Michael Hausmann*, der sich in Trabsen* für Geflüchtete engagiert (vgl. Kap. 9), war die Begegnung mit den Geflüchteten ein »Horizonterweiterung«. Er kaufte sich einen Weltalmanach, um gezielt Daten zu den Herkunftsländern der Geflüchteten nachschlagen zu können, weil

> ich jetzt über alle möglichen Länder viel mehr wissen wollte, viel mehr kennenlernen wollte. Ich wäre nie auf die Idee gekommen, wenn Menschen aus solchen Ländern nicht hierhergekommen wären. […] Deshalb sage ich ganz klar, Flüchtlinge, zu denen man Kontakt kriegt, denen bieten WIR Horizonterweiterung, weil sie hier Neues kennenlernen, und wenn man richtig hinguckt und richtig zuhört und sie richtig erlebt, dann bieten sie uns in GLEICHER Weise Horizonterweiterung.[8]

---

7 Interview mit Adila und Mohammed Aboud* (Pseudonyme) aus Syrien, Mai 2022.

8 Interview mit Michael Hausmann* (Pseudonym), Pfarrer und ehrenamtlich Engagierter in Trabsen* (Pseudonym), November 2019.

Neben den individuellen Transformationen kommt es an den Aufnahmeorten der Geflüchteten auch zu sozialräumlichen Veränderungen. Denn häufig passen die vorhandenen Strukturen der sozialen Integration nicht auf die Gruppe der Geflüchteten. Manchmal ist es aber auch so, dass sozialer oder institutioneller Wandel schon lange angezeigt gewesen wären und dass die Aufnahme der Geflüchteten nur der letzte Auslöser ist, um aktiv neue Wege zu beschreiten. Überträgt man die oben dargelegten individuellen Anpassungsprozesse auf den Sozialraum einer Aufnahmekommune und auf die dort verankerte Aufnahmegesellschaft, ergibt sich eine Spannweite von Reaktionen zwischen den Extrempunkten des unbedingten Festhaltens an Althergebrachtem und der konstruktiven Einlassung auf die Veränderung, verbunden mit der Offenheit, neue Wege zu beschreiten. Was in der Betrachtung individueller Transformationen individuelle Ressourcen sind, die die Bewegung in die eine oder in die andere Richtung sowie die persönliche Verarbeitung der erlebten Veränderung determinieren, so sind es in der Betrachtung von lokaler Rezeptivität verschiedene kollektive Haltungen zu Veränderung, die sich nicht nur aus dem lokal verankerten Sozialkapital und lokalen Akteurskonstellationen ergeben, sondern die auch eingebettet sind in die längerfristigen Entwicklungspfade einer Kommune oder Region.

11.2.1 Soziale Innovationen vor Ort und Solidarität Weltweit

Transformative Situationen können verschiedene Innovationen hervorbringen, die in einem statischen System wenig Aussicht auf Durchsetzung haben. Unter Innovationen sind nicht nur technische Neuerungen zu verstehen, sondern vor allem auch soziale. Soziale Innovationen sind häufig an Bevölkerungsveränderungen gebunden, da sich mit einer neuen gesellschaftlichen Anordnung auch neue Praktiken und Ideen nach vorne spielen können. Das ›International Handbook of Social Innovation‹ definiert soziale Innovation als

> Neuerungen, die die sozialen Bedürfnisse einer Gemeinschaft befriedigen oder einen sozialen Mehrwert schaffen können, etwa indem sie neue Produkte, Dienstleistungen, Organisationsstrukturen oder Aktivitäten einführen, die sich als besser oder effektiver erweisen als die traditionellen Praktiken des öffentlichen Sektors, philanthropischer oder marktgestützter Ansätze (Moulaert et al. 2013: 1, aus dem Englischen übersetzt durch die Autorin).

Dabei liegt der Fokus des innovativen Tuns auf dem sozialen Aspekt; Zielsetzungen sozialer Innovationen können die Überwindung sozialer Ausgrenzung oder die Verbesserung individueller oder gesellschaftlicher Lebensbedingungen sein. Die Entwicklung sozialer Innovationen wird als kreativer *bottom-up* Prozess beschrieben, der partizipative Elemente enthält und möglichst breite Teile der lokalen Bevölkerung einbezieht ((Moulaert/MacCallum/Hillier 2013: 15ff.). Welche Bedeutung entfaltet soziale Innovation in dem hier betrachteten Kontext der lokalen Aufnahme von Geflüchteten?

Ich widme mich nochmals dem Klassenfoto, das meine Mutter im Jahr 1949 in einer ländlichen Volksschulklasse zeigt. Wir erinnern uns: Drei Viertel dieser Klasse bestand aus geflüchteten Kindern, und ebenso wie meine Mutter hatten viele von ihnen unter-

brochene Bildungsbiographien und mussten wieder Anschluss an ihre Alterskohorte finden. Zugleich gab es akuten Lehrermangel, da viele Lehrkräfte erst durch den Prozess der Entnazifizierung gehen mussten. Vielerorts wurden daher Neulehrer:innen beschäftigt, und auch viele Vertriebene fanden im Lehrberuf ihr Auskommen. Sicherlich mussten auch die Lehrpläne und Schulbücher »entnazifiziert« werden (vgl. Benz 2005, Kleinau 2015). Eine grundlegende Transformation des Bildungssystems war angebracht. Die vielen geflüchteten Kinder mit ihren teils anderen Lernerfahrungen und unterbrochenen Bildungsbiographien waren eine große, aber bei weitem nicht die einzige Herausforderung in diesem Bereich. Ich habe meiner Mutter einige Geschichten aus ihrer Schulzeit entlockt. Besonders entzückt hat mich (als Geographin) eine Geschichte aus dem Geographieunterricht, in dem länderkundliches Wissen über andere Kontinente vermittelt wurde. Das wurde nicht etwa als Frontalunterricht dargeboten, sondern die Kinder bekamen Arbeitsaufträge zu einzelnen Weltregionen, die sie relativ frei bearbeiten konnten und dann vor der Klasse präsentieren sollten. Meine Mutter hielt eine Präsentation über die Vereinigten Staaten von Amerika. Ein anderes Kind hatte die Gebirgsregion des Himalayas zu bearbeiten. Es sammelte Informationen zu Vegetation, Kulturen und Wirtschaftsweisen in der Himalaya-Region. Da der geologische Aufbau des Himalayas zentral zum Verständnis der Region ist, bastelte der kleine Junge mit Hilfe seines Vaters, eines Kriegsversehrten, der schwer behindert und nicht arbeitsfähig war, ein Profilmodell des Himalayas, in dem man alle geologischen Schichten und ihre Faltung deutlich erkennen konnte. Die Präsentation war ein voller Erfolg und das Kind hatte Anlass, stolz auf den Vater zu sein, für den es sonst häufig gehänselt wurde. Aus der heutigen Perspektive stellt diese Form des Unterrichts eine absolut zeitgemäße Form von Geographie-Didaktik dar. Aus der Not heraus geboren, hatten die Protagonist:innen ausreichend Freiräume, um mit den geringen vorhandenen Mitteln Schule neu zu denken. Der projektgebundene Unterricht verlagerte Handlungsmacht auf die Schüler:innen, die selbst Dinge ausprobieren konnten. Das Beispiel des kleinen Jungen, der in dem kriegsversehrten Vater, auf den sonst eher herablassend reagiert wurde, einen Wissensträger erkennt, der ihm zu einem schulischen Erfolg verhilft, kann als eine Form von Empowerment interpretiert werden. Die damit erlebte Selbstwirksamkeit kann sich über das schulische Ereignis hinaus als Lebensprinzip in den kleinen Jungen einprägen.

Wenn ich durch mein empirisches Material zur Aufnahme von Geflüchteten in den Jahren nach 2015 gehe, finde ich ebenfalls viele Beispiele von individuellem und kollektivem Empowerment und der Entwicklung sozialer Innovation. Dabei sticht vor allem die engagierte Zivilgesellschaft heraus, die in der Situation der Massenankunft mit ihrer Schwarmintelligenz nachhaltige Aufnahmestrukturen aus dem Boden stampft und damit alle unmittelbaren Bedürfnisse der Geflüchteten abdeckt, während staatliche Akteure sich selbst in bürokratischen Prozessen verstricken und der politische Diskurs bereits 2015 genau die Beharrungstendenz zeigt, die zehn Jahre später das ›Bett, Brot und Seife‹-Paradigma zur offiziellen Doktrin im Umgang mit abgelehnten Asylsuchenden ausruft (vgl. Glorius/Vey 2025, Tagesschau 08.09.2024, TAZ 07.10.2024). In meinen lokalen Fallbeispielen treten neben der kollektiven Kraft der zivilgesellschaftlich Engagierten immer wieder besondere Begabungen und Potenziale zutage. In einem ostdeutschen Fallbeispiel meldet sich 2015 ein Rentner bei der lokalen Integrationsbeauftragten, um seine Übersetzungsleistungen anzubieten. Der pensionierte Ingenieur hatte zu DDR-Zeiten

Bauvorhaben in Syrien betreut und dabei Arabisch gelernt. Das bringt er nun zum Einsatz – und die lokale Integrationsbeauftragte zum Staunen! In einem anderen lokalen Fallbeispiel taucht plötzlich ein syrischer Jugendlicher auf, der bei der Aufnahme ukrainischer Geflüchteter als Sprachmittler tätig werden möchte. Er ist in der Ukraine aufgewachsen und später mit der Familie nach Deutschland ausgewandert. Auch in diesem Fallbeispiel reiben sich die offiziellen Integrationsaktiven die Augen angesichts der ungeahnten Potenziale der Zivilgesellschaft, die auch etwas über die seit langem bestehenden transnationalen Verbindungen ihrer lokalen Gemeinschaft erzählen.

Gerade die migrantischen Communities vor Ort, mit und ohne Fluchtbiographie, bringen sich mit ihrem Wissen ein. Viele Syrer:innen und Afghan:innen schließen sich 2022 den Helferkreisen an, die die Aufnahme ukrainischer Geflüchteter organisieren, in dem Wissen, das sich durch eigenes Erleben am besten nachempfinden können, wie sich die neu Ankommenden fühlen und wie man am besten auf ihre Bedürfnisse eingehen kann. Auch migrantische Selbstorganisationen erfahren einen Entwicklungsschub. Während in Deutschland bereits in den 1980er und 1990er Jahren erste afghanische und syrische Diaspora-Organisationen aktiv wurden, die vor allem Entwicklungen in ihrem Herkunftsland aus der Ferne unterstützten, gab die Ankunft von Geflüchteten aus diesen Ländern einen erneuten Anstoß zum organisierten Engagement. Eine Studie des Sachverständigenrats für Integration und Migration zeigt das vielfältige Wirken syrischer und afghanischer Migrant:innen-Organisationen, das vom humanitären und politischen Engagement für das Herkunftsland über die Vernetzung der eigenen Community im Herkunftsland bis hin zu praktischer Hilfeleistung für die neu ankommenden Geflüchteten reicht. Es wird deutlich, dass Migrant:innen-Organisationen ein bedeutender Teil der Zivilgesellschaft sind und überdies eine wichtige Rolle »als Netzwerk- und Brückenbauerinnen zwischen Zielland, Herkunftsland und Herkunftscommunity« spielen (Popp/Friedrichs 2025: 6). Die in Textbox 11.3 porträtierte Organisation »Jugend spricht« ist eine dieser jungen Migrant:innen-Organisationen, die sich aus den Reihen der in den Jahren 2015/16 angekommenen Geflüchteten gründete. Deutlich wird der Wert von Selbsthilfe, die sich aus dem selbst Erlebten ableitet. Durch die Anleitung anderer Geflüchteter, Selbsthilfe zu leisten, bieten Organisationen wie »Jugend spricht« eine wichtige Form des gesellschaftlichen Empowerments. Dieses ist auch unabhängig von der Fluchtthematik für lokale Gemeinschaften wichtig, um gesellschaftliche Teilhabe und sozialen Zusammenhalt gerade in Umbruchsituationen zu gewährleisten. Die konstruktive Wirkung »eingewanderten« kollektiven Sozialkapitals haben wir im Rahmen unserer Forschung im niedersächsischen Wendland gesehen, wo ein maßgeblicher Teil der zivilgesellschaftlich Aktiven, die sich für Geflüchtete engagieren, aus dem Kreis jener entspringt, die in den 1980er und 1990er Jahren gegen die Einrichtung eines Atommüll-Endlagers in Gorleben demonstrierten. Der grundsätzliche Wille, etwas für die gesamtgesellschaftliche Entwicklung zu leisten, aktivierte sie zum Wechsel des Engagementfeldes, wobei die bereits etablierten Netzwerke und eingeübten kollektiven Praktiken genauso effektiv für den Integrationsprozess der Geflüchteten in Stellung gebracht wurden, wie Jahrzehnte zuvor gegen die Atomkraft.

Textbox 11.3: Jugend spricht

›Jugend spricht‹ ist eine Initiative »von Geflüchteten für Geflüchtete«, wie einer der Gründer, Omar Rahimi*, im Interview erläutert. Gegründet wurde sie im Jahr 2019, aus dem Wunsch nach mehr Selbstwirksamkeit in der Steuerung des Integrationsprozesses, der für viele afghanische Jugendliche zu dieser Zeit vor allem aus Warten bestand. »Wir müssen immer warten. Auf ein Sprachkursangebote, für Integrationsthemen, für, keine Ahnung, lokale Angebote und so weiter. Immer hieß es, ich muss zu irgendeinem sozialen Helfer, und ich brauche für viele Themen Hilfe. Zum Beispiel habe ich einen Brief, den ich nicht verstehe. Ich weiß nicht, wie meine Abschlussanerkennung hier in Deutschland funktioniert, ich weiß nicht, wie ich einen Sprachkurs finde. Ich weiß nicht, wie amtliche Sachen hier funktionieren, Termine machen und so weiter. Dieses Alltagsleben, das waren große Herausforderungen.«

Zusammen mit zwei Freunden aus Afghanistan, die ebenso wie er gut gebildet sind und sich durch ihre Englischkenntnisse besser im deutschen Alltag behelfen können als der Durchschnitt der afghanischen Geflüchteten, überlegt Omar*, wie Informations- und Beratungsprozesse besser organisiert werden könnten. Die drei setzen bei ihren eigenen Erfahrungen an. Als Afghanen mit geringen Chancen auf einen Schutzstatus bekommen sie während des Asylverfahrens keinen Sprachkurs finanziert. Statt passiv zu warten, bis möglicherweise doch noch eine Genehmigung erteilt wird, suchen sie selbst nach Alternativen und werden schließlich in die studienvorbereitenden Deutschkurse der örtlichen Universität aufgenommen. Dort können sie unkompliziert und kostenlos Deutsch lernen. Omar* erinnert sich an seine anfängliche Isolation, als er in einem mecklenburgischen Dorf untergebracht war und keinerlei Kontakte mit der deutschsprachigen Bevölkerung hatte. Das Zurückgeworfen Sein auf die eigene prekäre Lebenslage verstärkt psychische Probleme, die die Geflüchteten aus Kriegsgebieten ohnehin im Gepäck haben. Selbstwirksamkeit zu spüren war für ihn selbst ein wichtiges Element des Ankommens in Deutschland, und diese Erfahrung motivierte ihn zum Engagement für ›Jugend spricht‹. Zusammen mit seinen Freunden belegt er Kurse bei sozialen Trägern, um zu lernen, wie man kollektive Lernprozesse und Austauschformate wie etwa einen Workshop oder einen Studientag organisiert. Sie starten mit einem ersten Workshop für Geflüchtete, zu dem 15 Personen kommen, um ihre Bedarfe abzufragen. Das zweite Treffen ist dann sehr viel größer und zieht vor allem Teilnehmer:innen aus den persischsprachigen Communities. Sie gründen eine WhatsApp-Gruppe zum Informationsaustausch, in der bald 100 Personen eingetragen sind, und etablieren monatliche Treffen in den Räumlichkeiten eines sozialen Trägers. Sie gehen bei diesen Aktivitäten sehr strukturiert vor, »sehr Deutsch«, wie Omar* lachend anmerkt: »Weil, die Idee war, wir müssen uns orientieren an richtiger Projektarbeit. Nicht nur einfach so Austausch, sitzen, sondern mit Struktur arbeiten. Verstehen, wie ein Projekttag funktioniert. Das war so unser Ziel.« Von Anfang an werden die Teilnehmenden verpflichtet, Deutsch zu sprechen: »Wir haben von Anfang an auf Deutsch fokussiert. Egal, wie gut oder schlecht wir sprechen. Ihr könnt das hier an unseren Pinnwänden sehen. Das ist alles auf Deutsch.«

Bald ist die Kerngruppe auf 40 Personen angewachsen. Sie gründen sich als Initiative, geben sich einen Namen und legen ihren Schwerpunkt auf Bildungsfragen. Jedes Mitglied bringt sich mit eigenen Erfahrungen ein, zusätzlich leisten sie aufwändige Recherchearbeit in Vorbereitung der monatlichen Workshops. »Wir haben den Fokus auf Bildungswege gelegt, Sprachkurs, Ausbildung, Uni. Wir hatten jemand, der Student war. Der wusste, wie man sich als Flüchtling für ein Studium bewerben kann. Ob er BAföG bekommt? Wie das ganze System funktioniert. Wie er Platz in einem Sprachkurs bekommt. Wir haben sofort Kooperationsarbeit mit der Uni angefangen und auch mit der Kirche. Leute, die Abitur oder einen Schulabschluss hatten, haben wir zur Uni geschickt. Leute, die keinen hatten, haben wir zur Kirche geschickt.«

Jeden Monat gibt es einen Workshop zu einem Schwerpunktthema. Sie spezialisieren sich darauf, »Shortcuts« für spezifische Probleme zu finden und die Menschen daran zu gewöhnen, ihre Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen und sich nicht ausschließlich auf das Behördenhandeln zu verlassen. Viele ihrer Teilnehmenden haben auf diese Weise eine schnelle Beschäftigung gefunden, beispielsweise als Sprachmittler:in im Umfeld ihrer ursprünglichen Profession. Zentrales Motiv für Omar* ist es, dem passiven Warten zu entkommen: »Das ist die, auf Englisch ›Shortcut‹, Möglichkeiten, wenn das eine nicht funktioniert, wie kann man es dann anders machen?«

Neben der Hilfe zur Selbsthilfe bei Alltagsproblemen ist die interkulturell vergleichende Arbeit ein wichtiger Schwerpunkt. Die Teilnehmer:innen sollen dadurch befähigt werden, sich besser mit stereotypen Vorstellungen ihnen gegenüber auseinanderzusetzen. Dazu laden sie deutsche Freunde zu den Workshops ein, um von ihnen klassische Stereotype über »Araber« oder »Afghanen« zu erfahren. Andere Workshops setzen sich mit der deutschen Geschichte auseinander und klären die Teilnehmer:innen über sensible Themen wie den Nationalsozialismus oder Antisemitismus auf. »Viele kannten zum Beispiel diese Nazi-Zeichen nicht. Und manche hatten auch falsche Informationen. Die hatten immer gedacht, Hitler war ein Held.« Zu einem festen Bestandteil ihrer interkulturellen Bildungsarbeit gehören auch Workshops in Schulen zum Thema Flucht und Migration, um den deutschen Schüler:innen die Möglichkeit zu geben, über diese Themen aus erster Hand zu erfahren und auf diese Weise eigene Stereotype und Vorurteile zu reflektieren.[9]

Kollektives Sozialkapital ist also als räumlich gebundene Ressource zu verstehen, die sich flexibel auf wechselnde gesellschaftliche Herausforderungen einstellen kann. Sie ist zugleich lokal verankert und transnational vernetzt, wie die vielen Beispiele von Migrant:innen-Organisationen zeigen, und können damit über ihre lokale Wirksamkeit hinaus auch ein wichtiges Instrument darstellen, um Solidarität in der Weltgesellschaft auszuüben. Dieser multiple Anspruch zeichnet beispielsweise die Migrant:innen-Organisation SyGAAD aus, eine im Jahr 2020 gegründete Gesellschaft syrischer Akademiker:innen im medizinischen Bereich in Deutschland. Ihre Ziele sind unter anderem die Unterstützung ihrer Mitglieder beim Berufseinstieg in Deutschland sowie die Förderung

9 Aus einem Gespräch mit Omar Rahimi* (Pseudonym) aus Afghanistan, Juni 2022.

der Zusammenarbeit zwischen deutschen und arabischsprachigen medizinischen Vereinigungen, aber eben auch das Engagement für ihr Herkunftsland (SyGAAD 2025). Der Wert transnationaler Verankerung von Diaspora-Organisationen wie der SyGAAD zeigte sich bei dem verheerenden Erdbeben im Südosten der Türkei und im Norden Syriens am 6. Februar 2023, bei dem der Verband Deutsch-Syrischer Hilfsvereine e.V. mit seinen 33 Unterorganisationen innerhalb von 24 Stunden effektive Hilfen auf die Beine stellte und von Deutschland aus Spenden akquirierte und vor Ort verteilte (vgl. DEMAC 2023: 23). Direkt nach dem Fall des Assad-Regimes meldeten sich hunderte syrische Ärzte beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, um den Aufbau von Klinikpartnerschaften mit Syrien aktiv zu unterstützen (BMZ 2025). Diese Reaktion stellt gleichsam einen Kontrapunkt zu der unmittelbar anhebenden bundespolitischen Debatte um eine ›Rückführung‹ syrischer Geflüchteter nach Ende des Assad-Regimes dar, und sie zeigt, dass es zwischen den politischen Entweder-Oder-Ansätzen von Bleiben und Zurückkehren erhebliche Spielräume gibt, innerhalb derer sich wertvolle Potenziale entfalten können.

In Bezug auf Migrant:innen-Organisationen erkenne ich in meinem empirischen Material eine ostdeutsche Besonderheit. Da die meisten dieser Organisationen aus einer relativ kleinen migrantischen Community heraus entstehen, sind sie in Ostdeutschland quantitativ weniger stark präsent als im Westen der Bundesrepublik, und viele von ihnen haben auch eine wesentlich jüngere Geschichte. Doch aus dieser unterschiedlichen Position ziehen die befragten Akteur:innen viel Positives: anstatt wie häufig im Westen herkunftsspezifische Diasporavereine gebe es im Osten vorrangig Migrant:innen-Organisationen, in denen sich Menschen aus verschiedensten Weltregionen vereinen. Yuko Omaha* vom Landesnetzwerk Migrantenorganisationen Sachsen-Anhalt (LAMSA) sieht darin »eine riesengroße Chance«:

> Also die Verbände sind an sich sehr divers. Das sind ja nicht nur kulturelle Communities, sondern in Ostdeutschland sind ja jüdische … quasi von russischstämmigen Migranten gegründet worden wieder oder muslimische Gemeinde sind von Migranten gegründet. Also die sind nicht nur religiöse Gemeinden, sondern Migrantenorganisationen und das sind ganz unterschiedliche Situationen, so dass im Verband, im Dachverband durchaus Juden und Muslime und Christen und Buddhisten zusammensitzen und über die Migrationsthematik miteinander diskutieren und streiten können. Das ist eine riesengroße Chance, was wir in Westdeutschland nicht haben.[10]

Durch die religiöse und herkunftsbezogene Vielfalt in den Migrant:innen-Organisationen sind ihre Mitglieder auch direkt mit den Vorstellungen und Einstellungen der ›Anderen‹ konfrontiert. Durch die Fokussierung auf gemeinsame Ziele führe diese Auseinandersetzung aber nicht zum Dissens, sondern werde auf deliberative Art und Weise bearbeitet. Damit, so Yuko Omaha*, habe die ›ostmigrantische‹ community einen Vorsprung vor der Gesamtgesellschaft, was den konstruktiven Umgang mit Diversität anbelangt.

10 Interview mit Yuko Omaha* (Pseudonym), LAMSA e.V., September 2021.

> Also ich sage immer wieder mal, also wenn eine Japanerin eine Burkina-Fasoda trifft und spricht über die Demokratie, und dann sprechen wir wirklich ganz unterschiedliche Dinge zusammen, und das versuchen wir irgendwie zu kommunizieren, [uns] zu verständigen, was ist denn da dieser Minimalkonsens? Und wie geht man mit dieser Diversität um? Und das funktioniert wunderlicherweise bis jetzt sehr gut und wir sind also tatsächlich sehr erfolgreich bis jetzt gefahren, so dass wir auch mit Konflikten und Spannungen umgehen können und miteinander Lösungen gefunden haben. Und das ist eine sehr wertvolle Erfahrung, wie man mit unterschiedlichen Lebenseinstellungen umgeht. Und wenn Deutschland oder Europa diversifizieren möchte, tolerant und weltoffen als Zielstellung hochhängen, das ist eine Realität bei uns in unserem Verband, und das leben wir schon vor. Was bei uns passiert, ist die Fragestellung von morgen in der Gesamtgesellschaft. (Ebd.)

11.2.2 Ostmigrantische Perspektiven auf sozialen Wandel

Eine im Osten verfasste Publikation über die Folgen von Flucht und Geflüchtetenaufnahme kommt ohne eine spezifische Ostperspektive nicht aus. Ich präsentiere diese Perspektive aus meiner eigenen Positionalität als einer in Ostdeutschland situierten Wissenschaftlerin mit westdeutschem ›Migrationshintergrund‹, was mir sowohl hinsichtlich der ostdeutschen als auch der westdeutschen Befindlichkeiten eine zumindest in Teilen außenstehende Beobachterrolle ermöglicht. Von diesem Standort aus sehe ich den inner-ostdeutschen Diskurs zwischen zwei Extremen: zum einen die Klage um die mangelnde Berücksichtigung der ostdeutschen Perspektiven, zum anderen und gleichzeitig die Kritik an der westdeutschen Fixierung auf ostdeutsche ›Problemzonen‹. Diese problemzentrierte Fokussierung (überwiegend orchestriert durch westdeutsche Akteur:innen), so das Argument, konstruiert den Osten vor der Referenzfolie des Westens, womit der Westen als ›Normalzustand‹ und der Osten als die Abweichung davon erscheint.[11] Die Journalistin Jana Hensel und die westdeutsche Migrationswissenschaftlerin Naika Foroutan haben in einem Debattenband nach Analogien zwischen Migrationsbiographien und ostdeutschen Biographien gesucht – und diese gefunden (Foroutan/Hensel 2020).[12] Ihre vergleichend reflektierende Perspektive zeigt, dass die Etablierten-Außenseiter-Anordnung und der Mechanismus des *othering* zumindest in der gesamtdeutschen Diskurslandschaft in Bezug auf die Platzierung der Ostdeutschen ähnliche Wirkungsmacht entfaltet, wie im Kontext internationaler Zuwanderung (vgl. auch Foroutan et al. 2019).

Dies vorausgeschickt, konzentriere ich mich auf eine Standortbestimmung aus dem ostdeutschen Inneren, mit meiner zugleich integrierten ›anderen‹ Perspektive der zu-

---

11 Mit der Argumentation, dass der Osten eine westdeutsche Erfindung sei, hat der in Leipzig lehrende Germanist Dirk Oschmann (2023) große Aufmerksamkeit erzielt und auch viel Protest aus der ostdeutschen intellektuellen Community geerntet (vgl. ARD 2023, Deutschlandfunk Kultur 2024, Die Thüringer News 2024). Der ostdeutsche Historiker Ilko-Sascha Kowalczuk (2024a) bietet eine Gegenposition aus zeithistorischer Perspektive, der ostdeutsche Soziologe Steffen Mau (2024) differenziert anhand soziologischer Befunde.

12 Eine ähnliche Richtung schlagen die beiden Berliner Soziologen Daniel Kubiak und Özgür Özvatan in ihrem Podcast ›B.O.M – Berlin Ostmigrantisch‹ ein und bringen dabei eine Vielzahl spannender Persönlichkeiten mit ›ostmigrantischem‹ Hintergrund zum Sprechen und Reflektieren.

gereisten Westdeutschen. Bei der vergleichenden empirischen Betrachtung west- und ostdeutscher Fallbeispiele stellt sich der kollektive Umgang mit Geflüchteten, Integration und Diversität in Ostdeutschland schwieriger, umkämpfter und auch gewaltvoller dar als im Westen. Angriffe auf Geflüchtetenunterkünfte und auf progressive Politiker:innen sind im Osten stark präsent, ebenso wie offener Rassismus und Rechtsradikalismus. Aggressive Formen der Meinungsäußerung zeigten sich 2014 massenhaft auf den PEGIDA-Demonstrationen in Dresden und anderswo. In den Corona-Jahren wurden die »Fackelmärsche« in Ostdeutschland ›erfunden‹ (Tagesschau 04.12.2021). In Ostsachsen demonstrieren an der Bundesstraße B96 zwischen Bautzen und Zittau seit Jahren Menschen für verschiedenste extremistische Positionen (Huld 2020, Winterbauer 2024). Viele dieser destruktiven Bündnisse entwickeln sich in den Weiten des digitalen Raums. Die rechtsextremistische Partei AfD hat bereits frühzeitig das Wählerpotenzial in Ostdeutschland erkannt, und ebenso die Möglichkeiten sozialer Medien, um sich Reichweite zu verschaffen. Sie ist vielleicht die einzige Partei in der bundesdeutschen Parteienlandschaft, die sich gezielt an Ostdeutsche richtet,[13] leider in einer destruktiven Art und Weise, und leider mit großem Erfolg. Ihre Anhänger:innen wählen die AfD nicht nur aufgrund der migrations- und diversitätsfeindlichen Positionen, aber sie befürworten sie im hohen Maße. Und so zeigt sich zumindest in den Jahren bis 2025 der Anteil an AfD Wählerstimmen als zuverlässiger Gradmesser für die Diversitäts-Ablehnung der Gesellschaft. Dort, wo die AfD ihre größten Erfolge feiert, ist die Ablehnung von ›Migration‹ besonders stark, die Integration von Geflüchteten besonders schwierig, und die Nachhaltigkeit der Integrationsbemühungen quantitativ gesehen besonders gering. Denn dass sowohl Geflüchtete als auch eingewanderte internationale Fachkräfte überdurchschnittlich häufig aus Ostdeutschland in andere Regionen Deutschlands wegziehen, ist inzwischen mehr als nur anekdotisch evident, und die Zusammenhänge zwischen politischem Klima und Bleibeverhalten sind auch in der international vergleichenden Forschung hinreichend belegt (vgl. Buch/Rossen 2025, Zajak et al. 2024). Was ich mir allerdings mit Blick in mein Datenmaterial und in die wöchentlichen Wahlprognosen der Forschungsgruppe Wahlen zu sagen traue: der Westen holt auf! Bereits bei der Bundestagswahl 2025 lagen die Stimmenanteile für die AfD mancherorts im Westen ähnlich hoch wie im Osten, und die Tendenzen in Westdeutschland sind insgesamt steigend. Meine Forschungsdaten zeigen Rassismus und hohe Anpassungserwartung auch in diversitätserprobten westdeutschen Kommunen, wenn auch oft subtiler zur Schau gestellt und eloquent formuliert. Die vielen Erfolgsgeschichten von Einwander:innen der 1960er und 1970er Jahren werden in Westdeutschland genauso ignoriert wie in Ostdeutschland, obgleich diese im Westen im viel größeren Ausmaß dauerhaft sesshaft wurden und damit seit Jahrzehnten Teil der Gesellschaft sind. Doch allzu oft werden sie aus der lokalen Identität, der kollektiven Erinnerung, ausgeklammert, wie ich in Kapitel 7 anhand des Salzgitterer ›Turm der Arbeit‹ gezeigt habe. Der zweifellos vorhandene Erfahrungsvorsprung westdeutscher Kommunen mit dem Management einer migrationsgeprägten

13 Für das BSW ist es noch zu früh, diesbezüglich eine definitive Aussage zu treffen, aber vieles deutet darauf hin, dass auch diese Partei besonders unter ostdeutschen Wähler:innen erfolgreich sein wird.

Gesellschaft wird im gesamtdeutschen Diskurs allenfalls dazu genutzt, um daraus die ›Unreife‹ der ostdeutschen ›postmigrantischen‹ Gesellschaft abzuleiten.

Ich teile das von vielen ostdeutschen Integrationsakteur:innen vorgebrachte Argument, der Osten habe seit 2015 eine nachholende Entwicklung in Sachen Integrationsinfrastruktur genommen, habe gleichsam bei null angefangen, wie es die sächsische Staatsministerin für Soziales und vormals Staatsministerin für Integration Petra Köpping vor einigen Jahren auf einer Podiumsdiskussion zum Ausdruck brachte. Von diesem Standort aus in den Westen geblickt stellt sich mir allerdings die Frage: warum hat der Westen so wenig aus seinem reklamierten Vorsprung gemacht, als die Herausforderung der Geflüchtetenaufnahme vor zehn Jahren manifest wurde? Wo waren in den Jahren 2015/16 die *good-* und *best-practice* Ansätze westdeutscher Städte, Gemeinden und Landkreise, die man den nicht so integrationserprobten Kommunen im Osten hätte anbieten können?

Stattdessen vereint sich das Land in einer kollektiven Klage über die Überforderung und Überlastung durch die Aufnahme der Geflüchteten und die Anrufung der Bundesebene, das Asylrecht zu ändern, damit der Zuzug aufhöre, denn man sei an den Grenzen seiner Aufnahmefähigkeit angelangt. Gleichsam kontraintuitiv deuten verschiedene Umfragen unter kommunalen Akteur:innen darauf hin, dass diese Problemwahrnehmung in ostdeutschen Kommunen deutlich schwächer ausgeprägt ist als in westdeutschen Kommunen. In einer 2025 durchgeführten Befragung von Gemeinderät:innen nach den drängendsten Herausforderungen in ihrer Kommune für die kommenden Jahre bezeichneten lediglich 44 % der ostdeutschen Kommunen die Aufnahme von Geflüchteten als drängende Herausforderung, gegenüber 57 % bei den westdeutschen Kommunen, und auch die Wohnungsknappheit wurde seltener problematisiert (37 vs. 59 %). Stärker als im Westen wahrgenommene Herausforderungen waren hingegen ›fehlende Haushaltsmittel‹ (94 vs. 88 %) sowie ›Wirtschaftskraft‹ (86 vs. 78 %) und ›Strukturwandel/Abwanderung‹ (47 vs. 36 %). Unter allen Befragten in Ost und West rangierten fehlende Finanzmittel (90 %), die Erhaltung der Wirtschaftskraft (80 %), die Umsetzung von Maßnahmen der Energiewende (79 %) und der Modernisierungsstau (77 %) an der Spitze der als drängend wahrgenommenen Herausforderungen (Forsa 2025: 21). Einer der von uns interviewten ostdeutschen Integrationsakteure reflektiert mit einer gewissen Ernüchterung seine Erfahrungen auf dem ersten gesamtdeutschen Netzwerktreffen zum Integrationsmanagement und kommt zu dem Resümee, dass der Osten zwar bei null angefangen, dann aber schneller gelernt habe, während westdeutsche Kommunen zum Teil in einem überkommenen Verständnis von Integration und Integrationsmanagement hängen geblieben seien:

> Also der Osten konnte, musste schneller lernen. Das ist jetzt meine Wahrnehmung hier. Und wir waren halt gezwungen, relativ schnell halt etwas zu tun. Wir konnten halt auch Sachen- Also ich habe ja paar Integrationskonzepte aus Hamburg, aus Kassel, aus verschiedenen Städten halt gute Konzepte zusammengesucht, war aber erschrocken, wie veraltet doch die Denkweise teilweise trotzdem ist.[14]

14 Interview mit Johannes Schuhmacher* (Pseudonym), Integrationsbüro Marstadt* (Pseudonym), September 2021.

Jenseits der Debatte um Aufnahmekapazitäten und der Frage, was die Aufnahme von Geflüchteten eigentlich neben Wohnraum alles beinhalten, sehe ich aus meiner Perspektive auf den Osten vor allem einen markanten Ost-West-Unterschied, und zwar in den historisch begründet unterschiedlichen lokalen Rahmenbedingungen der Geflüchtetenaufnahme. Diese Rahmenbedingungen sind determiniert durch die politische Wende mit ihrer gewaltigen gesellschaftlichen Transformation, die in den 1990er Jahren die gesamte ostdeutsche Gesellschaft erfasst hat, während sich für die westdeutsche Gesellschaft der neue Teil der Bundesrepublik lediglich durch einen kleinen Abzug auf dem Kontoauszug (wobei der Solidaritätszuschlag von allen Arbeitnehmer:innen in Deutschland geleistet wurde, im Osten wie im Westen) und die Reiseerleichterungen auf der Transitstrecke nach Berlin im Vergleich zu den akribischen Kontrollen zu DDR-Zeiten bemerkbar machte.[15] In unseren Interviews mit lokalen Akteur:innen in Ostdeutschland ist dieser Teil der ostdeutschen Geschichte ein absolut wesentlicher Teil der gesellschaftlichen Erfahrung. Es ist die Rahmenhandlung der Erzählung zur Aufnahme der Geflüchteten und zu den Spezifika des Umgangs mit ihnen und mit der Aufnahmegesellschaft. Überwiegend schlägt das Argument eine Richtung ein, die das Erleben und Erleiden der großen Transformation nach 1989 als Begründung für die kollektive Veränderungsmüdigkeit formuliert. Die Ostdeutschen hätten so viel mitgemacht in den 1990er Jahren, sie hätten so viel gekämpft, so viele Verlust- und Herabwürdigungserfahrungen gemacht, und gerade, als sie sich einigermaßen stabilisiert hatten, kamen 2015 die Geflüchteten mit ihren impliziten Ansprüchen an die kollektive Aufmerksamkeit und Fürsorge. Das ist die eine Ableitung aus der Transformationserfahrung. Die andere Ableitung weist in die entgegengesetzte Richtung. Hier betonten die Gesprächspartner:innen die Resilienz, die sich durch die Transformationserfahrung eingestellt hat, im Sinne von »Der Osten kann Veränderung.« Hier hätten Menschen nicht nur mit ihrem Mut und ihrer inneren Integrität ein politisches Regime zum Einsturz gebracht, sondern hätten auch energisch und risikofreudig Neues gewagt und sich selbst neu erfunden. In der Gesamtschau lässt sich sicher sagen, dass beide Positionen empirisch relevant und auf lokaler und Akteursebene sichtbar sind, dass sie also gleichzeitig und parallel zueinander existieren. Was die ostdeutsche engagierte Zivilgesellschaft anbelangt, so finden sich dort überproportional viele der widerständigen, mutigen und reformoffenen Persönlichkeiten, die für die friedliche Revolution in der DDR die treibende Kraft waren. Sie sind zwar gealtert, aber weiterhin widerständig, auch gegenüber der passiven und aktiven Gewalt aus der »Mitte der Gesellschaft«, die häufig als »stille Mitte« bezeichnet wird (vgl. 11.3.5). Angehörige der »stillen Mitte« sind diejenigen, die sich einem Regime beugen, auch wenn sie es ablehnen, die mitlaufen und damit ihren Teil zur Aufrechterhaltung des Systems beitragen, und die ihre Unzufriedenheit nie in konstruktive Aktivitäten überführen, sondern sie allenfalls in Form übellauniger Kommentare an die digitalen Stammtische und

15 Tatsächlich finde ich es im Gespräch mit in Westdeutschland lebenden Westdeutschen immer wieder faszinierend, dass die überwiegende Mehrheit außer nach Berlin und Dresden noch nie einen Fuß in den Osten gesetzt hat und über die vielen unterschiedlichen Regionen keinerlei eigenes Wissen besitzt. Vielleicht ist das auch ein Grund für die pauschale Übernahme von medial transportierten Stereotypen über diese östliche »terra incognita« (vgl. RND 07.11.2019).

in regelmäßigen Abständen an die Wahlurnen tragen. Diese »stille Mitte« gibt es genauso im Westen, und mir scheint, sie wird auch dort zu einer immer stärkeren passiv-destruktiven Kraft.

Die aktive Zivilgesellschaft in Ostdeutschland ist möglicherweise aus gesamtdeutscher Sicht weniger sichtbar, weil sie nicht in der westdeutschen Art und Weise institutionalisiert ist – durch Partei- und Gewerkschaftszugehörigkeit oder Kirchenmitgliedschaft.[16] Wenn man aber in das kleinteilige Gemeindemosaik Ostdeutschlands eintaucht, findet man sie überall, oft in Initiativen, die Demokratiearbeit in Form von Kultur- und Bildungsarbeit leisten und sich seit 2015 zusätzlich das Engagement für Geflüchtete zur Aufgabe gemacht haben. Es sind häufig Graswurzel-Organisationen, und sie prägen damit auch eine andere Form der *governance*: mehr *bottom-up* im Vergleich zu *top-down*. Mir fällt auf, dass die ostdeutsche Akteurslandschaft in den vergangenen Jahren deutlich migrantischer geworden ist: egal ob an den Spitzen von zivilgesellschaftlichen Organisationen oder an den so wichtigen Positionen der beratenden sozialen Arbeit, überall finden wir im Osten überdurchschnittlich viele Engagierte mit eigener Migrationsgeschichte. Sicherlich gibt es diese auch im Westen, aber angesichts der insgesamt geringeren Migrationsanteile im Osten sind sie dort bemerkenswerter und möglicherweise besonders wirkungsvoll.

Eine weitere Beobachtung, die ich gerade in den vergangenen zwei Jahren und gerade in Ostdeutschland machen konnte, ist die Vehemenz, mit der kommunale und Arbeitsmarktakteur:innen Migrationsthemen vor dem Hintergrund des demographischen Wandels diskutieren. Bedingt durch seine Abwanderungsgeschichte aus den 1990er Jahren altert der Osten schneller. Die Frage von Migration zur Fachkräftesicherung stellt sich hier mit größerer Dringlichkeit als in westdeutschen Ballungszentren, wie das plakativ ein Verwaltungsmitarbeiter aus Marstadt* in Sachsen-Anhalt auf den Punkt bringt: »Die Stadt hat nicht das Problem, dass wir überaltert sind, dass wir Migranten haben, weil das ist marginal. Die Stadt hat das Problem, dass wir in den nächsten 20 Jahren 15.000 Arbeitnehmer verlieren!«[17]

Überall in Ostdeutschland werden dabei neue Ansätze erprobt und neue Allianzen geschmiedet. Ein Beispiel ist die neu entstehende Medizinische Universität Lausitz ›Carl Thiem‹ in Cottbus, die ein extrem inklusionsorientiertes Modell der Mitarbeitergewinnung für ihre internationalen Fachkräfte entwickelt hat, wohl wissend, dass nicht nur das Werben für das Kommen von Bedeutung ist, sondern auch für das Bleiben. Für die angehenden Gesundheits- und Krankenpfleger:innen aus Vietnam und Brasilien werden eigens Fachdeutschlehrer:innen engagiert, die die medizinische Fachterminologie mit unterrichten können. Für die Unterbringung kooperiert man mit benachbarten Gemeinden, um deren Wohnungsbestand zu nutzen. Die Klinik hat ein Auge auf die öffentliche

16 So leben in Ostdeutschland 17 % aller Wahlberechtigten, aber nur 9 % der Parteimitglieder (Zeit Online 01.09.2024); Gewerkschaftsmitglied sind rund 20 % der westdeutschen Arbeitnehmer:innen, aber nur rund 13 % der ostdeutschen Arbeitnehmer:innen (Welt.de 20.11.2018). Nur ein Fünftel der Ostdeutschen ist Mitglied einer christlichen Kirche, gegenüber drei Fünfteln der Westdeutschen (bpb 10.08.2020).

17 Interview mit Johannes Schuhmacher* (Pseudonym), Integrationsbüro Marstadt* (Pseudonym) in Sachsen-Anhalt, September 2021.

Nahverkehrsanbindung, damit die Auszubildenden auch zur Arbeit kommen können. Auch für das soziale Leben und Freizeitbeschäftigungen wurde gesorgt und Kontakte zu Sport- und Kulturvereinen vor Ort geknüpft, in denen sich die Auszubildenden betätigen können.

In der Lausitz, die sich durch den Aufbau als Energieregion zu DDR-Zeiten, die Abwicklung vieler Industrien nach der Wende und den baldigen Ausstieg aus dem Braunkohleabbau seit Jahrzehnten in einem Transformationsprozess befindet, probieren verschiedenste Akteure Neues aus. Der Ableger eines australischen Batterie-Produzenten beispielsweise besteht darauf, dass neue Fachkräfte des Englischen mächtig sind. Denn im Betrieb ist Englisch die Hauptkommunikationssprache. Während das die Einstiegshürden für internationale Fachkräfte reduziert, ist es für deutsche Fachkräfte eine Herausforderung, der sie sich stellen müssen. Doch der ländlich periphere Standort muss Arbeitskräften mehr bieten als nur Arbeit, damit sie sich ansiedeln. Zusammen mit anderen Akteur:innen aus der Region setzt sich das Unternehmen für eine Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs und für das kulturelle Leben in der Region ein. Die Bürgermeisterin im nahen Spremberg ist diesbezüglich extrem aufgeschlossen, denn auch sie betrachtet mit Sorge die demographische Entwicklung in Verbindung mit dem anstehenden Strukturwandel. Spremberg muss ein attraktiver Wohnstandort bleiben, mit kulturellen und Freizeitangeboten und mit einer offenen Bevölkerung, damit sich neue Menschen ansiedeln. »Diese Stadt will wachsen, sie will sich entwickeln«, sagt sie in einem Dokumentarfilm über die Transformation der Lausitz, »und dazu braucht sie Menschen. Aus nah und aus fern.« (Holl/Pehnert 2020) Auch zu DDR-Zeiten habe man es geschafft, Menschen aus verschiedensten Teilen des Landes so zu integrieren, dass sie Spremberger:innen geworden sind. Das sollte auch mit internationalen Migrant:innen und Geflüchteten klappen. Allein 1.500 Geflüchtete aus der Ukraine leben in der Stadt. All diese Protagonist:innen (wobei Frauen ganz klar überwiegen) zeigen nicht nur Resilienz, sondern auch Veränderungsbereitschaft, und haben dabei gesamtgesellschaftliche Perspektiven im Blick. Im gesamtdeutschen Diskurs werden sie häufig unsichtbar, wenn über ›den Osten‹ gesprochen wird, und deshalb möchte ich sie von meiner Schreibposition aus der Mitte des Ostens heraus hier noch einmal dezidiert hervorheben.

11.2.3 Migration als soziale Transformation

Wenn wir zum Ende eines Feldforschungsaufenthaltes ein Resümee für einen Fallstudienort ziehen, so enthält dieses meist viel Ambivalenz: ganz häufig stellt sich nach der ersten Interviewrunde mit hauptamtlichen Akteur:innen der Integrationsarbeit ein sehr positives Bild der Integrationslandschaft ein, das sich aber nach Gesprächen mit der engagierten Zivilgesellschaft und den Geflüchteten deutlich eintrübt. Auch diese Ambivalenz erscheint in den ostdeutschen Fallstudienorten stärker, was ich gern im Folgenden an einem unserer aktuellen und langjährigen Fallstudienorte Dessau-Roßlau aufzeigen möchte. Die Ambivalenz zeigt sich bereits bei der Betrachtung der direkten Integrationsinfrastrukturen: da sind zum einen ausgesprochen progressive Akteur:innen am Werk, etwa in Form der dezentralen Unterbringung von Geflüchteten in dem reichlich vorhan-

denen (und vielfach leer stehenden) kommunalen Wohnungsbestand,[18] und durch ein auf Geflüchtete spezialisiertes Job-Center-Team, das sich auch für weniger prominente Zielgruppen wie beispielsweise geflüchtete Frauen stark macht und dafür explizit seitens der von uns interviewten Geflüchteten gelobt wird.

Andererseits wird Dessau-Roßlau von allen Akteur:innen (und mit Blick in die Statistiken zu Recht) als ein »Transitort« bezeichnet, aus dem viele (nicht nur Geflüchtete) nach kurzer Aufenthaltszeit weiterziehen. In Bezug auf das Weiterziehen der Geflüchteten nutzt eine Gesprächspartnerin das Bild des Durchlauferhitzers und problematisiert die Situation, dass die Stadt mit ihren Integrationsinfrastrukturen in die Migrant:innen investiere, aber von den positiven Effekten gelungener Integration nicht mehr profitieren könne, da diese andernorts in Wert gesetzt würden. Das Weiterziehen, und auch die Durchlauferhitzer-Situation, ist ein grundsätzliches demographisches Phänomen in Dessau-Roßlau, denn es betrifft vor allem junge Menschen, die andernorts nach reichhaltigeren Bildungs- und Erlebnisangeboten suchen und deshalb wegziehen. Auch viele der jungen Geflüchteten berichten von derartigen Plänen und begründen sie entsprechend, während gerade Familien mit Kindern sehr gern Dessau-Roßlau als dauerhaften Wohnort annehmen, insofern sie Arbeit finden. Angesichts der ungünstigen demographischen Struktur Dessau-Roßlaus dürfte jede dieser Familien hochwillkommen sein.[19] In der Tat gehört die Öffnung gegenüber Vielfalt zu den Strategien der Stadt, mit dem demographischen Wandel umzugehen, wie der städtischen Internetpräsenz zu entnehmen ist:

> Wie viele Kommunen in Deutschland steht Dessau-Roßlau vor der Herausforderung, den demographischen Wandel zu meistern und das Zusammenleben einer immer vielfältigeren Stadtbevölkerung zu verbessern. Im Rahmen einer Kooperation zwischen der Hochschule Anhalt, dem Umweltbundesamt und der Stadtverwaltung sollen mit einer weltoffenen und vielfaltssensiblen Haltung die Bleibe- und Zuzugsperspektiven der Bürger*innen befördert und die eigene Attraktivität als Arbeitgeber gesteigert werden. (Stadt Dessau-Roßlau 2022)

Zum Verständnis der Ambivalenzen Dessau-Roßlaus ist ein Blick in den (migrations)historischen Kontext unerlässlich, und durchaus schmerzvoll. Denn zuvorderst ist der mangelnde Schutz von Menschen mit Migrationsgeschichte anzubringen. Innerhalb weniger Jahre wurden in der Stadt mehrere Menschen mit Migrationsgeschichte brutal ermordet (vgl. Textbox 11.4). Die Auseinandersetzung mit diesen Tötungsdelikten ist für die migrantische Community Dessau-Roßlaus maximal irritierend, wovon die Broschüre »Warum Adriano?« vom Multikulturellen Zentrum Dessau mit ebenso erschütternden wie eindrucksvollen Texten zeugt (Multikulturelles Zentrum Dessau 2020). Zwar gibt

18 Der Leerstand erklärt sich unter anderem durch den starken und weiter anhaltenden Bevölkerungsrückgang. Hatte Dessau im Maximum 1940 über 130.000 Einwohner:innen, so sank die Bevölkerungszahl nach der Wende rasch auf 100.000. Heute leben trotz der Eingemeindung von Roßlau nurmehr rund 78.000 Menschen in Dessau-Roßlau (Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt 2025).

19 Das Durchschnittsalter liegt 2018 bei 50 Jahren, ein Drittel der Gesamtbevölkerung befindet sich im Rentenalter. Damit ist Dessau-Roßlau 2021 die zweitälteste Stadt Deutschlands.

es am Tatort des Mordes an dem Mosambikaner Alberto Adriano einen Gedenkstein und es finden dort auch regelmäßig Gedenkveranstaltungen statt. Spricht man mit Dessauer:innen über diesen Ort, fällt ihnen im Konnex zu migrantischen Schicksalen vor allem die Anwesenheit von vermeintlichen Drogendealern afrikanischer Herkunft ein, die den Ort für sie als Kriminalitätshotspot erscheinen lassen. Für die migrantische Community ist der Stadtpark ein Ort des Schmerzes und des Gedenkens, dessen Würde allerdings permanent angegriffen wird. Nach einem Gespräch im Multikulturellen Zentrum Dessau, einem zentralen Ort für integrative Arbeit und migrantisches Empowerment in Dessau-Roßlau, fällt uns eine mannshohe Holzskulptur auf, die etwas verloren in einem Winkel des Foyers steht. Wir erfahren, dass dies die ursprüngliche Gedenkstele für Alberto Adriano ist, die aber an ihrem eigentlichen Standort im Stadtpark so oft geschändet wurde, dass man sie schließlich auf das sichere Territorium des Multikulturellen Zentrums gebracht hat.

Textbox 11.4: Morde an migrantischen Bürger:innen Dessaus, 2000, 2005, 2016

Alberto Adriano kam 1988 als Vertragsarbeiter aus Mosambik nach Dessau. Er heiratete eine Dessauerin und gründete eine Familie. Am 11. Juni 2000 wurde er im Stadtpark von drei jugendlichen Neonazis so brutal zusammengeschlagen, dass er drei Tage später verstarb. (https://de.wikipedia.org/wiki/Alberto_Adriano)

Oury Jalloh war ein Asylsuchender aus Sierra Leone, der seit 1999 in Deutschland lebte. Mit einer deutschen Lebensgefährtin hatte er ein gemeinsames Kind. Er starb am 7. Januar 2005 bei einem Brand in Polizeigewahrsam. Die Umstände seines Todes und des Brandes in der Gewahrsamszelle sind bis heute nicht eindeutig geklärt. (https://de.wikipedia.org/wiki/Oury_Jalloh)

Li Yangjie war eine Studentin aus China, die an der Hochschule Anhalt in Dessau Architektur studierte. Sie stand kurz vor ihrem Master-Abschluss. Am 11. Mai 2016 wurde sie vermisst gemeldet, nachdem sie vom Joggen nicht zurückgekehrt war. Am 13. Mai 2016 wurde sie tot aufgefunden. Sie wurde Opfer eines brutalen Sexualmordes, für den später ein junger Deutscher aus Dessau zu einer lebenslangen Freiheitstrafe verurteilt wurde. Die Tat errang unter anderem deshalb überregionales Aufsehen, weil Mutter und Stiefvater des Beschuldigten, gegen den zum Zeitpunkt des Mordes bereits 40 verschiedene Strafverfahren anhängig waren, bei der ermittelnden Polizeibehörde arbeiteten, was die unabhängige Ermittlungsarbeit der Behörde zweifelhaft erscheinen ließ. (https://de.wikipedia.org/wiki/Mordfall_Li_Yangjie)

Ein Gesprächspartner aus dem Multikulturellen Zentrum Dessau berichtet geradezu resigniert von den vielen Anläufen, die nach dem Mord an Alberto Adriano seitens der migrantischen Community gemacht wurden, um zu einer interkulturellen Verständigung in der Dessau-Roßlauer Stadtgesellschaft beizutragen. Das gesamte Portfolio der interkulturellen Begegnungsindustrie haben man aufgefahren, um ein positives Bild der für die Mehrheitsgesellschaft ›fremden‹ Kulturen, Bräuche und kulinarische Besonderheiten zu generieren. »Wir haben auf Festen gekocht und getrommelt, weil wir dachten,

dies nimmt Menschen die Angst und die Vorurteile.« (Multikulturelles Zentrum Dessau e.V. 2020: 6) Doch all das habe nicht dazu geführt, dass die Dessauer:innen respektvoller mit Migrant:innen umgehen würden. Letztlich sei man selbst in eine kulturalisierende Rolle geschlüpft und habe das »Fremde« verkörpert, vor dem man keine Angst haben müsse. »Doch man hatte gar keine Angst vor uns, die Vorurteile blieben auch nach bunten Festen und die Anerkennung blieb aus.« (Ebd.) In Zukunft wolle man sich auf das Empowerment konzentrieren.

In einer TV-Reportage aus Dessau-Roßlau wird im Multikulturellen Zentrum Dessau eine Diskussionsrunde gefilmt, in der sich Menschen unterschiedlicher migrantischer Herkunft austauschen. Die Gruppenleiterin ist eine junge Türkin, die aus Westdeutschland nach Dessau-Roßlau umgezogen ist. In dem Gespräch mit dem TV-Team geht es um die Lebensbedingungen der Migrant:innen in Dessau-Roßlau, aber auch um die Motive ihrer Migration. Dann löst sich die junge Gesprächspartnerin aus dem durch die journalistische Gesprächsführung errichteten Begründungszusammenhang für die Anwesenheit von Migrant:innen, der sich aus der Perspektive der Mehrheitsgesellschaft aufdrängt. Stattdessen fängt sie an, von den Wünschen und Zukunftsperspektiven der Migrant:innen zu sprechen, die auch in der Gruppendiskussion immer wieder thematisiert werden. »Wir kommen mit einem Koffer voller Talente« betont sie vor der Kamera. All diese Talente, so die Weiterführung der Metapher, warten darauf, vor Ort ausgepackt zu werden, damit sie produktiv in die Stadtgesellschaft eingebracht werden. Beide Beispiele zeigen die Bedeutung eines Perspektivwechsels in der ›postmigrantischen Gesellschaft‹, die zu einer Annäherung von Positionen beitragen kann. Gelingt dies nicht, dominiert das Missverstehen.

Wenn man sich ein wenig in der Zeit zurückbewegt und den Blick etwas aus der rein migrationsspezifischen Betrachtung heraushebt, findet man rasch historische Analogien zu der Produktivität des Neuen, das in Dessau-Roßlau allerorts seine markanten Spuren hinterlassen hat: das Bauhaus nämlich, die 1919 in Weimar gegründete Hochschule für Gestaltung mit ihren innovativen und integrativen Ansätzen des Bauens und Gestaltens, die weltweit als Inbegriff der architektonischen Moderne gelten. Man kann sich diese Hochschule als utopischen Ort vorstellen, an dem neue Formen des Ko-Kreierens ausprobiert wurden und wo internationale Künstler:innen herausragende Rollen einnahmen. Hintergrund für den Umzug der Hochschule waren die Wahlen in Thüringen im Jahr 1924, bei der die Deutsche Volkspartei an die Macht kam, welcher die progressiven Ansätze des Bauhauses ein Dorn im Auge war und die die Finanzmittel für die Hochschule massiv kürzte.[20] Auf der Suche nach einem neuen Standort setzte sich Dessau gegen namhafte Mitbewerber durch und profitierte in den Jahren bis zur endgültigen Zerschlagung der Universität 1932 im Kontext des Deutschlandweiten Erstarkens der Nationalsozialisten von den progressiven Ansätzen des Bauens und dem internationalen Flair, das durch Studierende, Dozierende und Besucher:innen in die Stadt gebracht wurde. Bis heute ist die Stadt Dessau-Roßlau geprägt von beeindruckenden Bauten der Bauhaus-Architektur und durch die Gemeinschaft der Bauhaus-Architekt:innen

20 Während des Schreibens dieser Zeilen im April 2015 kommen unweigerlich Analogien zur Situation der U.S.-amerikanischen Hochschulen in der derzeitigen zweiten Trump-Legislatur in den Sinn…

international vernetzt. Auf einem migrationsgeschichtlichen Stadtrundgang, den wir im Rahmen eines unserer Forschungsprojekte in Dessau-Roßlau organisierten, erntet diese Kontextualisierung des Bauhauses Erstaunen bei den Teilnehmer:innen, da dieser Teil von Internationalität, nämlich die Anwesenheit von Migrant:innen, die ja auch heute einen bedeutenden Teil der deutschen Hochschulgesellschaft ausmachen, in der lokalen Erzählung nicht mit dem Bauhaus verbunden wird. Der Begriff des ›Migranten‹ und von ›Migration‹, so scheint uns, ist stark auf die gerade aktuelle Geflüchtetenaufnahme fokussiert, während andere Migrant:innen-Gruppen mit ihren Herkünften, Potenzialen und ihrem Wirken in der Stadt nicht im kollektiven Gedächtnis verankert sind.

Eine weitere Ambivalenz in dieser Stadt ist, dass viel über das (eher als problematisch empfundene) Erscheinen des migrantischen ›Anderen‹ in Gestalt der Geflüchteten reflektiert wird, während zugleich die abwanderungsbedingte Entleerung der Stadt beklagt wird. Tatsächlich sind die Straßen auffallend menschenleer, selbst an zentralen Plätzen wie dem Rathausplatz ist während unseres Rundgangs an einem Montagmittag im September kaum ein Mensch unterwegs. Dies führt zu der grundsätzlichen Frage, wo denn überhaupt Begegnung im Alltag stattfindet, aus der so etwas wie Gemeinsinn entstehen könnte. Einige Interviewpartner:innen betonen, durch die Ankunft der Geflüchteten seien die Straßen und Spielplätze sichtlich voller geworden, insbesondere an für die Migrant:innen bedeutsamen Orten wie etwa in der Nähe der Moschee. Aus unserer eher großstädtischen Perspektive wirken aber auch diese Orte eher unbelebt. Vielmehr ›verschwinden‹ die Geflüchteten durch die dezentrale Verteilung aus dem Blickfeld. In Gesprächen mit den Geflüchteten und Studierenden in Dessau schält sich ein stark segmentiertes Bild gesellschaftlichen Lebens heraus, das die Allgemeinheit betrifft und dass die Geflüchteten nun auch erleben: Beispielsweise die junge FSJ-lerin Haina Hamad*, die nach dem Wechsel von der DaZ-Klasse einer Oberschule aufs Gymnasium ihre alten Mitschüler:innen aus den Augen verliert, weil man sich auf den unterschiedlichen Bildungspfaden nicht mehr trifft (vgl. Textbox 4.2). Die internationalen Studierenden, die berichten, sie seien den ganzen Tag »auf der anderen Seite der Brücke«, bezugnehmend auf die Brücke über die zentrale Bahnlinie, die die Stadt teilt, so dass Studierende, die auf der Westseite die Hochschule Anhalt besuchen, in der östlich gelegenen Innenstadt kaum jemals anzutreffen sind. Die dominante Nord-Süd-Erstreckung der Dessauer Wohngebiete bewirkt, dass es viele sehr unterschiedliche Nachbarschaften gibt, die im inneren integrativ sein mögen, aber kaum miteinander interagieren. Wichtig sind zudem die Kleingartensiedlungen, ein beliebtes Refugium ostdeutscher Stadtbewohner:innen, in denen inzwischen auch viele Geflüchtete eine Parzelle gepachtet haben. Dort trifft man sich untereinander, weniger aber mit seinen »Gartennachbarn«. Auch die Corona-Pandemie, meinen viele Gesprächspartner:innen, hätte zu einem allgemeinen Rückzug ins Private geführt. Begegnung, nicht nur interkulturelle Begegnung, müsse neu erlernt werden, und damit verbunden auch das Aushalten von Differenz.

Als wir mit den jüngeren Geflüchteten unter unseren Gesprächspartner:innen über Dessau-Roßlau als Lebensmittelpunkt sprechen, hören wir neben den bei allen jüngeren Dessauer:innen üblichen Klagen über zu wenig Leben und Aktivitätsmöglichkeiten für Jugendliche sowie eingeschränkte Bildungsangebote auch Aussagen, die das Blatt gleichsam wenden. Der junge Iraker Dayyan Mohammed* – Textbox 11.5 bietet eine kurze biographische Erzählung über ihn – reflektiert beispielsweise die Vorzüge Dessau-

Roßlaus für arabische Familien. Diese würden gern in Dessau leben, »weil die Dessauer ein ähnlich konservatives Weltbild haben, wie sie selbst.« Ähnlich wie die Dessauer:innen seien die arabischen Familien wenig offen Neuem gegenüber. Ebenso seien sie fokussiert darauf, ihren Kindern ein sicheres Umfeld zum Aufwachsen zu bieten, fernab den Verlockungen der Großstadt: »Und sie finden, dass dieser Ort sehr gut für die Kinder oder für die Familie ist, weil hier nicht so viel los ist. Nicht so wie in Berlin oder in den großen Städten. Deswegen fühlen sie sich wohl. Sie gehen arbeiten und sie finden, das ist halt gut.«[21] Allerdings würden ihm und anderen arabischen Menschen in Dessau die Orte fehlen, an denen sie ihre kulinarischen und sozialen Traditionen pflegen können, wie Restaurants, Shisha-Bars oder Geschäfte, die syrische Süßigkeiten anbieten:

> Also die syrische Küche ist wirklich sehr besonders. Frühmorgens, also da gibt es für das Frühstück besondere Läden, die bieten zum Beispiel Kichererbsen oder Falafel und so weiter. Das gibt es noch in Berlin und Leipzig. Das man hingeht, frühstückt. Und da fühlt man sich, als ob man wirklich noch in Syrien ist. Und die meisten [Kunden sind] Syrer, das ist perfekt. Ich war ein paarmal schon in Berlin, da habe ich immer so tolles Essen bekommen. Das fehlt mir hier natürlich. Das fehlt mir richtig doll. (Ebd.)

Nun kann angenommen werden, dass eine derartige gastronomische Infrastruktur für alle Stadtbewohner:innen eine attraktive Aufwertung wäre, und dass durch die gemeinsame Nutzung dieser Gastronomien Momente der Begegnung und der Erfahrung dessen möglich würden, was David Radford als *everyday sameness* bezeichnet. Auch bei anderen Einwanderergruppen hat die Etablierung ethnischer Gastronomien zum Prozess des Aneinander-Gewöhnens und der gegenseitigen Wertschätzung geführt. Aus der Sicht von Dayyan Mohammed* können die seit 2015 neu angesiedelten Geflüchteten erheblich zur Aufwertung der innerstädtischen Zentren und ihrer Angebotsstruktur beitragen, wovon alle Dessauer:innen profitieren würden. Damit schaffen sich die Geflüchteten zugleich eine vertraute Umgebung, in der sie ihre mitgebrachte Kultur der Begegnung ausleben und damit eine neue Bindung an den Ankunftsort entwickeln können. Denn das ist die Basis dafür, dass auch ein längerfristiges Bleiben erwogen wird.

Textbox 11.5: »Dessau ist meine Stadt!«

Dayyan Mohammed*, 33, stammt aus Syrien und kam 2015 als Asylsuchender nach Dessau-Roßlau. Seit März 2022 ist er eingebürgert. Er kam bereits eingangs von Kapitel 4 zu Wort, wo er formulierte, wie katastrophal es sei, nach der Flucht neu anzufangen. Er lebt gern in Dessau-Roßlau, wo er ein technisches Studium absolviert und nebenbei als Fitnesstrainer arbeitet. Eigentlich hätte er nach der Flüchtlingsanerkennung wegziehen können, aber er fand so viele positive Aspekte, dass er sich niederließ: »Aber ich habe mich für Dessau entschieden, weil ich vom Anfang hier gemerkt [habe], das ist mein Ort, das ist meine Stadt. Es ist alles schön ruhig, angenehm. Das mag ich. Ich mag nicht solche großen Städte, obwohl ich ein Stadtmensch bin. […] Hier ist alles so nah,

21 Interview mit Dayyan Mohammed* (Pseudonym), aus Syrien, Juli 2022.

da braucht man nicht so viel immer weit weg fahren oder mit dem Auto, oder mit der Straßenbahn. Mit dem Fahrrad kann man in der ganzen Stadt herumfahren.« Er hat festgestellt, dass man in Ostdeutschland leichter eine Studienzulassung bekommt als im Westen. Die Hochschule Dessau hat gute Deutschkurse angeboten, die er sofort nutzte, als er ankam. In seiner Freizeit treibt er viel Sport und hat darüber auch viele neue Freunde gewonnen. An Dessau liebt er vor allem die Parks und die schöne Natur: »Ich finde die Stadt an sich wirklich, eine sehr schöne Stadt, also sage ich mal. Angenehme Stadt, grüne Stadt. Das ist, was ich mag. Ich mag die Natur und ich gehe so gerne immer im Schillerpark. Im Schillerpark ist auch ein Teich und da sitze ich dort gerne unter einem Baum. Das ist ein sehr, sehr angenehmer Ort für mich. Oder am Fluss. Und auch im Wörlitzer Park, da fahre ich mit dem Rennrad hin. Das ist ein sehr, sehr schöner Ort für mich in Deutschland. In ganz Deutschland. Wirklich. Ich weiß nicht, ich fühle mich so unbeschreiblich wohl dort. Und da sitze ich dort stundenlang so gerne. Wirklich ohne, also nur alleine. Das finde ich sehr gut.« Mit seinen meist älteren Nachbarn hat er ein gutes Verhältnis. Eine tiefe emotionale Bindung hat er zu einer Patenfamilie, die ihn behandelt, »als ob ich der eigene Sohn bin«, und mit der er viel Zeit verbringt und regelmäßig bei der Gartenarbeit hilft. Inzwischen ist Dayyan* eingebürgert, nach dem Studienabschluss ist er zuversichtlich, in Dessau eine gute Arbeit zu finden. Er resümiert für sich »Da habe ich wirklich Glück hier in diesem Ort. Also an diesem Ort in Dessau finde ich, dass ich mein Glück gefunden habe.«

Ein städtischer Experte reflektiert, wie die Stadt rein strukturell von der Aufnahme der Geflüchteten profitiert hat. Die städtischen Wohnungsunternehmen hätten den Leerstand bekämpft, und auch die Kindertagesstätten wären wieder rentabler geworden. »Also irgendwo hat sich das refinanziert und wenn der Bund das auch dann mit subventioniert, ist das, glaube ich, eine Ressource, [in] die man sogar noch stärker hätte gehen können, um seine Einwohnerzahl zu erhöhen, weil mit mehr Einwohnern kriege ich auch mehr Fördermittel.«[22] Er rechnet vor, wie viel Geflüchtete die Stadt regelhaft verkraften könne – nämlich mindestens so viele, wie sie jährlich durch Abwanderung verliere: 1.000 Personen. »Und in einer Stadt, die jedes Jahr fast tausend Menschen verliert, wir sind jetzt bei 79.000, könnte man tausend Menschen nicht schlecht [verkraften], wenn man da sagt, wir wollen mal bewusst uns das noch mal reinholen.« (Ebd.) Natürlich ist unserem Gesprächspartner klar, dass ein derartiges System nicht reibungsfrei funktionieren würde, aber aus seiner Perspektive ist die Frage der Geflüchtetenaufnahme vorwiegend eine Organisationsfrage. Und diese könnte man mit geeigneten Managementstrategien lösen. Er vergleicht das mit dem Einstellungsverfahren in ein kleines Unternehmen. Insofern nur eine Person neu eingestellt würde, benötige es keiner besonderen Vorbereitungen. Kämen aber 15 Neue auf einmal, müsse das *on-boarding* strukturiert ablaufen. Mit dieser Argumentation verwahre er sich auch gegen die Kulturalisierung, die im Kontext der Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten immer wieder aufgekommen sei:

22 Interview mit einem Mitarbeiter des Integrationsmanagements Dessau-Roßlau, September 2021.

> Wir haben Unternehmen gesagt: »Wenn ihr 15 Menschen aus Syrien einstellt, gibt es zwei Probleme. Erstmal stellst du 15 Menschen gleichzeitig ein und da musst du erstmal vorbereiten, wie du die einarbeitest mit einem Einarbeitungsplan und nicht, dass die aus Syrien kommen. Das kommt danach!« Und die haben immer gesagt: »Syrer!« Nee! 15 Leute auf einmal. Und du bist ein Betrieb mit 30 Mann. Dann solltest du vielleicht gucken, wie man so eine Organisationsveränderung mal ordentlich begleitet! (Ebd.)

Diese Aussagen, die wiederum kontraintuitiv zu dem kollektiven stereotypen Wissen über die Überforderung der Kommunen und die migrationskritische Haltung ostdeutscher Kommunen angelegt sind, werden durch eine Vielzahl weiterer Gesprächspartner:innen in Dessau-Roßlau bestärkt, so dass sich bei aller Ambivalenz hier ein Möglichkeitsraum herauskristallisiert, in dem Migration und dezidiert auch die Aufnahme von Geflüchteten als Teil einer lokalen Entwicklungsstrategie konzipiert werden könnte. Sehr deutlich ist diese Haltung in der Stadtverwaltung zu erkennen, die bereits 2015 aktiv auf die Situation reagiert und zahlreiche innovative Managementstrategien entwickelt hat, um Integration ganzheitlich zu denken, etwa in Form von Prozessketten zur Arbeitsmarktintegration oder durch die Verkoppelung der Prozessfelder Migration und Internationalisierung.

Weitet man den Blick auf alternative Möglichkeiten der Geflüchtetenaufnahme, die mehr Planbarkeit und gezieltere Vorbereitung bieten, so ist man rasch bei *resettlement*-Programmen, mit denen Geflüchtete durch das UN-Flüchtlingshilfswerk in Flüchtlingslagern weltweit ausgewählt und in aufnahmebereite Staaten vermittelt werden. Vor allem die klassischen Einwanderungsländer USA, Kanada und Australien beteiligen sich an diesen Programmen und nutzen parallel dazu Programme, mit denen ihre Regionen auch andere Gruppen von Einwander:innen gezielt anwerben können. Kanadas *Provincial Nominee Program* etwa bietet eine Vielzahl von Einwanderungsoptionen, die jeweils sehr konkret auf die Bedarfe des regionalen Arbeitsmarktes ausgerichtet sind (Government of Canada 2025). Die Grundgedanken dieser Programme, nämlich eine möglichst große Passgenauigkeit von Integrationsbedürfnissen und Integrationsangeboten sowie persönlichen Fähigkeiten und den Möglichkeiten, diese in Wert zu setzen, zu erzielen, hat das Pilotprogramm Match'In für die Zuweisung von Geflüchteten in den Jahren 2021 bis 2024 in Deutschland getestet. Mehr als 20 aufnehmende Kommunen waren beteiligt. Der erste Ergebnisbericht zeigt vielversprechende positive Effekte für Geflüchtete und aufnehmende Kommunen (Reinhold et al. 2025).

Humanitäre und kommunale Bedürfnisse aufeinander abzustimmen ist also möglich. Blickt man etwas weiter in die Geschichte zurück, findet man eine Reihe eindrucksvoller Beispiele, bei denen die Aufnahme von geflüchteten Menschen zu positiven Effekten auf lokaler Ebene geführt hat. Dabei spiele ich auf die so genannten Flüchtlingsstädte an, in denen Gruppen von Geflüchteten nach dem Ende des Zweiten Weltkrieg gezielt angesiedelt wurden. Obgleich die Besatzungsmächte eine assimilative Strategie verfolgten und ankommende Vertriebenengruppen deshalb breit verteilen wollten, gab es eine Reihe von gezielten Ansiedlungen, vorrangig in Bayern, das 1945 noch stark agrarisch geprägt war. Indem man die aus stärker industrialisierten Regionen stammenden Sudetendeutschen teils geschlossen ansiedelte, ermöglichte man den Vertriebenen

nicht nur die Weiterführung ihrer Gewerbe und damit die Sicherung ihres Lebensunterhalts, sondern konnte als Agrarland auch einen Modernisierungssprung vollziehen. Eine dieser Flüchtlingsstädte ist die Gemeinde Neutraubling, errichtet auf dem Gelände eines Werksflughafens der Regensburger Messerschmitt-Werke, einem Konzern, der Jagdflugzeuge produzierte. Unter den dort angesiedelten Sudetendeutschen waren viele Handwerker und Gewerbetreibende. Schon bald produzierten über 70 Betriebe Güter des täglichen und längerfristigen Bedarfs wie Bekleidung, Metallwaren oder Möbel. Damit wurden auch zusätzliche Arbeitsplätze für die Einheimischen geschaffen, so dass Neutraubling bald zum zweitgrößten industriellen Arbeitgeber in der Region aufstieg. Eine weitere gezielte Ansiedlung war jene der Gablonzer Schmuckhersteller auf dem Gelände der ehemaligen Dynamit Nobel AG bei Kaufbeuren. Bereits 1948 waren in Neugablonz über 6000 Vertriebene beschäftigt und wichtige wirtschaftliche Impulse für die Region gesetzt (Kift 2008: 127ff.).

Das angesichts der Relationen von Einheimischen und Neubürger:innen beeindruckendste Beispiel ist die Ansiedlung einer kompletten Dorfgemeinschaft aus dem böhmischen Musikwinkel in der kleinen fränkischen Gemeinde Bubenreuth bei Erlangen. Seit dem 18. Jahrhundert hatte sich die böhmische Gemeinde Schönbach auf die Produktion hochwertiger Streich- und Zupfinstrumente spezialisiert. Einstimmig hatte der Gemeinderat der damals ganze 415 Einwohner:innen zählenden Landgemeinde Bubenreuth die Aufnahme von 2.000 Vertriebenen aus Schönbach beschlossen. Diese Entscheidung war ebenso mutig wie riskant, denn es war klar, dass sich damit das komplette Gefüge des Dorfes verändern würde, zumal die Vertriebenen fortan rein quantitativ in der Überzahl waren (Auer 2018).

Eine kleine Ausstellung im Rathaus der Gemeinde erzählt von den Anfängen der Schönbacher Vertriebenen im fränkischen Bubenreuth, von Konflikten und vom allmählichen Zusammenwachsen. Zunächst stand der Wohnungsbau im Vordergrund. Binnen weniger Jahre errichtete man 500 Wohnungen in einem separaten Baugebiet, das später den Namen ›Geigenbauersiedlung‹ erhielt. Mit dem alten Ort war es durch eine Straße verbunden, an der später zwei öffentliche Gebäude errichtet wurden: die Stadthalle und eine neue katholische Kirche – denn die überwiegend katholischen Schönbacher:innen waren in eine evangelische Gegend geraten (ebd.). Zeitzeug:innen schildern, wie die anfänglichen Unterschiede, beispielsweise im Dialekt und in der Religion, nach und nach überwunden wurden. Wesentlich war dabei der gemeinsame wirtschaftliche Aufschwung, denn durch die Ansiedlung der Schönbacher Instrumentenbauer:innen entwickelte sich Bubenreuth zu einem bedeutenden Zentrum des Geigenbaus mit zeitweilig 1.500 Arbeitsplätzen und Exporten in die ganze Welt. Die Ausstellung erzählt auch von politischem Dissens, etwa bei der Frage der Proporze, mit denen alte und neue Einwohner:innen in den Gemeinderat gewählt werden, oder ein Vorstoß hinsichtlich der Änderung des Gemeindenamens in Neu-Schönbach. Doch nach und nach wuchs man zusammen, legte die zuvor separat ablaufenden und für die fränkische Kultur so wichtigen Kirchweihfeste (Kärwa) der neuen und der alten Dorfgemeinschaft zusammen, und relativ rasch kam es auch zu ehelichen Verbindungen zwischen beiden Gruppen. Damit war das besiegelt, was ein Zeitzeuge nicht »Integration« nennen möchte, sondern lieber den gemeinsamen »Neuanfang« (vgl. Zeković/Nowicka 2025). Der Migrationsforscher Denis Zeković, der die Kuratierung eines neuen Migrationsmuseums in Bubenreuth

wissenschaftlich begleitet, betont mit Blick auf die Bubenreuther Migrationsgeschichte die Notwendigkeit, den Beitrag von Migrant:innen zum Wohlstand des Aufnahmelandes anzuerkennen und zugleich historisches Wissen zu dekolonisieren (ebd.). Die Beispiele der gemeinsamen Neuanfänge nach der umfassenden materiellen und sozialen Zerstörung des Zweiten Weltkriegs richten den Fokus auf eine Zukunft, die gemeinsam und unter neuen Vorzeichen gestaltet werden muss, wofür alle verfügbaren Ressourcen genutzt werden. Auf diese Weise entstehen neue kollektive Identitäten, in die das Alte und das Neue integriert ist. In Bubenreuth ist diese neue Identität sichtbar im Gemeindewappen verankert, das nicht nur den Pflug als Symbol für die ursprüngliche Ackerbauerngesellschaft zeigt, sondern auch die Geige als Leitsymbol der Schönbacher Instrumentenbauer:innen.

Abb. 11.2: Wappen der Gemeinde Bubenreuth



Quelle: Gemeinde Bubenreuth

11.3 Was jetzt zu tun ist – ein Ausblick

Flucht und Verfolgung werden ihre Relevanz behalten – und damit auch die Notwendigkeit, auf den verschiedenen politischen Ebenen nachhaltige Konzepte für den Umgang mit Geflüchteten zu entwickeln. Geflüchtete kommen mit einer anderen Migrationsgeschichte als freiwillige Migrant:innen – doch sie haben ähnliche Hoffnungen für die Zukunft: nämlich ein Leben in Sicherheit zu führen und durch eigene Arbeit positive Entwicklungsoptionen für sich selbst und die Familienangehörigen zu schaffen. Diese Hoffnungen sollten von der Aufnahmegesellschaft erkannt und unterstützt werden. Das ist nicht nur aus humanitärer Perspektive wünschenswert, sondern auch aus sozialen und ökonomischen Gründen sinnvoll.

Als Konsequenz meiner zehnjährigen Forschung zur Aufnahme von Geflüchteten in Deutschland sowie als Resultat zahlreicher öffentlicher Workshops und Diskussionen zu dem Thema möchte ich auf sechs Aspekte zu sprechen kommen, die für die weitere und zukünftige Gestaltung von Geflüchtetenaufnahme und ihrer Teilhabe wichtig sind. Diese Liste ist sicherlich nicht erschöpfend, die Schwerpunktsetzung resultiert aus mei-

ner Betrachtungsrichtung auf individuelle Lebensläufe und die Entwicklungsgeschichten von lokalen Gesellschaften.

11.3.1 Intersektionale Perspektive auf Geflüchtete und ihre Bedürfnisse

Meine Betrachtungen haben gezeigt, wie vielfältig die Lebenslagen und Ressourcen der Geflüchteten sind, die in Deutschland in den vergangenen zehn Jahren aufgenommen wurden. Ihre Integrationschancen hängen von verschiedenen persönlichen und sozialen Faktoren ab. Zu den persönlichen Faktoren zählen das Alter, das Geschlecht, der Bildungsstand, der Gesundheitszustand, die ethnische Zugehörigkeit, das Ausmaß der rassistischen Stigmatisierung aufgrund von Hautfarbe und Religion und der Aufenthaltsstatus. All diese Einzelmerkmale lassen sich zu einer unendlichen Serie an Kombinationen denken, mit denen je unterschiedliche Chancen einhergehen. Ob eine geflüchtete Frau jung oder alt ist, aus der Ukraine oder aus Afghanistan stammt, viele oder wenige Kinder hat, alleinerziehend oder mit Partner:in in Deutschland lebt, einen Hochschulabschluss hat oder Analphabetin ist, gesund oder krank ist, all das beeinflusst ihren weiteren Lebensweg in Deutschland. In meinen Fallbeispielen konnte ich viele positive Entwicklungspfade von jungen, gut gebildeten Frauen ohne Kinder nachzeichnen, während sich die Merkmale ›alleinerziehend‹, ›wenig gebildet‹, ›prekärer Aufenthaltsstatus‹ und ›traumatisiert‹ als Hemmschuh für eine rasche Integration erwiesen. In Kapitel 4 habe ich an den Beispielen des jungen iranischen Paars Ramin Jafari* und Sahar Mahmoudi* in Steinbergen*, der syrischen Familie Salloum* in Rabstein* und dem syrischen Ehepaar Aboud* in Rathow* die Effekte von intersektionalen Verschränkungen gezeigt. Dieser individuelle Blick auf ineinander verwobene Potenziale oder Hemmnisse für Integration ist notwendig, um bedarfsgerechte Integrationsprozesse zu gestalten.

In einigen Kommunen, in denen wir forschten, scheinen die Erfahrungen mit den Geflüchteten und ihren komplexen Problemlagen dazu geführt zu haben, dass entsprechende Benachteiligungen auch für andere Gruppen neu bewertet wurden, oder dass sich durch die Ansätze, die für die Geflüchteten entwickelt wurden, plötzlich auch neue Optionen für die Arbeitsmarktintegration anderer schwer vermittelbarer Personengruppen auftaten. Das reflektiert die Leiterin des Jobcenters Marstadt*, die meint, man habe »nicht nur das Thema Migranten aufgegriffen«, sondern es seien plötzlich »ganz viele Gruppen auch mit hochgekommen«, beispielsweise die Spezifik von Frauen auf dem Arbeitsmarkt, oder von Menschen mit Behinderung oder Migrant:innen, die bereits länger in Marstadt* leben. »Durch diese Flüchtlingswelle, ja, sind auch viel mehr Chancen eröffnet worden. Also, gerade das Thema Sprachkurse wurde da auch einfach offener dann gestaltet. Bis dahin gab es ja doch eher eine andere Politik, und da sind die Zugänge erweitert worden.«[23] Als extrem effektiv haben sich individuelle Vermittlungs- und Coaching-Modelle erwiesen, die im Rahmen der Arbeitsmarktintegration die gesamte Lebenslage der Betroffenen im Blick haben, um rechtzeitig auf Probleme reagieren zu können, die Einfluss auf Integrationswege haben. Diese Programme sind so erfolgreich, dass manche unserer Gesprächspartner:innen aus dem Arbeitsvermittlungsbereich sich

23 Interview mit Anja Kreuzer* (Pseudonym), Geschäftsführerin des Jobcenters Marstadt* (Pseudonym), September 2021.

wünschen, das Modell möge auch auf deutsche Langzeitarbeitslose übertragen werden (vgl. Kap. 9).

Ein weiterer Aspekt, der bei der intersektionalen Betrachtung von Integrationsprozessen deutlich wird, ist die Vielfalt von gesellschaftlich relevanten Tätigkeitsfeldern, die Menschen auch jenseits einer Arbeitsmarktbeteiligung das Einnehmen einer gesamtgesellschaftlich relevanten sozialen Rolle ermöglichen. Viele Geflüchtete engagieren sich als Sozialhelfer:innen oder ehrenamtliche Fahrer:innen, helfen bei der Tafel oder in der Geflüchtetenhilfe. Manche formalisieren ihre Tätigkeit, indem sie eine Stelle im Bundesfreiwilligendienst annehmen. Häufig erweisen sich diese Tätigkeiten als Brücke in die Aufnahmegesellschaft: viele Geflüchtete schließen während dieser Tätigkeiten Freundschaften mit Deutschen und erweitern ihren Bekanntenkreis. Manchmal ergeben sich durch die ehrenamtliche Tätigkeit auch Einstiegsmöglichkeiten in bezahlte Beschäftigungsverhältnisse. Für jene, die aufgrund ihres prekären Aufenthaltsstatus keine Arbeitserlaubnis haben, ergibt sich durch die ehrenamtliche Tätigkeit oft die einzige Möglichkeit für gesellschaftliche Teilhabe.

In jedem Fall macht eine etwas offenere Perspektive auf Integrationsverläufe nochmals deutlich, dass die Gesellschaft nicht nur durch Lohnarbeit, sondern eben auch durch soziales Engagement am Laufen gehalten wird. Das sollte bei der Bewertung von Integrationsverläufen nicht aus dem Blick geraten. Und wichtig ist natürlich, dass niederschwellige Arbeitsgelegenheiten oder Engagementmöglichkeiten wie der Bundesfreiwilligendienst ausreichend und nachhaltig finanziert werden und sich dezidiert auch gegenüber neu angekommenen Geflüchteten öffnen.

11.3.2 Die Frage des Tempos: Integration als Langstrecke

Dass Integration keine Sprintdisziplin ist, sondern eine Langstrecke, wird gerne im öffentlichen Diskurs betont. Dabei beinhaltet die Frage der verstreichenden Zeit verschiedene Problematiken. Zum einen ist mit dem Langstreckenargument der Appell verbunden, für nachhaltige Integrationsstrukturen zu sorgen und Geduld im Integrationsprozess zu haben. Beides ist nicht banal. Viele Integrationsstrukturen, die nach dem Jahr 2015 aufgebaut wurden, beruhen auf befristeter Projektförderung. Das heißt, sie existieren am heutigen Tage entweder gar nicht mehr, oder sie laufen seit zehn Jahren mit immer neuen zeitlichen Befristungen. Dies macht es extrem schwierig, kompetentes Personal zu binden und eine nachhaltige lokale Akteursvernetzung zu entwickeln. In unseren Forschungsinterviews vor Ort war das immer wieder Thema, ebenso wie in Transferformaten, zu denen ich häufig eingeladen werde. Anfang 2025 sprach ich beispielsweise mit einer Arbeitsmarktmentorin aus dem Vogtland. Das Arbeitsmarktmentoren-Programm gibt es in Sachsen seit dem Herbst 2016 und ist aus Sicht meiner Gesprächspartnerin »unglaublich erfolgreich«.[24] Derzeit ist es bis Ende 2027 befristet. Die wichtige Aufgabe der Integrationsbegleitung findet also auf Basis befristeter Beschäftigungsverhältnisse

24 Informationen zu den Zielen und Erfolgen des Programms finden sich auf der Webseite, https://arbeitsmarktmentoren-sachsen.de/; die Rubrik »Erfolgsgeschichten« bietet kurze Interviews mit Geflüchteten, die mit Hilfe des Programms erfolgreich in eine Berufstätigkeit vermittelt werden konnten (letzter Zugriff 31.03.2025).

statt, erfordert zugleich aber volles Engagement und viel Eigeninitiative beim Aufbau der Arbeitgebernetzwerke (vgl. Kap. 9.3). Eine unbefristete Beschäftigungsperspektive würde sicherlich helfen, für diesen Bereich leistungsbereite, engagierte und sozial kompetente Arbeitskräfte zu gewinnen und vor allem zu halten.[25]

Ebenso wenig banal ist die Frage der Geduld im Integrationsprozess. Sicher können sich viele noch an den politischen Diskurs aus dem Jahr 2015 erinnern, der eine Zeitlang das Argument weiter transportierte, mit den Geflüchteten kämen überwiegend leicht integrierbare Fachkräfte ins Land. Umso größer war dann die Enttäuschung, dass die mitgebrachten Qualifikationen unterschiedlich hochwertig und unterschiedlich gut transferierbar waren. Nach wie vor erweist sich der Weg Geflüchteter in den Arbeitsmarkt (und damit in die ökonomische Eigenständigkeit als implizites politisches Ziel) als äußerst langwierig. Nachhaltige Probleme stellen sich durch die eher schwer erlernbare deutsche Sprache, kombiniert mit in Teilen ungenügend ausgebauten Sprachkurs-Strukturen, so dass immer wieder Lücken und Wartezeiten entstehen. Hinzu kommen hausgemachte Probleme, wie beispielsweise die langwierigen Berufsanerkennungsverfahren und die teilweise unklaren gesetzlichen Regelungen, was die Arbeitserlaubnis von Geflüchteten betrifft. Bis heute ist im öffentlichen Diskurs das Spiel mit den Statistiken beliebt, und auch ich habe hier in verschiedenen Grafiken vorgeführt, wie sich die Linien der Arbeitsmarktpartizipation allmählich und vielleicht zu langsam der ›Normallinie‹ der Gesamtbevölkerung annähern.

Auch für diese Schwierigkeiten gibt es kein *one-size-fits-all* Rezept, aber einen reichen Erfahrungsschatz an Maßnahmen, die gut funktionieren und Faktoren, die zum Gelingen beitragen. Hilfreich könnte ganz im Sinne der oben diskutierten intersektionalen Perspektive eine Ausdifferenzierung von Zielsetzungen sein. Wie das Ehepaar Aboud* in Kapitel 4 erklärte, macht es nicht für alle Geflüchteten Sinn, zunächst Deutschkenntnisse auf B2 Niveau zu erwerben. Manchmal ist es besser, direkt in eine Tätigkeit einzusteigen, und dann nach und nach die sprachlichen und beruflichen Fähigkeiten zu erweitern. Das vorwiegend für ukrainische Geflüchtete entwickelte Jobturbo-Programm mit seinen drei Phasen ist ein erster Versuch, den Prozess der Arbeitsmarktintegration zu flexibilisieren.

Aus der Perspektive der Geflüchteten, für die anfangs alles in Deutschland fremd ist und es teils schwierig ist, Integrationsmöglichkeiten zu überblicken, sind individuelle Pläne zu empfehlen, die die einzelnen Etappen auf dem Weg der Integration definieren, so dass das Ziel im Blick bleibt und der zeitliche Aufwand besser abgeschätzt werden kann. Und natürlich wäre eine Ertüchtigung der Verwaltungsstrukturen hilfreich, nicht nur für die erfolgreiche Integration von Geflüchteten, sondern für alle Einwander:innen, etwa was die Digitalisierung von Verwaltungsprozessen anbelangt. Meine Vision wäre, dass es in drei Jahren einen Chatbot gibt, über den alle ihre mitgebrachten Zertifikate im

25 Interessant ist im Übrigen auch, dass das Berufsfeld Beratung und Begleitung überwiegend von weiblichen Beschäftigten ausgeübt wird. Ob dieser Aspekt dazu beiträgt, dass prekäre Arbeitsverhältnisse normalisiert werden, ist nicht nachweisbar. Trotzdem drängt sich die Frage auf, ob Arbeitsbedingungen und Entlohnung der Sozialen Arbeit besser wären, wenn es sich um eine männliche Domäne handelte.

Anerkennungsverfahren prüfen lassen können und damit schneller Gewissheit haben, wie sie in Deutschland eingestuft werden.

Ein letzter Aspekt der Langstrecke ist die Frage von Wartezeiten. Im ersten Teil dieses Buchs haben viele Geflüchtete eindrücklich von den devastierenden Schwebezuständen berichtet, in denen sie sich in den Erstaufnahmeeinrichtungen und während des Asylverfahrens befunden haben. Solange keine Gewissheit über den Aufenthaltsstatus herrscht, können die nächsten Schritte in das zukünftige Leben nur schwer angegangen werden. Befunde der Arbeitsmarktforschung belegen, dass lange Wartephasen die beruflichen Platzierungschancen nachhaltig verschlechtern (vgl. Kosyakova/Brenzel 2020). Ganz besonders gilt das für Menschen, die sich nach dem Ende des Asylverfahrens weiterhin in einem Limbo-Zustand befinden, entweder, weil die Familie nicht nachkommt, oder weil sie selbst sich in einer prekären aufenthaltsrechtlichen Situation befinden. Die mit diesen Limbo-Situationen verbundenen Verschlechterungen von Integrationschancen haben wir gesamtgesellschaftlich zu tragen, und jeder individuelle Fall ist tragisch in Bezug auf die Nicht-Verwirklichung von Lebensperspektiven. Ich würde mir wünschen, dass wir in drei Jahren eine Bleiberechtsregelung für alle haben, die nach einem gescheiterten Asylverfahren innerhalb eines bestimmten Zeitraums, und mit der dazu erforderlichen Unterstützung, maßgebliche Integrationsschritte absolviert haben. So ungern ich ökonomisch argumentierte, möchte ich an dieser Stelle festhalten, dass sich diese Regelung auch ›rechnen‹ würde (vgl. Textbox 11.6).

Textbox 11.6: Mit viel Kraft vom Flüchtling zum Fachmann

Ein Artikel in der Rheinischen Post macht den Lebensweg von Ashfaq Javed sichtbar, der aus Pakistan floh und in Deutschland eine Ausbildung zum Altenpfleger abgeschlossen hat. Eigentlich ist er Grundschullehrer, aber es ergab sich keine Anschlussmöglichkeit an diese Tätigkeit. So nahm er einen Bundesfreiwilligendienst auf, um verschiedene Berufsfelder kennen zu lernen. Und um seine Deutschkenntnisse zu verbessern. »Morgens lernte er deutsch, nachmittags ging er zur Arbeit. Und abends telefonierte er mit seiner Familie in Pakistan.« Eine Ehrenamtliche leistet ihm wertvolle Unterstützung, nicht nur mit Informationen, sondern auch durch emotionalen Beistand. Als sich abzeichnet, dass er im pädagogischen Bereich keine Möglichkeiten hat, steuert er um und nimmt im Rahmen seines Freiwilligendienstes eine Tätigkeit im Altenheim auf. »Das hat auch etwas mit meiner eigenen Erziehung zu tun«, sagt er, »wir haben immer in der ganzen Familie gelebt. Ich habe meine Eltern bis zu ihrem Tod versorgt, und es gehört für mich dazu, sich um ältere Menschen zu kümmern.« Er bekommt die Möglichkeit, in dem Altenheim eine Ausbildung zu absolvieren. Herausfordernd ist dabei weniger die praktische Tätigkeit, sondern der Schulstoff: »Javed kämpfte mit der Fachsprache und den Aufgaben, tat sich mit Fragen in Prüfungen schwer: ›Ich hatte immer ein bisschen Angst, dass ich es nicht schaffe und habe mich geschämt, weil ich nicht alles verstanden habe‹, sagt er.« Mit seiner ehrenamtlichen Mentorin lernt er vier Stunden täglich nach der Arbeit. Schließlich besteht er das Examen, mit 50 Jahren als ältester seines Jahrgangs, und unterschreibt einen unbefristeten Arbeitsvertrag. Gerne würde er nun seine Familie aus Pakistan nachholen, von der er seit fünf Jahren getrennt ist. Dafür benötigt er einen verlässlichen Auf-

enthaltsstatus, denn gegenwärtig ist er lediglich geduldet. »›Ich hoffe sehr, dass ich jetzt eine Chance bekomme, zu bleiben‹, sagt er. Schließlich ist Ashfaq Javed jetzt eine Fachkraft – viel gesucht und sehr umworben.« (Demski 2022)

11.3.3 Integration durch Bildung

Bevor ich an die TU Chemnitz berufen wurde, habe ich bei der Stadt Leipzig im Bereich Bildungsmanagement gearbeitet. Meine Aufgabe war, ein Monitoring für Bildungsprozesse aufzubauen, das alle Etappen des lebenslangen Lernens abdeckt, und ein Bildungskonzept im Rahmen der Integrierten Stadtentwicklung zu erarbeiten. Vieles, was wir damals, vor nunmehr 15 Jahren, im Leipziger Team diskutiert haben, begegnet mir heute beim Thema Flucht und Geflüchtetenaufnahme wieder. Sei es das Erfordernis des lebenslangen Lernens, der Inklusion, der Gestaltung von Übergängen im Bildungssystem, der Berücksichtigung nicht nur der formalen, sondern auch der non-formalen und informellen Bildung, sowie das Zusammendenken von Bildung, Sozialer Ungleichheit und Sozialraum. Unsere damalige Arbeit war Teil eines großen Bundesprogramms namens »Lernen vor Ort«, das in 36 Landkreisen und kreisfreien Städten in der Bundesrepublik ausgerollt wurde (BMBF o.J.). An all diesen Orten sollten theoretisch Blaupausen existieren, die leicht auf die Aufnahme und Integration von Geflüchteten angewandt werden können. Ich möchte nur einige Aspekte aus diesen Blaupausen hervorheben, die sich für eine Anwendung auf die Geflüchtetenintegration eignen und damit zugleich zeigen, dass es sich hier um gesamtgesellschaftliche Herausforderungen handelt. Da ist zunächst die Bedeutung des lebenslangen Lernens: dass angesichts von sich rasch ändernden Anforderungen auf dem Arbeitsmarkt eine lebenslange Weiterqualifikation erforderlich ist, dürfte inzwischen zum gesellschaftlichen Konsens gehören. Dennoch werden die entsprechenden Angebote nur von einem Teil der Erwerbstätigen genutzt, wie Studien zum lebenslangen Lernen zeigen.[26] Für Geflüchtete könnten derartige Angebote essenziell sein, um sich aus der anfangs oft dequalifizierten Beschäftigung (vgl. Kap. 5) herauszuarbeiten. Sie scheinen aber noch nicht sonderlich verbreitet zu sein. Nur in einer unserer Fallstudienregionen wurde etwa das Instrument der modularen Nachqualifikation aktiv genutzt. Dieses Instrument ist besonders für Auszubildende geeignet, die den Unterrichtsstoff in der Berufsschule und am Ausbildungsplatz nicht in der zur Verfügung stehenden Zeit bewältigen können, was auf viele Geflüchtete aufgrund unzureichender Deutschkenntnisse zutrifft. Viele kommen aber in den Betrieben sehr gut zurecht und lernen in der Praxis schnell und effektiv. Die Möglichkeit, die Abschlussprüfung in mehreren Modulen und damit über mehrere Jahre gestreckt zu absolvieren,

26 Eine international vergleichende Studie sieht Deutschland beim lebenslangen Lernen auf dem 10. Rang (vgl. Hoskins/Cartwright/Schoof 2011). Den Daten des Adult Education Survey (AES) folgend nahmen 2020 lediglich 7 % Menschen im Erwerbsalter an formalen Weiterbildungen teil (Ehlert 2024).

erleichtert das Aufholen von Lernlücken und sprachlichen Defiziten und sichert zugleich die Teilhabe am Erwerbsleben ab.[27]

Um die besonderen Hürden für Geflüchtete im Bereich der Ausbildung zu berücksichtigen, könnten auf Basis der Idee lebenslangen Lernens weitere Bausteine entwickelt werden. Einer unserer Gesprächspartner aus dem Bereich Arbeitsmarktintegration wünscht sich beispielsweise, dass alle Menschen bis zum Alter von 35 Jahren eine berufliche (oder akademische) Ausbildung absolviert haben (vgl. Kap 5.4). Das als Standardziel von Integration festzuschreiben, würde auch gering gebildete Geflüchtete fit machen für eine Zukunft, in der immer wieder neue Anforderungen auf sie zukommen. Ebenso sinnvoll scheint eine Anhebung des Höchstalters für die schulische Teilhabe zu sein. Zur Erinnerung: rund ein Fünftel der in den Jahren 2014 bis 2020 eingereisten Geflüchteten war zwischen 18 und 25 Jahre alt. Sie waren dementsprechend nicht mehr schulpflichtig, brachten aber häufig schulische Bildungslücken mit, die durch die Lebenssituation in den Herkunftsländern und auf der Flucht entstanden waren. Eine Anhebung des Schulbesuchsrechts um einige Jahre würde vielen dieser jungen Erwachsenen einen schulischen Abschluss ermöglichen, den sie als Basis für eine qualifizierte berufliche Ausbildung nutzen könnten.

Ein weiteres Element des Wissenstransfers ist die Erkenntnis, dass gerade bei sozial benachteiligten Nutzergruppen Bildungsangebote im sozialen Nahraum etabliert werden sollten, um Zugangsschwellen zu senken. Unsere »Lernen vor Ort«-Vision war ein Gymnasium für einen sozial benachteiligten Stadtteil Leipzigs, das im schulischen Ganztag organisiert ist und damit viele non-formale Bildungs- und Förderangebote in den Tagesablauf integriert (Stadt Leipzig 2013: 23). Es sollte die von den migrantischen Schüler:innen mitgebrachten Ressourcen wertschätzen, indem beispielsweise häufige Herkunftssprachen der Schüler:innen als reguläres Schulfach im Rahmen der Fremdsprachenausbildung anerkannt würden. Auf diese Weise könnten beispielsweise auch arabische oder ukrainische Kinder von ihrem ›Heimvorteil‹ profitieren, genauso wie das für viele europäische Einwandererkinder, die beispielsweise Französisch oder Spanisch als Muttersprache haben, gang und gäbe ist. Die Sozialraumorientierung kann auch auf die in diesem Buch diskutierten Lücken in der Landschaft der Integrationskurse übertragen werden. Wie ich in Kapitel 5 gezeigt habe, entstand in den Jahren nach 2015 eine Versorgungslücke für geflüchtete Frauen mit kleinen Kindern, die nicht ausreichend zeitliche Ressourcen hatten, um stundenlang mit öffentlichen Verkehrsmitteln in die nächste Stadt zu fahren, in der ein passender Sprachkurs angeboten wird. Ein parallel zu den herkömmlichen Sprachintegrationskursen laufendes online-Angebot, das man vor Ort mit den oft ehrenamtlich angebotenen Sprachcafés vernetzen könnte, wäre eine einfache Möglichkeit, um auch die Teilhabe von jungen Müttern unter den Geflüchteten zu fördern.

Ein letzter Punkt, der indirekt in die Thematik des Lernens hineinspielt, ist das zivilgesellschaftliche Engagement. Viele der von uns interviewten Geflüchteten engagieren sich im Ehrenamt. Mütter sind häufig in den Elternräten von Kita und Schule aktiv.

---

27 In den vergangenen Jahren wurden auf Bundesebene Leitlinien und Verfahrensvorschläge entwickelt, um Teilqualifikationen bundesweit zu vereinheitlichen und das Angebot ausgehend von dualen Referenzberufen zu erweitern (vgl. BMBF 2024: 131).

Jugendliche engagieren sich als Trainer oder Gruppenleiterin in Vereinen, und manche männliche Geflüchtete sind der Freiwilligen Feuerwehr beigetreten. Viele Geduldete, die aufgrund aufenthaltsrechtlicher Beschränkungen keine Erwerbsarbeit aufnehmen können, haben eine Teilhabemöglichkeit durch das Engagement bei sozialen Trägern gefunden oder helfen bei der Tafel oder in sozialen Einrichtungen. Viele Jugendliche, die zur 1,5ten Einwanderergeneration gehören, haben nach der Schule zunächst einen Bundesfreiwilligendienst absolviert, um sich beruflich zu orientieren und sich selbst die Zeit zu geben, die deutsche Gesellschaft und Sprache noch besser kennen zu lernen, bevor sie eine anspruchsvolle Berufsausbildung beginnen. Auch viele Frauen aus der Elterngeneration der Geflüchteten haben wir als Teilnehmerinnen im Bundesfreiwilligendienst kennen gelernt. Aus manchen dieser ehrenamtlichen Tätigkeiten haben sich später Ausbildungs- oder Beschäftigungsmöglichkeiten ergeben. Die Finanzierung dieser Angebote und die Beratung und Vermittlung von Geflüchteten sollten als Teil der kommunalen Integrationsinfrastruktur betrachtet werden. Und was das Engagement der Mütter betrifft, kann ähnlich wie bei nicht geflüchteten Müttern konstatiert werden, dass häufig sie es sind, die die notwendige familiäre Fürsorgearbeit und die daran angekoppelte Engagementarbeit in sozialen Vereinigungen übernehmen. Wenn also einmal wieder auf die Linien im Arbeitsmarktintegrationsdiagramm geblickt und dabei moniert wird, dass bei Frauen weiterhin »Luft nach oben« ist, sei an diese nicht entlohnten aber gesellschaftlich wertvollen Tätigkeiten erinnert.

11.3.4 Lokale Rezeptivität versus überlastete Kommunen

Viel war in den vergangenen Jahren von der Überlastung der Kommunen die Rede. Regelmäßige Appelle der kommunalen Spitzenverbände unterstrichen die Drastik dieses Claims und forderten eine Senkung der Zugangszahlen, um die Überlastung zu beheben (vgl. z.B. Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen 2023, Städtetag 2023, Deutscher Landkreistag 2023, Die Welt 18.03.2024, NTV 09.09.2024, Handelsblatt 01.04.2025). Dabei wurde ein homogenes Bild gezeichnet, das der Vielfalt lokaler Aufnahmesituationen und -strategien nicht gerecht wird. Eine im Oktober 2023 durchgeführte Befragung der Universität Hildesheim, an der sich über 600 Kommunen in Deutschland beteiligten, zeigte bei 40,5 % der befragten Kommunen laut Selbstbeurteilung eine Überlastung, während 58,1 % die Situation als »herausfordernd, aber (noch) machbar« einstuften; 1,5 % der Kommunen befanden ihre Lage als »entspannt«. Der Überlastungsbefund variierte nicht nur zwischen Typen von Kommunen (mit den meisten Überlastungsanzeigen bei Landkreisen und kleinen Gemeinden und geringsten Anteilen von Überlastung in den Großstädten), sondern auch in Bezug auf die Person, die den Fragebogen beantwortete: denn während 53 % der Bürgermeister:innen die Lage ihrer Kommune als überlastet bezeichneten, kamen lediglich 37,5 % der Mitarbeiter:innen aus den relevanten Fachabteilungen zu diesem Ergebnis (vgl. Kühn 2023: 3ff). Zudem ergab sich eine unklare Definition von ›Überlastung‹, beispielsweise betrieb nur ein Teil der »überlasteten« Kommunen Notunterkünfte in Form von Containern, Turnhallen, oder Zelten, zum anderen fanden sich diese eher unwohnlichen Unterbringungsformen auch in Kommunen, die ihre Situation als »herausfordernd, aber (noch) machbar« eingeschätzt hatten. In einer offenen Frage nannten die Befragten auch die

Kommunalverwaltung und die Kindertagesstätten als Teil der Überlastungssituation. Der Studienautor vermutet, dass die Problemwahrnehmung durch übergeordnete politische Diskurse beeinflusst wurde. Denn die Einschätzungen der Befragten bildeten sich »nicht im luftleeren oder politikfreien Raum. Es ist denkbar, dass neben der konkreten Lage vor Ort auch Debatten in Medien und Politik sowie im eigenen persönlichen und beruflichen Umfeld die Bewertung der Belastungslage beeinflussen.« (Ebd.: 6). Auch eine im Auftrag der Körber-Stiftung Anfang 2025 durchgeführte Befragung ehrenamtlicher Stadt- und Gemeinderät:innen ergab ein differenziertes Bild. Die überwiegend schlechte Lagebewertung der eigenen Kommune resultierte vor allem aus der Empfindung, von Bund und Ländern nicht ausreichend bei der Erfüllung der kommunalen Aufgaben unterstützt zu werden. Überbordende Bürokratie und schrumpfende Gestaltungsspielräume in der eigenen Arbeit sorgten für Frustration. Gefragt nach den drängendsten Herausforderungen der kommenden Jahre nannte die Mehrheit fehlende Finanzmittel (90 %), die Erhaltung der Wirtschaftskraft (80 %) und die Energiewende (79 %). Die Migrationsthematik spielte im Vergleich dazu eine untergeordnete Rolle (57 %), insbesondere im Osten der Republik (44 %) (Forsa 2025: 18).

In unseren eigenen Fallstudien trafen wir auf ein stark ausdifferenziertes Bild, in dem es sowohl Potenziale als auch sehr konkrete und schwer zu behebende Engpässe gab. Fehlender Wohnraum war ein gravierendes Problem, ebenso wie Personalmangel in den Ausländerbehörden. Andere Probleme waren strategischer Art und damit lösbar, etwa wenn theoretisch zur Verfügung stehende Fördermittel nicht abgerufen wurden, weil im kommunalen Haushalt andere Prioritäten gesetzt wurden, oder wenn die Gemeindeoberhäupter es unterließen, die Bevölkerung bei der Geflüchtetenansiedlung mit einzubeziehen und sie zumindest vorab zu informieren. Häufig hingen diese Unterlassungen mit dem politischen Klima zusammen, das politische und Verwaltungsakteure nicht animierte, sich proaktiv mit Integrationsthemen auseinanderzusetzen.

Doch viele Gemeinden nutzten verfügbaren Wohnraum, reichten Förderanträge ein, bauten ihre Integrations-Infrastruktur aus, entwickelten Integrationsleitlinien und etablierten einen konstruktiven Umgang mit den unverzichtbaren Ehrenamtlichen. Letztlich ist es die kommunaler Ebene, wo die unmittelbaren und längerfristigen menschlichen Bedarfslagen erfüllt werden müssen, und dies ist auch der passende Ort, um zu definieren, was für eine gute Aufnahme von Geflüchteten oder auch von anderen Einwander:innen notwendig ist und wer dafür verantwortlich ist. Häufig führt diese Frage zu der viel weiter gefassten Frage, wohin man als lokale Gesellschaft eigentlich will. Wie soll die Gesellschaft von morgen aussehen, welche Formen von Gemeinschaft und Teilhabe können und müssen etabliert oder transformiert werden, damit auch neu Ankommende, egal woher und mit welchem Migrationsmotiv, einbezogen werden und ein Gefühl von Zugehörigkeit entwickeln können?

Die Geschichte der gesellschaftlichen Weiterentwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg und der maßgeblich durch die Heimatvertriebenen angestoßenen Modernisierungsprozesse können hier als Vorbild dienen. Diese Zeit zwang der ganzen Gesellschaft Transformationen auf – ob sie bereit dazu war, oder nicht. In unseren lokalen Fallstudien haben wir gesehen, welche große Rolle die lokale Bevölkerung in der alltäglichen Integration spielt, und wie stark Vorbehalte gegenüber ›Fremden‹ und ein geringer Veränderungswille die Alltagsmechanismen der Integration hemmen. Angesichts der zwei-

felsohne vor uns allen stehenden umfassenden Transformationen des 21. Jahrhunderts ist es höchste Zeit, lokale Bevölkerungen fit zu machen für den Transformationsprozess. Das geht durch die Definition gemeinsamer Ziele. Für die Aufgabe der Integration von Geflüchteten und Zuwander:innen sollte eine gemeinsame Handlungsorientierung etwa in Form von Leitlinien entwickelt und in allen relevanten Bereichen der Gesellschaft explizit gemacht werden. Um die Kräfte der so unterschiedlichen Akteure auf lokaler Ebene zu bündeln, sollten lokale Bündnisse geschlossen werden, ähnlich wie es im ›Agenda 21‹ Prozess propagiert und gelebt wurde (vgl. Born/Kreuzer 2002, von Ruschkowski 2022). Auch die ›Lokalen Bündnisse für Familien‹ sind ein gutes Vorbild für die Idee eines bereichsübergreifenden Zusammenschlusses, der sich auf gemeinsame Ziele ausrichtet.[28] Ein Blick auf die übergeordneten politischen Diskurse zeigt, dass dort nach wie vor ordnungspolitische Prinzipien und assimilative Vorstellungen von Integration dominieren. Auf lokaler Ebene gelingt es am leichtesten, diese Vorstellungen zu überwinden.

11.3.5 Rassismus in der Mitte der Gesellschaft bekämpfen

Meine empirischen Beobachtungen an verschiedenen Orten Deutschlands haben gezeigt, dass Rassismus allgegenwärtig ist. Er findet in Form alltäglicher Herabwürdigungen und durch drastische Übergriffe statt, und er ist in vielen Denkmustern, Handlungsorientierungen und institutionellen Strukturen fest verankert. Diese zugrunde liegenden Interpretationsrahmen beruhen schon lange nicht mehr auf biologistisch begründeten Hierarchisierungen, sondern folgen kulturalisierenden Ordnungsmustern, die »Zugehörigkeit und Exklusion über vermeintlich unüberbrückbare kulturelle Unterschiede legitimieren« (Fuchs et al. 2025: 16).

Die in unseren qualitativen Daten dokumentierten Rassismuserfahrungen insbesondere muslimischer Frauen und junger migrantischer Männer lassen sich durch die repräsentativen Befragungsergebnisse des nationalen Diskriminierungs- und Rassismusmonitors quantifizieren. Mehr als die Hälfte der rassistisch markierten Menschen berichtet von regelmäßigen Rassismuserfahrungen, vor allem aber muslimische (61 %) und Schwarze Frauen (63 %) sowie Schwarze Männer (62 %) (Fuchs et al. 2025: 9). Dabei geschehen rassistische Vorkommnisse in allen gesellschaftlichen Situationen und Räumen. In unseren eigenen Daten haben sich der öffentliche Raum und öffentliche Nahverkehrsmittel als besonders riskante Orte erwiesen, wenn es um Rassismuserfahrungen geht (vgl. Textbox 11.7). Doch auch Behörden, Schulen, Krankenhäuser, Vereine, Kita-Feste oder Schwimmbäder sind Orte, an denen rassistisch markierte Menschen immer damit rechnen müssen, herabgewürdigt zu werden. Eine asiatische Gesprächspartnerin, die seit vielen Jahren in Deutschland lebt, berichtet uns von ihrer Anspannung, die sie überfällt, sobald sie das Haus verlässt. Ihr Körper macht sich gleichsam bereit, verbalen oder körperlichen Anfeindungen zu widerstehen. Erst, wenn sie wieder nach Hause kommt und die Wohnungstür hinter sich schließt, schwindet die

28 Einen Überblick über die Gründungsidee und die Aktivitäten der Lokalen Bündnisse für Familie findet sich auf der Webseite des Netzwerks https://www.lokale-buendnisse-fuer-familie.de/ (letzter Zugriff 01.04.2025).

Anspannung. Eine Absolventin meiner Universität mit türkischen Wurzeln berichtete mir von ihrer Einführung an ihrem neuen Arbeitsplatz, einem Bundesministerium in Berlin, wo sie von ihren Kolleg:innen gegenüber Mitarbeiter:innen einer anderen Abteilung als »unsere Quotentürkin« präsentiert wurde. Die Tochter der energischen Sozialarbeiterin Ecrin Çelik* aus Salzgitter (vgl. Kap. 7) erlebt als Informatikstudentin in einem Betriebspraktikum kulturalisierende Unterstellungen, die sie als Frau und als Person mit Migrationshintergrund treffen sollen. Viele dieser verbalen Übergriffe sind nicht justiziabel und viele, die diese Übergriffe ausüben, würden sich vermutlich empört gegen Rassismus-Vorwürfe wehren, da sie ihre Bemerkungen nicht als herabwürdigend einstufen und da Rassismus nicht mit ihrem aufgeklärten und toleranten Weltbild übereinstimmt.[29]

Textbox 11.7: »Ich fühle fast täglich diese Blicke«

Zeynep Kayhan* ist 17 Jahre alt. Sie kam 2020 als 15-Jährige zusammen mit ihren Eltern und zwei Geschwistern aus der Türkei, wo ihr Vater politisch verfolgt wird. Seither lebt sie in Rostock. Zum Zeitpunkt des Interviews besucht sie die 9. Klasse, in der Türkei würde sie die Schule in diesem Jahr abschließen. Nach dem Schulabschluss möchte sie gern Jura studieren. Zeynep Kayhan* trägt genau wie ihre Mutter Hijab, und die Demütigungen, die sie deshalb im öffentlichen Raum in Rostock erfährt, werden in unserem Gespräch immer wieder thematisiert. Besonders eine Begebenheit hat sich ihr eingebrannt, und zwar, weil sie das erste Mal das Gefühl hatte, sich effektiv gewehrt zu haben.

> Ich wollte zur Schule gehen. Ich bin von hier losgefahren und saß in der Straßenbahn. Es gab so zwei Jungen. Sie sind ungefähr 13 oder 14 Jahre alt. Ich hatte an diesem Tag ein Auswahlgespräch für ein Stipendium. Und mein Thema für das Referat war Rassismus. Ich wollte mich vorbereiten eigentlich. Und ich lese da gerade meine Notizen und so, und dann bemerke ich ihre Blicke. Ich sah sie dann auch an. Und dann redeten sie über mich und so. Und sie haben so viele Beleidigungen gesagt, so viele schlimme Wörter. […] Ich wollte aussteigen. Dann, keine Ahnung, warum, bin ich sitzen geblieben. Und ich habe sie angeschrien. Dann hatten sie auch Angst. Weil, ich habe ein Video gemacht. Die anderen Fahrgäste haben gar nichts gemacht und gar nichts gesagt. Und ich war so…, also »Hallo? Es gibt so eine Situation. Also, warum sagt Ihr nichts?« und so. Und dann kam eine ganz alte Frau, ich weiß nicht, ungefähr 80 oder 90 Jahre alt, sie wollte was machen. Aber das hilft nicht. Also, es gab so junge Leute in der Bahn, und sie haben auch gar nichts gesagt. Und was kann sie alleine machen? Und dann, naja, ich habe gesagt: »Ich habe Euch gefilmt. Guckt mal, so eine Minute, 33 Sekunde.« Dann haben sie gesagt, »Datenschutz«, und ich habe gesagt: »Dann kannst Du zur Polizei gehen. Also, du machst meine Arbeit so einfacher. Ich komme auch mit. Sonst gehst Du

29 Hier gibt es durchaus Analogien zu sexistischen Verhaltensformen, die unterhalb der Stufe der Vergewaltigung gerne abgetan werden. Sicherlich kennt jede Frau Männer, die ihr in einem Moment galant die Tür aufhalten und im nächsten Moment, oft verbunden mit Alkoholkonsum, Altherrenwitze erzählen und ihr in den Ausschnitt starren. Alles nicht justiziabel, aber deutlich im Ausdruck, und für Frauen immer präsent.

> alleine und ich gehe allein, und wir treffen uns dort.« Und dann sind sie weggelaufen. Naja, das war so eine schwere Situation. Aber, also, ich fühle fast täglich diese Blicke, also wegen meinem Kopftuch.

Die von Rassismus betroffenen Geflüchteten, mit denen wir im Rahmen unserer Forschung sprachen, haben Strategien entwickelt, um sich gegen subtile rassistische Anwürfe zu wehren oder ihnen gar zuvorzukommen. Viele muslimische Frauen sind beispielsweise der Ansicht, ihr Kopftuch würde den Menschen Angst machen und diese daran hindern, den Menschen darunter zu erkennen. Sie kontern reservierte bis ablehnende Reaktionen mit Gesten, die dazu geeignet sind, die Unsicherheit und Ablehnung zu überwinden. Eine junge Migrantin berichtet etwa von ihrer ›Lächeloffensive‹. Indem sie bewusst Menschen anlächelt, denen sie auf der Straße begegnet, möchte sie als freundliche und zugewandte Persönlichkeit wahrgenommen werden. Auf dieser Basis, so hofft sie, könnte sich eine positive Reaktion ergeben, ohne das Kopftuch in den Mittelpunkt der Wahrnehmung zu stellen. Eine andere Betroffene berichtet, dass sie ganz bewusst mit Hijab zu Sportangeboten oder zur Kosmetikerin geht, um auf diese Weise zu zeigen, dass sie trotz des muslimischen Kopftuchs eine ganz normale junge Frau ist, die auf ihr Äußeres achtet. Dennoch ist sie angesichts ihrer Lebensleistung als temporäre Alleinverdienerin und berufstätige Mehrfachmutter oft empört, wenn sie an ihrem Arbeitsplatz in einer Klinik mit den Vorurteilen nicht-migrantischer Patient:innen und Besucher:innen konfrontiert wird.

Ecrin Çelik* aus Salzgitter betreibt interkulturelle Bildungsarbeit und veranstaltet beispielsweise Workshops in der Schule ihrer Kinder, in denen sie über den Islam aufklärt und mit den Schüler:innen und anderen Eltern zu kulturalisierenden Vorurteilen ins Gespräch kommt. Auch wenn sie denkt, dass Integration alle Teile der Gesellschaft betrifft, sieht sie die Zugewanderten in einer besonderen Verantwortung. Dazu gehöre auch, sich besonders anzustrengen, um sich in einer vorurteilsbeladenen Gesellschaft zu behaupten:

> Wenn man immer redet über diese Pisa Studie, die wäre so schlecht wegen den Menschen mit Migrationshintergrund. Soll ich ehrlich sein? Ich habe ja nun fünf Kinder und immer wenn auf [der Tafel in] dieser Aula die besten Schüler sind, sind es Menschen mit Migrationshintergrund, die da drauf stehen! Weil ich sage zu meinen Kindern auch immer: »Wenn du ein Mädchen bist, sowieso und wenn du Ayse oder was weiß ich heißt, dann erst recht. Du musst mehr zeigen, wie der Rest.« Das ist immer so. Also, wir Frauen, das wissen Sie, wir müssen sowieso mehr zeigen wie die Jungs. […] Und wenn man dann auch noch Migrationshintergrund hat, musst du noch eine Schippe drauf tun.[30]

Ich empfinde es aus der Perspektive der nicht migrantisierten ›Mehrheitsgesellschaft‹ zutiefst unredlich, sich an dieser Stelle auf die Überzeugungsarbeit von Migrant:innen

30 Interview mit Ecrin Çelik* (Pseudonym) aus Salzgitter, Mai 2022.

zu stützen, um in seinem Ressentiment auf freundliche oder humorvolle Weise ›abgeholt‹ zu werden. Vielmehr stelle ich mir die Frage, weshalb rassistische Zuschreibungen und gruppenbezogene Ressentiments so weit verbreitet sind, bis tief hinein in die viel beschworene ›Mitte der Gesellschaft‹. Diese Mitte der Gesellschaft, die sich durch ihren Abstand von den verhärteten ideologischen Rändern der Extremismus-Skalen definiert, wird seit Jahren durch Befragungsstudien vermessen, wobei nicht nur rassistische Tendenzen, sondern die Hinwendung zu antidemokratischen und autoritären Vorstellungswelten in den Blick genommen werden. Die Titel der jährlichen Mitte-Studien-Berichte weisen darauf hin, dass hier etwas ins Rutschen gekommen ist (vgl. Tab. 11.1).

Der Mitte-Begriff bezeichnet jene, die sich zwischen den politischen Polen auf dem links-rechts Kontinuum positioniert sehen, was üblicherweise in Befragungsstudien durch eine Selbsteinschätzung abgefragt wird. Natürlich ist diese Selbsteinschätzung subjektiv und eingebettet in den gesamtgesellschaftlichen Kontext zu verstehen. Und sie kann auch diskursiv verschoben werden, etwa durch parteipolitische Taktik, bestimmte Wählergruppen als Mitte anzusprechen oder bestimmte extremistische Positionen als Politik der Mitte zu benennen. In einer Studie mit Daten aus der Region Chemnitz zeigt sich diese Subjektivität durch eine deutliche Linksverschiebung der Selbsteinschätzungen um die Mittelposition, während die Kurve rechts der Mittelposition steil abfällt (Steinmetz et al. 2024: 205). Und das wohlgemerkt in einer Region, in der sich regelmäßig große Teile der Wählerschaft für rechtsextreme Parteien wie die AfD oder die Freien Sachsen erwärmen können.

Tab. 11.1: Titel der Mitte-Studien 2012–2023

Jahr	**Titel**
2012	Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012.
2014	Fragile Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014.
2016	Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016.
2019	Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19.
2021	Die geforderte Mitte: Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21.
2023	Die distanzierte Mitte: Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23.

Seit Jahren versuchen die Mitte-Studien, dem Zusammenhang zwischen Einstellungen, Lebenslagen und undemokratischen Positionierungen auf den Grund zu gehen (vgl. Kap. 6.3.3). Die Erhebungen zeigen, dass gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit fest in der Gesellschaft verankert ist und dass diese Haltung häufig mit einer umfassenden sozialen Verunsicherung einhergeht. In der Längsschnittbeobachtung zeigt

sich deutlich, dass eine wahrgenommene Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage und die Stärke von übergeordneten Zukunftsängsten, die nicht innerhalb des eigenen Einflussbereichs liegen, die Hinwendung zu autoritären Positionen, zu nationalchauvinistischen Vorstellungen und homogenisierenden Gesellschaftskonzepten steigert.

In der Mitte-Studie von 2023 verorten sich beispielsweise 55 % der Befragten »genau in der Mitte«, das sind 7,5 % weniger als 2021 (Zick/Küpper/Mokros 2023). Diese Schwächung der Mitte könnte auf die multiplen Krisen der vergangenen Jahre zurückzuführen sein, wie etwa die Corona-Pandemie, der Krieg in der Ukraine, sowie die alles überspannende Klimakrise und die wirtschaftliche Rezession. Zugleich sinkt die Zufriedenheit mit der Demokratie, das Vertrauen in politische Akteur:innen sowie die Zuversicht, durch eigene politische Partizipation Veränderungen vorantreiben zu können.

In einer europäischen Vergleichsstudie wurden Daten des European Social Survey genutzt, um die Akzeptanz von Einwander:innen aus Drittländern zu messen. Es zeigte sich über alle Länder hinweg ein deutlicher Zusammenhang zwischen Akzeptanz und Anwesenheit von Migrant:innen (womit die Kontakthypothese bestätigt wird). Aber vor allem bietet die Studie Aufschluss darüber, mit welchen Einstellungen die Ablehnung von Migrant:innen korrelieren: nämlich mit geringem Vertrauen, beispielsweise in Institutionen, aber auch mit einem persönlichen Unsicherheitsgefühl in der eigenen Wohnumgebung. Auch ein niedriger Bildungsgrad und geringe interethnische Kontakte korrelierten mit ablehnenden Äußerungen. Die politische und mediale Kommunikation hatte ebenfalls Einfluss auf die Akzeptanz von internationalen Migrant:innen. Ihre Ablehnung korrelierte mit der Häufigkeit negativer Medienberichterstattung, während eine inklusionsorientierte Berichterstattung mit Bezügen zu Integrationsdimensionen wie Arbeitsmarkt, Bildungslandschaft, politischer Partizipation, Gesundheit, Wohnen und Anti-Diskriminierungs-Strategien die Ablehnung von Migrant:innen erheblich senkte. Die Autor:innen weisen darauf hin, dass derartige Einstellungsstudien nicht exklusiv die Wahrnehmung von Migration messen, sondern vielmehr die grundsätzliche »soziale Gesundheit« einer Gesellschaft, die sich in die Empfindung von Sicherheit und Stabilität übersetzt, welche wiederum die Akzeptanz von Migration und die Solidarität mit Einwander:innen überhaupt erst ermöglicht (Messing/Ságvári 2018).

Auch in den empirischen Erkundungen in diesem Band zeigt sich ein deutlicher Zusammenhang zwischen der grundsätzlichen sozialen Stabilität einer lokalen Aufnahmegesellschaft und der lokalen Rezeptivität. Das Ausmaß an Fürsorge für Geflüchtete und Toleranz Zugewanderten gegenüber können als Indikatoren für die »soziale Gesundheit« der lokalen Gemeinschaft verstanden werden. Im Umkehrschluss heißt das: dort, wo diese soziale Stabilität ins Wanken gekommen ist, dürfte sich das sehr bald auch im Umgang mit anderen sozialen Gruppen oder Phänomenen zeigen, etwa in Form von Homophobie oder der Herabwürdigung von Menschen mit Behinderung.

Umso wichtiger sind alle Akteure, Initiativen und Förderinstrumente, die das demokratische Selbstverständnis einer sozialen Gemeinschaft aufrechterhalten. Politisch und zivilgesellschaftlich im demokratischen Sinne Engagierte müssen unterstützt und geschützt werden. Förderarrangements für zivilgesellschaftliche Aktivitäten, wie z. B. das Bundesprogramm »Demokratie Leben«, benötigen eine nachhaltige Finanzierung, die eine Kontinuität dieser Demokratiearbeit ermöglicht. Besonders viel Rückhalt muss die Gesellschaft den migrantischen Akteur:innen und ihren demokratiefördernden Aktivi-

täten geben. Sie brauchen geschützte Räume für ihre Aktivitäten, und stabile Förderstrukturen, um nachhaltiges Empowerment zu betreiben.

Jenseits politischer Differenzen sollte ein Konsens unter demokratischen Akteur:innen bestehen, dass die Grundsubstanz der Demokratie geschützt und verteidigt werden muss. Die engagierten Akteur:innen müssen sich aufgehoben fühlen in einer breiten demokratischen Mehrheit. Genau an dieser Stelle kommt die »stille Mitte« ins Spiel. Dieser Teil unserer Gesellschaft muss verstehen, dass es jetzt auf sie ankommt. Denn der harte rechte Rand des politischen Spektrums ist allen wissenschaftlichen Erkenntnissen zufolge verloren für demokratische Prozesse. Dabei ist es nicht das Ziel, stets Konsens über politische Fragen wie etwa in der Migrations- und Asylpolitik zu erzielen. Es darf weiter konstruktiv gestritten werden! Gleichwohl: sich als aufgeklärte Bürger:innen der ›Mitte‹ tolerant zu zeigen und seine eigenen Stereotype zu reflektieren ist das mindeste, was Menschen abverlangt werden kann, die sich selbst als auf dem Boden der demokratischen Grundordnung stehend definieren.

11.3.6 Gemeinsam Geschichte schreiben, gemeinsam Zukunft definieren

Weiter oben habe ich bereits die Syrerin Adila Aboud* mit ihrem Appell zitiert, sich nicht an der Vergangenheit festzuklammern, sondern sich auf die Zukunft zu konzentrieren. Dabei war es ihr wichtig, dass Menschen jedweder Herkunft in Deutschland sich als Gemeinschaft verstehen und auch gemeinsam an der Gesellschaft von morgen bauen. Ihre Perspektive ist durch die eigene Fluchtgeschichte geprägt, die sie als umfassende Verlusterfahrung verinnerlicht hat. Die ihr eigene Resilienz ermöglicht ihr jedoch, Entwicklungsoptionen aus der intergenerationellen Perspektive und gesamtgesellschaftlich zu erkennen. Viele andere Gespräche haben wir geführt, in denen Menschen aus ihrer je eigenen Perspektive über die gesellschaftliche Weiterentwicklung nach dem Fluchtereignis nachgedacht haben. Gerade von den bereits fest in Deutschland etablierten Gesprächspartner:innen mit Migrationshintergrund wurde dabei auf die Notwendigkeit hingewiesen, sich zunächst der gemeinsamen Grundlage zu vergewissern, um darauf aufbauend gemeinsame Zukunftsperspektiven zu entwickeln. Das inklusive Verständnis von Gemeinwesenentwicklung formt sich also vor allem aus der Kritik daran, dass die Reflexion der Vergangenheit eben nicht inklusiv ist. Das habe ich am Beispiel des Salzgitterer ›Turms der Arbeit‹ reflektiert, flankiert durch das Gespräch mit Ecrin Çelik*, die die mangelnde Wertschätzung der Aufbauleistung ihrer Eltern, der »Gastarbeiter«, kritisiert und auf die fortdauernde Diskriminierung und Herabwürdigung von Menschen mit türkischen Wurzeln hinweist. »Schade« findet sie die mangelnde Wertschätzung derer Lebensleistung, denn »wir schreiben die Geschichte mit!«

In einem unserer aktuellen Projekte zu lokaler Migrationsgeschichte führten wir eine Gruppendiskussion in der Stadt Bremerhaven durch. Bremerhaven ist Standort einiger sehr bekannter Museen, unter anderem des Deutschen Auswandererhauses, das als DAS zentrale Migrationsmuseum Deutschlands gilt. In einer aufwändigen Architektur kann man dort die Stationen der ehemaligen Auswander:innen nacherleben, die sich vom Hafenstandort Bremerhaven aus auf den Weg über den Atlantik machten, um dort ein neues Leben zu beginnen. Jahre später wurde dem Museumsgebäude ein Annex hinzugefügt, in dem nun auch die Einwanderungsgeschichte Deutschlands erzählt wird.

Für die Bremerhavener:innen mit Migrationshintergrund ist dieser herausragende Museumsstandort jedoch nicht unbedingt ein Ausweis dafür, dass Migration auch in ihrer eigenen Stadt ausreichend reflektiert wird. Wir sprechen in unserer Diskussionsrunde über die unterschiedlichen Wanderungsereignisse und Gruppen, die in die Stadt gekommen sind. Ein Stadtteilmanager mit syrischen Wurzeln meint schließlich mit Blick auf die Gründungserzählung Bremerhavens, das sich binnen weniger Jahre von einer winzigen Marschsiedlung zu einer Hafenstadt entwickelt hat: »Jeder ist hier eingewandert!« Und deshalb, so sein Argument, sollte auch der Beitrag Aller zur Entwicklung der Stadt angemessen wertgeschätzt und sichtbar gemacht werden.

Auch in der Auseinandersetzung um die deutsch-deutsche Geschichte werden immer wieder Forderungen laut, die ostdeutschen Erzählungen mit zu berücksichtigen. Oft genug bleiben diese unsichtbar. Ich kann mich gut an eine Ausgabe der ›Nürnberger Tage der Migration‹ erinnern, die jedes Jahr im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Nürnberg veranstaltet werden. Zu einer dieser Veranstaltungen hielt ein renommierter Migrationshistoriker den Eröffnungsvortrag, um den migrationshistorischen Bogen ins Heute zu schlagen, bevor sich die Tagungsteilnehmer:innen in unterschiedlichen Workshops mit sehr konkreten Fragen von Integration und Teilhabe beschäftigten. Er dozierte kenntnisreich und ausdrucksstark über die verschiedenen Phasen der Einwanderung nach Deutschland – erwähnte dabei aber mit keinem Wort die Einwanderungen in die DDR. Nicht einmal in den statistischen Darstellungen, die per PowerPoint an die Wand geworfen wurden, waren sie integriert. Die Migrationsgeschichte Deutschlands war aus dieser Perspektive über 40 Jahre hinweg eine rein westdeutsche Migrationsgeschichte!

Wenn ich selbst in meinen Vorträgen auch über die ostdeutschen Migrationsgeschichten spreche, erkenne ich immer wieder, dass es hier erhebliche kollektive Wissenslücken zu schließen gibt. Viel wichtiger scheinen mir aber die migrantischen Stimmen Ostdeutschlands zu sein, die Einwanderungsgeschichte aus ihrer eigenen Perspektive erzählen. Häufig ist es die gerade herangewachsene zweite Generation der Einwander:innen, die sich ihrer und der Geschichte ihrer Eltern zuwenden und ihre Reflexionen in die ostdeutsche Gesellschaft hineintragen. Interessant sind dabei Analogien, die zur allgemeinen ostdeutschen Geschichte gezogen werden, wie es beispielsweise der Podcast ›B.O.M. Berlin Ostmigrantisch‹ oder der intellektuelle Austausch zwischen der ostdeutschen Journalistin Jana Hensel und der westdeutschen Migrationsforscherin mit Migrationshintergrund Naika Foroutan leisten (Foroutan/Hensel 2020). Aus diesen Formaten geht klar hervor, wie bedeutsam es ist, sich der eigenen Herkunft zu vergewissern, um darauf aufbauend die Gegenwart zu gestalten und die Zukunft zu planen. Dabei muss analog zur Vielfalt der Gesellschaft der Gegenwart auch eine vielstimmige Erzählung der Vergangenheit entwickelt werden.

Die Erinnerungen und Gedenkrituale der Weltkriegsvertriebenen zeigen deutlich, wie stark das Bedürfnis nach Rückbindung an die eigene Herkunft ist, um dadurch abgestützt Schritte ins Neue zu gehen. In historischen Aufarbeitungen zu den deutschen Vertriebenen finden sich mannigfaltige Beispiele, wie Artefakte aus der Heimat in die neue Gegenwart übertragen wurden. Albrecht Lehmann berichtet in seinem Band »Im Fremden ungewollt zuhaus« von einem Zeitzeugen, der sich auf einer Reise in die alte ostpreußische Heimat nicht nur Ofenkacheln, sondern »zwei zentnerschwere Steinkugeln«

vom ehemaligen Landgut mitgebracht und auf der Terrasse seines neuen Hauses verankert hat. Ein anderer baute die Hofglocke vom ehemaligen Gutshof in Schlesien in den Giebel der neuen Heimstatt ein (vgl. Lehmann1991: 139ff.). Auf den Erinnerungsreisen, die Vertriebene oder ihre Nachgeborenen in die ehemaligen Heimaten unternehmen, wurde und wird regelmäßig Erde mitgenommen, die den Vertriebenen nach dem Tod ins Grab beigegeben wird. Dies entspricht ihrem Wunsch, »in der Heimaterde« bestattet zu werden. Das mag mancher kitschig oder gar revisionistisch finden, es entspricht aber letztendlich dem emotionalen Wunsch nach biographischer Rückbindung.

Auch Trauer um das Verlorene kann in diese Kategorie des Erinnerns eingeordnet werden, und auch die Trauer ist ein emotionales Bedürfnis und benötigt Raum und konkrete Orte. Viele Angehörige von Kriegsgefallenen haben keine Grabstätte, an der ihre Trauer einen Ort findet. Aus diesem Grunde gibt es in allen Gemeinden Deutschlands Kriegerdenkmäler, auf denen die Namen der aus dem Ort stammenden Gefallenen eingeprägt sind. Etwas länger dauerte die Erinnerungsarbeit an andere Opfer des nationalsozialistischen Regimes, die entweder nicht freiwillig gekommen sind oder den Ort nicht freiwillig verlassen haben. So erinnern in vielen Städten Deutschlands ›Stolpersteine‹ an das Schicksal von jüdischen Bürger:innen, die in der Nazizeit deportiert und ermordet wurden. Auch die Verstorbenen aus ehemaligen Zwangsarbeits- und Konzentrationslagern werden inzwischen mit Gedenksteinen und Gedenkorten gewürdigt. Diese Erinnerungsorte repräsentieren die Vielfalt lokaler Geschichte und halten die Auseinandersetzung mit ihr lebendig. Vor dem Hintergrund der sich heute darstellenden Gesellschaft mit neuen Gruppen von Geflüchteten und Kriegsvertriebenen sollten und können auf lokaler Ebene Formen des Erinnerns und Gedenkens gefunden werden, mit denen auch die Gefallenen und Verstorbenen dieser Mitbürger:innen in das kollektive Gedächtnis integriert werden – etwa beim öffentlichen Gedenken an Volkstrauertagen, oder bei kollektiven religiösen Trauerritualen. Das würde ukrainischen oder syrischen Geflüchteten zeigen, dass sie mit ihrer Trauer nicht allein gelassen werden, sondern dass dieser persönliche und schmerzvolle Teil der Weltgeschichte auch vor Ort, im Lokalen, seine Repräsentation findet.

Eine weitere Möglichkeit, die lokale Vielfalt zu würdigen, ist die Integration aller Herkünfte in die kollektive Erinnerung. In dem historischen Beispiel aus Bubenreuth feiern die vertriebenen Schönbacher:innen zunächst getrennt von den Bubenreuther:innen ihr eigenes, mitgebrachtes Volksfest, zu dem viele andere Vertriebene aus dem Egerland anreisen, so dass die ersten Feste »wie Vertriebenentreffen« anmuten, wie sich ein Zeitzeuge erinnert (Zeković/Nowicka 2025). Doch mit den Jahren nahmen alte und neue Dorfbewohner:innen an beiden Veranstaltungen teil und brachten sich aktiv in beide Feste ein. Dieses Zusammenwachsen bei gleichzeitiger Anerkennung der Unterschiede macht die Bubenreuther Migrationsgeschichte so besonders. Bald wird sie in einem eigenen Museumsgebäude vor Ort präsentiert, und im Wappen des Ortes ist sie ohnehin seit langem verankert.

Auch ohne die stationäre Einrichtung eines Museums ist es auf lokaler Ebene möglich, gemeinsam die vielfältige Migrationsgeschichte des Ortes zu recherchieren und zu reflektieren. Denkbar wären Ausstellungsprojekte zur Ankunft der Geflüchteten von 2015, in denen gemeinsam und aus den jeweiligen Perspektiven der Angekommenen und der bereits Anwesenden erinnert wird, wie sich die Ankunft vollzog und welche Schritte

beide Gruppen bereits gegangen ist, um zusammenzuwachsen. Auf dieser Basis können dann gemeinsame Zukunftsvorstellungen entwickelt werden.[31]

11.4 Nachbetrachtung

Diese Publikation hat eine lange Entstehungsgeschichte. Eigentlich sollte das Manuskript zum Ende eines Forschungsfreisemesters im März 2023 vorliegen, doch das war zu optimistisch geplant. Dass es danach weitere zwei Jahre dauerte, bis das Manuskript nun endlich fertiggestellt ist, ist dem beständigen Tsunami an Aufgaben geschuldet, die in meiner Rolle als Hochschullehrerin anbranden. Neben der Lehrtätigkeit, der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses, dem Einwerben von Drittmitteln und dem Management von Forschungsvorhaben ist es vor allem die vielfache Einbindung in universitäre und nichtuniversitäre Gremien mit einer teilweise grotesken Anzahl an Sitzungsstunden, die die freien Zeitressourcen so stark einschmelzen, dass das Zu-Ende-Denken eines längeren Gedankengangs teils schwerfällt.

Durch die lange Schreibzeit trägt dieses Buch alle Entwicklungen in sich, die in seiner Entstehungszeit zwischen Anfang 2023 und Anfang 2025 mit Bezug zur Migrationsthematik zu verzeichnen waren. Teilweise fühlte es sich so an, als müsste ich gegen eine Wand an destruktiven Nachrichten anschreiben, um in meinem Material wie geplant die konstruktiven Elemente herauszuarbeiten und auf diese Weise einzulösen, was ich eingangs versprach: Momente der Transformation nachzuzeichnen, Wege aufzuzeigen, wie das Miteinander und Aneinander Wachsen im Kontext von Flucht und Vertreibung möglich ist. Leicht war das nicht, und diverse Male musste ich dieses Manuskript zur Seite legen, um mich stattdessen in den politischen Diskurs um Migration und Asyl einzumischen.

An vielen Stellen konnte ich beobachten, dass sich das politische Klima extrem verschlechtert hat. Der von einer destruktiven Migrationsdebatte geprägte Bundestagswahlkampf 2025 war ein Tiefpunkt, und zuvor sorgten schon die Landtagswahlen in Thüringen, Brandenburg und Sachsen im September 2024 für eine Verschlechterung des politischen Klimas. Die rechtsextremistische Partei AfD mit ihrem rassistischen Menschenbild, ihren libertären Phantasien und ihrem destruktiven Diskurs-Schema dringt bereits seit Jahren in die Poren der ostdeutschen Gesellschaft ein. Die Bundestagswahl 2025 hat gezeigt, dass der Westen aufholt. Dementsprechend könnte man den Osten vielleicht an dieser Stelle als Fenster in die Zukunft heranziehen, dass einen Blick auf mögliche gesamtgesellschaftliche Entwicklungen erlaubt.

Was mir in den vergangenen Jahren im Gespräch mit politischen und Verwaltungsakteur:innen aus dem Bereich der Integrationsarbeit in Ostdeutschland zunehmend auffiel, ist die allgemeine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Viele berichten im privaten Umfeld gar nicht mehr, was sie konkret tun, wenn sie mit Geflüchteten oder für

31 In einem unserer aktuellen Forschungsprojekte erarbeiten wir einen »Werkzeugkoffer«, mit dessen Hilfe Interessierte die Migrationsgeschichte ihres Ortes oder Stadtteils aufarbeiten können. (vgl. »Ortstermine. Rekonstruktion lokaler Migrationsgeschichten«, https://www.tu-chemnitz.de/phil/iesg/professuren/geographie/Forschung/kalliope.php)

Geflüchtete arbeiten, um sich nicht auch noch in ihrer Freizeit angreifbar zu machen. In vielen Kommunen gibt es angesichts der starken AfD-Fraktionen und eines insgesamt migrationsfeindlichen Klimas die Tendenz, Integrationsarbeit unter dem öffentlichen Radar segeln zu lassen, um keine Gegenwehr in Form der Reduzierung von Geldern und Personalstellen zu riskieren. Diese Beobachtung mache ich am Beispiel der Migrationsthematik, sie reduziert sich aber nicht auf dieses Thema. Gesamtgesellschaftlich ist ein autoritärer *Roll-back* zu erleben, der Errungenschaften des gesellschaftlichen Modernisierungsprozesses der letzten Jahrzehnte aufzuzehren droht. Unsere Gesellschaft wird viel Resilienz benötigen, um ihre demokratischen Errungenschaften, die sich insbesondere im Alltag und auf der lokalen Ebene zeigen, gegen den autoritären Sturm zu bewahren.

Gerne hätte ich mit meiner Mutter nochmal die Textpassagen durchgesprochen, in die ich ihre Biographie eingearbeitet habe. Doch das gelang nicht mehr, da sie das Ende ihres Lebens erreichte und sich ihr körperlicher und mentaler Zustand in den letzten Lebensmonaten stark verschlechterte. Ähnlich wie so viele aus ihrer Alterskohorte wurde sie während dieser letzten Lebensphase von den Geistern der Vergangenheit eingeholt. Mehrfach erlitt sie Panikattacken, vor allem nachts, so dass sie dann verzweifelt nach Verstecken suchte, in der Annahme, »die Russen« würden »ums Haus schleichen.« Ganz offensichtlich drängten lange verschüttete oder verdrängte Erinnerungen aus der Kindheit hoch, die erst bei Tageslicht wieder zum Verschwinden gebracht werden konnten. Ich vermute, vielen aus dieser Generation wird es so gehen, ähnlich wie auch die späteren Kohorten von Geflüchteten immer wieder mit ihren Traumata konfrontiert werden.

Auch wenn die gemeinsame Auswertung des Textes nicht mehr gelang, habe ich das Gefühl, dass es meiner Mutter gutgetan hat, ihre Biographie erzählend zu reflektieren. Immer wieder konnten wir dabei intergenerationelle Vergleiche ziehen, etwa zu ihrer Erfahrung als arbeitende Mutter in den 1970er Jahren und meinen eigenen Erfahrungen. Aber auch der Vergleich zwischen ihrer eigenen Vertreibungsgeschichte und jener der heute Vertriebenen bot sich immer wieder an und führte sehr häufig zu der Erkenntnis, dass es mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede zwischen diesen Zwangsmigrant:innen aus unterschiedlichen Epochen und Weltregionen gibt. Diese aktive, vergleichende Auseinandersetzung mit der eigenen Migrationsgeschichte hilft, eine menschliche und zugleich pragmatische Perspektive auf politisch heiß umkämpfte Themen zu bewahren. Sowohl individuell als auch gesamtgesellschaftlich kann dieser Prozess zum Aufbau von Resilienz gegenüber autoritären Tendenzen im politischen Diskurs beitragen.

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1.1: Klassenfoto, ca. 1949 12
Abb. 2.1: Monatliche Ankünfte über die zentrale (Italien) und östliche (Griechenland) Mittelmeerroute, 2015–2016 38
Abb. 2.2: Ankünfte über die Haupt-Mittelmeerrouten 2017–2024 39
Abb. 2.3: Hauptnationalitäten der in Griechenland ankommenden Geflüchteten 2015, Anteile in Prozent 41
Abb. 2.4: Zweisprachiger Warnhinweis vor Ausbeutung in einem Auffanglager für Flüchtende aus der Ukraine in Warschau 49
Abb. 3.1: Mobilitätsbiographie nach der Ankunft in Deutschland: Beispiel eines Zeitstrahls 56
Abb. 3.2: Eingangswegweiser zur AEO Bamberg 64
Abb. 3.3: Hauptweg zur Kantine in der AEO Bamberg 65
Abb. 4.1: Relation von Entscheidungen über Erstanträge auf Asyl, 2014–2021..... 94
Abb. 4.2: Asylantragstellende unter 25 Jahren nach Altersgruppen sowie Anteil der unter 25-Jährigen an allen Asylsuchenden, 2014–2022..... 97
Abb. 5.1: Anteile männlicher Vertriebener an beruflichen Statusgruppen, in Prozent, Bayern, Anfang 1950er Jahre 111
Abb. 5.2: Erwerbstätigenquoten nach Geschlecht und Aufenthaltsdauer. Anteile unter den Geflüchteten im erwerbsfähigen Alter in Prozent, Befragungsjahr 2021 126
Abb. 6.1: Strategien der Akkulturation nach John W. Berry 154
Abb. 6.2: Zustimmungswerte zu Aussagen aus der GMF-Dimension ›Rassismus‹, Mitte-Studie 2022/23 159
Abb. 6.3: Zustimmungswerte zu Aussagen aus der GMF-Dimension ›Ausländerfeindlichkeit‹, Leipziger Autoritarismus-Studie 2024 160
Abb. 7.1: Turm der Arbeit 166
Abb. 7.2: Aufnahme von Spätaussiedler:innen, Jüdischen Zuwander:innen und Asylsuchenden 1990–1995 181
Abb. 7.3: Zuwanderung von EU-Bürger:innen nach Deutschland, 2004–2014 185
Abb. 8.1: Marktplatz von Rathow*, an einem Montagnachmittag 197
Abb. 8.2: Kontakterfahrung mit ›Ausländer:innen‹ (»angenehme Kontakterfahrung«) 206
Abb. 8.3: Plattenbausiedlung in Marstadt*, Sachsen-Anhalt 209

Abb. 9.1: »Es leben zu viele Geflüchtete in Deutschland«, in Prozent (ohne »weiß nicht« Angaben) 238
Abb. 9.2: »Wir sollten die in Deutschland lebenden Ausländer an unserem Leben teilhaben lassen«, in Prozent (ohne »weiß nicht« Angaben) 238
Abb. 9.3: »Geflüchtete benötigen Unterstützung bei der Integration durch die Zivilgesellschaft«, in Prozent (ohne »weiß nicht« Angaben) 239
Abb. 9.4: »Es ist gut, sich für Geflüchtete zu engagieren«, in Prozent (ohne »weiß nicht« Angaben) 239
Abb. 9.5: Der Aufstieg der AfD in der sächsischen Lausitz: Ergebnisse der Bundestagswahlen (BTW) 2017, 2021, 2025 (Wahlkreis Bautzen I und Friedenau*), der Landtagswahlen (LTW) 2014, 2019, 2024 (Friedenau*) sowie der Kreistagswahlen (KTW) 2019, 2024 (LK Bautzen) 259
Abb. 10.1: Dynamik der Mobilität aus der und in die Ukraine, Februar-Dezember 2022 285
Abb. 10.2: Betreuungsquoten im frühkindlichen und vorschulischen Bereich, geflüchtete ukrainische Kinder und Durchschnitt aller betreuten Kinder in Deutschland, in Prozent 293
Abb. 10.3: Bleibeabsichten ukrainischer Geflüchteter Herbst 2022 und 2023, in Prozent der Befragten 296
Abb. 10.4: Verbleibsquote* Geflüchteter 2012–21 in acht ausgewählten Landkreisen (LK) und AfD-Wahlergebnis Kreistagswahlen 2019–21, in Prozent 305
Abb. 11.1: Die Mutter der Autorin als Krankenschwester am Universitätsklinikum Würzburg, ca. 1960 313
Abb. 11.2: Wappen der Gemeinde Bubenreuth 341

Tabellenverzeichnis

Tab. 2.1: Chronologie der Grenzschließungen auf der Balkanroute 2015 37
Tab. 5.1: Geflüchtete in sozialen Assistenzberufen 115
Tab. 7.1: Größenordnung von Einwanderung 2000–2014 nach ausgewählten Wanderungsmotiven 186
Tab. 8.1: Erfahrungen mit dem Kopftuch 216
Tab. 9.1: Was verstehen Sie unter Integration? Perspektiven zivilgesellschaftlicher Akteur:innen und Vorstellungen über das gesellschaftliche Alltagsverständnis 230
Tab. 9.2: Regionale Kennziffern zu Untersuchungsregionen im südlichen Niedersachsen, Mittelfranken und in der sächsischen Lausitz 236
Tab. 9.3: Einschätzung der wirtschaftlichen Lage in Deutschland und der eigenen wirtschaftlichen Lage, Mittelwerte nach Landkreisen (von 1 = »sehr schlecht« bis 5 = »sehr gut«) 240
Tab. 9.4: Wichtigste Probleme in Deutschland und wichtigste persönliche Probleme, häufigste Nennungen 241
Tab. 10.1: »Es kommt jetzt vor allem darauf an, dass…« Items aus der ›Mitte‹-Befragung, die einen öffnenden oder schließenden Krisenmodus repräsentieren 302
Tab. 11.1: Titel der Mitte-Studien 2012–2023 353

Literaturverzeichnis

Abram, Susanne (2003): Die internationale Theoriendiskussion von der Integration zur Inklusion und die Praxisentwicklung in Südtirol, Bozen: Verlag Freie Universität Bozen.

Adamitz, Stefanie (2022): Engagement im Wandel – Wandel durch Engagement. Eine Ethnografie der Geflüchtetenhilfe in Leipzig 2015/2016, Bielefeld: transcript.

Adorno, Theodor W./Frenkel-Brunswik, Else/Levinson, Daniel J./Sandford, R. Nevitt (Hg.) (1950): The Authoritarian Personality. Studies in Prejudice Series, Volume 1, New York: Harper & Row.

Agamben, Giorgio (2004): Ausnahmezustand. Homo sacer II.1, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Agier, Michel/Bouagga, Yasmine/Galisson, Mael/Hanappe, Cyrille/Pette, Mathilde/Wannesson, Philippe/Müller, Thomas (2020): Der »Dschungel von Calais«. Über das Leben in einem Flüchtlingslager, Bielefeld: transcript.

Ahrens, Petra-Angela (2017): Skepsis und Zuversicht. Wie blickt Deutschland auf Flüchtlinge?, Hannover: Sozialwissenschaftlichen Institut der EKD.

Aisslinger, Moritz (2023): »Das Lager der Vergessenen«, in: DIE ZEIT vom 09.03.2023, S. 11–13.

Akar, Sevda/Erdoğdu, Mustafa (2018): »Syrian Refugees in Turkey and Integration Problem Ahead«, in: Journal of International Migration and Integration 20, S. 925–940.

Alexopoulou, Maria (2020): Deutschland und die Migration. Geschichte einer Einwanderungsgesellschaft wider Willen, Tübingen: Reclam.

Allport, Gordon W. (1954): The nature of prejudice, Cambridge Massachusetts: Addison-Wesley Publishing Company.

Álvarez, Sonja/Becker, Benedikt/Crocoll, Sophie/Kuhn, Thomas/Stölzel, Thomas/Tutt, Cordula (2024): »Meiden ausländische Fachkräfte jetzt den Osten?«, in: Wirtschafts-Woche vom 06.09.2024.

Amelina, Anna/Horvath, Kenneth/Meeus, Bruno (2016): Migration and social transformation: interdisciplinary insights and European perspectives, in: Anna Amelina/Kenneth Horvath/Bruno Meeus (Hg.), An anthology of migration and social transformation. European Perspectives. Cham u.a.: Springer, S. 19–41.

Amnesty International (2014): Struggling to survive. Refugees from Syria in Turkey, London: Amnesty International Ltd.

Anacka, Marta/Matejko, Ewa/Nestorowicz, Joanna (2013): »Ready to Move. Liquid return to Poland«, in: Birgit Glorius/Izabela Grabowska-Lusinska/Aimée Kuvik (Hg.), Mobility in Transition. Migration Patterns after EU Enlargement, Amsterdam: Amsterdam University Press, S. 277–307.

Anderson, Benedict (1983): Imagined Communities, London: Verso.

ARD (2023): Das Reden der Anderen – die neue Ost-West-Debatte. https://www.ardaudiothek.de/episode/der-zweite-gedanke/das-reden-der-anderen-die-neue-ost-west-debatte/radio3/12721301/

Ashcroft, Bill/Griffiths, Gareth/Tiffin, Helen (2000): Post-Colonial Studies. The Key Concepts, London: Routledge.

Assmann, Aleida (1999): Erinnerungsräume. Formen und Wandlungen des kulturellen Gedächtnisses, München: C.H. Beck:

Assmann, Jan (1988): Kollektives Gedächtnis und kulturelle Identität, in: Jan Assmann/Tonio Hölscher (Hg.), Kultur und Gedächtnis, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 9–19.

Augé, Marc (1994): Orte und Nicht-Orte. Vorüberlegungen zu einer Ethnologie der Einsamkeit, Frankfurt a.M.: Fischer Verlag.

Auer, Katja (2018): »Als ein 400-Seelen-Dorf 2000 Vertriebene aufnahm.« in: Süddeutsche Zeitung, 06.05.2018.

Aumüller, Jutta/Daphi, Priska/Biesenkamp, Celine (2015): Die Aufnahme von Flüchtlingen in den Bundesländern und Kommunen. Behördliche Praxis und zivilgesellschaftliches Engagement, Stuttgart: Robert Bosch Stiftung.

Bade, Klaus J. (2004): Sozialhistorische Migrationsforschung (= Studien zur historischen Migrationsforschung, Band 13), Osnabrück, V&R unipress.

Bade, Klaus J./Oltmer, Jochen (2010): »Deutschland«, in: Klaus J. Bade/Pieter C. Emmer/Leo Lucasen/Jochen Oltmer (Hg.), Enzyklopädie Migration in Europa. Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Paderborn: Schöningh, S. 141–170.

Bahr, Stefanie (2024): Factsheet Ausländische Ärztinnen und Ärzte in Thüringen. Mediendienst Integration. https://mediendienst-integration.de/artikel/auslaendische-aerztinnen-und-aerzte-in-thueringen.html

Baier, Andreea/Siegert, Manuel (2018): Die Wohnsituation Geflüchteter (=BAMF-Kurzanalyse, Band 2), Nürnberg: BAMF.

Baird, Theodore E. (2016): Human Smuggling in the Eastern Mediterranean, London: Routledge.

Barlai, Melanie/Sik, Endre (2017): »A Hungarian Trademark (a »Hungarikum«): the Moral Panic Button«, in: Melanie Barlai/Birte Fähnrich/Christina Griessler/Markus Rhomberg (Hg.), The Migrant Crisis: European Perspectives and National Discourses, Zürich: LIT, S. 147–168.

Bauer, Isabella (2017): Unterbringung von Flüchtlingen in deutschen Kommunen: Konflikt, Mediation und lokale Beteiligung (=State-of-Research Papier 10), Osnabrück: Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS)/Bonn: Internationales Konversionszentrum Bonn (BICC).

Bauerkämper, Arnd (2010): »Deutsche Flüchtlinge und Vertriebene aus Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa in Deutschland und Österreich seit dem Ende des Zweiten Welt-

kriegs«, in Klaus J. Bade/Pieter C. Emmer/Leo Lucassen/Jochen Oltmer (Hg.), Enzyklopädie Migration in Europa. Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Paderborn/München: Wilhelm Fink Verlag/Ferdinand Schöningh Verlag, S. 477–485.

Baumann, Mechthild (2016): Frontex – Fragen und Antworten. Kurzdossier der Bundeszentrale für Politische Bildung. https://www.bpb.de/themen/migration-integration/kurzdossiers/179777/frontex-questions-and-answers/#: :text=Frontex%20collects%20data%20and%20information%20on%20illegal%20migration%20and%20international

Beer, Mathias (1997): »Flüchtlinge, Ausgewiesene, Neubürger, Heimatvertriebene. Flüchtlingspolitik und Flüchtlingsintegration in Deutschland nach 1945, begriffsgeschichtlich betrachtet«, in: Mathias Beer/Martin Kintzinger/Marita Krauss (Hg.), Migration und Integration. Aufnahme und Eingliederung im historischen Wandel, Stuttgart: Steiner, S. 145–167.

Beinhorn, Jana/Gasch, Simone/Glorius, Birgit (2019): Work Package 4: Borders and the Mobility of Migrants. Ethnographic Observation Report Germany. Chemnitz, unveröffentlicht.

Beinhorn, Jana/Gasch, Simone/Glorius, Birgit/Kintz, Melanie/Schneider, Hanne (2019): »National report on the governance of the asylum reception system in Germany«, CEASEVAL Research on the Common European Asylum System, 23. Chemnitz. https://www.tu-chemnitz.de/phil/iesg/professuren/geographie/Publikationen/CEASEVAL/23_BeinhornGaschGloriusKintzSchneider_WP3_Germany.pdf

Benz, Wolfgang (1985): Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen, Frankfurt a.M.: Fischer Taschenbuch Verlag.

Benz, Wolfgang (2005): Demokratisierung durch Entnazifizierung und Erziehung. Berlin: Bundeszentrale für politische Bildung. https://www.bpb.de/themen/nationalsozialismus-zweiter-weltkrieg/dossier-nationalsozialismus/39605/demokratisierung-durch-entnazifizierung-und-erziehung/#node-content-title-8

Berger, Almuth (2000): DDR-»Gastarbeiter« – wo sind sie geblieben? Zur Geschichte der Vertragsarbeitnehmer in der DDR – Rückblick und Ausblick. Unveröffentlichtes Vortragsmanuskript.

Berry, John W. (2006): »Contexts of acculturation«, in: David L. Sam/John W. Berry (Hg.), The Cambridge Handbook of Acculturation Psychology, Cambridge: Cambridge University Press, S. 27–42.

Bertelsmann Stiftung (2015): Willkommenskultur in Deutschland: Entwicklungen und Herausforderungen. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage in Deutschland. TNS Emnid im Auftrag der Bertelsmann Stiftung Januar 2015, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.

Bertelsmann Stiftung (2017): Willkommenskultur im »Stresstest«. Einstellungen in der Bevölkerung 2017 und Entwicklungen und Trends seit 2011/12, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.

Beutel, Manfred E./Decker, Oliver/Brähler, Elmar (2007): »Welche Auswirkungen haben Flucht und Vertreibung auf Lebensqualität und Befindlichkeit? Repräsentative Erhebung mit den vor 1946 Geborenen in Deutschland«, in: Zeitschrift für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie 53, S. 203–215.

Bielert, Silvia (2025): »Ausländische Ärzte in Thüringen: Diskriminierung als Grund zu gehen?«, in: Frankfurter Rundschau vom 31.01.2025.

Blank, Angelika (2015): »ÜFESt: Schwer Verletzter bei Schlägerei zwischen Flüchtlingen«, in: Wendland-net.de vom 7.10.2015.

Böllert, Karin/Peter, Corinna (Hg.) (2012): Mutter + Vater = Eltern? Sozialer Wandel, Elternrollen und Soziale Arbeit. Wiesbaden: Springer VS.

Böse, Carolin/Schmitz, Nadja (2022): Wie lange dauert die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen? Erste Analysen zur Verfahrensdauer anhand der amtlichen Statistik: Ergebnisse des BIBB-Anerkennungsmonitorings, Bonn: Bundesinstitut für Berufsbildung.

Born, Manfred/Kreuzer, Klaus (2002): Nachhaltigkeit Lokal. Lokale Agenda 21 in Deutschland. Eine Zwischenbilanz 10 Jahre nach Rio, Bonn: Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, Forum Umwelt & Entwicklung.

Bosse, Ulrike (2022): Gekommen – und geblieben: Die »Gastarbeiter«, https://www.ndr.de/geschichte/chronologie/Gastarbeiter-in-Deutschland-Gekommen-und-geblieben,gastarbeiter258.html

Bourbeau, Philippe (2015): »Migration, Resilience and Security: Responses to New Inflows of Asylum Seekers and Migrants«, in: Journal of Ethnic and Migration Studies 41, S. 1958–1977.

Braun, Reiner/Simons, Harald (2015): Familien aufs Land! Warum wir die Flüchtlinge im Leerstand unterbringen sollten und wie das funktionieren könnte (= empirica paper 228), Berlin/Bonn: empirica-Institut.

Bretschneider, Uta (2013): »Umsiedler (SBZ/DDR)«, in: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32669 (Stand 09.08.2021).

Brücker, Herbert/Glitz, Albrecht/Lerche, Adrian/Romiti, Agnese (2021a): Integration von Migrantinnen und Migranten in Deutschland. Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse hat positive Arbeitsmarkteffekte (= IAB-Kurzbericht, Band 2), Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit.

Brücker, Herbert/Gundacker, Lidwina/Hauptmann, Andreas/Jaschke, Philipp (2021b): Stabile Beschäftigung, aber steigende Arbeitslosigkeit von Migrantinnen und Migranten. Arbeitsmarktwirkungen der COVID-19-Pandemie (= IAB-Kurzbericht, Band 9), Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit.

Brücker, Herbert/Jaschke, Philipp/Kosyakova, Yuliya (2019): Integrating Refugees into the German Economy and Society: Empirical Evidence and Policy Objectives, Washington, D.C.: Migration Policy Institute.

Brücker, Herbert/Jaschke, Philipp/Kosyakova, Yuliya/Vallizadeh, Ehsan (2023): Entwicklung der Arbeitsmarktintegration seit Ankunft in Deutschland. Erwerbstätigkeit und Löhne von Geflüchteten steigen deutlich (= IAB-Kurzbericht, Band 13), Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit.

Buch, Tanja/Rossen, Anja (2025): »Who wants to live among racists? The impact of local right-wing attitudes on interregional labour migration in Germany«, in: Journal of Ethnic and Migration Studies, 51:7, S. 1623–1646.

Bundesagentur für Arbeit (BA) (2025): Die Arbeitswelt entdecken. Kinderbücher als neues Angebot der Agentur für Arbeit (BA) und Jobcenter (JC). https://www.arbeitsagentur.de/kinderbuch.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) (2016a): Ablauf des deutschen Asylverfahrens. Ein Überblick über die einzelnen Verfahrensschritte und rechtlichen Grundlagen, Nürnberg: BAMF.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) (2016b): Das Bundesamt in Zahlen 2015. Asyl, Migration und Integration, Nürnberg: BAMF.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) (2022a): Bericht zur Statistik der Berufssprachkurse für das Jahr 2021, Nürnberg: BAMF.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) (2022b): Das Bundesamt in Zahlen 2021: Asyl, Migration und Integration, Nürnberg: BAMF.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) (2023): Das Bundesamt in Zahlen 2022: Asyl, Migration und Integration, Nürnberg: BAMF.

Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V. (2019): Zahlen und Grafiken zur Schätzung von 2018, Berlin: Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V.

Bundeskriminalamt (BKA) (2024): Kriminalität im Kontext von Zuwanderung. Fokus: Fluchtmigration. Bundeslagebild 2023, Wiesbaden: BKA.

Bundesministerium des Innern (BMI) (2004): Migrationsbericht. Im Auftrag der Bundesregierung – aktualisierte Ausgabe November 2004, Nürnberg: BAMF.

Bundesministerium des Innern (BMI) (2016): Migrationsbericht des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im Auftrag der Bundesregierung. Migrationsbericht 2015, Nürnberg: BAMF.

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (2024): Berufsbildungsbericht 2024, Bonn: BMBF.

Bundesministerium für Bildung und Forschung (o.J.): Das Förderprogramm »Lernen vor Ort«, https://www.lvo.transferinitiative.de/121.php

Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (1957): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa: Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei, München: dtv.

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) (2025): »BMZ startet Informationsportal für alle, die sich für den Wiederaufbau Syriens engagieren wollen«, Pressemitteilung des BMZ vom 13.02.2025.

Bundeszentrale für politische Bildung (10.08.2020): »Kirche nach Bundesländern«, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.), Soziale Situation in Deutschland, Bonn/Berlin: BPB, https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61562/kirche-nach-bundeslaendern/

Carling, Jørgen/Schewel, Kerilyn (2018): »Revisiting aspiration and ability in international migration«, in: Journal of Ethnic and Migration Studies 44, S. 945–963.

Casper, Jan Alexander (2022): »Deshalb »pendeln« Ukrainer zwischen Kiew und Berlin«, in: Welt online vom 01.10.2022.

Catoni, Laura (2025): »Betroffene zu Rechtsruck in Deutschland: ›Aber wohin gehen?‹«, in: TAZ vom 11.02.2025.

Change.org: Britain must accept its fair share of refugees seeking safety in Europe. https://www.change.org/p/david-cameron-britain-must-accept-its-fair-share-of-refugees-seeking-safety-in-europe (abgerufen 07.08.2023).

Collier, Virginia/Thomas, Wayne (2017): »Validating the Power of Bilingual Schooling: Thirty-Two Years of Large-Scale, Longitudinal Research«, in: Annual Review of Applied Linguistics 37, S. 203–217.

Cooley, Charles H. (1902): Human nature and the social order, New York: Scribner's.

Daphi, Priska/Kocyba, Piotr/Neuber, Michael/Roose, Jochen/Rucht, Dieter/Scholl, Franziska/Sommer, Moritz/Stuppert, Wolfgang/Zajak, Sabrina (2015): Protestforschung am Limit. Eine soziologische Annäherung an Pegida, Berlin: WZB.

De Haas, Hein/Fransen, Sonja/Natter, Katharina/Schewel, Kerilyn/Vezzoli, Simona (2020): Social Transformation. MADE/IMI Working paper no. 166. International Migration Institute.

Decker, Oliver/Brähler, Elmar (2016): »Autoritäre Dynamiken: Ergebnisse der bisherigen ›Mitte‹-Studien und Fragestellung«, in: Oliver Decker/Johannes Kiess/Elmar Brähler (Hg.), Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland: die Leipziger »Mitte«-Studie 2016. Forschung Psychosozial, Gießen: Psychosozial-Verlag: S. 11–21.

Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Eggers, Eva/Brähler, Elmar (2016): »Die »Mitte«-Studie 2016. Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf«, in: Oliver Decker/Johannes Kiess/Elmar Brähler (Hg.), Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland. Die Leipziger Mitte-Studie 2016, Gießen: Psychosozial Verlag, S. 23–66.

Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Heller, Ayline/Brähler, Elmar (2024a): »Die Leipziger Autoritarismus Studie 2024: Methoden, Ergebnisse und Langzeitverlauf«, in: Oliver Decker/Johannes Kiess/Ayline Heller/Elmar Brähler (Hg.), Vereint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen. Leipziger Autoritarismus Studie 2024, Gießen: Psychosozial-Verlag, S. 29–99.

Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Heller, Ayline/Brähler, Elmar (2024b): »Vereint im Ressentiment: Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2024«, in: Oliver Decker/Johannes Kiess/Ayline Heller/Elmar Brähler (Hg.), Vereint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen. Leipziger Autoritarismus Studie 2024, Gießen: Psychosozial-Verlag, S. 9–26.

Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Heller, Ayline/Brähler, Elmar (Hg.) (2024c): Vereint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen. Leipziger Autoritarismus Studie 2024. Gießen: Psychosozial-Verlag.

Deen Mohammed, Omid/al Obeed, Raed (2020): Weihnachtsgruß aus Moria II, Offener Brief, verfasst von Omid Deen Mohammed für das Moria Corona Awareness Team (MCAT) und Raed al Obeed für die Moria White Helmets (MWH), 23.12.2020, https://www.medico.de/moria-brief

Delhaes, Daniel (2024): »Fachkräfte meiden Ostdeutschland. Wenn das Image Experten aus dem Ausland vergrault«, in: Tagesspiegel vom 16.02.2024.

Demski, Theresa (2022): »Mit viel Kraft vom Flüchtling zum Fachmann«, in: Rheinische Post vom 07.10.2022.

Dennis, Mike (2005): »Die vietnamesischen Vertragsarbeiter und Vertragsarbeiterinnen in der DDR 1980–89«, in: Karin Weiss/Mike Dennis (Hg.), Erfolg in der Nische. Die Vietnamesen in der DDR und in Ostdeutschland, Münster: LIT, S. 15–49.

DER SPIEGEL (13.08.1989): »Zusammenrücken – ja, wo denn?«, in: DER SPIEGEL 33/1989 vom 13.08.1989.

DER SPIEGEL (21.01.1990): Massenflucht in die BRD. Gefahr für den Wohlstand. Heft 4/1990 vom 21.01.1990.

Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e.V. (2020): Soziale Arbeit in Sammelunterkünften für geflüchtete Menschen im Umgang mit der Corona-Pandemie. Gegenwärtige Zustände und Forderungen. Bericht des Fachbereichs Migration und Flucht, Berlin: DBSH.

Deutscher Bundestag (2017): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Frank Tempel, Sevim Dağdelen, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. Abschiebungen und Ausreisen im ersten Halbjahr 2017 (= Drucksache, 18/13114), Berlin: Deutscher Bundestag.

Deutscher Bundestag (23.02.2018): Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Dr. André Hahn, Gökay Akbulut, Sevim Dağdelen, Amira Mohamed Ali, Niema Movassat, Zaklin Nastic, Petra Pau, Martina Renner, Kersten Steinke, Friedrich Straetmanns, Dr. Kirsten Tackmann und der Fraktion DIE LINKE. Ergänzende Informationen zur Asylstatistik für das Jahr 2017- Schwerpunktfragen zur Asylverfahrensdauer (= Drucksache, 19/998), Berlin: Deutscher Bundestag.

Deutscher Bundestag (17.08.2018): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Dr. André Hahn, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. Ergänzende Informationen zur Asylstatistik für das erste und zweite Quartal 2018 – Schwerpunktfragen zur Asylverfahrensdauer (= Drucksache, 19/3861), Berlin: Deutscher Bundestag.

Deutscher Bundestag (28.01.2025): Entschließungsantrag der Fraktion der CDU/CSU zu der Abgabe einer Regierungserklärung durch den Bundeskanzler zu aktuellen innenpolitischen Themen (=Drucksache, 20/14698), Berlin: Deutscher Bundestag.

Deutscher Bundestag (24.02.2025): Kleine Anfrage der Fraktion der CDU/CSU: Politische Neutralität staatlich geförderter Organisationen (=Drucksache, 20/15035), Berlin: Deutscher Bundestag.

Deutscher Landkreistag (2023): Flüchtlingszahlen: Landkreistag warnt vor Überlastung, in: Landkreistag, Presseforum.

Deutsches Institut für Menschenrechte (2022): Welchen Zugang haben geflüchtete Kinder zu Schulen? Ergebnisse einer Befragung der Bundesländer, Antworten 2019, Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte.

Deutsches Institut für Urbanistik (DifU) (2017): Was ist eigentlich … Transformation? Begriffe aus der kommunalen Szene – einfach erklärt. difu.de/11309

Deutsches Komitee für UNICEF/Deutsches Institut für Menschenrechte (2023): »Das ist nicht das Leben« – Perspektiven von Kindern und Jugendlichen in Unterkünften für geflüchtete Menschen. Köln/Berlin.

Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) (2022): Rassistische Realitäten. Wie setzt sich Deutschland mit Rassismus auseinander? Auftakt-

studie zum Nationalen Diskriminierungs- und Rassismusmonitor (NaDiRa), Berlin: Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM).

Deutschlandfunk Kultur (2024): Ostdeutschland als Erfindung des Westens? 31.10.2024. https://www.deutschlandfunkkultur.de/ist-der-osten-eine-erfindung-des-westens-oschmann-debatte-100.html

Die Bundesregierung (2016): Asylpaket II in Kraft. Kürzere Verfahren, weniger Familiennachzug. Verfügbar unter https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2016/02/2016-02-03-asylpaket2.html

Die Bundesregierung (2017): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Frank Tempel, Sevim Dağdelen, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. Ergänzende Informationen zur Asylstatistik für das zweite Quartal 2017 – Schwerpunktfragen zum Dublin-Verfahren (= Drucksache, 18/13428), Berlin: Deutscher Bundestag.

Die Bundesregierung (2021): Fünf Jahre EU-Türkei-Erklärung, https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/faq-eu-tuerkei-erklaerung-1728136

Die Bundesregierung (2023): Republik Moldau und Georgien sind sichere Herkunftsstaaten. Pressemeldung vom 27.12.2023. https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/sichere-herkunftsstaaten-moldau-georgien-2216818

»Die neue/alte Heimat beginnt am Gleis. Gastarbeiter in Deutschland zwischen 1955 – 1973«, in: Rheinland-Pfalz, Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration (o.J.): Lebenswege. Arbeitsmigrationsgeschichte in Rheinland-Pfalz. Online-Migrations-Museum Rheinland-Pfalz (rlp.de).

Die Thüringer News (2024): »Ost-West-Debatte im Vorfeld der Landtagswahlen«, in: Die Thüringer News vom 05.08.2024.

Die Welt (18.03.2024): Gemeindebund fordert »Atempause« bei Aufnahme von Flüchtlingen, in: Die Welt vom 18.03.2024.

Die Zeit (13.02.2025): »Wer spaltet in der Migrationspolitik?«, in: Die Zeit Nr. 5 vom 13.02.2025, S. 9.

Diaspora Emergency Action & Coordination (DEMAC) (2023): Diaspora humanitarian engagement in north-west Syria real-time review.

Dienelt, Klaus (2016): Was ist eine Duldung, und mit welchen Rechten ist sie verbunden? Bundeszentrale für Politische Bildung. Verfügbar unter https://www.bpb.de/gesellschaft/migration/kurzdossiers/233846/definition-fuer-duldung-und-verbundene-rechte?p=all

Dietz. Barbara (2010): »Aussiedler/Spätaussiedler in Deutschland seit 1950«, in: Klaus Bade/Pieter Emmer/Leo Lucassen/Jochen Oltmer (Hg.), Enzyklopädie Migration in Europa. Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Paderborn: Schöningh, S. 397–404.

Dirksmeier, Peter/Mackrodt, Ulrike/Helbrecht, Ilse (2011): »Geographien der Begegnung«, in: Geographische Zeitschrift 99, S. 84–103.

DRC/RMMS (2012): Desperate Choices: Conditions, Risks & Protection Failures Affecting Ethiopian Migrants in Yemen. Nairobi: DRC and RMMS.

Eade, John/Drinkwater, Stephen/Garapich, Michał (2006): Class and Ethnicity: Polish Migrants in London 1996–2006, Guildford: University of Surrey.

Egger, Christine (2018): »Neues aus der Mittelstadt. Flucht und Migration in Passau«, in: Simon Goebel/Thomas Fischer/Friedrich Kießling/Angela Treiber (Hg.), FluchtMi-

gration und gesellschaftliche Transformationsprozesse. Transdisziplinäre Perspektiven, Wiesbaden: Springer VS, S. 141–164.
Ehlert, Martin (2024): Teilnahme an Weiterbildung. Sozialbericht 2024, Kapitel 3.2.1., https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/sozialbericht-2024/553126/teilnahme-an-weiterbildung/
Elias, Norbert/Scotson, John S. (1965): The established and the outsiders. A sociological enquiry into community problems, London: Frank Cass.
Engbersen, Godfried/Snel, Erik (2013): »Liquid Migration. Dynamic and Fluid Patterns of Post-Accession Migration Flows«, in: Birgit Glorius/Izabela Grabowska-Lusinska/Aimée Kuvik (Hg.), Mobility in Transition. Migration Patterns after EU Enlargement, Amsterdam: Amsterdam University Press, S. 21–40.
Engelhardt, Michael von (1998): »Die Bewältigung von Flucht und Vertreibung. Zum Verhältnis von Lebensgeschichte, Gesellschaftsgeschichte und biographisch-historischer Identität«, in: Rudolf Endreß (Hg.), Bayerns vierter Stamm. Die Integration der Flüchtlinge und Heimatvertriebenen, Köln/Weimar/Wien: Böhlau Verlag, S. 215–251.
Enßle-Reinhardt, Friederike (2022): »Mutterschaft als Ressource. Eine geographisch-intersektionale Perspektive auf den Ankommensprozess geflüchteter jesidischer Frauen«, in: Z'Flucht. Zeitschrift für Flucht- und Flüchtlingsforschung 6, S. 3–33.
Epoch Times (09.11.2015): »48 Bürgermeister Kreis Bautzen fordern von Merkel: Kehrtwende in Asylpolitik«, in Epoch Times vom 09.11.2015.
Epoch Times (02.06.2018): »Sachsens Ministerpräsident wünscht sich Osteuropäer: ›Wir brauchen die richtige Zuwanderung‹«, in: Epoch Times vom 02.06.2018.
Erdoğan, Murat (2019): Syrian refugees in Turkey, Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung.
Europäische Kommission (2016): Standard-Eurobarometer 84, Brüssel: Europäische Kommission.
European Union (2020): Hotspots at EU external borders. State of play https://www.europarl.europa.eu/thinktank/en/document/EPRS_BRI(2020)652090
Fluchtforschungsblog (2025): »Fluchtforschung gegen Mythen«, Folge 9, https://fluchtforschung.net/fluchtforschung-gegen-mythen-9/
Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V. (2017): Forderungspapier zur Beschulung von Kindern und Jugendlichen im Rahmen der Erstaufnahme in Niedersachsen, Hannover: Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V.
Foroutan, Naika (2019): Die postmigrantische Gesellschaft: Ein Versprechen der pluralen Demokratie, Bielefeld: transcript.
Foroutan, Naika/Hensel, Jana (2020): Die Gesellschaft der Anderen, Berlin: Aufbau-Verlag.
Foroutan, Naika/Ikiz, Dilek (2016): »Migrationsgesellschaft«, in: Paul Mecheril (Hg.), Handbuch Migrationspädagogik, Weinheim: Beltz Verlag, S. 138–151.
Foroutan, Naika/Kalter, Frank/Canan, Coşkun/Simon, Mara (2019): Ost-Migrantische Analogien I. Konkurrenz um Anerkennung, Berlin: DeZIM-Institut.
Forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH (2025): Die Situation von Stadt- und Gemeinderäten. Ergebnisse einer Befragung für die Körber-Stiftung, Berlin: Forsa.

Fränkische Landeszeitung (28.12.2015): »Wie aus deutschen Helfern die Ersatzfamilie wurde«, in: Fränkische Landeszeitung vom 28.12.2015.

Fränkische Landeszeitung (11.02.2017): »Integration als »große Chance für die Stadt«, in: Fränkische Landeszeitung vom 11.02.2017.

Fränkische Landeszeitung (20.10.2017): »Petition übergeben: Mitglieder des Neustädter Unterstützerkreises Asyl im bayerischen Landtag«, in: Fränkische Landeszeitung vom 20.10.2017.

Fränkische Landeszeitung (10.03.2018): »Handbuch mit viel Alltagsbezug«, in: Fränkische Landeszeitung vom 10.03.2018.

Frankfurter Allgemeine Zeitung (24.09.2015): »135.000 Flüchtlinge kommen im September nach Bayern«, in: FAZ vom 24.09.2015.

Fuchs, Leonie/Gahein-Sama, Massa/Kim, Tae Jun/Mengi, Aylin/Podkowik, Klara/Salikutluk, Zerrin/Thom, Maximilian/Tran, Kein/Zindel, Zaza (2025): Verborgene Muster, sichtbare Folgen. Rassismus und Diskriminierung in Deutschland. NaDiRa-Monitoringbericht 2025, Berlin: Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung.

Gammeltoft-Hansen, Thomas/Nyberg Sorensen, Ninna (2012): The Migration Industry and the Commercialization of International Migration, London: Routledge.

Geiler, Julius (2025): »Extrem feindselige Stimmung« für Migranten: Mehr als 26 ›Folgetaten‹ nach Anschlag in Magdeburg«, in: Tagesspiegel vom 16.01.2025.

»Gekommen und Geblieben«, in: Rheinland-Pfalz, Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration (o.J.): Lebenswege. Arbeitsmigrationsgeschichte in Rheinland-Pfalz. Online-Migrations-Museum Rheinland-Pfalz (rlp.de)

Glorius, Birgit (2013): »Understanding the counter-flow. Theoretical and methodological aspects in studying remigration processes after EU expansion«, in: Birgit Glorius/Izabela Grabowska-Lusinska/Aimée Kuvik (Hg.), Mobility in Transition. Migration Patterns after EU Enlargement, Amsterdam: Amsterdam University Press, S. 217–236.

Glorius, Birgit (2015): »Fachkräfte und Armutsflüchtlinge. Die neue EU-Mobilität nach Deutschland und ihre diskursive Verortung«, in: Geographische Rundschau 4, S. 34–39.

Glorius, Birgit (2016): »Gekommen, um zu bleiben? Der Verbleib internationaler Studierender in Deutschland aus einer Lebenslaufperspektive «, in: Raumforschung und Raumordnung 74, S. 361–371.

Glorius, Birgit (2017): Unterstützungsbedarf von Geflüchteten und die Rolle des Ehrenamtes: Das Beispiel der Stadt Leipzig (= Chemnitzer Beiträge zur Humangeographie online, Band 4), Chemnitz: Technische Universität Chemnitz, Institut für Europäische Studien.

Glorius, Birgit (2022): Lokale Diskurse zur Aufnahme von Geflüchteten – eine vergleichende Analyse von acht Landkreisen in Deutschland, Braunschweig: Johann Heinrich von Thünen-Institut.

Glorius, Birgit (2023): »Flüchtlingsaufnahme in ländlichen Gemeinden: ein Vergleich lokaler Rezeptivität«, in: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie 71, S. 75–94.

Glorius, Birgit (2025): Ihr seid ja auch alles Flüchtlinge! – Lokale Migrationsgeschichte(n) und das Selbstbild einer vorgestellten Gemeinschaft, in Daniela Di Pinto/Frank-Lothar Kroll (Hg.), Migration und Zuwanderung nach Chemnitz als interkultureller Mehrwert (Chemnitzer Europastudien 26), Berlin: Duncker & Humblot, S. 143–159.

Glorius, Birgit/Bürer, Miriam/Schneider, Hanne (2021): »Integration of Refugees in Rural Areas and the Role of the Receiving Society: Conceptual Review and Analytical Framework«, in: Erdkunde 75, S. 51–60.

Glorius, Birgit/Schondelmayer, Anne-Christin (2018a): Forschungen zur Aufnahme von Geflüchteten in Sachsen – ein Feldbericht (= Chemnitzer Beiträge zur Humangeographie online, Band 5), Chemnitz: Technische Universität Chemnitz, Institut für Europäische Studien.

Glorius, Birgit/Schondelmayer, Anne-Christin (2018b): »Perspektiven auf Fluchtmigration in Ost und West – ein regionaler Blick auf kommunale Integrationspraxis«, in: Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaften 12, S. 75–92.

Glorius, Birgit/Schondelmayer, Anne-Christin (2019): »Perspektiven und Handlungslogiken der Integration von Geflüchteten an beruflichen Schulen: Einblicke aus Sachsen/Deutschland«, in: Z'Flucht. Zeitschrift für Flucht- und Flüchtlingsforschung 3, S. 219–253.

Glorius, Birgit/Schondelmayer, Anne-Christin (2020a): »Diverging Perspectives on ›Integration‹ in the Vocational Education System: Evidence from an East German Periphery«, in: Birgit Glorius/Jeroen Doomernik (Hg.), Geographies of Asylum in Europe and the Role of European Localities, Wiesbaden: Springer VS, S. 179–200.

Glorius, Birgit/Schondelmayer, Anne-Christin (2020b): »Erfahrungsräume der Flucht-Migration«, in: Zeitschrift für Pädagogik 66, S. 102–120.

Glorius, Birgit/Schondelmayer, Anne-Christin/Dörfel, Robinson (2018): »Wandel durch Annäherung? Gesellschaftliche Konflikte im Kontext der Flüchtlingsunterbringung im ländlichen Sachsen«, in: Simon Göbel/Thomas Fischer/Friedrich Kießling/Angela Treiber (Hg.), Fluchtmigration und gesellschaftliche Transformationsprozesse. Transdisziplinäre Perspektiven, Wiesbaden: Springer VS, S. 111–139.

Glorius, Birgit/Vey, Judith (2025): »Debatte um Migration: Teilhabe fördern statt ›Brot, Bett und Seife‹«, in: TAZ vom 26.03.2025.

Goffman, Erving (1973): Asyle: über die soziale Situation psychiatrischer Patienten und anderer Insassen, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Gogolin, Ingrid/Neumann, Ursula/Roth, Hans-Joachim (2003): Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Gutachten, Bonn: BLK, IV.

Government of Canada (2025): Immigrate as a provincial nominee, https://www.canada.ca/en/immigration-refugees-citizenship/services/immigrate-canada/provincial-nominees.html

Grabbe, Hanna/Schenk, Arnfried (2023): »Warum boxen Sie, Reem-Alabali-Radovan? Man begegnet sich auf Augenhöhe«, in: DIE ZEIT vom 27.01.2023.

Grosser, Thomas (1998): »Die Integration der Vertriebenen in der Bundesrepublik Deutschland. Annäherungen an die Situation der Sudetendeutschen in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft am Beispiel Bayerns«, in: Hans Lemberg/Jan Kren/Dusan Kovac (Hg.), Im geteilten Europa. Tschechen, Slowaken und Deutsche und ihre Staaten 1948–1989, Essen: Klartext-Verlag, S. 41–94.

Halbwachs, Maurice (1966): Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen. Soziologische Texte 34, Berlin: Luchterhand.

Han, Petrus (2010): Soziologie der Migration. Erklärungsmodelle, Fakten, Politische Konsequenzen, Perspektiven, Stuttgart: Lucius & Lucius.

Handelsblatt (01.04.2025): Kommunen drängen Union und SPD zu Asylwende, in: Handelsblatt vom 01.04.2025.

Handl, Johann (1998): »War die schnelle Integration der Vertriebenen ein Mythos?«, in: Rudolf Endres (Hg.), Bayerns vierter Stamm. Die Integration der Flüchtlinge und Heimatvertriebenen nach 1945. Köln/Weimar/Wien: Böhlau Verlag, S. 183–214.

Hanewinkel, Vera (2016): Das Asylverfahren in Deutschland: Schema des Ablaufs, in: Bundeszentrale für Politische Bildung (Hg.), Dossier Flucht und Asyl. Bonn: BPB.

Hartmann, Robin (2024): »Pirna: Eklat um Ausstellung über Geflüchtete im Landratsamt«, in: MDR vom18.09.2024.

»HegerGuss. Die Männer vom Stiefel«, in: Rheinland-Pfalz, Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration (o.J.): Lebenswege. Arbeitsmigrationsgeschichte in Rheinland-Pfalz. Online-Migrations-Museum Rheinland-Pfalz (rlp.de)

Heitmeyer, Wilhelm (2003): Deutsche Zustände. Folge 1, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Hendrischke, Maria (2021): »Digitaler Fachtag Arbeitsmarkt-Integration von Migrantinnen: »Kein Sprint, sondern ein Marathon »«, in: MDR vom 06.03.2021.

Hennig, Eike (2012): »Chicago School«, in Frank Eckardt (Hg.), Handbuch Stadtsoziologie, Wiesbaden: Springer VS, S. 95–124.

Herwartz-Emden, Leonie (2005): »Migrant/-innen im deutschen Bildungssystem«, in: Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hg.), Migrationshintergrund von Kindern und Jugendlichen. Wege zur Weiterentwicklung der amtlichen Statistik, Berlin, S. 7–24.

Hess, Sabine/Kasparek, Bernd/Kron, Stefanie/Rodatz, Mathias/Schwertl, Maria/Sontowski, Simon (2016): Der lange Sommer der Migration. Grenzregime III., Berlin: Assoziation A.

Hinger, Sophie (2023): »Integration«, in: Tabea Scharrer/Birgit Glorius/J. Olaf Kleist/Marcel Berlinghoff (Hg.), Flucht- und Flüchtlingsforschung. Handbuch für Wissenschaft und Studium, Wiesbaden: Nomos, S. 319–324.

Holl, Kerstin/Pehnert, Lutz (2020): »Versprechen & Visionen«, in: Dieselben, Hinter dem Abgrund – Leben in der Lausitz, Folge 2, Leipzig: Hoferichter & Jacobs GmbH, https://www.bpb.de/mediathek/video/540992/versprechen-visionen/

Hoskins, Bryony/Cartwright, Fernando/Schoof, Ulrich (2011): ELLI. European Lifelong Learning Indicators. Wo steht Deutschland beim lebenslangen Lernen?, Gütersloh: Bertelsmann-Stiftung.

Huber, Anna/Al-Daheen, Abier/Azar, Zohra/Fischer, Oskar/Krasniqi, Shqipe/Mayasi, Lunkiesesa/Mukuna, Liyeye/Nakyazze, Oliver Christine/Namutebi, Lydia/Sharify, Zahra/Odukoya, Dennis/Sylla, Fanta/von Unger, Hella (2024): «But loneliness was my greatest challenge«, Geflüchtetenunterkünfte in der Covid-19-Pandemie – Ergebnisse einer partizipativen Peer-Befragung«, in: Zeitschrift für Flüchtlingsforschung 8, S. 275–292.

Huld, Sebastian (2020): Reise ins Tal der Entfremdeten, in: NTV vom 12.07.2020, https://www.n-tv.de/politik/Reise-ins-Tal-der-Entfremdeten-article21906068.html

Human Rights Watch (2015): »›When I Picture My Future, I See Nothing‹. Barriers to Education for Syrian Refugee Children in Turkey«. November 2015. https://www.hrw.org/report/2015/11/09/when-i-picture-my-future-i-see-nothing/barriers-education-syrian-refugee-children

Info GmbH (2022): Geflüchtete aus der Ukraine. Bundesministerium des Innern und für Heimat. Pressegespräch, 04.04.2022.

Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft (iwd) (23.10.2023): Im Osten fehlen Zuwanderer. https://www.iwd.de/artikel/im-osten-fehlen-zuwanderer-601086/

Informationsverbund Asyl und Migration: Besondere Verfahren. https://www.asyl.net/themen/asylrecht/asylverfahren/besondere-verfahren/)

Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (2023): IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten, Befragungsjahr 2021. Aktuelle Daten und Indikatoren. https://iab.de/daten/iab-bamf-soep-befragung-von-gefluechteten-befragungsjahr-2021/

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)/Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB)/Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)/Forschungszentrum Migration, Integration und Asyl, Sozio-ökonomisches Panel (SOEP) (2022): Geflüchtete aus der Ukraine in Deutschland. Flucht, Ankunft und Leben. Nürnberg/Wiesbaden/Berlin: IAB, BiB, BAMF, SOEP.

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)/Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB)/Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)/Forschungszentrum Migration, Integration und Asyl, Sozio-ökonomisches Panel (SOEP)/DIW Berlin (Hg.) (2023): Geflüchtete aus der Ukraine in Deutschland: Ergebnisse der ersten Welle der IABBiB/FReDA-BAMF-SOEP Befragung, Nürnberg/Wiesbaden/Berlin.

International Organization for Migration (IOM) (2022): Missing Migrants Project. https://missingmigrants.iom.int/18.10.2022.

International Organization for Migration (IOM)/UNICEF (2015): Data Brief – Migration of Children to Europe.

IRC Deutschland (2023): EU-Migrationsabkommen mit Tunesien: Migrant*innen und Geflüchtete laufen Gefahr, auf noch gefährlichere Routen getrieben zu werden, warnt IRC. Pressemitteilung, 19.07.2023, Berlin: IRC. https://www.rescue.org/de/pressemitteilung/eu-migrationsabkommen-mit-tunesien-gefaehrlichere-routen-vertrieben

Jacobmeyer, Wolfgang (1985): Vom Zwangsarbeiter zum heimatlosen Ausländer. Die Displaced Persons in Westdeutschland 1945–1951, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

Jäger, Siegfried (2012): Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung, Münster: Unrast.

Jäger, Margarete/Wamper, Regina (2017): Von der Willkommenskultur zur Notstandsstimmung. Der Fluchtdiskurs in deutschen Medien 2015 und 2016, Duisburg: Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung.

Jähner, Harald (2019): Wolfszeit. Deutschland und die Deutschen 1945–1955, Berlin: Rowohlt.

Johnson, Nuala C. (2007): Public Memory, in: James S. Duncan/Nuala C. Johnson/Richard H. Schein (Hg.), A Companion to Cultural Geography, Malden: Blackwell, S. 316–327.

Jüdisches Museum Hohenems (2018): Sag Schibollet. Von sichtbaren und unsichtbaren Grenzen, Hohenems: Bucher Verlag.

Karakayali, Serhat/Kleist, J. Olaf (2016): EFA-Studie 2. Strukturen und Motive der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit in Deutschland. Forschungsbericht: Ergebnisse einer explorativen Umfrage vom November/Dezember 2015, Berlin: Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM), Humboldt-Universität zu Berlin.

Keilberth, Mirco (2023): »Verdurstet in der Wüste«, in: Süddeutsche Zeitung vom 02.08.2023.

Kemper, Thomas/Weishaupt, Horst (2011): »Zur Bildungsbeteiligung ausländischer Schüler an Förderschulen – unter besonderer Berücksichtigung der spezifischen Staatsangehörigkeit«, in: Zeitschrift für Heilpädagogik 62, S. 419.

Kift, Dagmar (2008): »Zwischen ›eingegliedert werden‹ und ›sich angenommen fühlen‹. Zur Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen in Nordrhein-Westfalen in vergleichender Perspektive«, in: Marita Krauss (Hg.), Integrationen. Vertriebene in den deutschen Ländern nach 1945, Göttingen: Vandenhoek & Ruprecht, 120–147.

Kipp, David/Koch, Anne (2024): Deutsche und europäische Migrationsabkommen. (K)ein Allheilmittel der Migrationssteuerung. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung. https://www.bpb.de/themen/migration-integration/kurzdossiers/556182/deutsche-und-europaeische-migrationsabkommen/#node-content-title-3

Kleinau, Elke (2015): »Schulbeginn nach dem Zweiten Weltkrieg ›Unterricht war zum Teil nur stundenweise möglich‹«, in: Deutschlandfunk vom 01.10.2015.

Klemm, Klaus (1979): »Ausländerkinder in deutschen Schulen – Zahlen und Prognosen«, in: Georg Hansen/Klaus Klemm (Hg.), Kinder ausländischer Arbeiter, Essen: Neue Deutsche Schule Verlagsgesellschaft, S. 31–44.

Kluth, Winfried (2025): Jenseits geltenden Rechts: Zu den aktuellen migrationspolitischen Vorschlägen der CDU, VerfBlog, 2025/1/30, https://verfassungsblog.de/funf-punkte-plan/, DOI: 10.59704/029a79eface02da5.

Koch-Arzberger, Claudia (1985): Die schwierige Integration (= Beiträge zur Sozialforschung 80), Opladen: Westdeutscher Verlag.

Köpping, Petra (2018): »Integriert doch erst mal uns!« Eine Streitschrift für den Osten, Berlin: Ch. Links Verlag.

Kohlenberger, Judith (2022): Das Fluchtparadox. Über unseren widersprüchlichen Umgang mit Vertreibung und Vertriebenen, Wien: Kremayr & Scheriau.

Kohlenberger, Judith (2023): »Gesundheit«, in: Tabea Scharrer/Birgit Glorius/Olaf Kleist/Marcel Berlinghoff (Hg.), Handbuch Fluchtforschung, Handbuch für Wissenschaft und Studium, Wiesbaden: Nomos, S. 641–649.

Kollmorgen, Raj/Merkel, Wolfgang/Wagener, Hans-Jürgen (2015): »Transformation und Transformationsforschung: Zur Einführung«, in: Kollmorgen, Raj/Merkel, Wolfgang/Wagener, Hans-Jürgen (Hg.), Handbuch Transformationsforschung, Wiesbaden: Springer VS, S. 11–27.

Kollmorgen, Raj/Vogel, Lars/Zajak, Sabrina (2024): Ferne Eliten. Die Unterrepräsentation von Ostdeutschen und Menschen mit Migrationshintergrund, Wiesbaden: Springer VS.

Koper, Anna/Strzelecki, Marek (2022): »Poland sees signs women fleeing Ukraine may be trafficking target«, in: Reuters, 15.03.2022. https://www.reuters.com/world/europe/poland-sees-signs-women-fleeing-ukraine-may-be-trafficking-target-2022-03-15/

Kordel, Stefan/Gasch, Simone/Glorius, Birgit/Mehl, Peter/Osigus, Torsten/Schammann, Hannes/Schneider, Hanne/Spenger, David/Weidinger, Tobias/Younso, Christin (2023): »Bleibeorientierung Geflüchteter, die Rolle der Aufnahmegesellschaft und Haltestrategien der Lokalpolitik«, in: Peter Mehl/Johanna Fick/Birgit Glorius/Stefan Kordel/Hannes Schammann (Hg.), Geflüchtete in ländlichen Regionen Deutschlands, Wiesbaden: Springer VS, S. 127–159.

Kordel, Stefan/Weidinger, Tobias/Spenger, David (2023): »Sichtweise Geflüchteter auf das Leben in ländlichen Regionen«, in: Peter Mehl/Johanna Fick/Birgit Glorius/Stefan Kordel/Hannes Schammann (Hg.), Geflüchtete in ländlichen Regionen Deutschlands, Wiesbaden: Springer VS, S. 47–73.

Kossert, Andreas (2008): Kalte Heimat. Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945, München: Siedler.

Kosyakova Yuliya/Brenzel, Hanna (2020): »The role of length of asylum procedure and legal status in the labour market integration of refugees in Germany«, in: Soziale Welt 71, S. 123–159.

Kosyakova, Yuliya/Gundacker, Lidwina/Salikutluk, Zerrin/Trübswetter Parvati (2021): Geflüchtete Frauen müssen viele Hindernisse überwinden (= IAB-Kurzbericht, Band 8), Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit.

Kosyakova, Yuliya/Rother, Nina/Zinn, Sabine (2025): Lebenssituation und Teilhabe ukrainischer Geflüchteter in Deutschland: Ergebnisse der IAB-BAMF-SOEP-Befragung, Nürnberg: BAMF.

Kowalczuk, Ilko-Sascha (2024a): Die Übernahme. Wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik wurde, München: C.H. Beck.

Kowalczuk, Ilko-Sascha (2024b): Freiheitsschock. Eine Geschichte Ostdeutschlands von 1989 bis heute, München: C.H. Beck.

Krause, Ulrike (2023): »Resilienz«, in: Tabea Scharrer/Birgit Glorius/J. Olaf Kleist/Marcel Berlinghoff (Hg.), Flucht- und Flüchtlingsforschung. Handbuch für Wissenschaft und Studium, Wiesbaden: Nomos, S. 343–348.

Kreichauf, René (2023): »Camp/Lager«, in: Tabea Scharrer, Birgit Glorius, Olaf Kleist und Marcel Berlinghoff (Hg.), Flucht- und Flüchtlingsforschung. Handbuch für Wissenschaft und Studium, Wiesbaden: Nomos, S. 249–254.

Kubiak, Daniel/Özvatan, Özgür: B.OM. – Berlin. Ost. Migrantisch. https://bom.podigee.io/

Kühn, Boris (2023): Am Limit? Kommunale Unterbringung von Geflüchteten, Hildesheim: Mediendienst Integration.

Küpper, Barbara/Zick, Andreas/Krause, Daniela (2015): »PEGIDA in den Köpfen – Wie rechtspopulistisch ist Deutschland?«, in: Andreas Zick/Beate Küpper (Hg.), Wut, Verachtung und Abwertung: Rechtspopulismus in Deutschland, Bonn: Dietz, S. 21–43.

Kunz, Thomas (2021): «Fremdheitsbilder«: Alles beim Alten oder neue, problematische Qualität?«, in: Schahrzad Farrokhzad/Thomas Kunz/Saloua Mohammed Oulad

M'Hand/Markus Ottersbach (Hg.), Migrations- und Fluchtdiskurse im Zeichen des erstarkenden Rechtspopulismus, Wiesbaden: Springer VS, S. 23–52.

Kuster, Brigitta/Tsianos, Vassilis S. (2020): »Hotspot Lesbos. ›Aus den Augen, aus dem Sinn‹ – Flüchtlinge und Migranten an den Rändern Europas«, Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung e.V.

Lamroubal, Souad (2023): »Mittendrin: Mysterium Ausländerbehörde. Über Gefahrenabwehr, Selektion und Haltung, aber auch das ewige Personalproblem«, in: Andreas Zick/Beate Küpper/Nico Mokros (Hg.), Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23, Bonn: Dietz, S. 185–198.

Landessportbund (LSB) Rheinland-Pfalz (11.04.2022): LSB-Sportschule Schifferstadt nimmt ukrainische Flüchtlinge auf, LSB-Pressestelle, 11.04.2022, https://www.lsb-rlp.de/news/2022/lsb-sportschule-schifferstadt-nimmt-ukrainische-fluechtlinge-auf

Landkreis Lüchow-Dannenberg (2022): Unterbringung von Geflüchteten: Alle kommunalen Liegenschaften kommen auf den Prüfstand (01.11.2022). Pressemeldung Landkreis Lüchow-Dannenberg (PM 280/2022). https://www.luechow-dannenberg.de/desktopdefault.aspx/tabid-161/173_read-12304/

Lauer, Patrick (2018): »Die Falschen müssen gehen«, in: Fränkische Landeszeitung vom 26.07.2018.

»Leben im Provisorium«, in: Rheinland-Pfalz, Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration (o.J.): Lebenswege. Arbeitsmigrationsgeschichte in Rheinland-Pfalz. Online-Migrations-Museum Rheinland-Pfalz (rlp.de)

Lehmann, Albrecht (1993): Im Fremden ungewollt zuhaus. Flüchtlinge und Vertriebene in Westdeutschland 1945–1990, München: C.H. Beck.

Leipziger Volkszeitung (14.11.2015): »Stimmungsmache gegen Flüchtlinge«, in: Leipziger Volkszeitung vom 14.11.2015.

Leopoldina (2018): Traumatisierte Flüchtlinge – Schnelle Hilfe ist jetzt nötig, Halle (Saale): Leopoldina Nationale Akademie der Wissenschaften.

Lietz, Roman (2023): »John W. Berry: Akkulturationsstrategien«, in: interculture journal 22, S. 31–35.

Link, Jürgen (1988): »Medien und ›Asylanten‹: Zur Geschichte eines Unwortes«, in: Dietrich Thränhardt/Simone Wolken (Hg.): Flucht und Asyl, Freiburg i.Br.: Lambertus, S. 50–61.

Lokhande, Mohini (2025): Verborgene Potenziale erschließen. Berufseinstieg für internationale Fachkräfte in Kitas und Schulen erleichtern. SVR-Policy Brief 2025–1, Berlin: SVR.

Lorenz, Daniel F. (2018): »›All refugees are vulnerable‹. Vulnerabilität, Konflikte und Katastrophen im Spiegel Postkolonialer Theorie«, in: Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung. 2, S. 60–98.

LNOB-News (2023): Grenzzäune an EU-Außengrenzen sechs mal so lang wie 2014. https://lnob.net/news/europa-grenzzaeune-an-den-aussengrenzen-sechs-mal-so-lang-wie-2014/ (Zugriff 02.04.2025).

Luhmann, Niklas (1984): Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie, Berlin: Suhrkamp.

Mac Con Uladh, Damian (2005): »Alltagserfahrungen ausländischer Vertragsarbeiter in der DDR«, in Dennis Weiss (Hg.), Erfolg in der Nische? Die Vietnamesen in der DDR und in Ostdeutschland, Münster: Lit Verlag, S. 51–68.

Malkki, Liisa H. (1995): Purity and Exile. Violence, Memory, and National Cosmology among Hutu Refugees in Tanzania, Chicago/London: The University of Chicago Press.

Mand, Johannes (2013): Fair geht anders. Warum so viele bilinguale Kinder deutsche Sonderschulen besuchen, in: Die Gaste 25.

Massumi, Mona (2023): »Schule und schulische Bildung«, in: Tabea Scharrer/Birgit Glorius/J. Olaf Kleist/Marcel Berlinghoff (Hg.), Flucht- und Flüchtlingsforschung. Handbuch für Wissenschaft und Studium, Wiesbaden: Nomos, S. 605–612.

Massumi, Mona/von Dewitz, Nora/Grießbach, Johanna/Terhart, Henrike/Wagner, Katarina/Hippmann, Kathrin/Altinay, Lale (2015): Neu zugewanderte Kinder und Jugendliche im deutschen Bildungssystem. Bestandsaufnahme und Empfehlungen, Köln: Mercator-Institut für Sprachförderung und Deutsch als Zweitsprache.

Mau, Steffen (2024): Ungleich vereint, Berlin: Suhrkamp.

Maurer, Marcus/Jost, Pablo/Kruschinski, Simon/Haßler, Jörg (2021): Fünf Jahre Medienberichterstattung über Flucht und Migration, Mainz: Johannes-Gutenberg-Universität Mainz Institut für Publizistik.

McCall, George J. (2014): »Interactionist Perspectives Social Psychology«, in: John DeLamater/Amanda Ward (Hg.), Handbook of Social Psychology, Wiesbaden: Springer VS, S. 3–29.

McDaniel, Paul N. (2013): Receptivity in a new immigrant gateway: immigrant settlement geography, public education, and immigrant integration. Dissertation, Charlotte, North Carolina: University of North Carolina at Charlotte.

Mead, George H. (1934): »The ›I‹ and the ›me‹ as phases of the self«, in: Charles W. Morris (Hg.), Mind Self and Society from the Standpoint of a Social Behaviorist, Chicago: University of Chicago, S. 192–200.

Mecheril, Paul (2003): Prekäre Verhältnisse. Über natio-ethno-kulturelle (Mehrfach-)Zugehörigkeit, Münster/München: Waxmann.

Mecheril, Paul/Hoffarth, Britta (2009): »Adoleszenz und Migration. Zur Bedeutung von Zugehörigkeitsordnungen«, in: Vera King/Hans-Christoph Koller (Hg.), Adoleszenz–Migration–Bildung. Bildungsprozesse Jugendlicher und junger Erwachsener mit Migrationshintergrund, Wiesbaden: Springer VS, S. 221–240.

Mecheril, Paul/Sensenschmidt-Linzner, Andrea (2019): »Migrationsgesellschaftliche Organisationsentwicklung. Paul Mecheril über Vorschläge für die Weiterentwicklung von Organisationen im Umgang mit Diversität«, in: Gruppe Interaktion Organisation (2019) 50: 393–396.

Mehl, Peter/Fick, Johanna/Glorius, Birgit/Kordel, Stefan/Schammann, Hannes (2023): Geflüchtete in ländlichen Regionen Deutschlands, Wiesbaden: Springer VS.

Meichsner, Irene (2009): »Geburt der Apparatemedizin – Vor 80 Jahren: Künstlicher Atem aus der eisernen Lunge«, in: Deutschlandfunk vom 14.09.2009.

Meier, Amrei (2023): »›Asyl-Migrations-Nexus und ›Mixed Migration‹«, in: Tabea Scharrer/Birgit Glorius/J. Olaf Kleist/Marcel Berlinghoff (Hg.), Flucht- und Flüchtlingsforschung. Handbuch für Wissenschaft und Studium, Wiesbaden: Nomos, 233–238.

Meinhardt, Rolf (1984): »Pollaken, Itaker, Kanaken – zur Leidensgeschichte der Fremden in Deutschland«, in: Rolf Meinhardt (Hg.), Türken raus? oder Verteidigt den sozialen Frieden, Reinbek: rororo, S. 9–21.

Meisner, Matthias (2017): »Rechtsextremismus in Sachsen: Bürgermeister von Bautzen rügt Gespräch von CDU-Politiker mit der NPD«, in: Tagesspiegel vom 07.09.2017.

MeltingPod (2023): MeltingPod mit Dr. Katrin Menke über Teilhabe geflüchteter Frauen am deutschen Arbeitsmarkt und die Habilitation, 15. April 2023, https://meltingpod.podigee.io/

Menke, Katrin/Rumpel, Andrea (2022): »Who Belongs, and How Far? Refugees and Bureaucrats Within the German Active Welfare State«, in: Social Inclusion 10, S. 217–22.

Menke, Katrin/Wernerus, Cora (2022): Geschlechtsspezifischer Rassismus am deutschen Arbeitsmarkt? Qualitative Forschungsergebnisse sexistisch-rassifizierender Adressierungen fluchtmigrierter Musliminnen und Schwarzer Frauen (= NaDiRa Working Papers, 5), Berlin: Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM).

Meschede, Laura (2023): »Suizidversuch in Kara Tepe. Es war einfach genug«, in: DIE ZEIT vom 08.06.2023.

Messing, Vera/Ságvári, Bence (2018): Looking behind the culture of fear. Cross-national analysis of attitude towards migrants, Budapest: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Migazin (25.10.2023): EU-Studie: Schwarze leiden unter Rassismus – besonders in Deutschland. Migazin, 25.10.2023, https://www.migazin.de/2023/10/25/eu-studie-schwarze-rassismus-deutschland/

Migration Data Portal (2022): Migrant deaths and disappearances. https://www.migrationdataportal.org/themes/migrant-deaths-and-disappearances, (Zugriff 18.10.2022).

Migrationsberatung ›Bleiben‹ (2022): Geflüchtet aus der Ukraine – aber mit einer anderen Staatsangehörigkeit, Blogeintrag, März 2022, http://bleiben.zufluchtwendland.de/ukraine/

Mitteldeutscher Rundfunk (MDR) (18.09.2024): Pirna: Eklat um Ausstellung über Geflüchtete im Landratsamt, https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/dresden/freital-pirna/eklat-ausstellung-gefluechtete-landratsamt-kultur-news-100.html

Mittendrin e.V. (2018): »NRW muss Schadensersatz an Förderschüler zahlen«, in: Mittendrin e.V. vom 17.07.2018, https://www.mittendrin-koeln.de/aktuell/detail/nrw-muss-schadensersatz-an-foerderschueler-zahlen.

Mokros, Nico/Zick, Andreas (2023): »Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zwischen Krisen- und Konfliktbewältigung«, in: Andreas Zick/Beate Küpper/Nico Mokros (Hg.), Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23, Bonn: Dietz, S. 149–184.

Moulaert, Frank/MacCallum, Diana/Hillier, Jean (2013): »Social innovation: Intuition, precept, concept, theory and practice«, in: Frank Moulaert/Diana MacCallum/Abid Mehmood/Abdelillah Hamdouch (Hg.), The international handbook on social innovation. Collective action, social learning and transdisciplinary research, Cheltenham, UK: Edward Elgar, S. 13–24.

Moulaert, Frank/MacCallum, Diana/Mehmood, Abid/Hamdouch, Abdelillah (2013): »General introduction: The return of social innovation as a scientific concept and a

social practice«, in; Frank Moulaert,/Diana MacCallum/Abid Mehmood/Abdelillah Hamdouch (Hg.), The international handbook on social innovation: Collective action, social learning and transdisciplinary research, Cheltenham, UK: Edward Elgar, S. 1–12.

Mountz, Allison (2009): »The Other«, in: Carolyn Gallaher/Carl T. Dahlman/Mary Gilmartin/Alison Mountz/Peter Shirlow (Hg.), Key Concepts in Political Geography, London: Sage, S. 328.

Müggenburg, Andreas (1996): Die ausländischen Vertragsarbeitnehmer in der ehemaligen DDR. Darstellung und Dokumentation. Mitteilungen der Beauftragten der Bundesregierung für die Belange der Ausländer, Berlin: Bonner Universitätsbuchdruckerei.

Multikulturelles Zentrum Dessau e.V. (2020): Warum Adriano? Der Mord an Alberto Adriano und migrantische Erinnerungsarbeit in Dessau 2000–2020, Dessau: Multikulturelles Zentrum Dessau e.V.

Nallu, Preethi (10.04.2017): Tightening of Borders Makes Women Invisible Along Balkan Refugee Route, in: The New Humanitarian vom 10.04.2017.

Niehues, Wenke/Rother, Nina/Siegert, Manuel (2021): Vierte Welle der IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten. Spracherwerb und soziale Kontakte schreiten bei Geflüchteten voran (= BAMF-Kurzanalyse, Band 4), Nürnberg: Forschungszentrums Migration, Integration und Asyl des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge.

Niephaus, Ute (2018): »Mit Leib und Seele für Integrationskonzept«, in: Fränkische Landeszeitung vom 06.07.2018.

Nieswand, Boris/Drotbohm, Heike (2014): Einleitung: Die reflexive Wende in der Migrationsforschung, in: Boris Nieswand/Heike Drotbohm (Hg.), Kultur, Gesellschaft, Migration. Die reflexive Wende in der Migrationsforschung, Studien zur Migrations- und Integrationspolitik, Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 1–37.

NTV (09.09.2024): »Landkreistag sieht Kommunen überlastet und fordert ›Stopp irregulärer Zuwanderung‹«, in: ntv vom 09.09.2024.

Ohlemacher, Thomas (1994): Public Opinion and Violence Against Foreigners in the Reunified Germany, in: Zeitschrift für Soziologie 23/3, S. 222–236.

Oltmer, Jochen (2023a): »›Flüchtling‹ – historische Perspektive«, in: Tabea Scharrer/Birgit Glorius/J. Olaf Kleist/Marcel Berlinghoff (Hg.), Flucht- und Flüchtlingsforschung. Handbuch für Wissenschaft und Studium, Wiesbaden: Nomos, S. 275–280;

Oltmer, Jochen (2023b): »Geduldet« und »rückgeführt«. Schutzsuchende aus den postjugoslawischen Kriegen der 1990er-Jahre in Deutschland. https://www.bpb.de/themen/migration-integration/regionalprofile/517151/geduldet-und-rueckgefuehrt/#footnote-target-9

Oschmann, Dirk (2023): Der Osten: eine westdeutsche Erfindung. Wie die Konstruktion des Ostens unsere Gesellschaft spaltet, Berlin: Ullstein.

Oxfam International (2016): »Dear Sisters…«. Women refugees walking through Serbia and Macedonia have written powerful letters for those who might follow them. https://oxfam.medium.com/dear-sisters-9cecf00cf650

Parisius, Bernhard (2008): »›Dass man natürlich in der Stadt mehr Möglichkeiten hat, das zu verwirklichen, was man will, ist klar.‹ Integration in Niedersachsen und Ham-

burg«, in: Marita Krauss (Hg.), Integrationen. Vertriebene in den deutschen Ländern nach 1945, Göttingen: Vandenhoek & Ruprecht, 93–119.

Park, Robert E. (1950): Race and culture, Glencoe, Illinois: Free Press.

Passauer Neue Presse (14.05.2015): »Nicht alle Türen stehen offen«, in: Passauer Neue Presse vom 14.05.2015.

Passauer Neue Presse (01.08.2016): »AK Integration. Arbeitende Flüchtlinge brauchen Wohnung«, in: Passauer Neue Presse vom 01.08.2016.

Passauer Neue Presse (22.07.2016): »Arbeitskreis Asyl bilanziert: Integrationsarbeit mit Flüchtlingen wird zunehmend schwieriger«, in: Passauer Neue Presse vom 22.07.2016.

Passauer Neue Presse (18.06.2018): »Soziale Kontakte für Flüchtlinge fördern«, in: Passauer Neue Presse vom 18.06.2018.

Pastor, Manuel/Mollenkopf, John (2012): »Struggling over Strangers or Receiving with Resilience? The Metropolitics of Immigrant Integration«, in: Margaret Weir/Nancy Pindus/Howard Wial/Harold Wolman (Hg.), Urban and Regional Policy and Its Effects: Building Resilient Regions, Washington DC.: Brookings Institution Press, S. 100–147.

Pettigrew, Thomas F./Tropp, Linda R. (2006). »A meta-analytic test of intergroup contact theory«, in: Journal of Personality and Social Psychology 90, S. 751–783.

Piore, Michael J. (1978): »Lernprozesse, Mobilitätsketten und Arbeitsmarktsegmente«, in: Werner Sengenberger (Hg.), Der gespaltene Arbeitsmarkt. Probleme der Arbeitsmarktsegmentation, Frankfurt a.M./New York: Campus Verlag, S. 67–99.

Popp, Karoline/Friedrichs, Nils (2025): Diaspora und mehr. Zivilgesellschaftliches Engagement der afghanischen und syrischen Communities. SVR-Studie 2025–2, Berlin: SVR.

Portes, Alejandro/Rumbaut, Rubén (2006): Immigrant America: A Portrait, Berkeley, CA: University of California Press.

Pro Asyl (2020): »Ganz unten in der Hierarchie«: Rassismus als Arbeitsmarkthindernis für Geflüchtete. 27.11.2020, https://www.proasyl.de/news/ganz-unten-in-der-hierarchie-rassismus-als-arbeitsmarkthindernis-fuer-gefluechtete/

Pro Asyl (2023): Gülen-Verfolgung in der Türkei wird vom BAMF immer wieder verkannt, 11.05.2023, https://www.proasyl.de/news/guelen-verfolgung-in-der-tuerkei-wird-vom-bamf-immer-wieder-verkannt/

Pürckhauer, Andrea (2022): »Postsowjetische Migration in Deutschland«, in: Mediendienst Integration vom 20.02.2022.

Putcha, Vidya/Neuman, Michelle/Zaplotynska, Olena/Sofiy, Natalia (2018): Supporting the Early Childhood Workforce at Scale. Preschool Education in Ukraine, Washington D.C.: Results for Development.

Putnam, Robert D. (2000): Bowling Alone. The collapse and revival of American community, New York: Simon & Schuster.

Putnam, Robert D. (2007): »E Pluribus Unum. Diversity and Community in the Twenty-first Century. The 2006 John Skytte Prize Lecture«, in: Scandinavian Political Studies 30, S. 137–174.

Radford, David (2016): «Everyday otherness« – intercultural refugee encounters and everyday multiculturalism in a South Australian rural town«, in: Journal of Ethnic and Migration Studies 42, S. 2128–2145.

Rashid, Ruksana/Gregory, David (2014): »›Not Giving Up on Life‹: A Holistic Exploration of Resilience among a Sample of Immigrant Canadian Women«, in: Canadian Ethnic Studies 46, S. 197–214.

Redaktion Hallo Wochenende Salzgitter (2013): Seit 50 Jahren in Salzgitter: Erinnerung an die Geschichte der Gastarbeiter, https://www.hallowochenende.de/nachrichten-und-aktuelles-aus-salzgitter-alt/seit-50-jahren-in-salzgitter-erinnerung-an-die-geschichte-der-gastarbeiter/

Redaktionsnetzwerk Deutschland (07.11.2019): Umfrage: Jeder sechste Westdeutsche war nach 1989 noch nicht im Osten, https://www.rnd.de/politik/umfrage-jeder-sechste-westdeutsche-war-nach-1989-noch-nicht-im-osten-VPI4SJVLE6NEX7ZSIYQN55ZKCM.html

Reichling, Gerhard (1958): Die Heimatvertriebenen im Spiegel der Statistik, Berlin: Duncker und Humblot.

Reinhold, Sonja/Euler, Katharina/Bendel, Petra/Kasparick, Danielle/Schammann, Hannes (2025): Match'In. Policy Paper. Passgenaue Verteilung für Schutzsuchende und Kommunen im Zuweisungsverfahren, Essen: Stiftung Mercator.

Reuter, Julia (2002): Ordnungen des Anderen. Zum Problem des Eigenen in der Soziologie des Fremden, Bielefeld: transcript.

Rheinland-Pfalz, Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration (o.J.): Lebenswege. Arbeitsmigrationsgeschichte in Rheinland-Pfalz. Online-Migrations-Museum Rheinland-Pfalz (rlp.de).

Richter, Thomas/Kleinschnittger, Janosch/Brettfeld, Katrin/Wetzels, Peter (2023): Bedrohung und Integration: Einstellungen zu Flüchtlingen in Deutschland. GIGA Focus Global 1. Hamburg. https://www.giga-hamburg.de/de/publikationen/giga-focus/bedrohung-und-integration-einstellungen-zu-fl%C3%BCchtlingen-in-deutschland

Riederer, Marlene (2023): »Polio: Der Kampf gegen die Rückkehr der Kinderlähmung«, in: Bayerischer Rundfunk vom 24.10.2023.

Robert Bosch Stiftung (2014): Asyl und Asylbewerber: Wahrnehmungen und Haltungen der Bevölkerung 2014. Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage, Stuttgart: Robert-Bosch-Stiftung.

Robert-Bosch-Stiftung (2019): Zusammenhalt in Vielfalt. Das Vielfaltsbarometer 2019 der Robert Bosch Stiftung, Stuttgart: Robert-Bosch-Stiftung.

Rock, Jonna (2025): Perspectives on Refugeehood and Motherhood: Germany-Based Ukrainians' Life Aspirations over Time, Cambridge: Cambridge University Press.

Rodríguez Sánchez, Alejandra/Wucherpfennig, Julian/Rischke, Ramona/Iacus, Stefano Maria (2023): Search-and-rescue in the Central Mediterranean Route does not induce migration: Predictive modelling to answer causal queries in migration research. Sci Rep 13, 11014 (2023). https://doi.org/10.1038/s41598-023-38119-4

Roth, Roland (2003): »Die dunklen Seiten der Zivilgesellschaft. Grenzen einer zivilgesellschaftlichen Fundierung von Demokratie«, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 16, S. 59–73.

Rummel, Marlene (2023): »›Flüchtling‹ – sprachliche Perspektive«, in: Tabea Scharrer/Birgit Glorius/J. Olaf Kleist/Marcel Berlinghoff (Hg.), Flucht- und Flüchtlingsforschung. Handbuch für Wissenschaft und Studium, Wiesbaden: Nomos, S. 289–294.

Ruschkowski, Eick von (2022): Lokale Agenda 21 in Deutschland – eine Bilanz. Aus Politik und Zeitgeschichte. https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/26785/lokale-agenda-21-in-deutschland-eine-bilanz/?p=all

Sachverständigenrat für Integration und Migration (SVR) (2025): Reformen, die wirken? Die Umsetzung von aktuellen Migrations- und Integrationsgesetzen. Jahresgutachten 2025, Berlin: SVR.

Sächsische Zeitung (22.09.2016): »Wir müssen auch mit Rechten reden«, in: Sächsische Zeitung vom 22.09.2016.

Sächsische Zeitung (10.10.2017): »Was man von Sachsen lernen kann«, in: Sächsische Zeitung vom 10.10.2017.

Sächsische Zeitung (24.05.2018): »Behindert die Bürokratie die Integration?«, in: Sächsische Zeitung vom 24.05.2018.

Sächsische Zeitung (03.06.2019): »Vom Flüchtling zur Fachkraft?«, in: Sächsische Zeitung vom 03.06.2019.

Sächsische Zeitung (27.09.2019): »Da muss sich jetzt keiner wundern«, in: Sächsische Zeitung vom 27.09.2019.

Sächsisches Staatsministerium des Innern (2015): Unterbringungsstatistik. Stand März 2015.

Schäfer, Philipp (2022): »Willkommenskultur«, in: Inken Bartels/Isabella Löhr/Christiane Reinecke/Philipp Schäfer/Laura Stielike (Hg.), Unkämpfte Begriffe der Migration. Ein Inventar, Bielefeld: transcript, S. 329–342.

Schäfer, Philipp (2023): »›Da ist jetzt nur die vage Aussage im Raum‹ – Informationsveranstaltungen als Orte der Aushandlung von Nicht-Wissen über Migration«, in: Jan Lange/Manuel Liebig/Charlotte Räuchle (Hg.), Lokale Wissensregime der Migration. Akteur*innen, Praktiken, Ordnungen, Wiesbaden: Springer VS, S. 251–272.

Schammann, Hannes/Bendel, Petra/Müller, Sandra/Ziegler, Franziska/Wittchen, Tobias (2020): Zwei Welten? Integrationspolitik in Stadt und Land, Stuttgart: Robert-Bosch-Stiftung.

Schammann, Hannes/Gluns, Danielle (2021): Migrationspolitik. Studienkurs Politikwissenschaft, Wiesbaden: Nomos.

Schieb, Roswitha/Zens, Rosemarie (2016): »Einführende Gedanken«, in: Roswitha Schieb/Rosemarie Zens (Hg.), Zugezogen. Flicht und Vertreibung – Erinnerungen der zweiten Generation, Paderborn: Schöningh, S. 11–42.

Schinkel, Willem (2017): Imagined Societies. A Critique of Immigrant Integration in Western Europe, Cambridge: Cambridge University Press, S. 5–6.

Schmitz, Anett (2023): »Vulnerabilität«, in: Tabea Scharrer/Birgit Glorius/J. Olaf Kleist/Marcel Berlinghoff (Hg.), Flucht- und Flüchtlingsforschung. Handbuch für Wissenschaft und Studium, Wiesbaden: Nomos, S. 369–373.

Schneider, Hanne/Bürer, Miriam/Glorius, Birgit (2021): Gesellschaftliche Einstellungen in ländlichen Räumen gegenüber Neuzugewanderten: Befragungsergebnisse und regionale Spezifika. Verbundprojekt »Zukunft für Geflüchtete in ländlichen Regio-

nen Deutschlands« (= Thünen Working Paper, Band 174), Braunschweig: Johann Heinrich von Thünen-Institut.

Schnur, Olaf (2003): Lokales Sozialkapital für die »soziale« Stadt, politische Geographien sozialer Quartiersentwicklung am Beispiel Berlin-Moabit, Opladen: Leske und Budrich.

Schroeder, Jonathan (1998): Consuming Representation: A Visual Approach to Consumer Research. Representing Consumers: Voices, Views and Visions, New York: Routledge.

Schrover, Marlou/Schinkel, Willem (2014): »Introduction: the language of inclusion and exclusion in the context of immigration and integration«, in: Ethnic and Racial Studies 36, S. 1123–1141.

Schumann, Brigitte (2017): »Ehemaliger Sonderschüler verklagt das Land NRW«, in: Bildungsklick vom 08.03.2017, https://bildungsklick.de/schule/detail/ehemaliger-sonderschueler-verklagt-das-land-nrw

Schwaiger, Marika/Neumann, Ursula (2014): »Junge Flüchtlinge im allgemeinbildenden Schulsystem und die Anforderungen an Schule, Unterricht und Lehrkräfte«, in: Maren Gag/Franziska Voges (Hg.): Inklusion auf Raten: zur Teilhabe von Flüchtlingen an Ausbildung und Arbeit, Münster: Waxmann, S. 60–79.

Seufert, Günter (2014): Die Gülen-Bewegung in der Türkei und Deutschland, Bundeszentrale für politische Bildung, https://www.bpb.de/themen/europa/tuerkei/184979/die-guelen-bewegung-in-der-tuerkei-und-deutschland/.

Simonovits, Bori (2019): »The public perception of the migration crisis from the Hungarian point of view. Evidence from the field«, in: Birgit Glorius/Jeroen Doomernik (Hg.), Geographies of Asylum in Europe and the Role of European Localities, Wiesbaden: Springer VS, S. 155–176.

Spengler, Daniel/Kordel, Stefan (2023): »Resilienz«, in: Tabea Scharrer/Birgit Glorius/J. Olaf Kleist/Marcel Berlinghoff (Hg.), Flucht- und Flüchtlingsforschung. Handbuch für Wissenschaft und Studium, Wiesbaden: Nomos, S. 223–227.

Speth, Rudolf/Becker, Elke (2016): Zivilgesellschaftliche Akteure und die Betreuung geflüchteter Menschen in deutschen Kommunen, Berlin: Maecenata Institut.

Springer, Franziska (2019): »Zwischen Wut und Wollen«, in: Sächsische Zeitung vom 05.08.2019.

Stadt Dessau-Roßlau (2022): »Dessau-Roßlau lebt Weltoffenheit und Vielfalt«, https://verwaltung.dessau-rosslau.de/stadt-buerger/buergerservice/gleichstellung/dessau-rosslau-lebt-weltoffenheit-und-vielfalt.html

Stadt Leipzig (2013): Integriertes Stadtteilentwicklungskonzept Leipziger Osten, Leipzig: Amt für Stadterneuerung und Wohnungsbauförderung.

Stadt Salzgitter (2024): Statistisches Jahrbuch Salzgitter. 68. Jahrgang, Salzgitter: Stadt Salzgitter.

Stadt Salzgitter/Kugellis, André (2025a): Geschichte der Stadt Salzgitter, Salzgitter: Stadt Salzgitter, https://www.salzgitter.de/kultur/stadtgeschichte/index-Stadtgeschichte.php#NTAwOTA2MTYw

Stadt Salzgitter/Kugellis, André (2025b): Monument zur Stadtgeschichte. Turm der Arbeit, Salzgitter: Stadt Salzgitter, https://www.salzgitter.de/kultur/stadtgeschichte/stadtmonument.php

Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen (2023): Flüchtlingsversorgung: Den Städten und Gemeinden geht die Kraft aus, Pressemeldung vom 13.02.2023.

Städtetag (2023): Kommunen stoßen bei Flüchtlingsversorgung an Grenzen, in: BR24 vom 26.04.2023.

Statistisches Bundesamt (2004): Wanderungen 2001. Fachserie 1, Reihe 1.2, Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.

Statistisches Bundesamt (2022): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Wanderungen 2021. Fachserie 1, Reihe 1.2, Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.

Statistisches Bundesamt (2025): Wanderungen zwischen Deutschland und der Ukraine. https://www.destatis.de/DE/Im-Fokus/Ukraine/Gesellschaft/_inhalt.html

Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt (2025): Fortschreibung des Bevölkerungsstandes. https://genesis.sachsen-anhalt.de/genesis/online?operation=statistic&levelindex=0&levelid=1738169020367&code=12411#abreadcrumb

Steinert, Johannes-Dieter (1995): »Die große Flucht und die Jahre danach. Flüchtlinge und Vertriebene in den vier Besatzungszonen«, in: Hans-Erich Volkmann (Hg.), Ende des Dritten Reiches – Ende des Zweiten Weltkrieges. Eine perspektivische Rückschau. Herausgegeben im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes, München, S. 557–579.

Steinhagen, Martin (2021): »Das »stimmige Bild eines Hassenden«, in: DIE ZEIT vom 20.01.2021.

Steinmetz, Klara/Wagner, Deliah/Asbrock, Frank/Meißelbach, Christoph/Melcher, Reinhold (2024): »Ein Projekt für die ›Stille Mitte‹? Die Europäische Kulturhauptstadt 2025 in Chemnitz«, in: Thomas Laux/Ulf Bohmann (Hg.), Kulturhauptstadt Chemnitz 2025. Sozialräumliche Erkundungen, Bielefeld: transcript, S. 199–226.

Stöcker, Christian (2025): »Migration und Sicherheit. Friedrich Merz fällt auf den Psychotrick der AfD herein«, in: Spiegel vom 02.02.2025.

Süddeutsche Zeitung (26.10.2016): »›Dschungel von Calais‹ nach Großbrand komplett geräumt«, in: Süddeutsche Zeitung vom 26.10.2016.

Sundermeyer, Olaf (2016): Radikal besorgte Bürger, in: Bundeszentrale für Politische Bildung, Dossier Rechtsextremismus. https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/222302/radikal-besorgte-buerger/#:~:text=So%20wie%20auf%20einer%20Anti-Asyl-Demonstration

SyGAAD (2025): SyGAAD heißt Sie herzlich willkommen. https://sygaad.de/

Tagesschau (04.12.2021): »Entsetzen nach Fackel-Aufzug vor Wohnhaus«, in: Tagesschau vom 04.12.2021.

Tagesschau (14.04.2022): »London will Flüchtlinge nach Ruanda bringen«, in: Tagesschau vom 14.04.2022.

Tagesschau (27.09.2022): »Merz beklagt »Sozialtourismus«, in: Tagesschau vom 27.09.2022.

Tagesschau (08.09.2024): »Nur noch ›Brot, Bett und Seife‹ für Asylbewerber«, in: Tagesschau vom 08.09.2024.

Tajfel, Henri/Turner, John C. (1986): »The social identity theory of intergroup behavior«, in: William G. Austin/Stephen Worchel (Hg.): Psychology of intergroup relations, Chicago: Nelson-Hall Publishers, S. 7–24.

TAZ (26.04.2017): »Über 1000 Festnahmen in einer Nacht«, in: TAZ vom 26.04.2017.

TAZ (09.09.2020): »Moria ist abgebrannt«, in: TAZ vom 09.09.2020.
TAZ (07.10.2024): FDP will Härte für Migranten, in: TAZ vom 07.10.2024.
Thrift, Nigel (2005): »But Malice Aforethought: Cities and the Natural History of Hatred«, in: Transactions of the Institute of British Geographers 30, S. 133–150.
Triandafyllidou, Anna/Maroukis, Thanos (2012): »Migrant smuggling. Irregular migration from Asia and Africa to Europe«, London: Palgrave McMillan.
Tutt, Cordula (2024): »›Made by Germans‹ gefährdet den Wohlstand«, in: Wirtschafts-Woche vom 06.09.2024.
Uhr, Theresa/Seddig, Marina/Steinhilper, Elias/Zajak, Sabrina/Frederiksen, Sifka Etlar (2023): (Re-)Aktivierung der Zivilgesellschaft: Ergebnisse einer Online-Befragung zum Engagement für und gegen Geflüchtete im November/Dezember 2022 (= DeZIM.insights, Band 10), Berlin: Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM).
United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR) (2015): Europe Refugees and Migrants Emergency Response. Nationality of arrivals to Greece, Italy and Spain. January – December 2015, Genf: United Nations High Commissioner for Refugees.
United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR) (2022a): Global Trends. Forced Displacement 2021, Genf: United Nations High Commissioner for Refugees.
United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR) (2022b): UNHCR projected global resettlement needs 2022, Genf: United Nations High Commissioner for Refugees.
United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR) (2023): Global Trends: Forced Displacement in 2022, Copenhagen: United Nations High Commissioner for Refugees.
United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR) (2025a): Operational Data Portal. Europe Sea Arrivals. https://data.unhcr.org/en/situations/europe-sea-arrivals
United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR) (2025b): Refugee Data Finder. https://www.unhcr.org/refugee-statistics
Valentine, Gill (2008): »Living with difference: reflections on geographies of encounter«, in: Progress in Human Geography 32, S. 323–337.
Vertovec, Stephen (2024): Superdiversität. Migration und soziale Komplexität, Berlin: Suhrkamp.
Vorländer, Hans/Herold, Maik/Schäller, Steven (2016): PEGIDA – Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung, Wiesbaden: Springer VS.
Wagner, Ulrich/Christ, Oliver/Pettigrew, Thomas F./Stellmacher, Jost/Wolf, Carina (2006): »Prejudice and minority proportion: Contact instead of threat effects«, in: Social Psychology Quarterly, 69, S. 380–390.
Wagner, W. (2020): »Eurodac«, in: Martin Große Hüttmann/Hans-Georg Wehling (Hg.), Das Europalexikon, Bonn: Dietz.
Weichhart, Peter (1990): Raumbezogene Identität. Bausteine einer Theorie räumlich-sozialer Kognition und Identifikation (= Erdkundliches Wissen, 102), Stuttgart: Franz Steiner Verlag.
Weiss, Karin (2005): »Nach der Wende: Vietnamesische Vertragsarbeiter und Vertragsarbeiterinnen in Ostdeutschland heute«, in: Karin Weiss/Mike Dennis (Hg.), Erfolg

in der Nische. Die Vietnamesen in der DDR und in Ostdeutschland, Münster: LIT, S. 77–96.

Welt.de (20.11.2018): »Weniger als 20 Prozent der Beschäftigten sind noch in einer Gewerkschaft«, in: Welt.de vom 20.11.2018.

Westdeutscher Rundfunk WDR (29.01.2025): Aktuelle Stunde, https://www.ardmediathek.de/video/aktuelle-stunde/aktuelle-stunde-oder-29-01-2025/wdr/Y3JpZDovL3dkci5kZS9CZWlocmFnLXNvcGhvcmEtYWZkZjJmMDEtMDI5Ny00NzkoLWE1MTQtNTNkM2E3N2ZjZmQw

Wingens, Matthias/Windzio, Michael/de Valk, Helga/Aybek, Can (2011): A Life-Course Perspective on Migration and Integration, Wiesbaden: Springer VS.

Winterbauer, Jörg (2024): »›B96 begradigen‹: Demonstranten setzen bei Bautzen Zeichen für Vielfalt«, in: MDR vom 04.02.2024.

Wise, Amanda (2009): »Everyday Multiculturalism: Transversal Crossings and Working Class Cosmopolitans«, in: Amanda Wise/Selvaraj Velayutham (Hg.), Everyday Multiculturalism, Basingstoke: Palgrave Macmillan, S. 21–45.

Würker, Kay (2015): »Zschortau ist und bleibt ein Weltdorf«, in: Leipziger Volkszeitung vom 31.12.2015.

Younso, Christin/Schammann, Hanne (2023): »Wo ein Wille, da ein Weg? Migrationspolitik in ländlichen Räumen«, in Peter Mehl/Johanna Fick/Birgit Glorius/Stefan Kordel/Hanne Schammann (Hg.), Geflüchtete in Ländlichen Regionen Deutschlands, Wiesbaden: Springer VS, S. 77–99.

Zajak, Sabrina/Best, Fabio/Pickel, Gert/Quent, Matthias/Römer, Friederike/Steinhilper, Elias/Zick, Andreas (2024): Ablehnung, Angst und Abwanderungspläne. Die gesellschaftlichen Folgen des Aufstiegs der AfD. DeZIM Data.insights 14, Berlin: Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM).

Zeit Online (10.10.2015): »Warten auf ›Aktenanlage‹ verlängert Asylverfahren«, in: Zeit Online vom 10.10.2015.

Zeit Online (01.09.2024): »So wenig verwurzelt sind die Parteien in Ostdeutschland«, in: Zeit Online vom 01.09.2024.

Zeitler, Peter (1997): Neubeginn in Oberfranken 1945–1949. Die Landkreise Kronach und Kulmbach, Kronach: 1000 Jahre Kronach e.V.

Zeitler, Peter (1998): »›Politik von Flüchtlingen – für Flüchtlinge‹, Leben und Wirken zweier oberfränkischer Nachkriegspolitiker«, in: Rudolf Endres (Hg.), Bayerns vierter Stamm. Die Integration der Flüchtlinge und Heimatvertriebenen nach 1945, Köln/Weimar/Wien: Böhlau Verlag, S. 95–117.

Zeković, Denis/Nowicka, Magdalena (2025): »Re-remembering Displacement in Bubenreuth: Collective Memory, Migration, and Urban Identity«. Draft Paper zur Einreichung bei Memory Studies.

Zekri, Sonja (2025): »Schaut genauer hin«, in: Süddeutsche Zeitung vom 12.03.2025.

Zerback, Sarah (2025): »Migrantenverbände zu Merz. Der Tag danach«, in: Deutschlandfunk vom 30.01.2025.

Zhuang, Zhixi Cecilia (2023): »A Place-based Approach to Understanding Immigrant Retention and Integration in Canadian and American Non-Traditional Gateway Cities: a Scoping Literature Review«, in: Journal of International Migration and Integration 24, S. 1029–1053.

Zick, Andreas/Berghan, Wilhelm/Mokros, Nico (2019): »Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland 2002–2018/19«, in Andreas Zick/Beate Küpper/Wilhelm Berghan (Hg), Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19, Bonn: Dietz, S. 53–116.

Zick, Andreas/Küpper, Beate/Heitmeyer, Wilhelm (2012): »Vorurteile als Elemente gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit – eine Sichtung der Vorurteilsforschung und ein theoretischer Entwurf«, in: Anton Pelinka (Hg.), Vorurteile: Ursprünge, Formen, Bedeutung, Berlin: De Gruyter, S. 287–316.

Zick, Andreas/Küpper, Beate/Krause, Daniela (2016): Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Zick, Andreas/Küpper, Beate/Mokros, Nico (2023): Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23, Bonn: Dietz.

Zick, Andreas/Mokros, Nico (2023): »Rechtsextreme Einstellungen in der Mitte«, in: Andreas Zick, Beate Küpper/Nico Mokros (Hg.), Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23, Bonn: Dietz, S. 54–89.

Zick, Andreas/Sandal-Önal, Elif (2023): »Krisenungewissheit und ihr Zusammenhang zu anti- und prodemokratischen Überzeugungen«, in: Andreas Zick/Beate Küpper/Nico Mokros (Hg.), Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23, Bonn: Dietz, S. 219–241.

Ziegler, Walter (2011): »Flüchtlinge und Vertriebene«, in: Historisches Lexikon Bayerns, https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Flüchtlinge_und_Vertriebene (Zugriff 15.11.2022).

Zweites Deutsches Fernsehen (ZDF) (2015): An der Grenze Teil 1/2, TV_Reportage, https://www.youtube.com/watch?v=znvfhkUQh7g